Schilmar · Der Europadiskurs im deutschen Exil 1933–1945

*deutsches historisches* **institut** *historique allemand*

*paris*

# Pariser Historische Studien

herausgegeben vom
Deutschen Historischen Institut Paris

Band 67

R. Oldenbourg Verlag München 2004

# Der Europadiskurs im deutschen Exil 1933–1945

von
Boris Schilmar

R. Oldenbourg Verlag München 2004

Gedruckt mit Unterstützung der Gerda Henkel Stiftung

Pariser Historische Studien
Herausgeber: Prof. Dr. Werner Paravicini
Redaktion: Dr. Mareike König
Institutslogo: Heinrich Paravicini, unter Verwendung eines Motivs am Hôtel Duret de Chevry
Anschrift: Deutsches Historisches Institut (Institut Historique Allemand)
Hôtel Duret de Chevry, 8, rue du Parc-Royal, F-75003 Paris

Bibliografische Information Der Deutschen Bibliothek
Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.

© 2004 Oldenbourg Wissenschaftsverlag GmbH, München
Rosenheimer Straße 145, D-81671 München
Internet: http://www.oldenbourg-verlag.de

Das Werk einschließlich aller Abbildungen ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Dies gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Bearbeitung in elektronischen Systemen.

Umschlagabbildung: „Die Zukunft", Ausgabe 45 vom 10. 11. 1939

Umschlaggestaltung: Dieter Vollendorf, München

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier (chlorfrei gebleicht).
Gesamtherstellung: Oldenbourg Graphische Betriebe Druckerei GmbH, München

ISBN 3-486-56829-9
ISSN 0479-5997

# INHALT


Vorwort ..... IX

I. Einleitung ..... 1

1. Forschungsgegenstand – erkenntnisleitendes Interesse – Methode ..... 1

2. Forschungsstand und Quellenlage ..... 7

II. Europa in Weimar: Sensibilisierung zwischen Versailles und Genf . 19

1. Die historische Zäsur – der Erste Weltkrieg ..... 20

2. Gebrochene Strukturen – die Versailler Friedensordnung ..... 25

3. Machtloses Instrumentarium – der Völkerbund ..... 29

III. Exil in Europa: Widerstand durch Planung 1933–1937 ..... 37

1. Europa im Bild: Europakonzepte der Emigration 1933–1937 ... 37

1.1. Kommunisten ..... 39

1.2. Sozialdemokraten ..... 42

1.2.1. Ergebnisse der Weimarer Europadiskussion ..... 43

1.2.2. Sozialdemokratische Europabilder 1933–1937 ..... 50

Rudolf Hilferding: kollektive Friedenssicherung (52) – Curt Geyer: „europäische Demokratie" und „neues europäisches Gleichgewicht" (53) – Friedrich Stampfer: „europäische Föderation" (56) – Gregor Bienstock: „Europa und die Weltpolitik" (57)

1.3. Revolutionäre Sozialisten Deutschlands (RSD) ..... 59

Alexander Schifrin: die deutsche Revolution als Garant des europäischen Friedens (62) – Europäische Volksfront zur Bekämpfung des Faschismus (64) – Siegfried Aufhäuser: „Donau-Locarno" (66)

1.4. Sozialistische Arbeiter-Partei (SAP) ..... 67

1.5. Neu Beginnen (NB) ..... 72

Richard Löwenthal: Europagedanke als Waffe (73) – Paul Hertz: „europäische Planwirtschaft" (75)

1.6. Internationaler Sozialistischer Kampfbund (ISK) ..... 77

Sozialistische Föderation mit Völkerbundarmee (80)

1.7. Deutsche Volkssozialistische Bewegung (DVB) ..... 83

Sozialismus und Abendland (84)

1.8. Pazifisten ..... 87

Reformierter Völkerbund (89) – Kurt Hiller: logokratische Internationalisierung (90) – Otto Lehmann-Russbueldt: „Schafft die Eidgenossenschaft Europa!" (92) – Friedrich W. Foerster: Föderalismus und Christentum (93)

1.9. Liberale und Bürgerlich-Konservative ..... 96
Heinrich Mann: Souveränitätsverzicht zugunsten eines europäischen Gesamtstaates (97) – Leopold Schwarzschild: Bund europäischer Nationen statt Völkerbund (99)
1.10. Nationalkonservative ..... 104
Otto Strasser: Europa zwischen Faschismus und Bolschewismus (104)
2. Zwischenergebnisse ..... 111

IV. Europa im Exil: Konzeptionalisierung der Europaideen 1938–1945 ..... 115
1. „Neuordnung Europas aus Rasse und Raum": zur nationalsozialistischen Europapolitik ..... 116
1.1. Der Nationalsozialismus und Europa ..... 117
1.2. Grundkonstanten der NS-Ideologie und ihre europäische Dimension ..... 123
1.2.1. Antisemitischer Rassismus ..... 124
Rassismus (124) – Antisemitismus (127) – Antibolschewismus (129)
1.2.2. Lebensraumimperialismus ..... 131
Imperialismus (131) – Lebensraumideologie (132) – Antiföderalismus (137)
2. Europa im Diskurs: die Entwicklung europäischer Einigungspläne im Exil 1938–1945 ..... 140
2.1. „Bilanz nach München" – europäische Selbstfindung im Exil (1938/39) ..... 143
2.1.1. Europäische Motivationen ..... 146
Nationalverständnis und Souveränitätskritik (149) – Freiheit und Demokratie (161) – Frieden und Sicherheit (162) Wirtschaftliche Kooperation (164)
2.1.2. Europäische Identität ..... 165
Europäischer Sozialismus und abendländischer Kulturkreis (166) – Europas Eigenständigkeit (171)
2.1.3. Europäische Institutionen ..... 173
Föderalismus: ein Völkerrecht für Europa (174) – Konföderalismus (181) – Antiföderalismus (182)
2.2. „Russischer Dolchstoß" – die antikommunistische Diskurswende nach dem Hitler-Stalin-Pakt (1939/40) .... 184
2.2.1. Die Haltung der KPD ..... 185
2.2.2. Annäherung durch Wandel ..... 190
2.2.3. Ausfall der Ostoption ..... 202
2.2.4. Profilschärfung in der Föderalismusdebatte ..... 209
Einschränkung der Souveränität (209) – (Kon)Föderale Binnenstruktur (212) – Europäische Gewaltenteilung (220) Außenverhältnis zum Völkerbund (224)

2.3. „Wir müssen nicht untergehen!" – Flucht aus der „Festung Europa" (1940/41) ..... 227
2.3.1. Individualisierungsprozeß des politischen Exils .... 228
2.3.2. Nationalsozialistische Usurpation der Europaidee.. 230
2.3.3. Außereuropäische Lösung der europäischen Frage? ..... 235
2.4. „Klare Fronten"? – Europa zwischen West und Ost (1941–1943) ..... 246
2.4.1. Rückkehr der Sowjetunion ..... 249
2.4.2. Relativierung der europäischen Frage ..... 254
2.4.3. Im Zeichen des Ost-West-Konflikts: Föderation statt Division ..... 263
2.4.4. Wirtschaftsföderation als supranationaler Auftakt.. 285
2.5. „... und ganz Europa schwebt auf der Hängebrücke" – Reaktionen auf Teheran (1944/45) ..... 293
2.5.1. Die „Großen Drei" ..... 299
2.5.2. Die „Anderen Drei" ..... 303
2.5.3. „Vier Weltpolizisten" ..... 315
3. Zum Europagedanken im innerdeutschen Widerstand: ein Vergleich ..... 321
4. Ergebnisse ..... 336

V. Schlußbetrachtung und Ausblick ..... 341

VI. Anhang ..... 361
1. Kurzbiographien der Emigranten ..... 361
2. Verzeichnis der Abkürzungen ..... 375
3. Verzeichnis der Pseudonyme und Tarnnamen ..... 378
4. Quellenverzeichnis ..... 379
4.1. Archivalien ..... 379
4.2. Gedruckte Quellen ..... 380
4.2.1. Quellensammlungen ..... 380
4.2.2. Exilpublizistik ..... 382
4.2.3. Quellen zum nationalsozialistischen Europabild ... 385
5. Literaturverzeichnis ..... 386
6. Namenregister ..... 401

„Mit dem Denken kommt die Kraft
und aus Geist und Kraft gewinnt die europäische
Existenz von morgen immer wieder neue Belebung."
Heinrich Georg Ritzel (1940)

# Vorwort

Bei der vorliegenden Arbeit handelt es sich um die im wesentlichen unveränderte Fassung meiner gleichnamigen Dissertation, die im Wintersemester 2001/2002 von der Philosophischen Fakultät der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster angenommen worden ist. Für die Drucklegung wurde der ursprüngliche Text nur geringfügig überarbeitet, durch ein Namenregister ergänzt und mit einem aktualisierten Literaturverzeichnis versehen. Auf ein Unterkapitel zu Gehalt und Begriffshistorie der Termini „Widerstand" und „Exil" ist für die gedruckte Fassung verzichtet worden.

Viele kritische Geister haben die Entstehung der Arbeit aktiv begleitet. Dafür bin ich ihnen Dank schuldig, dem ich an dieser Stelle gerne Ausdruck verleihe: Durch Hochschulveranstaltungen zur Geschichte des Europagedankens hat mein Doktorvater, Professor Dr. Horst Lademacher (Münster) mein Interesse geweckt und in vielen Gesprächen den Erkenntnisprozeß gefördert. Professor Dr. Wolfgang Jacobmeyer (Münster) hat das Korreferat übernommen. Ihm verdanke ich ein gesteigertes Bewußtsein für sprachliche Präzision. In ausführlichen Besprechungen hat sich Professor Dr. Wilfried Loth (Essen) der Mühe unterzogen, Struktur und Duktus der Arbeit kritisch zu hinterfragen. Seine unermüdliche Gesprächsbereitschaft und sein fachlicher Rat haben mir sehr geholfen.

Während meiner Archivstudien in Paris sowie in der Folgezeit habe ich mich jederzeit auf die vielfältige Unterstützung von Dr. Stefan Martens (DHIP) verlassen können, den ich als kompetenten und angenehmen Gesprächspartner schätze. Im Labyrinth der Pariser Archive und Bibliotheken half er mir, den Ariadnefaden meiner Arbeit nicht zu verlieren. Mein Dank gilt auch Professor Dr. Werner Paravicini und Dr. Andreas Wilkens (beide DHIP) für ihre konstruktive Kritik.

Dem Direktor des Deutschen Historischen Instituts Paris, Professor Dr. Werner Paravicini, danke ich zugleich für die Gewährung eines zehnmonatigen Stipendiums und ganz besonders für die Aufnahme der Arbeit in die Schriftenreihe der Pariser Historischen Studien. Die Gerda Henkel Stiftung hat sich freundlicherweise bereit erklärt, mir ein Promotionsstipendium für die Vorbereitung des Pariser Forschungsaufenthaltes sowie für die anschließende Fertigstellung der Arbeit zu gewähren und die Drucklegung mit einem Zuschuß mitzufinanzieren. Frau Dr. Mareike König und Frau Andrea Rattei (beide DHIP) danke ich für ihre Geduld und die zuverlässige redaktionelle Begleitung der Drucklegung.

Oliver Gnad hat das gesamte Manuskript außerordentlich gewissenhaft und mit hoher fachlicher Kompetenz gegengelesen. Für die kritische Durchsicht danke ich auch Jens Bredenbals.

Meinen Eltern bin ich dankbar für die jahrelange uneingeschränkte Unter-

stützung meiner Studien. Auf diese Weise haben sie mir ermöglicht, Doppelstudium, Promotion und Familie zu vereinen.

Für die zahllosen Gespräche, für sachliche Kritik, viel Geduld und das unermüdliche Engagement in der Schlußphase der Arbeit danke ich meiner Frau Christine. Motivation und Elan des Arbeits- und Erkenntnisprozesses wären ohne ihre umfassende Unterstützung und ihr kritisches Verständnis nicht denkbar. Ihr widme ich dieses Buch.

Düsseldorf, im Januar 2004 Boris Schilmar

# I. EINLEITUNG

## 1. Forschungsgegenstand – erkenntnisleitendes Interesse – Methode

> *Die Massen sehen ein, daß dieser mörderische Nationalismus nur eine Maske des Gewaltregimes gegen das eigene Volk ist, man fängt an, ihn für das Elend und die Ausweglosigkeit der Lage verantwortlich zu machen. So werden die betrogenen und unterdrückten Massen für eine demokratische und europäische Gesinnung freigesetzt: sie sind nicht nur gegen Hitler, sondern auch für Europa [...]*[1]

„Nicht nur gegen Hitler, sondern auch für Europa": Als Alexander Schifrin mit diesen Worten im Juni 1939 gegen die aufkommende Verzweiflung des politischen Exils anschrieb, dachte er an die beiden für ihn wesentlichen europäischen Aufgaben: die Beseitigung des Hitler-Regimes und die Neuordnung Europas. Damit ist der Nukleus aller Europakonzeptionen der deutschen Emigration in den Jahren 1933 bis 1945 und zugleich die Legitimation des politischen Exils präzise benannt: Emigration als aktiver Widerstand gegen den Nationalsozialismus, um durch dessen Überwindung eine umfassende europäische Friedenssicherung zu ermöglichen[2]. Der gemeinsame Wille, politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Alternativen zu einem nationalsozialistisch dominierten Europa aufzuzeigen, war das verbindende Element der am Europadiskurs beteiligten Exilgruppen – ungeachtet der teils erheblichen Differenzen hinsichtlich ideologischer Zielsetzung, politischer Reichweite und institutioneller Verfassung eines vereinigten Europas. Ohne das divergierende Demokratieverständnis der zahlreichen Gruppierungen im Exil zu nivellieren, bleibt doch festzuhalten, daß der Erfahrungsraum Exil als Hort des Meinungspluralismus eine zentrale Funktion in der politischen Kultur[3] der westdeutschen Demokratie ausgeübt hat. In diesem Sinne ist das politische Exil einer „der wenigen Aktivposten deutscher Geschichte in der Zeit der NS-Herrschaft"[4]. Seine Anerkennung als gleichwertiger Teil der Ge-

[1] SCHIFRIN, Zwei gemeinsame Aufgaben, in: Die Zukunft, 2. Jg., Nr. 23 (9. 6. 1939), S. 4.

[2] Vgl. auch SCHILMAR, Pariser Positionen, in: SAINT SAUVEUR-HENN (Hg.), Fluchtziel Paris 2002, S. 165–180 (166).

[3] Vgl. RÖDER, Sozialistische Exilgruppen ²1973, S. 5: „[...] wo das Exil zur Fortsetzung geistiger und politischer Strömungen wird, die in der Heimat bereits untergegangen oder zum Schweigen verurteilt sind, und zur ersten artikulierten Kunde von Ideen und Wegen der Zukunft". Auch ZUR MÜHLEN, Exil und Widerstand 1994, S. 140 betont: „Auch der Widerstand vom Exil aus war bei aller Schwäche nicht vergeblich. Wenigstens darin bestritt er der NS-Diktatur ihre Allmacht, indem er demokratisches Gedankengut bewahrte und das progressive kulturelle Erbe, das Hitler hatte vernichten wollen, über das ‚Dritte Reich' hinwegrettete."

[4] RÖDER, Sozialistische Exilgruppen ²1973, S. 5.

schichte des deutschen Widerstands[5], der europäischen Ideengeschichte sowie der Genese der europäischen Integration[6] konnte sich jedoch erst nach einer langen Zeit politischer Vereinnahmungen durchsetzen. In der DDR spiegelte sich dies in der einseitigen Glorifizierung des kommunistischen Exils wider, während sie in Westdeutschland in der nicht minder einseitigen Fixierung auf das Attentat vom 20. Juli 1944 und der populistisch ausgeschlachteten Ablehnung der Emigranten als „Verräter" manifest wurde[7].

Für eine Zeit, in der sich Deutschland ostentativ von dem politischen Ideal einer gelebten europäischen Einheit abgewandt hatte, erweist sich die Suche nach der ideengeschichtlichen Kontinuität des „Europe pensée" sowie nach politischen Alternativkonzeptionen eines „Europe vécue" als spannende Herausforderung, die aktueller Relevanz nicht entbehrt[8]. Vor dem Hintergrund des fortgesetzten Integrationsprozesses, dessen Legitimität durch Renationalisierungsbestrebungen der Mitgliedstaaten sowie Ängste und Verunsicherung der Bürger immer wieder in Frage gestellt wird, ist es wichtig, nach der Motivation und den gedanklichen Grundlagen zu fragen, auf denen der europäische Einigungsprozeß basiert.

Eine solche Rückbesinnung auf die ursprüngliche Europaidee, die erst im 20. Jahrhundert ihre Konkretisierung erfuhr, muß berücksichtigen, daß in den ersten Jahren der Emigration Gesamteuropa das Substrat der politischen Betrachtungen war. Die Frage „Europa – geteilt oder geeint?"[9] stellte sich bis 1943 überhaupt nicht. Um so überraschender wirkten auf die europäischen Zeitgenossen die politischen Folgen der Konferenzen von Moskau und Teheran. Mit der stellvertretend von Coudenhove-Kalergi formulierten Erkenntnis, Europa könne nur als politisch und wirtschaftlich geeinter Kontinent seine Selbständigkeit zwischen Ost und West behaupten, setzte in einer zuvor nicht gekannten Dringlichkeit ein europaweiter Lernprozeß ein, der bis zum heutigen Tag fortdauert[10].

Die Einigung Europas stellt eine zentrale Forderung der deutschen Emigranten dar, die sich als Kontinuum in ihren politischen Auseinandersetzun-

[5] Vgl. KLEMPERER, ‚Verbindung zu der großen Welt' 1990, S. 7: „Es wäre ganz verfehlt, Widerstandsforschung hie und Exilforschung da zu betreiben." DÜLFFER, Führerglaube 1992, S. 216 stellt fest, daß „zwischen 1933 und 1945 [...] in sonst nicht üblichem Ausmaß deutsche Geschichte außerhalb des deutschen Macht- und Zugriffsbereichs [stattfand]".

[6] Zur innereuropäischen Rückbesinnung im europäischen Exil und den europäischen Widerstandsgruppen vgl. die kenntnisreiche Darstellung von LIPGENS, Anfänge 1977, insb. S. 1–94.

[7] Die Vorwürfe gegen den Remigranten und sozialdemokratischen Kanzlerkandidaten Willy Brandt stechen dabei besonders hervor.

[8] Zu den sozial- und mentalitätsgeschichtlich definierten Termini vgl. KAELBLE, L'Europe „vécue" 1994, S. 27–45.

[9] COUDENHOVE-KALERGI, Eines der wichtigsten Friedensprobleme: Europa – geteilt oder geeint?, in: NVZ, 13. Jg., Nr. 24 (10. 6. 1944), S. 1.

[10] Vgl. LOTH, Sozialismus und Internationalismus 1977, S. 11, sowie die umfassende Untersuchung von KAELBLE, Europäer über Europa 2001, passim.

gen und der aktiven Widerstandsarbeit im Exil erweist. Für die interdependenten Funktionen der Emigranten als Widerstandskämpfer und europäische Vordenker kommt den gerade im Exil intensiv geführten programmatischen Europadebatten eine Schlüsselfunktion zu, die sich nur aus dem quellennahen „Innenblick"[11] der Emigration erschließen läßt und von der Forschung bisher kaum gewürdigt worden ist[12].

Die vorliegende Arbeit sucht eine Antwort auf die Frage: Welche übergeordneten Entwicklungslinien kennzeichnen den Europadiskurs im deutschen Exil?

Im Mittelpunkt der Quellenarbeit steht der Verlauf der Europadiskussionen. Dabei geht es nicht um eine minutiöse Nachzeichnung gruppeninterner Diskussionen, sondern um den Beitrag des deutschen Exils zur übernationalen Geschichte der europäischen Einigung, die gruppenübergreifenden Divergenzen und Konvergenzen der unterschiedlichen Konzeptionen, deren dynamische Entwicklungsprozesse in Reaktion auf die rasante Geschwindigkeit des Weltgeschehens und die den Europavorstellungen zugrunde liegenden Motivationen. Als diskursive Analyse berücksichtigt die Quelleninterpretation den Gesamtkomplex des politischen Exils in seiner typischen „Vielspältigkeit"[13] – von der KPD über bürgerlich-liberale Gruppierungen bis zu nationalkonservativen Emigrationskreisen. Politische Zuordnungen einzelner Emigranten sind jedoch nicht als rigide Kategorisierungen zu verstehen, zumal die Zugehörigkeit zu einer bestimmten Gruppe sich oft lediglich als äußeres Merkmal herausstellt. Darüber hinaus sind einer politischen Kategorisierung der Emigranten durch Überschneidungen und Mehrfachmitgliedschaften klare Grenzen gesetzt. So finden sich etwa Pazifisten oder Paneuropäer in nahezu allen Exilgruppen.

Vor dem Hintergrund der beiden Grundlinien europäischer Entwicklung zwischen 1918 und 1945, der Entstehung der bipolaren Welt zu Lasten der Weltgeltung Europas und dem Bedeutungsverlust des Nationalstaates zugunsten eines – politisch erst ab 1946 wirkungsmächtigen – Durchbruchs des

[11] PASSAUER, Gehört das Exil zum Widerstand? 1989, S. 30.

[12] So auch die ebenso knappe wie zutreffende Einschätzung von BEHRING, Demokratische Außenpolitik 1999, S. 25: „Die Einzelheiten dieser Planungen [der Exilorganisationen zu einer europäischen Föderation], ihre Entwicklungsgeschichte und ihr Bezug zur Realität sind jedoch bisher nicht systematisch untersucht worden." Auch PAUL, Deutschland nach Hitler 1998, Sp. 655, konstatiert, daß „weder die Zeitgeschichtsforschung noch die Exilforschung besondere Anstrengungen unternommen haben, die Programmgeschichte der verschiedenen Fraktionen des Exils umfassend zu rekonstruieren, geschweige denn einer systematischen Analyse zu unterziehen". Zur Bedeutung der Programmdiskussionen im Exil für die Entwicklung Nachkriegsdeutschlands zustimmend RÖDER, Zum Verhältnis von Exil und innerdeutschem Widerstand, in: Exilforschung 5 (1987), S. 28–39 (37) sowie STEINBACH, Widerstand aus dem Exil? 1990, S. 587.

[13] KANTOROWICZ, Literatur im Exil 1983, S. 82.

Europagedankens[14], ergeben sich für die vorliegende Aufgabenstellung drei systematische Schwerpunkte:
- Hinsichtlich der Motivationen für die Propagierung einer europäischen Einigung kommt dem Phänomen der innereuropäischen Rückbesinnung[15] im Sinne einer erneuerten Suche nach der europäischen Identität auf einer höheren Qualitätsstufe besondere Aufmerksamkeit zu.
- Im Zusammenhang mit der Positionierung Europas zwischen Ost und West wird dem Antibolschewismus besondere Aufmerksamkeit gewidmet.
- Beim dritten Schwerpunkt wird mit Blick auf die Institutionalisierung danach gefragt, wie nach den Plänen des deutschen Exils das vereinigte Europa im Innern verfaßt sein sollte, um den Motivationen und der europäischen Positionsbestimmung gerecht zu werden. Hierbei stehen die Prinzipien der Supranationalität und des Föderalismus im Zentrum der Quellenanalyse.

Zu Beginn werden grundlegende Europaerfahrungen in der Weimarer Republik aufgezeigt, die für das Verständnis sowohl der frühen Exilkonzeptionen als auch der thematischen Sensibilisierung in politischer, wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Hinsicht unverzichtbar sind. Die in der Emigration häufig verbalisierte Enttäuschung über das Versagen des Völkerbundes als Friedensgarant und überstaatlicher Schlichter sowie die Philippiken gegen das Vertragswerk von Versailles zeigen, daß ein „Europabewußtsein häufig auch erst als Folge konkreter Einigungsresultate"[16] – oder eben auch gescheiterter Einigungsbemühungen entsteht. Nahezu alle im Exil ausgearbeiteten Europakonzepte enthalten Details, die unmittelbar aus der Kenntnis tatsächlich vorhandener Institutionen und den realen Erfahrungen menschlicher und politischer Unzulänglichkeiten erwachsen sind. Diese Sensibilisierung für die europäischen Gemeinsamkeiten wurde in der Weimarer Zeit entwikkelt und birgt die Grundlage einiger Entwicklungslinien des späteren Europadiskurses im Exil.

Die Erörterung des eigentlichen Untersuchungsgegenstandes wird eingeleitet mit der quellenbasierten Analyse der zwischen 1933 und 1937 skizzierten Europavorstellungen, die sich zum Widerstand durch Planung entwickelten und die geistigen Grundlagen der späteren Konzeptionalisierungsphase des Europadiskurses schufen. Schon an dieser Stelle muß der Tatsache Rechnung getragen werden, daß der Diskurs des politischen Exils über die europäische Nachkriegsordnung untrennbar mit der ebenfalls kontroversen Völkerbundsdiskussion verbunden war. Abgestellt wird dabei auf eine gruppenorientierte Analyse, um eine Skizzierung des jeweiligen Organisationsprofils

[14] Vgl. LIPGENS, Anfänge 1977, S. 18. Zum Bedeutungsverlust des Nationalstaates siehe auch LOTH, Identity and Statehood 2000, passim, sowie LIPGENS, Anfänge 1977, S. 44: „Alle diese Staaten hatten damit bewiesen, daß sie ihren Völkern nicht mehr das Minimum an Sicherheit und Unabhängigkeit garantieren konnten, das zu garantieren der elementarste Zweck eines Staatswesens ist."
[15] Ibid. S. 17ff.
[16] BOSMANS, Einleitung, in: DERS. (Hg.), Europagedanke 1996, S. 7.

zu erleichtern und die in dieser Phase noch fehlende Ordnungsstruktur des Diskurses zu verdeutlichen.

Mit dem Perspektivenwechsel von einer gruppenorientierten zu einer diskursorientierten Betrachtung folgt die Analyse der Europadebatten zwischen 1938 und 1945, die zu einer wesentlichen Vertiefung und Konzeptionalisierung der bis 1937 formulierten Europaideen führten. Dabei rückt zunehmend das Verhältnis zu den beiden Weltmächten USA und UdSSR in den Vordergrund. Spätestens im Verlauf des Zweiten Weltkrieges erwies es sich als notwendig, über eine europa-zentrierte Betrachtungsweise hinaus eine politische Position Europas im Spannungsfeld der beiden außereuropäischen Weltmächte USA und UdSSR zu definieren, wobei die Vorstellungen von jeweils einseitiger Anlehnung bis zur Befürwortung eines „dritten Weges" reichten. Systematisch ist dieser Abschnitt an fünf Ereignisfeldern als „Momentaufnahmen eines permanenten Lernprozesses"[17] ausgerichtet, die den Diskurs nachweisbar beeinflußten.

Im zeitgenössischen Zusammenhang wird die Analyse des Europadiskurses im deutschen Exil kursorisch mit parallelen Diskussionen des innerdeutschen Widerstandes verglichen.

Auf der Grundlage der Untersuchungsergebnisse wird in der Schlußbetrachtung die Tragfähigkeit der Europakonzepte hinsichtlich des nach 1945 einsetzenden europäischen Integrationsprozesses bewertet. Abschließend wird die Frage zu beantworten sein, inwieweit sich die Auseinandersetzung mit dem Europadiskurs des deutschen Exils für den gegenwärtig erreichten Stand der europäischen Integration, insbesondere für die Suche nach einer europäischen Identität, als hilfreich erweisen kann.

Als zeitliche Fixpunkte sind die Jahre 1933, 1938 und 1945 gewählt worden. Während die Machtübernahme der Nationalsozialisten am 30. Januar 1933 den Beginn der Emigration und die Frühphase des Europadiskurses einläutete, steht das Jahr 1938 für eine tiefgreifende Schwerpunktverlagerung innerhalb des Europadiskurses im Exil: Erstmals erschien ein europäischer Krieg als reale Möglichkeit, so daß unmittelbar die Frage „Was kommt nach dem Krieg?" in den Vordergrund der politischen Diskussionen rückte. Der intellektuellen Durchdringung einer europäischen Nachkriegsordnung kam nicht erst mit dem für die große Mehrheit des Exils keineswegs überraschenden Kriegsausbruch Anfang September 1939 reale Bedeutung zu, sondern schon mit der Rezeption von „München". Die bis 1945 in zunehmender Eindringlichkeit geführten Diskussionen über die europäische Neuordnung finden folgerichtig schon im Jahre 1938 zwischen der Annexion Österreichs und dem Münchner Abkommen ihren Auftakt. Die programmatischen Debatten der Jahre 1933 bis 1937 sind dagegen deutlicher geprägt von der Weimarer Europadiskussion und der Erwartung baldiger Rückkehr. Diese erste

[17] Die treffende Umschreibung ist entnommen aus LOTH, Sozialismus und Internationalismus 1977, S. 13.

Phase wurde also in gewisser Weise „mit dem Gesicht nach Deutschland“[18] gestaltet. Um jedoch den Gesamtzusammenhang der im Exil entwickelten Europapläne, die geistigen Grundlagen sowie Stringenz und Brüche der Diskussionsverläufe ergründen zu können, bedarf es einer quellengestützten, erweiterten Darstellung derjenigen Europavorstellungen, denen zwischen 1933 und 1937 Ausdruck verliehen wurde. Wenngleich es sich zu diesem frühen Zeitpunkt häufig um rigide Europakonzepte handelte, die über eine Definition des Motivationsbündels vor dem Hintergrund aktueller Tagespolitik oft nicht hinausreichten, bleibt doch zu bedenken, daß gerade dieser Phase das dem Europadiskurs zugrundeliegende Selbstverständnis des Widerstands durch Planung zu verdanken ist.

In Anbetracht der betont prozeßorientierten Fragestellung wäre es willkürlich, als Endpunkt des Untersuchungszeitraums die Unterzeichnung der bedingungslosen Kapitulation zu definieren. Abgestellt wird vielmehr auf das offizielle Ende des erzwungenen Exils 1945, die individuell unterschiedliche Zeitschwelle vor der Remigration, sofern der einzelne Emigrant nicht im Ausland blieb.

Die Ausrichtung an der leitenden Fragestellung verlangt den Verzicht auf eine intensivere Beschäftigung mit solchen Themenkreisen, die zur Analyse des Europadiskurses im Exil keine wesentlichen Erkenntnisse erwarten lassen. So müssen die Tätigkeiten der zahlreichen humanitär motivierten Flüchtlingshilfsorganisationen und anderer, nicht primär politisch definierter Gruppierungen des Exils[19] ebenso unberücksichtigt bleiben wie die weniger europarelevanten exiltypischen Diskussionen zu Volksfront[20], Saarabstimmung[21] und Spanischem Bürgerkrieg[22]. Die regelmäßigen, aber vergeblichen

[18] So der nach einem bekannten Wort des 1939 verstorbenen SPD-Parteivorsitzenden Otto Wels benannte Titel der Quellenedition von MATTHIAS (Hg.), Mit dem Gesicht nach Deutschland 1968.

[19] Zur Emigration von Kunst und Wissenschaft vgl. das von der Deutschen Bibliothek Frankfurt am Main herausgegebene Inventar zu den Nachlässen emigrierter deutschsprachiger Wissenschaftler in Archiven und Bibliotheken der Bundesrepublik Deutschland 1994 sowie die disziplingeschichtlichen Analysen von KROHN, Wissenschaft im Exil. Deutsche Sozial- und Wirtschaftswissenschaftler in den USA und die New School for Social Research 1987; MÖLLER, Exodus der Kultur. Schriftsteller, Wissenschaftler und Künstler in der Emigration 1984; STRAUSS et al. (Hg.), Die Emigration der Wissenschaften. Disziplingeschichtliche Studien 1991; LEIMKUGEL, MÜLLER-JAHNCKE, Vertriebene Pharmazie. Wissenstransfer durch deutsche und österreichisch-ungarische Apotheker 1999; HOECHERL-ALDEN, Germanisten im „Niemandsland“: Die exilierten Akademiker und ihre Wirkung auf die amerikanische Germanistik 1996; SÖLLNER, Deutsche Politikwissenschaftler in der Emigration. Studien zu ihrer Akkulturation und Wirkungsgeschichte 1996; BÖHNE, Die Künste und die Wissenschaften im Exil 1992 sowie jüngst SCHÄUFELE, VINZENT (Hg.), Theologen im Exil – Theologie des Exils 2002.

[20] Zur Volksfrontdebatte richtungweisend LANGKAU-ALEX, Volksfront 1977; dazu: BADIA, Front populaire allemand 1981.

[21] Zur Saarproblematik vgl. ZUR MÜHLEN, „Schlagt Hitler an der Saar!“ 1979 sowie MALLMANN, PAUL, Saarländer gegen Hitler 1989.

Bemühungen, die Politik der Gastländer zu beeinflussen[23], werden nur peripher tangiert. Weitgehend ausgelassen wird auch das deutsche Exil in den Niederlanden und Belgien, das sich nur sporadisch der europäischen Neuordnung zugewandt hat. Damit soll jedoch keineswegs die grundsätzliche Bedeutung dieser Exilgruppen für andere Themen der politischen Emigration in Abrede gestellt werden. Auf die innere Neuordnung Deutschlands konzentrierte Nachkriegsplanungen sind nur rekurriert worden, soweit sie für das Verständnis der Europadebatten unerläßlich sind[24].

Mit der Umschreibung „deutsches Exil" wird nicht das deutschsprachige Exil gleichgesetzt. Verfehlt wäre eine formalistische Orientierung an der Staatsbürgerschaft, da viele Emigranten durch Ausbürgerung Staatenlose wurden oder die Staatsangehörigkeit des Gastlandes annahmen. Ein solcher formaljuristischer Ansatz würde dem politischen Exil nicht gerecht, das mehrheitlich gerade gegen die Verabsolutierung der nationalstaatlichen Souveränität und in Teilen sogar für eine europäische Staatsangehörigkeit eintrat. Vielmehr ist der Begriff „deutsches Exil" grundsätzlich zu verstehen als die Gesamtheit aller, die ab 1933 vor dem Nationalsozialismus aus Deutschland flohen. Daher werden die sudetendeutsche und österreichische Emigration ausgeklammert, deren spezifische Problemlagen den thematischen Rahmen dieser Arbeit sprengen würden.

## 2. Forschungsstand und Quellenlage

Die Geschichtsforschung hat das deutsche Exil unter verschiedenen Fragestellungen beleuchtet und wesentliche Fortschritte in der Erschließung und Auswertung der Quellen verzeichnen können[25]. Auch zum Europagedanken

[22] Zur Bedeutung des spanischen Bürgerkrieges für das deutsche Exil siehe ZUR MÜHLEN, Spanien war ihre Hoffnung 21985.

[23] Den fehlenden Einfluß auf die Regierungspolitik der Aufnahmeländer betonen auch GLEES, Exile Politics 1982, S. 43, MILLER, Behandlung des Widerstandes 1986, S. 415 und KETTENACKER, Der britische Rahmenplan 1995, S. 57f.

[24] Vgl. dazu z. B. JASPER, Entwürfe 1984, KOEBNER, SAUTERMEISTER, SCHNEIDER (Hg.), Deutschland nach Hitler 1987, KLOTZ, Das „kommende Deutschland" 1983, GREBING, Was wird aus Deutschland nach dem Krieg? 1985, ERLER, WILKE, „Nach Hitler kommen wir" 1997.

[25] Einen Überblick über den aktuellen Diskussionsstand um den Widerstandsbegriff und die zahlreichen Versuche, seiner schillernden Vielfalt Herr zu werden, bieten MALLMANN, PAUL, Resistenz oder loyale Widerwilligkeit? 1993; vgl. ferner die aufschlußreiche staatsphilosophische Untersuchung von MAIER, Tyrannislehre und Widerstandsrecht 1994 sowie den rechtshistorisch orientierten Beitrag von KLEMPERER, Naturrecht und der deutsche Widerstand 1994, S. 43–53. Einen deutsch-deutschen Vergleich der Historiographie des Widerstands unternimmt REICH, Geteilter Widerstand 1994. Speziell zur Widerstandsforschung in der DDR: MAMMACH, Widerstandsbewegung, 1984–1987. Erwähnenswert ist des weiteren die systematische Bibliographie von STEINBACH, TUCHEL (Hg.), Widerstand 1994, S. 623–655. Einen knapperen Überblick

sind zentrale Forschungsergebnisse erzielt worden. Doch ist die Verknüpfung dieser beiden Forschungsfelder bisher kaum gelungen, der Europagedanke im deutschen Exil noch keiner eingehenden Analyse unterzogen worden.

In der Frühphase der westdeutschen Zeitgeschichtsforschung steht der grundlegende ideengeschichtliche Ansatz von Erich Matthias nahezu einsam da[26], der nicht nur aufgrund des frühen Erscheinungsdatums, sondern auch wegen seiner programmatischen Orientierung Beachtung verdient. Davon abgesehen wurde das Exil zunächst primär von der Literaturwissenschaft aufgearbeitet. Diesbezüglich sei insbesondere auf die Arbeiten von Berendsohn[27] und Sternfeld[28] sowie die 1964 erschienene Anthologie von Hermann Kesten[29] verwiesen. Diese literatur-wissenschaftlich geprägte Phase endete 1965 mit der Ausstellung der Deutschen Bibliothek in Frankfurt am Main zur Exilliteratur[30]. Erst seit Ende der 60er Jahre ist auch das politische Exil häufiger zum Forschungsgegenstand geschichtswissenschaftlicher Arbeiten gewählt worden. Dagegen war in der DDR das Exil zwar von Beginn an als Teil des Widerstandes anerkannt, doch wurde hierunter der als allein „antifaschistisch" eingestufte Außenwiderstand der KPD und in Teilen derjenige der Linkssozialisten und Sozialdemokraten verstanden. Die systembedingten Implikationen der DDR-Exilforschung wurden noch gesteigert durch die prominente Stellung ehemaliger Flüchtlinge in der SED wie Wilhelm Pieck, Walter Ulbricht, Johannes R. Becher, Paul Merker oder Franz Dahlem. Doch

über die wichtigsten Veröffentlichungen bietet MEHRINGER, Widerstand und Emigration 1997, S. 280–294; vgl. auch die Spezialbibliographien von RUCK, Bibliographie zum Nationalsozialismus 2000, CARTARIUS (Bearb.), Bibliographie „Widerstand" 1984 sowie BÜCHEL, Der deutsche Widerstand 1975.

[26] MATTHIAS, Sozialdemokratie und Nation 1952. Mit einem völkerrechtlichen Teilaspekt beschäftigte sich etwa zur selben Zeit MATTERN, Die Exilregierung 1953; dazu die Ansichten PAETELS, Zum Problem einer deutschen Exilregierung 1956.

[27] BERENDSOHN, Die deutsche Literatur der Flüchtlinge aus dem Dritten Reich, 4 Bde. 1967–1971; DERS., Probleme der Emigration aus dem Dritten Reich, in: APuZ 1956/B XXXII/XXXIII, S. 497–526.

[28] STERNFELD, Emigranten-Presse 1950.

[29] KESTEN, Deutsche Literatur im Exil. Briefe europäischer Autoren 1964; beachte auch DURZAK (Hg.), Die deutsche Exilliteratur 1973. Aus der neueren literaturwissenschaftlichen Exilforschung sei verwiesen auf Band 10 der insgesamt zwölfbändigen Gesamtdarstellung der deutschen Literaturgeschichte: RIEGEL, RINSUM, Drittes Reich und Exil (Deutsche Literaturgeschichte, 10) 2000; ferner SCHMOLLINGER, „Intra muros et extra". Deutsche Literatur im Exil und in der inneren Emigration. Ein exemplarischer Vergleich (Beiträge zur neueren Literaturgeschichte, 3/161) 1999 und FLÜGGE, Wider Willen im Paradies. Deutsche Schriftsteller im Exil in Sanary-sur-Mer 1996.

[30] Vgl. den Ausstellungskatalog von BERTHOLD, Exil-Literatur 1965. 15 Jahre später organisierte die Deutsche Bibliothek eine Ausstellung zum deutschen PEN-Club im Exil, in deren Folge eine monographische Sonderveröffentlichung mit detaillierten Informationen zur Exilphase des PEN-Clubs erschien: PFLUG (Hg.), Der deutsche PEN-Club im Exil 1933–1948 (Sonderveröffentlichungen der Deutschen Bibliothek, 10) 1980.

hat die DDR-Forschung gerade aufgrund des anders gelagerten Schwerpunktes einige aufschlußreiche Studien hervorgebracht[31].

Strukturgeschichtliche Ansätze haben sowohl die ostdeutsche als auch die westdeutsche Exilforschung lange Zeit vermissen lassen, da zunächst Einzelaspekte wissenschaftlich aufbereitet werden mußten. So hat die Geschichtswissenschaft die Spuren der deutschen Emigranten mittlerweile in alle wesentlichen Fluchtländer verfolgt. Neben den Arbeiten der verdienstvollen Forschungsgruppe um Gilbert Badia und Hélène Roussel[32], die sich mit dem deutschen Exil in Frankreich auseinandersetzen, sowie der sozialgeschichtlich orientierten Darstellung von Fabian und Coulmas[33] liegen Untersuchungen vor zum deutschen Exil in Großbritannien[34], der Tschechoslowakei[35], der Schweiz[36], den Niederlanden[37], Italien[38], Schweden[39] und Norwegen[40], der UdSSR[41], den USA[42] und Lateinamerika[43], speziell Mexiko[44]. Die

[31] MITTENZWEI et al. (Hg.), Kunst und Literatur im antifaschistischen Exil, 7 Bde. 1978–1981; MAMMACH, Deutsche antifaschistische Widerstandsbewegung, Teil I: 1984, Teil II: 1987; BADSTÜBNER, Friedenssicherung und deutsche Frage 1990.

[32] BADIA et al. (Hg.), Les bannis de Hitler 1984; DIES. (Hg.), Les barbelés de l'exil 1979, dort vor allem die instruktive Einführung von BADIA, L'émigration en France, ses conditions et ses problèmes, ibid. S. 11–95.

[33] FABIAN, COULMAS, Deutsche Emigration in Frankreich 1978.

[34] HIRSCHFELD (Hg.), Exil in Großbritannien. Zur Emigration aus dem nationalsozialistischen Deutschland (Veröffentlichungen des Deutschen Historischen Instituts London, 14) 1983; RÖDER, Sozialistische Exilgruppen ²1973; GLEES, Exile Politics 1982; aus zeitgenössischer Sicht: LÖWENTHAL, Zur deutschen politischen Emigration in Großbritannien im Zweiten Weltkrieg: Wechselwirkungen und Nachwirkungen, in: NIEDHART (Hg.), Großbritannien als Gast- und Exilland für Deutsche im 19. und 20. Jahrhundert 1985, S. 89–116.

[35] BECHER, HEUMOS, Drehscheibe Prag 1992.

[36] WICHERS, Im Kampf gegen Hitler 1994.

[37] MOORE, Refugees from Nazi Germany in the Netherlands 1933–1940 (Studies in Social History, 9) 1986.

[38] VOIGT, Zuflucht auf Widerruf. Exil in Italien ²1993.

[39] MÜSSENER, Exil in Schweden 1974.

[40] LORENZ, Exil in Norwegen 1992. Einen zusammenfassenden Überblick über das deutsche Exil in Skandinavien vermittelt der von PETERSEN herausgegebene Sammelband: Hitlerflüchtlinge im Norden. Asyl und politisches Exil 1991.

[41] SCHAFRANEK, Zwischen NKWD und Gestapo 1990.

[42] RAGG, German Socialist Emigration in the United States 1977; RADKAU, Deutsche Emigration in den USA 1971; LINK, German political refugees in the United States during the Second World War, in: NICHOLLS, MATTHIAS (Hg.), German Democracy and the Triumph of Hitler. Essays in Recent German History 1971, S. 241–260. Vgl. auch den Aufsatz- und Quellenband von LANGKAU-ALEX, RUPRECHT (Hg.), Was soll aus Deutschland werden? 1995; aus zeitgenössischer Sicht: KUEHL [d. i. Katz], Die exilierte deutsche demokratische Linke in USA, in: Zeitschrift für Politik, Neue Folge 4 (1957), S. 273–289.

[43] ZUR MÜHLEN, Fluchtziel Lateinamerika 1988; KOHUT, ZUR MÜHLEN (Hg.), Alternative Lateinamerika. Das deutsche Exil in der Zeit des Nationalsozialismus 1994; für Argentinien biographisch exemplifiziert: SPITTA, Paul Zech im südamerikanischen Exil 1933–1946. Ein Beitrag zur Geschichte der deutschen Emigration in Argentinien 1978.

[44] POHLE, Mexikanisches Exil 1986.

Asylpolitik ausgewählter Exilländer untersucht komparatistisch Katharina Meyer[45]. Auch die biographische Forschung hat eine Fülle von Studien hervorgebracht, von denen für die vorliegende Arbeit neben dem vorzüglichen Biographischen Handbuch zur deutschsprachigen Emigration[46] insbesondere die Biographien zu Waldemar von Knoeringen[47], Otto Braun[48], Erich Ollenhauer[49] und Hans Wehberg[50] sowie die biographischen Sammlungen von Beier[51], Flügge[52], Rajewski und Riesenberger[53] sowie Morsey[54] einschlägig sind.

Zu vielen der im Exil vertretenen oder dort gegründeten politischen Organisationen liegen mittlerweile Monographien vor. Duhnke und Herlemann haben unabhängig voneinander die Entwicklung der KPD und ihre Kommunikationsstruktur untersucht[55], und Bremer zeigt anknüpfend an Drechsler das Exil der SAP[56]. Mehrere Studien existieren zu den Gruppen Neu Beginnen[57] und ISK[58]. Foitzik bietet eine vergleichende Arbeit zu allen „linkssozialistischen Kleinorganisationen"[59]. Für die gewerkschaftliche Emigration ist Stefan Schafheitlin maßgeblich[60]. Grundlegend für die Erforschung der Tätigkeit sozialistischer Bewegungen in der Emigration bleibt Werner Röders fundierte Untersuchung der sozialistischen Exilgruppen in Großbritannien[61]. Dagegen wird die allzu pauschalierende Studie von Lewis Edinger zu Recht kritisiert[62]. Die konfliktreiche Arbeit der Internationalen Gruppe de-

[45] MEYER, „Keiner will sie haben" 1998.
[46] RÖDER, STRAUSS (Hg.), Biographisches Handbuch 1980–1983.
[47] MEHRINGER, Waldemar von Knoeringen 1989.
[48] SCHULZE, Otto Braun oder Preußens demokratische Sendung. Eine Biographie 1977.
[49] SEEBACHER-BRANDT, Ollenhauer 1984.
[50] KEINER, Hans Wehberg 1976.
[51] BEIER, Schulter an Schulter, Schritt für Schritt: Lebensläufe deutscher Gewerkschafter. Von August Bebel bis Theodor Thomas 1983.
[52] FLÜGGE, „Paris ist schwer". Deutsche Lebensläufe in Frankreich 1992.
[53] RAJEWSKI, RIESENBERGER, Wider den Krieg. Große Pazifisten 1987.
[54] MORSEY, Zeitgeschichte in Lebensbildern 1973.
[55] DUHNKE, KPD 1972; HERLEMANN, Emigration als Kampfposten 1982. Zur BFDW/CALPO siehe PECH, An der Seite der Résistance. Zum Kampf der Bewegung „Freies Deutschland" für den Westen in Frankreich 1974. Für die KPO einschlägig: BERGMANN, „Gegen den Strom" 1987.
[56] BREMER, SAP 1978; DRECHSLER, SAP 1965.
[57] KLIEM, Neu Beginnen 1957; REICHHARDT, Neu Beginnen 1963; VORHOLT, Neu Beginnen im Exil 1993; LOEWENHEIM, Geschichte der Org (Neu Beginnen) 1995.
[58] LINK, IJB/ISK 1964.
[59] FOITZIK, Zwischen den Fronten 1986.
[60] SCHAFHEITLIN, Gewerkschaften in Widerstand und Exil 1979.
[61] RÖDER, Sozialistische Exilgruppen ²1973; vgl. ferner MILLER, Sozialistischer Widerstand im Exil: Prag – Paris – London (Beiträge zum Widerstand, 25) 1984.
[62] EDINGER, Sozialdemokratie 1960; harsche Kritik bei RÖDER, Zum Verhältnis von Exil und innerdeutschem Widerstand 1987, S. 30; zur Sopade neuerdings die gut recherchierte Dissertation von BEHRING, Demokratische Außenpolitik 1999, der auch die linkssozialistischen Gruppen NB, SAP und ISK berücksichtigt.

mokratischer Sozialisten in Stockholm hat Misgeld sehr gut nachgezeichnet[63].

Bouvier hat sich mit der DFP beschäftigt[64], während zu den Emigranten des organisierten Pazifismus neben den Beiträgen von Karl Holl hauptsächlich Biographien vorliegen[65]. Den katholischen Pazifisten widmen sich Riesenberger und Höfling[66]. Biographisch strukturiert ist die Darstellung von Rudolf Morsey, der die Widerstandskämpfer und Emigranten aus den Reihen der „christlichen Demokraten" vorstellt[67]. Für den politischen Katholizismus sind im übrigen die Werke von Hürten einschlägig[68]. Zu dem nationalkonservativen Emigranten Hermann Rauschning und dem nationalsozialistischen Hitlerflüchtling Otto Strasser liegen ideengeschichtliche Untersuchungen und Biographien vor[69].

Anfang der 80er Jahre erfuhr die wissenschaftliche Beschäftigung mit dem Exil während des Nationalsozialismus eine spürbare Wiederbelebung. Im Vordergrund standen Einzelstudien mit deutlich interdisziplinärer Tendenz[70]. Seit 1983 gibt die Gesellschaft für Exilforschung ein Jahrbuch heraus, das mit Beiträgen internationaler Exilforscher einen recht weit gesteckten Forschungsbereich von biographischen Studien bis zu sozialgeschichtlichen Analysen und ideengeschichtlichen Zusammenhängen abdeckt[71]. Etwa zur gleichen Zeit legte die Deutsche Forschungsgemeinschaft ein Schwerpunktprogramm „Exilforschung" auf, in dessen Rahmen Manfred Briegel und Wolfgang Frühwald einen breitgefächerten Forschungsbericht herausgeben konnten[72].

Hinsichtlich des politischen Exils ist seit den 80er Jahren – parallel zur Historiographie der Widerstandsforschung – eine merkliche Konzentration auf das linke Spektrum zu verzeichnen[73]. Eine detailliertere Differenzierung der

[63] MISGELD, Die „Internationale Gruppe demokratischer Sozialisten" in Stockholm 1976.
[64] BOUVIER, DFP 1969.
[65] HOLL, Europa des pazifistischen Exils 1992; DERS., Pazifisten, in: KROHN et al. (Hg.), Handbuch der deutschsprachigen Emigration 1998, Sp. 570–580; KEINER, Hans Wehberg 1976; ACKER, Walther Schücking 1970.
[66] RIESENBERGER, Katholische Friedensbewegung 1976; HÖFLING, Der „Friedensbund Deutscher Katholiken" 1917–1933.
[67] MORSEY, Christliche Demokraten 1985.
[68] HÜRTEN, Deutsche Katholiken 1992; DERS., Politische Positionen 1989; FRÜHWALD, HÜRTEN (Hg.), Christliches Exil 1987.
[69] MÜLLER, Zwischen Rhein und Donau. Abendländisches Denken zwischen deutsch-französischen Verständigungsinitiativen und konservativ-katholischen Integrationsmodellen 1999; DERS., Nationalkonservative Opposition 1986; BARTSCH, Otto Strasser 1990; siehe auch MOREAU, Nationalsozialismus von links 1984; neuerdings auch HENSEL, NORDBLOM (Hg.), Hermann Rauschning 2002.
[70] Vgl. z. B. FRÜHWALD, SCHIEDER (Hg.), Leben im Exil 1981.
[71] Gesellschaft für Exilforschung (Hg.), Exilforschung. Ein internationales Jahrbuch 1983 ff.
[72] BRIEGEL, FRÜHWALD (Hg.), Die Erfahrung der Fremde 1988.
[73] Z. B. BORGERDING et al. (Hg.), Widerstand und Emigration 1982.

verschiedenen politischen Tendenzen im Exil und ihres Charakters als Widerstandsgruppen unternimmt die 1986 erschienene, von Richard Albrecht et al. im Auftrag der Bundeszentrale für politische Bildung herausgegebene Aufsatzsammlung[74]. Stärker aus der Perspektive der Widerstandsforschung hat Wolfgang Benz in seiner Studie „Widerstand im Exil – Exil als Widerstand"[75] das politische Exil beleuchtet. In jüngerer Zeit hat sich insbesondere Hartmut Mehringer[76] in einer konzisen Untersuchung den Widerstandsbewegungen in der Emigration ein eigenes Kapitel gewidmet und bietet eine aktualisierte Bibliographie. Mit dem 1998 erschienenen Werk „Exil et résistance au national-socialisme 1933–1945" haben Gilbert Krebs und Gérard Schneilin die Verbindungen zwischen deutschem Exil und französischen Widerstandsbewegungen herausgestellt[77]. Einen guten und fundierten Überblick über die verschiedenen Gruppierungen des deutschsprachigen Exils bietet neuerdings das Handbuch der deutschsprachigen Emigration[78].

Diese und andere Arbeiten der letzten 30 Jahre haben wesentlich zur heutigen wissenschaftlichen Kenntnisdichte beigetragen, mit der eine lange Zeit verhinderte Versachlichung der Diskussion um Widerstand und Exil einhergegangen ist. Widerstand aus dem Exil wird nicht mehr pauschal als landesverräterisches Verhalten diffamiert[79], und der Widerstandscharakter des politischen Exils wird kaum mehr geleugnet[80].

Auch die Geschichte des Europagedankens hat nunmehr eine eigene Historiographie. Neben dem Sammelband von August Buck[81] ist in diesem Zusammenhang vor allem die strikt aus europäischer Perspektive geschilderte „History of the idea of Europe" von Pim den Boer[82] zu erwähnen. Sehr aufschlußreich, aber für den Untersuchungszeitraum nur bedingt einschlägig ist die Darstellung von Heinz Gollwitzer[83] zur Ideengeschichte des Europagedankens. Walter Lipgens kommt das Verdienst zu, erstmals aus dezidiert übernationaler Perspektive Quellen zum Europaverständnis der europäischen Widerstands- und Exilgruppen zusammengetragen und erste Auswertungen des Quellenmaterials vorgenommen zu haben[84]. Ungeachtet des ten-

[74] ALBRECHT et al. (Hg.), Widerstand und Exil 1986.
[75] BENZ, Widerstand im Exil – Exil als Widerstand 1991.
[76] MEHRINGER, Widerstand und Emigration 1997.
[77] KREBS, SCHNEILIN, Exil et résistance au national-socialisme 1998.
[78] KROHN et al. (Hg.), Handbuch der deutschsprachigen Emigration 1998.
[79] Vgl. SATOR, Anmerkungen zu einem schwierigen Begriff 1997, S. 151.
[80] Diesbezüglich ibid. S. 160, Anm. 9: Sator hebt eine der wenigen Ausnahmeerscheinungen der modernen Forschung hervor, die mit angedeutetem Blick auf den 20. Juli 1944 zwischen einem „wahren Widerstand" und der nachrangigen „Opposition" anderer Gruppen unterscheidet: CARTARIUS, Opposition gegen Hitler. Bilder, Texte, Dokumente 1994.
[81] BUCK, Europa-Gedanke 1992.
[82] Den BOER et al. (Hg.), The History of the idea of Europe 1995.
[83] GOLLWITZER, Europabild und Europagedanke 1964.
[84] LIPGENS, LOTH, Documents, 1985–1990; Quelleninterpretationen finden sich so-

denziell durchschimmernden Antikommunismus zeichnen sich Lipgens' Forschungsergebnisse durch einen hohen Abstraktionsgrad aus und beweisen schlüssig, daß der Europagedanke zwischen 1918 und 1945 eine qualitativ neue Stufe erreicht hat[85]. Weniger auf den Europagedanken als auf die allgemeinen Ideen zur Friedenssicherung nach dem Zweiten Weltkrieg stellen die Beitragssammlungen von Koebner, Sautermeister und Schneider[86] sowie von Dumoulin[87] ab.

Die Verknüpfung der Geschichte des Europagedankens im 20. Jahrhundert mit der politischen Widerstandsarbeit des deutschen Exils ist bisher kaum eingehend untersucht worden. Annäherungen an dieses Thema sind nahezu ausnahmslos auf einzelne Gruppen, insbesondere auf die linkssozialistischen und sozialdemokratischen Organisationen beschränkt geblieben. Erich Matthias konzentriert sich auf die Sopade und postuliert eine grundsätzliche Unterscheidung der Sozialdemokraten in Verfechter einer Westorientierung und solche einer Ostorientierung – eine These, die in dieser Pauschaldifferenzierung heute nicht mehr aufrechterhalten werden kann[88]. Neben der trotz allem richtungweisenden Arbeit von Matthias finden sich noch zwei kleinere Aufsätze von Wilfried Loth[89] und Cornelia Regin[90] zu sozialistischen Europakonzepten. Während Loth kenntnisreich der auffallenden Diskrepanz zwischen dem Europabekenntnis der Weimarer SPD und ihrer diesbezüglichen Zurückhaltung in den ersten Jahren der Bundesrepublik nachgeht, widmet sich Regin in ihrem konzisen Beitrag den wirtschaftlichen Föderationsplänen von Sopade, ISK, Neu Beginnen und SAP. Als untergeordneten Gesichtspunkt bietet Röder[91] in seiner im übrigen grundlegenden Untersuchung über das sozialistische Exil in Großbritannien eine auf vier Seiten gedrängte und notwendig verkürzte Zusammenfassung. Neuerdings ist Rainer Behring mit einer Dissertation über die außenpolitischen Vorstellungen der exilierten Sozialdemokraten eine gut recherchierte und stringente Würdigung der sozialistischen Emigration gelungen[92]. An Behrings Studie, die auch die linkssozialistischen Gruppierungen berücksichtigt, ist vor allem der systematische Ansatz bemerkenswert, der im Rahmen der außenpolitischen Konzeptionen auch den Europadebatten gebührenden Raum läßt. Im Vordergrund dieser Dissertation steht deutlich die Arbeit der Sopade, so daß

wohl in den ausführlichen Kapiteleinleitungen dieser umfangreichen Quellensammlung sowie in LIPGENS, Anfänge 1977.

[85] Für den europäischen Integrationsprozeß nach 1945 maßgeblich: LOTH, Weg nach Europa [3]1996.

[86] KOEBNER, SAUTERMEISTER, SCHNEIDER (Hg.), Deutschland nach Hitler 1987.

[87] DUMOULIN (Hg.), Plans des temps de guerre 1995.

[88] MATTHIAS, Sozialdemokratie und Nation 1952.

[89] LOTH, Von Heidelberg nach Godesberg: Europa-Konzepte der deutschen Sozialdemokratie zwischen Utopie und Politik, in: FS für Peter Krüger [noch unveröffentlicht].

[90] REGIN, „Die Wirtschaft im neuen Europa" 1996.

[91] RÖDER, Sozialistische Exilgruppen [2]1973.

[92] BEHRING, Demokratische Außenpolitik 1999.

die Untersuchungen zu den linkssozialistischen Gruppen recht knapp geraten. Behring übersieht leider die bedeutenden Ausarbeitungen des SPD-Mitglieds und IGB-Funktionärs Gerhard Kreyssig. Doch bleibt die hohe Qualität dieser Arbeit davon unberührt. Mit den Europavorstellungen der heterogenen Gruppe der Pazifisten beschäftigt sich Karl Holl im Rahmen eines kleineren Beitrages[93].

Die Thematik der vorliegenden Studie ist bisher allein von Klaus Voigt aufgegriffen worden[94]. Durch die Auswahl von 30 zumeist veröffentlichten Quellen stellt Voigt den wichtigen Zusammenhang zwischen der Debatte um eine europäische Nachkriegsordnung und der Diskussion um eine weltweite Friedenssicherung dar. Darüber hinaus nimmt der Herausgeber der Quellensammlung eine erste ideologische Kategorisierung der Quellen vor und unterscheidet dabei KPD, Sopade und linkssozialistische Gruppen, Liberale und Pazifisten, katholische Pazifisten und frühere Zentrumspolitiker sowie Konservative, wobei die letztgenannte Gruppe sich im Wesentlichen auf den ehemaligen Senatspräsidenten der Freien Stadt Danzig, Hermann Rauschning, beschränkt. Die in den Kapiteleinführungen enthaltenen Interpretationsansätze bieten keinen Raum für eine eingehende Quellenanalyse und lassen zudem die Frage nach einer gruppenübergreifenden Diskurstypologie ebenso unberücksichtigt wie die systematische Untersuchung der wesentlichen Konvergenzen und Divergenzen[95]. Thematisch ist hier auch Gerhard Pauls Aufsatz zu nennen[96]. Aktuell erfährt der Europadiskurs in den deutschen Zeitschriften erhöhte Aufmerksamkeit durch die von Michel Grunewald und Hans Manfred Bock herausgegebenen Kolloquienbände. Für den Zeitraum von 1933 bis 1939 sind acht der fünfzehn Beiträge der Europadiskussion in ausgewählten Exilzeitschriften gewidmet[97]. Leider setzt der Folgeband erst mit den Europadiskussionen ab 1945 ein[98], so daß der gesamte Europadiskurs der Kriegszeit unberücksichtigt bleibt.

Bei der Quellenrecherche stand nicht die Suche „nach dem Auftauchen des Begriffs ‚Europa' in den Quellen"[99] im Vordergrund, sondern vielmehr die Ermittlung des zeitgebundenen Kontextes, sei es hinsichtlich der spannungsgeladenen Ereignisse in Europa, des wachsenden Einflusses der beiden außereuropäischen Weltmächte USA und Sowjetunion oder auch biographischer Implikationen wie dem persönlichen Werdegang und dem politischen

[93] HOLL, Europa des pazifistischen Exils 1992.
[94] VOIGT (Hg.), Friedenssicherung 1988.
[95] Eine zusammenhängende Darstellung der Gedanken und Forschungsergebnisse Voigts enthalten seine drei diesbezüglichen Aufsätze, die jedoch im wesentlichen nicht über die Begleittexte seines Quellenbandes hinausgehen: VOIGT, L'Idée européenne 1995, DERS., Europa-Ideen des deutschen Exils 1992, DERS., Europäische Föderation und neuer Völkerbund 1987.
[96] PAUL, Zauberformel 1992.
[97] GRUNEWALD, BOCK (Hg.), Le Discours Européen (1933–1939) 1999.
[98] DIES. (Hg.), Le Discours Européen (1945–1955) 2001.
[99] KRÜGER, Europagedanke in der Weimarer Republik 1996, S. 27.

Selbstverständnis. Mithin rekrutiert sich die zugrunde gelegte Quellenbasis nicht nur aus der veröffentlichten Exilpublizistik (Exilpresse, Rundfunkansprachen, Programme, Aufrufe, Flugblätter, Broschüren und Bücher), sondern zu einem bedeutenden Teil auch aus unveröffentlichten Sitzungsprotokollen, Diskussionspapieren und Manuskripten sowie in der Regel unveröffentlichter Partei-, Redaktions- und Privatkorrespondenz.

Dabei erweist sich die Quellenlage als gut. Umfangreiche Bestände der Exilpresse und -publizistik in deutscher, französischer und englischer Sprache konnten in der Bibliothèque de Documentation Internationale Contemporaine in Nanterre ausgewertet werden. Hierzu zählen vor allem die in Paris erschienenen Zeitschriften *Cahiers d'Europe*, *Deutsche Freiheitsbriefe* und *Deutsche Revolution* sowie die für das englische Exil wesentlichen Zeitschriften *Socialist Commentary* und *Contemporary Review* und der paneuropäische Nachrichtendienst *Der Europäer*. Während die Bibliothèque Nationale de France eine recht hilfreiche Sammlung deutscher Exilpresse bereithält, finden sich in den Archives nationales de France einige bisher kaum zur Kenntnis genommene Dokumente zum deutschen Exil in Frankreich, wobei dem vollständig archivierten Redaktionsarchiv der Exilzeitschrift *Die Zukunft* sowie einigen Dokumenten der KPD aus der Zeit von 1934 bis 1939 besondere Bedeutung zukommt[100]. Darüber hinaus ist die im Archiv der sozialen Demokratie und in der Bibliothek der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bonn sowie der Deutschen Bibliothek in Frankfurt am Main archivierte Exilpublizistik ausgewertet worden.

Aufschlußreiche unveröffentlichte Dokumente finden sich in den Bonner Beständen zur Emigration-PV Sopade und zum IJB/ISK, im SAP-Archiv und im Willy-Brandt-Archiv. Die SAPMO im Bundesarchiv Berlin hat insbesondere mit der Sammlung des KPD-Zentralkomitees (Abteilung Agitation und Propaganda) und den Beständen zur Emigration in Frankreich und zur Emigration in England reichhaltiges Quellenmaterial archiviert. Auch die Collection Neu Beginnen im Instituut voor Sociale Geschiedenis in Amsterdam enthält einschlägige Dokumente.

Zahlreiche unveröffentlichte Quellen bieten die Exilanten-Nachlässe. Sowohl das Archiv der sozialen Demokratie mit den ergiebigen Nachlässen von Friedrich Stampfer, Gerhard Kreyssig, Waldemar von Knoeringen, Erwin Schoettle, Walter Fliess und Walter Auerbach sowie der Korrespondenz von Kurt Hiller und Kurt Englich als auch die SAPMO im Bundesarchiv in Berlin mit den Nachlässen von Leopold Schwarzschild, Carl Spiecker, Franz Dahlem, Paul Merker und Wilhelm Pieck verfügen über wichtige Bestände. Durch die in der Hauptgeschäftsstelle des Bundesarchivs in Koblenz verwahrten Nachlässe von Arnold Brecht, Joseph Wirth, Ludwig Quidde und

[100] Das Redaktionsarchiv der *Zukunft* umfaßt die Bestände ANF, F7 15123–15130. KPD-Dokumente finden sich in den Beständen ANF, F7 15131, 15132. Darüber hinaus enthält der Bestand ANF, F7 14716 Korrespondenz der beiden Sopade-Vorstandsmitglieder Erich Ollenhauer und Hans Vogel.

Hubertus Prinz zu Löwenstein konnten wichtige Erkenntnisse über die Europavorstellungen des liberalen und christlich-konservativen Exils gewonnen werden. Im Archiv des Instituts für Zeitgeschichte in München haben sich vor allem die Nachlässe von Otto Strasser, Kurt R. Grossmann, Kurt Glaser und Wilhelm Hoegner für das tiefere Verständnis des Europadiskurses als hilfreich erwiesen.

Mit seiner umfassenden Quellenedition „Documents on the History of European Integration" hat Walter Lipgens den Grundstein für eine sorgfältige Analyse der Entwicklungsgeschichte des Europagedankens seit 1939 gelegt. Für die Europapläne der deutschen Emigration sind primär die ersten beiden Bände der Dokumentation einschlägig: Band I enthält Nachkriegspläne der französischen Résistance und der innerdeutschen Widerstandsbewegungen[101]. Band II widmet sich im zweiten Teil den Europavorstellungen des Exils und legt in Kapitel 4.2 auch einige Dokumente des deutschen Exils vor[102]. Auch in den Quellensammlungen „45 Jahre Ringen um die europäische Verfassung"[103] und „Europa-Föderationspläne der Widerstandsbewegungen 1940–1945"[104] hat Walter Lipgens aufschlußreiches Quellenmaterial zur Verfügung gestellt, dessen ausführliche Auswertung noch aussteht. 1988 veröffentlichte Klaus Voigt die erwähnte kommentierte Quellensammlung, die sich in 30 als „Schlüsselquellen" definierten Dokumenten erschöpft[105]. Über die sozialdemokratische Emigration hat Erich Matthias 1968 eine von Werner Link bearbeitete Quellensammlung veröffentlicht, die vorrangig auf dem Nachlaß des ehemaligen Chefredakteurs des *Vorwärts*, Friedrich Stampfer, basiert[106].

Aus der umfangreichen Archivaliensammlung des Archivs der sozialen Demokratie sind einzelne Teilbestände veröffentlicht worden. So haben Marlis Buchholz und Bernd Rother 1995 die Vorstandsprotokolle der Sopade bearbeitet[107], und schon 1980 erschienen die „Grünen Berichte" der Sopade in sieben Bänden[108]. Darüber hinaus sind einzelne Schriften gesondert der Öffentlichkeit vorgestellt worden, so zum Beispiel Klotzbachs Edition dreier Beiträge der frühen Exilphase von Miles (d. i. Walter Loewenheim), Otto Bauer und Curt Geyer[109].

101 LIPGENS (Hg.), Documents, Bd. I: Continental Plans 1985.
102 DERS. (Hg.), Documents, Bd. II: Plans for European Union in Great Britain and in Exile 1939–1945, Kapitel 4.2: Ideas of German Exiles on the Postwar Order in Europe 1986, S. 555–628.
103 DERS. (Hg.), Europäische Verfassung 1986.
104 DERS. (Hg.), Föderationspläne 1968.
105 VOIGT (Hg.), Friedenssicherung 1988.
106 MATTHIAS (Hg.), Mit dem Gesicht nach Deutschland 1968.
107 BUCHHOLZ, ROTHER (Bearb.), Parteivorstand 1995.
108 Deutschland-Berichte der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Sopade) 1934–1940, 7 Bde. 1980.
109 KLOTZBACH (Hg.), Drei Schriften aus dem Exil (Internationale Bibliothek, 76) 1974.

Für die vorliegende Thematik sind die Quellensammlungen von Ludwig Eiber zur Union deutscher sozialistischer Gruppen in Großbritannien[110], Ursula Langkau-Alex für den amerikanischen Council for a Democratic Germany[111] sowie der von Einhart Lorenz bearbeitete zweite Band der Berliner Ausgabe der Schriften Willy Brandts[112] einschlägig.

Schließlich sei auf einige Autobiographien namhafter Emigranten verwiesen, so von Willy Brandt[113], Stefan Szende[114], Wilhelm Hoegner[115], Friedrich Stampfer[116] und Hubertus Prinz zu Löwenstein[117], den Schriftstellern Lion Feuchtwanger[118], Alfred Kantorowicz[119], Maximilian Scheer[120] und Klaus Mann[121] sowie die von Dora Schaul herausgegebene Memoiren-Sammlung „Résistance"[122]. Hervorzuheben ist Gustav Reglers Autobiographie „Das Ohr des Malchus"[123], die für ein differenziertes Verständnis der Zeitgeschichte als grundlegend bezeichnet werden kann.

110 EIBER (Hg.), Union 1998.
111 LANGKAU-ALEX, RUPRECHT (Hg.), Was soll aus Deutschland werden? 1995.
112 BRANDT, Berliner Ausgabe, hg. v. GREBING, SCHÖLLGEN, Band 2: Zwei Vaterländer, bearb. v. LORENZ 2000; beachte auch den komplementären Band 1: Hitler ist nicht Deutschland, bearb. v. LORENZ 2000.
113 BRANDT, Links und frei 1982 und DERS., Erinnerungen 1989.
114 SZENDE, Zwischen Gewalt und Toleranz. Zeugnisse und Reflexionen eines Sozialisten 1975.
115 HOEGNER, Der schwierige Außenseiter. Erinnerungen eines Abgeordneten, Emigranten und Ministerpräsidenten ²1975.
116 STAMPFER, Erfahrungen und Erkenntnisse. Aufzeichnungen aus meinem Leben 1957.
117 LÖWENSTEIN, Botschafter ohne Auftrag. Lebensbericht 1972.
118 FEUCHTWANGER, Der Teufel in Frankreich. Erlebnisse 1954 (ursprünglich 1942 unter dem Titel „Unholdes Frankreich" erschienen).
119 KANTOROWICZ, Exil in Frankreich. Merkwürdigkeiten und Denkwürdigkeiten 1971.
120 SCHEER, So war es in Paris 1966.
121 MANN, Der Wendepunkt. Ein Lebensbericht 1976.
122 SCHAUL (Hg.), Résistance. Erinnerungen deutscher Antifaschisten 1975.
123 REGLER, Das Ohr des Malchus 1958.

# II. EUROPA IN WEIMAR: SENSIBILISIERUNG ZWISCHEN VERSAILLES UND GENF

Der Europadiskurs des Exils skizzierte Modellentwürfe politisch motivierter Gruppen und Individuen für eine spätere Epoche, ein *Europe pensée* für eine ferne Zukunft. Dabei griffen sie auf die Erinnerung an die häufig persönlich miterlebten Europabestrebungen in der Zwischenkriegszeit zurück – die optimistisch stimmenden Ansätze eines *Europe vécue* ebenso wie deren deprimierende Zerstörung zwischen den Nationalismen und Uneinsichtigkeiten der Jahre 1918/19 bis 1933. Diese Sensibilisierung für ein zumeist nur unscharf skizziertes Europa der Zukunft befand sich nach 1933 in Form persönlicher Wahrnehmungen, Reflexionen, Enttäuschungen und Hoffnungen im dürftigen Gepäck der Emigranten. Die in der Emigration häufig verbalisierte Enttäuschung über das Versagen des Völkerbundes als Friedensgarant und überstaatlicher Schlichter und die Philippiken gegen das Vertragswerk von Versailles zeigen, daß „Europabewußtsein häufig auch erst als Folge konkreter Einigungsresultate"[1] – oder eben auch gescheiterter Einigungsbemühungen entsteht. Nahezu alle im Exil ausgearbeiteten Europakonzepte enthalten Details, die unmittelbar aus der Kenntnis tatsächlich vorhandener Institutionen und den realen Erfahrungen menschlicher und politischer Unzulänglichkeiten erwachsen sind[2].

Die Sensibilisierung für den Europagedanken wurde in der Zwischenkriegszeit entwickelt, deren realpolitische Ansätze die späteren Emigranten weitaus nachhaltiger geprägt haben als der zunehmend isolierte Diskurs über das Ideal eines gemeinsamen Europas[3]. Im Exil erwiesen sich primär der Versailler Vertrag und der Völkerbund nicht nur als ständige Diskursbegleiter, sondern auch als häufig genutzte Negativfolien für modifizierte oder alternative Europakonzepte.

Im folgenden soll der Bewußtseins- und Erfahrungshorizont des Europadiskurses im Exil skizziert werden, soweit dies für das Verständnis der Quellenanalyse notwendig ist. Dabei wird das Kriegsende 1918 als geistes- und

[1] BOSMANS, Einleitung, in: DERS. (Hg.), Europagedanke 1996, S. 7.

[2] Die parteipolitischen und programmatischen Stellungnahmen aus der Weimarer Zeit werden eingehend bei der Erörterung der Europabilder im Exil 1933–1937 berücksichtigt (Kapitel II. 2.). Zu den Europavorstellungen der Schriftsteller siehe die umfassende Studie von LÜTZELER, Schriftsteller und Europa 1992, insb. S. 312 ff. Die publizistische Debatte in den zeitgenössischen Zeitschriften wird eingehend behandelt in GRUNEWALD, BOCK (Hg.), Le discours européen (1918–1933) 1997.

[3] KRÜGER, Ansätze zu einer europäischen Wirtschaftsgemeinschaft 1984, S. 149 betont zurecht: „Indem man aber das übernationale Ideal und die politische Zielvorstellung zur Basis nahm, berührte man den eigentlichen Beitrag der Weimarer Republik zur Grundlegung einer europäischen Staatengemeinschaft kaum."

völkerrechtshistorische Zäsur erläutert und die daran anknüpfenden realpolitischen Ansätze in den Wahrnehmungsfeldern (Regierungs)Politik, Wirtschaft und Gesellschaft – gleichsam als *Europe vécue* der Zwischenkriegszeit – nachgezeichnet. Selbstverständlich sind die drei Wahrnehmungsfelder nicht voneinander zu trennen, sondern in ihrer historischen Interdependenz zu betrachten: „Il ne fait aucun doute que le mouvement vers l'intégration économique de l'Europe au XX$^{e}$ siècle ne peut être séparé de son contexte politique général et que les interactions sont nombreuses dans cette marche en avant entre les champs politique, culturel et économique."[4]

## 1. Die historische Zäsur – der Erste Weltkrieg

Der prominente Emigrant Heinrich Mann, Identifikationsfigur des literarischen Exils, legte in seinem einzigen im Exil beendeten Werk „Henri Quatre" dem Titelhelden die selbstlos und weitblickend klingenden Worte in den Mund:

„Der Friede ist seinen Preis wert, wenn nicht wir allein ihn tragen, sondern alle christlichen Staaten überein. Ich und meine Verbündeten werden alle überzeugen, wo ihr Vorteil und ihre Sicherheit sind. Nirgends sonst, als in einem Völkerbund."[5]

Mann, der sich mehrfach auch über die künftige Ordnung des europäischen Kontinents äußerte[6], suggeriert hier eine geistesgeschichtliche Kontinuität europäischer Zusammengehörigkeit und Völkerverständigung, die bis heute in keiner Veröffentlichung zum Europagedanken unerwähnt bleibt. Doch handelt es sich dabei um ein letztlich geistiges Konstrukt, denn die Motivationen, die 1610 den „Grand Dessein" des Herzogs von Sully trugen, erfuhren mit dem Ende des Ersten Weltkriegs eine solch tiefgreifende, revolutionäre Änderung, daß von einer ideengeschichtlichen Kontinuität kaum mehr gesprochen werden kann.

Die von Heinrich Mann intendierte Idealisierung sowohl der Herrscherpersönlichkeit Heinrichs IV. als auch des „Grand Dessein" war gemeint als politisch-literarisches Manifest für ein anderes als das von Mann erlebte Europa, ein Gegenentwurf zur realen Welt[7]. In einem Brief an Carl Stern-

[4] BUSSIÈRE, Les milieux économiques 1997, S. 5.

[5] MANN, Henri Quatre o. J., S. 850.

[6] Vgl. dazu die Dissertation von KEIM, Europagedanke Heinrich Manns 1989, die stellenweise mit einer überschießenden Innentendenz behaftet ist und den eher vagen Europavorstellungen Manns die höheren Weihen einer durchdachten Gesamtkonzeption zu verleihen versucht.

[7] Vgl. die literaturwissenschaftliche Exegese von HAHN, Heinrich Manns „Henri Quatre" 1981. Für den heutigen Betrachter gewinnt Hahns Darstellung vor allem durch die Kenntnis der auch politisch intendierten Diskrepanz zwischen der in der DDR praktizierten Staatsverehrung Heinrich Manns einerseits und der auch politisch motivierten westdeutschen Ignoranz gegenüber dem Werk des älteren Mann-Bruders andererseits.

heim vom 29. Mai 1937 stimmte Heinrich Mann dem Urteil seines Bruders Thomas zu, „Henri Quatre" sei „Synthese und Résumé" seiner ganzen Lebenserfahrung: „In diesem König hatte ich, gleich bei der ersten Bekanntschaft, die glänzendsten Anlagen gefühlt, wußte aber noch nicht, daß er mitsamt seiner Welt sich so herauswachsen würde. Jetzt paßt ihm jeder Gedanke, der mich bewegt, und mit dem Alter, seinem und meinem, stimmt es immer besser."[8] Dem eigentlichen Verfasser des „Grand Dessein", dem Herzog von Sully, ging es tatsächlich um die Lösung der beiden damals zentralen machtpolitischen Probleme[9]: die Beseitigung der Übermacht Habsburgs in Europa durch deren Verdrängung nach Lateinamerika und Asien sowie die Handhabung der Kirchenspaltung durch die Anerkennung der drei Konfessionen und eine strenge Umsetzung des Grundsatzes *cuius regio eius religio*. Wenngleich der Sully-Plan jeden Europa-Enthusiasmus als völlig zeituntypisch vermissen läßt, liegt seine übergeordnete Bedeutung dennoch in der Tatsache, daß der „Grand Dessein" neben dem fast 140 Jahre zuvor erschienenen Plan Dubois' zu den ersten europäischen Entwürfen zählt, die im Zeichen des entstehenden Souveränitätsgedankens geschrieben wurden.

Deutlich visionärer als Sullys pragmatische Überlegungen nimmt sich das umfassende Reformwerk Pierre Dubois' aus dem Jahre 1306 aus[10]. Unter dem Eindruck der Auseinandersetzungen französischer Kronjuristen mit Papst Bonifaz VIII. um den in der Bulle *Unam Sanctam* dogmatisierten päpstlichen Weltherrschaftsanspruch verlangte Dubois die politische Einheit der Katholiken unter Einschluß des byzantinischen Kaisers zur Vorbereitung eines Kreuzzuges in das seit 1291 verlorene Heilige Land. Das zu diesem Zweck einzuberufende Fürstenkonzil sollte nach Dubois als Kern eines christlichen Bundes gleichberechtigter Fürsten dienen, der die Einheit der Christenheit sowohl nach außen als auch nach innen gegen bellizistische Mitglieder zu schützen habe. Wesentlich war für Dubois der Konzilsgedanke, den er mit dem Vorschlag verband, den Papst gegen Entgelt unter die Oberherrschaft des französischen Königs zu stellen, um ihm die Konzentration auf die wahrhaft geistigen Aufgaben zu ermöglichen. Doch zielte die von Dubois konzipierte *Recuperatione Terre Sancte* eben nicht auf die Veränderung der bestehenden Welt, sondern die Errichtung einer neuen Welt, wodurch die Utopie seiner übergeordneten Zielsetzung unterstrichen wird[11].

[8] Zit. n. ibid. S. 463.

[9] Zu Sullys Ansatz vgl. insbesondere MALETTKE, Konzeptionen kollektiver Sicherheit 1992 sowie FOERSTER, Europa 1967, S. 131–143.

[10] Vgl. dazu den unverändert aufschlußreichen Aufsatz von OEXLE, Utopisches Denken 1977 sowie die Überblicksdarstellung bei FOERSTER, Europa 1967, S. 60–75.

[11] OEXLE, Utopisches Denken 1977, S. 339 bemerkt hierzu: „Aber bei allem Staats-Optimismus, der Dubois im französischen Staat seiner Zeit ein Instrument zur Verwirklichung seiner Vorschläge sehen ließ, sollte doch dieser Staat keineswegs auch der Ort sein, an dem er seine Vorschläge verwirklicht sehen wollte. Dafür war vielmehr ein neuer Ort, die *Terra Sancta* bestimmt. [...] Gleichwohl darf nicht übersehen werden, daß die *Terra Sancta* des Dubois außerhalb der *res publica christiana*, außerhalb der Ge-

In den folgenden Jahrhunderten wurden der Öffentlichkeit immer wieder Pläne für eine Einigung Europas vorgestellt[12]. Besondere Beachtung verdienen die Überlegungen von Comenius (1645)[13], William Penn (1693)[14], John Bellers (1710)[15], Saint-Pierre (1712)[16], dessen „Mémoires" Jean Jacques Rousseau 1761 wieder aufgriff, Immanuel Kant (1795)[17], François de Paoli Chagny[18] (1813) und Pierre Joseph Proudhon (1863)[19]. Gemeinsam war all

meinschaft christlicher Staaten und Völker lag. Vielleicht war es dies, was die *Terra Sancta* im Denken des Pierre Dubois zu einem Wunschtraum hat werden lassen."

[12] Einen unverändert lehrreichen und lesenswerten Überblick aus der Emigrationszeit bietet WEHBERG, Ideen und Projekte betreffend die Vereinigten Staaten von Europa in den letzten 100 Jahren, in: Friedenswarte, 41. Jg. (1941), S. 49ff.

[13] Der tschechische Pädagoge Amos Comenius (Johan Amos Komensky) schlug 1645 auf der Grundlage seines pansophischen Ansatzes einer Allweisheitslehre einen Weltbund der Christenheit vor, bestehend aus drei Teilbereichen: Kultur, Politik, Religion, *„eine wohlgeordnete, durch gleiche Bande gleichen Wissens, gleicher Gesetze und wahrer Religion verbundene Gemeinschaft"*, zit. n. FOERSTER, Europa 1967, S. 162.

[14] PENN, Essay toward the Present and Future Peace of Europe, London 1693. Der Quäker kam nach seinen Erfahrungen als Gründer und erster Gouverneur von Pennsylvania zu dem Schluss, nur ein auf gemeinsamem Recht basierender Bund der Völker, die in einem Bundesparlament mit staatseinkommensabhängiger Stimmgewichtung vertreten sein sollten, könne den Frieden dauerhaft gewähren. Auch Penns Entwurf beruhte – von einem Quäker nicht anders zu erwarten – auf dem Wunsch, das Christentum zu stärken. Doch übertrug er – unter dem Einfluss seines Freundes John Locke – erstmals die Idee eines einheitlichen Rechts auf die Ebene der internationalen Beziehungen; vgl. FOERSTER, Europa 1967, S. 163–170.

[15] BELLERS, Some Reasons for a European State, proposed to the Powers of Europe, by an Universal Guarantee, and an Annual Congress, Senate, Dyet, or Parliament, to settle any disputes about the bounds and rights of Princes and States hereafter, London 1710. Bellers bezog sich sowohl auf Sullys „Grand Dessein" als auch auf Penns Ansatz, wobei er unter Beibehaltung der bisherigen Staatengrenzen die Aufteilung Europas in 100 Kantone vorschlug, die je einen Delegierten in ein europäisches Parlament senden; vgl. FOERSTER, Europa 1967, S. 330f. Bemerkenswert an Bellers Entwurf ist vor allem seine Rezeption durch den Sozialdemokraten Eduard BERNSTEIN, der in seiner noch während des Ersten Weltkrieges erschienenen Schrift „Völkerbund oder Staatenbund" ²1919 für sich beansprucht, John Bellers als erster wiederentdeckt zu haben (S. 5f.).

[16] Mémoires pour rendre la Paix perpétuelle en Europe (anonym). Saint-Pierre führte in seinem berühmten Vorschlag eines europäischen Fürstenbundes erstmals das Prinzip der Mehrheitsentscheidung ein; vgl. FOERSTER, Europa 1967, S. 173–186. 1761 widmete sich Jean Jacques Rousseau dem Werk Saint-Pierres und überarbeitete dessen Europaplan unter Einfügung zahlreicher eigener Gedanken.

[17] KANT, Zum Ewigen Frieden. Mit dieser noch vom deutschen Exil 1933–1945 vielfach zitierten Schrift leitete Kant die Wende von zumeist akademischen Utopien eines europäischen Staatenbundes zu einem an den konkreten Realisierungsmöglichkeiten orientierten Ansatz ein. Wesentliche Voraussetzung jeder europäischen Föderation war für Kant das republikanische Ordnungsprinzip; vgl. FOERSTER, Europa 1967, S. 209–219.

[18] Paoli-Chagnys Entwurf für drei Staatenbünde – eine internationale „Föderation der Monarchen" unter dem Ehrenvorsitz des preußischen Königs sowie zwei nachgeordnete Bünde deutscher Staaten unter dem Protektorat des Zaren bzw. italienischer Staaten unter dem Protektorat des österreichischen Kaisers – wurde dem Wiener Kongreß vorgelegt; vgl. FOERSTER, Europa 1967, S. 343f.

[19] PROUDHON, Du principe fédératif et de la nécéssité de reconstituer le parti de la ré-

diesen Entwürfen, daß sie entweder auf die Stärkung der Christenheit und die Überwindung der dogmatischen Kirchenspaltung abzielten oder die Errichtung bzw. Manifestierung einer europäischen Hegemoniemacht im Blick hatten. Des öfteren diente die Idee des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation als Folie[20]. Noch während des Ersten Weltkrieges als dem Höhe- und Wendepunkt des europäischen Imperialismus stand der Europagedanke im Zentrum diverser nationaler Hegemonialpläne, die im Deutschen Reich durch zahlreiche Mitteleuropa-Konzeptionen repräsentiert wurden[21] und in dem 1915 erschienenen Werk von Friedrich Naumann[22] eine primär ökonomisch motivierte Deutung erfuhren[23].

Mit dem Ende des Ersten Weltkrieges trat in der ideen- und völkerrechtshistorischen Entwicklung des Europagedankens ein fundamentaler Wandel ein, der die europäische Motivationslage grundlegend ändern und in ein völlig neues Bedingungsfeld stellen sollte. Dieser Umbruch sei mit der Benennung der fünf ausschlaggebenden Faktoren kurz zusammengefaßt: das Ausmaß von Gewalt und Leiden, bedingt durch den technisch-militärischen Fortschritt; die weltwirtschaftliche Abhängigkeit Europas von den USA und das allgemeine Phänomen zunehmender weltwirtschaftlicher Interdependenz; Europas beginnender Niedergang als Machtzentrum der Weltpolitik; die faktische Überwindung der nationalstaatlichen Souveränität durch die weltpolitische Dichotomie und die im Gegenzug einsetzende emotionale Überhöhung der Nation.

War der Verlust der wirtschaftlichen Vorreiterrolle Europas schon seit längerem prognostiziert worden, so überraschte der Machtverlust in der Weltpolitik die Zeitgenossen in einem solchen Ausmaß, daß kaum jemand diese Konsequenz des Weltkrieges als grundlegenden Einschnitt hinzunehmen bereit war. Europa konnte nicht einmal seine eigenen Angelegenheiten mehr ohne außereuropäische Hilfe lösen und hatte erst recht die Kompetenz zur Lösung weltpolitischer Konflikte eingebüßt. Als das alte Europäische Konzert zerbrach, veränderten sich grundlegend auch die Positionen Großbritanniens und Frankreichs und schwächten ihre Bedeutung im globalen

volution, Paris 1863. Proudhons Anliegen bestand vor allem in der Verhinderung einer monarchistischen Restauration, die er durch die Aufteilung aller europäischen Staaten in Klein- und Kleinstföderationen unter dem gemeinsamen Dach einer „confédération des fédérations" zu verwirklichen glaubte; vgl. BÜLCK, Föderalismus 1964, S. 13f., insb. Anm. 34. In der Nachfolge Proudhons entwickelte der französische Jurist George Scelle im 20. Jahrhundert seine Theorie der Internationalen Organisationen.

[20] Zum Heiligen Römischen Reich als europäischem Ordnungsprinzip: HAMMERSTEIN, Heiliges Römisches Reich deutscher Nation und Europa 1992.

[21] Zur „Weltreichtheorie" eines vereinten Mitteleuropas unter deutscher Führung vgl. ULLRICH, Polnische Frage 1984 und GUTSCHE, Mitteleuropaplanungen 1972. Zu den wilhelminischen Mitteleuropaplänen auch THEINER, „Mitteleuropa"-Pläne 1984.

[22] NAUMANN, Schriften zum Mitteleuropaproblem, in: DERS., Werke, Bd. 4, 1964, S. 374–977. Die geistig-politische Werksgeschichte faßt zusammen: VILLAIN, Mitteleuropakonzeption Friedrich Naumanns 1977.

[23] Vgl. GUTSCHE, Mitteleuropaplanungen 1972, S. 537.

Machtgefüge[24]. Schon auf der Flottenkonferenz von Washington 1922 manifestierte sich das Ende der britischen Ära in der Angleichung der US-amerikanischen Flottenstärke an die britische[25]. Unmittelbare Folge dieser Entwicklung war die Ablösung des weltpolitischen Zentrums Europa durch ein politisch-ideologisches Spannungsfeld: Der Aufstieg der außereuropäischen Weltmächte USA und UdSSR trug seit der russischen Oktoberrevolution den Nukleus einer globalen Dichotomie in sich, auch wenn beide Staaten zunächst noch einmal auf sich selbst zurückgeworfen wurden: Die Westmacht verfolgte einen gemäßigt isolationistischen Kurs, während ihr östlicher Gegenpol in einen Bürgerkrieg verwickelt wurde[26]. Insoweit ist Lipgens' Einschätzung zuzustimmen: „Die eine Macht wollte, die andere konnte noch keine Hegemonialrolle in Europa übernehmen. Europa war noch einmal eine Frist gegeben."[27]

Die faktische Überwindung des seit dem 19. Jahrhundert streng national verstandenen Souveränitätsprinzips wurde bezeichnenderweise repräsentiert durch die beiden neuen Weltmächte. Sowohl die USA als führende Weltwirtschaftsmacht und entscheidende militärische Kraft im Ersten Weltkrieg als auch die UdSSR mit ihrem neuen, auf Weltrevolution ausgerichteten Gesellschaftsmodell sprengten beide auf ihre Weise die bisherigen Vorstellungen von Staat und Gesellschaft. Die europäischen Staaten dagegen zogen sich ins Schneckenhaus nationalstaatlicher Souveränität zurück. Dieses Beharren Europas auf tradierten Strukturen erwies sich schnell als gefährlicher Anachronismus, der Europa wirtschaftlich, politisch, gesellschaftlich und in der völkerrechtlichen Entwicklung ins Hintertreffen geraten ließ. Der Versuch europäischer Politiker, die faktische Niederlage des auf seine imperialistische Spitze getriebenen Nationalismus durch eine erneute emotionale Überhöhung des Nationalstaates zu überwinden, blieb ein müdes *revirement* der Maximen des ideologisierten Weltkrieges und sollte schon bald fehlschlagen.

Der vielfache Bruch des Jahres 1918 schuf ein prinzipiell verändertes Bedingungsfeld für die Gestaltung eines neuen Europas und versah den nun wieder populären Europagedanken mit einer „neuartige[n] Dringlichkeit"[28].

[24] Etwas überspitzt, in der Sache aber völlig korrekt bezeichnet GREWE, Völkerrechtsgeschichte [2]1988, S. 679 die „Brechung der überragenden alleinigen Vormachtstellung Englands" als das „weltpolitisch wichtigste Ergebnis des ersten Weltkrieges".

[25] Die in Washington vereinbarte Schlachtschiff-Kontingentierung von 5:5:3:1,5:1,5 (Großbritannien, USA, Japan, Frankreich, Italien) löste den bisherigen Zweimächtestandard (Überlegenheit der britischen Flotte über die beiden folgenden Flottenkontingente) ab und blieb auch auf den folgenden Flottenkonferenzen in Washington 1929 sowie in London 1930 und 1936 unangetastet; vgl. GREWE, Völkerrechtsgeschichte [2]1988, S. 680f.

[26] Die verbreitete Einschätzung eines rücksichtslosen US-Isolationismus ist von KOLB, Weimarer Republik [5]2000, S. 62 zutreffend als „ein der Korrektur bedürftiges Klischee" zurechtgerückt worden.

[27] LIPGENS, Anfänge 1977, S. 3.

[28] LOTH, Weg nach Europa [3]1996, S. 10.

In den folgenden Europadebatten standen neben der jetzt drängenden Notwendigkeit einer europäischen Wirtschaftseinheit gegen die USA insbesondere die Institutionalisierung des Friedens, die Modernisierung des Souveränitätsprinzips und der Antibolschewismus als neue Motive im Vordergrund europäischer Einigungsbestrebungen. Fortan bestimmten die neuen Motive nicht nur die ideengeschichtliche Entwicklung, sondern auch die Realität europäischer Politik, beginnend mit den Pariser Friedensverhandlungen. Damit war der Grundstein gelegt für den Europadiskurs im deutschen Exil. In den Jahren nach 1918 wurde die realpolitische Reibungsfläche des politischen Exils aufgezogen – und darin liegt die eigentliche Bedeutung der europäischen Zwischenkriegszeit für das Verständnis der Europakonzeptionen im Exil. Einige zentrale Elemente des späteren Diskurses wie der Antibolschewismus oder die Entdeckung föderalistischer Lösungen waren schon in der Zwischenkriegszeit virulent. Doch hatten Überlegungen zu einer europäischen Einigung in den Jahren von 1918 bis 1933 keinerlei Verwirklichungschance, wie Tucholskys zynische Beschreibung von 1932 veranschaulicht:

„Da liegt Europa. Wie sieht es aus?
Wie ein bunt angestrichnes Irrenhaus. [...]

Wir? Zollhaus, Grenzpfahl und Einfuhrschein:
Wir lassen nicht das geringste herein.
Wir nicht. Wir haben ein Ideal:
Wir hungern. Aber streng national.

Fahnen und Hymnen an allen Ecken.
Europa? Europa soll doch verrecken!
Und wenn alles der Pleite entgegentreibt:
daß nur die Nation erhalten bleibt. [...]

Die Nation ist das achte Sakrament – !
Gott segne diesen Kontinent."[29]

## 2. Gebrochene Strukturen – die Versailler Friedensordnung

Zurecht erinnert Kolb daran, daß das „Mächtesystem der Zwischenkriegszeit [...] seine maßgebliche Prägung durch Verlauf, Ergebnisse und Folgewirkungen der Pariser Friedenskonferenz"[30] erhielt. Mit dem Vertrag von Versailles versuchte man vergeblich, das Ende einer Epoche zu besiegeln und gleichzeitig eine neue völkerrechtliche Ordnung zu institutionalisieren. Das spätere politische Exil beschäftigte sich bis 1945 durchgängig intensiv mit dem Versailler Vertrag und konzentrierte sich vorwiegend auf drei Ergebnisse von 1919: die in den Vertragsteilen II und III vereinbarten neuen Grenzen als Ausfluß des Selbstbestimmungsrechts der Völker; die Gründung des Völker-

[29] TUCHOLSKY, Europa (1932), abgedruckt in: DERS., Zwischen Gestern und Morgen 1952, S. 177.
[30] KOLB, Weimarer Republik ⁵2000, S. 195.

bundes (Teil I des Vertrages) als erster Versuch einer langfristigen Friedenssicherung[31] und der „Kriegsschuldparagraph" Art. 231 VV als Rechtsgrundlage für die Reparationsforderungen. Bedingt durch den ausgeprägten Kompromißcharakter des Versailler Vertragswerks und die interalliierten Differenzen[32] trugen die Ergebnisse der Pariser Friedensverhandlungen von der ersten Stunde an schwer an einigen strukturellen Brüchen, die hier in sechs Punkten dargestellt werden sollen.

Zunächst litt die Zwischenkriegszeit international an der 1919 ausgesparten abschließenden Regelung der Reparationsfrage, deren Höhe erst auf der Konferenz von Boulogne am 21. Juni 1920 erstmalig festgelegt wurde, um in der Folgezeit ständig revidiert zu werden. Betrachtet man zudem die vorgenommene Verknüpfung der Reparationsregelung mit der Rückzahlung der alliierten Kriegsschulden, ist in der Retrospektive die tatsächlich eingetretene Verzögerung der wirtschaftlichen Erholung Europas leicht nachvollziehbar. Zutreffend ist auf die in der Reparationsfrage schlummernde permanente Brandgefahr für die gesamte Retablierung des internationalen Staatensystems hingewiesen worden: „Die wirtschaftlichen und politischen Reorganisierungsversuche in Europa nach 1919 hingen aufs engste zusammen mit der Regelung der Reparationen, von hier gingen darüber hinaus – schon wegen der unumgänglichen Beteiligung der USA als stärkster Wirtschaftsmacht der Welt – entscheidende Impulse auf die Entwicklung des internationalen Systems der Nachkriegszeit aus."[33]

Ein weiterer Stein des Anstoßes war die inkonsequente Handhabung des Selbstbestimmungsrechtes der Völker, das der Versailler Vertrag in der Gestalt von 20000 zusätzlichen Grenzkilometern manifestiert hatte. So stieß die Teilung Oberschlesiens entgegen der Abstimmungsmehrheit von 60% auf Unverständnis. Schnell wurde deutlich, daß das Schlagwort der völkerrechtlichen Selbstbestimmung als Arkanum des europäischen Friedens zutiefst ungeeignet war. Denn statt die Nationalismen zu überwinden, bot es den Verfechtern eines strengen Souveränitätsverständnisses ein ideales Argument in der Auseinandersetzung mit föderalistischen und internationalistischen Tendenzen. Nationale Rückbesinnung fand verständlicherweise auch bei den durch die Versailler Friedensordnung neu geschaffenen Staaten großen Anklang. Doch waren weder die neuen Kleinstaaten im Osten noch die südosteuropäische Neugründung Jugoslawien geeignet, das überkommene Problem der multiethnischen und religiösen Koexistenzen zu lösen. Im Ergebnis versagte der Lösungsansatz kleiner Nationaleinheiten ebenso wie der der

[31] Vgl. dazu DÜLFFER, Jalta [2]1999, S. 38.
[32] KOLB, Weimarer Republik [5]2000, S. 23 unterstreicht, daß die eigentlichen Konfliktlinien nicht zwischen Siegern und Besiegten, sondern innerhalb der Siegerkoalition verliefen.
[33] Ibid. S. 200.

vorherigen Vielvölkerstaaten Österreich-Ungarns und des Osmanischen Reiches[34].

Neben der Strukturschwäche des Völkerbundes, auf die später einzugehen sein wird, kennzeichnete die Versailler Friedensordnung die Unsicherheit im Umgang mit der sozialpolitischen Sprengkraft des Bolschewismus. Schon die Pariser Friedensverhandlungen wurden indirekt von antibolschewistischen Strömungen beeinflußt[35]. Das alleinige Abstellen auf eine antibolschewistische Argumentations- und Motivationslinie der Alliierten in Paris dagegen ist in seiner Monokausalität kaum haltbar, wenngleich der Hinweis tendenziell richtig und notwendig ist[36]. Die Angst der Verhandlungsteilnehmer vor einer „Bolschewisierung" Europas muß wohl eher als Kern der Konkurrenz zwischen zwei unterschiedlichen Gesellschaftsentwürfen interpretiert werden, die später zu machtpolitischer Bedeutung gelangten[37].

Schließlich sind die erheblichen interalliierten Interessengegensätze als Strukturschwäche des Versailler Vertrages zu benennen, da sie ihm von Beginn an den Stempel eines als Gesamtwerk wenig überzeugenden Kompromißfriedens aufdrückten. Während Clemenceau eine dauerhafte Schwächung Deutschlands zugunsten eines franko-hegemonialen *cordon sanitaire* wünschte[38], übernahm der amerikanische Präsident Wilson mit der Idee des Völkerbundes die Rolle des Visionärs. In der Tradition der kontinentalen *checks and balances* wandte sich auch Großbritannien gegen eine zu deutliche Schwächung Deutschlands, um französischen Hegemonialplänen den Boden zu entziehen. Zudem wurde in der Erhaltung Deutschlands ein effektiver Puffer gegen den als neue Ostgefahr ausgemachten Bolschewismus gesehen[39].

Von Anfang an war der Versailler Vertrag von allen Seiten, auch in den Siegerländern, harscher Kritik ausgesetzt[40], und in Deutschland entwickelte

[34] Bei DÜLFFER, Jalta ²1999, S. 36 findet sich die mißverständliche Formulierung, das russische Zarenreich sei als supranationales Staatsgebilde zerschlagen worden. Tatsächlich war dieses „supranationale" Staatsgebilde schon 1922 mit der Errichtung der UdSSR wiedererstanden.

[35] Dies wird mittlerweile nicht mehr bestritten, vgl. z.B. DÜLFFER, Jalta ²1999, S. 36; KOLB, Weimarer Republik ⁵2000, S. 24.

[36] Vgl. aber MAYER, Politics and Diplomacy of Peacemaking 1967. Zum Streitstand vgl. KOLB, Weimarer Republik ⁵2000, S. 198f.

[37] Vgl. DÜLFFER, Jalta ²1999, S. 37. Ähnlich argumentiert KOLB, Weimarer Republik ⁵2000, S. 24, der den Antibolschewismus als omnipräsenten „Generalbaß" der Friedenskonferenz sieht; vgl. auch KRÜGER, Deutscher Nationalismus und europäische Verständigung 1983, S. 516.

[38] Die bei der feierlichen Überreichung des Vertrags gegenüber der deutschen Delegation geäußerten Worte: „Die Stunde der Abrechnung ist da." veranschaulichen die grundlegend unterschiedlichen Zielsetzungen, die in den Verhandlungen nur mühsam auf eine gemeinsame Formel hatten gebracht werden können; zit. n. MÖLLER, Europa zwischen den Weltkriegen 1998, S. 24.

[39] Zu den alliierten Verhandlungspositionen vgl. auch KOLB, Weimarer Republik ⁵2000, S. 27f.

[40] So auch DÜLFFER, Jalta ²1999, S. 36.

sich der Mythos vom „Versailler Schmachfrieden" zur „kollektive[n] Selbstsuggestion"[41]. Versailles wurde von nahezu allen Parteien abgelehnt, „und zwar mit emotionaler Kraft"[42] – zu lange hatte man sich der illusionären Hoffnung auf einen rücksichtsvollen „Wilson-Frieden" hingegeben[43]. Dennoch darf nicht übersehen werden, daß im Versailler Vertrag durchaus vielversprechende Ansätze zu einem europäischen Neuanfang sowohl in friedensichernder als auch in wirtschaftlicher Hinsicht angelegt waren, die in den folgenden Jahren – wenn auch in ungenügendem und durch vielschichtige Hindernisse reduziertem Umfang – aufgenommen wurden. Dies gilt selbst in Anbetracht der Tatsache, daß sich Deutschland in der Zwischenkriegszeit – und nicht erst seit 1930 – zur „revisionistischen Macht *par excellence*"[44] aufschwang. Das Hauptproblem war die Ungeduld der Handelnden und die nur langsam mahlenden Mühlen kollektiver Wahrnehmungsprozesse: „‚Versailles' als positiver Ausgangspunkt für eine neue europäische Ordnung, nicht als negatives Menetekel hatte also zeitweilig eine Chance – aber sie brauchte Zeit. Vertrauen mußte wachsen und wirken, um die mentalen Folgen des Krieges zu überwinden."[45]

Im Ergebnis bleibt festzuhalten, daß der Friedensvertrag von Versailles dem besiegten Deutschland zwar harte Bedingungen auferlegte, zugleich aber ausdrücklich eine friedliche Revision zuließ und über den grundsätzlich intendierten Weg der Völkerverständigung einen baldigen Wiederaufbau Deutschlands zu einer europäischen Wirtschafts- und Politikmacht durchaus ermöglicht hätte[46]. Doch reagierte man noch im Exil mit blankem Unverständnis auf die Tatsache, daß gerade den demokratisch legitimierten Politikern der Weimarer Republik Zugeständnisse verweigert worden waren[47], die den aggressiv fordernd auftretenden nationalkonservativen und schließlich nationalsozialistischen Politikern schließlich gewährt wurden. Dies veranschaulicht, daß einige konstruktive Elemente der Versailler Friedensordnung tatsächlich zukunftsweisende Strukturen bargen, die jedoch an den interalliierten Differenzen, der fehlenden internationalen Vertrauensbasis sowie der wachsenden Ungeduld deutscher Politiker scheiterten.

[41] Ibid. S. 39.
[42] Ibid. S. 40.
[43] Vgl. KOLB, Weimarer Republik [5]2000, S. 32.
[44] Ibid. S. 34.
[45] DÜLFFER, Jalta [2]1999, S. 43. KOLB, Weimarer Republik [5]2000, S. 23 dagegen zeichnet das Vertragswerk selbst in dunkleren Farben, da er stärker aus der Retrospektive urteilt: „Den auf der Pariser Friedenskonferenz 1919 versammelten Staatsmännern ist es nicht gelungen, nach dem Ende des Weltkrieges eine einigermaßen stabile europäische Friedensordnung oder ein Weltfriedenssystem zu errichten, das die Gewähr wenigstens relativer Dauer zu bieten schien." Doch findet sich bei KOLB, ibid. S. 197 auch der ausdrückliche Hinweis auf die „recht weitgehende historische Rehabilitierung der ‚Friedensmacher' von 1919".
[46] Vgl. DÜLFFER, Jalta [2]1999, S. 42; KOLB, Weimarer Republik [5]2000, S. 35.
[47] Vgl. ibid. S. 35.

## 3. Machtloses Instrumentarium – der Völkerbund

Diese Brechung der Strukturen spiegelte sich besonders deutlich im Völkerbund wider als der internationalen Organisation, die eine bisher nicht gekannte Weltordnung des Rechts einführen, überwachen und sichern sollte. Wilsons Idee zielte auf die Errichtung einer Weltfriedensordnung ab, die auf den Prinzipien des Völkerrechts – hier war das Selbstbestimmungsrecht der Völker der maßgebliche Kern[48] – und der ausgleichenden Völkerverständigung basieren sollte. Unterstützung hatte Wilson unter anderem von dem südafrikanischen Ministerpräsidenten Smuts in einer Denkschrift vom Dezember 1918 erhalten[49], zumal eine solche globale Neuordnung die Beseitigung der allseits beklagten und bis heute vielzitierten „zwischenstaatlichen Anarchie" versprach[50]. Die vornehmsten Aufgaben des Völkerbundes bestanden in der allgemeinen Abrüstung, der Etablierung eines Systems kollektiver Sicherheit und der Bereitstellung politischer Mechanismen zur friedlichen Konfliktbeilegung (Art. 8–17 VV)[51]. Die Satzung des Völkerbundes war als Teil I in die Friedensverträge integriert worden, so daß sie zusammen mit dem Versailler Vertrag am 10. Januar 1920 in Kraft trat. Schon im darauf folgenden Jahr erschien die deutsche Kommentierung der Satzung, die mit Walther Schücking und Hans Wehberg zwei herausragende Völkerrechtler und Pazifisten als Herausgeber aufweisen konnte[52].

Doch worin lag die besondere Bedeutung der Völkerbund-Satzung? Sicherlich löste sie keine einzige der drängenden Territorialfragen, zumal Art. 10 die territoriale Integrität und politische Unabhängigkeit der Mitgliedstaaten für unantastbar erklärte. Somit entwickelte sich der Völkerbund schnell zum „Konservator des durch die Friedensverträge geschaffenen territorialen *Status quo*"[53]. Diese Rolle wurde auch nicht durch die Möglichkeit einer friedlichen Vertragsrevision nach Art. 19 VV relativiert, da diese die als Regelfall konzipierte Einstimmigkeit des Bundesversammlungsbeschlusses erforderte[54]. Vielmehr ist die überragende Bedeutung der Völkerbund-Satzung als „historisches Dokument ersten Ranges"[55] in den übergreifenden Zielsetzungen zu sehen, die die Präambel treffend schildert: „to promote international co-operation and to achieve international peace and security by [...] the prescription of open, just and honourable relations between nations,

[48] Vgl. BÜLCK, Föderalismus 1964, S. 26.
[49] Vgl. dazu KOLB, Weimarer Republik ⁵2000, S. 25.
[50] Statt vieler LIPGENS, Anfänge 1977, S. 4.
[51] Vgl. auch PFEIL, Völkerbund 1976, S. 53f.
[52] SCHÜCKING, WEHBERG (Hg.), Die Satzung des Völkerbunds ²1924.
[53] KOLB, Weimarer Republik ⁵2000, S. 26.
[54] Vgl. PFEIL, Völkerbund 1976, S. 58. Dagegen ist die Einschätzung Pfeils, ibid. Anm. 31 sowie S. 147, die „praktische Nichtanwendung von Artikel 19 [habe] wesentlich zum Scheitern des Völkerbunds beigetragen", zu weitgehend.
[55] Ibid. S. 45.

by the firm establishment of the understandings of international law as the actual rule of conduct among Governments, and by the maintenance of justice and a scrupulous respect for all treaty obligations in the dealings of organized peoples with one another"[56].

Mit der Völkerbund-Satzung wurde erstmalig der Versuch unternommen, die Friedenssicherung auf einer übernationalen Ebene zu institutionalisieren und das Völkerrecht als verbindlichen, einheitlich ausgelegten Maßstab zugrunde zu legen. Der Internationale Gerichtshof in Den Haag stellte eine gemeinsame Institution der Rechtswahrung und des Rechtsschutzes dar, der in der Tat einige Streitigkeiten zwischen kleineren Staaten zu schlichten vermochte. Auseinandersetzungen der Großmächte wurden jedoch weiterhin an IGH und Völkerbund vorbei verhandelt.

Die internationale Vereinbarung eines Primats des Rechts brachte eine neue Qualität des Völkerrechts – eines Rechtsgebietes, das in besonderer Weise vom politischen Impetus abhängt und bis heute viel deutlicher unter dem Kuratel der Politik steht als das innerstaatliche Recht demokratischer Rechtsstaaten. Anders als 1945 bedeutete die Völkerbund-Satzung daher einen Wendepunkt in der Entwicklung des Völkerrechts[57], der mit der Institutionalisierung der Konfliktbewältigung eine stärkere Verrechtlichung und die Verankerung völkerrechtlicher Nova wie der Haager Schiedsgerichtsbarkeit und des angelsächsischen *Hue and Cry* nach sich zog[58] und das Recht der internationalen Organisationen als eigenständiges Element des Völkerrechts begründete[59]. Damit hatte der europäische Kontinent auch als System kollektiver Sicherheit eine neue Qualitätsstufe erreicht, worin mit einiger Berechtigung die „eigentlich wegweisende Idee der Friedenskonferenz"[60] gesehen worden ist.

Mithin stellte der Völkerbund nicht nur den Versuch dar, das Europäische Konzert auf der globalen Ebene zu organisieren[61], sondern darüber hinaus auch qualitativ entscheidend weiterzuentwickeln. Vor diesem Hintergrund ist die Tatsache bedeutsam, daß drei der ursprünglich vier ständigen Mitglieder europäische Staaten waren: Großbritannien, Frankreich und Italien. Hartwig Bülck interpretierte diese Konstellation 1964 noch als „föderativ erweiterte Kollektivhegemonie"[62], doch kann dieser Einschätzung weder inhaltlich noch terminologisch gefolgt werden. Schon 1919 war die Schwäche der europäischen Staaten einschließlich Großbritanniens und Frankreichs erkennbar, und die Abhängigkeit des Völkerbundes von der Entwicklung des außereuropäischen Spannungsfeldes zwischen den USA und der UdSSR so-

[56] Zit. n. ibid. S. 46.
[57] Vgl. GREWE, Völkerrechtsgeschichte [2]1988, S. 679.
[58] Vgl. BÜLCK, Föderalismus 1964, S. 27.
[59] BUERGENTHAL et al., Völkerrecht [2]2000, S. 14.
[60] KOLB, Weimarer Republik [5]2000, S. 26.
[61] So BÜLCK, Föderalismus 1964, S. 26.
[62] Ibid.

wie der weltwirtschaftlichen Führungsposition der USA ließen keinen Raum für eine europäische „Kollektivhegemonie" – ein Begriff, der schwer an der ihm innewohnenden Widersprüchlichkeit zu tragen hat. Auch die Behauptung einer „föderativen" Erweiterung des Europäischen Konzerts ist kaum nachvollziehbar und wohl nur unter Zugrundelegung des weiten Föderalismusbegriffs verständlich, von dem Bülck in seiner Untersuchung ausgeht und demzufolge schon das Europäische Konzert des 19. Jahrhunderts einen föderativen Charakter aufwies. Der bisweilen exzessive Rückgriff auf den Terminus „föderativ" gerät bei Bülck zu einer Verdunkelung der Grenzen zwischen einer bloßen zwischenstaatlichen Kooperation einerseits und einer auf dem Grundsatz der Staatengleichheit beruhenden Föderation andererseits. Ob innerhalb einer solchen Föderation einzelne Staaten oder Staatengruppen stärkeren Einfluß ausüben als andere – wovon regelmäßig ausgegangen werden darf –, ist keine Frage der föderativen Struktur, sondern schlicht der politischen Machtverteilung *intra muros*[63].

Die Konstruktion des Völkerbundes wies einige gravierende Schwächen auf, die ihn bald aus dem Zentrum der internationalen Aufmerksamkeit entfernten. Die entscheidende Strukturschwäche ist in der Diskrepanz zwischen dem universalistischen Ansatz und der europäisch zugeschnittenen Mitgliederstruktur zu sehen, die zu keinem Zeitpunkt eine wahrhaft globale Ausrichtung widerzuspiegeln vermocht hat[64]. Dies veranschaulicht die wechselnde Zusammensetzung der ständigen Mitglieder: Von den entscheidenden außereuropäischen Staaten weigerten sich die USA von Anfang an, dem Völkerbund beizutreten, während der Sowjetunion die Mitgliedschaft erst 1934 gewährt wurde – um sie ihr schon im Dezember 1939 wegen des Angriffs auf Finnland wieder zu entziehen. Als dritter außereuropäischer Machtfaktor schied Japan im März 1933 aus. Alle anderen übrigen ständigen Mitglieder waren europäische Staaten: Deutschland wurde als Kriegsverlierer erst 1926 aufgenommen[65] und trat schon im Oktober 1933 wieder aus. Und im Dezember 1937 trat Italien aus dem Völkerbund aus, so daß im Jahr des Kriegsbeginns 1939 bezeichnenderweise die beiden europäischen Großmächte Großbritannien und Frankreich übrig blieben[66]. In engem Zusammenhang

[63] Die völkerrechtliche Klassifizierung des Völkerbundes wurde schon früh diskutiert. Wie Bülck geht auch ZIMMERN, The League of Nations and the Rule of Law 1936, von einer unmittelbaren Fortsetzung des Europäischen Konzerts aus, während HUBER, Die konstruktiven Grundlagen des Völkerbundsvertrages, in: Zeitschrift für Völkerrecht 12 (1920), S. 170ff. den Völkerbund als Staatenverbindung *sui generis* ansieht.

[64] 42 Gründungsmitglieder; bis 1937 kamen 21 hinzu, aber bis 1942 traten auch 20 Mitgliedstaaten wieder aus; vgl. PFEIL, Völkerbund 1976, S. 47f.

[65] Mit dem Austritt Japans und Deutschlands aus dem Völkerbund 1933 setzte eine weltumspannende Aggressionsdynamik ein, die sich schon in der Mandschurei-Krise angekündigt hatte und die Ohnmacht des Völkerbundes in der Krisenprävention offenbarte, sobald die Großmächte beteiligt waren; vgl. auch GREWE, Völkerrechtsgeschichte $^{2}$1988, S. 682.

[66] Vgl. auch den Überblick bei MÖLLER, Europa zwischen den Weltkriegen 1998, S. 38.

mit diesem gestörten Verhältnis zwischen Weltgeltungsanspruch und monokontinentaler Orientierung steht die verpaßte Gründung einer eigenen europäischen Regionalorganisation im Rahmen eines wirklich weltumspannenden Völkerbundes. Nur eine solche in Art. 21 VV ausdrücklich zugelassene Konstellation hätte einen befriedigenden Ausgleich zwischen Deutschland und Frankreich ermöglichen können, der schon damals für den gesamteuropäischen Frieden grundlegend war. Diese verpaßte Chance gehörte „zweifellos zu den bedenklichsten Schwächen der Pariser Friedensordnung"[67]. Mit Blick auf die späteren Exildiskussionen um einen neuen Völkerbund und eine Neuordnung Nachkriegseuropas verbietet sich daher eine Trennung der Europadiskussion von der Völkerbundsdiskussion im Exil, da beiden Anliegen derselbe Gedanke zugrunde lag und bis auf wenige Ausnahmen eine europäische Staatenverbindung allein im Rahmen eines übergeordneten Weltbundes erörtert wurde. Diese Verknüpfung war schon in Weimar verfochten worden und findet sich letztlich auch bei Briand, auch wenn sein Plan von 1930 hauptsächlich aus Gründen politischer Praktikabilität auf eine losgelöste Europa-Organisation verzichtete.

Ein gravierendes Manko war die politische Abstinenz der USA, die sich auf Druck der Legislative dem Völkerbund nicht anschlossen, obschon die Idee gerade von einem amerikanischen Präsidenten herrührte. Deshalb blieb der Völkerbund als politische Institution ebenso hinter der weltpolitischen Realität zurück wie das Völkerrecht mit diesem ersten ernsthaften Versuch seiner allgemeinverbindlichen Kodifizierung schon im Augenblick seines Inkrafttretens von der Wirklichkeit der tatsächlichen weltpolitischen Machtverteilung überholt war[68]. Darüber hinaus krankte der Völkerbund an der seiner ursprünglichen Aufgabe diametral entgegenstehenden Realpolitik. Frankreich versuchte bis 1924, den Versailler Vertrag zu revidieren, was sich auch in den nachfolgenden Jahren noch hemmend auswirkte[69], während Großbritannien gesteigertes Interesse an einer möglichst baldigen wirtschaftlichen Reintegration Deutschlands zeigte. Folglich war der Völkerbund den einen grundsätzlich zu lasch, den anderen zu hart. Unverändert herrschte das Dogma nationalstaatlicher Macht- und Bündnispolitik vor, ungeachtet der fortschrittlicheren Völkerbund-Satzung[70]. Zudem trug die verspätete Einbindung des besiegten Deutschlands dem Völkerbund in der – namentlich deutschen – Bevölkerung den Ruf eines „Bundes der Siegerstaaten"[71] ein und verstärkte die deutsche Rolle als Außenseiter unter den europäischen Orientierungsmächten.

Schließlich bot die Völkerbund-Satzung aufgrund ihres Charakters als politischer Kompromiß nur eingeschränktes Fortschrittspotential. Insbeson-

[67] KRÜGER, Deutscher Nationalismus und europäische Verständigung 1983, S. 514.
[68] Vgl. dazu GREWE, Völkerrechtsgeschichte ²1988, S. 681.
[69] Vgl. DÜLFFER, Jalta ²1999, S. 41.
[70] So auch KOLB, Weimarer Republik ⁵2000, S. 27.
[71] Ibid. S. 26.

dere das bloß relative Kriegsverbot statt einer ausdrücklichen Kriegsächtung und die bewußt schwach ausgestattete Exekutivgewalt sowie der Einstimmigkeitsgrundsatz[72] ließen den Völkerbund als machtloses Instrumentarium innerhalb einer an vielfältigen Konfliktlinien gebrochenen Struktur erscheinen, das viele der ursprünglich vielversprechenden Neuansätze des Versailler Vertrages zu bald vergessenen Absichtserklärungen degradierte[73]. Hattenhauer ist der Ansicht, die Europäer seien „noch nicht so klug [gewesen] zu erkennen, daß auf dem alten Kontinent der Frieden nur durch Souveränitätsverzichte der Nationalstaaten und die Übertragung von Hoheitsrechten auf eine übernationale Macht zu erreichen war"[74]. Eine solche, die historische Perspektive zugunsten einer rein juristisch funktionalen Sichtweise ausblendende Betrachtung ist in ihrer moralisierenden Vereinfachung einer späteren Generation kaum haltbar. Vielmehr muß den damaligen Umständen Rechnung getragen werden, die – unmittelbar nach dem bis dato schrecklichsten Kriegserlebnis und in der allgemeinen Stimmung überhöhter Nationalismen – eine Beschneidung der nationalen Souveränität keineswegs als einzige Lösung der Spannungen erscheinen ließ. Dies gilt erst recht für die Übertragung von Hoheitsrechten auf eine mangels historischen Vorbildes kaum einschätzbare Organisation wie den Völkerbund, dem entscheidende Mächte überhaupt nicht angehörten[75].

Der Völkerbund war in den Schwächen seiner eigenen Struktur gefangen und auf dem internationalen Parkett der Diplomatie nicht mehr, aber auch nicht weniger als ein ernsthafter Versuch langfristiger Friedenssicherung. Die Abstinenz der USA und die fehlende Beteiligung der UdSSR, eine in Teilen überzogene Demütigung Deutschlands und das allgemeine Festhalten an den Maßstäben traditioneller Machtpolitik verurteilten diesen Versuch zum Scheitern. Während Großbritannien in einer Mischung aus Ratlosigkeit und Tradition an der überkommenen Politik der *checks and balances* festhielt, ohne den eigenen Bedeutungsverlust wahrhaben zu wollen, war Frankreich zu schwach, um in Europa eine gestaltende Führungsrolle zu übernehmen. Darüber hinaus lagen keinerlei Pläne für die Gestaltung der spezifisch europäischen Angelegenheiten vor, obwohl Europa schon seit längerem einer

[72] Ausgenommen von der Einstimmigkeitspflicht waren lediglich einige sekundäre Verfahrensfragen gemäß Art. 5 VV.

[73] Vgl. zusammenfassend PFEIL, Völkerbund 1976, S. 57.

[74] HATTENHAUER, Europäische Rechtsgeschichte 1992, S. 668.

[75] Hierzu bemerkt HATTENHAUER, ibid. S. 670, daß der Völkerbund nicht daran gedacht habe, „im Wege richterlicher Rechtsfortbildung die Stellung des Bundes über seine ihm in der Satzung gezogenen Grenzen auszudehnen". Eine solche Polemik verkennt jedoch völlig die historische Bedingtheit des Völkerbundes und urteilt ahistorisch unter Zugrundelegung heutiger Maßstäbe. Hier wird mit durchsichtigen Absichten die Kritik der heutigen Rechtswissenschaft an der Praxis des Europäischen Gerichtshofs, seine Zuständigkeitskompetenzen durch richterliche Rechtsfortbildung selbst zu erweitern, mit dem in diesem Fall recht dünnen Mantel der Geschichte bedeckt.

Neuordnung harrte. Stattdessen definierte die Satzung des Völkerbundes einen globalen Geltungsanspruch, ohne sich für problemorientierte kleinere Einheiten, etwa einen europäischen Regionalbund, einzusetzen[76]. Mithin erlitt der Völkerbund das für jede internationale Organisation vernichtende Schicksal der schleichenden Entpolitisierung durch die wachsende Mißachtung seitens der Mitgliedstaaten. Anfangs blieb der Völkerbund „auf die Rolle eines moralischen Vermittlers beschränkt, bis die großen Mächte es vorzogen, ihre Streitfragen in direkten Verhandlungen unter sich zu erörtern"[77]. Die Folge war, daß die nationale Souveränität der Staaten unangetastet blieb, die traditionelle Machtstaatenpolitik unverändert fortgesetzt wurde[78] und der riesige Verwaltungsapparat des Völkerbundes in den Augen vieler Zeitgenossen zu einer intergouvernementalen Einrichtung verkümmerte, dessen größtes Verdienst darin bestand, künftigen Europaplanern als Negativfolie ihrer Konzepte zu dienen. In der Retrospektive aber ist das Moment der Institutionalisierung eines Friedensmechanismus von höchster Bedeutung, das den Völkerbund in der historischen Dimension ungeachtet seiner unglücklichen Geschichte als eine „bahnbrechende Neuerung"[79] erscheinen läßt. Losgelöst von der Frage realer Umsetzungserfolge führte das Moment der Institutionalisierung *per se* für die Völkerrechtsgeschichte zu einer Zäsur, die den Übergang zum „nachklassischen Völkerrecht" markiert[80]. Als hervorstechendste Eigenschaft des „nachklassischen Völkerrechts" sollte sich in den folgenden Jahrzehnten die Verselbständigung des Völkerrechts vom Zivilisationsgedanken herausstellen, „ohne daß man allerdings in der Lage gewesen wäre, ihm eine neue, allgemeinverbindliche Wertordnung zugrunde zu legen"[81].

Während der Völkerbund anfänglich zwar als vielversprechender Ansatz betrachtet wurde, wegen seiner Einbindung in den Versailler Vertrag und des fehlenden Vertrauens in seine Konfliktlösungskompetenz aber weder Eigenständigkeit noch Machtfülle besaß, war „Versailles" eine Realität, die von vielen Seiten von Beginn an als zu bekämpfende Ordnung angesehen wurde. Doch sollten die tatsächlich errungenen Kompromisse, insbesondere die Gründung des Völkerbundes und der konstruktive Einfluß der US-amerika-

[76] Vgl. KRÜGER, Deutscher Nationalismus und europäische Verständigung 1983, S. 514.
[77] HATTENHAUER, Europäische Rechtsgeschichte 1992, S. 669.
[78] Vgl. auch PFEIL, Völkerbund 1976, S. 51.
[79] Ibid. S. 50.
[80] GREWE, Völkerrechtsgeschichte ²1988, S. 679, 685. Das Urteil HATTENHAUERs, Europäische Rechtsgeschichte 1992, S. 669, der Völkerbund sei „nicht ohne rechtliche Bedeutung" gewesen, wird dem Zäsurcharakter der Gründung des Völkerbundes nicht gerecht.
[81] GREWE, Völkerrechtsgeschichte ²1988, S. 690 et passim. Der Gedanke der Ablösung der Rechtssolidarität der Zivilisationsgesellschaften durch ein offenes, weltumspannendes Völkerrecht in der Zwischenkriegszeit ist eine der Hauptaussagen in Grewes Werk.

nischen Forderungen nicht unterschätzt werden, ohne die eine solche Institution wohl kaum zustande gekommen wäre[82].

Der Erste Weltkrieg provozierte drei oder zumindest in ihrer Intensität völlig neue Motivationsstränge in der bis dato eher akademisch behandelten Europafrage: die Institutionalisierung des Welt- und Kontinentalfriedens, die Errichtung einer europäischen Wirtschaftseinheit und die Verwirklichung einer antibolschewistischen Abwehr. Als Strukturelement einer mit diesen Aufgaben zu betrauenden Staatenverbindung rückte der Föderalismus erstmals in das Zentrum der Debatten. In der Zwischenkriegszeit konnte sich die Idee einer föderal geordneten europäischen Ebene ebensowenig durchsetzen wie das dreifache Motivbündel[83]: „Es entstand trotz einiger Ansätze keine kraftvolle politische Bewegung zugunsten europäischer Zusammenarbeit und Integration."[84]

In diesem Zusammenhang seien die rein pragmatisch motivierten Bemühungen der Wirtschaft ebenso erwähnt wie die eher visionären gesellschaftlichen Kontroversen um das Ideal eines geeinten europäischen Kontinents. Für die anhaltenden Rivalitäten zwischen Richard Graf Coudenhove-Kalergi sowie Wilhelm Heile und Alfred Nossig ist ein Tagebucheintrag Erich Koch-Wesers, selbst Mitglied des Komitees für die Interessengemeinschaft europäischer Völker, bezeichnend: „Sehr viel Ärger habe ich in dieser Zeit von dem Zusammenstoß der Idee des Grafen Coudenhove mit den Bestrebungen Heile/Nossig gehabt. Es liegt in der Tat so, daß hier kleine Geister, denen es um ihr Brot zu tun ist, sich einen großen Gedanken angeeignet haben."[85] Dabei darf jedoch nicht übersehen werden, daß die Paneuropaidee einerseits und die Europavorstellungen der Heile-Nossig-Gruppe andererseits keineswegs kompatibel waren, so daß eine Fusion der Gruppen jenseits der persönlichen Konfliktlinien auch aus konzeptionellen Gründen kaum möglich gewesen wäre. Auch die Versuche der europäischen Wirtschaft, sich in engeren Kooperationen zusammenzuschließen, waren im Ergebnis nicht von Erfolg gekrönt. Zudem zielte insbesondere die deutsche Wirtschaft mehrheitlich auf die Errichtung einer liberalen Weltwirtschaft im Sinne der Free-Trade-Doktrin und stand der Idee eines auf den europäischen Kontinent begrenzten Zusammenschlusses daher skeptisch bis ablehnend gegenüber[86]. Für die europäischen Überlegungen in Wirtschaft und Gesellschaft der Weimarer Repu-

[82] Vgl. KOLB, Weimarer Republik [5]2000, S. 198.

[83] Zustimmend, aber nur auf den Aspekt fehlgeschlagener Friedensinstitutionalisierung abstellend LIPGENS, Anfänge 1977, S. 4.

[84] KRÜGER, Europagedanke in der Weimarer Republik 1996, S. 25.

[85] Tagebucheintragung vom 12. 8. 1926, zit. n.: HOLL, Europapolitik 1974, S. 61, Anm. 85.

[86] Insofern zutreffend die Feststellung von LIPGENS, Anfänge 1977, S. 5: „Alle Bemühungen der zwanziger Jahre um Wiederherstellung einer liberalen Weltwirtschaft blieben vergeblich, weil die europäischen Länder auf ihre sinkende Importfähigkeit auch untereinander mit Abwürgung des innereuropäischen Handels, mit Erhöhung der (durch Versailles um rund 20000 km vermehrten) Grenz- und Zollmauern reagierten."

blik gilt gleichermaßen, daß sie mit Ausnahme der Paneuropaidee des Grafen Coudenhove-Kalergi für den Europadiskurs im politischen Exil der Jahre 1933–1945 nahezu einflußlos blieben.

Dagegen waren die politischen, völkerrechtlichen und institutionellen Ideenansätze der Zwischenkriegszeit weiterhin virulent und prägten die zeitgenössische Wahrnehmung der Europadebatten. Diese Ansätze eines – vorerst allerdings gründlich gescheiterten – *Europe vécue* wurden von deutscher Seite ins Exil hinübergerettet, um dort, befreit von den Zwängen und Rücksichtnahmen der Alltagspolitik, in zahlreichen Modellen eines *Europe pensée* modifiziert und weiterentwickelt zu werden.

Mit der Umsetzung einer europäischen Einigung war die Zwischenkriegszeit erkennbar überfordert – nicht nur wegen der politischen Partikularinteressen, des Wiederauflebens von Nationalismus und Revisionismus, sondern auch deshalb, weil Europa als gemeinsames, konsensfähiges Wertesystem nicht etabliert, in vielerlei Hinsicht noch nicht einmal definiert war. Somit konnte die Zwischenkriegszeit – und erst recht nicht die seit ihrer Gründung um innenpolitische Existenz und außenpolitische Akzeptanz ringende Weimarer Republik – keine langfristigen Lösungen für Europa entwerfen, geschweige denn realisieren[87].

Unweigerlich übten der Versailler Vertrag und die Idee des Völkerbundes eine zwiespältige, aber gerade deshalb gestalterisch wirkende Anziehungskraft auf die Debatten des politischen Exils um eine europäische Neuordnung aus. Sie prägten den Bewußtseins- und Erfahrungshorizont der späteren Emigranten und spielten hinein in die Ausgangspositionen der außenpolitischen Debatten im Exil. Somit ist ohne die Kenntnis der zeitgenössischen Einschätzung des Versailler Vertrages und seines wichtigsten Werkzeuges ein Verständnis der Europakonzeptionen des Exils nur bedingt möglich. Vor diesem Hintergrund kann schon jetzt festgehalten werden, was Hubertus Prinz zu Löwenstein noch 1939 äußerte: „Es bleibt, daß der Gedanke einer Weltordnung des Rechtes nicht nur ausgesprochen wurde, sondern eine Verwirklichung fand, allem Widerstand und allem sogenannten Versagen zum Trotze, und daß dies von nun an nicht mehr hinwegzudenken ist."[88]

[87] Vgl. KRÜGER, Europagedanke in der Weimarer Republik 1996, S. 28.

[88] LÖWENSTEIN, Die Zukunft Europas. Eine Rede, gehalten am 3. 11. 1939 vor dem „International Relations Club" in San Diego, Kalifornien, 18seitiges Typoskript, ANF, F7 15126, M. 2.

# III. EXIL IN EUROPA: WIDERSTAND DURCH PLANUNG 1933–1937

## 1. Europa im Bild: Europakonzepte der Emigration 1933–1937

Fraglos belegen die Quellen schon für die ersten Jahre des Exils ein beachtliches Konvolut politischer Stellungnahmen zu Europa und zur europäischen Frage. Doch überwogen in dieser Zeit die politischen Einschätzungen des europäischen *Status quo*, denen häufig jede konzeptionell visionäre Komponente fehlte. Mithin ist der Europadiskurs im Sinne einer langfristigen Erörterung der zukünftigen Gestaltung des europäischen Kontinents nicht zu verwechseln mit dem allgemeinen Ruf nach einer „europäischen" Gegenreaktion gegen Hitlers Revisions- und Annexionsforderungen. Denn damit war nicht mehr gemeint als die traditionelle Kooperation der europäischen Staaten als außenpolitisches Gebot der Stunde, nicht aber die strukturelle Verankerung einer solchen Kooperation in einem völkerrechtlich definierten europäischen Gefüge.

Selbstverständlich finden sich in den Quellen zahllose Beispiele für die wiederholte Forderung nach einer antifaschistischen Phalanx der europäischen Staaten, die sich insbesondere nach der Niederschlagung des österreichischen Arbeiteraufstandes im Februar 1934, nach der Saarabstimmung 1935 sowie nach dem Beginn des spanischen Bürgerkrieges 1936 in vehementen Aufrufen und apokalyptischen Warnungen entluden. Nur wenige Emigranten gingen aber soweit, über die Rückschlüsse aus der Tagespolitik hinaus strukturelle Veränderungen für ein Europa nach Hitler zu fordern. Dies lag zunächst an der weit verbreiteten Erwartung, das Hitler-Regime werde sich nicht lange halten können. Aus dieser Grunderwartung heraus resultierten die vorrangigen Bemühungen um die Organisation eines innerdeutschen Widerstandes, der zu gänzlich anderen, auf die innenpolitischen Entwicklungen konzentrierten Fragestellungen führte. Zudem fanden viele der von Hitler in den ersten Jahren nach seiner Machtübernahme durchgesetzten Revisionsforderungen auch in den Reihen der politischen Emigration Zustimmung. Nicht nur der emigrierte Nationalsozialist Otto Strasser oder der Nationalkonservative Hermann Rauschning befürworteten das außenpolitische Ziel eines Großdeutschlands – auch der sudetendeutsche Sozialdemokrat Wenzel Jaksch oder der Leiter der Gruppe Sozialistische Nation, Karl Otto Paetel, konnten sich mit dieser Zielsetzung grundsätzlich identifizieren. Schließlich wurde der Ausbruch eines erneuten Krieges zwar häufig rhetorisch instrumentalisiert, doch nicht immer auch als reale Gefahr begriffen. Hier kommt wenigen Emigranten wie Leopold Schwarzschild, Eugen Brehm, Curt Geyer und Paul Hertz das Verdienst zu, schon in der ersten

Phase des Exils die Kriegsgefahr konkretisiert und unablässig vor ihr gewarnt zu haben.

Die wenigen detaillierten Konzeptionen für eine europäische Neuordnung, die die Exilzeit zwischen 1933 und 1937 hervorbrachte, wurden selten zum Gegenstand einer ausführlichen Debatte und erst recht nicht eines gruppenübergreifenden Diskurses erhoben. In der gruppeninternen Auseinandersetzung stand in diesem frühen Stadium zumeist noch die Frage im Vordergrund, ob eine Neuordnungsdiskussion zu diesem Zeitpunkt überhaupt schon wünschenswert und sinnvoll sei, zumal die Ausgangsbedingungen des künftigen Europas nicht einmal schemenhaft bekannt seien. Folglich wuchsen viele europapolitische Stellungnahmen vor 1938 nicht über das Niveau tagespolitisch verkürzter Parolen hinaus oder erschöpften sich in nahezu schematischer Wiederholung Weimarer Positionen.

Kennzeichnend für die seltenen konzeptionell durchdachten Europavorschläge vor 1938 ist ihr Vertrauen in den gestalterischen Willen der europäischen Regierungen oder Völker sowie die Tatsache, daß die zugrunde gelegten Axiome selten an der aktuellen Realität überprüft wurden und somit einer flexiblen Handhabung nicht zugänglich waren. Es handelte sich zumeist um rigide Prinzipiensammlungen, mehr oder weniger starre Bilder eines gedachten Europas. Hierin liegt der strukturelle Unterschied zu vielen der ab 1938 entwickelten Europakonzeptionen, die der Dynamik eines vielschichtigen Diskurses ausgesetzt waren und durch die schnelle Abfolge der außenpolitischen Veränderungen notwendig einer ständigen Überarbeitung und Prüfung ihrer Realisierungschancen unterworfen waren. Erst nach der Annexion Österreichs und dem gruppenübergreifend als Schockereignis empfundenen Münchner Abkommen begann das politische Exil, die konzeptionelle Notwendigkeit einer institutionalisierten Föderation des europäischen Kontinents aus der außenpolitischen Aktualität abzuleiten und am realen Weltgeschehen zu messen, während viele der Europabilder der Jahre 1933 bis 1937 auf ideologische Plattitüden oder traditionelle Europapositionen in einem grundsätzlichen und damit vagen Sinne beschränkt blieben. Für die folgende Untersuchung der Europavorstellungen des politischen Exils wird diese wesentliche Unterscheidung zwischen der Statik der frühen Europabilder einerseits und der präzisierenden Dynamik des ab 1938 einsetzenden Europadiskurses andererseits vorausgesetzt. Dabei soll die Darstellung der frühen Exilphase zugleich der Präsentation der schon vor 1938 existenten politischen Gruppierungen, ihrer ideologischen Axiome und politischen Deduktionen dienen.

Dennoch käme es einer unzulässigen Verkürzung gleich, den europapolitischen Äußerungen des deutschen Exils vor 1938 jedwede Qualität abzusprechen oder gar ihre Existenz zu leugnen[1]. Das hieße, die zahlreichen Quellen

[1] So etwa PAUL, Zauberformel 1992, der insbesondere auf S. 264 – leider ohne Beleg – behauptet: „Europa war in den Diskussionen des Exilvorstandes nicht mehr als ein geo-

der Jahre 1933 bis 1937 trotz ihrer beachtlichen Quantität zu ignorieren und einige strukturelle Weichenstellungen in den Debatten dieser frühen Exilzeit auszublenden. Hierzu zählt wesentlich die Entdeckung des Widerstandspotentials der Europaidee, die konzeptionelle Ausformung eines Widerstandes durch Planung[2].

### *1.1. Kommunisten*

Zahlenmäßig eine der größten Gruppen des politischen Exils, spielten die Kommunisten für den Europadiskurs eine nur untergeordnete Rolle. In den Jahren von 1933 bis 1937 zeugen die kommunistischen Quellen von äußerster Zurückhaltung hinsichtlich europapolitischer oder gar visionärer Äußerungen. Im Grundsatz entsprach diese Haltung der Empfehlung Lenins, besser die Vereinigten sozialistischen Staaten der Welt auf den Weg zu bringen, als sich mit den Vereinigten Staaten von Europa aufzuhalten[3]. Erst nachdem der „Geist von Locarno" jedenfalls ihre politischen Gegner erfaßt hatte und die paneuropäische Bewegung des Grafen Coudenhove-Kalergi scheinbar unaufhaltsam an Einfluß gewann, gerieten die Kommunisten in Zugzwang. Im Plenum der Erweiterten Exekutive der Komintern wurde noch 1925 in Abwendung der bisherigen Sprachregelung die Losung der „Vereinigten Staaten des Sozialistischen Europas" aus taktischen Erwägungen ausgegeben. Dies stellte die europäischen Kommunisten vor das tagespolitische Problem, die neue Losung von der „bürgerlich-sozialdemokratischen Parole" Paneuropas scharf abzugrenzen. John Pepper forderte daher in der *Kommunistischen Internationale*, unter Berufung auf ihren spezifisch sozialistischen Grundgehalt die Komintern-Losung als Gegenparole der europäischen kommunistischen Parteien im Kampf gegen den bürgerlichen Kapitalismus einzusetzen und den „pazifistischen Schwindelinhalt" der Paneuropaidee zu zerschlagen[4]. Dies gelte umso mehr, als die Paneuropaidee in Form des Völkerbundes und des Vertrages von Locarno schon reale Formen angenommen habe, die beide gegen die Sowjetunion gerichtet seien[5]. Darüber hinaus

graphischer Begriff. [...] Von den linkssozialistischen Gruppen mit dezidiert marxistischer Ausrichtung nahm vor dem Zweiten Weltkrieg nur die Gruppe ‚Neu Beginnen' zur Zukunft Deutschlands in einem neuen Europa Stellung."

[2] Dies gilt auch für die Sopade, selbst wenn sie gegenüber allzu frühen programmatischen Debatten skeptisch blieb. Insoweit unterschätzt VOIGT, Idée européenne 1995, S. 65, die tatsächliche Quellenlage, wenn er behauptet: „Jusqu'au début de la guerre, la Sopade s'abstint dans ses manifestes de toute prise de position sur une fédération ou confédération européenne."

[3] Vgl. LENIN, Sämtliche Werke, Bd. 18, 1929, S. 306–310.

[4] PEPPER, Die Vereinigten Staaten von Europa, in: KI VII. Jg. (1926), S. 209–223 (222f.).

[5] Die UdSSR trat erst am 18. 9. 1935 dem Völkerbund bei. An dem Vertragswerk von Locarno war sie nicht beteiligt gewesen. Zur frühen kommunistischen Auseinandersetzung mit dem Völkerbund vgl. auch: Dämmerung des Völkerbunds, in: KI VIII. Jg. (1927), S. 1781–1784.

könne die Losung der Vereinigten Staaten des Sozialistischen Europas nur dann einen wahrhaft revolutionären, antikapitalistischen Sinn haben, wenn sie jede Kooperation mit kapitalistischen Kräften strikt ablehne und im engen Bündnis mit der Sowjetunion vertreten werde[6]. Ein halbes Jahr später fällte Sonter anläßlich des ersten Paneuropäischen Weltkongresses ein noch schärferes Urteil über die Paneuropa-Bewegung des „philosophisch angehauchten Grafen"[7], der die Sowjetunion kategorisch ausschließen wolle und sich im übrigen in nebulösen, die amerikanischen Verhältnisse verherrlichenden Phrasen verliere. Höhnisch verwies Sonter auf die Hoffnung der Paneuropäer, schon durch den Fortfall der innereuropäischen Grenzen werde der Krieg aus Europa verbannt und setzte in Klammern hinzu: „Wir machen hier keine Witze, sondern geben ernsthaft die Ansicht der Paneuropäer wieder."[8]

Im Exil besannen sich die Kommunisten wieder auf Lenins Rat, statt des Vereinigten Europas vorzugsweise die Vereinigten sozialistischen Staaten der Welt zu verwirklichen. Eine Kooperation mit kapitalistischen Mächten wurde kompromißlos abgelehnt, so daß vor der Implementierung der kommunistischen Revolution die Gründung eines Staatenbundes nicht in Betracht kam. In der Folge verhielten sich die deutschen Kommunisten hinsichtlich des Europadiskurses äußerst zurückhaltend und betonten stattdessen die beiden allgemeinen außenpolitischen Ziele: den Sturz Hitlers und den Kampf für den Weltfrieden. Insoweit ergab sich die Motivation zwanglos aus dem kommunistischen Dogma, während sich ein Nachdenken über eine mögliche Institutionalisierung dieses Weltfriedens mit Blick auf die ideologisch verankerte Führungsposition der UdSSR und die Existenz der Komintern erübrigte. Zwar war die KPD bei weitem kein monolithischer Block, doch setzten sich kritische, von der offiziellen Parteilinie abweichende Stimmen in der Regel dem Vorwurf des Trotzkismus und des Verrates aus. Unter den Parteikritikern wurde jedoch selten die europäische Frage erörtert, da der umfassendere Weltgeltungsanspruch der kommunistischen Revolution zumeist nicht in Frage gestellt wurde. Einer der prominentesten internen Kritiker war das ZK-Mitglied Willi Münzenberg, der jedoch 1937 nach schwerwiegenden Auseinandersetzungen mit Moskau seinem Parteiausschluß um ein halbes Jahr zuvor kam und sich mit europapolitischen Fragen erst seit der Gründung seiner *Union franco-allemande* intensiver beschäftigte[9].

Die Quellen der exilierten Kommunisten aus den Jahren 1933–1945 prägen ein nahezu durchgängiges Schweigen zu internationalen Beziehungen, das

[6] PEPPER, Die Vereinigten Staaten von Europa, in: KI VII. Jg. (1926), S. 222f.
[7] SONTER, Paneuropa, in: KI VII. Jg. (1926), S. 905–910 (905, 908); siehe des weiteren GÜNTHER, Randbemerkungen zum Paneuropa-Kongreß, in: KI VII. Jg. (1926), S. 209–223.
[8] SONTER, „Paneuropa", in: KI VII. Jg. (1926), S. 906.
[9] Vgl. die Gründungserklärung der Deutsch-Französischen Union, in: Die Zukunft (28. 4. 1939), S. 1.

nur hin und wieder einmal unterbrochen wird durch phrasenhafte Beteuerungen der freundschaftlichen Zusammenarbeit zwischen den Völkern und dem ebenso oberflächlichen Bekenntnis zur Erhaltung des Friedens[10]. Auch in der kommunistischen Exilpresse finden sich nur ganz vereinzelt Stellungnahmen zur Programmatik der internationalen Politik[11]. Erst 1944 widmeten sich einzelne Kommunisten der konkreten Nachkriegsplanung, wobei der Wiederaufbau Deutschlands im Mittelpunkt des Interesses stand, nicht aber die Zukunft des europäischen Kontinents.

In den ersten Jahren des Exils beschränkten sich die kommunistischen Verlautbarungen zur internationalen Politik in der Tat auf eher lapidare Feststellungen zur deutsch-sowjetischen Freundschaft und zum Weltfrieden. Die Resolution der Brüsseler Konferenz konstatierte lediglich: „Deutschland braucht Frieden und Zusammenarbeit mit den anderen Völkern, braucht vor allem eine Verständigung mit der Sowjetunion."[12] Dabei dürfte der kommunistische Ruf nach Frieden wohl primär als Forderung nach der Beibehaltung des *Status quo* verstanden werden[13], mithin der Rückabwicklung der nationalsozialistischen Außen- und Verteidigungspolitik sowie der Rückkehr zu einer kollektiven Sicherheitspolitik[14]. Dies belegt auch ein Flugblatt der KPD-Auslandsleitung Paris, das für die illegale Verteilung in Deutschland bestimmt war und nicht mehr als die Rückkehr zum alten System des Europäischen Konzerts propagierte, diesmal jedoch unter sowjetischer Führung: „Der Brüsseler Kongreß hat sich für die Schiedsgerichtsbarkeit bei Konflikten, für die Sanktionen gegen den Angreifer im Geiste der Aufrechterhaltung der kollektiven Sicherheit ausgesprochen."[15] Zwar enthielt das Flugblatt auch ein schlagwortartiges Formalbekenntnis zur deutsch-französischen Versöhnung sowie zum Weltfrieden, doch wurde ohne weitere Vertiefung an das all solchen Bemühungen vorangehende Banner des Kommunismus erinnert, das unmißverständlich über der UdSSR wehe[16]. Folglich sei für das künftige Deutschland das „Freundschafts- und Wirtschaftsbündnis" mit der Sowjetunion die zukunftsgestaltende Kraft, die den „großzügigsten Warenaustausch"[17] zum beiderseitigen Vorteil biete. Aus dieser wirtschaftlichen Si-

[10] Vgl. VOIGT (Hg.), Friedenssicherung 1988, S. 23; SYWOTTEK, Volksdemokratie 1971, S. 87, 95.
[11] Vgl. VOIGT (Hg.), Friedenssicherung 1988, S. 24.
[12] Der neue Weg zum gemeinsamen Kampfe aller Werktätigen für den Sturz der Hitler-Diktatur. Resolution der Brüsseler Parteikonferenz der KPD im Oktober 1935 (Tarnschrift: Wie unsere Kakteen richtig gepflegt werden müssen), S. 17.
[13] So auch SYWOTTEK, Volksdemokratie 1971, S. 84.
[14] Vgl. auch ibid. S. 75.
[15] Vereinigt eure Kräfte gegen den Faschismus, den Urheber des Krieges. Flugblatt, o. O., o. D. [Paris, Frühjahr 1936], Faksimile, in: PIKARSKI, UEBEL (Hg.), Widerstandskampf der KPD 1978, Dok. Nr. 64.
[16] Ibid.
[17] Was würde ein Freundschaftsbündnis mit der Sowjetunion dem deutschen Volk nützen? Flugblatt des ZK der KPD, o. O., o. D. [Prag 1936], Faksimile, in: PIKARSKI, UEBEL (Hg.), Widerstandskampf der KPD 1978, Dok. Nr. 75.

cherheit und der Frieden stiftenden Eigenart des kommunistischen Systems an sich würden sich dann zwangsläufig politische Stabilität und dauernder Frieden einstellen, zumal die UdSSR ein „Hort des Völkerfriedens"[18] sei. Dem Leser wurde versichert: „Die Sowjetunion ist groß und stark."[19] Als Walter Ulbricht im Januar 1937 eine Radioansprache zum Spanischen Bürgerkrieg an „alle, die Ihr den Frieden und die Freiheit liebt", hielt, ließ er sich ungeachtet der internationalen Ausrichtung seines Themas zu keinerlei programmatischen Äußerungen verleiten. Seine diesbezüglichen Anmerkungen erschöpften sich in der bekannten, tagespolitisch ummantelten Überzeugung, daß die Niederlage Francos und Hitlers in Spanien und die Stärkung der nationalen Volksfronten „die entscheidende Aufgabe zur Erhaltung des Weltfriedens" sei[20].

Die europapolitische Abstinenz der Kommunisten in den Jahren 1933 bis 1937 und darüber hinaus hat sowohl ideologische als auch von der Komintern vorgegebene parteitaktische Gründe. Im Vordergrund standen vier feste Bestandteile der kommunistischen Propaganda, die beispielhaft einem Manuskript Wilhelm Piecks aus dem Jahre 1937 entnommen werden können: Zunächst die Versicherung, daß allein die Sowjetunion in der Lage sei, den Frieden zu sichern; sodann die taktische Vorgabe der Komintern, sich an der Bildung einer deutschen Volksfront zu beteiligen; anschließend die regelmäßig wiederkehrende Kritik am Exilvorstand der SPD und schließlich die Hervorhebung der eigenen vermeintlichen Erfolge. In einem solchen Umfeld nehmen sich die Warnung vor dem drohenden Krieg und der Aufruf, „den Idealismus der Jugend mit dem Geist des Friedens, der Freiheit und des Fortschritts zu erfüllen"[21], nahezu programmatisch aus. Grundsätzlich aber wurden Neuordnungsprogramme bewußt vermieden. Stattdessen wurden diejenigen Emigranten, die „sogar schon ganze Programme für die Tätigkeit des künftigen Staates ausgearbeitet" hätten, eher belächelt[22].

### *1.2. Sozialdemokraten*

Neben den Kommunisten waren die Sozialdemokraten die andere große Partei der untergegangenen Weimarer Republik, die wichtige Bestandteile ihres Organisationsapparates hatte retten können. In den Prager Jahren des Exils konnten die ins Ausland geflüchteten Sozialdemokraten einen regen Informationsaustausch mit ihren in Deutschland verbliebenen Genossen betrei-

[18] Ibid.
[19] Ibid.
[20] Ulbricht, Wofür kämpft das spanische Volk? Wofür muß das deutsche werktätige Volk kämpfen? Rede des Genossen Walter Ulbricht vom ZK der KPD über den Sender Barcelona, o. D. [Januar 1937], BAB, RY 1/I, 2/8, Bl. 81.
[21] Pieck, Neue Aufgaben der Partei, März 1937, BAB, RY 1/I, 2/707/52, Bl. 5.
[22] Ders., Fragen der Volksfront in Deutschland. Klarheit tut not!, in: KI XVIII. Jg. (1937), S. 719–735 (725).

ben. Dies brachte eine starke Fokussierung auf organisatorische Fragen mit sich, die den Parteivorstand neben der fortgesetzten Auseinandersetzung mit den Kommunisten und der aufkommenden linkssozialistischen Kritik am Führungsanspruch der Sopade hauptsächlich beschäftigte. In der Frage eines vereinigten Europas zog sich die Sopade bis 1940/41 im wesentlichen auf die Positionen ihres Heidelberger Parteiprogramms von 1925 zurück, in dem die SPD als erste Partei der Weimarer Republik das Fernziel der „Vereinigten Staaten von Europa" artikuliert und sich ausdrücklich zu eigen gemacht hatte[23]. Dies entsprach dem traditionellen Selbstverständnis der SPD als internationalistischer Partei mit solidarischen Verbindungen zu gleichgesinnten Arbeiterparteien anderer Länder[24]. Vor diesem Hintergrund verwundert es nicht, daß die SPD in den Exiljahren deutlicher als andere Organisationen auf ihre in der Weimarer Zeit herausgearbeiteten europapolitischen Positionen zurückgriff. Deshalb ist für das Verständnis des im Exil präsentierten Europabildes der Sopade eine ausführlichere Auseinandersetzung mit den Weimarer Europabeiträgen der SPD unabdingbar.

### 1.2.1. Ergebnisse der Weimarer Europadiskussion

Auch die Europadebatten der Weimarer Sozialdemokraten fanden ihren Ausgangspunkt im Kampf gegen den Kapitalismus für Frieden und wirtschaftliche Gerechtigkeit, deren einzig denkbare Synthese im Sozialismus gesehen wurde. Als übergeordnetes Fernziel bedeutete der Sozialismus in der sozialdemokratischen Interpretation die einzig zuverlässige Sicherung des Friedens und zugleich die einzig gerechte Wirtschaftsordnung[25]. Der Bestand einer friedlichen Ordnung der Völker hänge wesentlich von der glaubhaften Gewähr wirtschaftlicher Gerechtigkeit ab, so daß beides untrennbar miteinander verbunden sei. Dagegen sei Krieg der „Ruin für jedermann"[26].

Leitbild der sozialistischen Bewegung war der erklärtermaßen humanistisch motivierte proletarische Befreiungskampf, der nicht isoliert geführt werden könne, sondern nur als Befreiungskampf für die ganze Menschheit

[23] Heidelberger Programm der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, 14. 9. 1925, abgedruckt in: MOMMSEN (Hg.), Parteiprogramme 1960, S. 461–469 (468).
[24] Vgl. VOIGT (Hg.), Friedenssicherung 1988, S. 31.
[25] KAUTSKY, Grundsätzlicher Teil, in: Heidelberger Programm. Grundsätze und Forderungen [1925], S. 24: „Daher entspringt durch den Gegensatz zum Kapital aus dem internationalen Charakter der Produktion für die Proletarier in ihrem Klassenkampf die internationale Solidarität. Das zeigt sich nicht nur in ihren ökonomischen Kämpfen. Es bewirkt auch, daß sie eine eigene, der der Kapitalisten entgegengesetzte auswärtige Politik annehmen. Wie ihr Klassenkampf und schließlicher Sieg die Zivilisation rettet, so wird er auch zur festesten Schutzwehr des Weltfriedens."
[26] Ibid. S. 26: „Sie [d. i. die sozialistische Produktion, B. S.] wird aber sogar für viele, die jetzt von der Ausbeutung fremder Arbeit leben, eine Rettung werden durch Erhaltung des Weltfriedens, durch Ausschaltung jeder Möglichkeit von Kriegen, die heute den Ruin für jedermann bringen müssen, ausgenommen einige mehr oder weniger privilegierte Banditen."

denkbar sei[27]. Denn erst mit der weltweiten Durchsetzung des Sozialismus „werden die einzelnen Nationen in einer klassenlosen Gesellschaft in wahrer Volksgemeinschaft nebeneinander leben und miteinander arbeiten, damit der Frieden der Welt durch Akte der Gewalt nie mehr gestört werden kann"[28]. Folglich wurde die Erhaltung der Kampffähigkeit gegen den Kapitalismus als täglich neu zu stellende Aufgabe des internationalen Sozialismus bezeichnet, um schließlich durch die internationale sozialistische Revolution die Zivilisation zu retten und den Weltfrieden zu schützen. Mit dem flächendeckenden Sieg des Sozialismus war die Vorstellung von einer Welt verbunden, die weder internationale Konflikte noch den Wettbewerb von Volkswirtschaften kennt.

Den richtigen Weg zur Verwirklichung des internationalen Sozialismus sah die Sozialdemokratie mehrheitlich nicht in einer schlagartigen sozialistischen Revolution, sondern in der Nutzung und langfristigen Umorientierung bestehender Strukturen und Institutionen in ihrem Sinne. Einmal etabliert, würde der Sozialismus aus sich heraus Frieden, Freiheit und Gerechtigkeit schaffen.

Für die Umorientierung der bestehenden Strukturen setzten die Sozialdemokraten in der außenpolitischen Theorie zwei institutionelle Hebel an: den Völkerbund und die Sozialistische Arbeiter-Internationale (SAI). Die SAI war das wirtschaftliche Instrument für eine Verstärkung der internationalen Solidarität und das Schwert im Kampf gegen den Kapitalismus. Ihr Hauptanliegen war die Förderung einer sozialistischen Weltwirtschaft als grenzüberschreitende Einigung der Völker. Um die internationale Solidarität zu stärken und die Plattform für eine sozialistische Arbeitsteilung der Völker zu schaffen, erkannten auch die Sozialdemokraten die Notwendigkeit einer europäischen Wirtschaftskooperation, die später von der systemimmanenten wirtschaftlichen Gerechtigkeit eines sozialistischen Europas als Teil einer sozialistischen Welt abgelöst werden sollte. Folgerichtig forderte Eduard Bernstein schon 1919 das Ende der „Schutzzöllnerei"[29] und plädierte für einen „möglichst innige[n] Wirtschaftsverkehr der Völker"[30].

Während die SAI über das Medium der Wirtschaftsstrukturen die Völker einigen sollte, kam dem Völkerbund nach sozialdemokratischer Lesart die Aufgabe der Friedenssicherung zwecks Einigung der Staaten zu. 1918 hatte Bernstein noch in Unkenntnis der Völkerbunds-Satzung die Idee eines wörtlich verstandenen Völkerbundes propagiert, dessen primäre Aufgabe die Ausarbeitung eines Allgemeingeltung beanspruchenden internationalen

[27] Ibid: „Das Proletariat kann sich dauernd nur befreien, wenn es die ganze Menschheit befreit."
[28] MÜLLER[-FRANKEN], Internationale Politik, in: Heidelberger Programm. Grundsätze und Forderungen [1925], S. 59–63.
[29] BERNSTEIN, Völkerbund oder Staatenbund [2]1919, S. 26.
[30] Ibid. S. 29.

Rechtes zur Sicherung des Friedens sein müsse[31]. Zu diesem frühen Zeitpunkt schon findet sich die Relativierung zweier wesentlicher Grundsätze der internationalen Beziehungen, deren nationale Ausrichtung jedem föderalistischen Ansatz diametral entgegen steht: das nationale Selbstbestimmungsrecht und das Prinzip der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten eines anderen Staates. Der Grundsatz des nationalen Selbstbestimmungsrechts der Völker verdiene nur „im Rahmen des für alle gleichmäßig geltenden internationalen Rechts"[32] Anerkennung, während das Prinzip der Nichteinmischung schon deshalb keine unbedingte Geltung beanspruchen könne, weil es „in Widerspruch mit dem sozialistischen Grundsatz der Verbundenheit (Solidarität) der Völker"[33] stehe. Dem zukünftigen Völkerbund müsse das Recht zugestanden werden, „für notwendig erkannte Eingriffe in die Selbstherrlichkeit der Staaten"[34] allein anzuordnen und durchzuführen. Gerade diese starke Exekutivgewalt sollte dem bald darauf ins Leben gerufenen Völkerbund fehlen und der wichtigste Aspekt der international gesinnten Kritiker bleiben. So forderte Hermann Müller 1925 primär wirtschaftliche Sanktionsrechte für den Völkerbund, um den Bemühungen für die Sicherung des Friedens Nachdruck verleihen zu können[35]. Bernstein zufolge konnte der Völkerbund nur und erst dann Vollkommenheit erreichen, wenn der Bund der Staaten – die Bernstein als kapitalistisch und damit imperialistisch klassifizierte – sich zu einem wahren „Bund freier Republiken der Völker" auf sozialistischem Boden weiterentwickle[36]. Bernsteins Überlegungen von 1918 lieferten in vielerlei Hinsicht wichtige Vorgaben für die späteren Überzeugungen der SPD, die diese bis weit in die Emigration hinein nahezu unverändert beibehielt.

Bernsteins Forderung nach einem „für alle gleichmäßig geltenden internationalen Recht" griff das Görlitzer Programm vom 14. September 1921 wörtlich auf[37] und verlangte neben dem internationalen Zusammenschluß der Arbeiterklasse den „Ausbau des Völkerbundes zu einer wahrhaften Arbeits-, Rechts- und Kulturgemeinschaft"[38].

Das Görlitzer Programm war erkennbar geprägt von der zeitgenössischen Kritik am Versailler Friedensvertrag und vermochte größere Leitlinien der sozialdemokratischen Außenpolitik kaum überzeugend zu vermitteln. Dennoch darf die zentrale Bedeutung des Gedankens eines für alle gleich gelten-

[31] Vgl. ibid. S. 22.
[32] Ibid.
[33] Ibid. S. 21.
[34] Ibid. S. 22.
[35] Vgl. MÜLLER[-FRANKEN], Internationale Politik, in: Heidelberger Programm. Grundsätze und Forderungen [1925], S. 62.
[36] BERNSTEIN, Völkerbund oder Staatenbund ²1919, S. 27.
[37] Vgl. den Abschnitt „Völkerbeziehungen und Internationale" im Görlitzer Programm der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands vom 14. 9. 1921, in: MOMMSEN (Hg.), Parteiprogramme 1960, S. 453–458 (458).
[38] Ibid.

den internationalen Rechts im Sinne eines „neuen Völkerrechts“[39] nicht unterschätzt werden. Als zur damaligen Zeit visionär anmutendes Verlangen verstanden die Sozialdemokraten die Forderung nach einem allgemein verbindlichen Völkerrecht als zwischenstaatliches Pendant zur internationalen Solidarität der Völker und sahen darin ein wahrhaft sozialistisches Anliegen – wenngleich sie dieses Anliegen faktisch mit anderen, außerhalb des sozialistischen Lagers stehenden Intellektuellen teilten. In sinnvoller Ergänzung einer als notwendig erachteten internationalen Abrüstung sollte ein für alle gleiche Geltung beanspruchendes Völkerrecht die Funktion eines übergeordneten Wertmaßstabes einnehmen. Hermann Müller forderte sogar eine obligatorische Schiedsgerichtsbarkeit für „sogenannte Ehrenfragen oder sogenannte Lebensfragen der Nation“[40] und artikulierte damit eine auch innerhalb der Sozialdemokratie nicht mehrheitsfähige Ablehnung des Nichteinmischungsprinzips. Unter konsequenter Beachtung der „historischen Reihenfolge“ – erst Umgestaltung der bürgerlichen in eine soziale Demokratie, dann erst Einführung des Sozialismus durch Mehrheitsbeschluß – riefen die Autoren des Heidelberger Programms nach einer „Demokratisierung des Völkerbundes und seine[r] Ausgestaltung zu einem wirksamen Instrument der Friedenspolitik“[41]. Gemeint war die Entwicklung eines Völkerbunds-Parlaments mit nationalen Delegationen, zusammengesetzt nach der Stärke der Parteien, als Kern eines späteren Weltparlaments[42].

Vor dem Hintergrund der globalen Ausrichtung des sozialistischen Fernzieles konnte die Diskussion um ein sozialistisch geeintes Europa nur Teilaspekt einer umfassenderen Betrachtung sein. Die Heidelberger Formulierung, man setze sich ein „für die Bildung der Vereinigten Staaten von Europa, um damit zur Interessensolidarität der Völker aller Kontinente zu gelangen“[43], legt die Auffassung nahe, Europa solle schließlich in der sozialistischen Weltgemeinschaft aufgehen und eben nicht als Regionalorganisation im Rahmen des Völkerbundes weiter bestehen bleiben. Dabei blieb der Aspekt der europäischen Werte- oder Kulturgemeinschaft zunächst nahezu unberücksichtigt. Bis in die späten Emigrationsjahre hinein blieb unklar, ob die deutsche Sozialdemokratie der europäischen Einigung per se einen Langzeitwert zuschrieb oder „Europa“ nur als notwendigen Zwischenschritt auf dem Weg zu einer größeren, sozialistischen Weltgemeinschaft betrachtete.

Da die revisionistisch sozialistische Weltanschauung jedoch davon ausging, daß die als unerläßlich erachtete Übergangsphase vom Kapitalismus zum Sozialismus zwangsläufig auch ein retardierendes Moment in der Ent-

[39] MÜLLER[-FRANKEN], Internationale Politik, in: Heidelberger Programm. Grundsätze und Forderungen, [1925], S. 61.
[40] Ibid. S. 60.
[41] Heidelberger Programm, in: W. MOMMSEN (Hg.), Parteiprogramme 1960, S. 469.
[42] Vgl. MÜLLER[-FRANKEN], Internationale Politik, in: Heidelberger Programm. Grundsätze und Forderungen [1925], S. 62.
[43] Heidelberger Programm, in: W. MOMMSEN (Hg.), Parteiprogramme 1960, S. 468.

wicklung vom Nationalstaat zur weltweiten sozialistischen Einheit der Völker nach sich ziehen würde, beschäftigte sich die SPD intensiver als viele linkssozialistische Gruppierungen mit der Ausgestaltung dieser unvermeidlichen Transformationsphase, deren Länge nicht einzuschätzen war. Darüber hinaus war die eurozentrische Weltsicht auch nach dem Ende des Ersten Weltkrieges in Europa unvermindert verbreitet. Trotz der gegenteiligen Erfahrungen während des Krieges wurden die europäischen Großmächte weiterhin als die entscheidenden Einflußfaktoren des Weltgeschehens betrachtet[44], wenngleich die USA und die Sowjetunion allmählich ins politische Blickfeld rückten. Tatsächlich sollte sich die Einsicht in den fundamentalen Bedeutungsverlust des europäischen Kontinents im Weltgefüge endgültig erst mit dem Abkommen von München und dem Verlauf des Zweiten Weltkrieges durchsetzen – denn diese Einsicht basierte notwendig auf der grundlegenden Erkenntnis der bipolaren Frontstellung zwischen Ost und West.

Immerhin hatten sich Hermann Müller und Rudolf Breitscheid schon in den 20er Jahren der vorgelagerten Frage gewidmet, wie „Europa" räumlich zu definieren sei. Müller verfocht die Einbeziehung sowohl des „britischen Reichs"[45] als auch der Sowjetunion in einen europäisch verstandenen Völkerbund[46]. Dabei enthielt er sich jeder Konkretisierung des Integrationsgrades und ließ offen, ob die Sowjetunion und Großbritannien nur in Form einer losen Wirtschaftskooperation oder als vollwertige Mitglieder eingebunden werden sollten. Es ist durchaus denkbar, daß diese Gedankenspiele auch als tagespolitische Spitze gegen die Paneuropa-Bewegung Graf Coudenhove-Kalergis gedacht waren, der kategorisch Großbritannien und die Sowjetunion als außereuropäische Staaten ansah und daran im wesentlichen bis 1945 unverändert festhielt. Breitscheid plädierte 1926 für ein „freundschaftliches Verhältnis zu Rußland" unter Ausschluß militärpolitischer Kooperationsformen[47].

Für eine stärkere Beschäftigung mit dem Thema „Europa" sprach aus sozialdemokratischer Sicht auch die doppelte Verwertbarkeit der europäischen Orientierung für die Außenpolitik und die Innenpolitik. Vor allem Rudolf Hilferding und Rudolf Breitscheid sahen hier die Chance, die Parameter der deutschen Außenpolitik zugunsten eines friedlichen Miteinander in Europa zu verändern und auf diese Weise ein eigenes außenpolitisches Profil zu ge-

[44] KAUTSKY, Grundsätzlicher Teil, in: Heidelberger Programm. Grundsätze und Forderungen 1925, S. 25: „Wir halten ein gedeihliches Wirken des Völkerbundes und die Erhaltung des Weltfriedens für möglich, weil wir erwarten, daß jetzt schon in den *für die Weltpolitik in Europa entscheidenden Großmächten* [eigene Hervorhebung, B. S.] das Proletariat und seine Partei, die Sozialdemokratie, genügend Einfluß gewinnt, um jede Politik zu verhindern, die eine Kriegsgefahr in sich birgt."

[45] Vgl. MÜLLER[-FRANKEN], Internationale Politik, in: Heidelberger Programm. Grundsätze und Forderungen [1925], S. 63.

[46] Vgl. ibid.

[47] BREITSCHEID, Das außenpolitische Programm der Sozialdemokratie, in: Europäische Gespräche, H. IV (April 1926), S. 169–175 (174).

winnen. Zugleich bot sich das Plädoyer für eine Kooperation mit den westlichen Demokratien für die innenpolitische Verankerung des Republikanismus an[48]. Insbesondere Hilferding betonte die doppelte Dringlichkeit einer europäischen Einigung im Sinne wirtschaftlicher Notwendigkeit sowie der langfristigen Lösung der außenpolitischen Probleme in Europa. Damit schlug er bewußt den „Bogen zur Verständigungspolitik"[49] und verband dieses Anliegen mit dem politischen Wunsch, einen erneuten Weltkrieg frühzeitig zu vermeiden: „Wir wollen eine Lösung des europäischen Staatenproblems, weil wir den Prozeß des Erwachens der geschichtslosen Nationen [gemeint sind die 1918 neu entstandenen europäischen Kleinstaaten, B. S.] allerdings bis zu einem gewissen Grade zu beeinflussen, zu überwachen und zu lenken haben, damit dieser Prozeß sich nicht wieder in einer katastrophalen, kriegerischen Weise vollziehe, die heute bei der Entwicklung der Kriegstechnik die ganze europäische Zivilisation dem Untergange aussetzen würde."[50] Vor diesem Hintergrund wurde aus den Reihen der Sozialdemokraten wiederholt die Forderung nach einem international garantierten Minderheitenschutz in Europa geäußert, der zumindest die Kulturautonomie nationaler Minderheiten umfassen müsse[51].

Einen in mehrfacher Hinsicht beachtlichen Fortschritt in der Entwicklung eines spezifisch sozialdemokratischen Europaverständnisses brachten die zahlreichen Diskussionen um die Formulierung des Heidelberger Parteiprogramms von 1925, in dem die SPD nicht nur als erste und einzige Partei der Weimarer Republik, sondern auch als erste deutsche Partei überhaupt die „Vereinigten Staaten von Europa" als politisches Fernziel postulierte[52]. Auffallend an der Heidelberger Formulierung ist die Betonung der als wirtschaftlich zwingend betrachteten Einheit Europas, die offenläßt, ob die Sozialdemokratie in diesem Ziel einen Wert an sich sah oder lediglich als notwendigen Zwischenschritt auf dem Weg zu einer sozialistischen Weltgemeinschaft[53]. In der Kommentierung wird Hermann Müller deutlicher: „Nur

[48] Vgl. KRÜGER, Europäische Wirtschaftsgemeinschaft 1984, S. 155.

[49] Ibid.

[50] Hilferding, nach: Sozialdemokratischer Parteitag 1925 in Heidelberg. Protokoll 1925, S. 282.

[51] So z. B. MÜLLER[-FRANKEN], Internationale Politik, in: Heidelberger Programm. Grundsätze und Forderungen [1925], S. 61; BREITSCHEID, Das außenpolitische Programm der Sozialdemokratie, in: Europäische Gespräche, H. IV (April 1926), S. 174.

[52] Vgl. den Abschnitt „Internationale Politik" im Heidelberger Programm der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands vom 14. 9. 1925, in: W. MOMMSEN (Hg.), Parteiprogramme 1960, S. 461–469 (468 f.). Der Begriff der „Vereinigten Staaten von Europa" ist entgegen einer verbreiteten Ansicht weder auf Lenin noch auf Victor Hugo zurückzuführen, sondern wurde zuerst von Cattaneo, einem Weggefährten Mazzinis, im Jahre 1848 geprägt; vgl. dazu BÜLCK, Föderalismus 1964, S. 21, Anm. 51.

[53] Heidelberger Programm, in: W. MOMMSEN (Hg.), Parteiprogramme 1960, S. 468: „Sie [d. i. die Sozialdemokratische Partei Deutschlands] tritt ein für die *aus wirtschaftlichen Ursachen zwingend gewordene Schaffung* [Hervorhebung d. Verf., B. S.] der

durch solidarisches Zusammenwirken können die europäischen Staaten ihre Stellung auf dem Weltmarkt wieder verbessern und sich einen organisierten Bezug der Rohstoffe sichern." Obwohl Müller unterstrich, daß man sich – in Abgrenzung zu liberalen und konservativen Überzeugungen – keineswegs in eine verschärfte Wettbewerbsposition gegen die USA und andere Weltwirtschaftsmächte begeben wolle, erscheint es äußerst fraglich, wie ein solcher Ansatz nicht genau diese politische Frontstellung bewirken sollte. Viel eher muß Müllers Versuch als mißlungener Spagat zwischen der sozialistischen Ideologie und den Anforderungen einer Weltwirtschaftspolitik bezeichnet werden[54].

Mit der SAI und dem Völkerbund hatte die Weimarer Sozialdemokratie ihre beiden Hauptmotive internationaler Politik, wirtschaftliche Gerechtigkeit und Friedenssicherung, institutionell zugeordnet, wobei beide Anliegen einer europäischen Zwischenphase bedurften, bevor sie letztlich global hätten verwirklicht werden können. Im Einklang mit ihrem kämpferisch ideologischen Selbstverständnis hat die Sozialdemokratie die gezielte Abgrenzung gegenüber dem bürgerlichen Nationalitätenkonzept[55] auf die europäische Ebene transferiert: Eine europäische Wirtschaftskooperation wurde bejaht als Befreiung der alle nationalen Ketten sprengenden Produktionskräfte durch eine möglichst weitgehende Internationalisierung im Sinne geographischer Arbeitsteilung. Auf Ablehnung stieß dagegen die Idee einer europäischen Wirtschaftsenklave als „Ausschlußmittel" im wirtschaftlichen Konkurrenzkampf gegen die USA, die Sowjetunion oder Großbritannien[56]. In Ergänzung dazu wurde das politische Ziel der Friedenssicherung im Sinne einer internationalen Solidarität verstanden, die man als bewußten Gegenentwurf zum bürgerlich-kapitalistischen „Prinzip der Rivalität der Nationen"[57] apostrophierte. Mithin war für die Sozialdemokraten die europäische Einigung ein Wert an sich, dem ein gewisser Selbstzweck inne wohnte. Zwar sollte dieser Selbstzweck erst Jahre später definiert und präzisiert werden, doch ist die politische Langzeitwirkung dieses frühen Europabewußtseins für die folgenden Jahre des Exils nicht zu leugnen. Noch am 13. Januar 1933

europäischen Wirtschaftseinheit, für die Bildung der Vereinigten Staaten von Europa, um damit zur Interessensolidarität der Völker aller Kontinente zu gelangen."

[54] Die in den 20er Jahren populäre Tendenz zur wirtschaftlichen Abgrenzung gegenüber den USA wird auch bei Carlo Mierendorff deutlich; vgl. etwa MIERENDORFF, Besinnung auf Europa?, in: SozMon, 39. Jg., H. 1 (13. 1. 1933), S. 13–17, insb. S. 14.

[55] Den Kampfcharakter der ideologischen Auseinandersetzung betont anschaulich KAUTSKY, Grundsätzlicher Teil, in: Heidelberger Programm. Grundsätze und Forderungen [1925], S. 24: „Aber die Kapitalisten ihrerseits bleiben auch nicht isoliert, schließen sich ebenfalls zusammen. Da heißt es, den Umfang der proletarischen Organisation immer mehr ausdehnen, um sich die Kampffähigkeit zu erhalten."

[56] Hilferding, nach: Sozialdemokratischer Parteitag 1925 in Heidelberg. Protokoll 1925, S. 281 f. An dieser Stelle notierte das Protokoll den Zuruf „sehr wahr!"

[57] Ibid. S. 281. Das Parteitagsprotokoll verzeichnet an dieser Stelle „lebhafte Zustimmung".

rief Carlo Mierendorff den Lesern der *Sozialistischen Monatshefte* zu: „Deutschlands Arbeiterklasse hat die Mission, dem Vereinigten Europäischen Kontinent den Weg zu bereiten."[58] Mit seinem letzten Artikel vor dem Machtantritt der Nationalsozialisten wies Mierendorff, der selbst nicht emigrierte, dem intellektuellen Europadiskurs den Weg ins Exil. Die von ihm erwähnten Diskussionsansätze sollten für die Zeit des politischen Exils Programmcharakter erhalten:

„Die Vision des sozialistischen Europas, die uns vorschwebt, muß in dem neuen Jahr, das vor uns liegt, in schöpferischer Arbeit real geformt und gestaltet werden. Es handelt sich um die Organisation Europas aus überstaatlichem Denken, es handelt sich um die Überwindung jenes Nationalstaatenwahns, an dessen Forcierung die europäischen Völker heute zugrunde zu gehen drohen."[59]

### 1.2.2. Sozialdemokratische Europabilder 1933–1937

Das neue Jahr 1933 vereitelte zunächst jeden Gedanken an eine „schöpferische Arbeit" für ein sozialistisches Europa. Durch den Machtantritt der Nationalsozialisten überrascht, hatte die SPD genug zu tun mit den existentiellen Fragen, denen sie sich unvermittelt gegenüber sah. Verdrängt durch die mit der Emigration verbundene neuartige Problematik sowie die Auseinandersetzung um die Grundentscheidung „Legalitätskurs oder Emigration?", trat die innerparteiliche Europadiskussion zunächst in den Hintergrund. Erst 1935 sollte Rudolf Hilferding in der *Zeitschrift für Sozialismus* die von Mierendorff geforderte „schöpferische Arbeit" an der Europavision der Sozialdemokraten wieder aufnehmen[60] – nachdem der nach Prag emigrierte Teil des Parteivorstandes sich nicht nur der harten Kritik seitens der in Deutschland zurückgebliebenen Vorstandsmitglieder hatte stellen müssen, sondern auch mit den nicht minder heftigen Zweifeln am behaupteten Führungsanspruch der SPD seitens der linkssozialistischen Emigranten konfrontiert worden war.

Mit dem Prager Manifest wagte sich der Exilvorstand der SPD zum Erstaunen vieler Linkssozialisten auf den Pfad des revolutionären Sozialismus[61]. In der ursprünglichen Fassung war das Manifest im Prager Parteivorstand zunächst auf Ablehnung gestoßen. Erst in einer von Hilferding überarbeiteten Version fand die Denkschrift die Zustimmung des leitenden Parteigremiums, das am 20. Januar 1934 dieses organisationsgeschichtlich bedeutende Dokument mit dem aufrüttelnden Titel „Zerbrecht die Ketten"

[58] MIERENDORFF, Besinnung auf Europa?, in: SozMon, 39. Jg., H. 1 (13. 1. 1933), S. 17.
[59] Ibid. S. 16.
[60] Vgl. KERN [d. i. Hilferding], Das Ende der Völkerbundspolitik, in: ZfS, 2. Jg., H. 20/21 (Mai/Juni 1935), S. 625–637.
[61] Vgl. Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Kampf und Ziel des revolutionären Sozialismus. Die Politik der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, in: NV, Nr. 33 (28. 1. 1934), S. 1f.; auch abgedruckt in: DOWE, KLOTZBACH (Hg.), Programmatische Dokumente ³1990, S. 213–226.

verabschiedete. Auf der Suche nach einer lebensnahen Auslegung der sozialistischen Ideologie in Anbetracht der neuen Situation des Exils propagierte das Prager Manifest die sozialistische Revolution und erklärte der Legalitätspolitik des in Berlin zurückgebliebenen Rumpf-Parteivorstandes eine unmißverständliche Absage. Die entscheidende Bedeutung des Dokumentes liegt jedoch in der Abkehr vom revisionistischen Dogma der historischen Reihenfolge und dem Bekenntnis zum revolutionären Politikansatz: Als „Träger der großen geschichtlichen Entwicklung" und „Erbe der unvergänglichen Überlieferungen der Renaissance und des Humanismus, der englischen und der Französischen Revolution"[62] komme der Sozialdemokratie die Aufgabe zu, die 1918 ausgebliebene sozialistische Revolution nunmehr herbeizuführen[63]. Schon bald aber kehrte die Sopade zum revisionistischen Verständnis zurück und befürwortete die historische Reihenfolge: erst der Ausbau einer mehrheitsfähigen Ausgangsposition innerhalb der bürgerlichen Demokratie, um dann aus der Regierungsverantwortung heraus die sozialistische Wende einzuführen. Auch wenn die Sopade erst mit Curt Geyers 1939 veröffentlichter Schrift „Die Partei der Freiheit" dem revolutionären Sozialismus des Prager Manifestes offiziell den Rücken kehrte, kam die Ablehnung jedes revolutionär-sozialistischen Ansatz schon 1935 in einem Artikel Hilferdings unverhohlen zum Ausdruck: „Eine positive Politik sozialistischer Parteien, die nicht den Problemen der Gegenwart sich entziehen wollen, indem sie romantischen Spekulationen über die Haltung im künftigen Kriege und dessen revolutionäre Folgen nachhängen, ist nur möglich, wenn sie sich von der Verfolgung solcher Ziele abwenden, die durch die historische Entwicklung sich als unerreichbar erwiesen haben."[64] Das kurze dogmati-

[62] Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Kampf und Ziel des revolutionären Sozialismus, in: NV, Nr. 33 (28. 1. 1934), S. 2. Die von BEHRING, Demokratische Außenpolitik 1999, S. 381 vorgenommene Verwendung dieses Zitates als Beleg für das sozialdemokratische Verständnis von Europa als „kulturelles Gebilde" stellt das Zitat in einen mißverständlichen Sachzusammenhang: Nicht die „großen und unvergänglichen Ideen der Menschheit", sondern „wir", d.h. die Sozialdemokraten, waren nach dem Verständnis des Parteivorstandes die „Erben der unvergänglichen Überlieferungen der Renaissance und des Humanismus [...]". Von Europa ist nirgendwo im Prager Manifest auch nur andeutungsweise die Rede. Tatsächlich ging es den Verfassern des Manifestes zuallererst um die Umschreibung des sozialdemokratischen Selbstverständnisses als Grundlage der künftigen Exilarbeit. Die Erwähnung der „Menschheit" weist an dieser Stelle lediglich auf die freiheitlich-humanistischen Wurzeln der Sozialdemokratie, nicht aber Europas hin.

[63] Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Kampf und Ziel des revolutionären Sozialismus, in: NV, Nr. 33 (28. 1. 1934), S. 1.

[64] KERN [d. i. Hilferding], Das Ende der Völkerbundspolitik, in: ZfS, 2. Jg., H. 20/21 (Mai/Juni 1935), S. 637. Diese Formulierung griff Geyer in seinem ersten Grundsatzbeitrag nahezu wörtlich auf, indem er vorbrachte, „daß es illusionär und romantisch ist, wenn man sich engstirnig an die Verfolgung von Zielen bindet, die bei der gegenwärtigen Lage nicht erreichbar sind [...]"; KLINGER [d. i. Geyer], Völkerbund gegen Faschismus. Die Internationale und die europäische Demokratie, in: NV, Nr. 123 (20. 10. 1935), S. 1 f. (1).

sche Intermezzo der Sopade im ersten Jahr des Exils veranschaulicht die ideologische Verunsicherung der Sozialdemokratie durch Hitlers Machtergreifung und den Schock der „dritten Emigration"[65].

Diese Verunsicherung äußerte sich in der Europadebatte zunächst durch sozialdemokratische Abstinenz. Doch war der Sopade von vornherein bewußt, welch einen großen Vorsprung vor allen anderen politischen Gruppierungen ihr das Heidelberger Programm von 1925 verschafft hatte[66]. Dies umso mehr, als das Heidelberger Europabekenntnis nicht nur die aktive Unterstützung sozialdemokratischer Persönlichkeiten wie die von Karl Kautsky und dem mehrmaligen Reichskanzler und Außenminister Hermann Müller gefunden hatte, sondern schon seit 1925 auch die beiden intellektuellen Ikonen des späteren sozialdemokratischen Exils sich der Losung der Vereinigten Staaten von Europa nachhaltig angenommen hatten: der spätere Fraktionsvorsitzende Rudolf Breitscheid und der mit ihm befreundete außenpolitische Berichterstatter des Heidelberger Parteitags Rudolf Hilferding. Mit Breitscheid und Hilferding war somit eine personelle Kontinuität sozialdemokratischen Europabewußteins von der Weimarer Zeit bis in die Zeit des Exils hinein gegeben. Während Breitscheid nach 1933 allerdings nur noch gelegentlich in außenpolitische Debatten eingriff, meldete sich der Finanzexperte Hilferding bis zu seinem mysteriösen Tod 1941 häufiger und mit großem Einfluß zu Wort. Dabei löste er sich zögerlich, aber stetig von Illusionen und bemühte sich erkennbar um eine Weiterentwicklung und Aktualisierung der in Weimar gewonnenen Erkenntnisse. So beruhen noch die auf der Vorstandssitzung vom 29. Januar 1940 vorgetragenen „Anmerkungen des Genossen Dr. Rudolf Hilferding über die Frage der Kriegsziele und über das Problem der Vereinigten Staaten von Europa" in wesentlichen Grundzügen auf den Heidelberger Überlegungen. Und doch kennzeichnen sie eine mit Hilferding personifizierte Entwicklung der sozialdemokratischen Auffassung von Europa, die zwischen 1925 und 1940 eine gewisse Entideologisierung erfuhr, die mit einer sachlichen Spezifizierung einher ging. Dies schmälert nicht die Grundtendenz, daß die Sopade länger als andere Exilgruppen an ihren Weimarer Ideen festgehalten hat[67].

*Rudolf Hilferding: kollektive Friedenssicherung* Hilferding war es auch, der im Frühsommer 1935 für die Sopade den Diskussionsfaden um die zukünftige Gestaltung des europäischen Kontinents wieder aufnahm – nachdem schon 1933 die von der Sozialdemokratie abgespaltenen Revolutionären

[65] STAMPFER, Die dritte Emigration. Ein Beitrag zu ihrer Geschichte, in: MATTHIAS (Hg.), Mit dem Gesicht nach Deutschland 1968, S. 63–171.

[66] Hilferding formulierte im Protokoll des Heidelberger Parteitages: „Diese Formulierung unterscheidet unsere Konzeption wiederum grundlegend von allen bürgerlichen Reden über die Vereinigten Staaten Europas."; Sozialdemokratischer Parteitag 1925 in Heidelberg. Protokoll 1925, S. 281.

[67] Zustimmend VOIGT (Hg.), Friedenssicherung 1988, S. 32.

Sozialisten Deutschlands (RSD) und im folgenden Jahr auch der Internationale Sozialistische Kampfbund (ISK) die ersten Beiträge zur Europadebatte des Exils geleistet hatten[68]. In seinem Artikel über „Das Ende der Völkerbundspolitik"[69] propagierte Hilferding die Errichtung eines europäischen Systems der kollektiven Friedenssicherung. Mit diesem Schlagwort der Weimarer Europadebatte ließ Hilferding einen Kontrapunkt sozialdemokratischer Beiträge zur Europadebatte im Exil erklingen. Die anhaltende Hoffnung auf einen verbesserten Völkerbund als internationales System langfristiger Friedenssicherung wurde jedoch mit dem Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund 1933, dem Japan 1934 folgen sollte, zunehmend getrübt. Ungeachtet dieser „Kollektivschuld" Großbritanniens, Frankreichs und der USA[70] sah Hilferding in Großbritannien unverändert den entscheidenden Schiedsrichter des europäischen Friedens. Dieser sei aus seiner Rolle gefallen, indem er bereitwillig die deutsche Aufrüstung zugelassen und Deutschland mit dem bilateralen Flottenabkommen gestärkt habe. Damit sei der Idee der kollektiven Friedenssicherung vorerst der Rücken zugekehrt und der Völkerbund als effizienter Mittler auf dem internationalen Parkett erneut der Boden unter den Füßen entzogen worden[71]. Hilferding zollte dem alten Rechtsgrundsatz *pacta sunt servanda* zwar Respekt[72], erkannte jedoch klar, daß die faschistischen Regime damit nicht zu befrieden seien: „Noch wird der Illusion nachgejagt, die angreifenden Mächte durch Verträge binden zu können, statt sie durch überlegene Macht zum Frieden zu zwingen"[73]. Beachtenswert ist Hilferdings undogmatische Sichtweise, die ihn im Gegensatz zu vielen Linkssozialisten veranlaßte, den engeren Rahmen der auf die internationale Arbeiterklasse beschränkten Solidarität zu sprengen und einer Kooperation der „beiden großen Demokratien" England und Frankreich das Wort zu reden.

*Curt Geyer: „europäische Demokratie" und „neues europäisches Gleichgewicht"* Für die Sopade der ersten Exiljahre waren neben Hilferding vor allem die beiden Chefredakteure des *Neuen Vorwärts* Curt Geyer und Fried-

[68] Den wohl ersten sozialistischen Beitrag zur Europadiskussion des Exils leistete der Revolutionäre Sozialist Alexander SCHIFRIN, Hitler-Deutschland und Europa, in: Sozialistische Revolution (später: ZfS, ) 1. Jg., Nr. 1 (Oktober 1933), S. 24–30. Acht Monate später meldete sich Schifrin erneut europapolitisch zu Wort: DERS., Die Konsequenzen des revolutionären Programms, in: ZfS, 1. Jg., Nr. 9 (Juni 1934), S. 281–293. Der ISK beschäftigte sich schon im April 1934 mit den Anforderungen an eine internationale Polizei; vgl. Gérard, Protokoll der Aussprache vom 2. April 1934 abends. Thema: Internationale Polizei, AsD, Bestand IJB/ISK, Box 8, S. 1.

[69] KERN [d. i. Hilferding], Das Ende der Völkerbundspolitik, in: ZfS, 2. Jg., H. 20/21 (Mai/Juni 1935), S. 625–637.

[70] Ibid. S. 630.

[71] Ibid.

[72] Ibid. S. 632.

[73] Ibid. S. 636.

rich Stampfer die unangefochtenen Verfasser ihrer außenpolitischen Leitlinien[74], denen Gregor Bienstock anfangs sekundierte. Geyer kommentierte unter dem Pseudonym Max Klinger mehrere Jahre hindurch in der Parteizeitschrift der Sopade die internationale Entwicklung und prägte entscheidend die sozialdemokratische Haltung zur internationalen Politik der Jahre 1933 bis 1937. Wie Hilferding nahm auch Geyer das deutsch-britische Flottenabkommen zum Anlaß, um erstmals seit Beginn des Exils grundsätzlich zur außenpolitischen Situation Stellung zu nehmen[75]. Weniger moralisierend als Hilferding beurteilte Geyer die englische Politik als „realistisch" und kritisierte eher die deutsche Haltung ob ihrer Anknüpfung an die Tirpitz'sche Flottenpolitik. Doch findet sich auch bei Geyer das Grundvertrauen in Englands Resistenzwillen im Ernstfall. Schon im Dezember 1935 verdeutlichte Geyer, daß er Großbritannien mehr Sympathien entgegenbrachte als Hilferding und stilisierte die britische Demokratie zum Vorbild für ein Deutschland nach Hitler: „Wenn man uns fragt nach drei Jahren Hitlerdespotie: ‚Was soll nach Hitler kommen?' – so antworten wir: ‚Seht nach England! Blickt auf die lebendige Demokratie in England, das ist das Vorbild. Das soll nach Hitler kommen!' "[76]

In seinen außenpolitischen Leitartikeln für den *Neuen Vorwärts* prägte Curt Geyer zwei für die frühe Phase der sozialdemokratischen Europadebatte zentrale Begriffe: die „europäische Demokratie" und das „neue europäische Gleichgewicht".

Im Oktober 1935 skizzierte Geyer erstmals die „europäische Demokratie" als Gegenentwurf gegen den europäischen Faschismus[77]. Darunter verstand er eine auf die britische und französische Demokratie gestützte „antifaschistische Front in Europa"[78], die durch die gesellschaftlichen Faktoren des Internationalen Gewerkschaftsbundes (IGB) und der Sozialistischen Arbeiter-Internationale (SAI) als „Kräfte der europäischen Demokratie"[79] ergänzt werde. In dieser Aufgabenstellung spiegelte sich der für das politische Exil typische Doppelkampf gegen den Faschismus und zugleich für die Demo-

[74] Zunächst leitete Stampfer die Redaktion des *NV*, bis ihn Geyer 1935 ablöste.

[75] KLINGER [d. i. Geyer], Flottenbau und Flottenabkommen, in: NV, Nr. 107 (30. 6. 1935), Beilage, S. 1 f. (1).

[76] [GEYER], Die große Lehre der Demokratie. Europa am Ende des Jahres 1935, in: NV, Nr. 133 (29. 12. 1935), S. 1. Der ungezeichnete Leitartikel stammt mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit von Curt Geyer, der als Chefredakteur des *NV* gewöhnlich an dieser exponierten Stelle die internationale Politik kommentierte. Zudem sprechen Duktus und politische Positionierung für Geyers Urheberschaft. Im Rückblick auf das Jahr 1935 äußert Geyer die Hoffnung auf ein konzertiertes Vorgehen der europäischen Demokratien gegen den Nationalsozialismus; ibid.: „Das englische Volk hat sich um die Sache des Friedens in Europa und um die Sache der Demokratie verdient gemacht."

[77] KLINGER [d. i. Geyer], Völkerbund gegen Faschismus, in: NV, Nr. 123 (20. 10. 1935), S. 1 f.

[78] Ibid. S. 2.

[79] Ibid. S. 1.

kratie wider. Voraussetzung der europäischen Demokratie als kontinentales Zukunftsmodell war Geyer zufolge die unbedingte Treue zur Satzung des Völkerbundes, der zu einem „kraftvollen, zur Verteidigung des Rechts und der kollektiven Sicherheit mit allen Mitteln entschlossenen"[80] Institut weiterentwickelt werden müsse. Denn die Demokratie sei eine geistige Grundhaltung, die als Antithese zu Faschismus und Gewalt das „Lebenselement des Völkerbundes" darstelle[81].

Das zweite Geyer'sche Schlagwort zur Zukunft Europas ist das des neuen europäischen Gleichgewichts. Es entstammt ebenfalls einem Leitartikel im *Neuen Vorwärts*, der im Jahre 1937 unter dem bezeichnenden Titel „Deutschland und Europa" veröffentlicht wurde[82] und greift zurück auf einen politischen Leitbegriff des 18. Jahrhunderts[83]. Einige Jahre später sollte die Forderung nach einem stabilen europäischen Gleichgewicht von Erich Ollenhauer wieder aufgenommen werden[84]. Im Gegensatz zur allgemeinen Kritik an der „Kleinstaaterei" als eines der Hauptübel der europäischen Misere befürwortete Geyer die Gründung europäischer Kleinstaaten, die durch einen reformierten Völkerbund ergänzt werden müsse. Diese „fortschrittliche und demokratische Auffassung des europäischen Gleichgewichts"[85], wie sie seit dem Ende des Ersten Weltkrieges entwickelt worden sei, müsse erhalten bleiben und vor einem Rückfall in „die Machtmetaphysik von Großmächten"[86] bewahrt werden. Auch auf der nationalen Ebene deutscher Außenpolitik sollte sich das neue europäische Gleichgewicht auswirken. Geyer forderte die Aufgabe der traditionellen Machtpolitik in ihrer imperialistisch übersteigerten Version einer territorial expandierenden Weltmachtpolitik: „Damit ist die demokratische Alternative der deutschen Außenpolitik im Einklang mit den Ideen, die der Gleichgewichtsordnung Europas auf der Basis des Völkerbundes zugrunde lagen." Mit diesem programmatischen Beitrag faßte Geyer zusammen, was 1937 im Parteivorstand der Sopade mehrheitsfähige außenpolitische Position war:

– eine europäische Föderation als demokratische Alternative zu Hitlers revisionistischer Lebensraumpolitik,

[80] [GEYER], Die große Lehre der Demokratie, in: NV, Nr. 133 (29. 12. 1935), S. 1.
[81] KLINGER [d. i. Geyer], Völkerbund gegen Faschismus, in: NV, Nr. 123 (20. 10. 1935), S. 1.
[82] DERS., Deutschland und Europa. Grundfragen der deutschen Politik, in: NV, Nr. 220 (29. 8. 1937), Beilage, S. 1 f. (1).
[83] Zum europäischen Gleichgewichtsdenken seit dem 16. Jahrhundert vgl. FENSKE, Gleichgewicht, Balance, in: BRUNNER, CONZE, KOSELLECK (Hg.), Geschichtliche Grundbegriffe, 2, S. 959–996.
[84] Vgl. PV [Ollenhauer] an Sander, 13. 7. 1939, AsD, Bestand PV-Emigration Sopade, M. 111.
[85] KLINGER [d. i. Geyer], Deutschland und Europa, in: NV, Nr. 220 (29. 8. 1937), Beilage, S. 1.
[86] Ibid. S. 2. Geyer verstand diese Machtmetapysik als momentan noch dominierendes historisches Gesetz, dessen Überwindung Voraussetzung sei für „sozialistische Verwirklichungen"; ibid.

– die harmonische Einordnung Deutschlands in das europäische Staatensystem,

– ein starker Völkerbund mit Exekutivvollmachten als Ausdruck und Garant internationalen Rechts und Friedens.

Geyers programmatische Beiträge deckten sich im wesentlichen mit den Erkenntnissen der Weimarer Sozialdemokratie. Das Motiv der europäischen Demokratie beruhte vorrangig auf dem Aspekt der kollektiven Friedenssicherung und der Durchsetzung international gültiger Rechtsmaßstäbe, während für den institutionellen Rahmen weiterhin der Völkerbund in einer modifizierten Verfassung bevorzugt wurde. Der Gesichtspunkt der europäischen Position in der Welt findet sich in Geyers Beitrag hingegen nicht. Die USA wurden kaum erwähnt, vielmehr nahm Geyer einen noch deutlich europazentrierten Standpunkt ein.

Im Gegensatz dazu findet sich bei Hilferding eine stärkere Berücksichtigung der USA und der Sowjetunion bei der Betrachtung der europäischen Frage. Gerade dieses Versäumnis legte er Großbritannien zur Last, nämlich keine effektive Kooperation mit den USA, der Sowjetunion und Frankreich gesucht zu haben[87].

Auffallend ist jedoch, daß die ökonomische Dimension zunächst nahezu unerwähnt blieb. Erst später sollte eine Rückbesinnung auf dieses zweite Europamotiv der Weimarer SPD neben der Friedenssicherung einsetzen. Hierfür sind im wesentlichen drei Gründe zu benennen: Erstens war Geyer, anders als Hilferding, kein Ökonom. Zweitens gab die aktuelle Situation der Jahre 1933 bis 1937 kaum Anlaß, über eine europäische Wirtschaftsföderation nachzudenken. Vielmehr konnte die rasche Überwindung des europäischen Faschismus nur politisch vollbracht werden. Und drittens stand in den ersten Exiljahren die ideologische Positionierung im Beziehungsgeflecht der politischen Emigration im Vordergrund. Insbesondere zur Erreichung dieses letzten Zieles waren die Schlüsselbegriffe der „europäischen Demokratie" und der „kollektiven Friedenssicherung" geeigneter als die gruppenübergreifend unstreitigen Vorteile einer europäischen Wirtschaftsföderation.

*Friedrich Stampfer: „europäische Föderation"* Auch Friedrich Stampfer unterstrich als Mitglied des Parteivorstandes der Sopade die Bedeutung des föderativen Europagedankens als demokratischen Gegenentwurf zu Hitlers Hegemonialpolitik. Stampfer, Mitglied der von Richard Coudenhove-Kalergi gegründeten Paneuropa-Union, zeichnete sich während der gesamten Zeit des Exils mit steigender Vehemenz als aktiver Europäer aus. In einem vermutlich von Stampfer verfaßten scharfsinnigen Artikel aus dem Jahre 1936 formulierte er seine europapolitische Grundanschauung[88]. Dort warnte

[87] Vgl. KERN [d. i. Hilferding], Das Ende der Völkerbundspolitik, in: ZfS, 2. Jg., H. 20/21 (Mai/Juni 1935), S. 634.

[88] [STAMPFER], Sein wahres Ziel. Vorherrschaft in Europa, in: NV, Nr. 144 (15. 3. 1936), S. 1 f. Von den wenigen außenpolitischen Autoren der Sopade, die im *NV* veröffentlich-

er eindringlich vor einer „Organisierung Europas unter dem Diktat Hitlers“[89] und warb für eine „wahrhaft europäische Föderation [...] im Geiste der Demokratie, im Geiste der Gleichheit“, die das Prinzip staatlicher Souveränität hinter den identitätsstiftenden Merkmalen des freien Europas zurücktreten lasse. Identitätsstiftende Wirkung sprach er insbesondere der „Gleichheit der Kulturauffassung, der Freiheit der wirtschaftlichen Beziehungen und der Gemeinsamkeit der Rechtsauffassungen“ zu[90]. Gegen den überhitzten Nationalismus des Hitler-Regimes helfe allein die dauerhafte Einrichtung starker Institutionen des Völkerrechts[91]. Damit griff Stampfer Geyers Idee der europäischen Demokratie auf. Als Chefredakteur der in New York herausgegebenen *Neuen Volkszeitung* sollte er ab 1940/41 wortgewaltig diese europäische Demokratie mit pragmatischen Überlegungen zu einer mehrheitsfähigen Leitfunktion Frankreichs auf dem Weg zu einer zukunftsfähigen Europaföderation verknüpfen[92].

*Gregor Bienstock: „Europa und die Weltpolitik“* Gregor Bienstocks im Jahre 1936 erschienenes Buch „Europa und die Weltpolitik“ stellt ein weiteres wichtiges Werk der frühen Europadebatte in sozialdemokratischen Exilkreisen dar. Im Gegensatz zu wiederholt vorgebrachten Behauptungen[93] hatte diese Veröffentlichung ihren Ursprung aber keineswegs im Zentrum der Sozialdemokratie. Vielmehr machte sich die Sopade einige hellsichtige Schlußfolgerungen Bienstocks erst nach 1940 zu eigen, ohne sich dabei auf Bienstock zu berufen.

Aus einer schonungslosen Selbstkritik und der frühzeitigen Erkenntnis heraus, daß „Europa [...] heute nicht nur an seiner eigenen Zerrissenheit zugrunde [gehe], sondern auch an seiner weltpolitischen Isolierung“[94], bemühte sich Bienstock von Beginn an um eine globale Sichtweise. Das „System Europa“ sei wechselseitig verwoben mit anderen politischen Systemen der Welt, etwa dem des mittleren Orients oder dem „pazifischen Ozeankreis“[95], insbesondere aber der Einflußzone „der Europäer am anderen Ufer

ten – Geyer, Stampfer, Hilferding – kommt nach Stil und Duktus des Artikels nur Stampfer als Verfasser in Betracht. Übereinstimmend BEHRING, Demokratische Außenpolitik 1999, S. 382, ohne Nennung von Gründen.

[89] [STAMPFER], Sein wahres Ziel, in: NV, Nr. 144 (15. 3. 1936), S. 2.

[90] Ibid.

[91] Ibid.

[92] Insbesondere STAMPFER, Die anderen Drei. Europas Rettung: Eine europäische Föderation – Die Mission Frankreichs, in: NVZ, 12. Jg., Nr. 49 (4. 12. 1943), S. 1; DERS., Für die Vereinigten Staaten von Europa: Vive la France!, in: NVZ, 13. Jg., Nr. 2 (8. 1. 1944), S. 1; DERS., Gruß nach Frankreich. Die europäische Mission der französischen Sozialisten, in: NVZ, 13. Jg., Nr. 34 (19. 8. 1944), S. 1, sowie DERS., Gute Nachbar-Politik in Europa: De Gaulle am Kreuzweg, in: NVZ, 13. Jg., Nr. 44 (28. 10. 1944), S. 1.

[93] So z. B. VOIGT (Hg.), Friedenssicherung 1988, S. 34.

[94] BIENSTOCK, Kontinentalpolitik oder Weltpolitik?, in: ZfS, 2. Jg., H. 22/23 (Juli/August 1935), S. 697–703 (702).

[95] BIENSTOCK, Europa und die Weltpolitik 1936, S. 41.

des Atlantik"[96]. Aus dieser globalen Interdependenz der politischen Systeme folgerte Bienstock, daß „heute kaum noch von einer isolierten europäischen Politik" geredet werden könne[97]. Vielmehr könne man „keine konstruktive europäische Politik durchführen [...], ohne den amerikanischen Faktor in die Rechnung einzustellen"[98]. Und auch die auf den Kontinent beschränkte europäische Politik werde wesentlich beeinflußt durch die „am wenigsten europäisch orientierte[n] Staate[n] Europas" – Großbritannien und die Sowjetunion[99]. Damit rückte Bienstock auf den ersten Blick den geographischen Umrissen des paneuropäischen Modells näher. Doch zog er nicht Coudenhove-Kalergis Schluß, Rußland und England von Europa fernzuhalten, sondern plädierte gerade wegen des weltpolitischen Gewichts dieser beiden Machtfaktoren für deren europäische Einbindung. Dabei präzisierte er einige Axiome sozialistischer Weltsicht, die selten in solcher Klarheit ausgesprochen wurden und doch von tragender Bedeutung für das Verständnis sozialdemokratischer und sozialistischer Europadebatten sind: „Die sozialistische Bewegung, die doch im wesentlichen eine europäische Angelegenheit ist, kann besonders in ihrer heutigen Lage keine Verantwortung für die Gestaltung der Weltpolitik übernehmen."[100] Die europäischen Sozialisten müßten bereit sein, sich allen feindlichen Kräften entgegenzuwerfen.

Der Sozialismus als wesentlich europäisches Phänomen entsprach dem Verständnis des Völkerbundes als wesentlich europäischer Institution. Bienstock bot resümierend eine der seltenen quellengestützten Definitionen des Begriffs „Europa", auf den die sozialistischen Ideale projiziert werden und der auf diese Weise das politische Fernziel einer „europäischen Föderation unter sozialistischer Führung"[101] anschaulich umschreibt: „Für uns Europäer, ich meine natürlich Europäer nicht im geographischen Sinne, sondern umfasse mit diesem Begriff jene nicht sehr zahlreiche, aber auch nicht unbedeutende Schicht von Menschen, für die die geistige Kultur höher steht als die materielle, für die ‚Europa' gleichbedeutend ist mit politischer Freiheit, sozialer Gerechtigkeit und alten Kulturtraditionen, für uns, Demokraten und Sozialisten, ist der Krieg überhaupt kein Ausweg."[102]

[96] Ibid. S. 79.
[97] Ibid. S. 41.
[98] Ibid. S. 80. Ähnlich hatte BIENSTOCK, Kontinentalpolitik oder Weltpolitik?, in: ZfS, 2. Jg., H. 22/23 (Juli/August 1935), S. 701 argumentiert: „Alles, was man auf dem Kontinent England vorwirft, könnte London mit ebensoviel und mehr Berechtigung Washington vorwerfen. England könnte mit Amerikas Hilfe für die Befriedung Europas und der Welt alles tun, ohne Amerika gar nichts oder jedenfalls sehr wenig."
[99] BIENSTOCK, Europa und die Weltpolitik 1936, S. 39.
[100] Ibid. S. 78.
[101] BIENSTOCK, Kontinentalpolitik oder Weltpolitik?, in: ZfS, 2. Jg., H. 22/23 (Juli/August 1935), S. 700.
[102] BIENSTOCK, Europa und die Weltpolitik 1936, S. 79.

### *1.3. Revolutionäre Sozialisten Deutschlands (RSD)*

Ungeachtet der verhältnismäßig geringen Zahl der politisch aktiven Emigranten[103] fächert sich die sozialdemokratische Emigration in verschiedene Gruppen, deren Anzahl mit der Dauer des Exils stetig zunahm und die mehrere, häufig konkurrierende Denkmodelle entwickelten. Hilferding, Geyer und Stampfer repräsentieren dabei lediglich den Exilvorstand der SPD bis zu dessen räumlicher Trennung nach der Besetzung Frankreichs durch die deutsche Wehrmacht. Ein wesentlicher Grund für die im Laufe des Exils zu beobachtende Zersplitterung der Sozialdemokratie in Gruppen und Grüppchen ist in dem Individualisierungsprozeß zu sehen, dem insbesondere die exilierten Parteiorganisationen ausgesetzt waren. Ohne den Rückhalt breiter Wählerschichten reduzierte sich der Einflußbereich der Parteien auf die verhältnismäßig wenigen emigrierten Persönlichkeiten, die sich weiterhin am politischen Leben beteiligten. Dadurch erfuhr der politische Diskurs zwangsläufig eine eher theoretische Orientierung, denn die Zielsetzung war nun weniger die Beeinflussung und Mobilisierung der Arbeitermassen als vielmehr die intellektuelle Überzeugungskraft von Argument und Gegenargument. Durch die Konzentration auf wenige selbständig denkende Köpfe mit jeweils eigenen Ideen, politischen Grundüberzeugungen und persönlichen Motiven wurde der Blick für individuelle Nuancen und Einzelfallbetrachtungen geschärft. Dieses soziale Phänomen des Individualisierungsprozesses gewann an Bedeutung, je länger die organisatorische und biographische Ausnahmesituation des Exils mit von Grund auf ausgewechselten Zielgruppen anhielt. Individualisten wie Gerhard Kreyssig taten sich ohnehin schwer, ihren politischen Freiraum zugunsten einer bestimmten parteipolitischen Richtung einzuengen[104].

Erste Abspaltungen vom Exilvorstand der SPD gehen auf das erste Jahr des Exils zurück, als die Gruppe ORG/Neu Beginnen unter Beteiligung

[103] Der emigrierte Sozialdemokrat Karl Höltermann schildert in einem Brief an „Lieber T." vom 4. 6. 1937, AsD, NL Höltermann, M. 1 die Doppelmoral und das mangelnde Engagement: „Wie viele kommen aus dem Reich hierher und ‚lehnen selbstverständlich die Nazi ab' – aber der Gedanke, daß Verantwortlichkeit für das gesamte Tun des Reiches nur durch erfolgreiche Gegentat abgewendet werden kann, kommt nur ganz wenigen Leuten. Diese guten Deutschen machen immer irgend jemand verantwortlich, nie sich und ihre eigene Untätigkeit. Die ganz Schlauen helfen sich in der Regel noch immer mit dem saudummen Gequatsche über die ‚Fehler der Sozialdemokraten und Gewerkschaften'. Am meisten tun es Leute, die entweder selbst nie einen Finger gerührt haben oder gar selbst stets zu den Gegnern gehörten."

[104] In einem Antwortschreiben an Wilhelm Sander vom 4. 5. 1945, AsD, NL Kreyssig, Mappe 60 fand Kreyssig für seine abstinente Haltung klare Worte: „Es wird Dir auch nicht entgangen sein, daß ich seit rund zwei Jahren kaum eine der Zusammenkünfte besucht habe. Aus mehreren Gründen [...] war ich schon in Frankreich dagegen, Emigrantenvereine zu organisieren – nicht zuletzt, weil positive Arbeit m. M. besser ohne sie geleistet werden kann. Ich betrachte mich deshalb auch an keine Beschlüsse gebunden, die der ‚Londoner Ausschuß der SPD' faßt."

namhafter Sopade-Grenzsekretäre wie Waldemar von Knoeringen, Erwin Schoettle und Franz Bögler sowie des Vorstandsmitglieds Paul Hertz schrittweise ihren Anspruch als eigenständige Exilgruppe offenlegte. Häufig versammelten sozialdemokratische Persönlichkeiten gleichgesinnte Genossen um sich und dokumentierten so ihre Opposition zu einzelnen Überzeugungen oder Reaktionen des Sopade-Parteivorstandes. So entstand in Frankreich 1938 die Landesgruppe deutscher Sozialdemokraten in Frankreich um Max Braun und in Großbritannien eine Gruppe von Parlamentariern um den sozialdemokratischen Politiker Karl Höltermann. Die Zersplitterung der exilierten Sozialdemokratie erreichte schließlich einen Höhepunkt, als im Rahmen der Fight for Freedom-Affäre Anfang 1942 eine der Schlüsselfiguren der Sopade, Curt Geyer, mit der Partei brach[105] und 1945 die in die USA geflüchteten Vorstandsmitglieder Wilhelm Sollmann, Marie Juchacz und Georg Dietrich unter Verweis auf das zeitlich überholte demokratische Mandat aus dem Vorstand ausschieden[106].

In der Folge des Individualisierungsprozesses und der damit einhergehenden Zersplitterung des sozialistischen Exils stieß der Parteivorstand der SPD von Anfang an auf erhebliche Akzeptanzschwierigkeiten. Dies umso mehr, als er sich selbst als organisatorischer und programmatischer „Treuhänder" der deutschen Sozialdemokratie mit Alleinvertretungsanspruch betrachtete[107]. Gerade dieses Selbstverständnis barg hinreichend Konfliktpotential für die Auseinandersetzungen zwischen der Sopade und anderen sozialdemokratischen und linkssozialistischen Gruppen des politischen Exils. Daraus resultierte eine deutliche Konzentration auf die Verteidigung des Alleinvertretungsanspruchs – sowohl gegenüber den abgespaltenen Gruppierungen als auch gegenüber der KPD, mit der die Sozialdemokratie traditionell um die Führungsposition in der Arbeiterschaft rang. Im Kern ging es um die Daseinsberechtigung der Sopade und die Legitimation ihres politischen Mandats im Exil. Wie schwierig diese Aufgabe war, zeigt ein Brief des Vorstandsmitglieds Wilhelm Sollmann an das Vorstandsmitglied Paul Hertz vom November 1937, in dem Sollmann der Sopade-Prominenz jegliche intellektuelle Führungskompetenz absprach: „Keiner der im Parteivorstand tätigen Personen gestehe ich in Zukunft das Recht zu, mit einem politischen Urteil aufzutreten, das Autorität beansprucht. Breitscheids Bankrott ist vollständig. Hilferding ist jammervoll passiv. Seine Artikel sind provinziell und unbeachtlich. Die anderen? Schwamm drüber!"[108] Sollmann, der nie zu Vorstandssitzungen hinzugezogen wurde, kommt zu einer vernichtenden Einschätzung:

[105] Vgl. die Dokumentation des Konfliktes bei EIBER, Union 1998, Dok. Nr. 58 ff.
[106] Gemeinsames Schreiben von Aufhäuser, Dietrich, Hertz und Juchacz an Vogel, in: MATTHIAS (Hg.), Mit dem Gesicht nach Deutschland 1968, Dok. Nr. 175, S. 698–700.
[107] Vgl. Ollenhauers Ausführungen in Auseinandersetzung mit Aufhäuser in der Vorstandssitzung vom 22. 6. 1934, in: BUCHHOLZ, ROTHER (Bearb.), Parteivorstand 1995, Dok. Nr. 15.
[108] Sollmann an Hertz, 4. 11. 1937, IISG, NL Hertz, S7/8, Mappe B, Nr. 37.

„Traurig, wie das Erbe der großartigsten politischen Bewegung, die es je in der Welt gegeben hat, von kleinen Seelen verwüstet wird."[109] Mißtrauen und Geringschätzung prägte auch das Urteil der Sopade über die konkurrierenden sozialistischen Exilgruppen. So ärgerte sich Erich Ollenhauer in einer Gesprächsnotiz über die „rein kommunistische[n] Fraktionskampfmanieren und Tschekkamethoden" der Gruppe Neu Beginnen und forderte seinen Gesprächspartner zur Spionage und Denunziation auf[110].

Auch die Revolutionären Sozialisten Deutschlands (RSD) gingen aus einer Abspaltung von der Sozialdemokratie hervor, sollten jedoch schon Mitte 1937 wieder zur Sopade zurückkehren. In der ideologischen Auseinandersetzung mit dem Prager Manifest der Sopade hatten sich die Vorstandsmitglieder Siegfried Aufhäuser und Karl Böchel vehement gegen das ihrer Ansicht nach nicht hinreichend revolutionäre Manifest ausgesprochen und ihre grundsätzliche Kritik in der *Zeitschrift für Sozialismus* im Herbst 1934 veröffentlicht[111]. Damit war der „Arbeitskreis Revolutionärer Sozialisten" geboren, der sich als „überparteiliche Arbeitsgemeinschaft" verstand und sich primär der Schaffung einer sozialistischen Einheitsfront widmen wollte. Kennzeichnend für die „Plattform" der RSD ist die Befürwortung eines revolutionären Sozialismus, der auf die Zwischenetappe einer Beteiligung an bürgerlichen Demokratien verzichtet und im Gegensatz zur Mehrheit der Sopade die Klassendiktatur des Proletariats als Endziel definiert[112]. Den rein intellektuellen Widerstand ablehnend, propagierten die Revolutionären Sozialisten den Widerstand des Exils als aktiven Machtkampf gegen die Reaktion: „Nicht indem wir die Paragraphen der neuen Verfassung ausklügeln, sondern indem wir die Macht der Reaktion brechen und die Macht der arbeitenden Klassen stabilisieren, werden wir die neue Freiheit sichern."[113]

[109] Ibid.

[110] Ollenhauer, Gesprächsnotiz über eine Unterhaltung mit Fuchs vom 23. 7. 1938, ANF, F[7] 14716. Der Verdacht des Parteivorstands, bei der Gruppe Neu Beginnen handle es sich um ein Trojanisches Pferd der Kommunisten oder zumindest um die Demontage des Exilvorstandes betreibende Linkssozialisten, wird in Ollenhauers weiteren Aufzeichnungen sichtbar, ibid.: „Fuchs erklärt sich bereit, die ihm aus eigenem Erlebnis bekannten Tatsachen und Personalkenntnisse niederzulegen, damit sie einem beschränkten Kreis wie dem P. V. [Parteivorstand, B. S.] zur Verfügung stehen."

[111] Arbeitskreis Revolutionärer Sozialisten, Der Weg zum sozialistischen Deutschland. Eine Plattform für die Einheitsfront, in: ZfS, 1. Jg., H. 12/13 (September/Oktober 1934), S. 375–409.

[112] SCHIFRIN, Die Konsequenzen des revolutionären Programms, in: ZfS, 1. Jg., Nr. 9 (Juni 1934), S. 281–293 (283). Hinsichtlich der Absage an das sozialdemokratische Dogma der historischen Reihenfolge stimmte Schifrin ausdrücklich dem sozialistisch revolutionären Programm des „Prager Manifestes" vom Januar 1934 zu. Bemerkenswert ist auch die Distanzierung der RSD von dem sozialistischen Mythos der „Massen gegen Hitler" und das ungeschminkte Eingeständnis, daß die deutsche Arbeiterschaft zur „Reservearmee der faschistisch-kapitalistischen Reaktion" geworden sei; vgl. Arbeitskreis Revolutionärer Sozialisten, Der Weg zum sozialistischen Deutschland, in: ZfS, 1. Jg., H. 12/13 (September/Oktober 1934), S. 376.

[113] Kommt nach Hitler das Chaos?, in: SozAk (Januar 1936). Der Artikel setzt sich kri-

Auf dieser ideologischen Basis entwickelte der altlinke Theoretiker Alexander Schifrin, Mitverfasser der RSD-Plattform von 1934, die europäische Vision der Revolutionären Sozialisten und veröffentlichte in der *Sozialistischen Aktion* einige brillante und weitblickende Analysen der politischen Situation in Europa. In zahlreichen Beiträgen setzte sich Schifrin bis zu seiner Emigration in die USA – wo er sich dann auf militärpolitische Analysen konzentrieren sollte – mit der Gefahr einer „Faschisierung Mitteleuropas" auseinander und sah darin einen Meilenstein auf dem Weg zur „Entfachung eines europäischen Krieges"[114]. Diese frühe Erkenntnis präzisierte er in seinem 1938 erschienenen Werk „Sozialismus, Krieg und Europa": „Europa hat die Wahl zwischen Krieg und Frieden. [...] Der Frieden wird die Lösungen langsamer bringen, sie werden widerspruchsvoller sein, aber nicht durch den Blutpreis von Millionen Menschenleben bezahlt werden."[115] Hauptmotiv des vormaligen Mitarbeiters von Hilferding war die Verknüpfung des Fernzieles einer sozialistischen Revolution mit dem politischen Nahziel der Kriegsverhinderung und Friedenssicherung. In seinen europapolitischen Schriften widmete sich Schifrin vor allem zwei Aspekten: der Garantenfunktion einer deutschen sozialistischen Revolution für den europäischen Frieden und der Bildung einer „europäischen Volksfront" zur Bekämpfung des Faschismus.

*Alexander Schifrin: die deutsche Revolution als Garant des europäischen Friedens* Mit einem Artikel für die Zeitschrift *Sozialistische Revolution*, der Vorläuferin der *Zeitschrift für Sozialismus*, meldete sich Schifrin schon im Oktober 1933 zur Frage der europäischen Zukunft zu Wort und eröffnete damit die allgemeine Exildebatte um eine Neuordnung Europas[116]. Er verfocht das Ideal eines sozialistischen Europas, das weder aus einer einseitigen Westorientierung noch aus einer Anlehnung an die Sowjetunion geboren werden könne. Vielmehr müsse das neue Europa aus seiner Mitte heraus entstehen. Dieser europäische Entwicklungsprozeß gliederte sich für Schifrin in drei revolutionäre Phasen. Zunächst müsse im Herzen Europas eine doppelte Revolution stattfinden: erst eine antifaschistische Revolution, die das nationalsozialistische Regime zu beseitigen habe, und anschließend eine proletarische Revolution, um dem Sozialismus in Deutschland zum Durchbruch zu

tisch mit den Bemühungen des Lutetia-Kreises um einen Verfassungsentwurf für Deutschland auseinander, denen zwei Vorschläge von Georg Bernhard und Leopold Schwarzschild zugrunde lagen.

[114] SCHIFRIN, Hitler-Deutschland und Europa, in: Sozialistische Revolution. Monatsschrift für die Probleme des Sozialismus (später: ZfS), 1. Jg., Nr. 1 (Oktober 1933), S. 24–30 (25).

[115] WERNER [d. i. Schifrin], Sozialismus, Krieg und Europa 1938, S. 87.

[116] SCHIFRIN, Hitler-Deutschland und Europa, in: Sozialistische Revolution, 1. Jg., Nr. 1 (Oktober 1933), S. 24–30, passim. Leider geht Behring in seiner Studie über die außenpolitischen Vorstellungen deutscher Sozialdemokraten im Exil überhaupt nicht auf Schifrins Beiträge ein.

verhelfen. Mit der proletarischen Revolution in Deutschland werde zwangsläufig eine dritte Phase eingeleitet, die den Triumphzug des Sozialismus nun auf der europäischen Ebene fortsetzen werde. Dabei erkannte der revolutionär-sozialistische Theoretiker eine Interdependenz zwischen der nationalen und der europäischen Handlungsebene. Europa sei auf ein sozialistisches und damit per se friedliches Deutschland angewiesen, zugleich aber könne die deutsche Revolution auch nur „als Garant des europäischen Friedens siegen"[117].

In Schifrins Vorstellung des zukünftigen Europas spiegelt sich der allgemeine sozialistische Traum eines sozialistischen Deutschlands als Motor eines sozialistischen Europas wider. Umstritten war lediglich, ob dieses neue Europa von vornherein sozialistisch zu sein habe oder übergangsweise eine Kooperation mit bürgerlich-kapitalistischen Mächten vertretbar sei. Für die Revolutionären Sozialisten Deutschlands kam eine Zusammenarbeit mit reaktionären Kräften überwiegend nicht in Betracht. Ihr europapolitischer Vordenker Schifrin aber orientierte sich eher an den tatsächlichen Gegebenheiten. Zwar hielt auch er selbst nach der Wiedereingliederung der RSD in die Sopade im Jahre 1937 an der Grundauffassung des revolutionären Sozialismus fest[118], doch betrachtete er auf der europäischen Ebene eine zeitweilige „Rückendeckung [des sozialistischen Deutschlands] durch den demokratischen Westen" für unvermeidlich[119]. Damit redete Schifrin keineswegs einer Westorientierung das Wort, sondern betonte lediglich die strategische Notwendigkeit einer temporären Kooperation mit nichtsozialistischen Staaten, um eine letztlich unabhängige sozialistische Umwälzung aus der europäischen Mitte heraus zu ermöglichen. Auch eine enge Anlehnung an die UdSSR lehnte er mit deutlicheren Worten als andere Revolutionäre Sozialisten ab[120], wenngleich er in der stetigen Zusammenarbeit mit dem sozialistischen Vorzeigestaat einen wichtigen Parameter sozialistischer Außenpolitik sah[121]. Entscheidend für Deutschland und Europa sei Deutschlands „große europäische Sendung als Vermittlerin zwischen Ost und West"[122]. Schifrin kam zu dem Schluß, daß Mitteleuropa zwar grundsätzlich der „vorbe-

[117] Ibid. S. 30.

[118] Vgl. WERNER [d. i. Schifrin], Sozialismus, Krieg und Europa 1938, passim.

[119] SCHIFRIN, Hitler-Deutschland und Europa, in: Sozialistische Revolution, 1. Jg., Nr. 1 (Oktober 1933), S. 29.

[120] DERS., Konsequenzen, in: ZfS, 1. Jg., Nr. 9 (Juni 1934), S. 288: Ablehnung der bolschewistischen Diktatur und des Sowjetsystems als „Pseudonym einer Diktatur der Partei über das Proletariat, einer Diktatur des Apparats über die Partei und einer Diktatur des ‚Führers' über den Apparat".

[121] Vgl. ibid. S. 290f.

[122] WERNER [d. i. Schifrin], Sozialismus, Krieg und Europa 1938, S. 128. Schifrin greift hier auf eine Formel des sudetendeutschen Sozialdemokraten Wenzel JAKSCH zurück, der im Jahre 1936 ein Buch mit dem Titel „Volk und Arbeiter. Deutschlands europäische Sendung" veröffentlicht hatte. Dort verfocht Jaksch allerdings im Gegensatz zu Schifrins Ansatz ein Großdeutschland unter Einschluß Österreichs und des Sudetenlandes, das als friedlicher Koloß Europa aus seiner Mitte heraus regieren solle.

stimmte Partner für alle zwischenregionalen Ententen innerhalb einer europäischen Föderation" sei[123], die momentane Situation jedoch erfordere, daß Frankreich die europäische Aufgabe kommissarisch übernehme[124]. Für den Augenblick sei Mitteleuropa ein fundamentaler „Sprengkörper"[125], der vorläufig „die große Zukunft des deutschen Sozialismus" überlagere[126].

*Europäische Volksfront zur Bekämpfung des Faschismus* Aus der Verknüpfung der deutschen Frage mit der europäischen Frage unter dem gemeinsamen Dach der sozialistischen Revolutionsideologie folgte für Schifrin denknotwendig eine weitere Aufgabe: die Schaffung einer „europäischen Volksfront"[127], um dem Faschismus wirksam entgegentreten zu können. Kenntnisreich hatte er schon Ende 1933 die Gefahren eines „faschistisch-revisionistischen Staatenblocks"[128] analysiert. Die implizite europäische Krise berge zwei Hauptstoßrichtungen der deutschen Außenpolitik: gegen die Sowjetunion und gegen Frankreich. Schifrin war einer der wenigen Emigranten, die zu einem solch frühen Zeitpunkt schon die ideologischen Komponenten des Nationalsozialismus erkannten, und ordnete sie überzeugend den beiden Hauptstoßrichtungen zu. Die Spitze gegen die Sowjetunion entspreche der Lebensraumideologie und der „antikommunistische[n] Sendung"[129], während Frankreich als Sinnbild der Erbfeindschaft gelte und für die verachteten Ideen der Französischen Revolution einzustehen habe. Damit hatte Schifrin die Grundkonstellation des deutschen Zweifrontenkrieges vorhergesagt und in ihrer ideologischen Dimension durchschaut. Den übrigen Staaten des Kontinents zwinge die Ausweitung des europäischen Faschismus unweigerlich einen „Kampf um Europa"[130] auf, der unbedingt als ein Kampf um den europäischen Frieden geführt werden müsse mit dem Ziel, einen Krieg möglichst zu vermeiden. Seiner Grundhaltung verlieh Schifrin mit der Losung „Liquidierung des Krieges durch die Revolution"[131] eine pazifistische Prägung, die er jedoch durch die bedingte Befürwortung

123 Ibid. S. 149.
124 SCHIFRIN, Frankreich und Europa, in: Die Neue Weltbühne, XXXIV. Jg., Nr. 3 (20. 1. 1938), S. 68–72 (71).
125 WERNER [d. i. A. Schifrin], Sozialismus, Krieg und Europa 1938, S. 149.
126 SCHIFRIN, Frankreich und Europa, in: Die Neue Weltbühne, XXXIV. Jg., Nr. 3 (20. 1. 1938), S. 71.
127 WERNER [d. i. A. Schifrin], Sozialismus, Krieg und Europa 1938, S. 111.
128 SCHIFRIN, Hitler-Deutschland und Europa, in: Sozialistische Revolution, 1. Jg., Nr. 1 (Oktober 1933), S. 25.
129 Ibid. S. 26.
130 Ibid.
131 Ibid. S. 29. Zur grundsätzlichen Beurteilung von Krieg als Mittel der Politik im sozialistischen Denken und die harten Auseinandersetzungen um die Stellung zum Krieg in jener Zeit vgl. LANGKAU-ALEX, „Der Kampf für die Demokratie und den Frieden" 1992.

des Krieges zur Durchsetzung der antifaschistischen Revolution relativierte[132].

Um den Faschismus wirksam bekämpfen zu können, forderte Schifrin einen sozialistischen Gegenentwurf zum faschistischen Europa. Er ging davon aus, daß Ausgangspunkt aller diesbezüglichen Überlegungen „die sozialistische und die europäische Lösung der deutschen Frage"[133] zu sein habe. Konkret schlug Schifrin vor, der von ihm geforderten „europäischen Volksfront" auf einer sozialistischen Entente Frankreichs und Großbritanniens mit der Sowjetunion aufzubauen[134], die in engster Kooperation mit den „Kräfte[n] der mitteleuropäischen und der italienischen Revolution [sowie den] Arbeiter- und Bauernbewegungen Ost- und Südosteuropas"[135] zusammenarbeiten müsse. Innerhalb der zentralen Entente müsse Frankreich als „Organisator Europas" fungieren, während Großbritannien und die UdSSR als geographisch „periphere Großmächte" nur eingeschränkt Einfluß ausüben könnten[136]. Gerade mit Frankreich aber müsse sich ein sozialistisches Deutschland um eine „bleibende Verständigung [...] im Rahmen europäischer Einigungspolitik"[137] bemühen. Schifrin war erkennbar unschlüssig über die Zusammensetzung des europäischen Machtzentrums. Forderte er einerseits die erwähnte Entente zwischen London, Paris und Moskau, so setzte er sich andererseits für die deutsch-französische und die deutsch-russische Kooperation als den beiden Hauptpfeilern Europas ein und sah an wieder anderer Stelle die Zukunft Europas in einem Vierergespann aus dem demokratischen Sozialismus des Westens, der Sowjetunion, der mitteleuropäischen und italienischen Revolution sowie den Arbeiter- und Bauernbewegungen Ost- und Südosteuropas[138].

Alexander Schifrin, der sich zwar an exponierter Stelle, neben Aufhäuser aber nahezu als einziger Revolutionärer Sozialist am frühen Europadiskurs beteiligte, resümierte 1938: „Die sozialistische Organisation Europas wird nur eine gesamteuropäische sozialistische Föderation sein können: nicht eine beschränkte Regelung für Westeuropa und nicht das abgekapselte Kontinentaleuropa. Die Verbindung mit England wird dem sozialistischen Kontinen-

132 SCHIFRIN, Hitler-Deutschland und Europa, in: Sozialistische Revolution, 1. Jg., Nr. 1 (Oktober 1933), S. 29: „Der Krieg kann dem Sturz der faschistischen Diktatur in Deutschland vorangehen, aber er darf nicht dem Sturz der Diktatur folgen."

133 SCHIFRIN, Konsequenzen, in: ZfS, 1. Jg., Nr. 9 (Juni 1934), S. 291. Vier Jahre später prophezeite Schifrin: „Nach dem Zusammenbruch des Nationalsozialismus wird diese [deutsche] Frage in einer Krise ohnegleichen aufgerollt werden, und ohne ihre Lösung wird es keine Lösung des europäischen Problems geben."; WERNER [d. i. Schifrin], Sozialismus, Krieg und Europa 1938, S. 117.

134 WERNER [d. i. Schifrin], ibid. S. 108–110.

135 Ibid. S. 82.

136 SCHIFRIN, Frankreich und Europa, in: Die Neue Weltbühne, XXXIV. Jg., Nr. 3 (20. 1. 1938), S. 68.

137 DERS., Konsequenzen, in: ZfS, 1. Jg., Nr. 9 (Juni 1934), S. 291.

138 WERNER [d. i. Schifrin], Sozialismus, Krieg und Europa 1938, S. 82.

taleuropa den Zugang zu vier Kontinenten öffnen, die Verbindung mit der Sowjetunion den Weg ins Innere Asiens. Innerhalb Kontinentaleuropas wird das sozialistische Deutschland, das zugleich mit Frankreich, Zwischeneuropa und der Sowjetunion zusammenarbeitet, das organische Ineinandergreifen der entscheidenden Zonen der europäischen Föderation sichern."[139] Damit distanzierte sich der revolutionäre Sozialist deutlich von der Paneuropa-Idee Coudenhove-Kalergis, der sowohl Großbritannien als auch die Sowjetunion von einer europäischen Föderation auszuschließen beabsichtigte und jedenfalls hinsichtlich des antikommunistischen Motivs auf die tatkräftige Unterstützung des Sozialdemokraten Friedrich Stampfer zählen konnte.

*Siegfried Aufhäuser: „Donau-Locarno"* Aus dem Kreise der Revolutionären Sozialisten wurden die europapolitischen Ausführungen Schifrins durch Siegfried Aufhäuser um eine wirtschaftliche Komponente ergänzt. Aufhäuser warnte im Juni 1936 vor einer nationalsozialistischen Großraumwirtschaft in Südosteuropa und stellte als Gegenentwurf ein „Donau-Locarno" zur Diskussion[140]. Dabei dachte der 1935 aus der Sopade ausgeschlossene Gewerkschaftsfunktionär an eine wirtschaftliche Föderation der Donauländer Tschechoslowakei, Jugoslawien, Rumänien, Österreich, Ungarn „und vielleicht auch Bulgarien"[141]. Nur auf dem Wege einer Wirtschaftsgemeinschaft könne die drohende Abhängigkeit des Donauraumes von der deutschen Wirtschaft verhindert und die dahinter stehenden „politischen Gefahren für den europäischen Frieden" abgewehrt werden[142].

In den Jahren der Existenz des Arbeitskreises Revolutionärer Sozialisten zwischen 1933 und 1937 findet sich kein einziger detaillierter Plan der RSD zum Neuaufbau Europas. Vielmehr verstanden die beiden Vordenker Siegfried Aufhäuser und vor allem Alexander Schifrin Europa primär als Kontinentaldefinition, als einen geographischen und geostrategischen Begriff für ein Territorium, das sich dem wachsenden Einfluß des Faschismus entgegenstellen müsse. Dennoch darf nicht übersehen werden, daß die Utopie einer sozialistischen Revolution auf der nationalen, europäischen und schließlich globalen Ebene sowie der damit verbundenen Hoffnung auf eine Föderation aller sozialistischen Länder die Grundlage des revolutionär-sozialistischen Europabildes als Teilelement notwendig in sich barg[143]. Doch bleibt unverändert festzuhalten, daß der Kampf gegen Hitler in diesen ersten Exiljahren

[139] Ibid. S. 156.
[140] AUFHÄUSER, Mitteleuropa, in: Die Neue Weltbühne, XXXII. Jg., Nr. 26 (25. 6. 1936), S. 797–801 (798).
[141] Ibid. S. 798.
[142] Ibid. S. 799.
[143] Insofern kann die Aussage BEHRINGS, Demokratische Außenpolitik 1999, S. 444, Anm. 7 zur Gruppe Neu Beginnen, schon 1934 hätten wesentliche Bestandteile der spezifisch linkssozialistischen Europavorstellungen „gleichsam in der Luft" gelegen, auf die Revolutionären Sozialisten ausgedehnt werden.

ganz im Vordergrund stand – ein Kampf, dessen Erfolgschancen weniger in einer institutionell verankerten europäischen Einigung, sondern eher in einzelnen oder konzertierten Aktionen gegen das Hitler-Regime gesehen wurden. Folglich konzentrierten sich die Europabeiträge der RSD auf den antifaschistischen Kampf als Hauptmotiv für ein geeintes Europa. Überlegungen zur künftigen Position Europas im weltpolitischen und weltwirtschaftlichen Gesamtgefüge kamen dabei ebenso selten zur Sprache wie Äußerungen zur Institutionalisierung einer europäischen Föderation, ihres Kompetenzenkataloges oder der inneren Struktur. Bis 1938 sahen sich die Vertreter der linken Sozialdemokratie kaum veranlaßt, solche Fragen eingehend zu erörtern. Europa wurde nicht als eigenständiges Ziel des exilierten Widerstandes betrachtet, sondern trat als Motiv völlig hinter die Überwindung des europäischen Faschismus und die sozialistische Revolution zurück. Ein konzeptionelles Verständnis der Widerstandsarbeit als Forum zukunftsorientierter Neuordnungsplanungen sollte erst durch das Münchner Abkommen und den Hitler-Stalin-Pakt die entscheidenden Impulse erhalten.

### *1.4. Sozialistische Arbeiter-Partei (SAP)*

Unter den linkssozialistischen Gruppierungen des Exils verfolgte die Sozialistische Arbeiter-Partei Deutschlands (SAPD) die dogmatisch unnachgiebigste Linie. Die nach dem Scheitern der Koalitionsregierung unter Hermann Müller 1931 von der SPD abgespaltene Organisation zählte zu ihren Mitgliedern Persönlichkeiten des späteren politischen Exils wie Willy Brandt, August und Irmgard Enderle, Stefan Szende sowie die ehemaligen KPO-Mitglieder Paul Frölich und Jacob Walcher. Frölich und Walcher errichteten nach 1933 in Paris die politisch äußerst aktive „Auslands-Gruppe P", die sich bis Kriegsbeginn bemühte, den innerdeutschen Widerstand anzuleiten und aus dem Ausland zu koordinieren. Infolge einer parteiinternen Grundsatzdiskussion über die parteipolitischen und dogmatischen Konsequenzen des deutsch-sowjetischen Nichtangriffspaktes vom 23. August 1939, der das Selbstverständnis der SAP erschütterte, zerfiel die Partei in mehrere Grüppchen Intellektueller[144]. In Skandinavien trafen sich Brandt, Szende und das Ehepaar Enderle, während Walcher und Frölich nach der deutschen Besetzung Frankreichs in die USA weiterflüchteten. Der politischen Arbeit der nach Großbritannien geflüchteten SAP-Mitglieder kommt für den Europadiskurs nur geringe Bedeutung zu. Dies gilt erst recht seit dem Eintritt in die 1941 gegründete Union deutscher sozialistischer Organisationen in Großbritannien. Dagegen gelang es dem 1933 aus der SAP ausgetretenen August Siemsen, mit der Bewegung „Das Andere Deutschland" in Argentinien ein Zentrum politischer Aktivität zu errichten.

[144] Zur Organisationsgeschichte der SAP(D) vgl. BREMER, SAP 1978; Drechsler, SAP 1965; FOITZIK, Zwischen den Fronten 1986.

Die SAP verstand sich selbst als Sammelbecken linkssozialistischer Gruppierungen und Abspaltungen von der SPD. Als Hauptanliegen galt ihr die Schaffung einer Einheitsfront der sozialistischen Arbeiterbewegung gegen den Nationalsozialismus. Im revolutionär-sozialistischen Eifer rief der junge Willy Brandt 1936 aus: „Wir müssen verstehen, die Einheit zu *unserer* Parole zu machen – gegen die tatsächlichen reformistischen Spalter [Hervorhebung im Original, B. S.]"[145]. Damit wehrte sich der 22jährige im Namen seiner Partei gegen den Spaltervorwurf der „reformistischen" Sopade.

Im Gegensatz zu ihrem Anspruch, ein Sammelbecken der Linkssozialisten zu werden, stand die dogmatische Selbstwahrnehmung der SAP als Bannerträger eines orthodox verstandenen Marxismus, den es „nach mehreren Fronten zugleich zu verteidigen"[146] gelte. Aus dieser Grundhaltung resultierte eine Fokussierung auf die sozialistische Weltrevolution, die mit der deutschen Revolution und in engstem Schulterschluß mit der Sowjetunion beginnen werde. Damit reduzierte sich die außenpolitische Sicht der zahlenmäßig stärksten der linkssozialistischen Gruppen auf den global-revolutionären Aspekt einer „revolutionären sozialistischen Macht, die vom Rhein bis Wladiwostok reichen würde, zu der Japan und riesige Teile Asiens zu zählen wären"[147]. Mit einem solchen Ansatz erübrigte sich jede Überlegung zu einem eigenständigen europäischen Machtblock. Abseits der offiziellen Verlautbarungen der Pariser Auslandszentrale der SAP jedoch äußerten sich Willy Brandt und der schon 1933 ausgetretene Mitgründer der SAP, August Siemsen, oftmals kritisch zur Parteilinie. Während sich Brandt aus Norwegen anfangs vor allem um eine differenzierte Betrachtung des Weltmachtfaktors Sowjetunion bemühte, trat August Siemsen als einziges Mitglied des Sympathisantenkreises der SAP schon in den Jahren bis 1938 mit der Forderung nach einem europäischen Staatenbund in Erscheinung. Ihm sollte erst im Oktober 1938 der Pazifist, Volkssozialist und SAPler Eugen Brehm mit seinen pointierten „Bemerkungen zur Außenpolitik" und anderen Beiträgen zur Seite stehen. Ab 1940 trat auch Willy Brandt, teilweise in Kooperation mit Stefan Szende und dem Ehepaar Enderle, gezielt in den Europadiskurs des Exils ein. Dagegen zogen sich die beiden Parteifunktionäre Jacob Walcher und Paul Frölich nach ihrer Flucht in die USA völlig aus der Exilpolitik zurück. Die damit einhergehende faktische Zersplitterung der SAP führte dazu, daß politische Positionierungen nach 1939/40 kaum mehr im Namen der SAP veröffentlicht wurden und die unvermindert aktiven Persönlichkeiten wie Brandt und Siemsen sich von der ursprünglichen dogmatisch marxistischen Parteilinie weit entfernten. Nicht nur der 1933 ausgetretene Siemsen, sondern auch das Parteimitglied Brandt verstanden sich nicht mehr als Repräsentanten der SAP, sondern als Sozialisten im Kampf um die Einheit der

[145] BRANDT, Bemerkungen zum Einheitsfrontproblem, in: MT, 1. Jg., Nr. 5 (Oktober 1936), S. 25–31 (31).
[146] Ibid. S. 26.
[147] Walcher an Antonius [d. i. Enderle], 15. 6. 1934, AsD, SAP-Archiv, M. 224.

sozialistischen Bewegung. Aus diesem veränderten Selbstverständnis folgte gerade bei Brandt eine früh einsetzende pragmatische Sichtweise, die ihn schon 1940 die Schaffung eines geeinten Europas als unabdingbare Voraussetzung jeder dauerhaften Friedenssicherung erkennen ließ[148].

Um die geistige Entwicklung renommierter SAP-Mitglieder nachvollziehen zu können, ist es notwendig, sich die ideologischen Ursprünge ins Gedächtnis zu rufen. Das Fundament der Parteiideologie war durch das orthodoxe Verständnis der marxistischen Theorie vorgegeben und kam in den vier Dogmen des Anti-Imperialismus, Antikapitalismus, Antifaschismus und Antibellizismus zum Ausdruck. Die SAP-Auslandszentrale um Walcher und Frölich sah in Faschismus und Kapitalismus zwei äquivalente Ausprägungen des Imperialismus, die es gleichermaßen zu bekämpfen gelte[149]. Daher war man im Gegensatz zur Sopade und einigen anderen Linkssozialisten nicht bereit, mit den kapitalistischen Demokratien des Westens zusammenzuarbeiten, selbst wenn diese Zusammenarbeit auf eine Übergangszeit beschränkt sein sollte. Stattdessen focht die SAP kompromißlos für die unmittelbare Errichtung einer „Föderation der sozialistischen Sowjetrepubliken der Welt"[150]. Nach Auffassung der Auslandsleitung konnte ein solches Ziel nur durch eine möglichst enge Anlehnung an die Sowjetunion erreicht werden, die durch eine „Verflechtung des deutsch-russischen Wirtschaftslebens" gestützt werden sollte[151]. Die führenden Dogmatiker der SAP verkündeten die Verteidigung der Sowjetunion als die wichtigste Aufgabe des internationalen Proletariats und gaben die Losung aus: „Die Sowjetunion [führt] einen Verteidigungskrieg selbst dann, wenn sie politisch und militärisch die Initiative zum Kriege ergreifen sollte."[152] Diese starr dogmatische Grundhaltung sollte die SAP nach dem Schock des Hitler-Stalin-Paktes in eine letztlich vernichtende Krise stürzen.

Anders als die Pariser Auslandszentrale seiner Partei sprach sich Willy Brandt schon früh für eine kritischere Haltung gegenüber der Sowjetunion aus und warnte nachdrücklich vor einer Unterordnung der internationalen

[148] BRANDT, Stormaktenes krigsmål og det nye Europa, Oslo 1940, deutscher Teilabdruck in: VOIGT (Hg.), Friedenssicherung 1988, S. 56–70.

[149] Auslandszentrale der SAP, Die gemeinsamen Grundlagen der Kriegsdiskussion, in: MT, 1. Jg., Nr. 1 (Anfang November 1935), S. 3–5 (4): „Ein Krieg zwischen ‚demokratischen' Großmächten und faschistischen Ländern ist nur möglich, weil auf beiden Seiten um imperialistische Ziele gekämpft wird."; Zur Abgrenzung des linkssozialistischen vom kommunistischen Antifaschismus-Verständnis vgl. LANGKAU-ALEX, Zweimal Antifaschismus – zweierlei Antifaschismus? 2002.

[150] Resolution zur Kriegsdiskussion, angenommen am 28. 12. 1935 von der Auslands-Gruppe P der SAP, in: MT, 1. Jg., Nr. 2 (Februar 1936), S. 12–15 (13). Die Paginierung dieser MT-Ausgabe ist für die Seiten 13 und 14 vertauscht, so daß gilt: „S. 14" = S. 13 und „S. 13" = S. 14.

[151] SAPD (Hg.), Was kommt nach Hitler? Probleme der deutschen Revolution [1937], S. 43.

[152] Resolution zur Kriegsdiskussion, in: MT, 1. Jg., Nr. 2 (Februar 1936), S. 12f.

Arbeiterbewegung unter die sowjetische Außenpolitik[153]. Dennoch zeigte auch er sich ein Jahr vor den ersten Moskauer Schauprozessen überzeugt, daß die Sowjetunion im Augenblick „nichts als den Frieden" wolle[154]. Für den späteren Sekretär und Initiator des Stockholmer Arbeitskreises Internationaler Sozialisten bedeutete der Kampf um den Frieden die wichtigste Grundlage für die sozialistische Revolutionsbewegung[155]. Die Bewahrung des Friedens sollte vor allem nicht dem Völkerbund anvertraut werden, dem Brandt von Grund auf mißtraute[156]. Statt dessen plädierte er vehement für die Einberufung eines breitangelegten Antikriegskongresses, dem auch Vertreter der II. und III. Internationale angehören sollten, und beteiligte sich auf einer Sitzung des Internationalen Büros für revolutionäre sozialistische Einheit führend an der Ausarbeitung von Leitlinien eines solchen Kongresses[157]. Brandt ließ sich ungeachtet seiner Ablehnung des bestehenden Völkerbundes von der Idee eines kollektiven Friedenssicherungssystems leiten, die er später konkretisieren sollte. Doch war schon 1936 erkennbar, daß er zwischen dem außenpolitischen Ansatz eines kollektiven Sicherheitssystems einerseits und dem Völkerbund als dessen konkreter Erscheinungsform andererseits zu unterscheiden wußte[158].

Wie schon erwähnt, war August Siemsen der einzige emigrierte SAP-Sympathisant, der nicht erst der aufrüttelnden Schockwirkung des deutsch-sowjetischen Nichtangriffspaktes bedurfte, um sich mit der Zukunft Europas auseinanderzusetzen. Siemsens Motiv für einen europäischen Staatenbund lag jedoch weniger in einem ausgeprägten Europabewußtsein als vielmehr in seiner harten Ablehnung des preußischen Staates und der damit assoziierten

153 W. B[randt], Revolutionäre Realpolitik – in der Kriegsfrage vor allem, in: MT, 1. Jg., Nr. 3 (Juli 1936), S. 13–18 (15).

154 Ibid.

155 Ibid. S. 16: „Durch eine vervielfachte internationale Friedensbewegung müssen wir die Kräfte des Fortschritts stärken."

156 Sitzung des Internationalen Büros für revolutionär-sozialistische Einheit vom 8.–10. Mai [1936] in Paris, Protokoll, S. 5, AsD, SAP-Archiv, M. 36: überarbeitete Vorschläge Willy Brandts für die Resolution eines künftigen Antikriegskongresses, Punkt 3: „Kein Vertrauen dem Völkerbund und irgendwelcher kapitalistischer Regierung." An dieser Sitzung nahmen neben Vertretern der sozialistischen Parteien Schwedens und Italiens sowie der britischen ILP auch drei SAP-Mitglieder teil, unter anderem der unter dem Decknamen „Antonius" erwähnte August Enderle, der sich jedoch nicht zu Wort meldete. Brandt dagegen war als Vertreter des Internationalen Büros revolutionärer Jugendorganisationen ein aktiver Mitgestalter dieser Sitzung und wurde schließlich sowohl mit der Ausarbeitung der Leitlinien des Antikriegskongresses als auch einer gemeinsamen Resolution zur Frage der Einheitsbewegung beauftragt; vgl. ibid. S. 5 und S. 8.

157 Ibid.

158 So verzichtete Brandt in der erwähnten Sitzung des Internationalen Büros für revolutionär-sozialistische Einheit darauf, den von ihm erarbeiteten Sechs-Punkte-Katalog um eine von ILP-Mitglied Stephen Campbell vorgeschlagene Stellungnahme gegen jedes kollektive Friedenssicherheitssystem zu ergänzen; vgl. ibid.

politisch-gesellschaftlichen Wertorientierung begründet. In seiner aus Gründen der persönlichen Sicherheit von seiner Schwester, der engagierten Sozialistin Anna Siemsen, herausgegebenen Schrift „Preußen, die Gefahr Europas" vertrat er die Auffassung, daß die preußischen Grundwerte und Traditionen vom Nationalsozialismus „ins Unerträgliche übersteigert"[159] worden seien und eine Vergiftung des deutschen Volkes bewirkt hätten. Siemsen sah im Untergang des Dritten Reiches die Chance, Preußen als den Brandherd dieser Entwicklung endgültig auszulöschen und das befreite Volk „aus dem alten preußischen in ein neues europäisches Deutschland"[160] hinüberzuführen. In Übereinstimmung mit nahezu allen deutschen Sozialisten maß auch Siemsen der sozialistischen Revolution in Deutschland eine bestimmungsgemäße Initialfunktion für die Schaffung eines sozialistischen Europas zu: „Dieses kommende sozialistische Deutschland wird [...] Kitt sein für die Vereinigten Staaten von Europa."[161] Wirtschaftlich lag für ihn auf der Hand, daß die Entwicklung der Weltwirtschaft „gebieterisch" ein einheitliches Europa verlange, ohne dies jedoch weiter auszuführen[162].

In einem vereinten Europa erkannte August Siemsen die historische Chance, die internationalen Beziehungen auf eine völlig neue Grundlage zu stellen. Für diese Funktion kam nach Siemsen die absolut gesetzte Staatssouveränität nicht in Betracht, da mit dem jedes Völkerrecht zum Scheitern verurteilenden Nichteinmischungsprinzip eine wirkliche Friedenssicherung unmöglich sei[163]. Hier ist der ideologische Zusammenhang in Siemsens Gedankengebäude zu beachten. In Erweiterung der sozialistischen These vom Faschismus als barbarische Steigerung des Kapitalismus stellte er die „Verpreußung"[164] Europas als typische Folge des kapitalistischen Souveränitätsprinzips dar. Die äquivalente Gegenkraft war für ihn die Arbeiterschaft, die als der gestaltende Gesellschaftsfaktor der Zukunft Frieden und Menschlichkeit in einem sozialistischen Europa schaffen werde[165]. Siemsen zufolge repräsentierten die illegalen Gruppen der deutschen Arbeiterschaft das neue, europäische Deutschland der Zukunft[166].

Mit der antipreußischen Komponente trug Siemsen weniger im Interesse der SAP als eher im eigenen Namen mit dem Antipreußentum einen neuen Aspekt in den frühen Europadiskurs ein. Die wesentlichen sozialistischen Motive für eine europäische Föderation zusammenfassend, konstatierte

[159] SIEMSEN (Hg.), Preußen. Die Gefahr Europas 1937, S. 200. Die Gleichsetzung von Preußentum und Nationalsozialismus wurde im deutschen Exil vielfach kolportiert, vgl. z.B. Wirth, Gedanken über die Neuordnung Deutschlands nach Hitler, 26. 11. 1939, BAK, NL Wirth, N 1342, Bd. 123.
[160] SIEMSEN (Hg.), Preußen. Die Gefahr Europas 1937, S. 200.
[161] Ibid. S. 201.
[162] Ibid. S. 193.
[163] Ibid. S. 195.
[164] Ibid. S. 199.
[165] Ibid. S. 197–201.
[166] Ibid. S. 200.

Siemsen: „Wenn in allerletzter Stunde durch die Beseitigung oder Entmachtung Preußens der Weg freigemacht wird für ein anderes, das wirkliche Deutschland, dann hätte die Sache Europas und der Menschheit einen großen Sieg errungen."[167]

### *1.5. Neu Beginnen (NB)*

Ähnlich der Sozialistischen Arbeiterpartei verstand sich auch die Gruppe ORG/Neu Beginnen (NB) als „Sammlung aller deutschen Organisationen, die auf dem Boden des Klassenkampfes stehen"[168]. Folglich definierte auch Neu Beginnen die deutsche Arbeiterklasse als die entscheidende Klasse der europäischen Zukunft[169]. Ihr Gründer Walter Loewenheim, der im Jahre 1933 unter dem Pseudonym Miles die programmatische Schrift *Neu Beginnen!* veröffentlichte, vertrat eine marxistisch-leninistische Ausrichtung mit der Zielsetzung eines sozialistischen Einparteienstaates[170]. Auch in der Frage nach dem Verhältnis zur Sowjetunion folgte Loewenheim den Grundüberzeugungen der SAP. Er respektierte die UdSSR als „historisch unentbehrliches Glied des internationalen sozialistischen Freiheitskampfes"[171], mit dem die deutschen Sozialisten trotz einiger insbesondere wirtschaftspolitischer Vorbehalte brüderlich verbunden seien.

Doch legte Miles Wert auf eine klare organisatorische Abgrenzung von der KPD und der Komintern und befürwortete – anders als die SAP – eine sozialistische Einheitsfront unter unbedingtem Ausschluß der Kommunisten, denn: „Unfähig, die Welt anders zu betrachten als durch die Brille ihrer formelhaften, dogmatischen Theorien, existiert für sie die faschistische Wirklichkeit, die diesen Vorstellungen so restlos widerspricht, einfach nicht."[172]

Nach dem turbulenten Ausschluß von Miles[173] 1935 vollzogen die beiden führenden NB-Theoretiker Richard Löwenthal und der gerade erst beigetretene Paul Hertz eine dogmatische Kehrtwendung zum demokratischen Sozialismus[174], den Miles noch vehement abgelehnt hatte[175]. In der Folge ver-

[167] Ibid. S. 201.
[168] MILES [d. i. Loewenheim], Neu beginnen! Faschismus und Sozialismus 1933, S. 57.
[169] Neu Beginnen. Was es will, was es ist und wie es wurde [1939], S. 1.
[170] Vgl. z.B. MILES [d. i. Loewenheim], Neu beginnen! Faschismus und Sozialismus 1933, S. 9.
[171] Ibid. S. 45.
[172] Ibid. S. 53 und S. 58.
[173] Vgl. das Rundschreiben „Zum Leitungswechsel in der Organisation" vom 16. 7. 1935, IISG, Coll. Neu Beginnen, M. 48.
[174] Neu Beginnen. Was es will, was es ist und wie es wurde [1939], S. 39.
[175] Miles hatte sich 1933 noch mit klaren Worten gegen den demokratischen Sozialismus ausgesprochen: „Der Traum von dem ‚demokratischen' Sozialismus, also von dem sozialistischen Weg, der ‚sozialen' Republik von Weimar ist ausgeträumt. Wir stehen heute vor der nackten, brutalen, faschistischen Wirklichkeit. Jene haben Recht behalten, die schon immer nicht in der Toleranz, in der Unterwerfung, sondern im Kampf die

suchte die Gruppe, sich als „pressure group" zwischen der Sopade und der KPD zu etablieren[176]. Dies bedeutete für Löwenthal, Hertz und Karl Frank vor allem vorsichtiges Taktieren. Die elementaren Unterschiede in den Zielsetzungen zwischen Neu Beginnen und der KPD lagen offen. Zwar sprach man noch 1936 von einem „feste[n] Bündnis mit der SU"[177], und auch Löwenthal ließ in demselben Jahr die Überzeugung verlauten, daß „der Sozialist, der die europäische Föderation erstrebt, [...] in der Sowjetunion in der Stunde der Not seine entscheidende Stütze finden" werde[178]. Doch dürften diese Verlautbarungen vorrangig auf den Wunsch einer rein organisatorischen Annäherung an die KPD zurückzuführen sein, um den Brückenschlag zur exilierten Sozialdemokratie in die Wege zu leiten. Spätestens mit der mutmaßlich durch den russischen Geheimdienst NKVD lancierten Ermordung des Neu Beginnen-Mitglieds Mark Rein im spanischen Bürgerkrieg verdüsterten sich die Beziehungen zu den Kommunisten.

Um Kontakt mit sozialdemokratischen Politikern hatte sich die Gruppe Neu Beginnen schon früh bemüht, entsprechend ihrer Politik der personellen Unterwanderung sozialistischer Gruppen. Prominente Mitglieder von Neu Beginnen waren die einflußreichen Sopade-Grenzsekretäre Franz Bögler, Waldemar von Knoeringen und Erwin Schoettle sowie das Exilvorstandsmitglied Paul Hertz. Gerade durch die Kehrtwende zum demokratischen Sozialismus[179] gestaltete sich die parteipolitische Abgrenzung gegenüber dem sozialdemokratischen Konzept des demokratischen Sozialismus als zunehmend schwierig und künstlich. Daher war der spätere Schritt der Londoner Vertreter von Neu Beginnen, über die Union der deutschen sozialistischen Organisationen in Großbritannien schließlich die Selbstauflösung der Gruppe in der SPD zu deklarieren, letztlich konsequent.

*Richard Löwenthal: Europagedanke als Waffe* Das zentrale Dokument der Gruppe Neu Beginnen zum Europadiskurs des deutschen Exils ist Richard Löwenthals 1936 in der *Zeitschrift für Sozialismus* publizierter Artikel „Was ist der Volkssozialismus?"[180]. Zwar handelt es sich dabei nachweislich nicht um das erste Dokument des linkssozialistischen Exils zur Frage der europäi-

Bewegungsform des Sozialismus in der kapitalistischen Gesellschaft sahen."; vgl. MILES [d. i. Loewenheim], Neu beginnen! Faschismus und Sozialismus 1933, S. 55.

176 FOITZIK, Zwischen den Fronten 1986, S. 137.

177 [Neu Beginnen], Protokoll Westkonferenz, 14./15. 6. 1936, S. 1, IISG, Coll. Neu Beginnen, M. 55.

178 SERING [d. i. Löwenthal], Was ist der Volkssozialismus?, in: ZfS, 3. Jg., Nr. 36 (September 1936), S. 1105–1136 (1119).

179 Richard Löwenthal prägte schon früh den Begriff des „freiheitlichen Sozialismus" in Abgrenzung zur russischen Variante und in krasser Ablehnung der Moskauer Prozesse, die Löwenthal als faschistische Methoden geißelte; vgl. [Neu Beginnen], Protokoll Westkonferenz, 14./15. 6. 1936, S. 48, IISG, Coll. Neu Beginnen, M. 55.

180 SERING [d. i. Löwenthal], Was ist der Volkssozialismus?, in: ZfS, 3. Jg., Nr. 36 (September 1936), S. 1105–1136.

schen Föderation[181], doch erkannte der ehemalige KJVD-Funktionär Löwenthal als erster Emigrant das Widerstandspotential der europäischen Idee[182]: „Der sozialistische Revolutionär wird in der europäischen Entscheidung der Gegenwart [...] den Europagedanken als Waffe einsetzen, um die Front der rücksichtslosen Gegner des Hitlersystems zu stärken."[183] Damit war der Nukleus des Europadiskurses im Exil benannt: Planung als Widerstand.

Löwenthal sah schon 1936, daß Europa in dem erwarteten Krieg entscheiden müsse, ob es „mit oder gegen Hitler" zu kämpfen beabsichtige; eine dritte Verhaltensalternative lehnte er – mit Blick auf den national-sozialistischen Ansatz Otto Strassers – für das politische Exil ab[184]. „Mit oder gegen Hitler" bedeutete für Löwenthal mehr als nur eine vorübergehende Frage der Kriegsstrategie. Vielmehr betonte er den ideologischen Charakter des kommenden Krieges auch für die Frage der europäischen Einigung.

Entsprechend den beiden Verhaltensalternativen boten sich ihm zufolge zwei Gestaltungsalternativen des zukünftigen Europas an: entweder „eine freie Föderation sozialistischer Nationen oder eine unterworfene Militärkolonie des deutschen Faschismus"[185]. Wenngleich der Begriff der freien Föderation sozialistischer Nationen ganz gezielt als Kampfruf gegen den Nationalsozialismus entwickelt und genutzt wurde und Neu Beginnen auf eine intellektuelle Durchdringung des Problems zunächst weitgehend verzichtete, formulierte Richard Löwenthal doch immerhin die wesentlichen Motive einer europäischen Einigung. Neben der ökonomischen und kulturellen Zusammenarbeit[186] werde ein sozialistisches Europa die momentane Tendenz zur Herausbildung internationaler Klassenfronten endgültig überwinden[187].

[181] So aber VOIGT (Hg.), Friedenssicherung 1988, S. 40, erneut S. 203. Das erste Europa-Dokument aus den Reihen der Linkssozialisten stammt – wie schon dargelegt – aus der Feder des Revolutionären Sozialisten Alexander SCHIFRIN, Hitler-Deutschland und Europa, in: Sozialistische Revolution, 1. Jg., Nr. 1 (Oktober 1933), S. 24–30. Auch die Beiträge von HILFERDING, Das Ende der Völkerbundspolitik, in: ZfS, 2. Jg., H. 20/21 (Mai/Juni 1935), S. 625–637, GEYER, Flottenbau und Flottenabkommen, in: NV, Nr. 107 (30. 6. 1935), Beilage, S. 1 f. und BIENSTOCK, Kontinentalpolitik oder Weltpolitik?, in: ZfS, 2. Jg., H. 22/23 (Juli/August 1935), S. 697–703 datieren früher als Löwenthals Beitrag.

[182] Darin liegt primär die Bedeutung der Überlegungen Löwenthals, die BEHRING, Demokratische Außenpolitik 1999, S. 444, Anm. 7 vernachlässigt, wenn er demgegenüber auf einen SozAk-Artikel aus dem Jahre 1934 verweist. Gleichwohl ist Behring zuzustimmen, daß Löwenthals europapolitische Beiträge auf früher geäußerten Ideen anderer Emigranten basieren und in vielerlei Hinsicht nichts prinzipiell Neues enthalten.

[183] SERING [d. i. Löwenthal], Was ist der Volkssozialismus?, in: ZfS, 3. Jg., Nr. 36 (September 1936), S. 1119.

[184] Ibid. S. 1136: „Hat er [Strasser] erkannt, daß es im Krieg nur zwei Fronten geben wird – mit Hitler oder gegen Hitler? Es ist an der Zeit, daß wenigstens alle Sozialdemokraten es erkennen."

[185] Ibid. S. 1134.

[186] Ibid. S. 1118.

[187] Ibid. S. 1134.

Die sozialistische Grundüberzeugung, daß nur ein sozialistisches Europa langfristig den kontinentalen Frieden sichern könne, war Löwenthal zu selbstverständlich, als daß er sie zu verbalisieren gedachte[188]. Wichtiger war ihm die Bildung einer sozialistischen Anti-Hitler-Front, die der Öffentlichkeit aufzeigen müsse, daß allein der Sozialismus als antifaschistische Alternative überzeugen könne. So formulierte er medienwirksam: „Der Weg zum geeinten Europa ist der Weg zum sozialistischen Europa."[189]

Das Europabild der meisten Mitglieder von Neu Beginnen beruhte auf der Vorstellung eines umfassenden Sieges des europäischen Sozialismus. Eine Tolerierung oder gar Kooperation mit kapitalistischen Mächten wurde kategorisch abgelehnt. Stattdessen sah Löwenthal in der Idee einer europäischen Föderation eine elementare Forderung des internationalen Sozialismus[190].

Löwenthals Annäherung an den Europagedanken als antifaschistischen Kampfruf stieß 1936 noch auf keine wesentlichen Hindernisse. Seit 1938 jedoch zeigte die europäische Landkarte ein zunehmend nationalsozialistisches Europa, das im Verlaufe des Zweiten Weltkrieges von der faschistischen Propaganda ausgeschlachtet wurde. Nun war der Europagedanke von den machtpolitisch dominierenden Nationalsozialisten terminologisch besetzt und verlor allein deswegen bei vielen politischen Emigranten an Attraktion und Schlagkraft. Der Europagedanke als Waffe im Kampf gegen Hitler, wie ihn Löwenthal 1936 in den Diskurs einführte, büßte spätestens in den 40er Jahren seine Identität als *eo ipso* antifaschistischer Widerstand durch Planung ein und mußte von nun an mit dem nationalsozialistischen „Europa aus Rasse und Raum" konkurrieren. Dennoch blieb Löwenthals Ansatz über die Zäsur des Jahres 1938 hinaus für die überwiegende Mehrheit des deutschen politischen Exils von großer Bedeutung.

*Paul Hertz: „europäische Planwirtschaft"* Zwei weitere Beiträge zum Europadiskurs aus dem Kreis der Gruppe Neu Beginnen wurden in der *Sozialistischen Aktion* in den Jahren 1934 und 1937 veröffentlicht. Leitlinien einer sozialistischen Außenpolitik wurden in dem 1934 erschienenen Aufsatz „Vom alten zum neuen Europa" skizziert[191]. Ziel sei die Aufhebung der sozialen und wirtschaftlichen Gegensätze in einem grenzüberschreitenden europäischen Sozialismus. Unbedingte Voraussetzung sei die endgültige

[188] Noch im Juni desselben Jahres hatte man sich auf der Westkonferenz der Gruppe Neu Beginnen gegenseitig der sozialistischen Außenpolitik als „einzig wirksame[r] Friedenspolitik" versichert; vgl. [Neu Beginnen], Protokoll Westkonferenz, 14./15. 6. 1936, S. 1, IISG, Coll. Neu Beginnen, M. 55.

[189] SERING [d. i. Löwenthal], Was ist der Volkssozialismus?, in: ZfS, 3. Jg., Nr. 36 (September 1936), S. 1127.

[190] Vgl. etwa ibid. S. 1127.

[191] Vom alten zum neuen Europa. Ziele sozialistischer Außenpolitik, in: SozAk (13. 5. 1934), S. 1.

Niederringung des Kapitalismus, um den Weg für einen „freien, föderativen Bund der sozialistischen Nationen ins Leben zu rufen".

Die Autorenschaft für den 1937 veröffentlichten Artikel „Wo liegen Hitlers nächste Kriegsziele?" ist zu Recht dem verantwortlichen Redakteur der *Sozialistischen Aktion*, Paul Hertz, zugeschrieben worden, der das Blatt zunehmend für Stellungnahmen der Gruppe Neu Beginnen öffnete[192]. Hertz, der bis zu seinem Ausschluß Anfang 1938 Parteivorstandsmitglied der Sopade war[193] und seit 1935 mit Neu Beginnen sympathisiert hatte, forderte ebenfalls „ein freies Deutschland im sozialistischen Europa"[194]. Dabei wurde der Terminus der europäischen Föderation als zukunftsorientierte Alternative zum Nationalismus alten Stils angedeutet, die als notwendige Vorstufe eines sozialistischen Europas angesehen wurde[195]. Dies hieß jedoch keineswegs eine Kooperation mit kapitalistischen Mächten bis zum endgültigen Sieg des europäischen Sozialismus, wie sie von sozialdemokratischer Seite propagiert wurde. Auch wenn sich der Schluß aufdrängt, die Schaffung einer europäischen Föderation solle der Schaffung der sozialistischen Föderation vorangehen, war hiermit wohl eher ein Gleichlauf der revolutionären Prozesse gemeint: die sozialistische Revolution in möglichst vielen europäischen Staaten würde zugleich die Voraussetzungen einer sich dann nahezu aufdrängenden Föderierung aller sozialistischen Kräfte schaffen. Nur die föderative Zusammenarbeit in einem „hinreichend großen einheitlichen Wirtschaftsgebiet" könne die Nationalitätenkonflikte etwa in Mittel- und Südosteuropa überwinden und den Sieg des Sozialismus langfristig sichern. Auf diese Weise wäre der Weg frei für eine „europäische Planwirtschaft"[196]. Wie diese europäische Planwirtschaft institutionell zu koordinieren sei, blieb zunächst offen, zumal in der frühen Phase des Europadiskurses Fragen der institutionellen Verankerung überhaupt kaum berührt wurden. Dazu bestand – längst nicht nur bei den Linkssozialisten – noch zuviel Aufklärungsbedarf hinsicht-

[192] Für die Autorenschaft von Paul Hertz spricht nicht nur seine die politische Ausrichtung wesentlich prägende Stellung als verantwortlicher Redakteur, sondern auch Duktus und Inhalt des Artikels. Darüber hinaus war Hertz einer der wenigen Autoren der *Sozialistischen Aktion*, die sich mit europapolitischen Belangen auseinandersetzten. Schließlich handelt es sich bei dem Aufsatz um einen der Leitartikel, die regelmäßig anonym erschienen und zu grundsätzlichen Fragen Stellung bezogen. Für einige dieser Leitartikel kann Hertz mit hoher Wahrscheinlichkeit als Verfasser angesehen werden, so daß nicht ausgeschlossen werden kann, daß er in aller Regel den Leitartikel verfaßte; vgl. z. B. den Hinweis auf den „sicher von Hertz verfaßten Leitartikel" „Jahr IV – die Probe aufs Exempel" bei LANGKAU-ALEX, Paul Hertz im Exil 90, S. 145.

[193] Andere Quellen berichten von einem freiwilligen Ausscheiden. Zur Problematik um die Verkleinerung des Exilparteivorstandes der Sopade von fünf auf vier besoldete Mitglieder und möglichen Ausschluß Paul Hertz' vgl. BUCHHOLZ, ROTHER (Bearb.), Parteivorstand 1995, S. XXIV, Anm. 72 m.w.N.

[194] [HERTZ?], Wo liegen Hitlers nächste Kriegsziele?, in: SozAk (April 1937), S. 1.

[195] Ibid.

[196] Ibid.

lich der grundlegenden Motive einer europäischen Einigung und der grundsätzlichen außenpolitischen Leitlinien.

Nur eines war für Neu Beginnen schon früh klar: die unbedingte Ablehnung des Völkerbundes und jeglichen Versuchs, ihn zu reanimieren. So erklärte man im Juni 1936 kategorisch: „[Die Haltung der Arbeiterpartei] verwirft den Pazifismus, die Verherrlichung der Verträge und des Völkerbundes, die die Arbeiterparteien in verschiedener Weise an bürgerlich ideologischen Maßstäben orientieren und sie damit zum Spielball imperialistischer Interessen machen."[197] Mit dieser orthodox marxistischen Grundhaltung wandte sich Neu Beginnen zugleich gegen eine Überbewertung des Völkerrechts, das in einem sozialistischen Europa mangels nationaler Konflikte ohnehin überflüssig wäre.

Mit wenigen, aber recht wirkungsvollen Beiträgen bereicherte die Gruppe Neu Beginnen den frühen Europadiskurs des deutschen Exils vor 1938. Gerade vor dem Hintergrund des Selbstverständnisses als Brückenbauer zwischen der KPD und der Sopade ist das Europabild dieser linkssozialistischen Organisation von besonderem Interesse. Löwenthals Entdeckung des aktiven Widerstandspotentials der europäischen Idee spielt für die Funktion des Europadiskurses eine entscheidende Rolle, auch wenn er diese Entdeckung mit anderen teilte. Auch der von Hertz favorisierten Verknüpfung von Sozialismus und Föderalismus auf europäischer Ebene kommt insofern eine strukturelle Bedeutung zu.

### *1.6. Internationaler Sozialistischer Kampfbund (ISK)*

Der 1925 gegründete Internationale Sozialistische Kampfbund (ISK) war stark durch die neukantianische Ethik und Friedenslehre ihres Gründers Leonard Nelson geprägt[198]. Der Göttinger Universitätsprofessor hatte in seinen Vorlesungen schon 1914 die Idee der staatlichen Souveränität scharf abgelehnt, da allein dem Recht Souveränität zukomme. Daraus zog der Rechtsphilosoph die für die internationale Ausrichtung des ISK grundlegende Konsequenz, daß das völkerrechtliche Vertragssystem zu einem Staatenbund mit einer internationalen Regierung und einer starken Exekutivgewalt weiterentwickelt werden müsse. Das Regelungswerk eines solchen Staatenbundes müsse unmittelbar auf einem positiven Rechtsgesetz basieren[199].

[197] [Neu Beginnen], Protokoll Westkonferenz, 14./15. 6. 1936, S. 2, IISG, Coll. Neu Beginnen, M. 55.

[198] Zur Rechtsphilosophie Leonard NELSONS vgl. insbesondere seine Schriften: Vom Staatenbund. Schlußvorlesung, gehalten am 31. 7. 1914, Berlin 1918 und DERS., Die Rechtswissenschaft ohne Recht. Kritische Betrachtungen über die Grundlagen des Staats- und Völkerrechts, insbesondere über die Lehre der Souveränität, Leipzig 1917.

[199] Eine vorzügliche Darstellung der politischen Philosophie Nelsons findet sich bei LINK, ISK 1964, S. 3–38.

Aufbauend auf Nelsons logisch-idealistischer Rechtslehre und seinem nichtmarxistischen Sozialismus arbeitete der ISK auch in der Emigration an der Verwirklichung eines antikapitalistischen Weltbildes. Doch nimmt die Gruppe innerhalb der linkssozialistischen Emigration eine ideologische Sonderposition ein.

Zunächst zeichnet die Grundhaltung des ISK eine dezidierte Ablehnung des historischen Materialismus aus, „der den Sozialismus als das Ergebnis des bloßen Waltens der ökonomischen Verhältnisse [...] hinstellt"[200]. In ökonomischer Hinsicht propagierte der ISK das Modell einer „sozialistischen Marktwirtschaft", die das Privateigentum nur insoweit aufhebe, als dadurch die konkrete Gefahr kapitalistischer Ausbeutung drohe, im übrigen aber „die private Initiative und der Wettbewerb, also auch der Markt, erhalten" bleibe[201]. Diese Position wurde zugleich als Kontrapunkt gegen den marxistischen Kollektivismus verstanden, der „das Recht auf Freiheit, sein Leben innerhalb der Grenzen der Gerechtigkeit selber zu gestalten", ausschließe[202].

Die für den Europadiskurs des Exils wichtigste ideologische Eigenheit des ISK ist jedoch in der herausgehobenen Bedeutung des Verhältnisses von Recht und Sozialismus zu sehen: „Die Regierung dient keiner Willkür – weder der eines Monarchen oder einer anderen Minderheit, noch einer Mehrheit. Sie leitet vielmehr ihre Befugnisse allein aus den Anforderungen des Rechts ab, die mit objektiver Strenge durch die Wissenschaft des Sozialismus begründet werden."[203] Dabei verweigerte der ISK in enger Anlehnung an Nelson nicht nur der Staatssouveränität, sondern auch dem Konzept der Volkssouveränität die Zustimmung und lehnte die Demokratie sowohl auf nationaler als auch auf internationaler Ebene unmißverständlich ab. Somit stimmte er im Ergebnis mit typisch linkssozialistischen Positionen überein und postulierte den revolutionären Sozialismus[204]: „Die Friedenssicherung ist nur möglich als sozialistische Lösung."[205] Doch ist nicht zu übersehen, daß Nelsons Souveränitätstheorie der ISK-Version eines sozialistischen Weltbundes einen vergleichsweise hohen Grad intellektueller Durchdringung verlieh, so daß der ISK insoweit ungeachtet der erschwerten Arbeitsbedingungen im Exil frühzeitig mit konkreten Teilergebnissen ausführlicher Diskussionen aufwarten konnte[206].

200 Die Sozialistische Republik 1937, S. 12.
201 Ibid. S. 26f.
202 Ibid. S. 26, Anm. 22.
203 Ibid. S. 18.
204 Ibid. S. 15: „Der ISK verwirft [...] alle Ideologien über ein friedliches Hineinwachsen der Klassengesellschaft in eine klassenlose Organisation; er ist eine revolutionäre Partei." Dementsprechend wurde die „radikale Säuberung der Beamtenschaft von allen politischen Gegnern der Sozialistischen Republik" gefordert (ibid. S. 18).
205 Protokoll der Aussprache über „Grundlagen der Politik" vom 21. 9. 1935, S. 2, AsD, Bestand IJB/ISK, Box 8.
206 Dies gilt jedenfalls für die Erörterung einer Völkerbundarmee auf der ISK-Tagung vom 2. 4. 1934 und die Ablehnung eines Staatenbundes unter Beteiligung kapitalisti-

In dem Bemühen, gemäß Nelsons „Führer-Erziehung"[207] eine möglichst internationale Phalanx sozialistischer Kader aufzubauen, unterhielt der ISK auch während der Emigration aktive Verbindungen zu anderen Exilgruppen, etwa zur südfranzösischen Résistance-Gruppe Libérer et Fédérer oder zum italienischen Movimento Federalista Europeo[208]. In Großbritannien übernahm die Socialist Vanguard Group die Rolle einer englischen ISK-Sektion.

Unumstrittene Schlüsselfigur des ISK war der ehemalige Privatsekretär Leonard Nelsons, Willi Eichler. Eichlers Engagement in der europapolitischen Planung fand eine wichtige Stütze in den Beiträgen Hilda Montes, die zwar 1939 aus dem ISK ausgetreten war, ihm aber gerade in den Anschauungen zur internationalen Politik bis zu ihrem tragischen Tod im Frühjahr 1945 nahestand. Zusammen mit Hanna Bartholet nahm Monte im Mai 1944 auf dem von Willem Visser't Hooft organisierten Genfer Föderalistentreffen teil. In der Londoner Zeit des Exils sollte vor allem Walter Fliess einen wichtigen Part der wirtschaftsprogrammatischen Überlegungen übernehmen.

Auf die außenpolitischen Visionen des ISK in der Vorkriegsemigration verweisen neben einigen Veröffentlichungen Eichlers zwei unveröffentlichte Besprechungsprotokolle sowie das Programm von 1937. Allerdings sucht man dort vergebens nach speziell europäischen Konzepten. Dem ISK schwebte zu diesem Zeitpunkt weniger ein europäischer Staatenbund als Zukunftsmodell vor, als eher ein sozialistischer Weltbund[209]. Auch das detaillierte Programm von 1937, das den politischen und ökonomischen Aufbau der angestrebten Sozialistischen Republik ebenso vorzeichnet wie die künftige Gestaltung der Sozial-, Bildungs- und Kulturpolitik, enthält keinerlei Hinweis auf einen europaföderalistischen Ansatz[210]. Selbst das Wort „Europa" oder „europäisch" ist dort nicht zu finden. Doch ist es für das Verständnis des europäischen Föderationsmodells, dem sich Willi Eichler seit 1938 ausführlicher widmete[211], unerläßlich, die außenpolitischen Zielkom-

scher Staaten nach einer Besprechung am 21. 9. 1935; vgl. dazu die beiden Protokolle, AsD, Bestand IJB/ISK, Box 8.

[207] NELSON, Erziehung zum Führer. Vortrag, gehalten im Zentralinstitut für Erziehung und Unterricht in Berlin am 14. 4. 1920, Leipzig 1920; DERS., Führer-Erziehung als Weg zur Vernunft-Politik. Rede, gehalten auf Einladung des Freybundes in Berlin am 7. 11. 1921, Leipzig 1922.

[208] Vgl. VOIGT (Hg.), Friedenssicherung 1988, S. 38.

[209] Dieser Umstand kann nicht deutlich genug hervorgehoben werden. Insoweit etwas undifferenziert BEHRING, Demokratische Außenpolitik 1999, S. 423 ff.

[210] Dagegen erweckt VOIGT (Hg.), Friedenssicherung 1988, S. 38 den Anschein, als sei die von Nelson favorisierte Staatenorganisation eine europäische Föderation, auf deren Konzept das ISK-Programm von 1937 zurückgreife. Tatsächlich finden sich weder bei Nelson noch in den ISK-Quellen der Vorkriegsemigration Anhaltspunkte für eine Reduzierung des völkerrechtlichen Ansatzes auf den europäischen Kontinent. Dies widerspräche auch dem Selbstverständnis des ISK als Teil der weltrevolutionierenden sozialistischen Bewegung.

[211] Vgl. dazu Eichlers instruktiven Brief an W. Dierksen [d. i. Auerbach] vom 3. 4.

ponenten des ISK zu erörtern, wie sie in den ersten Jahren des Exils formuliert wurden.

*Sozialistische Föderation mit Völkerbundarmee* Das ISK-Programm „Die Sozialistische Republik" aus dem Jahre 1937 propagierte die Übertragung der innenpolitischen Grundsätze, insbesondere der Symbiose von Recht und Sozialismus, auf die internationale Ebene[212] und erklärte erneut das Prinzip der Staatssouveränität für unvereinbar mit dem Gedanken des Völkerrechts. Dementsprechend wurde schon 1934 bei einer internen Aussprache eine weitgehende Einschränkung der staatlichen Souveränität und die Unterordnung unter eine internationale Regierung bei Verzicht auf nationale Streitkräfte gefordert[213].

Aus der übergeordneten Bedeutung des Rechts als internationalem Ordnungsprinzip resultierte für den ISK notwendig die Institutionalisierung des Völkerrechts durch einen sozialistischen Staatenbund. Man zeigte sich überzeugt, daß nur ein solcher Staatenbund den Anforderungen „der Gerechtigkeit im Völkerleben entspricht"[214]. Damit übernahm der ISK Nelsons Definition des Staatenbundes, die dieser schon 1914 formuliert hatte: „Der Staatenbund ist [...] eine Gemeinschaft von Staaten zum Zweck der Rechtlichkeit ihres Verkehrs."[215] Da man sich einig war, daß ein freiwilliger Souveränitätsverzicht der imperialistischen Staaten „zunächst nicht wahrscheinlich" sei, bedurfte es einer explizit „sozialistische[n] Völkerbundspolitik"[216], deren Hauptaufgabe in der schrittweise zu vollziehenden Vorbereitung dieses Staatenbundes durch internationale Abkommen bestehe[217]. An diesem Punkt unterscheidet sich der internationale Politikansatz des ISK wesentlich von der Konzeption der SAP. Während die SAP jede organisatorische Anlehnung an den kapitalistisch infiltrierten Völkerbund kategorisch ablehnte, hielt der Kreis um Willi Eichler den bestehenden Völkerbund für die geeignete Basis eines sozialistischen Weltbundes[218], wenngleich der Völkerbund „so wenig

1938, AsD, Bestand IJB/ISK, Box 35 sowie HART [d. i. Eichler], Furor teutonicus, in: SW, 13. Jg., H. 11 (18. 3. 1938), S. 241–246.

212 Die Sozialistische Republik 1937, S. 23.

213 Gérard, Protokoll der Aussprache vom 2. April 1934 abends. Thema: Internationale Polizei, S. 1, AsD, Bestand IJB/ISK, Box 8.

214 Die Sozialistische Republik 1937, S. 24.

215 NELSON, Vom Staatenbund 1918, S. 4.

216 Gérard, Protokoll der Aussprache vom 2. April 1934 abends. Thema: Internationale Polizei, S. 2, AsD, Bestand IJB/ISK, Box 8.

217 Man dachte dabei zum Beispiel an die „Internationalisierung der Luftfahrt, das Verbot des chemischen und des bakteriologischen Krieges, die Freiheit der Meere, eine internationale Regelung des Arbeiterschutzes"; Die Sozialistische Republik 1937, S. 24.

218 Gérard, Protokoll der Aussprache vom 2. April 1934 abends. Thema: Internationale Polizei, S. 3, AsD, Bestand IJB/ISK, Box 8: „Man kann der sozialistischen Außenpolitik ein Ziel vorzeichnen und man kann zeigen, daß auch bei der heutigen Situation eine wirksame Völkerbundsaktion *möglich* ist [Hervorhebung im Original, B. S.]."

wie irgend eine andere Einrichtung fehlerfrei"[219] sei. Darüber hinaus war die orthodox marxistische Motivation der SAP für den ISK völlig indiskutabel, wenngleich man anfangs in dem formalen Ziel eines sozialistischen Weltbundes unter Auslassung einer selbständigen europäischen Ebene übereinstimmte. Parallelen zeigen sich jedoch zu Eugen Brehms föderalistischem Ansatz, auf den sich Eichler mitunter ausdrücklich bezog[220].

Dem anzustrebenden Völkerbund, dem in einer deutlich modifizierten und sozialistisch definierten Form die Verbindung des völkerrechtlichen Gerechtigkeitsmaßstabs mit dem internationalen Sozialismus vorbehalten sein sollte, wurden im wesentlichen drei Aufgaben zugedacht: Aufbau einer verbindlichen Rechtsordnung für den internationalen Verkehr, effektive Sicherung des Friedens und Aufbau eines sozialistischen Wirtschaftsraumes. Man dachte sich das künftige Europa als sozialistische Einheit unter einer kollegial besetzten, nach elitären Prinzipien auserwählten Regierungsmannschaft und einer internationalen Gerichtsbarkeit[221]. Das Ideal eines sozialistischen (Markt)Wirtschaftsraumes sah die Förderung des internationalen Wettbewerbs vor, indem „unter Bevorzugung der sozialistischen Staaten" das europäische Schutzzollsystem nivelliert würde[222]. In der Senkung der Außenzölle sah der ISK eine „wichtige Waffe" der Sozialistischen Republik, um europäischen Produkten den Zugang zu anderen Märkten zu verschaffen[223]. Der Bund war primär als „enges Militär- und Wirtschaftsbündnis"[224] geplant, dem durch eine Erziehung zur „Achtung der Rechte und der Kultur anderer Völker und Rassen" und durch „Förderung einer internationalen Hilfssprache, Esperanto"[225], ein internationales Bewußtsein zugrunde gelegt werden sollte.

Das wichtigste Anliegen des ISK war in den frühen Exiljahren die Entwicklung einer starken Exekutive des Staatenbundes[226], um der internationalen Rechtsordnung zur Durchsetzung zu verhelfen und Friedensstörer zur Rechenschaft zu ziehen, „statt ihnen bloß Wünsche zu überbringen"[227]. Als

[219] HART [d. i. Eichler], Kollektive Sicherheit, in: SW, 12. Jg. (24. 12. 1937), S. 697.
[220] Vgl. die Erörterung der Problematik Südosteuropas in Eichlers Brief an Dierksen [d. i. Auerbach] vom 3. 4. 1938, AsD, Bestand IJB/ISK, Box 35. Der dort genannte Name Max Herb war ein Pseudonym des Pazifisten und SAP-Mitglieds Eugen Brehm. Zu den Übereinstimmungen zwischen Eichler und Brehm siehe das Kapitel „Europa im Exil", Punkt 2.
[221] Die Sozialistische Republik 1937, S. 23.
[222] Ibid. S. 30.
[223] Ibid. Anm. 28.
[224] Ibid. S. 24.
[225] Ibid.
[226] Inwiefern die Völkerbundarmee ein von der Frage einer starken Exekutive separates „anderes Problem" darstellen soll, wie BEHRING, Demokratische Außenpolitik 1999, S. 424, meint, bleibt unklar. Insbesondere handelt es sich bei der vom ISK anvisierten internationalen Polizei gerade um einen klassischen Teil der Exekutive.
[227] HART [d. i. Eichler], Krieg dem Kriege und der Staaten-Anarchie, in: SW, 9. Jg. (August 1934), S. 97.

geeignetes Instrument wurde auf einem Themenabend im April 1934 eine „internationale Polizei oder Völkerbundarmee – das heißt eine Armee im Dienste des Völkerbundes“[228] angesehen. Ohne näher zwischen den allgemeinen Funktionen von Polizei und Armee zu unterscheiden, hielt das Besprechungsprotokoll fest, daß der Völkerbund zur Sicherung des internationalen Rechts unbedingt eines Machtinstruments bedürfe, „ohne das er auf jeden Fall eine lächerliche Einrichtung ist“[229]. Voraussetzung der Schaffung einer solchen Völkerbundarmee sei die Abrüstung der Nationalarmeen auf die niedrigste Friedenspräsenzstärke. Die Völkerbundarmee selbst sollte nicht aus nationalen Truppenkontingenten bestehen, sondern eine wahrhaft internationale Armee sein, die entsprechend ihrem umfassenden Auftrag über weltweit verstreute Standorte verfügen müsse. Gleichzeitig wurde eine Verpflichtung des Soldaten, gegen sein eigenes Land zu kämpfen, einhellig abgelehnt. Offen blieb in der Diskussion der Verteilungsschlüssel für die von den Mitgliedstaaten zu entsendenden Truppenteile[230]. Einig waren sich die Anwesenden jedoch darüber, daß die militärische Leitung der Völkerbundarmee in die Hand „zuverlässige[r] Pazifisten und gleichzeitig fähige[r] Generäle“ gelegt werden sollte[231], während die politische Leitung in Übereinstimmung mit dem autoritären Führungsverständnis des ISK einem von den Regierungen unabhängigen Komitee mit „rechtlich bekannten hervorragendsten Menschen aller Nationen“ zu übertragen sei[232]. In einem gewissen Widerspruch zu dem dezidiert internationalen Ansatz der geplanten Völkerbundarmee stand die mehrheitlich unterstützte Auffassung, daß jeder Völkerbundsoldat in einem solchen Land zu stationieren sei, „mit dessen Bevölkerung sich sein Volk nicht sehr freundschaftlich steht“[233]. Damit konterkarierte der ISK seine vehemente Ablehnung nationaler Orientierungsmaßstäbe mit einem zutiefst nationalstaatlich verwurzelten Denken, auch wenn der Gedanke der Nation dabei mit einem negativen Vorzeichen versehen wurde.

Wurde auf der internen Besprechung vom April 1934 der Gedanke einer starken Völkerbundarmee recht detailliert diskutiert und auf einen politischen Konsens gebracht, nimmt sich der Ruf des offiziellen ISK-Programms von 1937 nach der „endgültige[n] Abschaffung aller einzelstaatlichen Heere, an deren Stelle eine internationale Gerichtsbarkeit und Polizeitruppe treten soll“[234], eher lapidar aus, was teilweise mit der notwendig zugespitzten

228 Gérard, Protokoll der Aussprache vom 2. April 1934 abends. Thema: Internationale Polizei, S. 1, AsD, Bestand IJB/ISK, Box 8.
229 Ibid.
230 Auf den Vorschlag, dem Verteilungsschlüssel die Bevölkerungsstärke der Mitgliedstaaten zugrunde zu legen, konnten sich die Teilnehmer nicht einigen (ibid.).
231 Ibid. S. 2.
232 Ibid.
233 Ibid.
234 Die Sozialistische Republik 1937, S. 23.

Kürze eines Parteiprogramms zu erklären ist. Dennoch wartete der ISK in den Jahren von 1934 bis 1937 mit einem durchdachten, wissenschaftlich fundierten Konzept eines sozialistischen Weltbundes auf, das sich durch seine antimarxistische, das Völkerrecht hoch haltende Grundlage in wichtigen Bereichen von dem linkssozialistischen Konsens unterschied.

### *1.7. Deutsche Volkssozialistische Bewegung (DVB)*

Am 5. Februar 1936 gründeten der ehemalige Kommunist Hans Jaeger, der Sopade-Grenzsekretär Arthur Arzt und der bürgerlich-liberale Journalist Fritz Max Cahén die Deutsche Volkssozialistische Bewegung. Schon das politische Spektrum der Gründer zeigt anschaulich die Zielsetzung dieser Partei: die „Sprengung der Scheidewände zwischen rechts und links" zugunsten einer „Dritten Front"[235]. Durch die Wiederbelebung nationaler Traditionen[236] sollte die Arbeiterbewegung gegen künftige nationalistische Verlokkungen des Faschismus gewappnet werden, um so einen erneuten Einbruch des Nationalsozialismus in die Arbeiterschaft zu verhindern. Als linkes Pendant der von Otto Strasser geführten Schwarzen Front wurde die Aufgabe der Volkssozialisten darin gesehen, von der sozialistischen Seite der politischen Parteienlandschaft die Synthese aus nichtmarxistischem Sozialismus und nationalrevolutionärer Bewegung vorzubereiten[237] – nach Jaegers Auffassung „die Synthese, auf die Millionen warten"[238]. Jaeger zufolge ist der Begriff „Volkssozialismus" zwar von ihm selbst geprägt, der Öffentlichkeit jedoch erstmals von dem ebenfalls volkssozialistisch inspirierten Sozialdemokraten Wenzel Jaksch vorgestellt worden, der von seinem Freund Otto Strasser in Kenntnis gesetzt worden war[239]. Nicht zufällig bestanden anfänglich enge Kontakte zu Strassers Schwarzer Front, mit der die Volkssozialisten am 10. Januar 1937 ein gemeinsames Manifest der „Deutschen Front gegen

[235] Jaeger, Weder links noch rechts, sondern Neue Front!, 17. 11. 1938, S. 8. Es handelt sich hierbei um ein unveröffentlichtes achtseitiges Typoskript eines Beitrages für die von Münzenberg herausgegebene Zeitschrift *Die Zukunft*. Jaeger schickte den Entwurf mit Datum vom 17. 11. 1938 an den Chefredakteur der *Zukunft*, Werner Thormann. In seinem Begleitschreiben gab Jaeger in Hinblick auf die gemeinsame antinazistische Grundhaltung der DVB und des Kreises um die *Zukunft* seiner Hoffnung auf eine Veröffentlichung Ausdruck und argumentierte: „Es liegt ja sicher in der Absicht keiner Bewegung oder Gruppe, um sich Chinesische Mauern zu errichten." Typoskript und Begleitbrief finden sich in dem bislang kaum beachteten Redaktionsarchiv der *Zukunft* in den Archives nationales, F7 15123, M. I/J.

[236] Vgl. RÖDER, Sozialistische Exilgruppen ²1973, S. 63.

[237] Jaeger, Weder links noch rechts, sondern Neue Front!, 17. 11. 1938, S. 8, ANF, F7 15123, M. I/J: „Diese Dritte Front ist überall im Werden. Für die deutsche Opposition wird sie sichtbar von rechts durch die Schwarze Front, von links durch die Volkssozialisten, die auf nationaler, volksmäßiger und sozialistischer Basis zueinander fanden."

[238] Ibid.

[239] Vgl. den Verweis auf eine Mitteilung Jaegers vom 30. 3. 1965 bei RÖDER, Sozialistische Exilgruppen ²1973, S. 64, Anm. 157.

den Hitlerismus" verabschiedeten[240]. Doch sollte diese Kooperation noch 1937 an internen Überwerfungen und Jaegers dezidiertem Antinationalismus zerbrechen[241]. Nachdem Arzt sich in Großbritannien der Gruppe um Karl Höltermann angeschlossen und Cahén in den USA den Anschluß an die Bewegung verloren hatte, fand Jaeger seit Ende 1939 vor allem in der aktiven Mitarbeit des Pazifisten und SAP-Gründungsmitgliedes Eugen Brehm wertvolle Unterstützung. Verbindungen bestanden auch zu Wilhelm Sollmann in den USA, der innerhalb der Exil-SPD für den volkssozialistischen Gedanken warb und bisweilen in Strassers Organ *Die Deutsche Revolution. Europäische Blätter der Dritten Front* publizierte[242].

Auch Karl Otto Paetel verfolgte mit den von ihm selbst herausgegebenen *Blättern der Sozialistischen Nation* einen volkssozialistischen Ansatz mit dem Ziel einer „Front Deutscher Sozialisten, unbeschadet [...] des differierenden organisatorischen Ursprungs von ‚rechts' oder ‚links'"[243]. Paetel sah sich durch die Annexion Österreichs einer „großdeutsch-faschistischen Realität von heute" ausgesetzt, der die „Parole des großdeutschen Sozialismus von morgen" entgegenzustellen sei. Der Anschluß selbst sei ein „absolut progressiver, notwendiger und selbstverständlicher Schritt", der nur dadurch diskreditiert werde, daß er zugleich dem Faschismus eine Frieden gefährdende Erweiterung seiner Machtbasis beschere[244]. Langfristig war Paetels Gruppe Sozialistische Nation jedoch kaum Resonanz gegönnt, während die Volkssozialistische Bewegung recht öffentlichkeitswirksam vorging und mit einigen programmatisch aufschlußreichen Dokumenten aufwartete.

*Sozialismus und Abendland* Eines der bedeutendsten Dokumente der DVB ist ein Referat zur Frage der europäischen Föderation, das Fritz Max Cahén auf der ordentlichen Sitzung der Volkssozialistischen Bewegung am 19. Juni 1936 vortrug[245]. Darin skizzierte Cahén „das deutsche Zukunftsideal des

[240] Vgl. die knappe Darstellung zur anfänglichen Kooperation zwischen Volkssozialisten und Schwarzer Front bei RÖDER, Sozialistische Exilgruppen [2]1973, S. 63–70, hier S. 66.

[241] Die anfänglich bewußt angestrebte Zusammenarbeit mit dem linken Nationalsozialisten Strasser setzte Jaeger der Kritik anderer Emigranten aus und veranlaßte ihn zu einem ausführlichen Verteidigungsschreiben: Jaeger, Unser Gegensatz zu Otto Strasser, o. D., IfZ, NL Jaeger, ED 210/12.

[242] Vgl. z. B. den programmatischen Artikel von SOLLMANN, Einigung in Etappen, in: Die Deutsche Revolution, Nr. 13 (15. 7. 1937), S. 34–37.

[243] Unser Weg, in: Blätter der Sozialistischen Nation, Nr. XV/XVI (Sommer 1939), S. 1–2 (1).

[244] Großdeutscher Sozialismus, in: Blätter der Sozialistischen Nation, Nr. IX/XII (Spätsommer 1938), S. 2.

[245] Cahén, Europäische Föderation. Referat, gehalten am 19. 6. 1936 in der Sitzung der Volkssozialistischen Bewegung Deutschlands, IfZ, NL Jaeger, ED 210/9. Diese aufschlußreiche Quelle ist m. W. bis dato unbeachtet geblieben, obwohl sie wegen ihrer Ausführlichkeit und in Anbetracht des frühen Zeitpunktes ihrer Entstehung (1936!) erhöhte wissenschaftliche Aufmerksamkeit verdient. Selbst RÖDER, Sozialistische Exil-

Volkssozialismus", das außenpolitisch dem Nahziel Mitteleuropa und dem Fernziel der „wirtschaftliche[n] Blüte der Europäischen Föderation"[246] gewidmet sei. „Im Einverständnis mit den übrigen interessierten Mächten" sei es die Aufgabe Deutschlands, die konstruktive Idee Mitteleuropa aufzugreifen und zu einem freiwilligen Wirtschaftsverband zu organisieren[247]. Dieser mitteleuropäische Wirtschaftsverband werde dann als Vorstufe zu einer europäischen Großraumpolitik und Großraumwirtschaft fungieren[248].

Die Aufgaben einer Europäischen Föderation sah Cahén primär in einer Rückbesinnung und Stärkung der abendländischen Kultur in Verbindung mit der Errichtung eines sozialistischen Wirtschaftssystems. Ausgehend von der an Oswald Spenglers „Untergang des Abendlandes" erinnernde These von der Degeneration der Rassen, die „heute im Wesentlichen in ihrer Reinheit nicht mehr vorhanden" seien[249], schlußfolgerte Cahén, daß Völker und Nationen nunmehr Gegebenheiten seien, „mit denen der Politiker zu rechnen hat"[250]. In offener Ablehnung des nationalsozialistischen Rassenwahns stellte er zugleich klar: „Europa kann nicht an dem Wesen dieser oder jener Lang- oder Kurzschädelrasse genesen, es kann nur genesen, wenn es den Weg zu sich selbst findet, wenn es die Einheitlichkeit des Abendlandes schafft."[251] Mit dem Stichwort der Einheitlichkeit des Abendlandes schuf Cahén die typisch volkssozialistische Verknüpfung sozialistischer und konservativer Elemente. Der Journalist, der 1932 einige Bürgerlich-Liberale zur Bildung einer antinationalsozialistischen Gruppe zusammengerufen hatte, betonte, daß der europäische Großraum nicht nur *eo ipso* eine kulturelle Einheit sei, sondern „die Geburtsstätte der gesamten modernen Kultur"[252]. Hierin sah er eine besondere Verpflichtung des Sozialismus, „dem Abendland durch die Organisierung des Europabundes die wirtschaftliche Blüte und damit seine alte kulturelle Führerstellung" zu sichern[253].

Cahén ließ keinen Zweifel an der geographischen Zugehörigkeit Großbritanniens und Rußlands zum europäischen Kontinent, differenzierte aber hinsichtlich der Frage der politischen Zugehörigkeit, die er im Ergebnis unbeantwortet ließ. Beide Staaten seien Vorposten anderer Großräume, Großbritannien für das Commonwealth und die Sowjetunion für den asiatischen Großraum. Anders als Großbritannien sei die Sowjetunion kulturell nicht Europa zuzurechnen. Doch sei auch Großbritannien auf Grund seiner globalen Ausrichtung „schon fast europafern", zumal es in Ottawa 1932 offen

gruppen ²1973, der sich eingehender mit den Volkssozialisten beschäftigt, läßt dieses Dokument unerwähnt.

246 Ibid. S. 7.
247 Ibid. S. 3f.
248 Ibid. S. 4.
249 Ibid. S. 1.
250 Ibid.
251 Ibid. S. 5f.
252 Ibid. S. 2.
253 Ibid. S. 6.

für das Weltreich „und damit in großem Umfang gegen Europa optiert" habe[254]. Dennoch wandte sich das Gründungsmitglied der Volkssozialistischen Bewegung gegen eine antirussische oder antibritische Tendenz des künftigen Staatenbundes und begründete dies in der nachfolgenden Diskussion mit dem Hinweis, daß alle Möglichkeiten offengehalten werden müßten. Man könne nicht so weit gehen, die beiden Länder auszuschließen[255].

Aus seiner zentralen Position folgte für Cahén eine dreifache Vermittlungsaufgabe Mitteleuropas. Politisch gelte es, das Gleichgewicht zwischen „östlichen Formen der Diktatur und den westlichen Formen der Demokratie" zu finden und zu halten. In wirtschaftlicher Hinsicht stehe vor allem der Ausbau der europäischen Infrastruktur in Vorbereitung auf eine europäische Großraumwirtschaft an. Und schließlich komme Mitteleuropa die soziale Funktion zu, Europa zu neuen Gesellschaftsformen zu verhelfen: „Denn das Hirn der deutschen sozialistischen Wirtschaftsplanung ist berufen, ein zentraler Brennpunkt der europäischen Wirtschaftsplanung überhaupt zu werden. Die Umgestaltung des balkanisierten Europas zu einem einheitlichen Wirtschaftsorganismus kann nicht an der Peripherie einsetzen, sie muß vom Kern her erfolgen."[256] Für die Volkssozialisten sollte der europäische Großraum in konzentrischen Kreisen erschlossen werden – beginnend in der Mitte, das heißt in Deutschland, bis hin zu den Außensphären, die durch Großbritannien und die Sowjetunion gebildet würden. Die auf diese Weise wachsende Europäische Föderation bedürfe des Leitbildes des „guten Europäers", das den überholten marxistischen Internationalismus ablösen und das Bekenntnis „zu Volk und Nation" sinnvoll ergänzen müsse[257].

Das wirtschaftliche Ziel des europäischen Sozialismus sah Cahén darüber hinaus in einer engen Verbindung des europäischen mit dem russischen Markt sowie einer „Verquickung zwischen der gesamteuropäischen und der russischen Planung"[258]. Zugleich werde eine europäische Planungskommission für die Beseitigung der Zollmauern und den gerechten Ausgleich zwischen den verschiedenen Wirtschaftsformen Europas sorgen. Damit setzte Cahén gerade kein einheitliches Wirtschaftssystem voraus, so daß für ihn eine Föderation der europäischen Staaten auch mit kapitalistischen Mächten denkbar war. An diesem Punkt setzte in der anschließenden Diskussion die Kritik ein, nur sozialistische Staaten könnten miteinander föderieren[259]. Da-

254 Ibid. S. 2.

255 Protokoll der Versammlung der Volkssozialisten am 19. 6. 1936, IfZ, NL Jaeger, ED 210/9. Cahén hatte sich in seinem Vortrag offen gegen die Konzeption Coudenhove-Kalergis ausgesprochen (vgl. S. 5 des Referates), der eine Beteiligung der Sowjetunion ebenso wie Großbritanniens vehement ablehnte.

256 Cahén, Europäische Föderation, 19. 6. 1936, S. 3, IfZ, NL Jaeger, ED 210/9.

257 Ibid. S. 2.

258 Ibid. S. 7.

259 Vgl. Protokoll der Versammlung der Volkssozialisten am 19. 6. 1936, IfZ, NL Jaeger, ED 210/9. An dieser Stelle wurde auch kritisch hinterfragt, wie eine deutsche Planwirtschaft mit einem nicht planwirtschaftlichen Europa kooperieren könne.

bei handelte es sich um eine kontinuierliche Streitfrage der sozialistischen Emigration, die in enger ideologischer Verbindung zur Auseinandersetzung zwischen den Anhängern des demokratischen und des revolutionären Sozialismus gesehen werden muß. Mit dem zusammenfassenden Ausruf „Frei Deutschland! heißt unsere Parole nach innen. Die Rettung des Abendlandes! lautet sie nach außen."[260] verschob Cahén im letzten Satz seines Vortrages die Parameter seiner Zukunftsvision zugunsten der Rettung der abendländischen Kultur, während der Sozialismus in diesem Kampfruf mit keiner Silbe mehr berücksichtigt wurde.

Mit Blick auf die relativ breite Streuung volkssozialistischen Gedankengutes innerhalb der deutschen Emigration kommt Cahéns Referat eine besondere Bedeutung zu. Als Gründungsmitglied der Volkssozialistischen Bewegung zeichnete er nicht allein im eigenen Namen, sondern gleichsam für die gesamte Partei eine europäische Zukunftsvision, die angesichts des frühen Entstehungszeitpunktes mit konkreten Details erstaunt und sich nicht mit unverbindlichen Schlagworten begnügt. Kennzeichnend für den volkssozialistischen Ansatz ist die Verknüpfung des Sozialismus mit dem Abendland-Gedanken konservativer Kreise, die in der Nation verwurzelt und auf der europäischen Ebene zu einem größeren Ganzen zusammengefügt werden sollten. Cahéns Beitrag setzt sich zudem als eine der wenigen Quellen aus der frühen Emigrationszeit mit der Frage der europäischen Grenzen auseinander und bemüht sich um eine differenzierte Annäherung an den ambivalenten Begriff „Europa".

### *1.8. Pazifisten*

Im Gegensatz zu dem in viele mehr oder weniger einflußreiche Gruppen zersplitterten sozialistischen Exil verfügten die exilierten Pazifisten über keine eigene identitätsstiftende Organisationsstruktur. Ihr politisches Engagement war im wesentlichen bestimmt durch die Eigeninitiative Einzelner, die sich – mit Ausnahme der Deutschen Freiheitspartei (DFP) – zumeist außerhalb der Exilorganisationen bewegten. Liberale Aktivisten aus dem organisierten Pazifismus der Weimarer Republik wie die beiden international renommierten Völkerrechtler Hans Wehberg und Walther Schücking oder der langjährige Vorsitzende der Deutschen Friedensgesellschaft Ludwig Quidde blieben im Exil ihren pazifistischen Idealen ebenso treu wie der Radikalpazifist Friedrich Wilhelm Foerster und die radikalen Linken Otto Lehmann-Russbueldt, Eugen Brehm, Kurt Hiller, Kurt Grossmann und Max Barth. Dennoch war gerade bei den links orientierten Pazifisten die Tendenz zu Beitritt oder Bildung eigener Aktionszirkel ausgeprägter, zumal diesem politischen Spektrum hinsichtlich der Anzahl sozialistischer Gruppierungen deutlich mehr organisatorische Möglichkeiten offenstanden. So bemühten sich Individuali-

[260] Cahén, Europäische Föderation, 19. 6. 1936, S. 7, IfZ, NL Jaeger, ED 210/9.

sten wie Hiller und Grossmann um die Sammlung Gleichgesinnter, konnten aber im Ergebnis nur auf einige Vortragsveranstaltungen verweisen, ohne allzu große Resonanz hervorgerufen zu haben[261].

Aus der pazifistischen Grundüberzeugung, daß eine wirksame Friedenssicherung entscheidend von internationalen Organisationen und Rechtssetzungen abhänge, hatten Pazifisten nach 1918 entscheidende Impulse zur Reform des Völkerrechts und zur Weiterentwicklung des Völkerbundes gegeben und seit 1920 vehement eine Reform des Völkerbundes diskutiert[262]. Dabei handelte es sich regelmäßig um Mitglieder der Deutschen Friedensgesellschaft[263], der Deutschen Liga für Menschenrechte und der Deutschen Liga für den Völkerbund. Diese Organisationen beeinflußten wiederum Abgeordnete der DDP, später der Deutschen Staatspartei, und der SPD.

Zu den Europaorganisationen wie der Paneuropa-Bewegung oder dem Verband für europäische Verständigung hatten die auf einen weltweiten Friedensbund konzentrierten pazifistischen Bewegungen zunächst eine kritische Distanz bewahrt, da sie die Friedenssicherung für regional nicht begrenzbar hielten. Später traten auch in den pazifistischen Diskussionen insbesondere die wirtschaftlichen Vorteile einer europäischen (Kon)Föderation in den Vordergrund, jedoch stets als regionale Ergänzung eines reformierten Völkerbundes[264].

Die pazifistische Kritik an den Schwächen des bestehenden Völkerbundes richtete sich primär gegen den uneingelösten Anspruch der Universalität, die fehlende souveräne Entscheidungsgewalt und die zahnlose Exekutive. Die Pazifisten vermißten die allgemeine Ächtung des Krieges und bemängelten in Verfahrensfragen den Einstimmigkeitszwang in den Entscheidungsgremien[265]. Stattdessen wurden intensive Überlegungen zu einer Demokratisierung und Föderierung des Völkerbunds angestellt.

Aufgrund dieser Vorleistungen mußte die überschaubare Gruppe der exilierten Pazifisten nicht erst mühsame Grundhaltungen entwickeln. Vielmehr blieben „die neue europäische Ordnung und der Völkerbund – symbolisiert durch Versailles und Genf – [...] die wesentlichen Ausgangspunkte aller

261 Dies schmälert keineswegs den Wert einzelner aus diesen Kreisen entstammender Quellen, sondern stellt lediglich auf die Effizienz des politischen Wirkens solcher Gruppen wie Hillers Freiheitsbund Deutscher Sozialisten oder Grossmanns Komitee für einen gerechten Frieden, ein demokratisches Deutschland und ein föderatives Europa ab.

262 Vgl. z.B. VALENTIN, Geschichte des Völkerbundgedankens in Deutschland 1920; QUIDDE, Völkerbund und Demokratie ²1922; Harry Graf KESSLER, Richtlinien für einen wahren Völkerbund ²1920; SCHÜCKING, WEHBERG (Hg.), Satzung des Völkerbundes ²1924.

263 Vgl. SCHEER, Friedensgesellschaft ²1983.

264 Vgl. ibid., S. 381–385.

265 Vgl. die prägnante Kurzdarstellung bei VOIGT (Hg.), Friedenssicherung 1988, S. 126.

Überlegungen zur künftigen Neugestaltung der europäischen Verhältnisse"[266].

*Reformierter Völkerbund* Heinrich Ströbel hatte schon 1934 ein europäisches System kollektiver Friedenssicherung gefordert, auf das alle Demokratien hinzuwirken verpflichtet seien[267], nachdem er unmittelbar nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten die von Hitler ausgehende akute Kriegsgefahr in klaren Worten aufgezeigt hatte[268]. In diesem Zusammenhang verwies er auf die seit Gründung des Völkerbundes erhobene Forderung nach einer starken Exekutive, der ein Zwangsmaßnahmenkatalog zur Verfügung stehen müsse, um ihre Entscheidungen wirksam umsetzen zu können.

In den Ruf nach einer Stärkung der Exekutive des Völkerbundes stimmten alle politischen Emigranten ein, die nicht die Abschaffung der gesamten Institution forderten. Insbesondere die auf der internen Besprechung des ISK vom Juni 1934 erörterte Idee einer Völkerbundarmee fand bei Hellmut von Gerlach rege Zustimmung[269]. Gerlach, ein Verfechter der deutsch-französischen Verständigung, hatte schon im September 1934 die Internationalisierung der Luftwaffe angeregt, die durch ein Monopol des Völkerbundes für die Militärluftfahrt gewährleistet werden sollte[270]. Auch Ströbel[271], Lehmann-Russbueldt und Moritz Julius Bonn[272] beschäftigten sich mit diesem Thema, das in den ersten Jahren des Exils im Vordergrund vieler Europadiskussionen stand[273]. Der Altvordere der pazifistischen Bewegung, Ludwig Quidde, mahnte eine europäische Konföderation an, „die keine nationalen Armeen mehr kennen soll, sondern alle militärische Macht der Bundesgewalt überträgt"[274] und proklamierte im Juni 1936 die sofortige Gründung eines neuen Welt-Völkerbundes[275]. Die frappierend klare Begrüßung einer Völkerbundarmee gerade durch Vertreter eines absoluten Pazifismus fand ihre

266 HOLL, Europa des pazifistischen Exils 1992, S. 273.
267 BÜCHNER [d. i. Ströbel], Die Schicksalsfrage Europas, in: Der Aufbau, 15. Jg., Nr. 16 (20. 4. 1934), S. 123 f.
268 STRÖBEL, Der Nationalsozialismus als Weltgefahr, in: Der Aufbau, 14. Jg., Nr. 11 (17. 3. 1933), S. 81 ff.
269 GERLACH, Völkerbundarmee trotz allem, in: Pariser Tageblatt (1. 3. 1935).
270 GERLACH, Neo-Pazifismus, in: Pariser Tageblatt (9. 9. 1934).
271 STRÖBEL, Programmatisches, in: Der Aufbau, 14. Jg., Nr. 37 (15. 9. 1933), S. 291 ff.; DERS., Wie ist der Krieg noch zu verhüten?, in: Der Aufbau, 16. Jg., Nr. 17 (26. 4. 1935), S. 131–133; DERS., Die Organisation der Friedenssicherung, in: Der Aufbau, 16. Jg. (31. 5. 1935), S. 169 ff.
272 BONN, Müssen Sanktionen versagen?, in: Pariser Tageszeitung (28. 6. 1936).
273 Andere europäische Fragestellungen wie zum Beispiel die europäische Minderheitenproblematik sollten erst 1938 in den Mittelpunkt des Interesses rücken, insbesondere durch Grossmann und Brehm.
274 Quidde, Das andere, wahre Deutschland, o. D., S. 22, BAK, NL Quidde, N 1212, Bd. 82.
275 Ders., Das Schicksal des Völkerbundes, o. D. [Juni 1936], S. 2, BAK, NL Quidde, N 1212, Bd. 81.

Fortsetzung in der Ablehnung der Appeasement-Politik. Zu Recht wird in der Literatur darauf hingewiesen, daß „entschiedene Vertreter eines pazifistischen Absolutismus in der Weimarer Republik [...] sich im Laufe der dreißiger Jahre zu ebenso dezidierten ‚Anti-Appeasern' und Befürwortern einer glaubwürdigen defensiven Rüstungspolitik Englands und Frankreichs wandelten"[276].

*Kurt Hiller: logokratische Internationalisierung* Einer der engagiertesten Pazifisten des Exils war Kurt Hiller. Der nichtmarxistische Sozialist stand in Verbindung zu Jaegers Volkssozialisten ebenso wie zum ISK, dessen Gründer Leonard Nelson er verehrte. Nelsons engsten Mitarbeiter und Nachfolger Willi Eichler hätte Hiller gerne als Kandidat einer vereinigten Linken für die Reichspräsidentenwahl 1932 gesehen[277]. Hiller war 1920 der Deutschen Friedensgesellschaft beigetreten und hatte dort eng mit Helene Stöcker zusammengearbeitet. Nach harten Auseinandersetzungen mit Fritz Küster und Friedrich Wilhelm Foerster um die politische Ausrichtung der Deutschen Friedensgesellschaft hatte der kompromißlose Pazifist und Sozialist 1926 die letztlich einflußlose Gruppe revolutionärer Pazifisten ins Leben gerufen, und Ende 1939 sollte er den Freiheitsbund Deutscher Sozialisten (FDS) gründen. Bis dahin aber äußerte er sich vornehmlich als extremer Individualist, ohne sich einer bestimmten politischen Gruppierung zuordnen zu wollen. In engem Kontakt mit Hiller stand der zunächst nach Skandinavien geflüchtete Journalist Max Barth, der wiederum in Briefkontakt mit Ludwig Quidde stand.

Der Nonkonformist Hiller verweigerte sich bewußt jeder Weltanschauung, denn „nur die Idee des Lebens selbst ist wert, das Leben kämpfend für sie einzusetzen". Seine Aufgabe sah er darin, im Exil die „Flagge der Autonomie des Geistes"[278] hochzuhalten und bekannte sich zum Pazifismus als einem Teil seiner „Welt-Wollung", die er terminologisch scharf von der Weltanschauung zu trennen wußte[279]. Deutschland fehle „die riesige Waage, inmitten alles Volks errichtet, auf der die nationalen Werte gegeneinander abgewogen werden. Sie fehlt, weil, von Afterphilosophen genährt, das herrscht, was Immanuel Kant genannt hat: ‚Misologie, das heißt Haß der Vernunft'."[280] Seine Schlußfolgerung hatte er schon 1921 in seinem Buch „Logo-

[276] HOLL, Europa des pazifistischen Exils 1992, S. 276.
[277] Vgl. STUHLMANN, Hiller im Exil 1998, S. 47.
[278] HILLER in einer Einführung zu einem Vortrag der Gruppe Unabhängiger Deutscher Autoren (GUDA), die Hiller 1939 als Gegenpart zu dem kommunistisch dominierten Freien Deutschen Kulturbund gegründet hatte; abgedruckt in: DERS., Leben gegen die Zeit 1969, S. 324.
[279] HILLER, Heroismus und Pazifismus. Aus einer Diskussion mit Nationalisten (Berlin, Anfang 1933, vor dem Reichstagsbrand), in: DERS., Ratioaktiv 1966, S. 99–105 (99).
[280] Ibid. S. 102. Bezeichnenderweise erschien dieser Beitrag in der letzten Ausgabe der Weltbühne am 7. 3. 1933, nur wenige Stunden vor dem Verbot dieser Zeitschrift und dem Beginn der Verfolgung Hillers durch die Nationalsozialisten.

kratie" dargelegt und kam nun erneut darauf zurück[281]. Statt der kantianischen Misologie müsse gerade die Vernunft zum nationalen Maßstab erhoben werden. In diesem Sinne setzte er sich unermüdlich für einen sozialistischen Idealstaat unter der Herrschaft des Geistes ein, dessen Parameter schon dem gegenwärtigen Klassenstaat abgefordert werden müßten: „Und wir haben ihm [dem Klassenstaat] das Maß von Vernunft, das Maß von Humanität, von Rücksicht gegen seine eignen Kinder, das Maß von Menschenschutzpolitik zuzumuten, das wir vom sozialistischen Idealstaat erwarten, für dessen Verwirklichung wir arbeiten."[282]

Als ein „Wahrheitssucher von unbezweifelbarem Ernst"[283] kämpfte Hiller für eine Internationalisierung der Konfliktbewältigung, sah aber keine Chance, dabei das nationale Sentiment übergehen zu können. In seiner beißend ironischen Diktion stellte er Anfang 1933 klar: „Die Nationen sind eine gegebene Tatsache und übrigens eine liebenswerte. [...] Deshalb ist die Frivolität gegenüber dem Nationalen eine Lästerung der Natur und, daß die Nationen verschwinden mögen, ein unfrommer Wunsch."[284] Ohne sich diesen unfrommen Wunsch auf die Fahne zu schreiben, forderte der sozialistische Pazifist eine Substitution der Kriege durch internationale Prozesse. Der Krieg sei nicht unumgänglich, sondern liege in der schlechten intellektuellen und moralischen Erziehung begründet[285]. Jeder Krieg schwäche die Substanz der Nation, wohingegen die Unterwerfung unter eine internationale Gerichtsbarkeit der Nation deutlich weniger schade[286]. Deshalb sei „schon dem Staat von heute das Aufgeben seiner ‚Souveränität', die Einordnung in ein System zwischenstaatlicher oder überstaatlicher Rechtsordnung zuzumuten, die Unterwerfung unter Sprüche eines internationalen Gerichts"[287]. Als entschiedener Gegner des bestehenden Völkerbundes wünschte sich auch Hiller eine internationale Organisation mit einer möglichst starken Exekutive, die auf der internationalen Ebene die Idee der Logokratie, der Herrschaft des Geistes und der Vernunft fortsetzen müsse. Allerdings ließ Hiller offen, ob dieses Staatensystem international oder supranational zu gestalten sei.

281 HILLER, Logokratie, Berlin 1921 sowie DERS., Geist werde Herr, Berlin 1920.
282 DERS., Heroismus und Pazifismus 1933, in: DERS., Ratioaktiv 1966, S. 99–105 (101).
283 So das Verdikt Rudolf Oldens in einem Referenzschreiben an den Präsidenten der American Guild for German Cultural Freedom, Hubertus Prinz zu Löwenstein, abgedruckt in: BERTHOLD, ECKERT, WENDE (Hg.), Deutsche Intellektuelle im Exil 1993, S. 299. Stuhlmann nutzte dieses Zitat als Überschrift für den Beitrag „Hiller im Exil" 1998.
284 HILLER, Heroismus und Pazifismus 1933, in: DERS., Ratioaktiv 1966, S. 100.
285 Ibid. S. 100f. Gegen die militaristische Heroisierung fand Hiller ebenfalls deutliche Worte: „Weil einer stirbt, ist er kein Held. [...] Weil er durch eine krepierende Granate krepiert, ist er kein Held. Weil einem das Vögelchen eines Maschinengewehrs ins Auge pickt, ist er kein Held. Weil giftiges Gas jemandem die Gewebe zerätzt und das Atmen verschlägt, bis er allmählich verreckt, ist er kein Held." (ibid.).
286 Ibid. S. 101: „An den Schwindel vom ‚Stahlbad' glaubt heute ja doch niemand mehr."
287 Ibid.

*Otto Lehmann-Russbueldt: „Schafft die Eidgenossenschaft Europa!"* Ein auf seine Weise ebenfalls radikal linker Pazifist war der Schriftsteller Otto Lehmann-Russbueldt, der trotz grundsätzlicher parteipolitischer Abstinenz sowohl zu Hillers FDS als auch zu Jaegers Volkssozialisten in Kontakt stand und sich 1941 der Parlamentarier-Gruppe um Karl Höltermann anschloß. Der ehemalige Generalsekretär der Deutschen Liga für Menschenrechte war in der Weimarer Zeit mit zahlreichen pazifistischen Publikationen an die Öffentlichkeit getreten und hatte sich insbesondere für die deutsch-französische Verständigung eingesetzt.

Im Exil gehörte er zu denjenigen Pazifisten, die der Appeasement-Politik zunehmend kritisch gegenüberstanden und vor diesem Hintergrund vor einer „Deform des Völkerbundes" warnte[288]. Gerade Großbritannien warf er vor, das Wort von der Reform des Völkerbundes zwar auf den Lippen zu führen, tatsächlich aber das europäische Schicksal rücksichtslos den eigenen Nationalinteressen zu opfern[289]. Doch sparte er auch nicht mit Kritik an den im Ersten Weltkrieg neutral gebliebenen Ländern. Denn insbesondere der Schweiz und den skandinavischen Staaten wollte Lehmann-Russbueldt die Wahrung der europäischen Idee anvertrauen, befürchtete aber für den erwarteten nächsten Krieg eine erneute Flucht dieser Länder in die Neutralität. Er forderte sie auf, sich über eine Abwehr des bevorstehenden deutschen Angriffs hinaus zu vergegenwärtigen, „daß nicht Deutschland allein das Problem ist, sondern daß die Ursachen zur Kriegsmöglichkeit vor allem auch in wirtschaftlicher Hinsicht aufgehoben werden müssen"[290]. Wie viele Emigranten von der europäischen Vorbildfunktion des schweizerischen Staatsmodells überzeugt, rief er den kleinen Staaten nahezu flehentlich zu: „Schafft die Eidgenossenschaft Europa!"[291] In der eidgenössischen Schweiz erkannte Lehmann-Russbueldt das „lebendige Symbol jenes Zustandes in Europa [...], der den sicheren Ausweg aus der drohenden Kriegskatastrophe eröffnet"[292]. Über die gegenwärtige Bedrohung durch das Dritte Reich hinaus projizierte er auf das eidgenössische Europamodell nicht nur die Zielsetzung langfristiger Friedenssicherung, sondern auch die wirtschaftliche Prosperität, derer jede Friedensplanung als unbedingte Voraussetzung bedürfe.

Als drittes Moment ist Lehmann-Russbueldts Äußerungen der kulturelle Aspekt der christlich-humanistischen Tradition zu entnehmen. Dies wird deutlich in seiner als rhetorische Frage verkleideten Aufforderung an diejeni-

[288] So der Titel eines Beitrages in der *Pariser Tageszeitung*: LEHMANN-RUSSBUELDT, Reform oder Deform des Völkerbundes?, in: Pariser Tageszeitung (28. 6. 1936), S. 1.
[289] Ibid: „Es besteht die Gefahr, daß die englische Politik unter Wahrung des schönen Scheines einer Reform dieses Zerstörungswerk vollendet, um wenigstens das britische Weltreich aus dem befürchteten Europakrieg mit unvermeidlich folgendem ‚Bolschewismus' herauszuhalten."
[290] LEHMANN-RUSSBUELDT, Wer rettet Europa? 1936, S. 43.
[291] Ibid.
[292] Ibid.

gen europäischen Staaten, die sich im Ersten Weltkrieg durch die Flucht in die Neutralität selbst der Verwirklichung der europäischen Idee beraubt hätten: „Habt ihr dadurch nicht den Ruf eures Landes als christliches Land, als Länder des Humanismus und der Kultur wieder gutzumachen?"[293]

Entgegen dem mehrheitlichen Trend der deutschen Emigration wandte Lehmann-Russbueldt gerade in den Jahren ab 1937/38 dem Europadiskurs desillusioniert den Rücken zu und widmete sich stärker der Mitarbeit in diversen politischen Diskussionszirkeln sowie der Publikation eigener Bücher, hauptsächlich zur deutschen Rüstungspolitik, zum preußischen Militarismus und zum Nationalsozialismus als gesellschaftlichem Phänomen[294]. Erst mit seinem 1948 erschienenen Werk „Europa den Europäern" schöpfte er wieder Hoffnung für eine europäische Einigung[295].

*Friedrich W. Foerster: Föderalismus und Christentum* In der geistigen Nachfolge des Föderalisten Constantin Frantz, der wie Proudhon den Föderalismus als durchgängiges Ordnungsprinzip verstanden hatte[296], stand Friedrich Wilhelm Foerster. In seinem 1937 publizierten fundamentalen Werk „Europa und die deutsche Frage"[297] sprach sich der Hochschullehrer für eine „Neuerweckung des Föderalismus als organisatorisches Völkerprinzip"[298] aus, um ihn dann mit den Grundaussagen des christlichen Glaubens zu verbinden[299], denn: „Daß das politische Völkerproblem in der letzten Tiefe ein religiöses und ein kirchliches ist, das ist die Schlußfolgerung all unserer Schlußfolgerungen."[300] Der christliche Glaube sei die eigentliche Geistesgrundlage des europäischen Völkerlebens, deren Neubelebung nun anstehe[301]. Der Nationalismus dagegen stehe der christlichen Idee diametral entgegen: „Es ist der entgeistigte, auf den Kopf gestellte, entchristlichte Mensch, der das Völkerchaos hervorgebracht hat."[302]

Anknüpfend an universalgeschichtliche Modellvorstellungen der Mystik und des Joachimismus, bemühte sich Foerster, der europäischen Geschichte in übersteigert religiösen und historisch verquasten Wendungen ein wiederkehrendes Moment zu verpassen: „Hitler ist der wiedererstandene Ferdinand

293 Ibid. S. 42.
294 Vgl. z. B. LEHMANN-RUSSBUELDT, Hitlers Wings of Death 1936; DERS., Landesverteidigung ohne Profit 1936; DERS., Der Krieg als Geschäft 1938; DERS., Neues Deutschtum 1939; sowie DERS., Aggression. The Origin of Germany's War Machine 1942.
295 LEHMANN-RUSSBUELDT, Europa den Europäern 1948.
296 Vgl. BÜLCK, Föderalismus 1964, S. 14, Anm. 34 a. E.
297 Bei HOLL, Europa des pazifistischen Exils 1992, S. 281 findet sich die Angabe, Foersters Buch sei schon 1935 publiziert worden. Meines Wissens ist jedoch eine frühere Ausgabe als die des Jahres 1937 nicht bekannt.
298 FOERSTER, Europa und die deutsche Frage 1937, S. 76.
299 Ibid. S. 509: „‚Ego sum Vita!' Christus ist der Staatengründer, Christus ist der Organisator: ‚Wer nicht mit mir sammelt, der zerstreuet'."
300 Ibid. S. 507.
301 Ibid. S. 80.
302 Ibid. S. 509.

II., der hoch in den Lüften den Kampf gegen Richelieu wieder aufnimmt, aber in einer neuen Phase, wo Ferdinand, wiederauferweckt, sich seinerseits mit dem nördlichen Protestantismus verbündet, um den Westen endgültig niederzuwerfen; Hitler begründet den neuen dreißigjährigen Krieg, will dessen Schutthaufen zum europäischen Schutthaufen erweitern. Der dreißigjährige Krieg wurde ja nicht entsühnt, der Weltkrieg wurde nicht entsühnt, alles geht weiter – bis dereinst der lebendige Christus dazwischen treten und die innerste geistige Überwindung des Vergangenen verwirklichen wird."[303] Aus diesem christlich-historischen Blickwinkel sah Foerster die Rettung Europas allein in einer Rückbesinnung auf die christliche Tradition: „Was fehlt und was allein retten kann, das ist das ganz Universale, Mütterliche, Zusammenfassende, Allgerechte, Allgütige, es ist die menschgewordene Gottheit, es ist die ‚mater gloriosa', wie sie im letzten Teile des ‚Faust' erscheint und der schuldbefleckten, nur auf sich selbst gestellten Manneskraft die Lösung aller Lösungen zeigt. Noch schweigt diese höchste rettende Macht."[304]

Für Foerster stellte der Föderalismus ein vielseitig verwendbares Lösungsmodell mit elementaren Scharnierfunktionen dar, insbesondere als Verbindungselement zwischen der nationalen und der internationalen Handlungsebene. Die Probleme des bestehenden Völkerbundes, den Foerster reformieren, aber nicht abschaffen wollte, seien darauf zurückzuführen, daß bislang der Übergang zwischen dem geschlossenen Nationalstaat mit seinem starren Souveränitätsbegriff und der offenen Weltföderation nicht gelungen sei[305]. In Übereinstimmung etwa mit Hilferding, Geyer und Stampfer vertrat auch der Pädagoge Foerster die Auffassung, daß nicht der Völkerbund versagt habe, sondern die auf ihr nationales Interesse fixierten Mitgliedstaaten – „und sie werden weiter versagen, weil in ihrer Mitte ein übernationales Wesen fehlt, das ein Gegengewicht gegen die Starrheit des Nationalkrampfes bilden und die Brücke zu übernationalen Organisationen schlagen könnte"[306]. Ein solches übernationales Wesen wäre in der Lage, die Nation mit dem Völkerbundgedanken zu versöhnen und ein übernationales Bewußtsein für die gemeinsamen Interessen wach zu halten[307].

Der föderale Gedanke, den das britische Commonwealth auf der globalen Ebene entwickelt habe, konnte nach Foersters Überzeugung ebenso auf die europäische Dimension übertragen werden. Als „einzig mögliche Synthese zwischen Eigengesetz und Gesamtgesetz"[308] sei das föderalistische Ordnungsprinzip in der Lage, Europa langfristig den Frieden zu sichern. Der gläubige Christ vertrat die Auffassung, daß der Niedergang Europas nur aufgehalten werden könne, indem seine christlich-abendländische Schlüsselpo-

303 Ibid. S. 499.
304 Ibid. S. 507.
305 Ibid. S. 78.
306 Ibid.
307 Ibid. S. 80.
308 Ibid. S. 77.

sition für die Welt neu entdeckt würde. In scharfer Wendung gegen den Nationalismus, in dem er „die Verstaatlichung des Wahnsinns, das rasende kollektive Ich"[309] erblickte, rief Foerster nach der sofortigen Heilung dieser europäischen „Krankheit". Er verlangte ein „göttliches Opfer", um die „abendländische Auflösung" aufzuhalten, die seines Erachtens der Kern des allgemeinen Weltübels sei[310]. Coudenhoves Paneuropa-Idee stimmte Foerster nur im Ansatz zu. Zwar seien kontinentale Föderationen notwendig als Vorbedingung für eine Weltföderation, doch sei für jede Föderation eine organische Entwicklung unumgänglich. Im Gegensatz zu Coudenhoves eher abstraktem Europabegriff müsse sich die europäische Föderation „von einem bestimmten Zentrum aus langsam wachsend ausbreiten"[311]. Aus einem antithetischen Denken heraus erblickte Foerster in Deutschland das für dieses Projekt geeignete Zentrum. Denn die deutsche Frage sei eine wesentlich europäische Frage, und die Entwicklung einer föderalen Ordnung müsse gerade dort beginnen, wo der Nationalismus seine stärkste Ausprägung zeige – „ist doch Deutschland der ausgewachsenste Ausdruck dieses Chaos, dieser Entgeistigung, dieses Ich-Wahns der Einzelnen und der Kollektivitäten"[312]. Allerdings begab sich Foerster in einen Widerspruch, wenn er an anderer Stelle desselben Werkes Österreich zur „Erweiterung des Zusammenschlusses der südosteuropäischen Völker und damit [...] Reorganisation Europas" aufforderte und ein „föderatives System der Donauvölker" anregte[313].

Friedrich Foersters christlich-abendländische Vision einer Rettung des nationalistisch gespaltenen Europas beruhte auf dem Axiom einer fortschreitend dekadenten, entchristlichten Welt und entsprach insoweit einer zum damaligen Zeitpunkt in bürgerlichen Kreisen weit verbreiteten Angst vor dem Untergang des Abendlandes. Aus diesem Denken heraus kam er in zunehmend antikommunistischer Diktion zu dem Schluß, daß Faschismus und Bolschewismus prinzipiell gleichzusetzen seien. Den Stalinismus dagegen meinte er als Rettung der Sowjetunion vor dem „Gift des westlichen Marxismus" definieren zu können, wenngleich sich sein christlich-abendländischer Pazifismus ideologisch von Grund auf unterschied[314]. Foerster formulierte stellvertretend für viele bürgerliche Emigranten ein pessimistisches Menschenbild, dem die Hoffnung auf christliche Erlösung entgegengehalten werden müsse. In Übereinstimmung mit dem politischen Linkskatholizismus er-

309 Ibid. S. 509.
310 Ibid: „Die Krankheit ist eine allgemeine und im besonderen Sinne, soweit es sich um ihren politischen Ausdruck handelt, eine europäische und muß europäisch geheilt werden. Sie muß es, weil ohne das auch die übrige Welt nicht genesen wird, die durch die abendländische Auflösung selber in fortschreitende Zersetzung geworfen ist. Nur im Geheimnis des göttlichen Opfers, das das Geheimnis der Selbsterhaltung für die Einzelnen und die Staaten ist, kann die europäische Selbstvernichtung ihr Ende finden."
311 Ibid. S. 80.
312 Ibid. S. 507.
313 Ibid. S. 464 f.
314 Ibid. S. 502.

kannte der individualistische Pazifist das allein Halt versprechende Ordnungsprinzip im christlichen Glauben, dem in staatsrechtlicher und völkerrechtlicher Perspektive der Föderalgedanke entspreche. Mit dieser logischen Verknüpfung zwischen Christentum und Föderalismus setzte Foerster einen ideengeschichtlich bedeutenden Meilenstein in der Genesis europäischer Zukunftspläne des Exils.

### *1.9. Liberale und Bürgerlich-Konservative*

Viele Gedanken des Pazifisten Foerster finden sich in den liberalen und bürgerlich-konservativen Kreisen der deutschen Emigration wieder. Hierzu zählt sowohl das ausgeprägte christlich-abendländische Bewußtsein als auch der nicht minder ausgeprägte Antikommunismus. Doch Foersters vehementen Antinationalismus vermochte zumindest in der ersten Phase des Europadiskurses kaum ein Liberaler oder gar Konservativer zu teilen. In einem Aufruf der Anfang 1936 in Paris gegründeten Deutschen Freiheitspartei, die als Sammelbecken für Liberale, Pazifisten, Katholiken und Konservative gedacht war[315], hieß es: „Wir haben als nationale Deutsche mit dem Kommunismus nichts gemein und lehnen den roten Bolschewismus mit derselben Entschiedenheit ab, mit der wir uns aus der Umklammerung der braunen befreien wollen."[316] In treffender Selbstcharakterisierung bekannte man weiter: „Wappnen wir uns für den Tag, an dem wir die unwürdige, entehrende Tyrannenherrschaft brechen werden! Heil Deutschland!"[317] Sicherlich fand sich in solchen Formulierungen längst nicht jeder Liberale wieder. Doch war auch den linksliberalen Emigranten ein engeres Verhältnis zur deutschen Nation und ein stärkerer Glaube an die Idee des christlichen Abendlandes zu eigen[318]. Jedenfalls in ihren Europavorstellungen wiesen Linksliberale, Rechtsliberale, Bürgerlich-Konservative und der politische Katholizismus einige grundlegende Übereinstimmungen auf, so daß eine gemeinsame Darstellung an dieser Stelle vertretbar ist.

Das einzige bedeutende Organisationsforum der exilierten Pazifisten war die Deutsche Freiheitspartei (DFP), die jedoch schon kurz nach der durch

315 Zur Organisationsgeschichte der DFP vgl. BOUVIER, Deutsche Freiheitspartei 1969.
316 Aufruf der Deutschen Freiheitspartei, o. D. [1936/37]. Anlage zu einem Brief Warendorfs an Schwarzschild vom 19. 7. 1937, BAB, NL Schwarzschild, N 2277/4, Bl. 5, VS.
317 Ibid.
318 Dies belegt unter anderem der konservative Sprachgebrauch, der sich auch bei unabhängigen Linksliberalen wie Leopold Schwarzschild, einem kritischen Querdenker des Exils, wiederfindet: „Es gibt, politisch, keine Emigration. Es gibt nur eine Zusammenhäufung einzelner Emigranten, deren keiner etwas vom anderen weiß, keiner etwas vom anderen wissen will, und die politisch, wie im Vergrößerungsspiegel, nur den Zustand der traurigen Zerweichung und Entmännlichung des Landes, aus dem sie kamen, konterfeien."; SCHWARZSCHILD, Das Bedürfnis nach Seeschlangen, in: NTB, 2. Jg., H. 1 (6. 1. 1934), S. 10–13 (12).

die Besetzung Frankreichs erzwungenen Sitzverlegung nach London 1940 ihre Aktivitäten einstellte[319]. Ihr hoch gestecktes Ziel, ein eigenes Widerstandsnetz aufzubauen und eine nichtsozialistische Volksfront zu bilden, wurde weit verfehlt. Doch ist es vor allem dem ehemaligen Sonderbeauftragten für die Bekämpfung des Nationalsozialismus, Carl Spiecker, zu verdanken, daß mit den zumeist wohl von ihm verfaßten *Deutschen Freiheitsbriefen* sowie der ab Januar 1938 herausgegebenen Zeitschrift *Das Wahre Deutschland* einige erwähnenswerte Gedanken dieses Kreises an die Öffentlichkeit gelangten.

Beeinflußt durch Spieckers konservativen Kurs vertrat die DFP trotz ihres breit gestreuten Adressatenkreises in den Jahren 1933 bis 1937 ein primär nationales Programm. Im Vordergrund stand die Selbstversicherung national orientierter Wertvorstellungen: „Die Demokratie, der sie [die DFP] dienen will, muß und wird eine Demokratie der eisernen Selbstbehauptung, der Manneszucht, der nationalen Disziplin, der sozialen Gerechtigkeit und des gerechten Friedens sein. [...] Sie verlangt ein deutsches Reich auf dem tragenden Fundament der Gerechtigkeit und der Freiheit."[320] Möglicherweise unbewußt knüpfte man mit den beiden letztgenannten Schlagworten an das Parteiprogramm der DDP aus dem Jahre 1919 an, in dem „Gerechtigkeit und Freiheit" auch als Grundlage der völkerrechtlichen Beziehungen angestrebt worden war, ohne jedoch das Selbstbestimmungsrecht der Völker in Frage zu stellen. Stattdessen sollte gerade das Selbstbestimmungsrecht dem „Zusammenschluß aller deutschen Stämme" den Weg ebnen. Dementsprechend dachte man sich den Völkerbund als Plattform einer internationalen Kooperation, die das Ausmaß einer „internationalen Arbeitsgemeinschaft" nicht sprengen sollte[321].

Hatte die liberale DDP 1919 den Völkerbundgedanken gerade einmal erwähnt, den Europagedanken dagegen völlig ignoriert, behielten die exilierten Liberalen diese national definierte Grundhaltung vorerst bei und beteiligten sich erst ab Herbst 1938 allmählich am Europadiskurs des deutschen Exils[322]. Nur wenige bürgerlich-liberale Emigranten bemühten sich schon früher um die europäische Frage, unter ihnen die Schriftsteller Heinrich Mann und Leopold Schwarzschild.

*Heinrich Mann: Souveränitätsverzicht zugunsten eines europäischen Gesamtstaates* Heinrich Mann hatte sich im französischen Exil zeitweilig klar zum Sozialismus bekannt. Doch kann er vor dem Hintergrund seiner Biographie und der späteren Abkehr von sozialistischen Grundaussagen nicht als

[319] Vgl. BOUVIER, Deutsche Freiheitspartei 1969, S. 27–38.
[320] O. T., in: Deutscher Freiheitsbrief, Nr. 16, Bl. 2 RS.
[321] Programm der Deutschen Demokratischen Partei vom Dezember 1919, abgedruckt in: MOMMSEN (Hg.), Parteiprogramme 1961, S. 508–514 (510).
[322] Vgl. den Beitrag: Europas schwarzer Tag, in: Das Wahre Deutschland (Oktober 1938), S. 1–3.

überzeugter Sozialist im eigentlichen Sinn bezeichnet werden. Vielmehr ergaben sich seine Sympathien für den Sozialismus aus seinem kompromißlosen Antifaschismus und einem allgemeinen Gerechtigkeitsstreben, das politisch eher als linksliberal kategorisiert werden kann. Mann selbst charakterisierte sich selbst als antifaschistischer Radikaldemokrat[323] und „revolutionärer Pazifist"[324]. Für Schriftsteller stellte das Dritte Reich eine verspätete Auflehnung der Deutschen gegen Europa dar[325]. Daher forderte der Vorsitzende des Vorläufigen Ausschusses zur Vorbereitung einer deutschen Volksfront in seinen Ergänzungsvorschlägen für ein von Emil Julius Gumbel erarbeitetes Programm der deutschen Volksfront: „Republik, Sozialismus, Selbstregierung des Volkes werden niemals in Frage gestellt: besonders aber nicht die internationale Einordnung des Deutschen Volksstaates. Bei hoher Strafe soll niemand sich ‚national' oder ‚deutsch' nennen dürfen zum Zweck eines Angriffes auf den Staat oder seine Angehörigen."[326] Hier wird Manns strikter Antinationalismus deutlich, der durch seine sozialistische Annäherung in dieser Zeit noch verstärkt wurde. Der antinationalistischen Haltung entsprang die Forderung nach dem obligatorischen Beitritt Deutschlands zu einem europäischen Staatenbund, der als Regionalorganisation wiederum dem Völkerbund untergeordnet sein müsse[327]. Dabei hoffte der renommierte Schriftsteller auf einen Völkerbund der „gesammelte[n] Weltdemokratie"[328], den er sich – in gewissem Widerspruch zu seinem dezidierten Antinationalismus – als freies, unabhängiges „Parlament der Nationen" vorstellte, statt als Versammlung der Regierungen[329]. In Ergänzung zu Gumbels Minimalprogramm einer deutschen Volksfront, das in außenpolitischer Hinsicht lediglich den Wiedereintritt Deutschlands in den Völkerbund vorsah[330], ging Mann auch auf die europäische Frage ein. Er befürwortete eine „Synchroni-

[323] Vgl. z. B. H. MANN, Es kommt der Tag, o. D. [Mai 1936], in: DERS., Verteidigung der Kultur ²1973, S. 179–187 (186): „Der Sturz des Dritten Reiches ist gewiß. Feststehen muß im voraus das Grundgesetz der revolutionären Demokratie. Hier ist es. Sie folgt auf eine Pöbelherrschaft, sie wird ein Regime der sittlichen Erziehung sein."

[324] DERS., Das Friedenstreffen, o. D. [Juli 1936], in: DERS., Verteidigung der Kultur ²1973, S. 197–202 (202).

[325] DERS., Es kommt der Tag, o. D. [Mai 1936], in: DERS., Verteidigung der Kultur ²1973, S. 187.

[326] Ders., Vorschlag für Ergänzungen des Gumbel'schen Minimalprogramms der Deutschen Volksfront, o. D. [1936], S. 1, AsD, Bestand PV-Emigration Sopade, M. 194; auch abgedruckt bei LANGKAU-ALEX, Volksfront 1977, S. 180–182.

[327] Ibid.

[328] H. MANN, Es kommt der Tag, o. D. [Mai 1936], in: DERS., Verteidigung der Kultur ²1973, S. 187.

[329] DERS., Wehrt euch!, o. D. [Mai 1939], in: DERS., Verteidigung der Kultur ²1973, S. 350.

[330] Gumbel, Minimal-Programm der Deutschen Volksfront, o. D. [1936], Punkt 19, AsD, Bestand PV-Emigration Sopade, M. 194.

sierung" der europäischen Regime[331] und die anschließende Gründung eines europäischen Gesamtstaates mit einer übernationalen Regierung. Nach der erfolgreichen Etablierung hätten die Mitgliedstaaten in vollem Umfang auf ihre Souveränität zu verzichten[332]. Dies entsprach Manns allgemeiner Wahrnehmung der internationalen Beziehungen, die „in Fluß gekommen" seien. Hoffnungsfroh meinte er feststellen zu können, daß die Staaten sich ohnehin „dem Interesse der Gesamtheit zu fügen haben, und auch internationale Beschlüsse werden nur noch kollektiv gefaßt werden"[333].

Für den Präsidenten der Deutschen Freiheitsbibliothek war die „irgend erreichbare Vereinheitlichung Europas" die sicherste Gewähr für die Bewahrung des kollektiven Friedens[334]. Staatliches Aggressionspotential sollte frühzeitig durch die konsequente Umsetzung des Volksfrontgedankens gebrochen werden können: in jedem Land eine nationale Volksfront „und alle zusammen nur eine einzige Welt-Volksfront"[335]. Darüber hinaus erkannte Mann die identitätsfördernde Funktion einer vereinigten Wirtschaft: Besser als auf dem Papier einer Verfassung könne die Freiheit des Menschen „durch die „Normalisierung der Wirtschaft" gesichert werden[336]. Dies umso mehr als das Hauptmotiv der aggressiven nationalsozialistischen Außenpolitik die „Unfähigkeit und der böse Wille angesichts der Wirtschaftsfragen des Landes"[337] sei.

*Leopold Schwarzschild: Bund europäischer Nationen statt Völkerbund* Eine herausragende Rolle in der liberalen Vorkriegsemigration spielte der linksliberale Publizist Leopold Schwarzschild, der die bis 1940 erschienene, politisch einflußreiche Zeitschrift *Das Neue Tage-Buch* herausgab und selbst zahlreiche ihrer Beiträge verfaßte. Schwarzschilds publizistisches Hauptanliegen war die eindringliche Warnung vor der seitens des Dritten Reiches drohenden Kriegsgefahr, die allein durch eine willensstarke und kompromißlose Opposition der europäischen Staaten abgewendet werden könne. Früh hatte er den

331 H. MANN, Das Friedenstreffen, o. D. [Juli 1936], in: DERS., Verteidigung der Kultur ²1973, S. 201.

332 Ders., Vorschlag für Ergänzungen des Gumbel'schen Minimalprogramms der Deutschen Volksfront [1936], S. 1, AsD, Bestand PV-Emigration Sopade, M. 194: „Nachdem das Ziel einer überstaatlichen Leitung Europas erreicht ist, begibt sich der Deutsche Volksstaat ausdrücklich seiner Souveränität zugunsten des europäischen Gesamtstaates."

333 DERS., Der Wert des Friedens, o. D. [Januar 1936], in: DERS., Verteidigung der Kultur ²1973, S. 188–190 (190).

334 Ders., Vorschlag für Ergänzungen des Gumbel'schen Minimalprogramms der Deutschen Volksfront [1936], AsD, Bestand PV-Emigration Sopade, M. 194, S. 1.

335 DERS., Der Wert des Friedens, o. D. [Januar 1936], in: DERS., Verteidigung der Kultur ²1973, S. 190.

336 DERS., Es kommt der Tag, o. D. [Mai 1936], in: DERS., Verteidigung der Kultur ²1973, S. 186.

337 DERS., Das Friedenstreffen, o. D. [Juli 1936], in: DERS., Verteidigung der Kultur ²1973, S. 200.

synergetischen Effekt eines geeinten antifaschistischen Exils erkannt, wenngleich er etwas zu optimistisch meinte, ihn auf alle europäischen Staaten ausdehnen zu können[338]. Schwarzschilds Kriegswarnungen wiesen zugleich auf die zu befürchtenden Auseinandersetzungen um die europäische Hegemonie hin, die ein bisher ungekanntes Ausmaß anzunehmen und die europäische Idee endgültig zu begraben drohten. In seiner radikalen Reduzierung des internationalen Geschehens auf die europäische Machtfrage verlangte Schwarzschild eine breite antifaschistische Solidarität jenseits aller ideologischen Trennlinien. Die blutige Niederschlagung des österreichischen Arbeiteraufstandes am 6. Februar 1934 war ihm ein typisches Zeichen der Zeit, das ihn zu dem erbitterten Ausruf veranlaßte: „Es ist Krieg! Das ist es, was nicht begriffen wird. Was seit Jahren nicht begriffen wird. Ein Krieg um die Herrschaft über Europa!"[339]

Sein auf den europäischen Kontinent fixierter Blickwinkel führte dazu, daß Schwarzschild sich kaum mit dem Völkerbundgedanken auseinandersetzte, dessen ersten Realisierungsversuch er mit der gängigen Kritik als schwach und unzuverlässig verurteilte. In dem „vagen Nebel des Völkerbund-Vertrages" fehle eine verbindliche Definition des Angriffskrieges als Bündnisfall ebenso wie ein Katalog möglicher Sanktionsmaßnahmen[340]. Daher setzte er sich vorzugsweise mit den konkreten Möglichkeiten einer europäischen Einigung auseinander, die er anstelle des „papiernen Welt-Völkerbundes" implementiert sehen wollte. Im Gegensatz zu Heinrich Mann lehnte Schwarzschild einen europäischen Einheitsstaat ab und propagierte stattdessen einen „konkret verklammerte[n] Bund der europäischen Nationen", dessen Gründung nach dem Ende des Ersten Weltkrieges versäumt worden sei[341]. Die Funktion der Nationalstaaten würde sich innerhalb dieses europäischen Bundes auf die autonome, aber souveränitätslose Selbstverwaltung reduzieren[342]. Als wichtigste Bundesaufgabe sah auch Schwarzschild die Erhaltung des bundesinternen Friedens und die Bündelung der ökonomischen Kräfte. In seinem Verfassungsentwurf, den er auftragsgemäß im Februar 1936 dem Vorläufigen Ausschuß zur Vorbereitung einer Deutschen Volksfront vorlegte, postulierte er: „Jede Außenpolitik, die auf Krieg abzielt, ist schon aus diesem Grund ein Verbrechen."[343] Wie sich der Publizist den Umgang mit Angreiferstaaten in den eigenen Reihen des europäischen Bundes

[338] SCHWARZSCHILD, Die Parole Pan-Europa, in: NTB, 3. Jg., H. 20 (18. 5. 1935), S. 465–467 (466): „In der Tat ist der Kontinent seit einigen Monaten in einen Zusammenschluß-Prozeß geraten, der noch vor kurzem ganz undenkbar gewesen wäre. Europa vollzieht eine ‚Gleichschaltung' gegen Hitler."

[339] DERS., Österreich, in: NTB, 2. Jg., H. 8 (24. 2. 1934), S. 176–179 (177).

[340] DERS., Stresa, in: NTB, 3. Jg., H. 15 (13. 4. 1935), S. 345–349 (346).

[341] DERS., Die Parole Pan-Europa, in: NTB, 3. Jg., H. 20 (18. 5. 1935), S. 467.

[342] Ibid.

[343] Schwarzschild, Verfassungsentwurf für Deutschland, o. D. [1936], BAB, NL Schwarzschild, N 2277/6, Bl. 26–28 (26).

vorstellte, wird in einer Stellungnahme zur Stresa-Konferenz 1935 deutlich[344]. Dort wurden die Minister aufgefordert, alternativ ein einziges Bündnis oder eine lückenlose Kette von Individualbündnissen „rings um den Angriffs-Drohenden" zu errichten. Insofern war für den linksliberalen Emigranten nicht die Friedensüberzeugung der Pazifisten oder Sozialisten entscheidend, sondern allein das tatsächliche Friedensergebnis. Hierfür reichte grundsätzlich ein erzwungener Friede aus[345]. In demselben Artikel findet sich auch ein Vorschlag für die geographische Zusammensetzung eines solchen Total-Bündnisses, das sich auf Frankreich, Belgien, England, Italien, Rußland, die baltischen Staaten, die Kleine Entente und den Balkanbund erstrecken sollte. Die geographische Ausweitung der hilfsweise zu bildenden Regionalbündnisse dagegen müßte sich vornehmlich an den europäischen Gefahrenzonen orientieren[346]. Von dieser geographischen Grundkonstellation, die noch die Sowjetunion als wichtigen Machtblock berücksichtigte, sollte Schwarzschild im Gefolge der Moskauer Prozesse und des deutsch-sowjetischen Nichtangriffspaktes wieder abrücken, um einem dezidiert antibolschewistischen Europabild Raum zu geben.

Die zweite Bundesaufgabe lag in der Bündelung der europäischen Wirtschaftsmacht. Schwarzschild, der dem Lutetia-Komitee als Vertreter der bürgerlichen Emigration angehörte, sah in seinem Verfassungsentwurf auch insoweit die Verwirklichung der Vereinigten Staaten von Europa vor, um den Wohlstand zu fördern und „die verschiedenen Sonder-Aspirationen einzelner Länder" endgültig dem Wohl der Allgemeinheit unterzuordnen[347]. 1935 resümierte er: „Von Paneuropa heute zu reden, darüber nachzudenken, Kräfte dafür zu sammeln und Pläne zu systematisieren, ist Vorbereitung für eine der positivsten Unternehmungen, die im Laufe der Geschichte je möglich waren."[348]

In einer ausführlichen Auseinandersetzung mit dem Paneuropagedanken verhehlte Schwarzschild nicht seine grundsätzliche Sympathie, gab dem Projekt jedoch kaum eine Chance auf Realisierung. Erst in ferner Zukunft sei es denkbar, daß sich ein europäisches Zusammengehörigkeitsgefühl herausgebildet haben werde, mit dessen Initialkraft das momentan nur politisch-militärisch definierte, gegen Deutschland gerichtete Europa sich zu einem „staatsrechtlich-wirtschaftlichen Pan-Europa" werde entwickeln können[349].

Für das Verständnis seines Europabildes ist Schwarzschilds Haltung zur UdSSR elementar. Von Beginn an betrachtete er die Sowjetunion als eine Diktatur, die dem nationalsozialistischen Regime in Deutschland geistesver-

344 DERS., Stresa, in: NTB, 3. Jg., H. 15 (13. 4. 1935), S. 345–349.
345 Ibid. S. 345.
346 Ibid. S. 346.
347 Schwarzschild, Verfassungsentwurf für Deutschland, o. D. [1936], Punkt 4, BAB, NL Schwarzschild, N 2277/6, Bl. 26–28 (27f.).
348 DERS., Die Parole Pan-Europa, in: NTB, 3. Jg., H. 20 (18. 5. 1935), S. 465.
349 Ibid. S. 466.

wandt sei. Vor diesem Hintergrund beobachtete Schwarzschild mit großer Beunruhigung die Entwicklung in Österreich. Ein Sieg des Austrofaschismus würde Österreich seiner europäischen Funktion als Keil zwischen der deutschen und der sowjetischen Diktatur entheben und Westeuropa der Gefahr aussetzen, unter sowjetischen Einfluß zu geraten[350]. Rußland gehöre nicht zu Europa, so daß die Frage, ob es zu Paneuropa gehören solle oder nicht, letztlich eine rein „religiöse Debatte" sei[351]. Es gebe auch für die Sowjetunion keine Veranlassung, „an den komplizierten Verein des alten Kontinents angeschlossen zu werden". Dennoch schloß Schwarzschild eine spätere Integration der UdSSR nicht aus[352]. Unabhängig von der Frage der Integration in einen europäischen Staatenverband unterstrich Schwarzschild die eminent wichtige Bedeutung einer strategischen Einbindung dieses internationalen Machtfaktors in die antinationalsozialistische Abwehrfront. Dabei erkannte er, daß der internationale Faktor Sowjetunion auf die „geistige und materielle Verfassung Europas und der Europäer" großen Einfluß ausübte[353].

Diese rein machtpolitische Betrachtung der sowjetischen Position im internationalen Staatengefüge wich ab 1937 einem harschen Antikommunismus[354]. Zutiefst erschüttert nahm Schwarzschild die Nachrichten über die Moskauer Prozesse entgegen und konstatierte: „Das Erlebnis schien zunächst nur zerstören zu können. Der Glaube und die Hoffnung von Millionen wurden erschüttert. Gute Freundschaften wurden zersprengt, hohes Ansehen wurde vertan."[355] In der Folge beobachtete Schwarzschild „ein tiefes Nachdenken", das nicht zuletzt ihn selbst zu der grundlegenden Revision seines rein machtpolitisch definierten Verhältnisses zur UdSSR zwang: „Gewissen erforschen sich selbst, Ideologien werden nachgeprüft, das Erlebnis wirkt wie ein Licht, das viel Dunkles neu beleuchtet – und zögernd noch, aber allerwärts beginnen Begriffe wieder zum Leben zu erwachen, die verblaßt erschienen waren, formalistische Schablonen, fragwürdige Postulate einer illusionären Welt. Ja, es ist wahr: Worte wie Freiheit, Recht, Demokratie klingen für viele infolge des Moskauer Lehrgangs plötzlich wieder mit neuem Klang."[356] Sicherlich auch aus Enttäuschung über den Kommunismus, den er 1935 noch als eine der beiden „Positivitäten" für Europa bezeichnet hatte, steigerte sich Schwarzschilds Haltung zum Sowjetregime zu einer

[350] SCHWARZSCHILD, Österreich, in: NTB, 2. Jg., H. 8 (24. 2. 1934), S. 178.
[351] DERS., Die Parole Pan-Europa, in: NTB, 3. Jg., H. 20 (18. 5. 1935), S. 466.
[352] Ibid.
[353] DERS., Hinrichtung, in: NTB, 5. Jg., H. 25 (19. 6. 1937), S. 584–588 (585).
[354] Eine gut recherchierte Darstellung des antikommunistischen Denkens bei Schwarzschild bietet BROUSSEAU, Das Neue Tage-Buch 1999, S. 47–62. Brousseaus Analyse verdient auch deshalb Beachtung, weil er durchgängig und aufschlußreich das Thema des Sammelbandes, „Der Europadiskurs in den deutschen Zeitschriften" bedient. Ein Vorzug, den leider nicht jeder der Beiträge dieses Sammelbandes aufweist.
[355] SCHWARZSCHILD, Die alte Wahrheit, in: NTB, 5. Jg., H. 7 (13. 2. 1937), S. 155–157 (155).
[356] Ibid.

tiefen Verachtung[357], die letztlich jegliche Unterschiede zwischen dem Nationalsozialismus und dem Bolschewismus nivellierte. Beide Ideologien seien „derselbe Dreck, derselbe Stank, dieselbe Lepra", die „in dieselbe Niedrigkeit und auf denselben Schindanger" führten wie jede andere Diktatur[358].

Während die liberale Vorkriegsemigration zumindest mit Heinrich Mann und Leopold Schwarzschild zwei engagierte Teilnehmer des Europadiskurses aufweisen konnte, sind aus konservativen Kreisen oder dem Umfeld des politischen Katholizismus kaum europarelevante Quellen bekannt – sieht man von Emigranten wie Friedrich Wilhelm Foerster ab, die ihre (christlich-) konservative Grundeinstellung mit einem aktiven pazifistischen Engagement verbanden und deshalb an anderer Stelle zu behandeln sind.

Für den politischen Linkskatholizismus stritten insbesondere die emigrierten Publizisten Werner Thormann, Hubertus Prinz zu Löwenstein und Walter Dirks, wobei vor allem die beiden Erstgenannten ab 1938 zu europapolitischen Fragen Stellung bezogen[359]. Für den rechten Flügel des politischen Katholizismus kann insbesondere auf die ehemaligen Zentrumspolitiker und Reichskanzler Heinrich Brüning und Josef Wirth verwiesen werden. Doch während sich der in die Schweiz emigrierte Wirth im Rahmen des Arbeitskreises Das Demokratische Deutschland hin und wieder auch mit der europäischen Frage auseinandersetzte, zog sich Brüning in der Emigration völlig aus dem politischen Leben zurück und verweigerte bis zum Schluß jede Mitarbeit.

Zur Einschätzung der Exilforschung, aus dem konservativ-katholischen Exil seien wegen des kleinen Personenkreises und der fehlenden Kommunikationsstruktur nur vereinzelt Stellungnahmen zur internationalen Nachkriegsordnung abgegeben worden[360], ist ergänzend zu bemerken, daß sicherlich auch die betont nationale Ausrichtung in der Außenpolitik eine intensive Beschäftigung mit einem geeinten Europa verhindert hat. Selbst ein Jahr nach dem Abschluß des Locarno-Paktes war der Vizepräsident des Reichstages und Zentrumsabgeordnete Johannes Bell außer Stande gewesen, in einem Grundsatzartikel zur deutschen Außenpolitik die Europaidee auch nur zu

[357] Zur Entwicklung der antikommunistischen Haltung Schwarzschilds vgl. auch SCHWARZSCHILD, Zwei Despotien, in: NTB, 5. Jg., H. 34 (21. 8. 1937), S. 800–805 und H. 35 (28. 8. 1937), S. 825–831 sowie DERS., Die Pandorabüchse, in: NTB, 5. Jg., H. 46 (13. 11. 1937), S. 1089–1094.

[358] SCHWARZSCHILD, Hinrichtung, in: NTB, 5. Jg., H. 25 (19. 6. 1937), S. 585. Der KPD warf er die sarkastische Bemerkung hinterher: „Es scheint, als ob viele es diesmal schon einsähen, und das wäre wahrlich kein geringer Gewinn. Für die, deren Augen sich auch jetzt noch nicht öffnen, bleibt nichts übrig, als weiter auf Stalin zu vertrauen."

[359] Thormann war seit 1939 Chefredakteur der von Willi Münzenberg herausgegebenen Zeitschrift *Die Zukunft*. Sein erster europapolitischer Beitrag erschien unter dem Titel: Umgrenzung der Aufgabe, in: Die Zukunft (21. 10. 1938), S. 6 f. Löwenstein meldete sich im August 1939 mit einem aufschlußreichen Artikel in der Neuen Weltbühne zu Wort: LÖWENSTEIN, Nach Hitlers Fall, in: Die Neue Weltbühne, XXXV. Jg., Nr. 31 (3. 8. 1939), S. 958–962.

[360] Vgl. VOIGT (Hg.), Friedenssicherung 1988, S. 181.

erwähnen[361]. Erst 1927 wurde in einem Manifest der Zentrumsfraktion die Rückkehr des deutschen Volkes „in eine europäische zwischenstaatliche [sic!] Rechtsordnung" angeregt[362]. Doch war damit nicht mehr als die Retablierung der europäischen *balance of power* gemeint, denn eines stand fest: „In der Einordnung in die gegebene Solidarität der Völker darf und soll das Wesen unserer eignen Nation nicht verdunkelt werden."[363]

### *1.10. Nationalkonservative*

Es bedarf kaum einer Erwähnung, daß nur äußerst wenige Nationalkonservative den Weg ins Exil suchten, da sie sich entweder der nationalsozialistischen Bewegung angeschlossen hatten oder zumindest eine Kooperation mit dem Hitler-Regime anstrebten. Zu Recht ist darauf hingewiesen worden, daß selbst nach der Röhm-Affäre die nationalkonservative Emigration kaum Zuwachs erhielt[364]. Gerade bei einer Untersuchung des Europadiskurses im Exil jedoch stößt man unweigerlich auf zwei Emigranten, die schon aufgrund ihrer erklärten nationalsozialistischen Vergangenheit die Aufmerksamkeit ihrer exilierten Schicksalsgenossen erregten: Otto Strasser und Hermann Rauschning. Beide, einst überzeugte Parteigänger Hitlers, teilten eine betont nationale, antidemokratisch-konservative Grundhaltung. Doch während sich der ehemalige Danziger Senatspräsident Rauschning im Exil endgültig vom Nationalsozialismus lossagte[365], bemühte sich Strasser, den linken Nationalsozialismus seines 1934 ermordeten Bruders Gregor zu neuem Leben zu erwecken. Zu diesem Zweck hatte er schon im September 1931 die Schwarze Front (SF) gegründet, die er im Prager Exil neu gründete. Unter Verwertung jungkonservativen, nationalsozialistischen und sozialistischen Gedankengutes bemühte sich Strasser, eine neue, nationalrevolutionäre Richtung vorzugeben[366].

*Otto Strasser: Europa zwischen Faschismus und Bolschewismus* Als eine der schillerndsten Gestalten des deutschen Exils schieden sich an Otto Strasser die politischen Geister. Die von der SAP herausgegebene Zeitschrift *Neue*

361 BELL, Zentrumsgedanken zur deutschen Außenpolitik, in: Europäische Gespräche, H. IV (April 1926), S. 175–182.
362 Nationalpolitisches und Sozialpolitisches Manifest der Zentrumsfraktion des Reichstages vom 21. 1. 1927, abgedruckt in: MOMMSEN (Hg.), Parteiprogramme 1961, S. 493–498 (495). Vgl. ferner die skizzenhaften Stichworte bei JOOS, Die politische Ideenwelt des Zentrums 1928, insb. S. 10, 23, 56–60.
363 Nationalpolitisches und Sozialpolitisches Manifest der Zentrumsfraktion des Reichstages vom 21. 1. 1927, abgedruckt in: MOMMSEN (Hg.), Parteiprogramme 1961, S. 493–498 (495).
364 Vgl. VOIGT (Hg.), Friedenssicherung 1988, S. 188.
365 Vgl. seine Abrechnung mit Hitler: RAUSCHNING, Revolution des Nihilismus ²1939.
366 Vgl. z. B. STRASSER, Unsere Außenpolitik, in: Die Deutsche Revolution 9, Nr. 3 (27. 5. 1934), S. 1–2 (2).

*Front* charakterisierte Strasser in einer Rezension seines Buches „Deutsche Bartholomäusnacht" als „ein Unikum: ein Nationalist, der Antifaschist zugleich, ein Antimarxist, der gleichzeitig Antikapitalist, ein Konservativer, der Revolutionär ist"[367]. Die Gruppe Neu Beginnen sprach der Schwarzen Front Strassers jegliche langfristige Bedeutung ab, warnte aber zugleich vor dem drohenden Einbruch solch volkssozialistischer Strömungen in die Arbeiterbewegung, wie sie die sudetendeutsche Sozialdemokratie unter Wenzel Jaksch schon propagiere[368]. Der sozialdemokratische Pazifist Kurt Grossmann verurteilte 1949 in der Zeitschrift *Jewish Frontiers* die Schwarze Front als ein „adventurous and dangerous movement" und Strassers politische Philosophie als „weird combination of nationalism and Bolshevism"[369]. Vor dem Hintergrund erster Meldungen über ein Wiedererstarken des Nationalismus in Deutschland befürchtete Grossmann: „Should his sixth or seventh application for a passport to the Fatherland be one day approved, Otto Strasser might become the rallying figure for the Neo-nazism prevalent in an alarming degree in Germany – only three years after its 'unconditional surrender'."[370] Der Sozialist und Querdenker Kurt Hiller dagegen veröffentlichte zusammen mit Otto Strasser am 30. Januar 1938 eine gemeinsame Erklärung gegen das Hitler-Regime und einigte sich mit ihm auf einen Grundkonsens für die Neuordnung Deutschlands nach Hitler[371].

Strasser selbst sah sich in der geistigen Nachfolge Mazzinis, der den nationalen Sozialismus als vierte Variante des Sozialismus neben Marxismus, Bolschewismus und religiösem Sozialismus begründet habe[372]. Vorbildfunktion hatte für den emigrierten National-Sozialisten der tschechoslowakische Präsident Thomas Masaryk, den er überaus verehrte und zum Führer eines neuen Europas stilisierte[373]. Inhaltlich stand Strasser mit der Schwarzen Front mitten im Kampf gegen das Hitlersystem und berief sich dabei auf

[367] DERS., „Deutsche Bartholomäusnacht", in: Die Neue Front 3, Nr. 21 (Anfang November 1935), S. 2.

[368] Parteivorstand an „Werte Genossen!", Rundschreiben, 29. 9. 1936, IISG, NL Hertz, S11, M. Q, Bl. 6 sowie die möglicherweise von Paul Hertz verfaßte Denkschrift: Arbeitersozialismus oder Nationaler Sozialismus? Zur Auseinandersetzung mit Otto Strasser, 1937, IISG, NL Hertz, S11, M. R, Nr. 2,
Bl. 1–4, insb. Bl. 2ff.

[369] GROSSMANN, The Career of Otto Strasser, in: Jewish Frontiers (June 1949), S. 20–25 (21f.).

[370] Ibid. S. 25.

[371] Die Erklärung ist zum Beispiel abgedruckt bei HILLER, Zum Thema Otto Strasser, in: DERS., Köpfe und Tröpfe 1950, S. 143–152 (144–148).

[372] STRASSER, Masaryk 1938, S. 203.

[373] Mit einem bedingungslosen *Ita est* beschwor Strasser, ibid. S. 274, die Weisheit Masaryks: „Wir hören die klagenden, anklagenden Worte des weisen Lehrers – und nach jedem Satz spricht die Stimme unseres Gewissens tonlos und schuldbewußt: ‚so ist es'!" Am Ende des Werkes findet sich ein jubilierendes „So war dieser T. G. Masaryk! Das lehrte dieser T. G. Masaryk! Dazu forderte er uns auf, dieser T. G. Masaryk!"; ibid. S. 280.

zwei ideologische Stützen: den Deutschen Sozialismus und die „Überzeugung, daß die Politik Hitlers eine Gefahr für die nationale Existenz Deutschlands und für die Zukunft Europas darstellt und auch bei vorübergehenden Siegen nicht geeignet ist, eine dauerhafte Neuordnung Europas zu begründen"[374]. Entsprechend seinem autoritär-elitären Gesellschaftsverständnis verstand Strasser die Schwarze Front als intellektuelle Vorhut einer „Dritten Front" zwischen Faschismus und Bolschewismus[375]. Innenpolitisch finde sich die „Dritte Front" zwischen der „liberal-marxistisch-bolschewistische[n] Volksfront" und der „konservativ-national-sozialistische[n] Deutsche[n] Front" wieder, ohne dabei wie die „sozialdemokratisch-gewerkschaftliche Gruppe hin und her zu schwanken"[376]. Im Gleichklang mit der politischen Position seiner Schwarzen Front formulierte der agile Nationalsozialist den dreifachen Schlachtruf: „Nationale Freiheit! Soziale Gerechtigkeit! Europäische Zusammenarbeit!"[377], den er seinen Anhängern in den Jahren von 1934 bis 1937 in ständiger Wiederholung zurief. Diesen drei politischen Schlagworten wurde ein Verhaltenskodex der kämpferischen Disziplin, der ritterlichen Haltung und einer „neuen religiösen und wahrhaft konservativen Weltanschauung" zugeordnet[378].

Im Gegensatz zu Hermann Rauschning, der sich erst ab 1938 aktiv in die Europadebatten des Exils einschaltete, formulierte Strasser gerade in den frühen Jahren der Emigration wesentliche Grundzüge seines Europabildes. Er setzte sich zunächst in Prag, später in Paris und schließlich in Lateinamerika für eine den ganzen europäischen Kontinent erfassende, wörtlich verstanden national-sozialistische Revolution ein. Als deren Vorkämpfer heroisierte er Thomas Masaryk und ab Juni 1934 seinen beim sogenannten Röhm-Putsch ermordeten Bruder Gregor Strasser als Bannerträger des wahren, unverfälschten Nationalsozialismus[379]. Diese revolutionäre Bewegung sollte nach seinen Vorstellungen in ein – nicht näher spezifiziertes – gemeinsames Europa münden, dessen gemeinsame Wurzeln in den „völkischen, geopoli-

374 KAP, Denkschrift über den Kampf der Schwarzen Front nach dem Anschluß Österreichs, o. D. [Mitte März 1938], S. 1, NL Strasser, IfZ, ED 118/20.

375 STRASSER, Die Dritte Front, in: Die Deutsche Revolution, 11. Jg., Nr. 39 (25. 10. 1936), S. 1 f. (2).

376 DERS., Aufgaben und Möglichkeiten, in: Die Deutsche Revolution, 12. Jg., Nr. 13 (15. 7. 1937),
S. 38–41 (38).

377 Z. B. STRASSER, Unsere Außenpolitik, in: Die Deutsche Revolution, 9. Jg., Nr. 3 (27. 5. 1934), S. 2; DERS., Die Dritte Front, in: Die Deutsche Revolution, 11. Jg., Nr. 39 (25. 10. 1936), S. 2; DERS., Aufgaben und Möglichkeiten, in: Die Deutsche Revolution, 12. Jg., Nr. 13 (15. 7. 1937), S. 40.

378 DERS., Wird Europa gerettet? Ein hoffnungsvoller Ausblick, in: Die Deutsche Revolution, 12. Jg., Nr. 9 (Mai 1937), S. 1.

379 Vgl. z. B. [STRASSER], Gregor Strasser – der deutsche Sozialist, in: Die Deutsche Revolution, 9. Jg., Nr. 9 (8. 7. 1934).

tischen, wirtschaftlichen, geschichtlichen und kulturellen Gegebenheiten" der „große[n] Gemeinsamkeit des Abendlandes" zu sehen seien[380].

Strassers Abendland-Begriff ist zunächst ebenso durch die kulturhistorische Identifikation geprägt wie die (christlich-)abendländische Vorstellung der Liberalen und Bürgerlich-Konservativen[381]. Doch erhält er eine besondere Konnotation durch die Verknüpfung mit der völkischen Idee, die nach Strassers Interpretation die verschiedenen Völker zwar als gleichrangig ansieht, jeder „Völkerfamilie" aber einen anderen göttlichen Auftrag zuweist[382]. In dem sichtlichen Bemühen, sich von dem Antisemitismus des Hitlerregimes abzugrenzen, rief Strasser den Lesern seiner Zeitschrift *Die Deutsche Revolution* 1934 zu: „Der Antisemitismus ist tot – Es lebe die Völkische Idee!"[383] Dahinter stand die wenig überzeugende Taktik, sein Verständnis der völkischen Idee als die eigentlich deutsche Version darzustellen, während Julius Streichers Antisemitismus diese Idee verfälsche und schände. In Verbindung mit seinem Selbstverständnis als Repräsentant des wahren Nationalsozialismus ergab sich daraus ein gewagter Spagat: „Der Nationalsozialismus aber hat mit dieser unvölkischen, undeutschen, unmenschlichen Lüge dieses antisemitischen Kampfes nichts zu tun."[384]

Strassers Nationalsozialismus liegt neben dem Abendlandgedanken und der völkischen Idee als dritte Komponente der sogenannte Deutsche Sozialismus zugrunde – einem Zusammenspiel des kapitalistischen Prinzips der Privatinitiative und des marxistischen Prinzips der Vergesellschaftung der

380 STRASSER, Unsere Außenpolitik, in: Die Deutsche Revolution, 9. Jg., Nr. 3 (27. 5. 1934), S. 1.

381 Vgl. etwa den pragmatischen Vorschlag des SF-Mitarbeiters JANESCHITZ, Garantien für den Völkerfrieden, in: Die Deutsche Revolution, 11. Jg., Nr. 41 (8. 11. 1936), S. 2: „Statt imperialistisches Mobilisierungsmaterial soll man auf den Hochschulen Europas lieber eine Literatur über fremde Völker, Sprachen, Sitten, Lebensgewohnheiten usw. in lebendiger dynamischer Sprache, leicht für jedermann faßlich, bringen. Dadurch wird die eigene Stellung innerhalb des eigenen Raumes begriffen und hierdurch auch die Stellung anderer Völker. Sind diese geistigen und seelischen Grundlagen geschaffen, dann werden auch alle anderen Fragen, die heute Europa so arg bedrängen, gelöst werden können."

382 [STRASSER], (Leitartikel), in: Die Deutsche Revolution, 9. Jg., Nr. 5 (10. 6. 1934), S. 1. Der anonym publizierte Beitrag ist mit hoher Wahrscheinlichkeit von Strasser selbst verfaßt worden, der nicht nur in der Bewegung der Schwarzen Front die unumstrittene Führerpersönlichkeit war, sondern auch die inhaltlichen Vorgaben für *Die Deutsche Revolution* ersann. Gerade der Leitartikel war regelmäßig ihm selbst vorbehalten. Dafür sprechen auch die stilistischen Anlehnungen an den von Strasser gezeichneten Artikel: Unsere Außenpolitik, in: Die Deutsche Revolution, 9. Jg., Nr. 3 (27. 5. 1934), S. 1 f., der in anderem Zusammenhang ebenfalls die alte französische Formel für die Verkündigung des geblütsrechtlichen Herrschaftsübergangs nach dem Tod des Königs benutzt. Dort findet sich auch eine korrespondierende Darstellung der völkischen Idee, die die Welt in koexistierende, zueinander sich unorganisch verhaltende Völkerfamilien einteilt.

383 Ibid.

384 Ibid.

Monopolgüter, dessen Aufgabe die „Entproletarisierung des einzelnen Menschen und die gesicherte Bedarfsdeckung für die Gemeinschaft“[385] sei. Ziel des Deutschen Sozialismus sei eine nationale sozialistische Revolution, die eine „völlige Abkehr vom Geist des Imperialismus und Kapitalismus, offenbar gemacht im Aufbau eines sozialistischen Wirtschaftssystems und eines Volksstaates der Selbstverwaltung“, herbeiführen werde[386]. Im Gegensatz zur gängigen sozialistischen Revolutionsideologie verzichtete Strasser also auf eine Weltrevolution, sondern berief sich auf das seiner Ansicht nach antiimperialistisch strukturierte Selbstbestimmungsrecht der Völker, das jeden Übergriff auf andere Völker verbiete[387].

Aus der völkischen Fokussierung seiner Sicht folgte für Strasser: „Nicht Völkerbund – sondern Europabund“[388]. Ein Weltbund komme als Grundlage der internationalen Ordnung schon deshalb nicht in Betracht, weil dort verschiedene Völkerfamilien zusammenträfen, die lediglich einen der völkischen Idee widersprechenden „unorganischen“ Formalbund eingehen könnten[389]. Sinnvoll sei allein die Zusammenfassung von Gliedern ein und derselben Völkerfamilie. Daher sei ein vereinigtes Europa nur anstelle des Völkerbundes denkbar[390]. Da von der Frage der europäischen Einigung zugleich die Rolle Europas in der Welt abhänge, sei die Einigung unbedingt notwendig[391]. Vorrangig auf die wirtschaftliche Perspektive abstellend, konstatierte der eigenwillige Einzelkämpfer, daß nur ein Europabund in der Lage sei, den angestammten Platz des alten Kontinents als fünfter Weltwirtschaftsblock neben Rußland, dem Commonwealth, Amerika und Ostasien („Japan-China“) einzunehmen[392].

Der Jurist und Ökonom wähnte Europas geistige Entwicklung in einer Übergangsphase, die es als „Geburtswehen einer neuen Ordnung“ zu erken-

[385] STRASSER, Die Dritte Front, in: Die Deutsche Revolution, 11. Jg., Nr. 39 (25. 10. 1936), S. 1 f. Die Vision eines Wirtschaftssystems mit kollektivistischen und individualistischen Elementen weist einige bemerkenswerte Parallelen zu den ökonomischen Neuordnungsplänen des bürgerlich-konservativen Journalisten Edgar Stern-Rubarth auf, der in einem 1940 veröffentlichten Verfassungsentwurf für eine europäische Föderation eine Monopolisierung und Verstaatlichung aller das Existenzminimum gewährleistenden Güterproduktionen (Lebensmittel, Textilien, Energie, Unterkunft und medizinische Versorgung) anregte; vgl. STERN-RUBARTH, Exit Prussia 1940, insb. S. 214 f.

[386] STRASSER, Unsere Außenpolitik, in: Die Deutsche Revolution, 9. Jg., Nr. 3 (27. 5. 1934), S. 2.

[387] Strasser formulierte eine „leidenschaftliche Absage an den Imperialismus“ und versicherte: „Die sozialistische Revolution gibt auch dem eingefleischtesten Argwohn die Gewähr, daß dieses neue Deutschland niemals an die nationale Freiheit und innere Unabhängigkeit eines anderen Volkes rührt, sondern in Theorie und Praxis das Selbstbestimmungsrecht der Völker anerkennt.“ (ibid.).

[388] Ibid.

[389] Ibid.

[390] Euphorisch rief Strasser, ibid.: „Der Völkerbund ist tot – Es lebe die Europäische Föderation!“

[391] Ibid.

[392] Ibid.

nen gelte[393]. Diese neue Ordnung sei ebenso notwendig wie unausweichlich und werde die momentane ideologische Verwirrung zwischen Faschismus und Bolschewismus zugunsten einer synthetisierenden Dritten Front des wohlverstandenen Nationalsozialismus aufheben. Aus einer erklärtermaßen antiliberalen, antikapitalistischen und antiimperialistischen Haltung heraus forderte der „Gegenführer im Exil"[394] eine europäische Einigung auf der Grundlage nationaler Freiheit und planwirtschaftlicher Kooperation[395]. Auch in geostrategischer Hinsicht sei ein Umdenken notwendig. Die von Hitler angestrebte „London-Berlin-Rom-Linie" spalte den Kontinent und bedürfe daher einer strukturellen Substitution durch die kontinental zusammenfassende Linie „Paris-Berlin-Prag-Belgrad-Bukarest"[396].

Auch wenn Strasser die „endliche Befriedung Europas"[397] beschwor, so war sein eigentliches Motiv wohl weniger der Frieden als Selbstzweck, sondern die machtvolle Stärkung Europas in zumindest ökonomischer Frontstellung gegen die anderen vier Weltreiche. Daher legte er – im Unterschied zu seiner Nachkriegsposition – großen Wert auf eine „Rückversicherung bei der Sowjetunion"[398], deren weltweite Machtfülle er klar erkannte[399].

Ordnungspolitisch wählte auch Strasser das Vorbild der Schweiz und befürwortete eine Europäische Föderation nach Schweizer Muster. Damit sei insbesondere dem krisengeschüttelten Südosteuropa eine Zukunft als Kornkammer Europas und Impulsgeber einer neuen abendländischen Blüte gesichert[400]. Mit einem gewagten Spiel der Begriffe steigerte sich der SF-Mitarbeiter Johann von Buch zu der These: „Faschismus gleich Imperialismus – Nationalsozialismus gleich Föderalismus"[401]. Erneut wird die strikte Ab-

393 STRASSER, Wird Europa gerettet?, in: Die Deutsche Revolution, 12. Jg., Nr. 9 (Mai 1937), S. 1.

394 So der treffende Titel eines Aufsatzes von ZUR MÜHLEN, Der „Gegen-Führer" im Exil. Die Otto-Strasser-Bewegung in Lateinamerika 1985.

395 STRASSER, Unsere Außenpolitik, in: Die Deutsche Revolution, 9. Jg., Nr. 3 (27. 5. 1934), S. 2.

396 Ibid.

397 Ibid.

398 STRASSER, Alfred Rosenberg und das neue Europa. Der Leiter des Außenpolitischen Amtes der NSDAP als ‚Realpolitiker', in: Die Deutsche Revolution, 9. Jg., Nr. 25 (18. 10. 1934).

399 DERS., Unsere Außenpolitik, in: Die Deutsche Revolution, 9. Jg., Nr. 3 (27. 5. 1934), S. 2: „Wer zweifelt daran, daß diese Europäische Föderation, für deren Möglichkeit und Aufbau die Schweiz ein geradezu klassisches Muster darstellt, es ermöglicht, Europa noch einmal gleichberechtigt in die Reihe der gewaltigen Welt-Wirtschafts-Reiche zu setzen, deren Bildung deutlich sichtbar ist?! Wer zweifelt andererseits daran, daß ohne diese Europäische Föderation nicht nur machtpolitisch die Rolle Europas ausgespielt ist, sondern auch der Lebensstandard seiner Bevölkerung und die Höhe seiner Kultur hoffnungslos verloren sind?!"

400 Ibid.

401 BUCH, Der Faschismus und die Neugeburt Europas. Faschismus gleich Imperialismus – Nationalsozialismus gleich Föderalismus, in: Die Deutsche Revolution, 9. Jg., Nr. 11 (22. 7. 1934).

grenzung des eigenen nationalsozialistischen Verständnisses von Hitlers Faschismus deutlich, wobei sich Strasser mit seinem föderalistischen Anspruch in einen kaum zu überwindenden Widerspruch zu der gleichzeitig geforderten strikten Einhaltung des Nichteinmischungsprinzips und der Verweigerung jeglichen nationalen Souveränitätsverzichts begab[402].

Keinen Zweifel ließ der Gründer der Schwarzen Front an der Schlüsselposition Deutschlands, ohne dessen Freiheit eine europäische Zukunft undenkbar sei. Seinen Lesern wurde die Schwarze Front als „Avantgarde einer Wiedergeburt Europas durch die Wiedergeburt Deutschlands" präsentiert – „eine Wiedergeburt aus dem Geist des Abendlandes, der sich in der Deutschen Revolution erneuert unter den Parolen: nationale Freiheit, soziale Gerechtigkeit, europäische Zusammenarbeit!"[403] Deutschland müsse im Zeichen sozialistischer Wiedergeburt den Weg in die Gemeinschaft der abendländischen Nationen suchen[404]. Erst dann werde die Dritte Front das Ziel ihres Kampfes erreicht haben: „Das neue Deutschland im neuen Europa!"[405]

Strasser war kein Gegner des Nationalsozialismus, sondern ein persönlicher Gegner Hitlers, den er als „‚Kork' der [deutschen] Revolution", „Pseudo-Führer" und „Barometer des Kleinbürgertums" verachtete[406] und dem er den Tod seines Bruders nie verzeihen konnte. Ein Außenseiter im Exil, vertrat Strasser ein Europabild, das europäischen Föderalismus mit jungkonservativem Nationalismus und revolutionären Sozialismus mit völkischem Rassismus zu verbinden suchte[407]. Dieser ideelle Drahtseilakt entbehrte der nötigen Stringenz und litt an einer überschießenden Innentendenz theoretisierender Konzeptionalisierung. Strassers im Ergebnis sehr vage gehaltenes Europakonzept unterlag im Laufe des Exils mehrfachen Modifikationen, deren Abgrenzung zu einem schlicht machtpolitisch definierten Europa unter dem Hakenkreuz spätestens seit 1938 zunehmend schwieriger werden sollte[408].

[402] Insbesondere in STRASSERS Veröffentlichung Europäische Föderation 1936 findet sich die Bejahung einer europäischen Föderation unter Einschränkung der nationalen Souveränität.

[403] STRASSER, Aufgaben und Möglichkeiten, in: Die Deutsche Revolution, 12. Jg., Nr. 13 (15. 7. 1937), S. 39f.

[404] STRASSER, Volk ans Gewehr. Die Parole des neuen Jahres, in: Deutsche Revolution (Januar 1937), abgedruckt in: BARTSCH, Zwischen drei Stühlen 1990, S. 241.

[405] STRASSER, Aufgaben und Möglichkeiten, in: Die Deutsche Revolution, 12. Jg., Nr. 13 (15. 7. 1937), S. 41.

[406] STRASSER, Volk ans Gewehr, in: Deutsche Revolution (Januar 1937), abgedruckt in: BARTSCH, Zwischen drei Stühlen 1990, S. 239.

[407] Dies verkennt VOIGT (Hg.), Friedenssicherung 1988, S. 190, wenn er urteilt, Strasser habe sich vom völkischen Nationalisten zum europäischen Föderalisten gewandelt. Strasser versuchte vielmehr eine Verschmelzung beider Ansätze.

[408] Vgl. etwa Strassers unveröffentlichte Denkschrift über den Kampf der Schwarzen Front nach dem Anschluß Österreichs, o. D. [Mitte März 1938], S. 1, NL Strasser, IfZ, ED 118/20, in der er trotz aller persönlichen Vorbehalte gegen Hitler anerkannte: „[...]

## 2. Zwischenergebnisse

Stellvertretend für viele deutsche Emigranten stellte August Siemsen noch 1937 fest: „Europa ist ein geographischer, aber kein politischer Begriff, wenigstens keiner mit positivem Inhalt. Es gibt die Sowjetunion, es gibt das englische Weltreich, es gibt die Vereinigten Staaten von Amerika, – aber es gibt keine Vereinigten Staaten von Europa."[409]

Auf den ersten Blick erscheint Siemsens Urteil überzogen angesichts der nicht zu unterschätzenden europapolitischen Bemühungen des politischen Exils zwischen 1933 und 1937. Wenngleich die bis 1937 entwickelten Gedanken zu einer Neuordnung des europäischen Kontinents der wünschenswerten Tiefe und Präzision entbehrten, wurden in diesen ersten Jahren der Emigration doch einige wesentliche Grundzüge herausgearbeitet, die ab 1938 wieder aufgenommen und im Detail erörtert wurden. Drei wesentliche Ergebnisse stehen am Ende dieser frühen Phase des Europadiskurses:

Zunächst ist festzuhalten, daß mit Ausnahme der Kommunisten Vertreter nahezu aller politischen Gruppierungen des deutschen Exils bis 1937 zur Frage der europäischen Zukunft Stellung nahmen und die europapolitische Debatte in unterschiedlicher Intensität aufrechterhielten. Darüber hinaus wurde in den ersten Jahren des Exils durch die tagespolitischen Impulse der europäischen Entwicklung und die persönliche Betroffenheit der Emigranten ein europäisches Krisenbewußtsein gefördert, das schon bald in eine zögerliche, aber nachhaltige innereuropäische Rückbesinnung mündete. Man erinnerte sich des Europagedankens als politischem Kampfbegriff und erkannte frühzeitig dessen Widerstandspotential.

Das Selbstverständnis des politischen Exils als Aktivposten des deutschen Widerstandes gegen das Hitler-Regime erfuhr eine weitere Dimension mit der Erkenntnis, daß die Entwicklung von Neuordnungsplänen für Deutschland und Europa die Anleitung des innerdeutschen Widerstandes sinnvoll ergänzen könne. Dieser Widerstand durch Planung hatte zudem den Vorteil, daß er unmittelbar aus dem Exil heraus geleistet werden konnte und nicht auf die breite Basis der Mitglieder und Wähler angewiesen war, der die Exilorganisationen verlustig gegangen waren.

Schließlich wurden während der frühen Diskursphase ideologische Grundlagen für ein vereintes Europa hergeleitet oder aus den Weimarer Debatten aktualisiert. Auf diese Weise offenbarten die Gruppen des politischen Exils ihre Motive für eine europäische Einigung und boten oft erste Begründungsansätze. Mehrheitlich wurde das Interesse an einer gemeinsam gestalteten europäischen Zukunft mit der Überwindung Hitlers, der wirksamen Bekämpfung künftiger Aggressoren und dem allgemeinen Wunsch nach Besei-

der Anschluß Österreichs stellt einen historischen Erfolg für die Nation selbst dar, den wir weder leugnen, noch verkleinern dürfen".

[409] SIEMSEN (Hg.), Preußen. Die Gefahr Europas 1937, S. 193.

tigung der Kriegsgefahr durch eine effektive Friedenssicherung begründet. Auch lassen sich erste, häufig noch vage Überlegungen zur Neugestaltung internationaler Ordnungsprinzipien durch den Föderalismusgedanken oder ein stärkeres Völkerrecht erkennen. Der Ruf nach einer Überwindung des Nationalstaatsprinzips und der damit verbundenen Doktrin absoluter Staatssouveränität sollte in den Jahren ab 1938 eine Schlüsselfunktion des Europadiskurses übernehmen. Zudem spielten welt- und binnenwirtschaftliche Überlegungen eine zentrale Rolle. Doch handelte es sich bei der Forderung nach einem europäischen Wirtschaftsbündnis um geistiges Allgemeingut aus Weimarer Diskussionen, das weniger ideologischen Kontroversen als vielmehr der Einsicht in ökonomische Notwendigkeiten entsprang. Mithin sind die zwischen 1933 und 1937 erarbeiteten Einsichten und Impulse für das Verständnis des weiteren Europadiskurses grundlegend und weisen eine strukturelle Nachhaltigkeit auf.

Dennoch darf nicht übersehen werden, daß August Siemsens enttäuschende Bilanz nicht völlig unberechtigt ist. Jedenfalls ist ihm insoweit zuzustimmen, als die Überlegungen zu einem vereinten Europa als selbständigem, in sich selbst legitimiertem Ziel bis 1937 noch nicht allzu weit gediehen waren. Die meisten Ansätze blieben dort stehen, wo eine Konkretisierung des politischen Gehaltes einer europäischen Staatengemeinschaft angestanden hätte: die Position und die künftigen Aufgaben eines vereinten Europas in der Welt, die Institutionalisierung der Friedenssicherung und Wirtschaftskooperation sowie eine genauere Betrachtung des Verhältnisses zum Völkerbund wurden in der frühen Phase des Europadiskurses nur selten mit der gebotenen Ausführlichkeit erörtert.

Für dieses Versäumnis können mehrere Gründe angeführt werden. Die Hauptursache ist in der Tatsache zu sehen, daß das aktuelle Zeitgeschehen von den Emigranten anfangs eine andere Prioritätensetzung forderte. Exiltypische Probleme beanspruchten das politische Engagement in hohem Maße. Es galt, ein neues Selbstverständnis als Partei im Exil, als Widerstandsorganisation ohne Basis und individuell als Persönlichkeit im fremden Land zu entwickeln. Fragen der politischen Legitimation und persönliche Zwistigkeiten ließen die intensiven Volksfrontbestrebungen zeitweilig an die Arbeiten des Sisyphos erinnern. Die persönliche und organisatorische Ausnahmesituation des Exils bedurfte einer längeren Gewöhnungsphase. Auch nahm der Aufbau einer neuen geistigen Heimat, insbesondere in den Exilzentren Prag und Paris, viel Zeit in Anspruch, zumal die politische Emigration zu Beginn mehrheitlich eine rasche Überwindung des Hitler-Regimes und eine dementsprechend baldige Rückkehr erwartet hatten. Gerade in dieser Hinsicht dienten die intellektuellen Diskurse als Substitut des heimatlichen sozialen Umfeldes. Umso mehr gilt dies für den Europadiskurs, der in besonderer Weise geeignet war, durch die kontroverse Erörterung eines im Grundsatz allseits bejahten Zieles eine gewisse Solidarität des geistigen Disputes im Exil zu schaffen.

Daher blieb die Konkretisierung des politischen Begriffs „Europa", zu der Siemsen aufforderte, den detaillierten Europadiskussionen ab 1938 vorbehalten. Es offenbart sich eine gewisse Tragik in der Tatsache, daß die exilierten Europäer in dem Augenblick, in dem sie sich anschickten, Siemsens Aufforderung nachzukommen, von der Wirklichkeit eines nationalsozialistisch definierten, zum politischen Faktum heranwachsenden Europas überholt wurden.

# IV. EUROPA IM EXIL: KONZEPTIONALISIERUNG DER EUROPAIDEEN 1938–1945

„Zwanzig Jahre nach 1918 vollzieht sich der Vormarsch Deutschlands zu einer neuen europäischen Vormachtposition, so, als ob nicht Deutschland den Krieg verloren hätte, sondern die siegreichen Westmächte."[1] Diese bittere Erkenntnis der Gruppe Neu Beginnen nach der nationalsozialistischen Annexion Österreichs im März 1938 läßt erahnen, wie intensiv die politisch engagierten Emigranten als Zeitgenossen die tiefe Zäsur des Jahres 1938 empfunden haben. Die Bedeutung dieser Zäsur für den Europadiskurs und die politische Ideengeschichte des Exils kann nicht hoch genug eingeschätzt werden. Zwischen der Annexion Österreichs und der Unterzeichnung des Münchner Abkommens trat der Europadiskurs in eine qualitativ neue Phase ein, die sich in einer deutlich detaillierteren, ständiger Neuanpassung an die außenpolitische Realität unterlegenen Konzeptionalisierung der bis 1937 entwickelten Europaideen äußert.

Die Annexion Österreichs am 13. März hatten viele Emigranten als Wandel der nationalsozialistischen Außenpolitik von der Revisionspolitik zur Eroberungspolitik erkannt. Mit dem Abkommen von München verlor das politische Exil dann endgültig und gruppenübergreifend das Vertrauen in die Widerstandsfähigkeit und den Widerstandswillen der westlichen Demokratien gegen Hitlers unersättliche Territorialforderungen. In den Tagen zuvor war den europäischen Völkern drastisch die unmittelbar drohende Gefahr eines erneuten Krieges vor Augen geführt worden. Für die Flüchtlinge im Ausland stellte sich damit aus konkretem Anlaß erstmals die Frage: „Was kommt nach Hitler?"[2] Diese Frage erfuhr eine bis dahin ungekannte reale Dringlichkeit, eine unmittelbare politische Vehemenz und sollte von nun an den außenpolitischen Diskurs der Emigration bestimmen. Im September 1938 wandelte sich die dogmatisch dominierte frühe Diskussion um die allseits erhoffte, aber kontrovers definierte deutsche Revolution gegen das nationalsozialistische Regime in eine nunmehr realpolitisch diktierte, europäische Fragestellung. Insofern kann die Zeit zwischen der Annexion Österreichs und dem Abkommen von München als entscheidende diskursive Zäsur bezeichnet werden.

Darüber hinaus begann mit den Ereignissen des Jahres 1938 der faktische Aufbau eines Europas unter dem Hakenkreuz. Hierdurch gerieten die Europaideen des Exils, deren Widerstandspotential gerade erst entwickelt worden

[1] Zur Internationalen Lage nach der Annexion Österreichs, Entwurf o. V., diktiert Ende März 1938, IISG, NL Hertz, S11, M. T, Nr. 1, Bl. 1–3 (1).
[2] So z. B. der Titel einer Broschüre der SAPD (Hg.), Was kommt nach Hitler? Probleme der deutschen Revolution o. J. [1937], S. 43.

war, plötzlich in Konkurrenz zu einem faschistischen Europa. Der Begriff „Europa", der bisher von den Nationalsozialisten strikt abgelehnt, sogar verhöhnt worden war und gerade dadurch von der Emigration positiv hatte besetzt werden können, war nun mit einem nationalsozialistischen Alternativinhalt belegt.

Diese Alternative eines Europas unter dem Hakenkreuz wies zudem die fatale Eigenschaft auf, nicht bloßer Wunschtraum zu sein, sondern zur greifbaren Wirklichkeit zu erstarren: „Hitlers gewaltsamer militärischer, politischer und wirtschaftlicher Zusammenschluß Europas hatte praktisch Europas dringendstem Bedürfnis entsprochen."[3] Damit war Hitlers „Europa" der Mühe enthoben, seine Realisierbarkeit unter Beweis stellen zu müssen. Dies hatte auch die politische Emigration erkannt und mußte nach der Niederlage Frankreichs im Sommer 1940 erschreckt konstatieren: „Nach der Niederwerfung Frankreichs und dem Eintritt Italiens in den Krieg ist ein so gewaltiges Gebiet Europas in der Hand Hitlers [...], daß es sich schon fast mit dem Bereich deckt, von dessen einheitlicher [...] Verwaltung die Paneuropäer träumten."[4] Nun war die politische Emigration stärker als bisher gezwungen, ihre als antinationalsozialistisch verstandenen Europavorstellungen als konkrete Gegenkonzepte zu Hitlers faktischem Europa und dem im Nachhinein entwickelten nationalsozialistischen Europakonzept vorzustellen. Umso bedeutender ist es, sich das der außenpolitischen Entwicklung stets hinterherlaufende Europaverständnis des Hitler-Regimes zu vergegenwärtigen, bevor die daran entfachten Exildebatten untersucht werden können.

## 1. „Neuordnung Europas aus Rasse und Raum": zur nationalsozialistischen Europapolitik

Es ist Michael Salewski zuzustimmen, wenn er urteilt: „When Hitler's attack on Poland on September 1, 1939 unleashed the Second World War, the ideas of a future united Europe played no part in the Nazi leader's thinking."[5] Tatsächlich läßt der Wortschatz der nationalsozialistischen Propaganda in den Jahren 1933 bis 1940 Hinweise auf ein Europakonzept vermissen. Vielmehr postulierte Hitler einen „Primat der Innenpolitik„[6], um Freiräume für den

[3] TOYNBEE, Introduction, in: DERS., Realignment of Europe 1955, S. 16f. Auch LIPGENS, Anfänge 1977, S. 6 urteilt, daß Hitler „unter Zusammenbruch aller anderen kontinentalen Staaten erstmals eine effektive wirtschaftliche und militärische Einigung des Kontinents" geschaffen habe.

[4] Welche Folgen hätte ein Hitler-Europa?, in: Das Wahre Deutschland (August 1940), S. 5–12 (5). Noch im April 1940 hatte dasselbe Periodikum ein Europa unter dem Hakenkreuz als „Wunschtraum der Nazis" abgetan (so der Titel eines ungezeichneten Beitrages in: Das Wahre Deutschland (April 1940), S. 4–8).

[5] SALEWSKI, Ideas 1985, S. 37.

[6] HITLER, zit. n.: KLEPSCH, Nationalsozialistische Ideologie 1990, S. 209.

inneren Aufbau des nationalsozialistischen Machtsystems zu schaffen. Nach dessen Vollendung wurde der Außenpolitik erhöhte Aufmerksamkeit gewidmet, so daß schon aus der „geopolitischen" Perspektive ein Europakonzept erforderlich wurde. Nahezu alle von den Dienststellen des Hitler-Regimes erarbeiteten Europapläne galten dabei einer antiföderalen Europastruktur unter deutscher Hegemonie. Im Kern änderte sich daran auch während der verschiedenen Phasen des Zweiten Weltkrieges nichts, auch wenn spätestens nach der Kapitulation der 6. Armee bei Stalingrad am 31. Januar 1943 vermehrt eine europaweite Solidarität, insbesondere gegen den Bolschewismus, beschworen wurde[7].

### *1.1. Der Nationalsozialismus und Europa*

Bevor die Europakonzeption in ihren einzelnen Ideologiesegmenten untersucht werden kann, müssen zunächst einige zentrale Fragen beantwortet werden, um die Axiome der nachfolgenden Überlegungen zu klären: Gab es überhaupt ein speziell auf Europa zugeschnittenes Konzept im „Dritten Reich"[8]? Wenn ja, seit wann kann von einer hinreichend konkreten Europaidee die Rede sein? Wer formulierte die Europakonzeptionen?

In der Genesis europapolitischen Gedankengutes können anhand der propagandistischen Äußerungen seit 1933 drei Phasen unterschieden werden[9]: eine erste Phase innerer Machtkonzentration ohne sichtbare Europabezüge, der „Europarausch"[10] 1940 und die durch die Kriegswende in Stalingrad eingeläutete Phase der betont europäischen Solidarität[11].

Bis 1939 war der politische Begriff „Europa" dem nationalsozialistischen Wortschatz nahezu unbekannt[12], so daß diese erste Phase als „europaneu-

[7] Vgl. z.B. Vertrauliche Information Nr. 317, zit. n.: KLUKE, Europaideologie 1955, S. 259, Anm. 90.

[8] Der Begriff „Drittes Reich" ist eine nationalsozialistische Wortschöpfung, auch wenn Hitler am 13. 6. 1939 dessen weitere Benutzung strikt untersagte, vgl. KROLL, Weltbild Hitlers 1996, S. 351. Trotz der historischen Vorbelastung wird der Terminus bis heute auch von Historikern in Anspruch genommen, ohne ihn zumindest als dem NS-Wortschatz entlehnten Begriff zu kennzeichnen; vgl. zur Problematik der fortgesetzten NS-Sprachregelung am Beispiel der „Invasion" der Alliierten in der Normandie die Kritik Rovans: Die Landung der Alliierten in der Normandie war keine Invasion. Französischer Historiker verurteilt Sprachregelung, die das NS-Propagandaministerium herausgab, in: Frankfurter Rundschau (19. 3. 1994).

[9] Vgl. NEULEN, Europa und das Dritte Reich 1987, S. 15–68.

[10] Ibid. S. 25.

[11] Vgl. Vertrauliche Information Nr. 317, zit. nach: KLUKE, Europaideologie 1955, S. 259, Anm. 90.

[12] Eine Notiz für den Reichsaußenminister, deren Abschrift auf September 1939 datiert ist, beschäftigt sich zwar mit dem Kriegsziel der „Einheit und Freiheit Europas" und zitiert die nationalsozialistische Abwandlung der Monroe-Doktrin: „Europa den Europäern". Doch bestehen erhebliche Zweifel an der Richtigkeit der Datierung. NEULEN, Europa und das Dritte Reich 1987, S. 71, Anm. 1 weist auf den für 1939 untypischen antibolschewistischen Ton hin und bemerkt, daß der Begriff Weltkrieg benutzt werde,

tral" klassifiziert werden kann: Das offizielle Deutsche Reich nahm weder positiv noch negativ Stellung zum Europagedanken[13]. Hitler hatte schon 1924 in „Mein Kampf" die Begründung dieser Entwicklung vorweggenommen: „Nationen sind erst dann zu großem Aufstieg befähigt, wenn sie innere Reformen durchgemacht haben, die es ermöglichen, die ganze Rasse geschlossen auf außenpolitische Ziele anzusetzen."[14] Damit hatte er den Primat der Innenpolitik postuliert, der den Aufbau der inneren Machtstrukturen als wichtigste Aufgabe der ersten Jahre kennzeichnete[15], denn „die Genesung unseres Volkes [kann] nur erfolgen [...] von innen heraus auf der Grundlage: Gemeinnutz vor Eigennutz!"[16] Der inneren Festigung der Macht folgte schrittweise die Territorialrevision der Versailler Friedensordnung: der Einmarsch in das entmilitarisierte Rheinland 1936[17], der „Anschluß" Österreichs am 13. März 1938, die Abtretung der sudetendeutschen Gebiete an das Deutsche Reich im Oktober 1938, die Errichtung des „Reichsprotektorats Böhmen und Mähren" am 16. März 1939 sowie eine Woche später die Vereinigung des Memellandes mit dem Deutschen Reich.

Faktisch bewegte sich die NS-Europapolitik bis 1939 im Rahmen der schon von der „Konservativen Revolution"[18] erhobenen Forderungen nach Revision des territorialen *status quo ante* von 1914. Verfolgte das nationalsozialistische Regime von Beginn an über die bloße Revision des Versailler

obwohl zu diesem Zeitpunkt davon noch keine Rede gewesen sein könne. Auch die erwähnten militärischen Aktionen der „Achsenmächte" passen nicht zum September 1939, da Deutschland ursprünglich allein Krieg führte. So vermutet Neulen die richtige Datierung zwischen Juli 1941 und Juli 1943, und auch SALEWSKI, Ideas 1985, S. 55, Anm. 1 datiert das Dokument auf das Jahr 1943. Damit wäre der betont europäische Anstrich der Vorlage erklärt, denn europäische Bezüge wurden seitens des nationalsozialistischen Regimes erst seit 1940 hervorgehoben; vgl. Krieg um Einheit und Frieden Europas, September 1939, abgedruckt in: NEULEN, Europa und das Dritte Reich 1987, Dok. 1, S. 69f.

13 Diese europaneutrale Einstellung der NSDAP zieht sich durch die gesamte Parteigeschichte bis 1939. Die einzige Ausnahme stellt ein positiver Europabeitrag des linken Flügels der NSDAP um die Brüder Strasser aus dem Jahre 1926 dar, der über den Zwischenschritt einer Zollunion bestimmter europäischer Staaten die „Vereinigten Staaten von Europa" mit einem einheitlichen Münzsystem propagierte; vgl. KLEPSCH, Nationalsozialistische Ideologie 1990, S. 143–150.

14 Hitler im Hofbräu, zit. nach: KLUKE, Europaideologie 1955, S. 242f.

15 Zur inneren Geschichte des Nationalsozialismus und des „Dritten Reiches" vgl. das Standardwerk von BROSZAT, Der Staat Hitlers [14]1995.

16 Parteiprogramm der NSDAP von 1920, These 24, abgedruckt in: HOFER, Nationalsozialismus 1957, Dok. 14, S. 28–31 (30f.).

17 Vorausgegangen waren die Abkehr von der Politik kollektiver Sicherheit zugunsten bilateraler Abkommen, die Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht 1935 und die Kündigung des Locarno-Vertrages 1936.

18 Unter dem Begriff der „Konservativen Revolution" werden rechtsgerichtete Schriftsteller der Weimarer Republik zusammengefaßt, die militaristisches, revisionistisches und teilweise antisemitisches Gedankengut vertraten und verbreiteten. Ihre führenden Repräsentanten waren Max Hildebert Boehm, Edgar Julius Jung, Ernst Jünger, Ernst Niekisch und Oswald Spengler.

Vertrags hinausgehende Ziele, waren doch mit den Revindikationen keinerlei europapolitische Vorstellungen verbunden, sondern lediglich die „Verteidigung und Sicherung [deutscher] Lebensinteressen"[19]. So „standen die nationalsozialistischen Erklärer und Deuter im September 1939 ohne ein großflächiges Gesamttableau, ohne eine Theorie des Ganzen da"[20].

Nach der Eroberung Frankreichs als letzter und bedeutendster Etappe des „Fall Gelb", des Westfeldzuges[21] im Juni 1940, vollzogen NS-Propaganda und Auswärtiges Amt eine bedeutsame Kehrtwende[22] und forcierten nun die „Neuordnung Europas aus Rasse und Raum"[23]: Im Siegestaumel der zunächst ununterbrochenen Kette militärischer Erfolge stürzten sich viele Verantwortungsträger in einen wahren „Europarausch"[24]. Im Bemühen um eine „European dimension"[25] der NS-Außenpolitik und ihrer Ideologie wurde der Dreimächtepakt vom 27. September 1940 zur „Magna Charta der Neuen Ordnung"[26] stilisiert, und der Krieg wurde als „Auseinandersetzung um die Befreiung der Völker Kontinentaleuropas von der Unterjochung durch die Weltorganisation"[27] interpretiert. Ziel der kriegerischen Konflikte war nunmehr die „Souveränität Kontinentaleuropas", deren Erringung als historischer Auftrag Deutschlands und Italiens verstanden wurde[28]. Durch die raschen militärischen Anfangserfolge war also eine europäische Dimension nationalsozialistischer Ideologie erwachsen, die zwar noch nicht als ausgereifte Europaideologie, aber doch schon als konkrete Europaidee eingestuft werden kann und von einem der engsten Mitarbeiter Rosenbergs wie folgt beschrieben wird: „In der Idee Kontinentaleuropas liegt es begründet, daß die Organisierung des gesamten kontinentaleuropäischen Systems in irgendeiner Form anzustreben ist. Diese Organisierung kann [...] nicht ohne harten Kampf der Völker um Platz und Stellung im kontinentaleuropäischen System vor sich gehen."[29]

Der unerwartet rasche Erfolg des Westfeldzuges traf nicht nur Ribbentrops AA, sondern selbst Goebbels' Propagandaministerium unvorberei-

[19] Geheimes Presserundschreiben des Reichspropagandaamtes, zit. n.: KLUKE, Europaideologie 1955, S. 259.
[20] MAIER, Ideen von 1914 1990, S. 536.
[21] Vgl. zur chronologischen Einordnung des Wendepunktes SALEWSKI, Ideas 1985, S. 42: „However, the ‚European dimension' did not take firm shape until the successful conclusion of the Western campaign."
[22] Vgl. FOERSTER, Europa 1967, S. 312.
[23] DAITZ, Neuordnung Europas aus Rasse und Raum, in: NSM, H. 11 (September 1940), II, S. 515–546 (529–534).
[24] DÜSSEL, zit. n.: NEULEN, Europa und das Dritte Reich 1987, S. 25.
[25] SALEWSKI, Ideas 1985, S. 43.
[26] NEULEN, Europa und das Dritte Reich 1987, S. 29.
[27] SANDERS, Bemerkungen zur kontinentaleuropäischen Entwicklung, in: NSM, H. 11 (September 1940), II, S. 515–546 (528).
[28] Ibid.
[29] Ibid. S. 522.

tet[30]. Die neue territoriale Lage erforderte neue Überlegungen, inwiefern das zusätzliche, nun europäische Dimensionen annehmende Machtpotential genutzt werden könne. Infolge der zeitweiligen Unsicherheit unter den NS-Vordenkern griff man zunächst auf Wirtschaftspläne zurück, da dieser Bereich unmittelbar durch die territorialen und politischen Veränderungen betroffen war[31]. Zudem hatte die deutsche Wirtschaft schon seit längerem die europäische Perspektive entdeckt und war dementsprechend besser präpariert als die Politik[32]. So wurde eine Flut an Europaplänen produziert, und die Nationalsozialisten entdeckten Europa als „zentralen Lebensraum der Völker der weißen Rasse"[33].

Gemeinsam war allen nationalsozialistischen Europaplänen die antiföderale Struktur: Die „Neuordnung Europas" würde unter allen Umständen unter deutscher Führung stehen. Der ideologische Unterschied zu den Ansichten, die vor 1940 die Europapolitik dominierten, liegt in der Erweiterung des Blickwinkels: Waren zuvor „deutsche Lebensinteressen"[34] betont worden, so wurden nun die „weiße Rasse" und ihr „natürlicher Lebensraum" Europa in den Vordergrund gerückt, so daß auch andere europäische Völker, insbesondere diejenigen in den Besatzungsgebieten, sich angesprochen fühlen konnten. Hier zeigt sich der enge Zusammenhang mit der Besatzungspolitik, die – jedenfalls in den west-europäischen besetzten oder annektierten Ländern[35]– auf der Kollaboration mit den einheimischen Faschisten aufbaute[36].

Ursächlich für die Vielzahl der seit 1940 entworfenen Pläne war die Tatsache, daß jede mit Europa befaßte Behörde – neben dem AA vor allem das RSHA und Rosenbergs Ministerium für die besetzten Ostgebiete – eigene Vorstellungen zur zukünftigen Gestalt eines deutsch dominierten Europas vortrug. Grundsätzlich war wegen des Führerprinzips die ideologische und

[30] Vgl. SALEWSKI, Ideas 1985, S. 43: „neither official German foreign policy nor official propaganda were ready to exploit these successes as quickly as they should have been."
[31] Zu Görings initialisierender Anordnung, eine europäische Wirtschaftsordnung zu entwickeln, vgl. SALEWSKI, Ideas 1985, S. 43.
[32] Zu den Europavorstellungen der Wirtschaft und Industrie vgl. SCHUMANN, Faschistische „Neuordnung" Europas 1971.
[33] DAITZ, Neuordnung Europas, in: NSM, H. 11 (September 1940), II, S. 530.
[34] Geheimes Presserundschreiben des Reichspropagandaamtes, zit. n.: KLUKE, Europaideologie 1955, S. 259.
[35] In Osteuropa hätte eine solche Zusammenarbeit einen eklatanten Verstoß gegen die eigene Rassenlehre bedeutet, da die „slawischen Untermenschen" der osteuropäischen Völker nicht der „weißen Rasse" zugezählt wurden; vgl. zur NS-Besatzungspolitik in Osteuropa DALLIN, Deutsche Herrschaft in Rußland 1941–1945. Eine Studie über Besatzungspolitik, Düsseldorf 1958.
[36] Vgl. zum Europagedanken der Kollaborateure in den besetzten Staaten die umfassende Dokumentensammlung von NEULEN, Europa und das Dritte Reich 1987 sowie DURAND, L'Europe des collaborateurs 1995. Ein lehrreiches Beispiel einer kollaborierenden proeuropäischen, aber nichtfaschistischen Gruppe war die französische Légion de l'Europe Unie, deren tragischer Irrtum in den Pariser Archives nationales dokumentiert ist (ANF, AJ[40] 552).

politische Richtlinienkompetenz auf die Person Adolf Hitlers beschränkt[37]. Da Hitler aber nie ein vollständiges Europakonzept vorlegte[38], kam diesbezüglich einigen anderen NS-Ideologen und zahlreichen Forschungsinstituten[39] eine eigenständige Bedeutung zu. Einfluß konnten nur diejenigen Grundsatzdenker der NSDAP ausüben, die zugleich politische Ämter bekleideten. Hierzu zählten insbesondere Himmler, Ribbentrop und Rosenberg[40].

Der Reichsführer SS und Chef der Polizei, Heinrich Himmler, vertrat die „germanische Strömung", die darauf abzielte, „germanisches Blut in der ganzen Welt zu holen, zu rauben und zu stehlen", um daraus eine für den „weltanschaulichen Kampf gegen das „Juden-, Freimaurer-, Marxisten- und Kirchentum" gewappnete Eliteeinheit aufzubauen[41]. Diesem Ziel der „Germanisierung" sollte auch eine agrarisch strukturierte Ostbesiedlung dienen.

Joachim von Ribbentrop vertrat als Reichsaußenminister die „wilhelminischen Imperialisten", also diejenigen Beamten, die schon vor 1933 als Staatsdiener auf die Revision des Versailler Vertrages hingearbeitet hatten und imperialistischen, „weltpolitischen" Ideen der Kaiserzeit anhingen.

Als Herausgeber des *Völkischen Beobachters* okkupierte Rosenberg Coudenhove-Kalergis Begriff der „Vereinigten Staaten von Europa"[42], deren Schaffung er erst nach „Ausscheidung der Juden aus allen Staaten"[43] ermöglicht sah. In seinen späteren Funktionen als Leiter des Auswärtigen Amtes der NSDAP, als Reichsminister der besetzten Ostgebiete, vor allem aber als Herausgeber der *Nationalsozialistischen Monatshefte*[44] hat er Hitlers ideologische Vorgaben zu einer „Neuordnung Europas" weiterentwickelt. Oft ging er dabei über Hitlers radikale Vorstellungen noch hinaus und griff eigene Ideen auf, die er seinem Werk „Der Mythus des 20. Jahrhunderts" entnahm.

[37] BECKER, Weltmacht oder Untergang 1989, S. 31: „Es gibt keine außenpolitische Entscheidung in den Jahren nach 1933, die gegen den Willen Hitlers gefällt worden wäre."
[38] ELVERT, „Germanen" und „Imperialisten" 1992, S. 2.
[39] Z. B. die von Werner Daitz geleitete Gesellschaft für europäische Wirtschaftsplanung und Großraumwirtschaft e. V., die Deutsche Weltwirtschaftliche Gesellschaft, das Institut für Weltwirtschaft in Kiel, das Arbeitswissenschaftliche Institut der Deutschen Arbeitsfront oder das der Universität Berlin angegliederte Institut für Staatsforschung; vgl. ferner NEULEN, Europa und das Dritte Reich 1987, S. 31 ff.
[40] Die Beschränkung auf Hitler, Himmler und Ribbentrop bei NEULEN, Europa und das Dritte Reich 1987, S. 18 ignoriert die politiktheoretische Bedeutung Alfred Rosenbergs, der gerade in der europäischen Frage oftmals entscheidende Impulse setzte. Wie hier: ELVERT, „Germanen" und „Imperialisten" 1992, S. 3.
[41] Himmler, zit. n.: WEGNER, Hitlers politische Soldaten [4]1990, S. 302 f.
[42] ROSENBERG, Vereinigte Staaten von Europa, in: Völkischer Beobachter (13./14. 09. 1925).
[43] Ibid.
[44] Insbesondere in der September-Ausgabe 1940 melden sich die einflußreichsten Befürworter einer „Neuordnung Europas aus Rasse und Raum": W. Daitz, C. Düssel, K. Rüdiger sowie A. Sanders. Zu Recht bemängelt SALEWSKI, Ideas 1985, S. 51, Anm. 83 die bislang kaum erfolgte Erforschung der zweifelsohne einflußreichen (pseudo)wissenschaftlichen Arbeiten von Daitz.

Den mit Europaplänen befaßten Dienststellen und Wissenschaftlern mangelte es jedoch an einer gemeinsamen Strategie. Sie arbeiteten nahezu unabhängig voneinander, mitunter sogar gegeneinander[45]. Ein erbitterter Wettkampf um die beste, das heißt ideologisch überzeugendste Gestaltung des künftigen Europas brach aus. Besonders gern überging man dabei das Auswärtige Amt, das immer wieder einen Alleinanspruch auf die europapolitische Kompetenz zu erheben versuchte, tatsächlich aber schon lange an grundsatzpolitischer Bedeutungs-Schwäche litt[46]. Persönliche Ressentiments, insbesondere zwischen dem Reichsaußenminister Ribbentrop und dem Reichsminister für die besetzten Ostgebiete Rosenberg, förderten das gegenseitige Mißtrauen schließlich soweit, daß um persönlicher Mißliebigkeit willen politische Interessen zurückgestellt wurden[47].

Die Niederlage von Stalingrad am 31. Januar 1943 leitete die Kriegswende ein. Für die Nationalsozialisten war der „Endsieg" in weite Ferne gerückt, und die besetzten Staaten nahmen dem Deutschen Reich gegenüber eine distanziertere Haltung ein. Die Macht wankte, und das NS-Regime erkannte, daß das Reich erstmals um die Gunst der europäischen Staaten buhlen mußte. Um so mehr, als die „Siegesmeldungen" im Volksempfänger sich in zunehmendem Maße als kaschierte Niederlagen- und Verlustmeldungen entpuppten, die nicht mehr recht zu den selbstbewußten Klängen von Franz Liszts Les Préludes passen wollten: Die NS-Europaideologie verwandelte sich in eine Illusion[48]. Angesichts der sich abzeichnenden Gesamtniederlage sahen sich die Nationalsozialisten gezwungen, an die „europäische Solidarität"[49] zu appellieren, um ihren Hegemonialanspruch rechtfertigen zu können[50]. Dieser Rechtfertigungszwang charakterisiert die dritte und letzte Phase in der Entwicklung europapolitischer Gedanken im „Dritten Reich": den gemeinsamen Abwehrkampf Europas unter deutscher Führung gegen den Bolschewismus. Goebbels teilte seinem Ministerium mit, „eine Darstellung der künftigen Neuordnung Europas, aus der die Angehörigen fremder Völker den Eindruck gewinnen könnten, als ob die deutsche Führung sie in

[45] Vgl. NEULEN, Europa und das Dritte Reich 1987, S. 31.
[46] Vgl. ibid. S. 33.
[47] Symptomatisch für diese Entwicklung war die Auseinandersetzung der von Rosenberg geplanten Ausstellung „Kampf um Europa", die verbunden werden sollte mit wissenschaftlichen Podiumsdiskussionen zur Neuordnung Europas. Ribbentrop sah darin einen eklatanten Einbruch in den Kompetenzbereich des AA und argumentierte, eine solche Ausstellung sei politisch nicht zu vertreten. Er intervenierte bei Hitler und erreichte schließlich ein Verbot der Ausstellung. Zu den Rivalitäten zwischen Ribbentrop und Rosenberg vgl. näher NEULEN, Europa und das Dritte Reich 1987, S. 33–36.
[48] Vgl. SALEWSKI, Ideas 1985, S. 53.
[49] Vgl. Vertrauliche Information Nr. 317, zit. n.: KLUKE, Europaideologie 1955, S. 259, Anm. 90.
[50] Auf den Widerspruch zwischen Propaganda und tatsächlicher Zielsetzung weist KLETZIN, Europa aus Rasse und Raum 2000, S. 213ff. eindringlich hin.

einem dauernden Unterwerfungsverhältnis zu halten beabsichtige, [ist] unangebracht."[51]

Tatsächlich bedeutete der „Paradigmenwechsel"[52] vom „Kampf um Lebensraum" zum Kampf Europas gegen den Bolschewismus keineswegs einen Gesinnungswandel, sondern blieb propagandistische Makulatur. Gerade Hitler hielt starr an den ideologischen Fundamenten fest und stand dem „europäischen" Enthusiasmus unverändert skeptisch, sogar ablehnend gegenüber[53].

### *1.2. Grundkonstanten der NS-Ideologie und ihre europäische Dimension*

Dem bisher Gesagten kann entnommen werden, daß „erst nach den Erfolgen der ersten Kriegsjahre eingehendere Überlegungen über die verschiedenen Möglichkeiten einer Neuordnung Europas im Sinne des Nationalsozialismus angestellt wurden"[54]. Im folgenden werden, der oben skizzierten Axiome gemäß, die beiden Grundkonstanten des antisemitischen Rassismus und des Lebensraum-Imperialismus[55] auf ihre europäische Dimension hin unter-

[51] Goebbels, abgedruckt in: BOELCKE, Wollt Ihr den totalen Krieg? Die geheimen Goebbels-Konferenzen 1939–1943, 1969, S. 442.

[52] ELVERT, „Germanen" und „Imperialisten" 1992, S. 10, 15. Auch SALEWSKI, Ideas 1985, S. 52, NEULEN, Europa und das Dritte Reich 1987, S. 37f. und KLUKE, Europaideologie 1955, S. 270 sehen in Stalingrad die Ursache für die Änderung des NS-Leitbildes Europa.

[53] SALEWSKI, Ideas 1985, S. 50: „The dictator himself was relatively unaffected by variations in the Nazi ideology concerning Europe: he held to his original conviction that it was utopian to expect any voluntary cooperation from Germany's victims."

[54] ELVERT, „Germanen" und „Imperialisten" 1992, S. 1.

[55] Die Einteilung der Ideologiesegmente des Nationalsozialismus wird kontrovers diskutiert. Wie hier: BECKER, Weltmacht oder Untergang 1989, S. 34. Auch JÄCKEL, Hitlers Weltanschauung ⁴1991 geht von zwei Grundkonstanten aus, dem Antisemitismus und dem Lebensraumgedanken. Dagegen hat BLOCH, Das Dritte Reich und die Welt 1992, S. 35 vier Konstanten herausgearbeitet: Sozialdarwinismus, Antisemitismus, „Lebensraum" und der „allgewaltige diktatorische Staat". Jäckels Begriffsauswahl vernachlässigt die rassistische Komponente, die gegenüber dem Antisemitismus eine eigenständige Bedeutung und Entwicklung aufweist. Zudem enthält sie keinen Hinweis auf das imperialistische Element, das sich nicht erst aus der „Lebensraumidee" entwickelt hat. Das von Bloch angeführte Element des „allgewaltigen diktatorischen Staates" ist ein innenpolitisches Moment, das sich zwar wegen der unbestreitbaren Interdependenz zwischen der Innen- und Außenpolitik auf die Europakonzeptionen ausgewirkt hat, jedoch nicht deren typischen Kerngehalt bestimmt. Auch Blochs strikter Trennung von Rassismus und Antisemitismus kann nicht gefolgt werden: Zwar müssen beide als originär eigenständige Geisteshaltungen auseinandergehalten werden, doch trägt die ideologische Verflechtung von rassistischer Wertung der Völker und antisemitischer Diskriminierung im Nationalsozialismus symbiotische Züge, denn die eine Komponente kann nicht ohne die andere definiert werden. Dies belegt eindringlich Hitlers Kategorisierung der „Rassen" in „Kulturbegründer, Kulturträger und Kulturzerstörer", wobei er letztere Kategorie mit „den Juden" gleichsetzte; vgl. HITLER, Mein Kampf 1925/27, S. 318ff. Mithin führt im Fall des Nationalsozialismus eine allzu statische Trennlinie zwischen diesen beiden Ideologiesegmenten zu weit und versperrt die Sicht auf das ge-

sucht. Dabei wird der antisemitische Rassismus in seine Einzelelemente des Rassismus, des Antisemitismus und des Antibolschewismus gegliedert, während der Lebensraumimperialismus als Verknüpfung von Imperialismus, Lebensraumidee und Antiföderalismus definiert wird.

### 1.2.1. Antisemitischer Rassismus

*Rassismus* Der rassistische Grundgedanke geht von der biologisch bedingten und legitimierten Überlegenheit einer bestimmten „Rasse" gegenüber anderen „Rassen" aus, wobei der europäische Rassismus in der Regel der „weißen Rasse" die Führungsrolle zuspricht.

In seiner Bedeutung für die nationalsozialistische Europaidee ist der Rassismus nicht zu überschätzen. Unverkennbar herrschte ein Primat der „Rassenpolitik" sowohl im innen- als auch im außenpolitischen Bereich[56], so daß die These vom Zweiten Weltkrieg als einem „Weltanschauungskrieg"[57] hier ihre Berechtigung findet. Ohne auf den Streit zwischen Traditionalisten und Intentionalisten sowie Revisionisten und Funktionalisten näher eingehen zu können[58], kann vom Rassismus als der „Grundüberzeugung" nationalsozialistischen Denkens ausgegangen werden[59].

In Hitlers verworrenem Geschichtsbild war der Rassismus der „Schlüssel zur Weltgeschichte"[60], denn „alles weltgeschichtliche Geschehen ist [...] nur die Äußerung des Selbsterhaltungstriebes der Rassen im guten oder schlechten Sinne"[61]. Hitler zufolge war der Selbsterhaltungs- und Vermehrungswille der Rassen naturgesetzlich bedingt und mit einem „in der Natur allgemein gültigen Trieb zur Rassenreinheit"[62] verbunden. Diese Naturgesetzmäßig-

rade bei Hitler ausgeprägte gegenseitige Bedingungsfeld zwischen Rassismus und Antisemitismus.

[56] Vgl. FENSKE, Politisches Denken ²1993, S. 820.

[57] JÄCKEL, Hitlers Weltanschauung ⁴1991, S. 1.

[58] Die Kontroverse um den Einfluß der NS-Weltanschauung auf die konkreten Handlungsweisen gehört zu den elementaren Fragestellungen in der wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus. Während einerseits die strikte Umsetzung von Hitlers Programm in reale Politik betont wird, kommen andererseits Zweifel auf, ob ein solches Programm der NS-Politik ab 1933 überhaupt zugrunde gelegen habe, sich nicht vielmehr eine konzept- und orientierungslose Gruppendynamik erkennen lasse. In engem Zusammenhang damit steht die Diskussion um die Position des „Faktors Hitler" als Mittelpunkt eines monolithischen Führerstaates oder als eine vielerlei Einflüssen unterworfene Figur in einem polykratischen Herrschaftssystem; vgl. statt vieler: für die Traditionalisten HILDEBRAND, Monokratie oder Polykratie? Hitlers Herrschaft und das Dritte Reich; für die Revisionisten W. MOMMSEN, Hitlers Stellung im nationalsozialistischen Herrschaftssystem; beide in: HIRSCHFELD, KETTENACKER (Hg.), Der „Führerstaat": Mythos und Realität. Studien zur Struktur und Politik des Dritten Reiches 1981, S. 73–97 bzw. S. 43–72.

[59] FENSKE, Politisches Denken ²1993, S. 816f.

[60] HITLER, Mein Kampf 1925/27, S. 372.

[61] Ibid. S. 324.

[62] Ibid. S. 312. Hitler meinte, das angebliche Naturgesetz der Rassenreinheit aus der Tierwelt ableiten zu können: „Jedes Tier paart sich nur mit einem Genossen der glei-

keiten führten zu einem ständigen Kampf der Rassen um gegenseitige Abgrenzung und Existenzsicherung: „Wer leben will, der kämpfe also, und wer nicht streiten will in dieser Welt des ewigen Ringens, verdient das Leben nicht."[63] Dieses Kampfprinzip lag der gesamten NS-Weltanschauung zugrunde: Die menschliche Existenz – und folglich auch die einer Rasse – sei ein ständiger Überlebenskampf.

Hitler ordnete die „Rassen" in drei Kategorien: die kulturbegründende Rasse der „Arier", die kulturerhaltenden und die kulturzersetzenden Rassen. Die streng hierarchisch verstandene Wertkategorisierung der Rassen[64] definierte den Arier[65] als den Träger der reinsten, am weitesten entwickelten Qualitäten menschlichen Seins, dessen Charakteristikum sein besonders ausgeprägter Aufopferungswille sei[66], und sah den Prototypen in „dem Deutschen" verwirklicht. Demnach stehe dem Arier ein (natur)rechtmäßiger Vorherrschaftsanspruch über alle anderen Rassen zu. Doch sei die arische Rasse durch die Angriffe minderwertiger Rassen in ihrer Existenz beständig bedroht. Im Kampf gegen die anderen Rassen habe der deutsche Arier um der Selbsterhaltung willen die Aufgabe, sich von nichtdeutschem Blut „rein" zu halten und seine von der Vorsehung bestimmte Führungsrolle unter den Rassen der Welt einzunehmen. Jede Vermischung mit „minderwertigen Rassen" sei eine „Bastardisierung"[67] und bedeute eine „Senkung des Rassenniveaus"[68]. Ein niedrigeres Rassenniveau aber führe zur Schwächung des Selbsterhaltungstriebes und gefährde folglich die Existenz eines Volkes. Mithin sei die Reinhaltung der Rasse die „heiligste Verpflichtung"[69].

Deutlich tritt hier die in ihrer Konsequenz fatale Verknüpfung von Rassismus, Sozialdarwinismus[70] und dem Kampfprinzip zutage: Es gebe minderwertige und höherwertige Rassen, die sich auf Leben und Tod bekämpften. Den Sieg werde schließlich die stärkste, also „reinste" Rasse davontragen und sich dadurch zugleich als beste Rasse qualifizieren. Auf diesem Wege zeige sich „der Kampf [immer als] ein Mittel zur Förderung der Gesundheit und

chen Art. Meise geht zu Meise, Fink zu Fink, der Storch zur Störchin, Feldmaus zu Feldmaus, Hausmaus zu Hausmaus, der Wolf zur Wölfin usw." (ibid. S. 311).

63 Ibid. S. 317.

64 Die Termini „Rasse" und „Volk" sowie „Nation" wurden bei den Nationalsozialisten in der Regel synonym verwendet; vgl. FENSKE, Politisches Denken ²1993, S. 804 f.

65 Der Begriff „Arier" war im 19. Jahrhundert aufgekommen und durch die Veröffentlichung einer Vorlesung von Vacher de Lapouge in Montpellier 1888/89 einem breiteren Publikum als wissenschaftlich fundierter Begriff vorgestellt worden; vgl. DE LAPOUGE, L'Aryen. Son rôle social 1898.

66 Gemeint war „die Bereitwilligkeit, alle Fähigkeiten in den Dienst der Gemeinschaft zu stellen" (HITLER, Mein Kampf 1925/27, S. 326).

67 Ibid. S. 444.

68 Ibid. S. 324.

69 Ibid. S. 444.

70 Vgl. zum Sozialdarwinismus in Deutschland und seiner nationalsozialistischen Ausprägung ZMARZLIK, Sozialdarwinismus 1963.

Widerstandskraft der Art"[71], da er „alles Schwache und Kränkliche, weniger Entschlossene unterliegen" lasse[72].

Ein unmittelbarer Zusammenhang zwischen dem nationalsozialistischen Rassismus und der NS-Europaidee ergibt sich aus zwei Faktoren: der Idee rassischer Regeneration in Osteuropa und dem Germanenkult. Da die rassisch motivierte Siedlungspolitik im Osten gedanklich die später zu behandelnde Lebensraumidee voraussetzt, soll an dieser Stelle zunächst der Germanenkult erörtert werden.

Hitlers Vorstellung von Europa baute wesentlich auf seinem rassistischen Weltbild auf[73]: „Europa ist kein geographischer, sondern ein blutsmäßig bedingter Begriff", definierte er in einem Tischgespräch im Führerhauptquartier[74]. Nicht Staatsgrenzen, sondern die „Blutsverwandtschaft" solle das zu errichtende „Germanische Reich deutscher Nation"[75] begründen. Trotz der Betonung des „Germanischen" schwebte Hitler jedoch eher ein dem mittelalterlichen Kaiserreich ähnliches Gebilde vor[76]. Auch den kulturellen Wert der Germanen schätzte er nicht sehr hoch ein[77]. Statt einer Berufung auf die germanischen Ahnen bevorzugte er die Identifikation mit dem „Arier"[78]. Ideologisch lehnte sich Hitler an Rosenberg an, der in seinem Monumentalwerk „Der Mythus des 20. Jahrhunderts" sämtliche Hochkulturen auf „arische Ursprünge" zurückgeführt[79] und so einen weit größeren politischen Handlungs- und Legitimationsradius gezogen hatte als es der auf die europäische Völkerwanderungszeit beschränkte Germanenkult vermochte.

[71] HITLER, Mein Kampf 1925/27, S. 313.
[72] Ibid. S. 312.
[73] So auch KLUKE, Europaideologie 1955, S. 260.
[74] HITLER, in: PICKER (Hg.), Tischgespräche 1977, 8.–10. 11. 1941. Dagegen will KLEPSCH, Nationalsozialistische Ideologie 1990, S. 128 aus der Konnotation vom „Boden der Heimat in Europa" (HITLER, Mein Kampf 1925/27, S. 755) eine Anerkennung des Urals als natürliche Grenze zwischen Europa und Asien und als angestrebte Ostgrenze des Deutschen Reiches ableiten. Solche geographischen Fixierungen widersprachen jedoch dem revolutionären Grundverständnis der Nationalsozialisten vom ewigen Herrschaftskampf der Völker und wurden gerade von Hitler vermieden. Zudem sollte die Konnotation vom europäischen Heimatboden in diesem Zusammenhang lediglich die Abkehr vom Kolonialismus wilhelminischer Prägung postulieren. Ein territoriales Europaverständnis Hitlers kann jedenfalls nicht allein aus diesem Zitat abgeleitet werden.
[75] HITLER, Mein Kampf 1925/27, S. 362.
[76] Vgl. LOOCK, „Großgermanische Politik" 1960, S. 37.
[77] HITLER, in: PICKER (Hg.), Tischgespräche 1977, S. 173: „In einer Zeit, wo die anderen schon Steinstraßen besaßen, hat unser Land Zeugnisse einer Kultur nicht aufzuweisen. [...] Die Germanen [...] waren nach 2000 Jahren noch Lackel."
[78] KROLL, Weltbild Hitlers 1996, S. 342 vermutet dahinter ein „eminent politisches Anliegen: den Anspruch auf staatliche Zusammenfassung aller ‚arischen' und eben nicht nur aller ‚germanischen' Völker im Rahmen einer deutschen Weltherrschaft".
[79] ROSENBERG, Mythus [11]1933, S. 28ff. (bzgl. Indien), S. 32ff. (bzgl. Persien), S. 34ff. (bzgl. Griechenland), S. 54 (bzgl. Rom), S. 112f. (bzgl. Rußland).

Für die „Germanenschwärmerei"[80] bot Hitler insofern wenige Anhaltspunkte.

Umso vehementer traten Heinrich Himmler und die Waffen-SS für das „Germanentum" ein. Sah Hitler die Gegner des rassischen „Endkampfes" im Arier und im Juden, so sprach Himmler von einer endgültigen Auseinandersetzung des „Germanentums" gegen das minderwertige „Slawentum" im Osten. Hier ergibt sich erneut ein Anknüpfungspunkt für die Lebensraumideologie und deren praktische Umsetzung über die SS-Siedlungspolitik: Verdrängung der slawischen Völker, um Platz zu schaffen für die Verbreiterung der „germanischen Blutsbasis"[81].

Im Europa-Amt des Reichssicherheitshauptamtes wurden detaillierte Pläne für eine „Germanische Gemeinschaft" mit einem „Germanischen Landtag" und einer „Germanischen Exekutive" erarbeitet, der Schweden, Norwegen, Dänemark, Niederlande, Belgien, die Schweiz und Deutschland angehören sollten und die zusammen mit anderen europäischen Staaten eine „europäische Staatenunion" bilden sollte[82]. Bis in Einzelheiten hinein war das „Germanentum" für die einzelnen Völker Europas definiert worden. So hätte Belgien nur mit dem flämischen Teil zur „Germanischen Gemeinschaft" gehören dürfen, während die frankophilen Wallonen, ebenso wie die Franzosen, lediglich im Rahmen der weiteren europäischen Staatenunion hätten beteiligt werden können[83]. Bezeichnenderweise hieß die verantwortlich zeichnende Amtsgruppe D des RSHA zunächst „Germanische Leitstelle" und wurde in der Phase der deutschen Solidaritätsaufrufe an das nichtbolschewistische Europa in „Europa-Amt" umbenannt. Immer wieder wurden die Attribute „germanisch" und „europäisch" von den führenden NS-Ideologen synonym verwendet[84].

Vom arisch-germanischen Rassismus war es nur ein kleiner Schritt zum Antisemitismus, der von den Nationalsozialisten zu einer „historisch singulären Mordmaschinerie"[85] ausgeweitet wurde.

*Antisemitismus* Hitler und seine Paladine waren der Ansicht, daß „den gewaltigsten Gegensatz zum Arier der Jude" darstelle[86]. Es fehle ihm völlig am

[80] KROLL, Weltbild Hitlers 1996, S. 342.
[81] Himmler, zit. n.: NEULEN, Europa und das Dritte Reich 1987, S. 61.
[82] Büeler, zit. n.: ibid. S. 63f.
[83] Vgl. LOOCK, „Großgermanische Politik" 1960, S. 40.
[84] Ibid. S. 39.
[85] BECKER, Weltmacht oder Untergang 1989, S. 36. Auf die umfassende Kontroverse um die historische Einzigartigkeit des nationalsozialistischen Völkermordes und die These von NOLTE, Zwischen Geschichtslegende und Revisionismus? 1987, S. 32, der Entschluß der Nationalsozialisten zum Genozid sei eine „aus Angst geborene Reaktion auf die Vernichtungsvorgänge der Russischen Revolution" gewesen, kann an dieser Stelle nicht weiter eingegangen werden. Einen guten Überblick über den aktuellen Meinungsstand gibt STEINBACH, Historikerstreit 1995.
[86] HITLER, Mein Kampf 1925/27, S. 329.

Aufopferungswillen – im Gegenteil: er sei der personifizierte Egoismus, weshalb er „auch nie Nomade, sondern immer nur Parasit im Körper anderer Völker"[87] gewesen sei. Damit klassifizierte Hitler das jüdische Volk nicht nur zur minderwertigen, „kulturzersetzenden Rasse", sondern erklärte es zum „Rassenfeind", den es ob seiner beständigen, wesensmäßigen Gefährlichkeit wegen zu bekämpfen gelte. Mithin war der Antisemitismus die letzte Konsequenz des nationalsozialistischen Rassismus. Es handelte sich nicht um eine bloße Fortsetzung des gesellschaftlichen Antisemitismus, sondern um den menschenverachtenden Versuch, in unvergleichlicher und jegliche Stringenz entbehrender Weise das jüdische Volk als Sündenbock für alle unerwünschten Entwicklungen zu stigmatisieren.

Unzweifelhaft wurde die ideologische Vorgabe des übersteigerten Antisemitismus um die Komponente pragmatischer Nutzbarmachung bereichert: „Jüdisch" war alles, „was dem Sieg der nationalsozialistischen Weltanschauung abträglich war"[88]. Als wichtigster und brutalster Anwendungsfall der „Rassenpolitik" war der Antisemitismus das Kernelement der NS-Ideologie. Mithin verstand sich die nationalsozialistische Bewegung als eine Weiterentwicklung des nur negativ verstandenen Antisemitismus. Nach dem Bekenntnis des anfangs sehr einflußreichen Parteifunktionärs Feder war der Antisemitismus „gewissermaßen der gefühlsmäßige Unterbau" der Bewegung[89].

Parallel zur Verschärfung antisemitischer Ausschreitungen konkretisierte sich die Europaidee des nationalsozialistischen Regimes. Diese Parallelentwicklung war durchaus intendiert, denn ausweislich der Schulungsunterlagen des Reichsorganisationsleiters der NSDAP würde die vom deutschen Nationalsozialismus begonnene „europäische Revolution [...] ihren Höhepunkt in der geistigen und physischen Befreiung" vom Judentum, mithin der Schaffung eines „rassereinen Europa"[90] finden. Nur aus taktischen Erwägungen heraus wurde in den Jahren bis 1938 eine gewisse Zurückhaltung geübt, da es zunächst die innere Machtposition zu festigen galt. Auch im Bereich der Europapolitik war mangels außenpolitischen Gewichts Zurückhaltung erforderlich. In diesem frühen Stadium zeigten sich insofern Grenzen des Vergleichs, als das „Gesetz zum Schutze des deutschen Blutes und der deutschen Ehre" sowie das „Reichsbürgergesetz", die beide am 15. September 1935 in Nürnberg verabschiedet worden waren, einer deutlichen Radikalisierung den Weg ebneten, die in der europapolitischen Entwicklung kein Pendant fand. Dennoch sind die gleichlaufenden Tendenzen in der Grobperiodisierung frappierend. So setzte mit dem Judenpogrom vom 9./10. November 1938 die schärfste Vorkriegsphase der Judenverfolgung ein. Im gleichen Jahr schuf die NS-Außenpolitik mit dem „Anschluß" Österreichs und der Sudetenkrise die Eckpfeiler der späteren Europa(kriegs)politik. In seiner Reichstagsrede vom

[87] Ibid. S. 334.
[88] KLEPSCH, Nationalsozialistische Ideologie 1990, S. 138.
[89] Feder, zit. n.: ibid.
[90] Der Reichsorganisationsleiter der NSDAP (Hg.), Europäische Revolution o. J., S. 8.

30. Januar 1939 sprach Hitler unmißverständlich aus, daß die Judenverfolgung auf europäischer Ebene fortgesetzt werden müsse: „Wenn es dem internationalen Finanzjudentum inner- und außerhalb Europas gelingen sollte, die Völker noch einmal in einen Weltkrieg zu stürzen, dann wird das Ergebnis [...] die Vernichtung der jüdischen Rasse in Europa [sein]."[91]

Parallel zu den fortschreitenden Pogromen und Massenverhaftungen sowie der Gettoisierung, der äußerlichen Stigmatisierung[92] und wahllosen Erschießungen insbesondere in Polen setzte in der Europapolitik der „Europarausch" ein, der die ersten konkreten Pläne für ein nationalsozialistisches, „rassereines" Europa hervorbrachte. In der Umsetzung dieser Maxime nahmen die deutschen Truppen[93] bald nach der Besetzung und Eroberung eines Landes antijüdische Maßnahmen auf und orderten die Deportation der in den jeweiligen europäischen Ländern ansässigen Juden in die Konzentrationslager an[94]. Schließlich traten sowohl die „Judenpolitik" als auch die Europapolitik des „Dritten Reiches" mit dem Angriff auf die UdSSR am 22. Juni 1941 in die letzte, die jeweilige Klimax kennzeichnende Phase ein: In der Judenpolitik wurde mit dem Einsatz der ersten Gaskammern[95] die später auf der Wannsee-Konferenz vom 20. Januar 1942 beschlossene „Endlösung" vorbereitet, während sich in der Europapolitik nun eine vollständige Europaideologie herauskristallisiert hatte[96], deren Kern die Annahme zugrunde lag, die „Lösung der Judenfrage" sei „über die Grenzen des Reiches hinaus heute eine Lebensfrage der Völker Europas geworden"[97].

*Antibolschewismus* In unmittelbarer Anknüpfung an den biologistischen Antisemitismus des nationalsozialistischen Regimes stellt der Antibolschewismus eine weitere wichtige Grundkonstante des antisemitischen Rassismus dar. Der vermeintlich „sozialparasitäre" Charakter der Juden ließ sie als Verursacher nicht nur der verfemten Ideen des Liberalismus, der Demokratie und des Parlamentarismus erscheinen, sondern verpaßte ihnen auch die Rolle des „geistigen Trägers des bolschewistischen Terrors"[98]. Hitler war der Auffassung, „der wahre Kern der marxistischen Weltanschauung" liege in der

[91] HITLER, in: Verhandlungen des Reichstages, Stenographische Berichte, 4. Wahlperiode 1939–1942, Bd. 460, S. 16; abgedruckt in: ibid. Dok. Nr. 155, S. 277.
[92] Durch Einführung des sogenannten „Judensterns" gemäß „Polizeiverordnung über die Kennzeichnung der Juden" vom 1. 9. 1941, teilw. abgedruckt in: ibid. Dok. Nr. 171, S. 297 f.
[93] Gemeint sind hier die Truppen der SS und der Polizei, die für das gesamte Gebiet hinter der Front (Etappe) zuständig waren, während die Befehlsgewalt der Wehrmacht auf die Frontlinie beschränkt war; vgl. ibid. S. 274.
[94] Vgl. ibid. S. 274.
[95] Vgl. ibid. S. 269.
[96] Vgl. SALEWSKI, Ideas 1985, S. 48.
[97] SS-HAUPTAMT (Hg.), Lehrplan für die weltanschauliche Erziehung in der SS und Polizei o. J., S. 77.
[98] STREIT, Ostkrieg 1991, S. 251.

Zerstörung der menschlichen Existenzgrundlage durch die „kategorische Ablehnung der Persönlichkeit und damit der Nation und ihres rassischen Inhalts“[99]. Die gefährliche Sentenz darin sei in der logischen Folge dieser persönlichkeitsfeindlichen Haltung zu sehen: Mit der Zertrümmerung der Persönlichkeit und der Rasse falle „das wesentliche Hindernis für die Herrschaft des Minderwertigen – dieser aber ist der Jude“[100]. Bolschewismus und Judentum teilten demnach eine bedrohliche Gemeinsamkeit: beide gefährdeten und untergruben den positiven Selbsterhaltungstrieb der „arischen Rasse“, insbesondere den des deutschen Volkes. Folglich galt den Nationalsozialisten die unterstellte „jüdisch-bolschewistische Weltverschwörung“ als größte Gefahr überhaupt.

Doch stellten sich den Führern des „Dritten Reiches“ bis 1941 schwerwiegende tagespolitische Hindernisse in den Weg, die jeden Gedanken an eine aktive antibolschewistische Politik von vornherein verbaten. Nach den ersten Jahren des inneren Machtausbaus war man darauf angewiesen, die außenpolitischen Ziele zunächst mit Hilfe internationaler Verbündeter zu erreichen. Zur Absicherung des „Fall Weiß“, des deutschen Angriffs auf Polen, schloß Deutschland am 23. August 1939 einen Nichtangriffspakt mit der UdSSR, dessen geheimes Zusatzprotokoll die Aufteilung der Interessensphären in Osteuropa sowie die territoriale Verteilung Polens nach dessen Niederwerfung regelte. Angesichts dieses strategisch unabdingbaren Bündnisses mit dem „bolschewistischen Feind“ mußte jede antikommunistische Propaganda unterbleiben – ungeachtet der unzähligen Kommunisten, die zu Tausenden seit 1933 verfolgt und in Arbeitslager gesperrt worden waren. An dieser Situation änderte sich auch im Jahre 1940 nichts, da während des Westfeldzuges der Nichtangriffspakt mit der Sowjetunion der deutschen Wehrmacht den Rücken frei hielt. Erst als der „Fall Gelb“ im wesentlichen abgeschlossen war, wendete sich das Blatt. Nun konnte die deutsche Führung zu ihrem aus tagespolitisch bedingter Rücksichtnahme zeitweilig „suspendierten Kernprogramm zurückkehren: der weltherrschaftliche[n] Vollendung seines Imperiums in der Eroberung Rußlands“[101].

Mit dem Angriff auf die Sowjetunion am 22. Juni 1941 ließ die deutsche Propaganda die Maske fallen und bemühte sich nach Kräften, das Menetekel einer „jüdisch-bolschewistischen Weltverschwörung“ an die westeuropäische Wand zu schreiben: „Im russischen Bolschewismus haben wir den im zwanzigsten Jahrhundert unternommenen Versuch des Judentums zu erblikken, sich die Weltherrschaft anzueignen.“[102] Für die Verantwortlichen des „Dritten Reiches“ drängte sich die Möglichkeit geradezu auf, sich an die Spitze eines europaweiten Kampfes gegen die kommunistische Gefahr zu schwingen. Auf diesem Wege kamen die Nationalsozialisten nicht nur der

[99] HITLER, Mein Kampf 1925/27, S. 351.
[100] Ibid.
[101] BRACHER, Geschichte Europas ²1992, S. 196f.
[102] HITLER, Mein Kampf 1925/27, S. 751.

Durchsetzung ihrer ideologischen Ziele näher, sondern konnten zugleich ihre europäische Machtposition festigen, indem sie vorgaben, im Sinne und Interesse aller westeuropäischen Staaten zu wirken. So hatte selbst Lord Halifax anläßlich eines Besuches auf dem Berghof Hitler gegenüber geäußert, er hoffe auf Deutschland als „Bollwerk des Westens gegen den Bolschewismus"[103].

Zu keinem anderen Zeitpunkt aber war die geringe Übereinstimmung der propagandistischen Äußerungen mit den tatsächlichen Zielen der nationalsozialistischen Politik deutlicher erkennbar als bei der Inszenierung Hitlers als Europas Feldherr, denn insgeheim vertraute Goebbels seinem Tagebuch an: „Das Gerede von der Kollaboration ist nur für den Augenblick gedacht."[104] Gemeint war damit der Zeitraum bis zur endgültigen Festigung der deutschen Herrschaft über Europa, in dessen Folge Deutschland nicht mehr auf das Wohlwollen der europäischen Staaten angewiesen sein würde. Die von der deutschen Seite nicht einkalkulierte Kriegswende nach der Schlacht von Stalingrad brachte eine erzwungene Verlängerung dieses „Augenblicks", die durch die bedingungslose Kapitulation am 8. Mai 1945 beendet wurde: Die vorgeschobene Vision eines auch von den Alliierten zeitweise unterstützten „Bollwerks des Westens gegen den Bolschewismus"[105] geriet zur Illusion[106] und zerbrach schließlich an der Kriegswirklichkeit.

### 1.2.2. Lebensraumimperialismus

*Imperialismus* Hitler hatte die Maxime vorgegeben, Außenpolitik bestimme sich allein nach dem Nutzen für das Volk[107]. In der Perspektive der Nationalsozialisten lag dieser Nutzen in der konsequenten Umsetzung der völkischen Ideologie, deren Endziel die Weltherrschaft war. Da die Weltherrschaft aber einer späteren Generation vorbehalten sein sollte[108], beschränkten sich die Ziele der Nationalsozialisten zunächst auf die kontinentale Hegemonie. Diese sollte in drei Etappen erreicht werden[109]: die innenpolitische Konsolidierung, verbunden mit massiver militärischer Aufrüstung und außenpolitischer Verständigungspolitik; die diplomatische Isolierung und schließlich militärische Niederwerfung des „unerbittlichen Todfeindes"[110] Frankreich und in einer dritten Phase die Eroberung der Sowjetunion als territoriale Grundlage der „Rassenpolitik". Mit der Hegemonialstellung sollte

[103] ADAP 1918–1945, Serie D, Bd. I, S. 47f.
[104] Goebbels, zit. n.: ERDMANN, Zeit der Weltkriege ⁹1978, S. 541.
[105] Der britische Botschafter Lord Halifax, in: ADAP 1918–1945, Serie D, Bd. I, S. 47f.
[106] Vgl. SALEWSKI, Ideas 1985, S. 53.
[107] Vgl. HITLER, Mein Kampf 1925/27, S. 687.
[108] Hitler erwartete einen Endkampf Deutschlands gegen die USA um die Weltherrschaft; vgl. BECKER, Weltmacht oder Untergang 1989, S. 33.
[109] Zum Folgenden vgl. ibid. S. 32f.
[110] HITLER, Mein Kampf 1925/27, S. 698.

Deutschland als „ernst zu nehmender Faktor in Europa“[111] restituiert werden. In dieser Zielsetzung ist sicherlich der vollständige Katalog revisionistischer Forderungen enthalten, der nicht nur von Hitler und seinen führenden Schergen[112], sondern ebenso von der Mehrheit der militärischen und administrativen Eliten befürwortet wurde.

Allein die revisionistische Interpretation vermag jedoch weder die völkisch-ideologische Komponente noch die NS-Zielvorstellung eines „germanischen Staates deutscher Nation“[113] hinreichend zu erfassen. Auf dem generationsübergreifenden Weg zur Weltherrschaft war die Etablierung der deutschen Kontinentalhegemonie die vorläufige Endstufe und bedeutete, daß die Realisierung der Rassenideologie zunächst auf europäischer Ebene durchzuführen sei. Für das Verständnis der NS-Ideologie kommt daher der Europaidee als Testfeld einer späteren Welthegemonie der Nationalsozialisten entscheidende Bedeutung zu.

In Hitlers Diktion des „blutsmäßig bedingten Begriff[s]“[114] Europa offenbarte sich die Verflechtung des antisemitischen Rassismus mit dem östlich ausgerichteten Lebensraumimperialismus. Die „arischen Völker“ sollten in einem Staat vereint und gegen den slawischen „Untermenschen“ Osteuropas abgegrenzt werden[115].

*Lebensraumideologie* Im Mittelpunkt des NS-Imperialismus steht die Lebensraumideologie, die ihren Ursprung in den wirtschaftspolitischen Überlegungen zu einer Großraumwirtschaft hat. Ausgerichtet am Beispiel der Hanse hatten Wirtschaftswissenschaftler schon während des Ersten Weltkrieges einen übernationalen Raum mehrerer Staaten geplant, deren Produktionen zentral vom Deutschen Reich als Führungsmacht koordiniert und geleitet werden sollten[116]. In diesem hegemonialen Sinne forderte der spätere Leiter der nationalsozialistischen Gesellschaft für europäische Wirtschaftsplanung und Großraumwirtschaft, Werner Daitz, im Jahre 1916 eine Europäische Wirtschaftsgemeinschaft[117].

Zentrale Aussage des Lebensraumgedankens war die Vorstellung, daß jedem Volk von der Natur ein bestimmter Lebensraum zugewiesen sei. Da die Quellen völkischer Kraft allein in der Rasse eines Volkes und seinem Lebensraum zu finden seien[118], gelte es um des eigenen Überlebens willen den Lebensraum gegen andere Völker zu verteidigen, wie es das ewige Kampfprin-

111 KLEPSCH, Nationalsozialistische Ideologie 1990, S. 125.
112 Vgl. dazu JÄCKEL, Hitlers Weltanschauung 1966, S. 30f.
113 HITLER, Mein Kampf 1925/27, S. 362.
114 DERS., in: PICKER (Hg.), Tischgespräche 1977, 8.–10. 11. 1941.
115 DERS., Mein Kampf 1925/27, S. 1.
116 Vgl. NEULEN, Europa und das Dritte Reich 1987, S. 52f.
117 Vgl. BAY, Großraumwirtschaft 1962, S. 6.
118 DAITZ, Neuordnung Europas, in: NSM, H. 11 (September 1940), II, S. 531. Zu den nationalsozialistischen Großwirtschaftsraumplänen in Zusammenhang mit dem Lebensraumkonzept vgl. KLETZIN, Europa aus Rasse und Raum 2000, S. 168–209.

zip menschlicher Existenz fordere: „Im ewigen Kampf ist die Menschheit groß geworden – im ewigen Frieden geht sie unter."[119]

Die Lebensraumtheorie wurde von nationalsozialistischen Völkerrechtlern wie Carl Schmitt[120] aus juristischer Sicht legitimiert. Dabei dienten gemeinhin die Ausarbeitungen Alfred Rosenbergs zur Lebensraumkonzeption als philosophische Grundlage. Nicht nur in seinem „Mythus des 20. Jahrhunderts", sondern auch in den *Nationalsozialistischen Monatsheften* versuchte Rosenberg eine pseudowissenschaftliche Deduktion des Lebensraumgedankens aus der europäischen Geschichte.

1940 veröffentlichte Sanders unter Anleitung Rosenbergs eine aufschlußreiche Zusammenfassung dieser „räumlichen" Geschichtsbetrachtung in einer allein dem Thema Europa gewidmeten Ausgabe der *Nationalsozialistischen Monatshefte*[121]. Sanders Miszelle stand im Zusammenhang mit einem von Rosenberg initiierten und betreuten Forschungsprojekt zur europäischen Neuorientierung der deutschen Politik[122]. Sanders teilte Europa in sechs rassistisch definierte „Lebensräume", die er historisch begründete[123]:

– Der „Ariergroßraum" reiche vom Atlantik bis zum Indischen Ozean und bezeichne das zentraleuropäische Ursprungsgebiet der „Indogermanisierung"[124].

– Innerhalb des „Ariergroßraums" komme dem Raum zwischen Nord- und Ostsee sowie dem Schwarzen und Kaspischen Meer eine hervorgehobene Bedeutung zu: Dies sei das „ursprüngliche Kontinentaleuropa", in dem sämtliche „arischen Völker" ihren Ursprung hätten[125]. Kennzeichnend für

[119] HITLER, Mein Kampf 1925/27, S. 149.

[120] SCHMITT, Völkerrechtliche Großraumordnung 1939.

[121] SANDERS, Bemerkungen, in: NSM, H. 11 (September 1940), II, S. 515–546.

[122] Die Schriftleitung der Septemberausgabe, ibid. S. 515 bemerkte einleitend: „Reichsleiter Alfred Rosenberg hat umfangreiche wissenschaftlich-politische Forschungen über kontinentaleuropäische Probleme eingeleitet, die zusammenfassend ein Bild dessen vermitteln sollen, was wir heute unter Europa und seinen Aufgaben verstehen."

[123] Die Idee der Großräume entstammte ursprünglich dem Wirtschaftssektor. Pläne für eine enge internationale Wirtschaftskooperation mehrerer Länder, insbesondere in Mitteleuropa, wurden seitens der Wirtschaft schon früh entwickelt; vgl. dazu: GUTSCHE, Mitteleuropaplanungen 1972, S. 533–549.

[124] SANDERS, Bemerkungen, in: NSM, H. 11 (September 1940), II, S. 516f.

[125] Hierzu zählt Sanders namentlich die Germanen, Kelten, Griechen, Italiker, Indo-Iraner, Slawen [sic!], Kaukasier, Illyrier und Balten; vgl. ibid. Trotz der „Untermenschen"-Propaganda der Nazis gegen slawische Völker wurden die Slawen – anders als die Juden – nicht von vornherein als „kulturzerstörende Elemente" verstanden. Vielmehr hätten sie sich erst durch die Adaption des Kommunismus als Staatssystem deklassiert. Abgesehen davon unterschied die schon seit Ende des 19. Jahrhunderts weit verbreitete Rassenanthropologie, ebenso wie die konkurrierenden Rassenhygieniker, verschiedene Stufen auch innerhalb einer „Rasse". Für den in Deutschland lebenden Rassentheoretiker Houston Stewart Chamberlain galt das deutsche Volk als höchstentwickelte Art der „arischen Rasse", während für den Franzosen Arthur de Gobineau selbstverständlich die französische Aristokratie den „reinsten Arier" verkörperte, den Deutschen dagegen ausdrücklich das „Ariertum" versagte; vgl. CHAMBERLAIN, Die

diesen „Artwerdungsraum der arischen Völker" sei das geschlossene Wasserstraßennetz, das die europäische Geschichte entscheidend geprägt habe[126].

– Durch die Ausbreitung der arischen Völker, insbesondere durch die Eroberung der Apenninhalbinsel durch die Italiker und des Balkans durch die Griechen sei der Lebensraum „Mittelmeereuropa" entstanden[127].

– Der vierte Lebensraum sei die Zusammenfassung des „ursprünglichen Kontinentaleuropa[s]" mit dem „Mittelmeereuropa" zum „Kontinentaleuropa schlechtweg"[128].

– Als Peripherie dieses „Kontinentaleuropa[s] schlechtweg" bezeichnete Sanders diejenigen „Randgebiete", die als letzte von der keltischen Indogermanisierung erfaßt worden seien, namentlich die Britischen Inseln, Frankreich und Spanien[129].

– Durch die Entdeckung neuer Erdteile, etwa der beiden amerikanischen Kontinente, sowie der dort gegründeten Kolonien sei schließlich das „Übersee-Europa" entstanden[130].

Kaum verhohlen spiegeln diese geographischen Definitionen eine bis zur völligen Ignoranz anderer Kulturidentitäten reichende Eurozentrik wider, die der nationalsozialistischen Europaideologie durchgängig zu eigen war. Trotz der Bemühungen Rosenbergs und seines Mitarbeiterstabs, sich dem Begriff „Europa" geographisch zu nähern, bildete auch für sie der rassistische Europabegriff den ideologischen Überbau: „Europa ist der aus der Gestaltungskraft der arischen Rasse geschaffene Lebensraum der europäischen Rassen und Völker. Die gemeinsame rassische Herkunft über alle trennenden politischen, staatlichen und weltanschaulichen Unterschiede ist das verbindende Element der europäischen Völker."[131] Werner Daitz erläuterte dazu 1940: „Während wir uns also in den vergangenen Jahrhunderten angewöhnt haben, unter dem Gesetz der Expansion, die Erde rein geographisch-räumlich aufzuteilen, verlangt jetzt die Umkehrung des Pendels, das Gesetz der Sammlung und Scheidung [...], die Neuordnung der Welt nach rassisch gebundenen Lebensräumen."[132] Demzufolge bestimmte sich die – für eine Definition des „Lebensraums" wichtige – Ostgrenze nicht primär nach kartographischen Markierungen, sondern vollzog sich zwischen dem Germanentum und dem als unterentwickelt diffamierten Slawentum. Entscheidend sei die Abwehr der nach Weltherrschaft strebenden Bewegung der „jüdisch-bol-

Grundlagen des 19. Jahrhunderts, 2 Teile, München 1899 und Comte de GOBINEAU, Essai sur l'Inégalité des Races Humaines, Paris 1853–1855.

126 Sanders, Bemerkungen, in: NSM, H. 11 (September 1940), II, S. 517.

127 Ibid.

128 Ibid.

129 Ibid. S. 518.

130 Ibid. S. 524.

131 SIX (seit 1942 Leiter der Kulturpolitischen Abteilung im AA), Grundlegung Europas 1942, S. 14.

132 DAITZ, Neuordnung Europas, in: NSM, H. 11 (September 1940), II, S. 531.

schewistischen Weltverschwörung", so daß die größte Gefahr für Europa und das Reich von Rußland ausgehe.

Erneut zeigt sich die enge Verflechtung des Antibolschewismus mit der „Endlösung" und dem Rassenwahn, die beide nunmehr als ideologische Legitimation des Kampfes um „Lebensraum" im Osten in Erscheinung traten. Mithin verbarg sich hinter dem Aufruf zum „Aufbruch Gesamteuropas gegen den Bolschewismus"[133] ein aus strategisch-propagandistischen Gründen drapiertes rassistisches Raumdenken. Demzufolge sollte der „Lebensraum" im Osten, einmal von den Slawen entvölkert, der „Verbreiterung der Blutsbasis"[134] der arisch-germanischen Rasse mittels einer rigorosen Siedlungspolitik gewidmet und zugleich der „Endlösung" der Judenfrage dienen[135]. Die ideologische Verknüpfung von „Lebensraum" und „Rassereinheit" mündete in den euphorischen Ruf nach einer „Neuordnung Europas aus Rasse und Raum"[136], der erstmals während des „Europarausches" 1940 erscholl. Verlangt wurde eine rassistisch interpretierte europäische Monroe-Doktrin: „Europa den Europäern"[137], wobei die Wertung als Europäer ausschließlich der „weißen" Rasse vorbehalten war[138].

Hinter der Forderung nach einer europäischen Neuordnung stehen zwei zentrale Grundansichten der Nationalsozialisten: zum einen die aus der europäischen Geschichte abgeleitete Überzeugung, es sei „ewige Aufgabe der Deutschen, Ordnung in das Chaos minderwertiger Völker Europas zu bringen"[139]. Zum anderen die ideologisch begründete Vision von der notwendigen Rettung des „gemeinsamen europäischen Lebensraumes der weißen Rasse"[140].

Die Idee einer „ewigen Aufgabe der Deutschen" als europäische Ordnungshüter entsprang dem nationalsozialistischen Axiom, Europa brauche überhaupt eine neue Struktur: „In der Idee Kontinentaleuropas liegt es begründet, daß die Organisierung des gesamten kontinentaleuropäischen Systems in irgendeiner Form anzustreben ist. Diese Organisierung kann – wie alles in der Geschichte – nicht ohne harten Kampf der Völker um Platz und Stellung im kontinentaleuropäischen System vor sich gehen."[141] Für die Nationalsozialisten bestand kein Zweifel, daß dem deutschen Volk als Sieger in diesem Kampf folgerichtig der europäische Hegemonialanspruch zustehe,

[133] Vertrauliche Information Nr. 317, zit. n.: KLUKE, Europaideologie 1955, S. 259.
[134] Himmler, zit. n.: NEULEN, Europa und das Dritte Reich 1987, S. 61.
[135] Ursprünglich hatte Hitler diesbezüglich nur vage an eine Vertreibung aller Juden nach Sibirien gedacht. Die Idee der Gaskammern wurde erst später entwickelt; vgl. STREIT, Ostkrieg 1991, S. 242–255.
[136] DAITZ, Neuordnung Europas, in: NSM, H. 11 (September 1940), II (Titel).
[137] Zur nationalsozialistischen Abwandlung der Monroe-Doktrin vgl. GRUCHMANN, Nationalsozialistische Großraumordnung 1962.
[138] Vgl. DAITZ, Neuordnung Europas, in: NSM, H. 11 (September 1940), II, S. 530.
[139] FOERSTER, Europa 1967, S. 310.
[140] DAITZ, Neuordnung Europas, in: NSM, H. 11 (September 1940), II, S. 533.
[141] SANDERS, Bemerkungen, in: NSM, H. 11 (September 1940), II, S. 522.

denn „Deutschland als Volk der europäischen Mitte kommt hierbei die Rolle zu, eine Brücke zu schlagen zwischen Nord und Süd, einen Bogen über Europa zu spannen, und damit Garant für die Schicksalsgemeinschaft der europäischen Völker zu sein."[142]

Wesentliche Motive dieses deutschen Europaauftrags lagen in Hitlers Geschichtsverständnis begründet. Im Gegensatz zu Himmler und Rosenberg galt ihm nicht die germanische Kultur, sondern die griechische und römische Antike als Vorbild. In der griechischen *polis* sah er die Prinzipien der „Rassenpolitik" verwirklicht, nämlich „Blutsreinheit", „Aufzucht" und „Ausmerzung"[143], wobei ihm vor allem Sparta als Paradebeispiel eines rassisch strukturierten Gemeinwesens erschien[144]. Die Geschichte Roms lieferte Hitler das historische Vorbild einer Welthegemonie. Insbesondere bewunderte er die gesamteuropäisch ausgerichtete „Raumpolitik"[145] Roms, das sich von einem Stadtstaat zur führenden und alles beherrschenden Macht der damals bekannten Welt entwickelt hatte[146]. Dieser Führungsanspruch habe sich auf das Römische Reich Deutscher Nation übertragen[147] und müsse nunmehr durch einen „germanischen Staat deutscher Nation"[148] endgültig durchgesetzt und gesichert werden.

Die zweite Grundüberzeugung, die den Ruf nach einer Neuordnung Europas beschwor, war die Rettung des „gemeinsamen europäischen Lebensraumes der weißen Rasse. Aus dem rassistischen Grundgedanken heraus argumentierten die NS-Ideologen, der Arier habe um des eigenen Überlebens willen die Aufgabe, sich von „nichtdeutschem Blut rein zu halten"[149], denn jede Vermischung mit minderwertigen Rassen bedeute eine Schwächung der arischen Rasse, die ihm aufgrund des ewigen Kampfes der Völker unmittelbar zur Überlebensgefahr gereiche.

Die größte Gefahr rassischer Vermischungen aber bestehe bei Aufgabe oder Verlust des ursprünglichen, angestammten Lebensraumes: „Denn es ist Grundgesetz rassischer Lebensordnung, daß eine Rasse ihren ursprünglichen Lebensraum nicht aufgeben kann, ohne sich selbst mehr oder weniger aufzugeben. Sie kann dies immer nur um den Preis der Umartung oder der Ent-

142 RÜDIGER, Der Norden und die europäische Mitte, in: NSM, H. 11 (September 1940), II, S. 541–546 (542).
143 HITLER, in: PICKER (Hg.), Tischgespräche 1977, S. 17 sowie S. 443.
144 Vgl. HITLER, Zweites Buch 1928, S. 56f. Zu rassistischen Interpretationen der Antike durch Althistoriker schon in der Weimarer Republik vgl. KROLL, Weltbild Hitlers 1996, S. 344.
145 Ibid. S. 178.
146 Vgl. hierzu und zur Vorbildfunktion des British Empire ibid. S. 346ff.
147 Hitler betrachtete die deutsche Kaisergeschichte des Mittelalters jedoch nur als „Abglanz altrömischer Staatenbildungen"; HITLER, in: PICKER (Hg.), Tischgespräche 1977, S. 231; vgl. ferner KROLL, Weltbild Hitlers 1996, S. 349f.
148 HITLER, Mein Kampf 1925/27, S. 361.
149 Ibid. S. 359f.

artung."[150] Dieses „Grundgesetz der rassischen Lebensordnung" sei in der Vergangenheit aber nicht hinreichend beachtet worden. Der kontinentaleuropäische Lebensraum habe durch Völkerwanderungen und Entdeckungsfahrten, also Zuwanderung „minderwertiger Rassen" und Abwanderung „arischer Elemente", eine rassische Vermischung durchlebt, die dem Arier gefährlich werde[151]. Nunmehr müsse der „Staatsraum" zurücktreten und dem „völkischen Lebensraum" weichen[152].

*Antiföderalismus* In der Konsequenz des nationalsozialistischen Lebensraumimperialismus blieben alle offiziellen Versionen der nationalsozialistischen Europakonzeption selbst im „Europarausch" und trotz aller tagespolitischen Rücksichten zutiefst antiföderalistisch[153]. Angesichts der hierarchischen Vorstellung einer „arischen Herrenrasse", dem Prinzip des ewigen Völkerkampfes um die Vorherrschaft und eingedenk der „ewigen Aufgabe der Deutschen, Ordnung in das Chaos minderwertiger Völker in Europa zu bringen", war der Antiföderalismus wesentliches Charakteristikum des NS-Europakonzepts[154].

Aus ideologischer Sicht schwächte der Föderalismus durch seine Meinungsvielfalt den nationalen Staat und verhinderte, ebenso wie die Demokratie, schnelle und „starke" Entscheidungen, wie sie dem „Führerstaat" zu eigen waren. Vor allem aber stehe dem Föderalismus das weitaus stärkere Prinzip des Nationalismus gegenüber, das allein in der Lage sei, Europa zu gestalten: „Wir glauben also nicht, daß alle Völker Europas an einer abstrakten Idee Europa gleichsam teilhaben, als ob es möglich wäre, von oben herab eine universalistische Idee über alle Völker Europas niederzulassen und nun jeder Nation, soweit sie begabt sei, einen Teil der Idee zu übergeben. [...] Der Punkt, die Idee, die Tatsache, von der wir alle ausgehen müssen, ist die Tatsache der Nation."[155] Kamen Hitler in späteren Jahren Zweifel an der zentralistischen Ministerialbürokratie[156], so blieben die Bedenken stets vage. Zu keinem Zeitpunkt zog er ernsthaft die antiföderalistische Grundausrichtung seiner Politik in Zweifel.

[150] DAITZ, Neuordnung Europas, in: NSM, H. 11 (September 1940), II, S. 529.
[151] Ibid. S. 529ff.
[152] Ibid. S. 531.
[153] DÜLFFER, Jalta ²1999, S. 50 schreibt zutreffend: „Die deutsche Politik seit 1933 gab einer auf Ausgleich beruhenden Generallösung für Europa nie eine Chance."
[154] Hitler selbst hatte sich zutiefst ablehnend und abschätzig über den deutschen Föderalismus geäußert; vgl. HITLER, Mein Kampf 1925/27, Kap. 10: Der Föderalismus als Maske, S. 621–725. Ungeachtet einer beschwichtigenden Rede vor dem Reichsrat am 2. 2. 1933 entzog er der Länderkammer mit dem sogenannten „Ermächtigungsgesetz" wesentliche Mitwirkungsbefugnisse. Im darauffolgenden Jahr löste er die Länder auf (Gesetz über den Neuaufbau des Reiches vom 30. 1. 1934, vgl. RGBl. 1934, I, S. 81), um einige Wochen später durch das Gesetz über die Aufhebung des Reichsrats (RGBl. 1934, I, S. 89) vom 14. 2. 1934 auch dessen Verfassungsorgan zu beseitigen.
[155] Rosenberg, zit. n.: FOERSTER, Europa 1967, S. 311.
[156] Vgl. DEUERLEIN, Föderalismus 1971, S. 3–7.

Die Nationalsozialisten pervertierten den Europagedanken[157] in sein Gegenteil: Der europäische Gedanke sei „ja in Wirklichkeit nichts anderes als das Zusammengehörigkeitsbewußtsein der germanischen Rasse"[158].

Hitler, der insbesondere Coudenhove-Kalergis Paneuropaidee schon 1928 als „eine phantastische, geschichtlich unmögliche Kinderei" bezeichnet hatte, wollte um jeden Preis verhindern, daß der „Europarausch" föderale oder andere der NS-Ideologie entgegenstehende Tendenzen aufkommen ließ. Dies belegt eindrücklich eine Notiz des Staatssekretärs im Auswärtigen Amt, Ernst von Weizsäcker, über eine interne Anweisung Hitlers aus dem Jahre 1941: „Als Grund, weshalb wir uns auf Gespräche über eine ‚Neuordnung Europas' nicht einzulassen hätten, wird vom Führer intern gesagt, unsere Nachbarn seien ja doch alle unsere Feinde. Wir müßten sie ausquetschen, könnten und dürften ihnen aber nichts versprechen."[159]

Damit stand fest, daß jedenfalls die offiziellen nationalsozialistischen Europapläne immer unter der Prämisse deutscher Kontinentalführung stehen würden. Um eine Verweigerungshaltung der besetzten Länder während des Krieges auszuschließen, verschleierte Goebbels' Propagandamaschine die wahren Grundlagen der NS-Europaideologie mit schwammigen Äußerungen[160]. Den fatalen Erfolg dieser Taktik beweist die tiefe Überzeugung vieler Kollaborateure aus den besetzten Gebieten, die zu Tausenden freiwillig in die Waffen-SS eintraten, weil sie ernsthaft glaubten, auf diese Weise an der Schaffung eines vereinigten Europas auf der Basis völkerrechtlicher Gleichberechtigung mitwirken zu können[161]. Gerade das Gleichheitsprinzip aber war mit der nationalsozialistischen Rassenideologie unvereinbar[162].

Im Ergebnis kann zunächst festgehalten werden, daß der nationalsozialistischen Außenpolitik eine eigenständige Europakonzeption entnommen werden kann, der eine ideologische Schlüsselposition zukam. Zwar war der europäische Blickwinkel für das „Dritte Reich" erst mit Beginn des Zweiten Weltkrieges relevant, um die mit revisionistischen Argumenten nicht mehr

157 HITLER, Zweites Buch 1928, S. 129.

158 Beitrag auf einer der ersten Tagungen des Europäischen Schriftstellerverbandes in Weimar 1941, in: Dichtung im kommenden Europa 1942, S. 7. Einen höchst abenteuerlichen Versuch, den Hegemonialgedanken mit dem Föderalismus in Einklang zu bringen, bietet TRIEPEL, Hegemonie. Ein Buch von führenden Staaten 1938, S. 133 (zit. n. BÜLCK, Föderalismus 1964, S. 6, Anm. 12): „[Die Hegemonie ist] schon deshalb ein Element des Föderalismus, weil sie ihrem Wesen nach unter der Linie liegt, an der die Herrschaft beginnt." Mag diese Einordnung der Hegemonie für das europäische Gleichgewichtsstreben des 18. Jahrhunderts noch zutreffend sein, so hatte sich dies jedenfalls im Erscheinungsjahr des Triepel-Werkes 1938 – nach den tiefschürfenden Erfahrungen mit den europäischen Nationalismen – schon lange überholt.

159 Notiz vom 2. 5. 1943, in: Die Weizsäcker-Papiere 1933–1950, hg. v. Hill, 1974, S. 337.

160 Vgl. NEULEN, Europa und das Dritte Reich 1987, S. 22.

161 Zu den zahlreichen ausländischen Freiwilligen in der Waffen-SS vgl. NEULEN, An deutscher Seite 1985.

162 Vgl. NEULEN, Europa und das Dritte Reich 1987, S. 51.

zu rechtfertigenden Territorialforderungen zu legitimieren, doch entwickelte sich insbesondere seit dem Angriff auf die UdSSR eine ideologisch zunehmend gefestigte Europavision. Angestrebt wurde von Anfang an ein „rassisch reines" Europa unter deutscher Führung.

Das rassistische Segment der NS-Ideologie präsentierte Kontinentaleuropa als den „Artwerdungsraum der arischen Rasse", verlangt nach einer „rassischen Regeneration" in Osteuropa und betont die Unterschiede zwischen „Europa" und „Asien", die die Höherwertigkeit des „Germanen" gegenüber dem „Slawen" widerspiegeln.

Mit dem für die NS-Ideologie wie für deren brutale Umsetzung charakteristischen Antisemitismus zielte das „Dritte Reich" auf ein „judenfreies Europa" ab, in dessen Erreichung der „Höhepunkt der europäischen Revolution" gesehen wurde. An der parallelen Entwicklung der sich verschärfenden Judenverfolgung bis hin zur systematischen Vergasung von Millionen von Menschen einerseits, und der Konkretisierung eines ursprünglich vagen NS-Europabildes zu einer ideologisch fundierten und offen proklamierten Europakonzeption andererseits, kann deutlich der europaspezifische Wesensgehalt des nationalsozialistischen Antisemitismus abgelesen werden.

Eng verbunden mit dem Antisemitismus trug auch das antibolschewistische Ideologiesegment zur NS-Europaidee bei. Insbesondere seit dem deutschen Angriff auf die Sowjetunion und dem dadurch ermöglichten Wegfall der politischen Rücksichtnahme auf den Hitler-Stalin-Pakt eignete sich der antibolschewistische Argumentationsstrang als Ansatzpunkt für die Forderung nach einem europäischen Bollwerk gegen den Bolschewismus. Solche propagandistischen Äußerungen verfehlten keineswegs ihre Wirkung bei den Alliierten, die lange Zeit dachten, sie könnten Hitler als „Bollwerk" gegen den nach Westeuropa drängenden Stalin nutzen.

Da die NS-Ideologie zwar letztendlich die Weltherrschaft anstrebte, diese aber erst einer späteren Generation überlassen wollte, stellte die deutsche Herrschaft über Europa die vorläufige Endstufe ihrer imperialistischen Bestrebungen dar. Ziel war die Schaffung eines großdeutschen Reiches als alle „arischen Völker" vereinigendes Staatsgebilde. Die hierfür notwendige Territorialerweiterung sollte sich primär nach Osteuropa orientieren.

Hinter der „Neuordnung Europas aus Rasse und Raum" stand der Lebensraumgedanke, der dem völkischen Lebensraum im Zusammenspiel mit der „rassischen Reinheit" kraftspendende Wirkungen zusprach. Der „Ariergroßraum" gründe sich auf die gemeinsame weiße „Rasse" der (west)europäischen Völker. Diesen europäischen Lebensraum gelte es vor rassischer „Einmischung" zu retten. Dabei falle den Deutschen die historische Aufgabe des führenden „Ordnungshüters" zu. Zudem sei der Lebensraum Europa dazu bestimmt, die „Endlösung der Judenfrage" und die „Vernichtung des Bolschewismus" zu verwirklichen.

Mit den sich mehrenden militärischen Niederlagen intensivierte das NS-Regime seine Bemühungen, die europäische Legitimation einer deutschen

Hegemonialstellung aufrechtzuerhalten und dringliche Appelle an die europäische Solidarität gegen den Bolschewismus zu richten. Dennoch wurde die wesensmäßig antiföderale Struktur der nationalsozialistischen Europakonzeption zu keinem Zeitpunkt ernsthaft in Zweifel gezogen. Sie war logische Konsequenz der Verbindung von rassischem Hierarchiedenken und imperialistischer Raumpolitik.

Doch ist es nicht euphemistisch, von einer nationalsozialistischen Europaideologie zu sprechen. Spätestens seit dem deutschen Angriff auf die Sowjetunion formte sich aus der ideologischen Verknüpfung von antisemitischem Rassismus und Lebensraumimperialismus ein gezielt auf Kontinentaleuropa zugeschnittenes Herrschaftskonzept. Daß der implizite deutsche Hegemonialanspruch dem heutigen Europaverständnis als Zusammenschluß mehrerer gleichberechtigter Staaten zur Verfolgung gemeinsamer wirtschaftlicher und politischer Ziele diametral entgegenstand, ändert nichts daran, daß es sich bei den NS-Plänen um ein – wenngleich den Europagedanken pervertierendes – Europakonzept mit einer seit 1941 manifesten ideologischen Grundlage handelte.

## 2. Europa im Diskurs: die Entwicklung europäischer Einigungspläne im Exil 1938–1945

Das mit der Annexion Österreichs und der Preisgabe des Sudetenlandes im Münchner Abkommen aufziehende Szenario eines Europas unter dem Hakenkreuz verunsicherte die politischen Flüchtlinge in allen Exilländern nachhaltig. Mit dem beginnenden Übergriff des Nationalsozialismus auf andere Länder näherte sich die seit spätestens 1922 zu beobachtende Ausweitung totalitärer Herrschaft in Europa[163] ihrem Höhepunkt. Sie ließ das deutsche Exil erkennen, daß das Ziel der Überwindung des Hitler-Regimes in einen umfassenderen, europäischen Zusammenhang gerückt werden mußte, um als Gegenstand realpolitischer Agitation weiterhin aufrechterhalten werden zu können. Mithin stellt sich die Phase zwischen der mehrheitlich als Bedrohung empfundenen Annexion Österreichs und dem nahezu einhellig verurteilten Münchner Abkommen als Auftakt zu einer Qualifizierungsphase des Europadiskurses dar.

In ihrer Initialwirkung für die innereuropäische Rückbesinnung der deutschen Flüchtlinge sind die Ereignisse zwischen März 1938 und dem deutschen Einmarsch in die Tschechoslowakei im März 1939 kaum zu überschät-

[163] Am 27. 10. 1922 schickte Benito Mussolini seine Anhänger von Neapel aus auf den legendären „Marsch auf Rom" – während er selbst von Mailand per Zug nach Rom reiste, um dort von König Victor Emanuel III. mit der Regierungsbildung beauftragt zu werden.

zen, müssen aber in engem Zusammenhang mit der vergleichbaren Bedeutung des deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakts für den antibolschewistischen Faktor des Europadiskurses gesehen werden[164]. Bevor der Zweite Weltkrieg am 1. September 1939 ausbrach, waren zwei der wesentlichen Komponenten des Europadiskurses, die innereuropäische Rückbesinnung und der Antibolschewismus, schon benannt. Doch durch die ständig wechselnde militärische Lage und die infolgedessen rasante politische Entwicklung während des Krieges rückte die Diskussion um die Kriegsziele in den Vordergrund der politischen Debatten des Exils. Unter dem Schlagwort der Kriegs- bzw. Friedensziele wurden nicht nur Sofortmaßnahmen nach der nahezu einhellig erwarteten Niederlage Deutschlands erörtert, sondern auch langfristig angelegte Überlegungen zur Nachkriegsordnung Deutschlands, Europas und der Welt.

Die Emigranten verstanden die kontroverse Konturierung des Europagedankens als einen spezifischen Beitrag zum Widerstand gegen den Nationalsozialismus. Der seit 1936 entwickelte Ansatz eines exilierten Widerstandes durch Planung wurde infolge der Schockreaktionen auf das Münchner Abkommen und den deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakt weithin zum *common sense* des deutschen Exils und seines politischen Selbstbewußtseins, wenngleich viele Flüchtlinge sich nicht schon durch „München" oder „Moskau", sondern erst durch die militärische Niederlage Frankreichs im Juni 1940, manche gar noch später, zu dieser Schlußfolgerung veranlaßt sahen.

Der zentrale Konnex zwischen Widerstand und Europaplanung sollte sich in den Jahren von 1938 bis 1945 als politischer und psychologischer Nukleus des Europadiskurses im Exil, als Grundmotivation europäischer Überlegungen und Sehnsüchte erweisen. Längst wurde die Überwindung des deutschen Faschismus nicht mehr als bloß nationales, sondern als ein zutiefst europäisches Anliegen betrachtet. So sah im Juni 1939 der Linkssozialist Alexander Schifrin in der Beseitigung des Hitler-Regimes und der Neuordnung Europas die beiden Hauptaufgaben der Emigration. In der Hoffnung auf eine antinationalistische Kehrtwende der deutschen Arbeiterschaft beschwor er die proeuropäische Sprengkraft einer antifaschistischen Widerstandsbewegung: „So werden die betrogenen und unterdrückten Massen für eine demokratische und europäische Gesinnung freigesetzt: sie sind nicht nur *gegen* Hitler, sondern auch *für* Europa [Hervorhebungen d. Verf., B. S.]"[165]. Diese Entwicklung mußte genutzt werden, um „der Hitlerschen Konzeption vom Mitteleuropäischen Reich eine schöpferische Konzeption entgegenzustellen"[166].

[164] Eingehend zu den Diskurselementen der innereuropäischen Rückbesinnung und der antisowjetischen Wendung zwischen dem Münchner Abkommen und dem Hitler-Stalin-Pakt SCHILMAR, Pariser Positionen 2002.

[165] SCHIFRIN, Zwei gemeinsame Aufgaben, in: Die Zukunft, II. Jg., Nr. 23 (9. 6. 1939), S. 4.

[166] HERB [d. i. Brehm], Bemerkungen zur Außenpolitik (II), in: SW, 13. Jg., H. 41 (14. 10. 1938), S. 977–980 (979).

Die Überlegungen des Exils zur Zukunft des europäischen Kontinents wurden beeinflußt durch die jeweilige politische Ideologie der beteiligten Emigranten, ihre Wahrnehmung und Verarbeitung der jüngsten deutschen Geschichte sowie die gruppeninternen Erörterungen und gruppenübergreifenden Einigungsbemühungen. Auch dem biographischen Aspekt kommt in zweierlei Hinsicht eine nicht zu unterschätzende Bedeutung zu: Die eigene, ständigem Wandel unterliegende Exilsituation ließ die Emigranten die Schlüsselereignisse des Europadiskurses nicht nur als politisch denkende Menschen, sondern zugleich als persönlich Betroffene erleben. So stellte das Münchner Abkommen die in die Tschechoslowakei geflüchteten Exilanten vor die Notwendigkeit fortgesetzter Flucht, während sich die in Großbritannien und Frankreich weilenden Flüchtlinge von ihren Gastländern verraten und verlassen fühlten. Der Hitler-Stalin-Pakt und der Kriegsausbruch setzten nicht nur die emigrierten Kommunisten vielerorts der Verfolgung als feindliche, der Spionage verdächtige Ausländer aus. Der deutsche Einmarsch in Paris bedeutete die Reduzierung des europäischen Exils auf Großbritannien und die Schweiz. Schließlich erzwangen die Konferenzen von Teheran und Potsdam eine oft ungewollte Politisierung der rückkehrwilligen Emigranten mit der Folge, daß etlichen Emigranten die Rückkehr in ihre Heimat versperrt blieb.

Dieser biographische Aspekt läßt erkennen, welch bedeutende Funktion dem Europadiskurs neben der politischen Widerstandsleistung zukam. Er ermöglichte trotz aller Differenzen im einzelnen eine breite Solidarisierung hinter der Zukunftsvision eines geeinten Europas. Zugleich bot der Europadiskurs den politischen Flüchtlingen im Ausland ein wahrnehmbares Stück Heimat, das den einzelnen an das aktive politische Engagement der Weimarer Zeit anknüpfen ließ und ihm das Gefühl vermittelte, unverändert Adressat sozialer Akzeptanz und persönlichen Respekts zu sein. Mit diesen in der Persönlichkeit des Individuums gründenden Einflußfaktoren erklärt sich die Tatsache, daß sich mit der Zeit die (partei)politischen Bindungen lockerten und die Europakonzepte zunehmend als das Werk einzelner erschienen. Die einzige wesentliche Ausnahme in dieser Entwicklung war die Gründung der Union deutscher sozialistischer Organisationen in Großbritannien, die sich um eine breitangelegte Einigung des linken, nichtkommunistischen Spektrums bemühte.

Mit der 1938 einsetzenden Intensivierung des Europadiskurses und dem Ausbau seiner strategischen Funktion als intellektueller Widerstand rückt die Frage nach der Motivation, die den Europaplanungen der Emigranten zugrunde liegt, deutlicher in den Vordergrund. Im folgenden sollen die Motive der innereuropäischen Rückbesinnung im Exil zwischen 1938 und 1945 herausgearbeitet werden, wobei den Besonderheiten der deutschen Exilsituation Rechnung zu tragen ist. Neben den Grundmotivationen erfährt die Frage des Verhältnisses zu West und Ost, mithin der Positionierung Europas in der bipolaren Welt zwischen den USA und der UdSSR zunehmende Brisanz. Es

gilt zu untersuchen, inwieweit die deutschen Emigranten diese Brisanz erkannten und welche Konsequenzen sie daraus zogen. Darüberhinaus soll auch den Überlegungen zu einer Institutionalisierung der erstrebten europäischen Einigung nachgegangen werden. Im Mittelpunkt der Quellenarbeit steht dabei das Föderalismusverständnis des deutschen Exils und die Frage nach frühen Ansätzen supranationaler Europamodelle.

### *2.1. „Bilanz nach München" – europäische Selbstfindung im Exil (1938/39)*

Nach der Annexion Österreichs, dem Münchner Abkommen und dem deutschen Einmarsch in die Tschechoslowakei erfuhr die außenpolitische Diskussion des Exils eine dezidiert europäische Wendung. Mit der greifbaren Gefahr eines unter dem Hakenkreuz vereinigten Europas wuchs der Druck, ein antitotalitäres Gegenmodell für die Zukunft des europäischen Kontinents zu entwerfen. Dies um so mehr, als viele Emigranten in der deutschen Annexion Österreichs am 13. März 1938 erste Anzeichen eines Kriegsszenarios erblickt hatten.

Als nun die westlichen Demokratien das Sudetenland dem europäischen Frieden opferten, war sich das deutsche Exil in der Beurteilung nahezu ausnahmslos einig: München sei ein Scheinfrieden, der nur kurzfristig einen europäischen Krieg verhindert habe, tatsächlich aber eine Kapitulation Großbritanniens und Frankreichs vor Hitler bedeute und gerade deshalb die Kriegsgefahr noch erhöht habe[167]. Jederzeit könne der neue Weltkrieg ausbrechen, den die SAP zutreffend als nationalsozialistischen „Vorstoß um die Neuaufteilung der Welt" voraussah[168]. So wurde die bisher auf die sozialistische Revolution in Deutschland abzielende Frage „Was kommt nach Hitler?" 1938/39 um die außenpolitische Dimension bereichert.

Aus marxistischer Sicht erschien das Münchner Abkommen als Abwehr der kapitalistischen Welt gegen linksrevolutionäre Tendenzen und damit als eine „schwere Niederlage des internationalen Proletariats"[169]. Der wortgewandte Eugen Brehm, der schon nach der Annexion Österreichs „neue Raubzüge gegen die ČSR" prophezeit hatte, sah nach Hitlers Einmarsch in die Tschechoslowakei Anfang 1939 den „Friedensengel von München" umhergehen: „Staaten sterben, die seine Knochenhand berührt; der gute Geist der Völker verdorrt unter seinem Atem; zerfetzte Abmachungen rascheln

[167] MARCK, Ein gemeinsames Weltbild, in: Die Zukunft, I. Jg. (4. 11. 1938), S. 6.
[168] Erklärung der SAP, in: Die Neue Front, 6. Jg., Nr. 10 (Oktober 1938), Beilage „Zur Kriegsfrage", S. 1. Schon im Februar 1938 hatte die SAP gemeinsam mit dem ISK und der Landesgruppe deutscher Sozialdemokraten in Frankreich eine Erklärung abgegeben, in der „vor der Utopie, man könne den faschistischen Imperialismus Deutschlands durch politische oder wirtschaftliche Zugeständnisse endgültig befriedigen", gewarnt wurde; Gemeinsame Erklärung von ISK, SAP und der SPD-Landesgruppe Frankreich, in: SW, 13. Jg., H. 8 (25. 2. 1938), S. 172f. (173).
[169] Hitler-„Frieden" über Europa, in: Die Neue Front, 6. Jg., Nr. 10 (Oktober 1938), S. 1, 4 (4).

wie die fahlen Blätter eines Trauerkranzes. Schneller als der Chronist es aufzuzeigen vermag, verändern sich die Lebensformen Europas."[170] Für die linke Sozialdemokratie geißelte Alexander Schifrin das Abkommen als „größte Erpressung der Weltgeschichte", die durch ein selbstbewußteres Auftreten der beiden demokratischen Signatarstaaten hätte verhindert werden können. Man habe um den Frieden gefleht, statt ihn zu sichern[171]. Zustimmend sprach Neu Beginnen von einem „machtpolitischen Erdrutsch"[172].

Liberale Stimmen, wie diejenige des Publizisten Leopold Schwarzschild, zogen eine nachdenklich-pessimistische „Bilanz nach München", die die europäische Bevölkerung in einen nur „vorübergehenden Rausch der Friedensrettung" gestürzt habe. Dessen Vergänglichkeit aber habe insbesondere der britische Premier Chamberlain bis zuletzt verkannt[173]. Auch die Pazifisten stimmten in die allgemeine Kritik am Abkommen von München ein, das ihre im Zuge der Annexion Österreichs aufgekommenen Ahnungen noch übertraf[174]. Von Friedrich Stampfer mußten sie sich entgegenhalten lassen, daß „München" den Pazifismus in eine schwere Krise gestürzt und zu einem „Pazifaschismus" pervertiert habe[175].

Nur wenige politische Flüchtlinge verweigerten sich einer Verurteilung des Münchner Abkommens und betrachteten es stattdessen als eine große Chance für die deutsche Nation, die durch den Versailler Vertrag erlittene Schmach zu überwinden: „Nach dem Münchner Abkommen mit den Westmächten eröffneten sich der deutschen Außenpolitik Perspektiven und Möglichkeiten, wie sie nach dem verlorenen Krieg auf lange Zeit niemand von uns zu hoffen gewagt hatte."[176] Dieser gerade aus dem Exil heraus betont nationale Standpunkt entsprach dem Selbstverständnis der Deutschen Freiheits-

[170] HERB [d. i. Brehm], Abschied von der Tschechoslowakei, in: SW, 14. Jg., H. 14 (7. 4. 1939), S. 340–345 (340).

[171] SCHIFRIN, Krieg oder Weltkoalition?, in: Die Zukunft, I. Jg., Nr. 1 (12. 10. 1938), S. 15f. (15). Angesichts dieser deutlichen Wortwahl Schifrins muß die Einschätzung von KELLER, Die Zukunft 1999, S. 72, die *Zukunft* habe nur verhaltene Kritik an dem von Daladier mitgetragenen Münchner Abkommen geübt, relativiert werden.

[172] Der Erdrutsch – und unsere Zukunft, in: SIB, Nr. 42 (30. 10. 1938), S. 1–9 (1).

[173] SCHWARZSCHILD, Bilanz nach München, in: NTB, 6. Jg., H. 41 (8. 10. 1938), S. 969–971 (971). Schwarzschilds Kritik an Chamberlains politischen Fähigkeiten fiel vernichtend aus, ibid.: „Die Friedens-Erklärung, die er in München dem tragischen Vierer-Abkommen [gemeint ist das vorangegangene Godesberger Abkommen, B. S.] folgen ließ, ist ganz gewiß keine konkrete Abmachung und keine Bindung: sie ist nur ein Ausdruck seines vollendeten Unverständnisses für das Wesen und die Rolle seines Gegenübers und für sein betäubendes Nicht-Wissen um die Art der Kräfte, die heute in der Welt wirken und ihr Schicksal bestimmen."

[174] HOLL, Europa des pazifistischen Exils 1999, S. 276 urteilt, der Vorgang von „München 1938" sei für die Pazifisten „vollends zum Menetekel" geraten.

[175] F. ST.[AMPFER], München und die Parteien. Die Krise des Pazifismus, in: NV, Nr. 282 (13. 11. 1938), Beilage, S. 1.

[176] [o. T.], Deutscher Freiheitsbrief, Nr. 57 (o. D.) [Anfang 1939], S. 1.

partei (DFP) als Auslandsvertretung einer innerdeutschen liberal-konservativen Opposition. In den Parteiblättern *Deutsche Freiheitsbriefe* und *Das Wahre Deutschland* begrüßte man das Ergebnis von München sowohl bezüglich der Friedenssicherung als auch hinsichtlich des territorialen Zugewinns. Nur Hitler gönnte man diesen Erfolg nicht, sondern hätte ihn stattdessen lieber selbst errungen, denn: „Welcher Deutsche würde sich nicht der Mehrung des Reichtums, der Macht und Größe seines Vaterlandes freuen, wenn dadurch die Wohlfahrt des Volkes gefördert und die Eintracht und der Frieden der Völker nicht gefährdet wird."[177]

Solcherlei nationale Empfindungen trafen sich mit dem politischen Grundsentiment des emigrierten Nationalsozialisten Otto Strasser, der schon durch die Annexion Österreichs in eine vergleichbare Identitätskrise geraten war: In drei Denkschriften vom März 1938 hatte er den „Anschluß" als historischen Erfolg der deutschen Nation gefeiert[178] und ungeachtet seiner persönlichen Abneigung gegen Hitler und dessen Machtsystem offen eingestehen müssen: „Die zweifellos bestehenden Unterschiede unserer außenpolitisch-nationalen Zielsetzung von der des Hitlersystems fallen bei einer Gegenüberstellung von Hitlers Verwirklichung und unserer Propagierung nicht mehr entscheidend ins Gewicht."[179]

Mit Blick auf das Friedenssicherungspotential des Münchner Abkommens vermochte Strasser, der sich unter Berufung auf ein Wort von Goebbels gerne zum „gefährlichsten Gegner" des nationalsozialistischen Regimes stilisierte[180], der in der DFP vertretenen Einschätzung nicht zu folgen. Während sich die liberal-konservative Sammelbewegung überzeugt gab, daß das Abkommen von München die Chance einer langfristigen Sicherung des europäischen Friedens bot, traf Strasser zumindest im Nachhinein ein vernichtendes Urteil über die „Munichois": Angesichts des Hitler-Stalin-Paktes könne man eine gewisse Genugtuung über diesen „sichtbare[n] Beweis, daß eine feige Politik auch eine dumme Politik ist", nicht unterdrücken[181]. Hermann Rau-

[177] Europas schwarzer Tag, in: Das Wahre Deutschland (Oktober 1938), S. 1–3 (2).

[178] Strasser, Denkschrift über den Kampf der Schwarzen Front nach dem Anschluß Österreichs, o. D. [Mitte März 1938], IfZ, NL Strasser, ED 118/20; ders., Großdeutschland und Europa, o. D. [Anfang 1938], ibid.; ders., Lagebericht der „Schwarzen Front", Mitte März 1938, ibid.

[179] Strasser, Denkschrift über den Kampf der Schwarzen Front nach dem Anschluß Österreichs, o. D. [Mitte März 1938], S. 2, IfZ, NL Strasser, ED 118/20.

[180] Z. B. die Erwähnung in der von Kurt Singer, dem Generalsekretär der „Frei-Deutschland"-Bewegung, verfaßten Einführung zu Strassers Buch: Hitlers Sturz durch die „Frei-Deutschland"-Bewegung, New York o. J. [1941].

[181] Strasser, Der Pakt Stalin-Hitler, Typoskript, 22. 8. 1939, IfZ, NL Brehm, ED 228/11. Die Autorenschaft Strassers geht nicht nur aus der im Kopf des Manuskripts handschriftlich eingefügten Namensangabe hervor, sondern wird auch durch die Erwähnung eines Lageberichts der Schwarzen Front vom Juli 1939 (S. 1) bestätigt. Die Lageberichte der Schwarzen Front wurden ausnahmslos von Strasser selbst verfaßt. Entscheidendes Indiz ist jedoch der letzte Satz des Memorandums: „Wenn darüber das alte System von Gestern zusammenbricht, so freut uns zukunftswillige Menschen dies

schning dagegen hob selbst nach dem Einmarsch Hitlers in die Tschechoslowakei Anfang 1939 noch das Frieden stiftende Potential des Münchner Abkommens hervor[182]. Der frühere nationalsozialistische Senatspräsident von Danzig, der im Exil mit dem Nationalsozialismus brach, zeigte sich überzeugt, daß „der Politik Hitlers [...] bereits im Münchner Abkommen die Spitze abgebrochen worden [ist]"[183].

### 2.1.1. Europäische Motivationen

Der hohe Vertrauensverlust in die Widerstandsfähigkeit und den Oppositionswillen der westlichen Demokratien führte zu einer verstärkten Suche nach eigenen Lösungsansätzen des deutschen Exils. Dabei konnte nur schwer auf nationale Strategien zurückgegriffen werden, denn den politischen Flüchtlingen war die Nation als Grundlage außenpolitischen Handelns vorerst entzogen. Schon aus diesem Grund bemühte man sich um eine europäische Perspektive. Dies setzte voraus, daß zunächst das die Europäer Einende, das ihnen Gemeinsame, typisch Europäische definiert werden mußte. Auf diese Weise wurde 1938/39 die Diskussion um die europäische Identität angestoßen, die von Beginn an in den größeren Zusammenhang einer europäischen Neuordnung gestellt wurde. So mündete die „Bilanz nach München"[184] in einen Prozeß der europäischen Selbstfindung im Exil.

Neben den Kommunisten, die weiterhin den Blick fest auf die UdSSR und nicht auf ein vereinigtes Europa gerichtet hatten, fanden sich auch unter den nichtkommunistischen Emigranten einige Stimmen, die einer Diskussion um die Zukunft Europas jeden Sinn absprachen. Sie verwiesen auf die zahlreichen Ungewißheiten zukünftiger Machtverhältnisse, die dazu führten, dass konkrete Planungen zu diesem frühen Zeitpunkt der Realität entbehrten. Eugen Brehm kritisierte, daß die Sozialdemokraten ebenso wie die Kommunisten „die Schaffung einer eigenen, den nationalen und übernationalen Bedürfnissen angepaßten außenpolitischen Konzeption praktisch bis auf den Tag nach der Machtübernahme verschieben, in der stillen Hoffnung, man werde schon schwimmen lernen, wenn man erst im Wasser liegt"[185]. Tatsäch-

ebenso, wie daß Faschismus und Bolschewismus gemeinsam unter die Trümmer des dritten Reiches zu liegen kommen." Hier sind die wesentlichen Axiome des Strasserschen Politikkonzeptes enthalten: die Dritte Front zwischen Faschismus und Bolschewismus, die beide als Träger des alten Mächtesystems überwunden werden müssen, sowie der Glaube an eine zukunftsorientierte europäische Jugend als Elitetruppe dieser Dritten Front.

182 RAUSCHNING, Revolution des Nihilismus ²1939, S. 464.

183 Ibid. S. 477.

184 SCHWARZSCHILD, Bilanz nach München, in: NTB, 6. Jg., H. 41 (8. 10. 1938), S. 969–971.

185 HERB [d. i. Brehm], Bemerkungen zur Außenpolitik (II), in: SW, 13. Jg., H. 41 (14. 10. 1938), S. 978. Dieser als dreiteiliger Fortsetzungsartikel erschienene frühe Beitrag Brehms zur internationalen Politik, namentlich auch der europäischen Zukunft, widerlegt das pauschale Urteil von VOIGT (Hg.), Friedenssicherung 1988, S. 40, bis

lich sprach sich Hilferding auf der Vorstandssitzung der Sopade vom 26. April 1939 gegen jede Neuordnungsdebatte aus, da man nur über das diskutieren könne, was bekannt sei[186]. Der Begründer des religiösen Sozialismus, Paul Tillich, pflichtete bei und sah sich zu einer Warnung veranlaßt, die in auffallendem Gegensatz zu seinem späteren Engagement im Council for a Democratic Germany stand: „Der Eindruck des Utopismus, den gewisse Versuche dieser Art machen, schädigt das Ansehen der Emigration und ihre wirkliche Aufgabe aufs Schwerste."[187]

Auch Geyer und selbst der Paneuropäer Stampfer hielten am Postulat der Sinnlosigkeit einer solchen Auseinandersetzung fest, obgleich beide eine Erörterung allgemeiner außenpolitischer Leitlinien begrüßten und aktiv mittrugen[188]. Dies hinderte Geyer nicht, im Wege der parteipolitisch gebotenen, verdeckten Selbstkorrektur im Mai 1939 öffentlich zu behaupten: „Unsere Haltung zu den großen europäischen Fragen ist immer wohl definiert gewesen, in aller Offenheit und Freimütigkeit, noch zuletzt in der Septemberkrise in den Tagen von München."[189]

Gerade die bedeutendste der europäischen Fragen, nämlich die Frage nach einer dauerhaften europäischen Einigung nach Überwindung des Hitler-Regimes, wurde von der Sopade 1938/39 mit vergleichsweise schwachem Interesse verfolgt. Dabei ging Siegfried Marck als Vertreter der Pariser SPD-Ortsgruppe noch weiter als Hilferding, indem er einer europäischen Einigung auf absehbare Zeit keinerlei Realisierungschancen einräumte. Marck rechnete infolge des „Münchner Scheinfriedens" mit einer Epoche des „heiligen Egoismus der miteinander ringenden imperialistischen Mächte", die jede Europakonzeption höchst angreifbar mache[190]. Trotz der offiziellen Zurückhaltung

Kriegsbeginn habe es seitens der SAP keine Stellungnahme zur Zukunft des internationalen Staatensystems gegeben. Als Gründungsmitglied der SAPD und aktives Mitglied der SAP-Exilgruppe muß Brehm der SAP zugerechnet werden, auch wenn er zugleich zur „Gruppe" der emigrierten Pazifisten zählt.

186 Hilferding in der PV-Sitzung vom 26. 4. 1939, Protokoll der Sopade-PV-Sitzung vom 26. 4. 1939, abgedruckt in: BUCHHOLZ, ROTHER (Hg.), Parteivorstand, Dok. Nr. 146, S. 368–372 (372).

187 Tillich, Die politische und geistige Aufgabe der deutschen Emigration, Typoskript, 6. 7. 1938, IISG, NL Hertz, S11, M. S, Nr. 1, Bl. 9.

188 Stampfer, Deutschland wie es sein soll. Ein Katalog der Probleme, 9. 11. 1938, S. 26, AsD, NL Stampfer, Box 9, M. 46 sowie GEYER, Partei der Freiheit 1939, S. 69. Einige Passagen des Buches übernahm Geyer wörtlich für seinen vorab erschienenen Artikel: Im Sturm der Geschichte. Zwischen zwei Krisen – Die Lage der Demokratie in Europa, in: NV, Nr. 289 (1. 1. 1939), S. 1f.

189 C. G[EYER], Der Kurs der deutschen Opposition. Das kommende Deutschland und das Bündnis mit Sowjetrußland, in: NV, Nr. 309 (21. 5. 1939), S. 1.

190 MARCK, Ein gemeinsames Weltbild, in: Die Zukunft, I. Jg. (4. 11. 1938), S. 6. Marck wandte sich damit insbesondere gegen entsprechende Überlegungen Werner Thormanns, der zwei Wochen zuvor in derselben Zeitschrift behauptet hatte, das europäische Interesse verlange „gebieterisch", das drohende Nachkriegschaos möglichst kurz zu halten und zügig mit dem gemeinsamen Wiederaufbau Europas zu beginnen; THORMANN, Umgrenzung der Aufgabe, in: Die Zukunft, I. Jg. (21. 10. 1938), S. 6f.

der Sopade als Partei beschäftigte sich der Vorstand auf drei weiteren Sitzungen im Juli 1939 recht intensiv mit der europäischen Frage. Das Protokoll verzeichnet einige Stimmen, die sich dafür aussprachen, die Aktualität und das Widerstandspotential der Europaidee unverzüglich zu nutzen. Hierzu zählte neben Hermann Budzislawski[191], Karl Höltermann und Erich Rinner[192] auch der Gewerkschafter Fritz Tarnow, der die Legitimation des Europadiskurses auf den Punkt brachte: „Der Kriegsausbruch wirft selbstverständlich auch sofort die Frage des Kriegsendes auf und damit beginnt ja eigentlich erst unsere große Aufgabe."[193] Dem stimmte die Gruppe Neu Beginnen ebenso zu wie der Individualist Eugen Brehm, der die außenpolitische Programmgestaltung zur unbedingten Notwendigkeit erklärte, wolle man nicht den innerdeutschen Machtanspruch endgültig aufgeben[194].

Mag vor dem Hintergrund der internationalistischen Tradition der Sozialdemokratie der anfangs stiefmütterliche Umgang der Sopade mit dem Europagedanken verwundern, so gilt dies im umgekehrten Sinn erst recht für die Reaktion des liberal-konservativen Lagers, das sich durch das Ereignisfeld München veranlaßt sah, sich für die Entwicklung europäischer Zukunftsszenarien zu interessieren. In einer Stellungnahme der DFP vom April 1938 wurde erstmals der europäische Zusammenhang der deutschen Zukunft hervorgehoben und auf Deutschlands Mission als „Europas Herzstück" hingewiesen[195].

[191] BUDZISLAWSKI, In voller Fahrt, in: Die neue Weltbühne, XXXV. Jg., Nr. 13 (30. 3. 1939), S. 381–388 (381 f.) offenbarte eine auffallend leistungsorientierte, an eine Art Staatsdarwinismus erinnernde Grundposition: „Während die Kräfte sich messen, wird ein Ringkampf der Ideen, der Prinzipien stattfinden [...], und am Ende wird nur das Lebensrecht desjenigen anerkannt werden, der in die neue europäische Gemeinschaft paßt. [...] Um bei der künftigen Neuordnung mitzusprechen, muß man vorher wesentliches zu ihr beitragen. Das Anrecht, gehört zu werden, will verdient sein."

[192] Rinner in der PV-Sitzung am 26. 4. 1939: „Die wichtigste Frage ist, was wird nach dem Kriege?"; Protokoll der Sopade-PV-Sitzung vom 26. 4. 1939, abgedruckt in: BUCHHOLZ, ROTHER (Hg.), Parteivorstand, Dok. Nr. 146, S. 370. Auf der PV-Sitzung vom 5. 7. 1939 bemerkte Höltermann: „Vor uns allen steht die große Frage: Was wird nach Hitler aus Deutschland werden?"; Protokoll der Sopade-PV-Sitzung vom 5. 7. 1939, abgedruckt in: BUCHHOLZ, ROTHER (Hg.), Parteivorstand, Dok. Nr. 154, S. 390–393 (390).

[193] Fritz Tarnow in der PV-Sitzung vom 26. 4. 1939, Protokoll der Sopade-PV-Sitzung vom 26. 4. 1939, abgedruckt in: BUCHHOLZ, ROTHER (Hg.), Parteivorstand, Dok. Nr. 146, S. 369. Ähnlich äußerten sich Rinner in derselben Sitzung, ibid. S. 370, und Karl Höltermann in der PV-Sitzung vom 5. 7. 1939, Protokoll der Sopade-PV-Sitzung vom 5. 7. 1939, abgedruckt in: BUCHHOLZ, ROTHER (Hg.), Parteivorstand, Dok. Nr. 154, S. 390. Budzislawski hatte bereits im März bekannt: „Wir haben die Direktiven auszuarbeiten, falls es zu schrecklichen Ereignissen kommen sollte"; BUDZISLAWSKI, Nahe dem Krieg?, in: Die neue Weltbühne, XXXV. Jg., Nr. 12 (23. 3. 1939), S. 349–355 (353 f.).

[194] HERB [d. i. Brehm], Bemerkungen zur Außenpolitik (II), in: SW, 13. Jg., H. 41 (14. 10. 1938), S. 979; vgl. zu Neu Beginnen die Broschüre: Neu Beginnen. Was es will, was es ist und wie es wurde o. J. [1939], S. 43.

[195] [o. T.], in: Deutscher Freiheitsbrief, Nr. 37 [April 1938], S. 1–4 (4). Zur Datierung:

Mit dieser programmatischen Reaktion auf die Annexion Österreichs setzte eine Hinwendung des konservativen Spektrums zu europäischen Lösungsansätzen ein, die sich in der Folgezeit verstärkt mit Deutschlands europäischen Aufgaben auseinandersetzte[196]. Doch ist zu beachten, daß einige Kreise des bürgerlichen Exils die Hinwendung zu Europa schon längst vollzogen hatten. Für den politischen Katholizismus trifft dies auf Hubertus Prinz zu Löwenstein ebenso zu wie auf den altgedienten Europäer Werner Thormann, der nach dem Münchner Abkommen zu dem Schluß kam, daß die Programmdiskussion für die Opposition nunmehr zu einer Lebensnotwendigkeit geworden sei[197].

*Nationalverständnis und Souveränitätskritik* Die Appeasementpolitik Englands und Frankreichs stieß den Europadiskurs des Exils auf einer qualitativ neuen Stufe an, die eine wesentliche Vertiefung der bisherigen Debatten und eine fortschreitende Konzeptionalisierung europäischer Denkmodelle hervorbrachte. Auftakt dieser neuen Diskursphase war bezeichnenderweise eine Debatte um das Verhältnis zur deutschen Nation. Die völkerrechtswidrige Preisgabe des Sudetenlandes sowie die Annexion Österreichs warfen Fragen nach der Legitimation des Selbstbestimmungsrechts der Völker auf. Dies um so mehr, als sich sowohl die Nationalsozialisten als auch die Tschechoslowaken auf dieses völkerrechtliche Prinzip beriefen.

Die Frage nach dem Verhältnis zur deutschen Nation stellte sich jedem politischen Flüchtling und bedurfte zunächst einer individuellen Prüfung, ob und inwieweit man sich mit Deutschland weiterhin identifizieren konnte und wollte[198]. In diskursiver Hinsicht wirkte sich diese Ausgangsfrage auf zweierlei Weise aus: Der deutlich überwiegende Teil der Neuordnungskonzeptionen fußte auf Begriff und Wesen der Nation als der maßgeblichen politischen Einheit, deren zukünftige Stellung im europäischen Gesamtgefüge zu definieren war. Dabei ging die Mehrheit des deutschen Exils zu diesem Zeitpunkt noch nahezu selbstverständlich von einer Schlüsselposition Deutschlands in Europa aus – wenngleich für diese Zukunftserwartung ideologisch unterschiedliche Begründungen angeboten wurden.

Im axiomatischen Spannungsverhältnis zur erwarteten deutschen Schlüsselposition in Europa übte das deutsche Exil eine unterschiedlich weit ge-

Dieser Artikel wurde offensichtlich unter unmittelbarem Eindruck der Annexion Österreichs im März 1938 geschrieben und ist wörtlich identisch mit dem Beitrag „Der Reichszerstörer", der als Leitartikel in *Das Wahre Deutschland* (April 1938), S. 1 f. erschien. Dies spricht für eine zeitgleiche Publizierung.

196 So z. B. in einem ungezeichneten Beitrag in: Deutscher Freiheitsbrief, Nr. 60 [Juli? 1939], S. 4.

197 THORMANN, Umgrenzung der Aufgabe, in: Die Zukunft, I. Jg. (21. 10. 1938), S. 6.

198 Darauf verwies Stampfer in einem Artikel für den *Neuen Vorwärts*: „Für den einzelnen kann die Trennung Rettung bedeuten, für die Partei ist sie auf alle Fälle Selbstmord."; F. ST[AMPFER], Nochmals Versailles. Ohne ein freies Deutschland kein friedliches Europa, in: NV, Nr. 309 (21. 5. 1939), S. 3.

faßte Kritik am bisherigen, häufig als übertrieben empfundenen Nationalverständnis. Soweit das Selbstbestimmungsrecht der Völker als Konstante, zumindest als politisches Schlagwort Eingang in die Diskussionen fand, wurde es von den erklärten Antinationalisten als historisch überholt, angesichts der jüngsten Ereignisse gar als kontraproduktiv angesehen. Dagegen bekannten sich die national denkenden Emigranten zu einer strengen Beachtung des Selbstbestimmungsrechts, um auf dieser Grundlage eine Revision des Versailler Vertrages zu erreichen.

Gewandelt durch die Frage nach dem Verhältnis zur Nation, nahm der Europadiskurs des deutschen Exils ab 1938 eine entscheidende Wende, die eine Vertiefung des Europabewußtseins und eine stetig an Präzision gewinnende Konzeptionalisierung zur Folge hatte. Im Zuge der Ereignisse der Jahre 1938/39 stand die Kritik am Nationalismus im Vordergrund der Europadebatten, so daß eine schleichende Distanzierung von der Idee der Nation die Folge war. Durch die Begründung einer allgemein erwarteten künftigen Schlüsselposition Deutschlands in Europa wurde dieser Aspekt des Europadiskurses ergänzt. Diese in der Nationalismusdebatte (weiter)entwickelten Einstellungen sollten in ihren vielfältigen ideologischen Bezügen die spätere Konzeptionalisierung der Europavorstellungen nachhaltig prägen.

Daß Deutschland nach Hitler eine zentrale Rolle spielen werde, stand 1938/39 für die meisten Emigranten außer Frage. Verbunden war damit die Vision des neuen, des „Anderen Deutschlands"[199]. Den Emigranten bot die Vorstellung eines von Hitler befreiten und dennoch starken Deutschlands eine nicht zu unterschätzende psychologische Stütze: Die Hoffnung auf einen Ausweg aus den dunklen Zeiten der Heimatlosigkeit bedeutete ständige Selbstvergewisserung der eigenen Bedeutsamkeit für zukünftige Tage. Ins Zentrum der Auseinandersetzungen rückte die ideologische Begründung und die konzeptionelle Verwertung dieser Grundannahme.

Die sozialistischen Europavorstellungen zeichneten sich mehrheitlich durch eine Kumulation der Negativabgrenzungen Antikapitalismus, Antiimperialismus und Antinationalismus aus: Kapitalismus und Imperialismus wurden als die innen- und außenpolitische Seite derselben Medaille betrachtet. Beide erführen mit dem Faschismus momentan ihren historischen Höhepunkt. Nur durch die sozialistische Revolution könnten sie endgültig überwunden und zum Positiven gewendet werden. Dabei vertraute man auf die schöpferische Kraft des Proletariats, das als einzige gesellschaftliche Autorität in der Lage sei, die drei Grundübel gleichzeitig zu besiegen: „Das Weltproletariat, das nur durch seine soziale Befreiung zugleich mit dem Kapitalismus auch Faschismus und Imperialismus beseitigen kann, ist in dieser Lage die einzige zuverlässige antifaschistische Kraft."[200] Eine der wenigen Aus-

[199] Der Begriff wurde z.B. für die lateinamerikanische Exilzeitschrift La Otra Alemania. Das Andere Deutschland verwendet.

[200] Erklärung der SAP, in: Die Neue Front, 6. Jg., Nr. 10 (Oktober 1938), Beilage „Zur Kriegsfrage", S. 1.

nahmen war der evangelische Theologe und Sozialist Paul Tillich, der schon Anfang Juli 1938 davon ausging, daß die Realisierungschancen des sozialistischen Ideals als ebenso gering einzuschätzen seien wie diejenigen des religiösen Sozialismus[201].

Die Linkssozialisten der SAP und der Gruppe Neu Beginnen gingen davon aus, daß der besondere historische Ort Deutschlands und die aktuelle Herausforderung des nationalsozialistischen Regimes den Auftakt der sozialistischen Revolution in Deutschland zur Folge haben müsse. Anschließend müsse die Revolutionsbewegung zumindest europaweit ausgedehnt werden[202]. Mithin sei die Umgestaltung Europas nur unter der Prämisse einer vorherigen Neuorganisation Deutschlands denkbar[203].

Gerade in dieser Verknüpfung sahen viele Sozialisten die sicherste Gewähr für einen europäischen Frieden, den dauerhaft nur ein europäischer Sozialismus ermöglichen werde. In einem internen Thesenpapier für den Vorstand der Sopade erklärte Friedrich Stampfer zustimmend, daß „ein freies, einiges Deutschland in einem freien und einigen Europa [...] ein Garant des dauernden Friedens sein" werde[204]. In einem etwa zeitgleich publizierten Artikel für den *Neuen Vorwärts* faßte er diese Erkenntnis in einer knappen Formel zusammen: „Ohne ein freies Deutschland kein friedliches Europa"[205].

Nur zwei Wochen vor der Unterzeichnung des Münchner Abkommens versuchte die Sopade in einem Flugblatt, die deutsche Bevölkerung aufzurütteln: „Der Krieg ist in nächster Nähe. [...] Die Zerstörung des Weltfriedens ist von Anfang an das Ziel der nationalsozialistischen Politik gewesen."[206]

201 Tillich, Die politische und geistige Aufgabe der deutschen Emigration, Typoskript, 6. 7. 1938, IISG, NL Hertz, S11, M. S, Nr. 1, Bl. 5. Tillich, ibid. Bl. 6, sah auch die innerdeutsche Situation, insbesondere die der Arbeiterbewegung realistischer als viele seiner Gesinnungsgenossen: „Das Proletariat steht unter Terror und Militarismus, ist teils befriedigt durch Beseitigung der Arbeitslosigkeit, teils wartet es auf seine Stunde, die aber vor einer außenpolitischen Katastrophe überaus unwahrscheinlich ist. Die kritische Intelligenz ist vertrieben oder zum Schweigen gebracht."

202 Erklärung der SAP, in: Die Neue Front, 6. Jg., Nr. 10 (Oktober 1938), Beilage „Zur Kriegsfrage", S. 1. Für Neu Beginnen: Rußlands Schwenkung – und die sozialistische Bewegung, in: SIB, Nr. 49 (Anfang Dezember 1939), S. 20–31 (31).

203 Vgl. z. B. C. G[EYER], Im Sturm der Geschichte, in: NV, Nr. 289 (1. 1. 1939), S. 2.

204 Stampfer, Vorschlag Stampfer: Die Politik der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands im Kriege, Typoskript, o. D. [Sommer 1939], AsD, Bestand PV-Emigration Sopade, M. 178. VOIGT (Hg.), Friedenssicherung 1988, S. 35 f. datiert dieses Dokument auf „1939/40", was angesichts der Formulierung „der *nächste* Krieg" [Hervorhebung d. Verf., B. S.] kaum haltbar ist. Überzeugender ist BEHRING, Demokratische Außenpolitik 1999, S. 385, Anm. 109, der „Sommer 1939" annimmt. Jedenfalls muß das Dokument vor Ausbruch des Krieges entstanden sein. Der in Teilen nahezu identische Wortlaut des am 21. 5. 1939 publizierten Artikels „Nochmals Versailles. Ohne ein freies Deutschland kein friedliches Europa" (s. folgende Anmerkung) spricht dafür, daß Stampfer seinen Vorschlag zwischen Mai und August 1939 formulierte.

205 F. ST[AMPFER], Nochmals Versailles, in: NV, Nr. 309 (21. 5. 1939), S. 3.

206 Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, An das deutsche

Mit dem wenig später abgeschlossenen Münchner Abkommen wurde diese Befürchtung greifbare Realität und veranlaßte den sozialdemokratischen Parteivorstand, das Feld der Außenpolitik nicht mehr allein den Einzelkämpfern Geyer und Stampfer zu überlassen. Stattdessen bemühte man sich verstärkt, ein aktualisiertes außenpolitisches Profil zu zeigen und die bisherige Grundposition „mit dem Gesicht nach Deutschland" zu revidieren. Für die Europadebatten jedoch galt dies nur in eingeschränktem Maße, da der spezifisch europäischen Dimension erst mit Hilferdings Vorstandsreferat vom Januar 1940 eingehende Erörterungen gewidmet wurden.

Auch der ISK sah das künftige Deutschland in einer verantwortlichen Position, betonte jedoch stärker die zentrale Bedeutung der Zusammenarbeit mit Frankreich: „Die möglichst weitgehende Verständigung zwischen diesen beiden Ländern und nur diese Verständigung kann den Frieden in Europa sichern."[207] Einen bedeutenden Mitstreiter für die deutsch-französische Aussöhnung hatte der ISK in dem einflußreichen Verleger Willi Münzenberg, der am 28. April 1939 in seinem Organ *Die Zukunft* die Gründung der Union franco-allemande verkündete und sich in diesem Rahmen für einen durch das deutsch-französische Tandem angetriebenen europäischen Einigungsprozeß engagierte[208]. Wie für viele Sozialisten war auch für Münzenberg die deutsche Arbeiterklasse der entscheidende Gestaltungsfaktor künftiger Politik. Außenpolitisch hätten sich die deutsche und die französische Arbeiterklasse „in außerordentlicher Weise gegenseitig befruchtet", so daß nur mit Hilfe eines deutsch-französischen Zusammenspiels ein neues Europa errichtet werden könne[209].

In Deutschland sahen die bürgerlichen Emigranten das natürliche Herzstück Europas, das den europäischen Frieden und die Sicherheit gewährleiste – was auf Grund ihres ohnehin stärker ausgeprägten Nationalstolzes nicht verwundert[210]. Die DFP räumte dem von Hitler befreiten Deutschland eine europäische Schlüsselposition ein: „Das neue, das wahre Deutschland aber

Volk! Der Krieg ist in nächster Nähe, Typoskript, 14. 9. 1938, AsD, Bestand PV-Emigration Sopade, Mappe 181.

[207] DIERKSEN [d. i. Auerbach] an Eichler, 3. 4. 1938, S. 3, AsD, Bestand IJB/ISK, Box 35. Zustimmend HART [d. i. Eichler], Furor teutonicus, in: SW, 13. Jg., H. 11 (18. 3. 1938), S. 241–246 (245 f.).

[208] Vgl. Die Zukunft, II. Jg., Nr. 17 (28. 4. 1939), S. 1. Der Gründung der Union franco-allemande waren zwei Besprechungen in Paris vorausgegangen (13. und 20. 4. 1939). Münzenberg verwies auf so namhafte Unterzeichner der Gründungserklärung wie den ehemaligen französischen Außenminister Yvon Delbos, den ehemaligen Ministerpräsidenten Jean Paul-Boncourt und Pierre Viénot, die emigrierten Schriftsteller Alfred Döblin und Franz Werfel und die politischen Flüchtlinge Otto Klepper, Hermann Rauschning, Werner Thormann, Alexander Schifrin und Anna Siemsen. Zu Münzenbergs außenpolitischer Sichtweise vgl. auch seinen Beitrag: Die Arbeiterklasse – ein Garant der Verständigung zwischen den Völkern, in: Die Zukunft, II. Jg., Nr. 17 (28. 4. 1939) S. 7.

[209] MÜNZENBERG, in: Die Zukunft, II. Jg., Nr. 17 (28. 4. 1939), S. 12.

[210] [o. T.], in: Deutscher Freiheitsbrief, Nr. 37 [April 1938], S. 4.

soll Herold des wiedererwachten europäischen Gewissens werden. Das neue Deutschland will in ein erneuertes Europa, will Glied und Eckstein eines festen Verbandes der Vereinigten Staaten Europas werden."[211] Diese These war auch in der Sopade mehrheitsfähig. Dennoch sollte nicht übersehen werden, daß die Motivation einerseits dem klassisch machtpolitischen Kalkül, andererseits dem Internationalismus entsprang – ein dogmatisches Oxymoron, das für die Einschätzung des Reformpotentials beider Grundkonzeptionen von essentieller Bedeutung ist.

In der nationalkonservativen Konzeption stand das „wirklich abendländische Großdeutschland von Morgen"[212] im Vordergrund, das nach der Vereinigung der historischen Rivalen Preußen und Österreich nicht nur „Träger und Unterpfand" eines vereinigten Europas sein werde, sondern auch dessen wesentliche Voraussetzung[213]. Hier griff Otto Strasser seine frühen Gedanken einer wohlwollenden deutschen Hegemonie im Zeichen der Dritten Front zwischen Faschismus und Bolschewismus auf und konstruierte das „Großdeutschland von Morgen" als *primus inter pares* in einer europäischen Föderation. Methodisch setzte er auf eine übergreifende Revolution des „Deutschen Sozialismus". An dieser Stelle offenbaren sich zwei zentrale Unterschiede in den Zukunftsvisionen Strassers und Rauschnings: Setzte Strasser allein auf Deutschland als europäische Schutzmacht, hielt Rauschning einen deutsch-französischen Ausgleich für ratsam[214]. Hierin wußte er sich in Übereinstimmung mit dem ISK sowie dem linken Pazifisten Max Barth, der wie Rauschning Münzenbergs Union franco-allemande angehörte und trotz einer betont nationalen Ausgangsposition das deutsch-französische Tandem als unerläßlich für jede europäische Bemühung ansah[215].

Der zweite wesentliche Unterschied zwischen den beiden emigrierten Nationalsozialisten bestand in ihrem konträren Revolutionsverständnis. Strasser wählte gerade die sozialistische Revolution, um die Außenpolitik des künftigen Deutschlands zu europäisieren, während der ehemalige Danziger Senatspräsident aus einer zutiefst antirevolutionären Grundhaltung heraus die Beendigung der (nationalsozialistischen) Revolution als unabdingbare Voraussetzung für eine europäische Perspektive der deutschen Politik bezeichnete[216].

Ungeachtet der gruppenübergreifend vorausgesetzten Schlüsselposition

[211] [Leitartikel], in: Deutscher Freiheitsbrief, Nr. 48 (o. D.), S. 4.
[212] Strasser, Großdeutschland und Europa, o. D. [Anfang 1938], S. 5, IfZ, NL Strasser, ED 118/20.
[213] STRASSER, Masaryk 1938, S. 194.
[214] Rauschning an Thormann (Red. „Die Zukunft") vom 18. 5. 1939, ANF, F7 15124, M. R.
[215] In dem unveröffentlichten Artikel vom 29. 8. 1939, Diskussion des nationalen Problems, S. 3, ANF, F7 15123, M. B, erklärte Barth: „Die geistige und kulturelle Erhaltung des Okzidents auf europäischem Boden [...] hängt von der deutsch-französischen Einigung ab."
[216] RAUSCHNING, Revolution des Nihilismus ²1939, S. 489.

Deutschlands in Europa setzte mit der Annexion Österreichs und dem Münchner Abkommen eine allgemeine Kritik an der absoluten Souveränität des Nationalstaates ein. Sie weitete sich in vielen Fällen zu einer grundsätzlichen Auseinandersetzung mit dem deutschen Nationalismus und der Idee der Nation als Ordnungsprinzip multilateraler Beziehungen aus. Mit seiner facettenreichen Souveränitätskritik knüpfte das politische Exil an die Rechtswissenschaft der zwanziger Jahre an, die eine Abkehr von der rechtspositivistischen Betrachtung der Souveränität in die Wege geleitet hatte[217]. Allerdings geschah dies nicht in jedem Fall durch eine bloße Rückkehr zum christlichen Naturrecht oder seiner säkularisierten Spielart, dem von Grotius, Pufendorf, Leibniz und Wolff entwickelten Vernunftrecht, sondern vermehrt auch durch die Suche nach neuen Wegen[218].

Das Bemühen um neue Ansätze des Rechtsverständnisses resultierte aus der Kritik des Positivismus an der naturrechtlichen Doktrin, die Grundentscheidung für ein bestimmtes Ordnungsprinzip entziehe sich der kritischen Überprüfung. Diese Kritik fällt auf den Positivismus selbst zurück, denn der Positivismus geht von unabänderlichen Gesetzen (der Ökonomie, Gesellschaft, Geschichte) aus. Damit wird statt der naturrechtlichen Grundentscheidung für das Rechtssystem die positivistische Gesetzmäßigkeit dieses Rechtssystems absolut gesetzt. Folglich erklären sowohl Naturrechtslehre als auch Positivismus ihre jeweiligen Axiome – Existenz eines (gottgewollten) Naturrechts beziehungsweise unabänderliche Gesetzmäßigkeiten – für sakrosankt und der Kritik nicht zugänglich. Dies konnte die deutschen Emigranten in der konkreten Situation heimatlicher Entwurzelung nicht befriedigen, so daß auf der Grundlage eines kritischeren Rechtsverständnisses die multifunktionale Dimension des Föderalismus als völkerrechtliches Ordnungsprinzip an Bedeutung gewann.

Die Kritik am „entarteten Nationalstaat"[219] gestaltete sich mit fortschreitender Zeit *eo ipso* zu einem Motiv europäischer Integration. Doch entsprang diese diskursive Entwicklung keineswegs durchgängig einer „weltanschauliche[n] Besinnung gegen die Staatsvergottung", auch wenn zumindest der einzelne dabei häufig ein europäisches Zusammengehörigkeitsgefühl empfand[220].

Die Quellen fordern eine differenzierte Sichtweise und lassen drei Intensitätsgrade der Kritik erkennen:
– eine fundamental verstandene Kritik im Sinne eines Antinationalismus, der

[217] Vgl. z. B. KELSEN, Das Problem der Souveränität und die Theorie des Völkerrechts, Tübingen 1920; WEBER, Die Krise des modernen Staatsgedankens in Europa, Stuttgart 1925.
[218] So etwa der von Rudolf Smend in der Weimarer Zeit vertretene Irrationalismus. Die Rückkehr zum christlich definierten Naturrecht wurde z. B. verfochten von J. P. Steffes und H. Rommen.
[219] LIPGENS, Anfänge 1977, S. 52–55.
[220] So aber ibid.

sich insbesondere im linken Spektrum zuweilen auf die Idee der Nation übertrug,
– eine demgegenüber abgeschwächte Form der Kritik, die sich nicht gegen die Idee der Nation als solche richtet, sondern lediglich gegen das großdeutsche Nationalverständnis der Nationalsozialisten und daher als Antinationalsozialismus bezeichnet werden kann,
– und schließlich der vom nationalkonservativen Milieu favorisierte Antihitlerismus, der sich weder gegen die Idee der Nation als völkerrechtliches Ordnungsprinzip noch gegen den großdeutschen Ansatz des Nationalsozialismus wendete, sondern allein gegen die für Hitler typische Methode politischer Erpressung zur Durchsetzung des großdeutschen Ideals.

Mit dem sozialistischen Internationalismus stand dem linken Spektrum des Exils ein Ansatzpunkt für eine ideologisch verankerte Kritik am übersteigerten Nationalbewußtsein des deutschen Faschismus zur Verfügung. Allmählich setzte eine Rückbesinnung auf die internationalistische Tradition ein und sollte sich erst im Verlauf der dramatischen Kriegsereignisse zu einer dezidiert antinationalistischen Grundposition entwickeln. 1938/39 begnügte man sich zumeist noch mit pauschalen Appellen an die Solidarität der europäischen Sozialisten, die zu diesem Zeitpunkt auch in der privaten Korrespondenz nur selten konkretisiert wurden. So schrieb der Gewerkschafter Walter Auerbach nach der Annexion Österreichs an Willi Eichler: „Heute gibt es eine klare Front: Alles Linke gegen Hitler!"[221] Nur anderthalb Jahre später wurde Auerbachs Einfront-These durch den Abschluß des deutsch-russischen Nichtangriffspaktes widerlegt.

In ihrer Grundsatzerklärung vom Oktober 1938 interpretierte die SAP die Vernichtung des europäischen Faschismus unter Führung des deutschen Nationalsozialismus als „das entscheidende nächste Kettenglied der proletarischen Weltrevolution"[222] und bekannte sich damit zu einer globalen, notwendig antinationalen Betrachtungsweise. Diese Konsequenz ergab sich für die orthodox marxistische Partei aus dem sozialistischen Grundverständnis, das auf eine weltweite Ausbreitung der sozialistischen Revolution ausgerichtet und hinsichtlich seiner langfristigen Realisierungschancen auf eine weltumfassende Einheitsideologie angewiesen war.

Eine frühe Verfechterin des proeuropäischen Antinationalismus war Anna Siemsen. Die engagierte Sozialistin und ehemalige Reichstagsabgeordnete beantwortete unmittelbar nach dem Münchner Abkommen die Frage „Großdeutschland oder Föderation?" mit einer klaren Absage an den deutschen Nationalismus jedweder Ausprägung[223]. Obgleich sie in Einzelfällen dem Ruf nach nationaler Einigung eine gewisse Berechtigung zubilligte, verur-

[221] Dierksen [d. i. Auerbach] an Eichler, 3. 4. 1938, S. 2, AsD, Bestand IJB/ISK, Box 35.
[222] Erklärung der SAP, in: Die Neue Front, 6. Jg., Nr. 10 (Oktober 1938), Beilage „Zur Kriegsfrage", S. 1.
[223] SIEMSEN, Großdeutschland oder Föderation?, in: Die Zukunft, I. Jg., Nr. 2 (21. 10. 1938), S. 7.

teilte sie die bisherigen Versuche der deutschen Nationsbildung – kleindeutsch, großdeutsch oder alldeutsch – als verhängnisvoll und „unvereinbar mit europäischer Befriedung und europäischer Ordnung“[224]. Mit ihrem Urteil stellte sich Anna Siemsen in Widerspruch zum Exilvorstand ihrer ehemaligen politischen Heimat, der Sozialdemokratie, die seit München zwar die internationale Solidarität aller „demokratischen Kräfte in Europa“ einforderte[225], im Kern aber während des gesamten Exils dem deutschen Nationaldenken enger verbunden blieb als manch bürgerlicher Emigrant.

Dies gilt auch für Stampfer, der sicherlich zu den exponierten Kämpfern einer europäischen Einigung zählte und dies Ende 1938 in einem unveröffentlichten Katalog der Probleme erneut unter Beweis stellte[226], zugleich aber die europäische Einigung allein auf der Grundlage eines starken Deutschland betrachtete[227]. Erst unter dem Druck einer drohenden Spaltung Deutschlands und Europas, insbesondere nach der Konferenz von Teheran, setzte er sich vehement für eine Übertragung der europäischen Führungsrolle auf Frankreich ein, um doch noch den Erhalt Gesamtdeutschlands zu sichern[228].

In diesem Zusammenhang ist erwähnenswert, daß es auch der Sozialistischen Arbeiter-Internationale (SAI) bis zu ihrer Auflösung nicht gelungen ist, die unermüdlich geforderte „einheitliche internationale Politik des Sozialismus im Kampfe um die Demokratie“[229] umzusetzen. Der von Georg Reinbold mitverfaßte idealistische Vorschlag, „alle Parteien der SAI zu einer einheitlichen internationalen politischen Kraft zusammenzuschweißen“[230], blieb hoffnungsvolles Wunschdenken.

Auch vor dem Hintergrund des Versagens der SAI riefen linkssozialistische Stimmen zunehmend lauter nach einer umfassenden Koordination der

[224] Ibid.

[225] Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, An das deutsche Volk! Der Krieg ist in nächster Nähe, Typoskript, 14. 9. 1938, AsD, Bestand PV-Emigration Sopade, M. 181.

[226] Stampfer, Deutschland wie es sein soll, 9. 11. 1938, AsD, NL Stampfer, Box 9, M. 46, S. 27: „Es gilt, die Schlagbäume nicht nach der einen oder nach der anderen Seite zu verschieben, sondern sie niederzureißen und den Weg mutig zu beschreiten, der zu den Vereinigten Staaten von Europa führt.“

[227] Vgl. etwa ibid. S. 26; ders., Vorschlag Stampfer, o. D. [Sommer 1939], AsD, Bestand PV-Emigration Sopade, M. 178.

[228] Dies bekannte Stampfer in einem Brief an Hans Vogel vom 12. 1. 1944: „Wir [...] propagieren eine kontinentale Föderation unter Führung Frankreichs (um die hysterische Angst vor ‚verkapptem Pangermanismus‘ zu beruhigen).“; AsD, Bestand PV-Emigration Sopade, M. 132. Vgl. desweiteren STAMPFER, Für die Vereinigten Staaten von Europa: Vive la France!, in: NVZ, 13. Jg., Nr. 2 (8. 1. 1944), S. 1; DERS., Gruß nach Frankreich. Die europäische Mission der französischen Sozialisten, in: NVZ, 13. Jg., Nr. 34 (19. 8. 1944), S. 1.

[229] Dan, Jugow, Schwarz, Der Kampf um die Demokratie, August 1938, abgedruckt in: LANGKAU-ALEX (Hg.), „Der Kampf für die Demokratie und den Frieden“ ²1992, Dok. Nr. 1, S. 20.

[230] Ibid. S. 21.

Widerstandsarbeit der internationalen Arbeiterbewegung. Im Sturz des NS-Regimes erkannte Neu Beginnen – in Anknüpfung an Löwenthals früher geäußerte Gedanken – die entscheidende Voraussetzung für eine Befreiung der Welt vom deutschen Faschismus durch den Sozialismus[231]. Ihre Berliner Untergrundgruppe forderte in Übereinstimmung mit dem exilierten Teil der Bewegung Neu Beginnen „ganze Maßnahmen, denn mit diesen kryptonationalistischen Lösungen [werden wir] nicht weiterkommen"[232]. Gerade für die ethnisch höchst vielfältige Bevölkerung Mitteleuropas sei eine nationalstaatliche Lösung weder gerecht noch zukunftsweisend[233]. Doch redeten die Vertreter von Neu Beginnen keineswegs einem strikten Internationalismus das Wort. Vielmehr strebte man schrittweise zuerst die Überwindung des Nationalismus in Deutschland an, der anschließend in einer europäischen Föderation seine endgültige Aufhebung finden und letztlich den Wiederaufstieg der sozialistischen Weltkräfte ermöglichen sollte[234].

Auch das liberale und bürgerlich-konservative Exil verschloß sich nicht einer kritischen Hinterfragung des Nationalverständnisses, beschränkte die Kritik jedoch zumeist auf die nationalsozialistische Interpretation des Begriffs. Scharf wandte sich die DFP gegen die „Vaterlandslosigkeit" des Internationalismus und geißelte den historischen Materialismus als eine „Sünde wider den Geist"[235]. Damit war der wesentliche dogmatische Unterschied zum sozialistischen Internationalismus benannt: Statt auf eine den nationalen Rahmen notwendig sprengende, übergreifende Bewegung zu vertrauen, knüpfte das konservative, in weiten Teilen auch das bürgerlich-liberale Lager des deutschen Exils an die Nation eines „Anderen Deutschland" als dem wahren „Vaterland"[236] an.

Um so bedeutender war für diesen Teil der politischen Emigration die klare Abgrenzung zwischen Hitler einerseits und Deutschland als historischem Ort andererseits. Man hoffte auf die Stunde, „in der man nicht mehr mit Hitler, sondern mit Deutschland über die Rettung Europas verhan-

[231] Rußlands Schwenkung – und die sozialistische Bewegung, in: SIB, Nr. 49 (Anfang Dezember 1939), S. 20–31 (26).

[232] BRILL et al., Erläuterung der „Zehn Punkte", Februar 1938, abgedruckt in: LIPGENS (Hg.), Föderationspläne, Dok. Nr. 25, S. 103 f. (104).

[233] Vgl. Entscheidungskampf um die Tschechoslowakei, in: SIB, Nr. 36/37 (10. 5. 1938), S. 1 f.

[234] Vgl. ibid. S. 2 sowie: Rußlands Schwenkung – und die sozialistische Bewegung, in: SIB, Nr. 49 (Anfang Dezember 1939), S. 31.

[235] Der Kampf um das künftige Deutschland, in: Das Wahre Deutschland (August 1939), S. 14–16 (16). Die von der katholischen Heilslehre geprägte Wortwahl läßt auf die maßgebliche Figur des *Wahren Deutschland*, den früheren Zentrumspolitiker Carl Spiecker als Verfasser schließen.

[236] Der Begriff des Vaterlandes taucht in den bürgerlichen Quellen häufig auf und bezeichnet die enge Verbundenheit mit der Heimat, auch in politischer Hinsicht, vgl. zum Beispiel den ungezeichneten Beitrag: Was soll aus Deutschland werden?, in: Das Wahre Deutschland (Juli 1939), S. 1–4.

delt"[237]. Dementsprechend entwickelte sich jedenfalls für die christlich-konservativen Stimmen der Kampf gegen den Nationalsozialismus zu einem rücksichtslosen Kreuzzug: „Es ist nicht mehr der Halbmond, dessen blutige Sichel Europa bedroht, sondern das Hakenkreuz, das Zeichen der Knechtschaft, der Entwürdigung, der Barbarei, das unseren Erdteil mit Untergang bedroht."[238] Dieser Kreuzzug sei in erster Linie eine deutsche Aufgabe, da er allein Deutschlands geschichtliche Schuld, den Nationalsozialismus zur Herrschaft gebracht zu haben, sühnen könne.

Der Antinationalsozialismus der liberal-konservativen Emigration wurde von den nationalkonservativen Vertretern Rauschning und Strasser noch weiter auf einen bloßen Antihitlerismus reduziert, der die Ziele und Pläne des Nationalsozialismus befürwortete, dessen durch Hitler repräsentierte Erscheinungsform und die ihr eigene Gewalt jedoch ablehnte. Rauschning störte sich lediglich an Hitlers bellizistischer Maßlosigkeit und bekannte: „Wenn Hitler zur Mäßigung finden würde [...], dann freilich wäre unser Urteil über den Nationalsozialismus falsch, und wir würden freimütig bekennen, geirrt und menschliche Größe nicht erkannt zu haben."[239]

Die eigentliche Mißbilligung der nationalsozialistischen Gewaltpolitik findet ihren tieferen Grund in der Befürchtung, gerade dadurch das von Rauschning und Strasser enthusiastisch bejahte Ziel eines Großdeutschlands zu gefährden. Der von Strasser vertretenen Ansicht, „daß eine Einigung Europas mit Gewalt nicht nur unsittlich, sondern auch unmöglich ist"[240], stimmte Rauschning uneingeschränkt zu: „Die ganze Idee einer auf Herrschaft und Gewalt beruhenden Ordnung, eines Weltimperiums [...] ist absurd und praktisch undurchführbar" und ende in Selbstzerstörung[241]. Für Rauschning spiegelte sich das typisch Europäische in den grundlegenden Ordnungsprinzipien des christlichen Abendlandes wider, zu denen er zunächst die „Freiheit und Vielfalt seiner Nationen" zählte[242]. Ein übernationales Europa war für Rauschning undenkbar, da es – ähnlich dem als „ungeheuerlichste Simplifikation des Lebens"[243] gebrandmarkten Hitlerschen Nihilismus – die Nation als wesentlichen Bestandteil des europäischen Wertekanons ignorierte. Vor diesem politphilosophischen Hintergrund trat das ehemalige NSDAP-Mitglied dafür ein, die nationale Souveränität nur dann anzutasten, wenn sie einem gemeinsamen geistigen Prinzip untergeordnet werden könne, wie es im Heiligen Römischen Reich Deutscher Nation der Fall gewesen sei[244]. Ohne dieses geistige Prinzip, die *auctoritas*, ausdrücklich zu benennen,

[237] Was soll aus Deutschland werden?, in: Das Wahre Deutschland (Juli 1939), S. 3.
[238] [o. T.], in: Deutscher Freiheitsbrief, Nr. 48, o. D. [März 1939], S. 4.
[239] RAUSCHNING, Revolution des Nihilismus ²1939, S. 490.
[240] STRASSER, Masaryk 1938, S. 193.
[241] RAUSCHNING, Revolution des Nihilismus ²1939, S. 480.
[242] Ibid. S. 492.
[243] Ibid. S. 481.
[244] Ibid. S. 480.

dachte Rauschning hierbei mit Sicherheit an die katholische Kirche, der er sich als gläubiger Katholik sehr verbunden fühlte.

Otto Strasser war infolge der Annexion Österreichs durch das Deutsche Reich in eine politische und zugleich persönliche Zwangslage geraten, deren schrittweise Lösung die Lektüre von drei unveröffentlichten Typoskripten vom März 1938 offenbart. In demselben Augenblick, in dem er den sogenannten „Anschluß" als nationalen Sieg feierte und sogar zum methodischen Vorbild der gesamteuropäischen Neuordnung erkor, mußte er sich eingestehen, daß damit seinem Haupteinwand gegen Hitler, der Wahl des Krieges als außenpolitisches Mittel, die Grundlage entzogen worden war: Die Annexion war gerade nicht das Ergebnis einer kriegerischen Auseinandersetzung gewesen[245]. Damit stellte sich die Frage nach der weiteren Existenzberechtigung der Schwarzen Front als Widerstandsgruppe im Exil.

In ersten, von Verunsicherung und offensichtlichen Selbstzweifeln geprägten Überlegungen hatte Strasser an eine Zusammenarbeit der Schwarzen Front mit Hitler gedacht, bei der die Arbeit seiner Auslandszentrale „fast ausschließlich geistiger, erzieherischer, lehrhafter Art" wäre, wobei er dann seine eigene Führungsrolle angesichts des persönlichen Hasses gegen das Hitlersystem in Frage stellte[246]. Strassers ideologische Verunsicherung führte kurzzeitig sogar zu einer wesentlichen Relativierung des bisherigen Kampfrufes der Schwarzen Front – „nationale Freiheit, soziale Gerechtigkeit, europäische Föderation" – mit der den Widerstandswillen nahezu leugnenden Parole „Über Hitler hinaus – zum Deutschen Sozialismus"[247]. Kurz darauf aber besann er sich auf die Unterschiede zwischen seinem Konzept eines „Großdeutschland von Morgen" und dem „Großdeutschland Hitlers"[248] und ordnete das wiederentdeckte Widerstandspotential schließlich in den ideologischen Zusammenhang seines am Jugendideal orientierten „deutschen Sozialismus" ein[249].

Wie Rauschning sah auch Strasser in der „Mannigfaltigkeit" Europas einen „integrierende[n] Bestandteil seines Wesens, seiner Existenz, seiner Größe"[250]. Doch wünschte sich der ehemalige NSDAP-Politiker gerade nicht den großdeutschen Staat als Ordnungsprinzip der deutschen Nation, sondern das großdeutsche Volk. Anders als Rauschning, der den Rassebegriff

[245] Strasser, Denkschrift über den Kampf der Schwarzen Front nach dem Anschluß Österreichs, o. D. [Mitte März 1938], S. 1, IfZ, NL Strasser, ED 118/20.
[246] Ibid. S. 2.
[247] Ibid. S. 3.
[248] Vgl. Strasser, Großdeutschland und Europa, o. D. [Anfang 1938], IfZ, NL Strasser, ED 118/20.
[249] Vgl. Strasser, Lagebericht der „Schwarzen Front", Mitte März 1938, S. 2, IfZ, NL Strasser, ED 118/20. Diese geistige Entwicklung läßt zugleich den Rückschluß auf eine entsprechend chronologische Datierung dieser drei Quellen zu, die im Abstand weniger Tage verfaßt worden sein müssen.
[250] STRASSER, Masaryk 1938, S. 193; auch S. 169.

jedenfalls als Grundlage einer Rechtsordnung ablehnte[251], setzte sich Strasser unter Verweis auf die „Dritte Front" zwischen Faschismus und Bolschewismus für einen völkischen Pangermanismus ein. Als positive Kehrseite des auf bloße Eroberung ausgerichteten Pangermanismus bemühe sich die völkische Variante um eine einvernehmliche Sammlung aller Deutschen und orientiere sich insoweit am Panslawismus[252]. Dabei wollte Strasser das Ordnungsprinzip der Nation nicht durch dasjenige der völkischen Rasse ersetzt sehen, sondern den imperialistischen Mißbrauch der Außenpolitik seiner wahrhaft nationalen Bestimmung eines „Großdeutschland von Morgen" zuführen[253]. Mithin hielt Strasser an der Idee der Nation fest, beanspruchte jedoch eine andere – gleichwohl ebenso nationalistische – Interpretation als die Nationalsozialisten und gab für die Schwarze Front die Parole aus: „Gegen Hitler – für Deutschland und Europa!"[254] Darunter verstand er den Vollzug des nationalen Sozialismus in mehreren Etappen: Die momentanen Machthaber Europas – Hitler, Stalin und Mussolini – seien Männer von gestern, die die alte, längst morsche Ordnung repräsentierten. Diese alte Ordnung werde augenblicklich von ihren eigenen Extremen, dem Faschismus und dem Bolschewismus, zerstört. In der völkischen Entwicklung sei momentan die zerstörende Phase erreicht, der demnächst die aufbauende Phase der Dritten Front folgen werde, die unter Führung ihrer Elitetruppe, der Schwarzen Front, den deutschen Sozialismus auf revolutionärem Wege begründen werde. Schließlich werde der deutsche Sozialismus auf die europäische Ebene übergreifen und die Dritte Front als europaweite Bewegung eines wahrhaft nationalen Sozialismus etablieren[255]. In Anlehnung an den zum „Führer eines neuen Europa" stilisierten Tomasz Masaryk plädierte Strasser für den Dreiklang aus Sozialismus, Demokratie und Nationalismus, der in einer künftigen Europäischen Föderation seine höchste Erfüllung finden werde. Trotz stellenweise abweichender Lippenbekenntnisse bekannte sich der charismatische Nationalsozialist also ausdrücklich zum Nationalismus als Grundlage deutscher Außenpolitik[256], so daß sich sein Antihitlerismus auf eine bloße Methodenfrage reduzieren läßt.

251 RAUSCHNING, Revolution des Nihilismus ²1939, S. 486.
252 STRASSER, Masaryk 1938, S. 173.
253 STRASSER, Denkschrift über den Kampf der Schwarzen Front nach dem Anschluß Österreichs, o. D. [Mitte März 1938], S. 2, IfZ, NL Strasser, ED 118/20. Das Konzept des „Großdeutschland von Morgen", das er als Gegenentwurf zum „Großdeutschland Hitlers" verstand, erläuterte Strasser insbesondere in dem unveröffentlichten Manuskript Großdeutschland und Europa, o. D. [Anfang 1938], IfZ, NL Strasser, ED 118/20.
254 Strasser, Lage und Entwicklung, 1. 10. 1939, S. 2, IfZ, NL Strasser, 118/20.
255 Vgl. Strasser, Lagebericht der „Schwarzen Front", Mitte März 1938, S. 2, IfZ, NL Strasser, ED 118/20.
256 STRASSER, Masaryk 1938, S. 277.

*Freiheit und Demokratie* Der Initialcharakter der Nationalstaatsdebatte wurde schon früh ergänzt durch das ideologische Doppelmotiv „Freiheit und Demokratie". In Fortsetzung des in der Frühphase des deutschen Exils erörterten Demokratieverständnisses bemühten sich die Exilgruppen nach dem Münchner Abkommen noch stärker um eine unmißverständliche Abgrenzung vom nationalsozialistischen Deutschland. Sie stellten auf das traditionsreiche politische Schlagwort der Freiheit ab und setzten diesem die nationalsozialistische Sklaverei entgegen. Ähnlich dem teils revolutionär, teils sozial oder schlicht bürgerlich verstandenen Demokratiebegriff erfuhr auch der Ruf nach Freiheit eine übereinstimmende Terminologie, die jedoch unterschiedliche Auffassungen kolportierte[257].

In der sozialistischen Interpretation las sich der Freiheitsbegriff als Freiheit der Arbeiterklasse von kapitalistischer Unterdrückung[258]. Curt Geyer fügte seinem antinationalsozialistischen Konzept von der europäischen Demokratie die Komponente der „europäischen Freiheit" hinzu[259]. Dabei knüpfte er an die Französische Revolution an, legte den Schwerpunkt des Freiheitsverständnisses aber auf die antikapitalistische Stoßrichtung. Für ihn war der Freiheitskampf immer ein Kampf der Schwächeren, als deren Anwalt sich die Sozialdemokratie verstand[260]. 1939 bezeichnete er in einem oft kritisierten Buch die Sopade als die „Partei der Freiheit" und deklarierte „die geistige Übereinstimmung der Völker im Willen zur Freiheit" als wichtigstes Axiom des Sozialismus[261].

Innerhalb des linkssozialistischen Exils ist Brehms Freiheitsbegriff bemerkenswert, der gerade nicht auf die Freiheit der Arbeiterklasse abstellt, son-

257 LIPGENS, Anfänge 1977, S. 22 bezeichnet die Achtung vor dem Menschen, die Freiheit und Würde des einzelnen als eines der wichtigsten Anliegen des Exils. Dabei wird außer acht gelassen, daß der Antibolschewismus nicht allen Widerstandsgruppen zu eigen war. Mithin ist der Schluß, das Eintreten für die Freiheit des einzelnen habe zur Ablehnung der Sowjetunion führen müssen, nicht in jedem Fall zwingend, zumal die UdSSR insbesondere für die Linkssozialisten noch immer der Bannerträger der sozialen und individuellen Freiheit war, unabhängig von den temporären Verirrungen des Stalinismus.

258 Vgl. stellvertretend für viele Linkssozialisten das Programm der Gruppe Neu Beginnen zur Interdependenz von Planung und Freiheit sowie den demokratischen Rechten und freiheitlichen Traditionen der Arbeiterbewegung: Neu Beginnen. Was es will, was es ist und wie es wurde, hg. v. Auslandsbüro Neu Beginnen, London o. J. [1939], S. 6.

259 Vgl. z. B. C. G[EYER], Was Deutschland gebührt. Mr. Chamberlain und der Kampf der deutschen Opposition, in: NV, Nr. 282 (13. 11. 1938), S. 1 f.; DERS., Im Sturm der Geschichte, in: NV, Nr. 289 (1. 1. 1939), S. 1 f.; DERS., Partei der Freiheit 1939; DERS., Die Zukunft der Tschechoslowakei. Eine Aufgabe der europäischen Demokratie, in: NV, Nr. 317 (16. 7. 1939), S. 1.

260 C. G.[EYER], Was Deutschland gebührt, in: NV, Nr. 282 (13. 11. 1938), S. 1 f. (1).

261 GEYER, Partei der Freiheit 1939, S. 69. Dagegen beschränkte sich der Pragmatiker Stampfer auf ein enges Verständnis der Freiheit des deutschen Volkes von der nationalsozialistischen Unterdrückung; vgl. F. ST[AMPFER], Nochmals Versailles, in: NV, Nr. 309 (21. 5. 1939), S. 3.

dern primär die Freiheit des Staates, seine Souveränität und Integrität im Blick hat. Brehm zufolge war die Freiheit des Individuums, die 1789 von den französischen Revolutionären proklamiert worden war, nach den Ereignissen von 1938 zu eng geworden. Sie bedürfe der Ergänzung durch die Freiheit des Staates von imperialistischen Einflüssen. Erst dieses Zusammenspiel von individueller und staatlicher Freiheit ermögliche schließlich ein Recht der Völker, das Brehm als vorrangige internationale Aufgabe des Sozialismus verstand[262]. Damit legte Brehm eine Subordination der Individualfreiheit durch die neu zu gewinnende Kollektivfreiheit der Völker nahe[263] und trug auf diese Weise der strikten Auffassung der SAP vom sozialistischen Solidaritätsgedanken Rechnung[264]. Doch trat er im Gegensatz zu seiner Partei für eine verstärkte Wahrnehmung der europäischen Handlungsebene ein, der gegenüber dem Weltszenario eine höhere Priorität zukommen müsse.

Im Gegensatz hierzu steht eine konservative Auffassung von Freiheit, die vorrangig die Freiheit des einzelnen meint und die nationale Freiheit als Freiheit von internationalem Zwang, also das Selbstbestimmungsrecht versteht. Rauschning und Strasser betrachteten die Freiheit des einzelnen als Fundament der abendländisch-christlichen Lebensordnung[265], und Strasser konstruierte aus der Individualfreiheit, der Abendlandkultur und der „völkischen Eigenart" gar die weltpolitische Bedeutung des neuen Europas[266].

*Frieden und Sicherheit* Wie jeder Europadiskurs zeichnete sich auch der des deutschen Exils durch die Sehnsucht nach Frieden und Sicherheit aus. Dieses Grundmotiv war allen Überlegungen zur Zukunft Europas immanent. Gerade weil dieses Motiv aber als selbstverständlich vorausgesetzt wurde, ergab sich insoweit kaum Diskussionsbedarf, zumal die Frage der Notwendigkeit des Krieges und seiner Legitimation bereits in den Exiljahren bis 1937 ausgiebig erörtert worden war. Dies änderte sich erst im Verlauf des Krieges, als erste Skizzen einer europäischen Sicherheitsarchitektur für die Nachkriegszeit entworfen wurden und sich die Frage ihrer institutionellen Verankerung stellte.

Im Rahmen des Europadiskurses beschränkten sich die Beteiligten 1938/39 auf eine Überprüfung ihrer eigenen Positionen in der Kriegsfrage, die

262 Vgl. HERB [d. i. Brehm], Bemerkungen zur Außenpolitik (II), in: SW, 13. Jg., H. 41 (14. 10. 1938), S. 980 sowie DERS., Der Krieg, in: SW, 14. Jg., H. 39 (13. 10. 1939), S. 928–931 (931).

263 Dies übersieht LIPGENS, Anfänge 1977, S. 22, der Freiheit und Würde des einzelnen pauschal als eines der wichtigsten Anliegen „des Exils" bezeichnet.

264 In der Erklärung der SAP, in: Die Neue Front, 6. Jg., Nr. 10 (Oktober 1938), Beilage „Zur Kriegsfrage", S. 1 wird die Eigenständigkeit des Weltproletariats als Prämisse dafür bezeichnet, daß die Überwindung des deutschen und italienischen Faschismus „in der Errichtung der Vereinigten sozialistischen Republiken der Welt ausmündet, in denen die Freiheit aller die Voraussetzung sein wird für die Freiheit eines jeden".

265 Vgl. RAUSCHNING, Revolution des Nihilismus [2]1939, S. 491.

266 Strasser, Großdeutschland und Europa, o. D. [Anfang 1938], S. 4, IfZ, NL Strasser, ED 118/20.

nach „München" unmittelbar in das politische Denken sowie das Lebensumfeld der Emigranten hineinragte. Ein „Hitlerfrieden" nach dem Vorbild des Münchner Abkommens stieß auf einhellige Ablehnung[267]. In vielen bisher stärker pazifistisch orientierten Exilgruppen setzte daher ein Umdenken ein, das den Krieg als *ultima ratio* zur Niederwerfung des Hitler-Regimes nicht mehr grundsätzlich ausschloß. Zwar hoffte man noch immer auf eine friedliche Eindämmung des Faschismus, doch wurde ein Krieg zur Überwindung des nationalsozialistischen Regimes überwiegend als unausweichlich beurteilt[268]. Falls es tatsächlich zum Krieg komme, würde dieser nach allgemeiner Auffassung mit der Niederlage Hitlers enden und müsse unbedingt zur Errichtung einer zweiten deutschen Demokratie führen. Nur so könne der europäische Frieden gesichert werden[269]. Allein Otto Strasser meinte nach der Annexion Österreichs Ansätze einer friedlichen Politik Hitlers erkennen zu können und erklärte sich aufgrund seiner Zielidentität vorab solidarisch mit einer solchen Politik[270].

In der Kriegsfrage zurückhaltender zeigte sich Hilferding, der noch im Juli 1939 unverdrossen die alte sozialdemokratische Forderung nach international kontrollierter Abrüstung unterstrich[271]. Und der überzeugte Pazifist Eugen Brehm war unsicher geworden: Hatte er nach der Annexion Öster-

[267] Vgl. stellvertretend für viele GEYER, Kein Hitlerfrieden. Der Krieg für Frieden und Freiheit in Europa, in: NV, Nr. 330 (15. 10. 1939), S. 1f. sowie: Was soll aus Deutschland werden?, in: Das Wahre Deutschland (Juli 1939), S. 3f.

[268] Vgl. z. B. den Beitrag von Neu Beginnen: Kriegsaufgaben der deutschen Sozialisten, in: SIB, Nr. 40 (15. 8. 1938), S. 8–13 (11). Eine Gemeinsame Erklärung von ISK, SAP und der SPD-Landesgruppe Frankreich, in: SW, 13. Jg., H. 8 (25. 2. 1938), S. 172f., warnte sogar vor Hoffnungen auf eine friedliche Lösung und bezeichnete sie als gefährliche „Utopie" (S. 173).

[269] So etwa LÖWENSTEIN, Nach Hitlers Fall, in: Die Neue Weltbühne, XXXV. Jg., Nr. 31 (3. 8. 1939), S. 958–962 (959).

[270] Strasser, Denkschrift über den Kampf der Schwarzen Front nach dem Anschluß Österreichs, o. D. [Mitte März 1938], S. 1f., NL Strasser, IfZ, ED 118/20.

[271] Hilferding, Vorschlag Hilferding, o. D. [Juli 1939], S. 1, AsD, Bestand PV-Emigration Sopade, M. 79. Gerade durch die strenge Ausrichtung an früheren Programmentwürfen der Partei stellt Hilferdings Vorschlag des Jahres 1939 einen der wenigen Beiträge zur Europadiskussion dar, der neben der Friedenssicherung – die auch für Hilferding das Hauptmotiv der europäischen Einigung war – auch den wirtschaftlichen Aspekt erwähnt und rudimentäre Überlegungen zur Institutionalisierung von Frieden und Wirtschaftskooperation enthält. Zur Datierung: Hilferdings Vorschlag geht zurück auf eine Anregung Stampfers in der PV-Sitzung vom 12. 7. 1939. Der Entwurf war gedacht als Antwort auf das Rundschreiben eines englischen Kreises um Seton Watson und Wickham Steed zur Europapolitik, die dem PV von Wilhelm Sander übermittelt worden war. Da die Vorlage des Hilferding-Entwurfs für den 19. 7. 1939 vorgesehen war und das Protokoll vom 19. 7. 1939 die einstimmige Verabschiedung des Entwurfs vermerkt, kann die Entstehung dieses Dokumentes mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit auf die Woche zwischen dem 12. und dem 19. 7. 1939 datiert werden; vgl. Protokoll der Sopade-PV-Sitzung vom 12. 7. 1939, abgedruckt in: BUCHHOLZ, ROTHER (Hg.), Parteivorstand, Dok. Nr. 155, S. 394–396 (394f.) sowie der Sitzung vom 19. 7. 1939, abgedruckt in: ibid. Dok. Nr. 156, S. 396f. (396).

reichs noch die Verteidigung Europas „selbst um den Preis des Friedens" gefordert[272], geißelte er nach „München" die kriegerische Lösung als „ebenso gefährlich wie kurzsichtig"[273].

*Wirtschaftliche Kooperation* Ebenso wie die Aspekte Sicherheit und Frieden zählte seit Beginn des Diskurses auch die Notwendigkeit einer wirtschaftlichen Föderation Europas zu den konvergierenden Elementen aller Europakonzeptionen. Als Selbstverständlichkeit wurde sie deshalb – jedenfalls in dieser Diskursphase – nur als zusätzliches Argument angeführt. Gerade in den Jahren 1938/39 war die wirtschaftliche Einigung Europas ein wenig aus dem Blick geraten, da die Emigranten das über die bloße wirtschaftliche Zweckmäßigkeit hinausgehende identitätsstiftende Potential eines gemeinsamen Wirtschaftsraumes selten zu erkennen vermochten. Auch wurde die beginnende Ausweitung des Faschismus in Europa zunächst kaum in ihrer wirtschaftlichen Dimension erkannt. Vor allem beanspruchten andere Fragen, insbesondere die Friedensfrage und die Bemühungen um eine allgemeinverbindliche Definition der europäischen Identität, die Aufmerksamkeit der politischen Emigration. Daher ist es nicht verwunderlich, daß sich das bürgerliche Exil zur wirtschaftlichen Einigung vorerst kaum äußerte und auch im sozialistischen Lager dieser Teilaspekt zunächst nur zurückhaltend erörtert wurde.

Soweit die europäische Frage in wirtschaftlicher Hinsicht betrachtet wurde, resultierten die Unterschiede zum einen aus der ideologischen Frontstellung zwischen Planwirtschaft und Marktwirtschaft, zum anderen aus der divergierenden Einschätzung der notwendigen Integrationsgeschwindigkeit. Stampfer und Hilferding propagierten den Übergang von der Autarkiewirtschaft zur kooperativen Friedenswirtschaft, wobei Hilferding einen vorsichtigen, etappenweise vorzunehmenden Abbau der Hochschutzzölle für sinnvoll erachtete[274]. Stampfer dagegen sprach von den „schöpferisch-konstruktive[n] Aufgaben" eines vereinigten Europas, die eine möglichst zügige Auflösung der nationalstaatlichen „Autarkie der manipulierten Währungen, der Rohstoffversorgung, des Menschen-, Waren- und Geldverkehrs" erfordere[275]. Für die Linkssozialisten Schifrin und Brehm kam einer möglichst engen Wirtschaftskooperation hauptsächlich eine strategische, das heißt friedenssichernde Funktion zu[276].

[272] HERB [d. i. Brehm], Österreichs Ende?, in: SW, 13. Jg., H. 9 (4. 3. 1938), S. 211–215 (215).
[273] DERS., Bemerkungen zur Außenpolitik (I), in: SW, 13. Jg., H. 40 (7. 10. 1938), S. 953–956 (953).
[274] Hilferding, Vorschlag Hilferding, o. D. [Juli 1939], S. 1, AsD, Bestand PV-Emigration Sopade, M. 79.
[275] Stampfer, Vorschlag Stampfer, o. D. [Sommer 1939], S. 5, AsD, Bestand PV-Emigration Sopade, M. 178.
[276] SCHIFRIN, Zur Außenpolitik der deutschen Linken, in: Die Zukunft, Jg. I, Nr. 6 (18. 11. 1938), S. 6f. (6); HERB [d. i. Brehm], Bemerkungen zur Außenpolitik (III), in:

### 2.1.2. Europäische Identität

Mit dem wieder erwachenden Europabewußtsein vieler politischer Flüchtlinge stellte sich zugleich die Frage nach der künftigen außenpolitischen Orientierung Europas. Dabei ist zunächst festzuhalten, daß 1938/39 eine Spaltung des Kontinents in ein politisches Ost- und Westeuropa noch nicht vorhersehbar war, so daß die Diskussion des Exils auf die Positionierung Gesamteuropas im bipolaren Gefüge der Weltpolitik abzielte. Schon die Formulierung der Axiome gestaltete sich äußerst schwierig, galt es doch, die Grenzen Europas zu definieren, bevor man Europas Position in Abgrenzung zu anderen Machtblöcken umschreiben konnte. Im Mittelpunkt der Debatten stand aber nicht die abstrakte Fragestellung nach den Grenzen eines gemeinsamen Europas, sondern die viel aktuellere Frage nach dem Verhältnis zu den USA und der UdSSR – den beiden außereuropäischen Staaten, die sich seit 1918 kontinuierlich zu neuen Weltmächten aufgebaut hatten[277]. Die diesbezüglich entwickelten Positionen können – mit Ausnahme der Sopade – im wesentlichen auf die beiden schon erörterten Grundmodelle europäischer Identifikation zurückgeführt werden: europäischer Sozialismus und (christlich) abendländischer Kulturkreis.

Der europäische Sozialismus war zukunftsorientiert und zielte auf die künftige soziale Identität Europas. Der Abendlandgedanke dagegen war vergangenheitsbezogen und stellte auf die schon bestehende kulturelle Identität Europas ab. Für beide Identifikationsmodelle war das Verhältnis zur kommunistischen UdSSR ein konstitutives Element, während sich die Einstellung zu den USA denknotwendig aus der antikapitalistischen Grundeinstellung des Sozialismus oder der antikommunistischen Grundeinstellung des Liberalismus ergab. Vor diesem Hintergrund gilt das Wort Jacob Walchers, daß es wenige Fragen gebe, die für die gesamte Arbeiterbewegung von solchem Interesse und von solch einschneidender Bedeutung seien, wie die Stellung zur Sowjetunion[278], in negativer Konnotation auch für den Liberalismus und den Konservatismus. Während der antikommunistisch verstandene Abendlandgedanke *per definitionem* mit einer ostwärts gewandten Blickrichtung unvereinbar war, stellte das sozialistische Exil keineswegs einen monolithischen Block einseitiger Ostorientierung dar. Vielmehr ist zwischen den Befürwortern einer klaren Ostorientierung, den Fürsprechern einer oft

SW, 13. Jg., H. 42 (21. 10. 1938), S. 1006–1008 (1007f.). Auf die innerhalb der SAP abweichende Position Brehms wurde bereits mehrfach hingewiesen.

277 Neu Beginnen hatte in dem ungezeichneten Artikel Entscheidungskampf um die Tschechoslowakei, in: SIB, Nr. 36/37 (10. 5. 1938) S. 14, die weltpolitische Bedeutung der beiden aufsteigenden Weltmächte klar erkannt: „Auf einen der mächtigen Faktoren [...] haben wir schon hingewiesen: die Sowjetunion. Der zweite sind die Vereinigten Staaten"; vgl. auch Die Vollstreckung von München – der Anfang vom Ende?, in: SIB, Nr. 45 (Anfang April 1939), S. 5–15 (14).

278 Vgl. WALCHER, Um die Stellung zur SU, in: Neue Front, 7. Jg., H. 5 (Mai 1939), S. 106–109 (106).

ebenso klaren Westorientierung sowie denjenigen, die Europa als eigenständigen dritten Machtblock zwischen Ost und West zu etablieren suchten, zu differenzieren.

Hinsichtlich des Begriffs der West- oder Ostorientierung, der für die weitere Quelleninterpretation von erheblicher Bedeutung sein wird, sei vorab eine klarstellende Bemerkung erlaubt. In seiner grundlegenden Untersuchung über die sozialdemokratische Emigration hat Erich Matthias das häufig kritisierte Unterscheidungsmerkmal der Ost- bzw. Westorientierung der Sozialdemokraten geprägt. Die Kritik scheint tatsächlich insoweit berechtigt, als Matthias' Erklärungsmuster im Einzelfall oft nur knapp einem Pauschalurteil entgeht und darüber hinaus eine sprachliche Schieflage schafft, die seine eigentliche Aussage verdeckt: Mit „Osten" war das Orientierungsmonopol der Sowjetunion gemeint, während der „Westen" ein Konglomerat verschiedener Staaten mit divergierenden Anknüpfungspunkten für eine „Orientierung" darstellte. Ausschlaggebend ist der Grundgedanke, den Matthias zum Ausdruck bringt: Bei Ost und West handelte es sich um die Symbolträger zweier völlig unterschiedlicher Wertegemeinschaften, die gezielt als Gegenkonzepte entworfen und auch als Gegenkonzepte verstanden wurden. Interessanterweise wurden beide Gesellschaftsentwürfe mit den Grundwerten Freiheit, Demokratie und Gerechtigkeit assoziiert, die dem jeweiligen Gegner wechselseitig abgesprochen wurden.

*Europäischer Sozialismus und abendländischer Kulturkreis* Das Verhältnis der emigrierten Linkssozialisten zur UdSSR war seit den ersten Moskauer Schauprozessen 1936/37 mehrmals Zerreißproben ausgesetzt gewesen[279]. Nach dem XVIII. Parteitag der KPdSU im März 1939, auf dem Stalin in einer programmatischen Grundsatzrede das „Einholen und Überholen" der kapitalistischen Staaten und die Aufrechterhaltung des Terrorapparates dekretiert hatte, regten sich verschiedentlich Zweifel an der ideologischen Zuverlässigkeit der Moskauer Führung. Die emigrierten linkssozialistischen Gruppierungen überdachten die Rolle der Sowjetunion in einem künftigen Europa, ohne jedoch von ihrer grundsätzlichen Ostorientierung abzurücken. Daß die deutsche Revolution die Hilfe der UdSSR in Anspruch nehmen werde, stand außer Zweifel. Der erforderliche Intensitätsgrad dieser Hilfestellung wurde jedoch unterschiedlich bewertet.

In der SAP begann eine harte Auseinandersetzung um den künftigen Kurs der Partei. Jacob Walcher befürchtete, daß viele Sozialisten anläßlich der Schauprozesse „das Kind mit dem Bade ausschütten und sich überhaupt von der Sowjetunion abwenden"[280] würden. Er befürwortete unter Bewahrung

[279] FRIESIUS [d. i. Eichler], Unteilbarer Friede, in: SW, 14. Jg., H. 14 (7. 4. 1939), S. 325–328 (327), sprach stellvertretend für viele Linkssozialisten, als er rückblickend feststellte: „Die Sowjetunion selber tat vieles, was die Abneigung gegen sie verstärken mußte. Dahin gehört ihre ‚Prozeß'-Politik vor allem."

[280] WALCHER, Um die Stellung zur SU, in: Neue Front, 7. Jg., H. 5 (Mai 1939), S. 108.

der Unabhängigkeit der deutschen Arbeiterbewegung eine „durchaus positive Stellung zur SU"[281]. Daraus resultierte zwangsläufig die demonstrative Abkehr von den westlichen Demokratien, deren Unzuverlässigkeit man in den Ergebnissen der Münchner Konferenz, an der die Sowjetunion gerade nicht beteiligt gewesen war, abzulesen meinte[282].

Gemäßigtere Stimmen wie diejenige des Publizisten Fritz Sternberg sahen in einer allzu unkritischen Hinnahme der Ereignisse in der UdSSR die Gefahr einer tödlichen Umarmung[283]. Sternberg traf insoweit auf die Zustimmung der Gruppe Neu Beginnen, die sich als betont „unabhängige Freunde und unabhängige Verbündete, kritisch zur Mythologie des Stalinismus" bezeichnete[284] und aus diesem Selbstverständnis heraus vor einer deutschen „Filiale der Stalindiktatur" warnte[285]. Willi Eichler nahm die Kontroverse zwischen Walcher und Sternberg zum Anlaß, trotz vieler Vorbehalte gegenüber dem Willkürregime Stalins die Solidarität des ISK mit der Sowjetunion zu betonen, wenngleich man für die Oktoberrevolution Lenins „freudige[re]n Herzens" eingetreten sei[286].

Für einen europäisch definierten Sozialismus warben vor allem die linkssozialistischen Organisationen Neu Beginnen und ISK. Dabei konnte auf eine gewisse Ausrichtung am sozialistischen Vorbild der Sowjetunion nicht gänzlich verzichtet werden. Dies lag anfangs auch nicht in der Absicht der linkssozialistischen Repräsentanten. Dennoch sah sich Eichler 1938 außer Stande, die künftige internationale Rolle der UdSSR einzuschätzen und setzte zunächst auf Frankreich, die USA und vor allem Großbritannien[287]. Darin ist noch keine endgültige Abwendung vom Osten zu sehen, sondern lediglich ein vorübergehendes Ausblenden der temporär unberechenbaren UdSSR aus den Europaplanungen des ISK. Die Schuld am Scheitern des alten Systems kollektiver Sicherheit sowie des Völkerbundes wies der führende Kopf des ISK Großbritannien zu, das bewußt abseits gestanden habe, statt die europäische Führung zu übernehmen. Nachdem aber Frankreich mit

281 DERS., Zwanzig Jahre Komintern, in: Neue Front, 7. Jg., H. 4 (April 1939), S. 82–88 (88).
282 Vgl. etwa Die Neue Front, 6. Jg., Nr. 10 (Oktober 1938), S. 1–4, insb. S. 4.
283 STERNBERG, Eine Replik, in: Neue Front, 7. Jg., Heft 5 (Mai 1939), S. 109–112 (112).
284 FRANK, Wandlungen der Sowjet-Union. Zur Neubeurteilung der russischen Frage nach dem achtzehnten Parteitag, hg. v. Auslandsbüro Neu Beginnen, London o. J. [1939], S. 52.
285 Neu Beginnen. Was es will, was es ist und wie es wurde, hg. v. Auslandsbüro Neu Beginnen, London o. J. [1939], S. 3.; vgl. auch den Richtlinien-Entwurf: Die deutsche sozialistische Arbeiterbewegung und der kommende Krieg, o. D. [Frühjahr 1939], IISG, Coll. Neu Beginnen, M. 30, Bl. 19: „Selbstständigkeit gegenüber der Sowjetunion". Zutreffend datiert Rainer BEHRING, Demokratische Außenpolitik 1999 die Quelle auf Frühjahr 1939.
286 HOLZ [d. i. Eichler], Um die Stellung zur Sowjet-Union, in: SW, 14. Jg., H. 24 (16. 6. 1939), S. 571–574, hier S. 573.
287 Vgl. HART [d. i. Eichler], Furor teutonicus, in: SW, 13. Jg., H. 11 (18. 3. 1938), S. 245 f.

dem Münchner Abkommen seine letzten außenpolitischen Kraftreserven preisgegeben hatte und die bisher favorisierte deutsch-französische Verständigung als europäischer Motor vorerst ausgeschieden war, wünschte sich Eichler ein rückhaltloses Bekenntnis des britischen Inselreichs zur Idee der kollektiven Sicherheit und ein aktives Engagement für den Europagedanken in leitender Verantwortung[288]. Widerspruch erfuhr diese anglophile Wendung insbesondere durch den Gewerkschafter Walter Auerbach, der in einem Brief an Eichler eine Sanktionierung des bisherigen britischen Verhaltens forderte und für eine Beschränkung Großbritanniens auf eine konsultative Funktion in Europa plädierte: „Die Finger des britischen Außenamts [dürfen] niemals mehr in kontinentalen Fragen dominierend zu regieren haben. England darf mitreden, aber es darf nichts mehr entscheiden."[289]

Im Gegensatz zu den Linkssozialisten herrschte bei der Sopade eine nicht nur antistalinistische, sondern eine dezidiert antikommunistische Grundhaltung vor. Geyer verstand seine europäischen Schlagworte der Freiheit und Demokratie als Antithese zur Sowjetunion[290], und Rinner kolportierte im Vorgriff auf die US-amerikanische Nachkriegspolitik sogar die Idee eines demokratischen Deutschlands als „beste[n] Wall gegen eine Bolschewisierung Mitteleuropas"[291]. In der Befürchtung einer kommunistischen Europarevolution nach Hitlers Sturz[292] hielten führende Sozialdemokraten eine Ostorientierung der deutschen Außenpolitik für fatal und plädierten für eine Annäherung an die westlichen Demokratien. Ähnlich wie der Intensitätsgrad der Ostorientierung die Linkssozialisten zunehmend spaltete, konnten sich die Sozialdemokraten nicht auf eine einheitliche Westannäherung verständigen. Geyer und Stampfer propagierten offen eine Anlehnung an den „westeuropäisch-amerikanische[n] Kulturkreis"[293], wobei Stampfer allein aus taktischen Gründen die behutsame Einbeziehung der Sowjetunion in ein europäisches System der kollektiven Sicherheit empfahl[294]. In einem ähnlichen

[288] DERS., Totaler Chock. Rafft sich Europa auf?, in: SW, 13. Jg., H. 12 (25. 3. 1938), S. 267: „Ein Bekenntnis Englands zur kollektiven Sicherheit, und zwar ein von Taten begleitetes, würde geradezu Wunder wirken."

[289] Dierksen [d. i. Auerbach] an Eichler, 3. 4. 1938, S. 3, AsD, Bestand IJB/ISK, Box 35.

[290] Vgl. C. G[EYER], Der Kurs der deutschen Opposition, in: NV, Nr. 309 (21. 5. 1939), S. 1 f. (1).

[291] Rinner an Wilhelm Sollmann, 20. 7. 1939, AsD, Bestand PV-Emigration Sopade, Rinner-Korrespondenz, M. 34. In Verkennung der tatsächlichen weltpolitischen Machtverhältnisse betrachtete Rinner jedoch Großbritannien noch immer als den einzigen Adressaten solcher Vorschläge.

[292] Vgl. z. B. Fritz Tarnow in der PV-Sitzung vom 26. 4. 1939, Protokoll der Sopade-PV-Sitzung vom 26. 4. 1939, abgedruckt in: BUCHHOLZ, ROTHER (Hg.), Parteivorstand, Dok. Nr. 146, S. 369: „Meine große Sorge ist das Verhalten der Kommunisten bei Kriegsende. Ich fürchte, daß Rußland zwar nicht die Weltrevolution, wohl aber die Kontinental-Europa-Revolution im Augenblick des Zusammenbruchs Hitlers erzwingen will."

[293] F. ST[AMPFER], Nochmals Versailles, in: NV, Nr. 309 (21. 5. 1939), S. 3.

[294] Stampfer in der PV-Sitzung vom 26. 4. 1939, Protokoll der Sopade-PV-Sitzung vom

Sinn forderte Hilferding eine rückhaltlose Unterstützung Englands und Frankreichs als „Vorkämpfer [...] der Kulturentwicklung"[295].

Der Chefredakteur der *Neuen Weltbühne*, Hermann Budzislawski, nahm eine abwartende Haltung ein. Soweit es sich im Augenblick übersehen lasse, würden sich in einem künftigen System kollektiver Sicherheit die beiden Westmächte mit dem Materiallieferanten USA in der zweiten Linie einerseits sowie Polen und Rumänien mit dem russischen Kriegspotential im Rücken andererseits gegenüberstehen: „[Bleibt die Frage], wie intensiv sich die ‚Großmächte der zweiten Linie', Amerika und die Sowjetunion, an den militärischen Maßnahmen beteiligen werden."[296] Mit wenigen Worten hatte Budzislawski die letztlich ausschlaggebende Ost-West-Konfrontation skizziert und zwischen den Zeilen die Gefahr einer Spaltung Europas erkennen lassen.

Die Ignoranz der SAP-Führung und anderer Sozialisten gegenüber einem spezifisch europäischen Sozialismus stieß auf die scharfe Kritik von Heinz Kühn, der das Eintreten für einen unmittelbar globalen Sozialismus als „farblosen Weltrepublikanismus" ablehnte[297] und sich für eine klare europäische Ausrichtung des internationalen Sozialismus aussprach. Kühn forderte eine „europäische Neuordnung aus sozialistischem Geist"[298], um die verpaßten Chancen nun nachzuholen. In einem ähnlichen Sinn forderte Schifrin die europäische sozialistische Bewegung auf, europäisch und machtpolitisch denken und handeln zu lernen[299]. Sowohl Kühn als auch Schifrin ergänzten mit ihren Stellungnahmen jedenfalls faktisch Geyers Entwurf einer europäischen Demokratie in europäischer Freiheit.

Für das bürgerliche Lager nahm der Gedanke der christlich-abendländischen Wertegemeinschaft die Funktion der europäischen Integrationsidee wahr. Die Legitimation einer gezielt gegen den Osten gerichteten Abgrenzung des christlich-abendländischen Raumes basierte nicht nur auf einem traditionellen Kulturbewußtsein, sondern auch auf einem strikten Antikommunismus. Mit persönlicher Abscheu sprach Leopold Schwarzschild von der „Bolschewisterei" als „Ur-Syphilis", die die „Folge-Syphilis" des Faschismus

26. 4. 1939, abgedruckt in: BUCHHOLZ, ROTHER (Hg.), Parteivorstand, Dok. Nr. 146, S. 371 stellte Stampfer daher klar: „In meiner Stellung zu den Kommunisten unterscheide ich mich in taktischer Beziehung von meinen Kollegen, ohne daß ich deshalb weniger entschiedener Antibolschewist bin als die anderen."

295 KERN [d. i. Hilferding], Die Krönung des Verrats. Stalin als militärischer Bundesgenosse Hitlers, in: NV Nr. 327 (24. 09. 1939), S. 4.

296 BUDZISLAWSKI, Weltkrieg oder Kapitulation, in: Die neue Weltbühne, XXXV. Jg., Nr. 14 (6. 4. 1939), S. 413–420 (418).

297 FRANS [d. i. Kühn], Zur Krise des Internationalismus, in: SW, 13. Jg., H. 51 (23. 12. 1938), S. 1215–1219 (1216).

298 Ibid. S. 1218. Zur Person Heinz Kühns vgl. neuerdings Düding, Heinz Kühn 2002.

299 Vgl. SCHIFRIN, Krieg oder Weltkoalition?, in: Die Zukunft, Jg. I, Nr. 1 (12. 10. 1938), S. 15.

und Nazismus nach sich gezogen habe[300]. Dies um so mehr, als man der Ansicht war, die reale Bedeutung Rußlands als Militär- und Wirtschaftsmacht sei in letzter Zeit ungeheuerlich übertrieben worden[301]. Dem Antikommunismus lag eine grundsätzliche Antipathie gegenüber dem asiatischen Raum zugrunde, die ein anonymer Verfasser im *Deutschen Freiheitsbrief* der DFP historisch zu erklären suchte: „Es war des deutschen Reiches Verhängnis von Anbeginn, daß es nicht vom kulturellen Westen her fundamentiert und aufgebaut worden ist, sondern daß es aus dem wesensfremden Osten Geist und Gepräge erhielt."[302] So erschien der Kommunismus als Ausprägung einer wesensimmanenten Gegensätzlichkeit zwischen Ost und West. Angesichts der Doppelgefahr durch Kommunismus und Faschismus in Europa, die man nach dem Münchner Abkommen um so drohender wahrnahm, stellte *Das Wahre Deutschland* die bange Frage: „Wann wird Europa wieder die Heimat christlicher Kultur und Gesittung werden? Wann werden die Völker das – heute geschändete – Recht wieder auf seinen Thron erheben?"[303]

Das Motiv der zweiseitigen Zwangslage zwischen Bolschewismus und Faschismus erinnert an Strassers Theorie der Dritten Front. In konsequenter Anwendung der völkischen Idee glaubte der exilierte Nationalsozialist Strasser an einen organischen Aufbau internationaler Institutionen und verfocht die These, daß ein Staatenbund ebenso auf dem äquivalenten Kulturkreis basieren müsse wie der Staat auf der Nation[304]. Grundelement dieser Anschauung war die Familie als kleinste völkische Einheit, über die sich der Staat, der Staatenbund und schließlich der Völkerbund als Wahrer der Menschheitskultur wölbe. Dahinter stand auch bei Strasser eine durch Negativabgrenzungen umrissene Vorstellung vom christlichen Abendland als Bollwerk gegen innereuropäische und äußere Destruktionsbestrebungen.

Nach „München" sah der Publizist Leopold Schwarzschild die Westmächte als nachhaltig geschwächt an[305]. Insbesondere Frankreich war seiner Ansicht nach nicht mehr in der Lage, die ihm ursprünglich zugedachte europäische Führungsrolle zu übernehmen. In Betracht komme nur noch Großbritannien, das eine europäische Anti-Hitler-Koalition herbeiführen könne. Insofern stimmte Schwarzschild mit der gewandelten Position des ISK überein.

Obwohl die Idee des abendländischen Kulturkreises als europäisches Identifikationsmerkmal doch vorrangig eine Domäne der liberalen und konservativen Emigration war, fand sie auch in sozialdemokratischen Kreisen

[300] SCHWARZSCHILD, Das zweite Brest-Litowsk, in: NTB, 7. Jg., H. 35 (26. 8. 1939), S. 825–827 (826).
[301] Ibid.
[302] [o. T.], in: Deutscher Freiheitsbrief, Nr. 37, o. D. [April 1938], S. 1–4 (3).
[303] Europas schwarzer Tag, in: Das Wahre Deutschland (Oktober 1938), S. 3.
[304] STRASSER, Masaryk 1938, S. 165.
[305] Vgl. SCHWARZSCHILD, Bilanz nach München, in: NTB, 6. Jg., H. 41 (8. 10. 1938), S. 971.

Anhänger. So betonte Anna Siemsen die kulturelle Identität Europas stärker als die Gemeinsamkeiten der europäischen Arbeiterbewegung. Und der Pazifist Max Barth, der hauptsächlich mit sozialdemokratischen Exilorganisationen in Verbindung stand[306], betrachtete den Nationalsozialismus als Derivat östlich-asiatischen Einflusses und hoffte, „daß [...] in Deutschland die Herrschaft des abendländischen Geistes und der abendländischen Prinzipien, zu denen unter anderem Humanitarismus, Individualismus, Demokratismus gehören, gesichert wird anstelle der jetzt herrschenden östlichen Ideologie und der asiatischen Herrschaftsprinzipien"[307]. Folgerichtig warnte er vor der Vernichtung Deutschlands durch die Alliierten, weil ein solches Vorgehen eine Fortsetzung der Politik Hitlers wäre, „nämlich die Auslieferung Europas an den Osten"[308].

*Europas Eigenständigkeit* Nur wenige Emigranten formulierten schon 1938/39 das Ziel der politischen Eigenständigkeit Europas zwischen dem westlichen und dem östlichen Einflußgebiet. In dieser Diskursphase entsprangen solche Überlegungen in der Regel eher dem Kreis des europäischen Sozialismus. Zu nennen ist hier zunächst Alexander Schifrin. Schifrin, der sich mit unverändertem Engagement für die europäische Idee einsetzte, hatte früh die Gefahr einer Spaltung des europäischen Kontinents vorhergesehen und lehnte entschieden eine engere Zusammenarbeit mit dem Westen ab. Wie bereits erläutert hatte sich Schifrin bereits 1934, also lange vor den ersten Moskauer Prozessen, ebenso entschieden gegen eine europäische Ausrichtung gen Osten ausgesprochen. Seine Grundidee eines harmonischen Ausgleichs zwischen Ost und West, eines Brückenschlages zwischen London, Paris und Moskau unter späterer Einbeziehung Deutschlands hatte durch das Münchner Abkommen jedoch einen schweren Rückschlag erlitten[309]. Doch schon Ende 1938 hatte er seine Zuversicht wiedergewonnen und artikulierte

[306] Erst vor der Bundestagswahl 1969 trat Barth schließlich in die SPD ein, da „es jetzt auf jede Stimme ankommt"; zit. n.: BARTH, Flucht in die Welt 1986, S. 283.

[307] Barth, Diskussion des nationalen Problems, o. D. [August 1939], ANF, F7 15123, M. B. Es sei darauf hingewiesen, daß sich die von Barth empfundene Bedrohung des eigenen Wertesystems durch den östlichen, insbesondere den asiatischen Einfluß in dem bekannten Zehn-Punkte-Katalog der Berliner Untergrundgruppe von Neu Beginnen wiederfindet – Brill et al., Erläuterung der „Zehn Punkte", Februar 1938, abgedruckt in: LIPGENS (Hg.), Föderationspläne 1968, Dok. Nr. 25, S. 103: „[Die Europäer seien vor die Frage gestellt:] Wollt Ihr durch Selbstzerfleischung dazu beitragen, daß Europa in dreißig, fünfzig oder hundert Jahren von den Völkern Asiens aus der Geschichte verdrängt ist? Wem die europäische Kultur etwas wert ist – und wem könnte sie gleichgültig sein? – kann darauf nur mit Nein antworten. Also darf man nicht nur von Europa reden, man muß es organisieren."

[308] Barth, Diskussion des nationalen Problems, o. D. [August 1939], ANF, F7 15123, M. B.

[309] Vgl. SCHIFRIN, Krieg oder Weltkoalition?, in: Die Zukunft, Jg. I, Nr. 1 (12. 10. 1938), S. 15f.

die politische Hoffnung, „daß England und Frankreich durch die Sowjetunion und die Vereinigten Staaten flankiert werden können“[310].

In einem Richtlinienentwurf bemühte sich auch die Gruppe Neu Beginnen um eine Legitimation der politischen Eigenständigkeit Europas. Es wurden Zweifel erhoben, ob allein die revolutionäre Kraft eines europäischen Sozialismus ausreiche, um das unveränderte Fernziel der Weltrevolution herbeizuführen[311]. In diesem Kreis betrachtete man die europäische Einigung als ein notwendiges Zwischenstadium, dessen Legitimität als selbstständiges Ziel keineswegs aufgegeben wurde[312]. Da eine europäische Neuordnung nur sozialistisch denkbar sei[313], komme eine Zusammenarbeit mit den imperialistischen Mächten des Westens nur für die Dauer des Kampfes gegen den Faschismus in Betracht. Langfristig setzte sich Neu Beginnen für die eigene Unabhängigkeit zwischen West und Ost ein, gerade weil die Linkssozialisten frühzeitig die entscheidende Rolle der Weltmächte USA und UdSSR erkannt hatten[314]. Aus ideologischen Gründen hielt man dennoch an der inneren Verbundenheit mit der UdSSR fest. Nicht zuletzt daher erklärt sich die strikte Ablehnung einer führenden Rolle Großbritanniens in Europa. Man befürchtete einen Ausverkauf der Freiheit und Unabhängigkeit der kleineren europäischen Staaten zum Vorteil des „englischen Imperialismus“[315] und verwies auch nach dem Münchner Abkommen – im Gegensatz zu Eichler – unverändert auf einen deutsch-französischen Ausgleich als Kern jeder kontinentalen Neuordnung.

[310] DERS., Friedenspolitik ist Weltpolitik. Die Lehre des Jahres 1938, in: Die Zukunft, Jg. I, Nr. 11 (23. 12. 1938), S. 2. Vgl. auch DERS., Zwei gemeinsame Aufgaben, in: Die Zukunft, Jg. II, Nr. 23 (9. 6. 1939), S. 4: „Der anglo-französisch-sowjetrussische Block bildet eine mächtige Grundlage für die Verteidigung Europas. Die Zukunft Europas wird gesichert werden, wenn es gelingt, die Kräfte der europäischen Demokratie und der deutschen Opposition zusammenzuführen und ihre Zusammenarbeit auf lange Sicht zu organisieren.“

[311] Richtlinien-Entwurf: Die deutsche sozialistische Arbeiterbewegung und der kommende Krieg, Ausarbeitung o. V., o. D. [Frühjahr 1939], IISG, Coll. Neu Beginnen, M. 30, Bl. 17f.

[312] Kriegsaufgaben der deutschen Sozialisten, in: SIB, Nr. 40 (15. 8. 1938), S. 8–13 (10).

[313] Entscheidungskampf um die Tschechoslowakei, in: SIB, Nr. 36/37 (10. 5. 1938), S. 2.

[314] Vgl. Großdeutschland – Und was weiter?, in: SIB, Nr. 35 (15. 3. 1938), S. 10, sowie: Kriegsaufgaben der deutschen Sozialisten, in: SIB, Nr. 40 (15. 8. 1938), S. 8–13 (13). LIPGENS, Anfänge 1977, S. 55, ist der Auffassung, das Ziel der politischen Eigenständigkeit Europas sei erst gegen Ende des Krieges formuliert worden, zumal es ein „machtpolitisch zu mißverstehende[s] Argument“ für die europäische Einigung sei. Demgegenüber belegen die Stellungnahmen von Neu Beginnen und Schifrin, daß eine selbständige Position Europas im globalen Machtgefüge durchaus früher erörtert wurde.

[315] Die Vollstreckung von München – der Anfang vom Ende?, in: SIB, Nr. 45 (Anfang April 1939), S. 6; vgl. ferner: Zur Internationalen Lage nach der Annexion Österreichs, Entwurf o. V., diktiert Ende März 1938, IISG, NL Hertz, S11, M. T, Nr. 1, Bl. 3.

2.1.3. Europäische Institutionen

Fragen der Institutionalisierung der angestrebten Vereinigung Europas wurden in diesem recht frühen Stadium des Europadiskurses kaum behandelt – sieht man von einigen zumeist pauschalen Rückgriffen auf ältere Vorschläge einer Neuauflage des Völkerbundes oder nebulösen Verweisen auf die „Vereinigten sozialistischen Republiken der Welt" ab. In dieser Diskursphase konnte die Frage nach gemeinsamen europäischen Institutionen und einer langfristigen Verankerung der europäischen Zielsetzungen auch noch gar nicht im Vordergrund stehen, da zuvor das staatsphilosophische Problem des Stellenwertes der Nation geklärt und die damit verbundenen Zweifel am Wert der Souveränität diskutiert werden mußten.

Doch mit der Intensivierung des Europadiskurses stand auch die Frage nach dem strukturellen Ordnungsprinzip eines vereinigten Europas im Raum. Erheblichen Diskussionsbedarf wiesen die Frage nach einer Verbesserung des Völkerrechts, insbesondere die mögliche Einschränkung des Selbstbestimmungsrechts der Völker, sowie die Frage des Föderalismus als angestrebtes Strukturprinzip auf. Diese beiden Grundfragen wurden kontrovers diskutiert, wobei nach dem jeweiligen Integrationsgrad drei grundlegende Ansichten unterschieden werden können: die radikale Auffassung eines modifizierten, auf die europäischen Bedürfnisse anwendbaren Völkerrechts im Sinne einer integrationsstarken Föderation mit konsequenter Beschneidung des nationalen Selbstbestimmungsrechts, die gemäßigte Variante einer bloßen Konföderation ohne starke Zentralgewalt und die im Kern antiföderalistische Ansicht einer strikten Beibehaltung des Selbstbestimmungsrechts und einer Rückkehr zur nationalstaatlichen „balance-of-power"-Politik.

Einige politische Flüchtlinge widmeten sich schon früh der grundsätzlichen Bedeutung des Völkerrechts als Mittel zur Lösung anstehender europäischer Probleme. Insoweit konnte zunächst auf die konkreten Erfahrungen des Völkerbundes zurückgegriffen werden, dessen Schwächen eine grundlegende Verbesserung der völkerrechtlichen Standards nahelegten.

Stein des Anstoßes war vor allem das bisher tragende völkerrechtliche Prinzip des Selbstbestimmungsrechts der Völker bzw. dessen negatives Pendant, das Nichteinmischungsprinzip – Grundsätze, die auf dem Gedanken der absoluten Staatssouveränität beruhen. Grundvoraussetzung jeder über eine traditionell machtpolitische Kooperation hinausgehenden Staatenstruktur ist folglich die Einschränkung der Staatssouveränität, um der übergeordneten Gesamtkonstruktion überhaupt einen gewissen Handlungsspielraum einzuräumen. Hieran wird deutlich, daß es sich bei den Fragen eines modifizierten Völkerrechts und einer föderalistischen Staatenordnung um die völkerrechtlichen Bezüge der eingangs analysierten Diskussion um den künftigen Stellenwert der nationalen Souveränität handelt.

Der Gedanke der Föderation bildete die Nahtstelle zwischen staatsrechtlicher und völkerrechtlicher Souveränitätsbeschränkung einerseits und politischer Einigungsbestrebung andererseits. Je weiter der Europadiskurs fort-

schritt, desto deutlicher war zu erkennen, daß der Föderalismus als völkerrechtliches Ordnungsprinzip nicht nur ein mögliches Instrumentarium zur Umsetzung der europäischen Neugestaltung war, sondern zugleich als Gegenkonzept zum Nationalismus entwickelt wurde. Je deutlicher die Kritik am omnipotenten Nationalstaat ausfiel, desto nachdrücklicher wurde eine europäische Föderation mit starken Exekutivbefugnissen gefordert. Von denjenigen, die an einer im wesentlichen uneingeschränkten Souveränität festhielten, wurde der föderale Gedanke auf europäischer Ebene jedoch abgelehnt, da er die Mitgliedstaaten einem äußeren, der nationalen Regelungskompetenz entzogenen Machtfaktor unterwarf[316].

*Föderalismus: ein Völkerrecht für Europa* Diejenigen Emigranten, die in der bloßen Wiederherstellung des alten intergouvernementalen Systems kollektiver Sicherheit keine Zukunft sahen und eine Institutionalisierung des Friedens und der Sicherheit in Europa für unerläßlich erachteten, redeten einem neuen Völkerrecht das Wort. Auf der Grundlage nationaler Souveränitätsbeschränkung sollten allgemeinverbindliche Normierungen staatlichen Handelns völkerrechtlich festgeschrieben werden. Dies hätte eine wesentliche Beschneidung des Selbstbestimmungsrechts der Völker und eine völkerrechtliche Relativierung des Nichteinmischungsprinzips bedeutet. Für die europäischen Einigungsbestrebungen machte dies die Errichtung einer europäischen Föderation mit einer starken Zentralgewalt notwendig. Die Anhänger dieser progressiven Tendenz fanden sich in allen politischen Lagern. Sie einte nicht nur die gemeinsame Auffassung, daß der Völkerbund versagt

316 Eine institutionalisierte Form staatlicher Zusammenarbeit, die den Mitgliedstaaten die Übertragung staatlicher Regelungs- und Handlungskompetenzen auf die Staatengemeinschaft abverlangt, ist notwendig eine Föderation. Doch ist nicht zu leugnen, daß sich der Begriff der Föderation in den Jahren zwischen 1933 und 1945 gerade für die europäischen Widerstandsgruppen zu einem überstrapazierten, häufig falsch verstandenen Modebegriff entwickelte, dessen eigentlichem Inhalt die jeweiligen Konzeptionen oft nur bedingt gerecht wurden. Aus zeitgenössischer Sicht artikulierte Mary Saran diese Kritik an der begrifflichen Ungenauigkeit: „The terms Federation and Confederation are at present being used confusedly to mean the same thing. Federation in the strict sense implies that national sovereignty has gone and been replaced by a common federal government with certain defined powers. The regional groups of states envisaged by the Benes Plan and the Eastern and South-Eastern Blocs imply no abolition of national sovereignty and should really be called Confederations."
Der Völkerrechtler BÜLCK, Föderalismus 1964, passim, unterscheidet drei je ein Jahrhundert kennzeichnende Spielarten des Föderalismus als internationales Ordnungsprinzip: die dynastische Föderation des 18. Jahrhunderts, die nationale Föderation des 19. Jahrhunderts und die funktionale Föderation des 20. Jahrhunderts. Erst nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges sollte sich die funktionale Föderation durchsetzen, deren Errichtung 1919 an einem noch zu starken nationalen Widerstand gescheitert war. Das diesem neuartigen Föderalismuskonzept zugrunde liegende völkerrechtliche Strukturelement der Supranationalität findet sich, wie zu zeigen sein wird, schon in zahlreichen Überlegungen des deutschen Exils und des europäischen Widerstandes.

hatte, sondern auch der gemeinsame Wille, nach Überwindung des nationalsozialistischen Regimes ein neues Deutschland in eine föderative europäische Ordnung zu integrieren.

Seit dem Münchner Abkommen wurde intensiver als bisher die Frage diskutiert, warum die Ansätze einer kollektiven Friedensorganisation in der Zwischenkriegszeit versagt hatten. Meist wurden zwei Hauptgründe genannt[317]: Zunächst sei der Völkerbund zur Kriegsprävention gar nicht in der Lage gewesen, da er als völkerrechtliche Verbindung souveräner Staaten gegründet worden sei. Des weiteren habe sein Zwittercharakter den Völkerbund seiner Effizienz beraubt, denn er sei weder dem Universalitätsanspruch gerecht geworden, noch habe er sich konstruktiv an der Lösung der europäischen Probleme beteiligt. Zwar wäre es zu weitreichend, aus diesen Kritikansätzen eine allgemein erkannte „Notwendigkeit supranationaler Autorität" herauszulesen[318], doch umfaßte die kritische Auseinandersetzung mit dem Wirken des Völkerbundes auch die Frage einer starken europäischen Föderativgewalt mit einschneidenden Befugnissen gegenüber den Mitgliedstaaten. Infolgedessen war der Europadiskurs eng mit der Völkerbundsdiskussion verknüpft, die ihn sinnvoll ergänzte[319].

In der Tradition Leonard Nelsons stehend wurde dessen ehemaliger Privatsekretär, Willi Eichler, nicht müde, für die Idee eines pragmatischen Völkerrechts zu kämpfen und geißelte das Prinzip staatlicher Souveränität als „sittlichen Skandal"[320]. Auch der Gewerkschafter Walter Auerbach war der Auffassung, daß die Europäer bei uneingeschränkter Anwendung des Selbstbestimmungsrechts der Völker nicht in der Lage sein werden, die Krisenregion Balkan dauerhaft zu befrieden. Statt einer Auflösung in zahlreiche Nationalstaaten sprach er sich für eine wirtschaftliche Einigung des Balkans aus, die sich unter dem Schutz des Völkerbundes zu einer der Schweiz vergleichbaren Föderation vertiefen sollte[321].

Selbst die stärker dem Nationalstaatsgedanken verpflichtete Sopade betrachtete das Selbstbestimmungsrecht der Völker als ein nationalistisches Instrument, das keine sozialdemokratische Forderung sein könne[322]. Mit Blick

317 Vgl. die gelungene Zusammenfassung bei LIPGENS, Anfänge 1977, S. 48.

318 So aber LIPGENS, Anfänge 1977, S. 48.

319 Dagegen vertritt HOLL, Europa des pazifistischen Exils 1992, S. 277 die Ansicht, die Völkerbunddiskussion sei seit Beginn des Krieges völlig von der Diskussion um die Zukunft Europas verdrängt worden. Dem steht jedenfalls die Tatsache entgegen, daß die überwiegende Mehrheit der europäisch denkenden Emigranten eine europäische Föderation im Rahmen eines modifizierten Völkerbundes befürwortete. Zustimmend VOIGT (Hg.), Friedenssicherung 1988, S. 16–19, insb. S. 18.

320 HART [d. i. Eichler], Furor teutonicus, in: SW, 13. Jg., H. 11 (18. 3. 1938), S. 242.

321 Dierksen [d. i. Auerbach] an Eichler, 3. 4. 1938, S. 2, AsD, Bestand IJB/ISK, Box 35.

322 Hilferding fragte sich auf einer Vorstandssitzung im Juli 1939, „welchen Grund wir als Sozialisten haben, dafür einzutreten, daß alles, was deutsch spricht, in einem Staat vereinigt sei"; Protokoll der Sopade-PV-Sitzung vom 21. 7. 1939, abgedruckt in: BUCHHOLZ, ROTHER (Hg.), Parteivorstand, Dok. Nr. 157, S. 400. Auf dieser Sitzung, die auf den ausdrücklichen Wunsch und in Anwesenheit des sudetendeutschen Sozialdemo-

auf den Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund sekundierte Rinner, daß das Selbstbestimmungsrecht einem Volk zwar das Ausscheiden aus einem Staatenverband ermögliche, über einen Wiedereintritt aber nicht allein entschieden werden könne[323]. Folglich sei das Selbstbestimmungsrecht politisches Blendwerk. Notwendig sei ein von den Sozialdemokraten schon zuvor gefordertes internationales Recht, das nicht nur die Gebote der Vertragstreue und der Menschlichkeit zu berücksichtigen habe[324], sondern auch einen effektiven Minderheitenschutz[325].

Das SAP-Mitglied Eugen Brehm rückte der sozialdemokratischen Position recht nahe, indem er ebenfalls einen neuen Völkerbund verlangte und davor warnte, daß das den Völkerbund tragende völkerrechtliche Prinzip durch die Schwächen der Organisation zu Unrecht diskreditiert werden könnte[326]. Brehms detaillierter Trilogie „Bemerkungen zur Außenpolitik" lag die Auffassung zugrunde, daß sich der zu erwartende Krieg primär als ideologischer Konflikt zwischen dem imperialistischen Gewaltprinzip und dem sozialistisch definierten Völkerrechtsprinzip darstellen werde[327]. Dieser „Kampf der Geister" werde dem deutschen Sozialismus die Gelegenheit bieten, zum Bannerträger der Völkerrechtsidee aufzusteigen. Langfristig wünschte sich Brehm die Substitution des Gewaltprinzips durch das Rechtsprinzip, indem die nationalen Außenpolitiken dem Völkerrecht untergeordnet würden[328].

Aus der Forderung nach einer Einschränkung des Nationalstaatsgedankens und dessen völkerrechtlicher Legitimation, dem Selbstbestimmungsrecht der Völker, resultierte nahezu zwangsläufig das Postulat einer Föderation, also eines multilateralen Zusammenschlusses mit beschränkter Kompe-

kraten Wenzel Jaksch stattfand, beschäftigte sich die Sopade ausführlich mit der politischen Zukunft Europas.

323 Erich Rinner in der PV-Sitzung vom 21. 7. 1939, Protokoll der Sopade-PV-Sitzung vom 21. 7. 1939, abgedruckt in: BUCHHOLZ, ROTHER (Hg.), Parteivorstand, Dok. Nr. 157, S. 399.

324 Vgl. Stampfer, Deutschland wie es sein soll, 9. 11. 1938, S. 26, AsD, NL Stampfer, Box 9, M. 46.

325 Vgl. Hilferding, Vorschlag Hilferding, o. D. [Juli 1939], S. 1, AsD, Bestand PV-Emigration Sopade, M. 79.

326 HERB [d. i. Brehm], Bemerkungen zur Außenpolitik (I), in: SW, 13. Jg., H. 40 (7. 10. 1938), S. 954. Brehm hielt der SPD vor, seit dem Heidelberger Programm weder das politische Schlagwort der „Vereinigten Staaten Europas" definiert noch sich mit den brennendsten Fragen einer solchen Konstruktion – nationale Binnengrenzen, Einheits- oder Föderalstaat, kulturelle Identität, Realisierungschancen – auseinandergesetzt zu haben; vgl. DERS., Bemerkungen zur Außenpolitik (II), in: SW, 13. Jg., H. 41 (14. 10. 1938), S. 977.

327 Ibid. S. 979.

328 Vgl. HERB [d. i. Brehm], Bemerkungen zur Außenpolitik (I), in: SW, 13. Jg., H. 40 (7. 10. 1938), S. 956. In einem Thesenentwurf zur künftigen deutschen Außenpolitik formulierte Brehm: „Deutschland [...] bekennt sich zum Prinzip des Völkerrechts, das für alle Staaten der Erde gleichermaßen verbindlich sein soll."; HERB [d. i. Brehm], Bemerkungen zur Außenpolitik (III), in: SW, 13. Jg., H. 42 (21. 10. 1938), S. 1006f.

tenzübertragung auf eine gemeinsame Bundesgewalt. Seine Protagonisten erachteten daher eine europäische Föderation als Endpunkt völkerrechtlicher Modifizierungen. Andere Stimmen sahen das Projekt eines geeinten sozialistischen Europas lediglich als Transitorium zu den „Vereinigten sozialistischen Republiken der Welt" an[329].

Unter den Stellungnahmen für eine Föderation der europäischen Staaten überwog die Konstellation eines europäischen Staatenbundes als Regionalorganisation des Völkerbundes. Der bemerkenswerteste Beitrag zum Europadiskurs der Jahre 1938/39 stammt von Eugen Brehm, der als einer der ersten Exilanten bereits im Jahre 1938 ein detailliertes und pragmatisch angelegtes Programm für eine gezielt eurozentrische Außenpolitik des neuen Deutschlands entwickelte[330]. Das eigenwillige Mitglied der SAP verstand sein Europakonzept als konkreten Gegenentwurf zu Hitlers hegemonialer Mitteleuropakonzeption[331] und als Substitution des überholten Ansatzes kollektiver Sicherheit, der mit dem Einmarsch in die Tschechoslowakei im März 1939 endgültig versagt habe[332]. Während der erneuerte Völkerbund als Garant des Völkerrechts alle rechtstreuen Staaten der Welt umfassen sollte, konzipierte Brehm zur Lösung regionaler Fragen einen „Europäischen Staatenbund", der „als europäische Kollektivorganisation ein Bestandteil des planetaren Bundes werden soll"[333]. Notfalls müsse dieser Europäische Staatenbund schrittweise durch die Errichtung regionaler Teilföderationen herbeigeführt werden. Die Mitgliedschaft sollte allen europäischen Staaten offenstehen, soweit sie sich dem internationalen Rechtsgedanken verpflichtet fühlten – aber auch den im Nordwesten, Osten und Südosten Europas angrenzenden Staaten, denn Europa habe keine eindeutig bestimmbare geographische Form[334].

In ausführlichen Detailstudien legte Brehm einen Kompetenzkatalog der europäischen Zentralgewalt vor, der von der schrittweisen Einführung einer europäischen Planwirtschaftsunion mit gemeinsamer Währung über die verbindliche Schlichtung innereuropäischer Konflikte durch ein Schiedsgericht bis zu einer gemeinsamen Außenpolitik mit einem europäischen Bundesheer reichte, wobei das *ius belli ac pacis* beim Bund liegen müsse[335]. In organisatorischer Hinsicht sah der Entwurf zunächst drei Organe vor: einen „Europäischen Bundesrat" als Vertretung der Völker und ethnischen Minderheiten,

329 Erklärung der SAP, in: Die Neue Front, 6. Jg., Nr. 10 (Oktober 1938), Beilage „Zur Kriegsfrage", S. 1.
330 HERB [d. i. Brehm], Bemerkungen zur Außenpolitik (III), in: SW, 13. Jg., H. 42 (21. 10. 1938), S. 1006–1008.
331 Vgl. DERS., Bemerkungen zur Außenpolitik (II), in: SW, 13. Jg., H. 41 (14. 10. 1938), S. 979.
332 Vgl. DERS., Abschied von der Tschechoslowakei, in: SW, 14. Jg., H. 14 (7. 4. 1939), S. 342.
333 DERS., Bemerkungen zur Außenpolitik (III), in: SW, 13. Jg., H. 42 (21. 10. 1938), S. 1007.
334 Ibid.
335 Ibid. S. 1007f.

ein „Europäisches Zentralamt" als Exekutive und außenpolitische Koordinationsstelle sowie ein „Europäisches Kolonialamt" für die Verwaltung des gemeinsamen Kolonialbesitzes.

In vielen Punkten stimmte Brehms detailreiche Konzeption mit den Vorstellungen Friedrich Stampfers überein, ohne daß Stampfer zu diesem Zeitpunkt ein vergleichbar ausgearbeitetes Gesamtkonzept bieten konnte. Stampfer, der sich in den 20er Jahren der Paneuropa-Bewegung Coudenhove-Kalergis angeschlossen hatte, forderte wie Brehm eine europäische Sektion des erneuerten Völkerbundes[336], die er in einem internen Papier nur als „erste Entwicklungsform der Vereinigten Staaten von Europa" bezeichnete[337]. Deren Beitrittsbedingungen sollten die „einfachsten Grundsätze des modernen bürgerlichen Rechtsstaates, [nämlich] Freiheit der Persönlichkeit, der Meinungsäußerung, des Wahlrechts" sein[338].

Im Vorstand der Sopade traf Brehms Vereinnahmung des Völkerbundgedankens für die sozialistische Bewegung insbesondere auf Geyers Zustimmung. In bezeichnender Diktion stellte Geyer im *Neuen Vorwärts* die an die sowjetfreundlichen Linkssozialisten gerichtete rhetorische Frage: „Und nun sollen wir für die Zeit nach dem Sturze Hitlers uns auf das Bündnis mit Sowjetrußland orientieren und nicht auf die Grundideen des Völkerbundpaktes?"[339] Erwartungsgemäß betrachtete Geyer das „Prinzip der europäischen Freiheit" als Grundlage des vereinigten Europas[340] und forderte „kaum mehr sichtbare Grenzen" in Europa[341].

Im Gegensatz zu Stampfer und Geyer beschränkte sich der übrige Sopade-Vorstand in dieser Phase des Diskurses darauf, die von Geyer aufgeworfenen Schlagworte der „europäischen Demokratie" und der „europäischen Freiheit zu penetrieren[342] und sich im übrigen auf den europapolitischen Lorbeeren

336 Vgl. Stampfer, Deutschland wie es sein soll, 9. 11. 1938, S. 28, AsD, NL Stampfer, Box 9, M. 46; erneut: ders., Vorschlag Stampfer, o. D. [Sommer 1939], S. 5, AsD, Bestand PV-Emigration Sopade, M. 178.

337 Stampfer, Vorschlag Stampfer, o. D. [Sommer 1939], S. 4, AsD, Bestand PV-Emigration Sopade, M. 178.

338 Ibid. Im Manuskript Deutschland wie es sein soll, 9. 11. 1938, AsD, NL Stampfer, Box 9, M. 46, S. 26 nennt Stampfer des weiteren die Gebote des internationalen Rechts, der „Menschlichkeit" und den römischrechtlichen Grundsatz der Vertragstreue.

339 C. G[EYER], Der Kurs der deutschen Opposition, in: NV, Nr. 309 (21. 5. 1939), S. 1 f. (2).

340 Ibid. S. 1.

341 Curt Geyer in der PV-Sitzung vom 21. 7. 1939, Protokoll der Sopade-PV-Sitzung vom 21. 7. 1939, abgedruckt in: BUCHHOLZ, ROTHER (Hg.), Parteivorstand, Dok. Nr. 157, S. 400.

342 Den Begriff der „europäischen Demokratie" hatte Geyer schon 1935 in einem Aufsatz entwickelt, vgl. KLINGER [d. i. Geyer], Völkerbund gegen Faschismus. Die Internationale und die europäische Demokratie, in: NV, Nr. 123 (20. 10. 1935), S. 1 f. Die terminologische Erweiterung zum „Prinzip der europäischen Freiheit" folgte unter der seit „München" gesteigerten Befürchtung eines Europas unter dem Hakenkreuz, vgl. C. G[EYER], Der Kurs der deutschen Opposition, in: NV, Nr. 309 (21. 5. 1939), S. 1.

des Heidelberger Programms von 1925 auszuruhen. Erst im Juli 1939 begann im Ansatz eine Erörterung der sozialdemokratischen Europakonzeption. Im Nachgang zu den ersten beiden Sitzungen warnte Erich Rinner in einem privaten Brief an Sollmann davor, Deutschland ohne ein adäquates Gegengewicht in einen mitteleuropäischen Staatenbund zu integrieren, denn das wirtschaftliche und politische Übergewicht Deutschlands würde den föderalen Charakter eines solchen Konstruktes faktisch aufheben[343].

Auf Anregung Stampfers arbeitete das nicht stimmberechtigte Vorstandsmitglied Hilferding noch im Juli 1939 ein Dispositionspapier zu den außenpolitischen Positionen der Sopade aus. Er formulierte die Einsicht, daß internationale Kooperation nicht ohne permanente internationale Institutionen auskomme und betonte erneut die Notwendigkeit eines modifizierten Völkerbundes mit einer europäischen Sektion[344]. Es erstaunt nicht, daß Hilferdings Entwurf kein Wort über die künftige Rolle Deutschlands verliert, da das Papier als Antwortschreiben an britische Sozialisten gedacht war und außenpolitische Umsicht zur Vermeidung von Mißverständnissen – auch im Hinblick auf den Vansittartismus – erforderlich erschien.

Seit dem Münchner Abkommen vertrat der Vorstand der Sopade mehrheitlich die These vom Krieg gegen Hitler und setzte sich in Abkehr von früheren Überzeugungen für eine internationale Aufrüstung der antifaschistischen Front ein, um dem nationalsozialistischen Terror ein Ende zu bereiten. Vor diesem Hintergrund wirken Hilferdings Worte wie aus einer längst vergessenen Welt, wenn er seine Partei an alte Überzeugungen erinnerte: „Voraussetzung für die Funktionsfähigkeit des Völkerbundes ist die international kontrollierte Abrüstung."[345] Dennoch ist der Entwurf des sozialdemokratischen Granden von Bedeutung für den Europadiskurs, stellt er doch gerade durch die strenge Ausrichtung an früheren Programmentwürfen der Partei einen der wenigen Beiträge zur Europadiskussion dar, der neben der Friedenssicherung – die auch für Hilferding das Hauptmotiv ist – auch den wirtschaftlichen Aspekt erwähnt und rudimentäre Überlegungen zur Institutionalisierung von Frieden und Wirtschaftskooperation enthält. Hierin wußte er sich einig mit dem Revolutionären Sozialisten Alexander Schifrin, der die fehlende Kopplung von Politik und Wirtschaft im Völkerbund als einen der entscheidenden Strukturmängel kritisierte[346].

Unter dem unmittelbaren Eindruck des Münchner Abkommens skizzierte Anna Siemsen in der *Zukunft* das Ideal einer doppelten Föderalabsiche-

[343] Vgl. Rinner an Sollmann, 20. 7. 1939, AsD, Bestand PV-Emigration Sopade, Rinner-Korrespondenz, M. 34.
[344] Hilferding, Vorschlag Hilferding, o. D. [Juli 1939], S. 1, AsD, Bestand PV-Emigration Sopade, M. 79.
[345] Ibid.
[346] Vgl. SCHIFRIN, Zur Außenpolitik der deutschen Linken, in: Die Zukunft, Jg. I, Nr. 6 (18. 11. 1938), S. 6.

rung[347]. Betrachte man den föderalen Gedanken primär als strukturelles Instrument der langfristigen Friedenssicherung in Europa, sei die Wiedereinführung einer föderalistischen Struktur auf deutscher Ebene notwendige Vorbedingung einer europäischen Föderation. Dahinter stand Siemsens Grundannahme einer gegenseitigen Befruchtung von deutscher und europäischer Kultur, die nur durch eine vorherige Zerschlagung des deutschen Machtstaates, namentlich Preußens wiedererweckt werden könne. Siemsens Credo lautete deshalb: „Kein Viertes Reich! Sondern ein föderalistisches Deutschland innerhalb der Vereinigten Staaten Europas!"[348]

Einen schwierigen Spagat zwischen Nationalstaatsgedanke und Sozialismus versuchte Neu Beginnen. Einige Vertreter der Gruppe skizzierten nach der Annexion Österreichs ein „sozialistisches Großdeutschland" und verlangten vor diesem konkreten Hintergrund die Anerkennung des vollen Selbstbestimmungsrechts der Völker[349]. Zugleich aber wurde ein Entwurf für eine demokratische Föderation der südosteuropäischen Nationen ausgearbeitet. Im Ergebnis zeigte sich Neu Beginnen durchaus überzeugt, daß der Föderalismus ein geeignetes Mittel zur Überwindung des Nationalismus sei und besann sich auf Löwenthals bereits vor 1938 konzipierte „Freie Föderation der europäischen Nationen"[350] innerhalb eines neu zu gestaltenden Völkerbundes.

Mit Blick auf die geplante Zusammenarbeit mit der orthodoxen SAP[351] ließ sich Neu Beginnen in einem Richtlinien-Entwurf vom Frühjahr 1939 dazu verleiten, sich vollends vom Völkerbund zu distanzieren und schlug statt dessen einen „Block sozialistischer Staaten" als Völkerbundsurrogat vor[352]. Die Berliner Gruppe Neu Beginnen formulierte deutlicher als die Exilorganisation den Wunsch nach einer wirklichen Föderation und bekannte sich „zu einem Völkerbund, der keine ausschließliche Souveränität

[347] Vgl. SIEMSEN, Großdeutschland oder Föderation?, in: Die Zukunft, I. Jg., Nr. 2 (21. 10. 1938), S. 7.

[348] Ibid.

[349] Vgl. Richtlinien-Entwurf: Die deutsche sozialistische Arbeiterbewegung und der kommende Krieg, Ausarbeitung o. V., o. D. [Frühjahr 1939], IISG, Coll. Neu Beginnen, M. 30, Bl. 18a. Dagegen findet sich im Nachlaß Paul Hertz' ein Manuskript, das die Annexion Österreichs als „aggressive imperialistische Expansion" verurteilte: Zur Internationalen Lage nach der Annexion Österreichs, Entwurf, diktiert Ende März 1938, IISG, NL Paul Hertz, S11, M. T, NR. 1, Bl. 3.

[350] Entscheidungskampf um die Tschechoslowakei, in: SIB, Nr. 36/37 (10. 5. 1938), S. 2.

[351] Mitte Juli 1939 gaben SAP, NB und die Revolutionären Sozialisten Österreichs (RSÖ) eine gemeinsame Broschüre heraus, die im linkssozialistischen Exil lange nachwirkte: HAGEN [d. i. Frank] et al., Der kommende Weltkrieg 1939.

[352] So die Gruppe Neu Beginnen in dem anonymen Richtlinien-Entwurf: Die deutsche sozialistische Arbeiterbewegung und der kommende Krieg, Ausarbeitung o. V., o. D. [Frühjahr 1939], IISG, Coll. Neu Beginnen, M. 30, Bl. 20.

seiner Mitglieder anerkennt und ein echter Staatenbund ist"[353]. Damit war trotz der irreführenden Bezeichnung „Staatenbund" eine Föderation gemeint.

*Konföderalismus* Für die Vertreter einer konföderalistischen Neuordnung Europas im Sinne eines Staatenbundes hatte Coudenhove-Kalergis Europaentwurf Vorbildfunktion. Coudenhove strebte ein konföderiertes Paneuropa unter Ausschluß Großbritanniens und der Sowjetunion an. Unter Rückgriff auf die schon 1923/24 formulierte paneuropäische Leitlinie gab er 1938 die Schrift „Kommen die Vereinigten Staaten von Europa?" heraus, in der er drei europapolitische Szenarien entwarf: eine enge Bindung an die Sowjetunion, eine nationalsozialistische Hegemonie oder einen Staatenbund auf der Grundlage nationaler Gleichberechtigung nach paneuropäischem Muster[354]. Eine Wiederbelebung des für endgültig gescheitert erklärten Völkerbundes lehnte Coudenhove ab, und die zugrunde liegende Idee eines weltumspannenden Systems kollektiver Sicherheit erklärte er für momentan nicht durchsetzbar. Nur Europa lebe noch im Größenwahn, „die Welt zu beherrschen und darum mit ihr mehr oder weniger identisch zu sein"[355]. Statt dessen sollten die fünf Kontinentalkonföderationen in friedlicher Koexistenz verharren, bis eines Tages die Frage einer Weltunion akut werde[356]. Strukturell sollte Paneuropa einem „European Commonwealth" vergleichbar sein[357], also einem reinen Staatenbund ohne wesentliche Kompetenzübertragungen auf den Bund[358]. In diesem Sinne ist auch Coudenhoves vage Andeutung auf eine „common policy controlling foreign relations, armaments, and economic affairs"[359] zu verstehen: Gemeint war lediglich eine Kooperation in diesen Politikfeldern. Die einzige Neuerung gegenüber der Erstveröffentlichung von 1924 betraf die paneuropäische Rolle Großbritanniens. Hatte Coudenhove Großbritannien unter Verweis auf die zahlreichen außereuropäischen Interessen bisher stets von der Paneuropa-Union ausgeschlossen, konstatierte der zunächst in London ansässige Emigrant nun, daß von Großbritannien „niemand eine [...] Hegemonie befürchten kann". Vielmehr sei Großbritannien prädestiniert, eine Rolle ähnlich der amerikanischen in der Panamerikanischen Union zu übernehmen[360]. Doch ist darin eine bloß vorübergehende

353 Brill et al., Erläuterung der „Zehn Punkte", Februar 1938, abgedruckt in: LIPGENS (Hg.), Föderationspläne 1968, Dok. Nr. 25, S. 104.
354 Vgl. COUDENHOVE-KALERGI, Kommen die Vereinigten Staaten von Europa? 1938, S. 96f.
355 Ibid. S. 102.
356 Ibid. S. 103.
357 COUDENHOVE-KALERGI, Europe must unite 1939, S. 8.
358 So die ausdrückliche Klarstellung COUDENHOVE-KALERGIS, Kommen die Vereinigten Staaten von Europa? 1938, S. 106.
359 DERS., Europe must unite 1939, S. 8.
360 Vgl. DERS., Kommen die Vereinigten Staaten von Europa? 1938, S. 107.

Rücksichtnahme auf die in aller Deutlichkeit erkannten Machtverhältnisse in Europa zu sehen.

Coudenhoves Paneuropa-Idee prägte nicht nur die Mitglieder seiner Bewegung wie Friedrich Stampfer und viele andere prominente Politiker der Weimarer Republik, sondern berührte auch die politische Vorstellungswelt von Nicht-Mitgliedern wie Leopold Schwarzschild, der 1939 an „etwas Paneuropa-Ähnliches" dachte, um der politischen und wirtschaftlichen Notwendigkeit größerer Raumeinheiten gerecht zu werden[361].

*Antiföderalismus* Andere dagegen sahen schon in einer bloßen Rückkehr zum „Europäischen Konzert" eine hinreichende Gewähr für Sicherheit und Frieden, zumal damit das Prinzip der nationalen Souveränität ohne Einschränkungen aufrechterhalten werden könnte. Folgerichtig pochten die Vertreter dieser Auffassung auf die unbedingte Beachtung des Selbstbestimmungsrechts der Völker und weigerten sich, Interventionen anderer Staaten oder gar eines übergeordneten Staatenbundes in die Angelegenheiten eines Mitgliedstaates zuzulassen.

Ein ungenannter Verfasser fragte bezeichnenderweise im DFP-Organ *Das Wahre Deutschland*, welchen Platz Deutschland im Konzert der Völker einnehmen könne und solle[362]. Zwar wurde wiederholt das Schlagwort der „Vereinigten Staaten Europas" aufgegriffen, tatsächlich aber war diese Bezeichnung weder im föderalistischen noch im konföderalistischen Sinn gemeint. Vielmehr dachte man an eine bloße Zusammenarbeit der Länder beim Wiederaufbau Europas, möglichst im Rahmen des Völkerbundes, der bei dieser Gelegenheit wieder aufleben würde[363]. Das Ziel war die „Rückkehr unseres Vaterlandes, als große und gleichberechtigte Macht, in den Kreis der freien Nationen"[364]. Die wesentlichen Regelungs- und Handlungskompetenzen sollten bei den Nationalstaaten verbleiben, namentlich Militär, Polizei und Währung[365]. Mit dem Ruf nach einem „wirklich miteinander verbundene[n] Europa"[366] war also eine Verbundenheit gemeint, die sich aus den gemeinsamen machtpolitischen Interessen und dem nebulös gebliebenen Mythos des christlichen Abendlandes nährte. Eine ähnliche Vorstellung findet sich bei Rauschning, der nicht von einer europäischen, sondern explizit von einer nationalen Rückbesinnung ausging und die Vielfalt der Nationen sowie der politischen Ordnungselemente zu den konstituierenden Prinzipien des Abendlandes erklärte[367].

361 SCHWARZSCHILD, Der Tag danach, in: NTB, 7. Jg., H. 29 (15. 7. 1939), S. 682–686 (686).
362 Deutschland von morgen, in: Das Wahre Deutschland (Mai 1939), S. 1–4 (1 f.).
363 Ibid.
364 Was soll aus Deutschland werden?, in: Das Wahre Deutschland (Juli 1939), S. 4.
365 Vgl. Deutschland von morgen, in: Das Wahre Deutschland (Mai 1939), S. 3.
366 Ibid.
367 Vgl. RAUSCHNING, Revolution des Nihilismus ²1939, S. 492.

Auch der sozialdemokratisch orientierte Journalist und Schriftsteller Max Barth setzte sich für Deutschlands „nationale Konsolidierung" ein und wollte die europäische Frage 1939 als eine „nationale Frage", nicht aber eine Frage der sozialistischen Problematik definiert wissen[368]. Unabdingbare Ausgangsbasis für jedes Konzept kontinentaler Zusammenarbeit war nach Barths Auffassung eine strikte Einhaltung des Selbstbestimmungsrechts der Nationen: „Die europäische Gesellschaft [muß] eine Gesellschaft von Gleichen und Gleichberechtigten werden, und das kann nur erreicht werden durch die endliche Inkraftsetzung jenes 1918 verkündeten, in Versailles verratenen europäischen Grundgesetzes: des Selbstbestimmungsrechts der Völker."[369]

Auch Strasser ist hier einzuordnen, da er zwar eine europäische Föderation forderte, sie aber auf das Fundament des völkischen Nationalismus zu stützen gedachte[370]. Mit dem Nationalismus aber, erst recht mit der weiter ausgreifenden völkischen Variante, war eine das Selbstbestimmungsrecht der Nationen notwendig relativierende Föderation unter keinen Umständen vereinbar. Strasser selbst bekannte sich klar zur Unverletzlichkeit des Selbstbestimmungsrechts[371], wollte aber zugleich den Föderalismus als grundsätzlichen Gegenentwurf zu Hitlers Gewaltprinzip verstanden wissen[372]. Andererseits begrüßte er die Annexion Österreichs, die dem auf Freiwilligkeit beruhenden föderalen Gedanken zutiefst widersprach und redete einer „mehr oder minder freiwillige[n] Eingliederung der kleinen Völker" Europas das Wort[373]. Folglich war Strasser ein engagierter Verbalföderalist, der in seiner tiefsten politischen Überzeugung an die herausragende Bestimmung Deutschlands für Europa glaubte und sich in den entscheidenden Fragen konsequent an den Parametern seines völkischen Nationalismus orientierte. Das öffentlichkeitswirksame Schlagwort der „europäischen Föderation" wußte er ebenso geschickt in seine Ideologie des wahren National-Sozialismus zu integrieren wie die eigenwillig interpretierten Begriffe „Demokratie", „christliches Abendland" und „Sozialismus" – eine ideologische Mixtur, die möglichst alle Fronten zu bedienen versuchte und doch nur auf den völkisch-nationalistischen Grundzug als unverwechselbares Charakteristikum verwies.

368 Barth, Diskussion des nationalen Problems [August 1939], S. 2f., ANF, F7 15123, M. B.

369 Ibid. S. 3.

370 Vgl. STRASSER, Masaryk 1938, S. 281 in Verbindung mit 170. Zum völkischen Nationalismus vgl. Strassers Manuskript: Großdeutschland und Europa, o. D. [Anfang 1938], IfZ, NL Strasser, ED 118/20.

371 Vgl. STRASSER, Masaryk 1938, S. 170: „nationale Freiheit, staatliche Selbstständigkeit und völkische Entwicklungsmöglichkeit aller Völker und Nationen Europas – ob klein, ob groß".

372 Strasser, Denkschrift über den Kampf der Schwarzen Front nach dem Anschluß Österreichs, o. D. [Mitte März 1938], S. 2, IfZ, NL Strasser, ED 118/20.

373 Ibid. Zur ideologischen Verunsicherung Strassers nach der Annexion Österreichs siehe die Erörterungen zu Beginn dieses Kapitels.

### *2.2. „Russischer Dolchstoß" – die antikommunistische Diskurswende nach dem Hitler-Stalin-Pakt (1939/40)*

In seiner Bedeutung für den Europadiskurs des deutschen Exils wurde der Ausbruch des Zweiten Weltkrieges bei weitem von dem Nichtangriffspakt zwischen dem Deutschen Reich und der Sowjetunion übertroffen.[374] War der Kriegsausbruch allseits erwartet worden, barg der Abschluß des deutsch-sowjetischen Paktes einen Überraschungseffekt unerhörten Ausmaßes. Darüber hinaus wirkte sich der Hitler-Stalin-Pakt aufgrund des ideologischen und grundsatzpolitischen Elementes unmittelbar auf den Europadiskurs aus, während der Ausbruch des Krieges zwar die politischen Rahmenbedingungen veränderte, auf die Europakonzeptionen des Exils aber keinen nennenswerten Einfluß hatte. Davon zu unterscheiden ist die Tatsache des Krieges an sich, der sich selbstverständlich in der diskursiven Entwicklung widerspiegelt. Nur hatte das politische Exil die Kriegsgefahr spätestens seit 1934 in ihren europapolitischen Überlegungen berücksichtigt und damit den Kriegsausbruch gedanklich vorweggenommen.

Dabei soll jedoch nicht unberücksichtigt bleiben, daß der Kriegsausbruch in den kriegführenden Exilländern harte Einschränkungen des Emigrantenlebens nach sich zog. Stigmatisierung als feindlicher Ausländer, behördliche Schwierigkeiten und Internierung erschwerten die Lebensbedingungen der Emigranten nachhaltig. Auch die Exilpublizistik unterlag nun in der Regel einer deutlich schärferen Zensur. Seit September 1939 wies die Redaktionskorrespondenz der *Zukunft* – neben Schwarzschilds *Neuem Tage-Buch* die einzige deutsche Exilschrift, die während der *drôle de guerre* erscheinen durfte[375] – zahlreiche Ablehnungen eingereichter Artikel auf, die als politisch zu „freizügig" oder inopportun erschienen[376].

Einen Tag vor Ausbruch des Zweiten Weltkrieges hatte der russische Außenminister Molotow verkündet: „Der Nichtangriffspakt zwischen der UdSSR und Deutschland bildet einen Wendepunkt in der Geschichte Europas, und nicht nur Europas."[377] Wenngleich Molotow diese Einschätzung in einem ganz anderen Sinn verstanden wissen wollte, stimmt sie hinsichtlich der historischen Bedeutung des „russischen Dolchstoßes"[378] mit der Beurtei-

[374] Vgl. dazu SCHILMAR, Pariser Positionen 2002, S. 176–179.

[375] Dies war wohl hauptsächlich auf den dezidiert antikommunistischen Kurs dieser beiden Exilorgane zurückzuführen, die damit im Einklang mit Daladiers Politik standen. Für *Die Zukunft* zeichnete zudem der französische Christdemokrat Guy Menant offiziell als Herausgeber; vgl. Th. KELLER, Die Zukunft 1999, S. 72.

[376] Vgl. das Redaktionsarchiv in den Archives nationales de France, Paris, Fonds F$^7$ 15123–15130. Die alphabetisch sortierte Redaktionskorrespondenz findet sich unter den Signaturen F$^7$ 15123 und F$^7$ 15124.

[377] Zit. n.: SCHWARZ [d. i. Reinbold], Kommunisten und der deutsch-russische Pakt, in: SW, 14. Jg., 37. H. (29. 9. 1939), S. 882–885 (882).

[378] So der Titel einer Stellungnahme von MÜNZENBERG, in: Die Zukunft, II. Jg., Nr. 38 (22. 9. 1939), S. 1.

lung des deutschen Exils überein. So prophezeite Budzislawski: „Die Arbeiterbewegung aller Länder wird diesen Vertrag noch diskutieren, wenn er nur noch ein Stück Papier in den Archiven ist."[379]

Kaum ein Thema hat ganze Gesellschaften so tief und unversöhnlich gespalten wie die Einstellung zum Kommunismus. Dabei muß sprachlich genau differenziert werden zwischen dem Antistalinismus als Gegnerschaft (nur) zur stalinistischen Prägung der Sowjetunion, dem Antibolschewismus als Kritik an dem von Lenin begründeten Sowjetsystem als solchem und dem Antikommunismus als ideologischer Grundsatzopposition. Gerade für die Analyse des linkssozialistischen Exils ist diese Unterscheidung hilfreich, obgleich die Grenzen in der Praxis und im Sprachgebrauch der Quellen selbst fließend sind und es oft an der notwendigen Klarheit fehlt.

Im Exil stellte sich die Frage des Verhältnisses zum Kommunismus nahezu unverändert, gleichwohl auf brisante Weise auf die Einstellung zur Sowjetunion verdichtet[380]. Gerade diese Präzisierung komplizierte die Beantwortung der Frage in der Zeit des Stalinismus. Ein bloßes Bekenntnis zur Sowjetunion als dem Vorkämpfer des Weltproletariats und der Weltrevolution war so einfach nun nicht mehr möglich, denn es blieb völlig offen, ob das Bekenntnis gerade der momentanen stalinistischen Richtung galt oder nur der Sowjetunion *per se*.

Auch im Rahmen des Europadiskurses spielte das Verhältnis zur Sowjetunion eine entscheidende Rolle. Entweder zählte das Bekenntnis zur UdSSR zum ideologischen Selbstverständnis oder man bekannte sich ebenso dogmatisch zur Gegenrichtung des offenen Antikommunismus. Schließlich blieben diejenigen, die – frei von ideologischen Scheuklappen – jedenfalls die machtpolitische Brisanz dieser Frage klar erkannten. Mit dem deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakt sollte sich dieses über zwei Jahrzehnte gefestigte ideologische Gefüge nachhaltig verschieben.

### 2.2.1. Die Haltung der KPD

Daß die mit dem deutsch-russischen Nichtangriffspakt einsetzende antisowjetische Wendung für den Europadiskurs ein zentrales Moment darstellt, mag für die liberalen und konservativen Kreise ebensowenig Erstaunen hervorrufen wie für die vereinzelten Vertreter nationalkonservativen Gedankengutes, auch wenn der Antikommunismus dieser Emigrantengruppen ein beherrschendes Motiv ihrer Zukunftsplanungen war und blieb. Hinsichtlich der zahlreichen sozialistischen und sozialdemokratischen Gruppierungen kam die nach dem Hitler-Stalin-Pakt vielfach vollzogene Abkehr von der stalinistischen Sowjetunion einer dogmatischen Revolution gleich. Dabei wurde

[379] BUDZISLAWSKI, Die europäische Tragödie, in: Die neue Weltbühne, XXXV. Jg., Nr. 35 (31. 8. 1939), S. 1081–1086 (1081).

[380] Zur Bedeutung des Nichtangriffspakts in der Geschichte der KPD in Frankreich vgl. PFEIL, Pariser Auslandssekretariat der KPD 2002.

der Prozeß der antisowjetischen Wende durch das Verhalten der KPD-Auslandsleitung unter Ulbricht und Pieck nach dem 23. August 1939 beschleunigt, so daß an dieser Stelle zunächst die Haltung der deutschen Kommunisten zu Stalins außenpolitischer Wende und ihre gezielt zurückhaltende Rolle im Europadiskurs beleuchtet werden soll.

Für die Kommunisten verbot sich von Anfang an jeder Gedanke an die Bildung eines vereinigten europäischen Machtblocks. Diese Einstellung resultierte aus der unbedingten Subordination unter die außenpolitischen Maximen und die über die Komintern verbreiteten Direktiven Moskaus. Die ablehnende Haltung Stalins gegenüber einem starken Europa vor der sowjetischen Haustür war hinlänglich bekannt und forderte die politische Identifizierung aller kommunistischen Parteien mit den außenpolitischen Zielen der Sowjetunion. Nach kommunistischem Verständnis bedeutete internationale Friedenspolitik vor allem das Bündnis aller linientreuen Kommunisten mit der Sowjetunion und eine Völkerverständigung „auf der Grundlage der Gleichberechtigung"[381], mit anderen Worten auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechts. Vor dem Hintergrund der stalinistischen Doktrin des „Sozialismus in einem Land" stellte ein strikt beachtetes Selbstbestimmungsrecht der Völker die einzige logische Schlußfolgerung für eine kommunistische Außenpolitik dar. Folgerichtig versuchte die Komintern, den ideologischen Gehalt der Nation für die kommunistische Idee in Anspruch zu nehmen und definierte im Jahre 1938: „Nation – das ist nicht eine Bande von Faschisten, reaktionären Finanzleuten und Industriemagnaten, die das Volk ausplündern und verraten. Nation – das ist die Millionenmasse der Arbeiter, Bauern und Werktätigen, das ist das Volk, das seinem Lande treu ist, das seine Freiheit liebt und seine Unabhängigkeit verteidigt."[382] Für den europäischen Kontinent wurde der Gedanke der Völkerverständigung prosowjetisch interpretiert, ein System kollektiver Sicherheit unter russischem Schutzschirm angestrebt. Dies entsprach dem Konzept einer nationalstaatlichen Ordnung Europas unter sowjetischer Führung, wie es seit der Oktoberrevolution nahezu ununterbrochen propagiert worden war.

Mit der im Frühsommer 1939 auf Geheiß der Komintern einsetzenden Reideologisierung der KPD, die Ulbricht in vorauseilendem Gehorsam und mit einem erstaunlichen Instinkt für den richtigen Augenblick noch im Juni 1939 dekretierte[383], entfernten sich die Kommunisten einen weiteren Schritt

[381] Dahlem, Die dringendste Aufgabe. Sammlung und Einigung aller Antifaschisten in der Deutschen Volksfront, o. D. [Juni/Juli 1938], S. 7, BAB, NY 4072/58. Es handelt sich um das Manuskript für einen Aufsatz, der am 10. 7. 1938 auf S. 4 der DVZ veröffentlicht wurde. Ein ausdrücklicher Hinweis auf den hohen Stellenwert des Selbstbestimmungsrechts findet sich in einer Flugschrift des ZK der KPD vom März 1939: Nieder mit Hitlers Verbrechen an der Tschechoslowakei!, Paris o. D. [Ende März 1939], Faksimile in: PIKARSKI, UEBEL (Hg.), Widerstandskampf der KPD 1978, Dok. Nr. 119.
[382] Komintern, Aufruf zum 21. Jahrestag der Großen Sozialistischen Revolution, Flugblatt, o. D. [Okt./Nov. 1938].
[383] Vgl. SYWOTTEK, Volksdemokratie 1971, S. 93f. Die innenpolitische Dimension der

von den Föderalismusdebatten und pochten nunmehr auf eine außenpolitische Nibelungentreue zur Sowjetunion. Mithin verzichtete man auf eigene Stellungnahmen zu Fragen der internationalen Beziehungen, so daß sich das außenpolitische Konzept in der einseitigen Fokussierung auf die unbedingte Unterstützung der UdSSR erschöpfte. Im Rahmen solch eindeutig sowjetorientierter, jede Föderation strikt ablehnender Zukunftsszenarien spielte der Europagedanke zwangsläufig keine Rolle[384].

Eindrucksvolles Exempel dieser Position ist das 1940 von Max Seydewitz publizierte Buch mit dem vielversprechenden Titel „Hakenkreuz über Europa". Seydewitz, der sich nach einer politischen Odyssee vom Sozialdemokraten zum Gründungsmitglied der SAP, Revolutionärem Sozialisten und schließlich zum Stalinisten wandelte, ließ im außenpolitisch brisanten Jahr 1940 in seinem Werk mehr als 100 Seiten verstreichen, ohne mit einem einzigen Wort eine europäische Neuordnung anzudenken. Unbeirrbar stellte er ein halbes Jahr nach dem Abschluß des Hitler-Stalin-Paktes fest: „Das entscheidende Hindernis für den Sieg des Hakenkreuzes über Europa war, ist und bleibt die UdSSR."[385] Zudem war der Begriff der Einigung in der kommunistischen Terminologie bis 1939 dogmatisch besetzt mit der Einigung des deutschen Exils im Rahmen einer Volksfront[386]. Internationale Politikansätze erschöpften sich, soweit sie nicht lediglich das Bündnis mit der Sowjetunion betonten, in leeren Parolen wie „Für den Weltfrieden!", „Für die Freiheit!" oder „Für den menschlichen Fortschritt!"[387]

„Es lebe die Weltfront der Völker gegen die faschistischen Angreifer!" – so lautete die Parole der Komintern, die das Exekutivkomitee noch Ende 1938 verkündet hatte. Die Sowjetunion wurde als „unüberwindlicher Schutzwall

Reideologisierung äußerte sich in dem Abschied vom Einheitsparteigedanken und den damit eng verknüpften Volksfrontbemühungen.

384 Dem stehen die gelegentlichen pauschalen Bekenntnisse zu einem „neuen Europa" nicht entgegen, da wohlweislich keinerlei Konkretisierungsversuche unternommen wurden, was unter einem „neuen Europa" zu verstehen sei; vgl. etwa: Das Münchner Abkommen, in: DVE, Jg. I, Nr. 23 (9. 10. 1938), S. 6. Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang ein Typoskript Bleichmanns über den wirtschaftlichen Wiederaufbau nach Hitler, in dem der Verfasser eine „Koordinierung der Kräfte im europäischen und weltwirtschaftlichen Rahmen" forderte und eine weltwirtschaftliche Arbeitsteilung als unabdingbare Voraussetzung des Weltfriedens bezeichnete (Bleichmann, Nach Hitler – der wirtschaftliche Wiederaufbau, o. D. [Juni 1939], S. 9, ANF, F7 15130, M. 7).

385 SEYDEWITZ, Hakenkreuz über Europa? 1940, S. 28.

386 Die durchsichtigen Versuche der Auslandsleitung der KPD, über eine Volksfrontkoalition die kommunistische Partei zu erneuern und auf diese Weise eine moskautreue Einheitspartei zu schaffen, sind vielfach dargelegt worden. Als interessanter Quellenfund sei in diesem Zusammenhang auf einen Brief Franz Dahlems an den Chefredakteur der *Zukunft*, Werner Thormann, vom 20. 9. 1938, ANF, F7 15123, M. D verwiesen, in dem sich Dahlem einer Mitarbeit an der neu gegründeten Zeitschrift verschließt, da er deren Hintermänner nicht kenne und es tief bedaure, „daß nunmehr auch auf diesem Gebiet eine weitere Zersplitterung und Spaltung erfolgt".

387 An das deutsche Volk! An das französische Volk!, Flugblatt, 6. 9. 1938, in: PIKARSKI, UEBEL (Hg.), Widerstandskampf der KPD 1978, Dok. Nr. 105.

aller Völker der Erde gegen die faschistische Versklavung" gepriesen, und die „Proletarier aller Länder" wurden zur „Einheit der Völker gegen die faschistische Aggression" aufgerufen[388]. Einen Schritt weiter ging die KPD und postulierte auf ihrer sogenannten Berner Konferenz den Sturz des Kriegstreibers Hitler als „höchste nationale Aufgabe aller Deutschen"[389]. Zehn Monate später stand die KPD vor einem unauflösbaren Widerspruch: Das „Bollwerk gegen den Faschismus" hatte am 23. August 1939 mit dem gerade noch als Kriegstreiber geschmähten Faschisten Hitler einen Nichtangriffspakt geschlossen. Die KPD zeigte sich von den außenpolitischen Manövern Stalins dermaßen überrascht, daß sie für nahezu zwei Jahre paralysiert wurde und eine schwere Krise ideologischer Verunsicherung durchstehen mußte. In blindem Gehorsam nahmen Führungskader der KPD die neuen Moskauer Losungen entgegen und beschworen die verwirrte Parteibasis: „Die Politik der Sowjetunion ist die Politik des Friedens! Der Nichtangriffspakt ist kein Bündnis und kein Beistandspakt!"[390] In entlarvender Hilflosigkeit zog man sich auf formaljuristische Unterschiede zwischen einem Nichtangriffspakt und einem bilateralen Bündnisvertrag zurück und bäumte sich verzweifelt gegen aufkommende Gerüchte über territoriale – in der kommunistischen Diktion also imperialistische – Gelüste Stalins auf: „Sie wollen Euch einreden, jetzt hätte das Dritte Reich freie Hand gegen Polen. Sie lügen sogar, Stalin wolle mit Hitler Polen teilen. [...] Sie lügen, sie lügen!"[391] Nur drei Wochen später besetzten zwei sowjetische Heeresgruppen ostpolnische Gebiete.

Besondere Beachtung verdient eine Äußerung Franz Dahlems vom 11. September 1939. Dahlem war im Zuge der Reideologisierung im Mai/Juni 1939 zum Nachfolger Ulbrichts als Leiter des Pariser ZK-Sekretariats ernannt worden. Bei seiner polizeilichen Vorführung in Paris begrüßte er den Nichtangriffspakt als neuen, die Fehler von „München" revidierenden Weg zum Erhalt des Friedens[392]. In der später im Internierungslager Le Vernet verbreiteten Erklärung Dahlems hieß es dann: „Das von meinen Freunden

[388] Komintern, Aufruf zum 21. Jahrestag der Großen Sozialistischen Revolution, Flugblatt, o. D. [Okt./Nov. 1938].

[389] Resolution der Berner Konferenz der KPD (30. Januar bis 1. Februar 1939), originalgetreue Reproduktion in: PIKARSKI, UEBEL (Hg.), Widerstandskampf der KPD 1978, Beilage II.

[390] So der Titel eines Flugblattes der KPD-Abschnittsleitung Süd[deutschland], Zürich, 25. 8. 1939, Faksimile in: PIKARSKI, UEBEL (Hg.), Widerstandskampf der KPD 1978, Dok. Nr. 133.

[391] Ibid.

[392] DAHLEM, Eine Antwort. Die demokratische Volksrepublik nach dem Sturz Hitlers, September 1939, abgedruckt in: DERS., Weg und Ziel des antifaschistischen Kampfes 1952, S. 73 f. Ähnlich hatte sich zuvor das Pariser ZK-Sekretariat zu Wort gemeldet und in dem deutsch-russischen Nichtangriffspakt erwartungsgemäß einen schweren Schlag gegen den „Weltfaschismus und die Weltreaktion" gesehen, vgl. Erklärung des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Deutschlands zum Abschluß des Nichtangriffspaktes zwischen der Sowjetunion und Deutschland [Rundschreiben], 26. 8. 1939, ANF, F$^{7}$ 15131.

und mir selbst verfolgte außenpolitische Ziel ist eine aufrichtige Freundschaft und ein Bündnis zwischen einem neuen, freien Deutschland, der Sowjetunion und Frankreich, was den Frieden in einem Europa sichern würde, in dem die nationale Unabhängigkeit und das uneingeschränkte Selbstbestimmungsrecht aller unterdrückten Völker garantiert wären."[393] Auf den ersten Blick scheint Dahlem hier die bisher ostentative Enthaltsamkeit der KPD im Europadiskurs aufzukündigen und ein kommunistisches Szenario für das Nachkriegseuropa zu entwerfen. Tatsächlich aber stand das spätere ZK-Mitglied der SED abseits der von der Komintern vorgegebenen Linie. Denn bei Kriegsausbruch hatte sich Dahlem entgegen der Komintern-Vorgabe freiwillig bei den französischen Behörden registrieren lassen und propagierte die Einbindung der KPD in die französische Armee – eine Position, die zwischenzeitlich von der nun in Moskau ansässigen KPD-Führung aufgegeben worden war. In der Folge wurde Dahlem bis auf weiteres von den ZK-Sitzungen suspendiert.

Vor diesem Hintergrund stellen sich seine Äußerungen hinsichtlich einer europäischen Friedens-Troika aus Frankreich, Deutschland und der Sowjetunion unter Wahrung der vollen Souveränität aller Länder als Randposition dar, die zu diesem Zeitpunkt nicht mehr die Unterstützung Moskaus genoß und deshalb von vornherein zum Scheitern verurteilt war. Doch verfehlte die von Dahlem skizzierte Idee eines Friedensbündnisses auf der Grundlage der nationalen Souveränität nicht ihre Wirkung, denn in einer Erklärung der deutschen, österreichischen und tschechoslowakischen KP vom November 1939 findet sich die versteckte Anregung, Europa nach dem Muster der Sowjetunion zu organisieren: „Die Sowjetvölker, viele Dutzende Nationen, leben, arbeiten, und kämpfen in freundschaftlicher Einheit und voller Gleichberechtigung im Rahmen des Sowjetlandes."[394] Zudem belegt Dahlems Engagement in Frankreich, daß es sich bei der KPD nicht um einen monolithischen Block handelte, sondern gerade auch aus den Reihen der deutschen Kommunisten der Moskauer Führung widersprochen wurde[395].

Daß dies ein höchst gefährliches Spiel war, beweist der Fall Willi Münzenberg. Münzenberg hatte sich primär mit Blick auf die Moskauer Schauprozesse von der stalinistischen Ausrichtung der KPD distanziert und war Anfang 1939 als „Feind der Einheits- und Volksfrontpolitik" aus der Partei

[393] DAHLEM, ibid. S. 74.

[394] Erklärung der Kommunistischen Parteien Deutschlands, Österreichs und der Tschechoslowakei: Gegen den imperialistischen Krieg – für den Frieden und die Freiheit der Völker, November 1939, Typoskript, BAB, RY 1/I 2/707/80, Bl. 51–65 (51).

[395] Dies beweist auch ein parteiinterner Bericht der KPD in Frankreich vom Dezember 1942, in dem festgestellt wurde: „Leider gab es auch in unseren Reihen [nach dem Abschluß des Hitler-Stalin-Paktes, B. S.] einige Schwankungen und Unklarheiten und höchst gefährliche Auffassungen." (Bericht der KPD-Frankreich: Rückblick auf die wichtigsten Fragen und Probleme aus der Zeit kurz vor Hitler bis zum Ende 1942, 15. 12. 1942, S. 16, BAB, RY 61/V 232/2, Bl. 100).

ausgeschlossen worden[396]. Als „Spalter"[397] und „trotzkistischer Verräter" beschimpft, bemühte sich der Verleger um eine neue politische Heimat und gründete die politisch breit angelegte Union franco-allemande. Im Oktober 1939 fragte er sich verbittert, ob er vergeblich gekämpft habe und konstatierte: „Im Frieden ist die Einigung nicht gelungen, der Krieg hat die Spaltung vertieft. Je kleiner die Gruppe, um so berufener fühlt sie sich, das kommende Deutschland allein zu bestimmen."[398]

### 2.2.2. Annäherung durch Wandel

Für den Europadiskurs des nichtkommunistischen Exils hatte der deutsch-sowjetische Nichtangriffspakt drei wesentliche Auswirkungen: eine durch die paradigmatische Wende vieler Linkssozialisten ermöglichte Annäherung der europapolitischen Motive, die Tabuisierung einer sowjetfreundlichen Position Europas und eine differenzierte Profilschärfung der Europakonzeptionen an der Föderalismusdebatte.

Im Zuge des „russischen Dolchstoßes"[399] erfuhr das antikommunistische Motiv einer europäischen Einigung eine differenzierte Vertiefung und eine folgenreiche Ausweitung auf das linkssozialistische Exil. Auf der Basis dieses breitgefächerten Motivbündels sollten in der verbleibenden Zeit der Emigration mitunter detaillierte und konstruktive Lösungsvorschläge zur künftigen Positionierung Europas im weltpolitischen Machtgefüge sowie zur konkreten Institutionalisierung eines vereinten Europas erarbeitet werden. Mithin liegt eine wesentliche diskursive Bedeutung des 23. August 1939 darin, daß die Suche nach Identitäten eines gemeinsamen Europas mit dem nun weite Teile des linkssozialistischen Exils erfassenden Antikommunismus um ein weiteres wichtiges Motiv ergänzt wurde. Ein gruppenübergreifender antisowjetischer Grundton war seitdem nicht mehr zu überhören. Das europäische Motivbündel des deutschen Exils war im wesentlichen geschnürt, und die innereuropäische Rückbesinnung hatte einen vorläufigen Höhepunkt erreicht.

Hinsichtlich der Haltung der Sowjetunion rückten die Exilgruppen politisch zusammen, da sich die Europapläne nun mehrheitlich durch eine jeden-

[396] In einem Rundbrief erklärte die Auslandsleitung der KPD ihr volles Einverständnis mit Münzenbergs Ausschluß, vgl. Kl[amm], Auslandsleitung der KPD an „Liebe Freunde!", 16. 4. 1939, ANF, F7 15133. Ein anderes, typisches Beispiel für die alltägliche Kontrolle und die ständige Gefahr einer Parteiintrige (hier durch den insoweit besonders umtriebigen Walter Ulbricht) schildert der damalige Kommunist und Schriftsteller Gustav REGLER, Das Ohr des Malchus 1975, S. 228ff.

[397] Auslandsleitung der KPD an „Liebe Freunde", 16. 4. 1939, ANF, F7 15133.

[398] MÜNZENBERG, Ein Jahr vergeblichen Kampfes?, in: Die Zukunft, II. Jg., Nr. 41 (13. 10. 1939), S. 5. Münzenberg war selbst nicht frei von einer gewissen Selbstüberschätzung. In einem Brief an Kurt Grossmann vom 8. 5. 1940 schrieb er: „Jeder Tag beweist mehr, wie recht wir mit unserer politischen Analyse hatten und wie die von uns propagierte sozialistisch-demokratische Sammlung der deutschen Kräfte der einzige Ausweg ist, den es für Deutschland und seine Arbeiter gibt.", ANF, F7 15123, M. G.

[399] MÜNZENBERG, in: Die Zukunft, II. Jg., Nr. 38 (22. 9. 1939), S. 1.

falls momentane antisowjetische Grundtendenz auszeichneten. Frieden, Freiheit und Gerechtigkeit schienen von diesem Moment an auch für die Linkssozialisten eher mit Hilfe der westlichen Demokratien, zumindest der westlichen Arbeiterbewegungen, verteidigt werden zu können als durch die UdSSR. Der Wandel in der Beurteilung der SU führte zu einer in der Regel mit taktischen Erwägungen gerechtfertigten Annäherung der Linkssozialisten an den Westen, so daß sich selbst sozialistische Europakonzeptionen nun häufiger durch eine Westorientierung Europas auszeichneten. Dieser Prozeß wurde durch die restriktive Ausländerpolitik der Exilländer nach dem Ausbruch des Krieges intensiviert, zumal der deutsch-sowjetische Nichtangriffspakt die Gastländer zu einem kritischen Mißtrauen gegenüber linken, tendenziell sowjetfreundlichen Emigranten veranlaßte. Sicherlich spielte auch dieser Hintergrund eine Rolle, als Münzenberg im Namen der Union franco-allemande in einem Rundschreiben an führende französische Politiker wie Daladier, Herriot, Blum, Bonnet, Sarraut und Reynaud in heftigen Worten den Verrat der Sowjetunion an der antifaschistischen Front anprangerte: „Les membres allemands de l'Union Franco-Allemande regrettent que le Front de la Paix, dont la formation sembla imminente, et qui, d'après leur conviction, n'était pas seulement le moyen le plus sûr de garantir la paix, mais de préparer également l'Europe future, a échoué. Ils condamnent sévèrement la trahison de ce Front par la Russie, c'est-à-dire par une puissance qui réclamait, jusqu'ici, la première place, non seulement dans la lutte pour l'idée de la sécurité collective, mais aussi dans la représentation de la classe ouvrière contre le fascisme international."[400]

Mit dem Hitler-Stalin-Pakt vom 23. August 1939 kollidierte erstmals der sowjetfreundliche Kurs deutscher Linkssozialisten mit dem Konzept des Widerstandes durch Planung. Dadurch erhielt auch die sowjetische Frage plötzlich eine ganz andere, aber nicht minder entscheidende Bedeutung für den Prozeß der innereuropäischen Rückbesinnung. Münzenberg bemerkte konsterniert: „Es ist der schwerste Schlag, den die Arbeiterbewegung und die Front des Friedens und der Freiheit erhalten hat."[401] Der Europadiskurs hatte seine zweite entscheidende Weichenstellung erreicht, die für den gesamten Diskurs des Exils und über 1945 hinaus auch für die beiden deutschen Nachkriegsgesellschaften und ihr Verhältnis zueinander bestimmend bleiben sollte.

[400] Unbetitelte Erklärung der deutschen Mitglieder der Union franco-allemande an französische Minister, 29. 8. 1939, S. 1, ANF $F^7$ 15129, M. 2.

[401] MÜNZENBERG, Der russische Dolchstoß, in: Die Zukunft, II. Jg., Nr. 38 (22. 9. 1939), S. 1. Mit unverhohlenem Blick auf seine eigene Biographie fügte der Verleger hinzu: „Jahrelang hat eine ausgehaltene Presse gehetzt und verleumdet, hat Hunderte von niederträchtigen Lügen verbreitet, Tausende tapfere Arbeiter verdächtigt, keine Nummer der ‚Volkszeitung' erschien, die nicht hundertmal wiederholte: ‚Nieder mit dem Schädling. Nieder mit dem Verräter'. Heute stehen in allen Ländern Millionen auf, sie recken den Arm und rufen, nach dem Osten deutend: ‚Der Verräter, Stalin, bist Du'", ibid.

Nachdem es die deutschen Sozialisten 1914 aus Uneinigkeit nicht vermocht hatten, den Kriegsausbruch zu verhindern, stellte der Hitler-Stalin-Pakt das zweite große Trauma der sozialistischen Bewegung dar. Moskaus politisches Gebaren rief Verwirrung hervor, die sich schon bald in Bitterkeit und Enttäuschung entlud. Die Idee des sozialistischen Internationalismus war nicht mehr vereinbar mit der Außenpolitik der UdSSR[402]. Folglich war eine Abkehr von der Sowjetunion unvermeidbar, wollte man der sozialistischen Idee treu bleiben und die eigene Glaubwürdigkeit bewahren. Die Idee wurde der Realpolitik übergeordnet. Insofern nahm das sozialistische Exil eine idealistische Position ein, die aus der realpolitisch nahezu einflußlosen Position des Exils sicherlich leichter formuliert werden konnte. Einige wenige Sozialisten wie Eugen Brehm gingen noch einen Schritt weiter und sagten sich nicht nur von der UdSSR, sondern zugleich auch vom Prinzip des sozialistischen Internationalismus los.

Der ohnehin sowjetkritische Willi Eichler empfand das traumatische Ereignis als „Dolchstoß der Sowjetunion"[403] und verkündete das Ende der sowjetischen Vorbildfunktion. Gemeinsam mit Neu Beginnen, der SAP und den RSÖ sprach der ISK der Auslandsleitung der KPD unter Ulbricht jede Solidarität mit der deutschen Arbeiterbewegung ab[404], und Willi Münzenberg sah die KPD nach dem sowjetischen Einmarsch in Polen gezwungen, „sich selbst zu ohrfeigen und in das Gesicht zu speien"[405].

Dagegen zeigte sich die Gruppe Neu Beginnen von der unerwarteten Wendung völlig überrascht, denn noch im April 1939 hatte man die „Märchen über eine deutsch-russische Verständigung"[406] als antikommunistische Propaganda abgetan. Nur vier Monate später sah sich die Gruppe einer Orientierungskrise ausgesetzt, die sie jedoch im Gegensatz zur SAP bald zugunsten einer taktischen, auf die Arbeiterbewegung beschränkten Westorientierung zu lösen vermochte. Ein unveröffentlichtes Manuskript zur „neuen Lage" offenbart den inneren Zwiespalt der Gruppe: Selbst eine kritische Solidarisierung mit dem stalinistischen Regime war nunmehr ausgeschlossen, das stalinistische Rußland fiel „als Faktor der sozialistischen Weltkräfte"

[402] Neu Beginnen rief den Lesern des *Sozialdemokratischen Informationsbriefs* beschwörend zu: „Begreift, daß die Interessen des Stalinregimes nicht identisch sind mit den Interessen der sozialistischen Gesamtbewegung.", aus: Die außenpolitische Wendung der Sowjetunion, in: SIB, Nr. 48 (Oktober 1939), S. 5–7 (7).

[403] HOLZ [d. i. EICHLER], Die Aufgabe, in: SW, 14. Jg., H. 36 (15. 9. 1939), S. 853–856 (853).

[404] Sozialistische Arbeitsgemeinschaft London [RSÖ, ISK, Neu Beginnen, SAP], Die KPD und die Solidarität der Illegalen, in: SW, 15. Jg., H. 7 (28. 3. 1940), S. 199–203 (200 et passim).

[405] MÜNZENBERG, Die Partei, die sich selbst ohrfeigt, in: Die Zukunft, II. Jg., Nr. 45 (10. 11. 1939), S. 8.

[406] Die Vollstreckung von München – der Anfang vom Ende?, in: SIB, Nr. 45 (Anfang April 1939), S. 15.

aus[407] – dem Wortlaut nach zunächst eine Beschränkung der Kritik auf den Stalinismus. Damit stand die Frage im Raum, ob eine insgesamt antisowjetische Wendung unvermeidlich sei oder die ideologische Vorreiterfunktion gegenüber vorübergehenden Verirrungen überwiege. Der Verfasser entschied sich für eine klare antisowjetische, ja antikommunistische Wendung, weil er keine andere Möglichkeit sah, den antifaschistischen Kampf glaubhaft fortzusetzen[408]. Dennoch blieb das unkomfortable Gefühl dogmatischer Orientierungslosigkeit, das sich erst mit dem deutschen Angriff auf die UdSSR im Juni 1941 entspannen sollte. Nun glaubte nicht zuletzt Richard Löwenthal die Errichtung der lange ersehnten Anti-Hitler-Koalition unter Beteiligung der Sowjetunion und der westlichen Arbeiterbewegungen für greifbar nahe und stellte erleichtert wieder „klare Fronten" fest[409].

Zeigte Neu Beginnen trotz der dogmatischen Orientierungskrise ein beachtliches Maß an Konfliktfähigkeit, so wurde die orthodox marxistische SAP durch den Nichtangriffspakt doch einer inneren Zerreißprobe ausgesetzt, die die Organisation nicht zu überwinden vermochte. Insbesondere die Anfang der 30er Jahre von der Kommunistischen Partei/Opposition (KPO) zur SAP gewechselten Mitglieder wie Jacob Walcher weigerten sich, das Kind mit dem Bade auszuschütten und propagierten eine vorübergehende politische Abstinenz, denn „die deutsche Revolution, dieses entscheidende Glied in der Kette der Entwicklung"[410], sei unter diesen Umständen nicht realisierbar.

[407] [Hertz?], Unsere Kriegsziele und ihre Propaganda in der neuen Lage, o. D. [Anfang 1940], S. 1, AsD, NL Schoettle, M. 51. Das ungezeichnete Manuskript findet sich erneut im IISG, Coll. Neu Beginnen, M. 42. Es könnte von dem europapolitisch aktiven NB-Mitglied Paul Hertz verfaßt und als Resolutionsentwurf an Schoettle und andere Mitglieder verschickt worden sein. Hierfür spricht der teilweise identische Wortlaut eines unzweifelhaft von Hertz geschriebenen Rundbriefs vom 21. 2. 1940, der sich in Hertz' Nachlaß befindet; vgl. Paul Hertz, NB, Analyse der allgemeinen politischen Situation. Rundbrief (NB), London, 21. 2. 1940 (insb. S. 5–8), IISG, NL Hertz, S11, M. T, Nr. 10. Darin bezieht sich Hertz auf zwei Entwürfe zur Kriegszieldiskussion, die an einige Freunde (NB-Mitglieder) geschickt worden seien. Einer dieser Entwürfe sei als „Rohentwurf für eine kurze sozialistische Kriegszieldeklaration" gedacht und werde nun auch anderen Freunden zugehen. Hierzu zählte mit Sicherheit Erwin Schoettle. Letztlich sollte dieser Entwurf als Grundlage für eine gemeinsame Erklärung der Arbeitsgemeinschaft von Neu Beginnen und SAP sowie dem ISK dienen, vgl. ibid. S. 5f. Mit Blick auf das Datum des Hertzschen Rundbriefes (21. 2. 1940) erscheint eine Datierung des darin erwähnten Entwurfs auf Anfang 1940 plausibler als das von BEHRING, Demokratische Außenpolitik 1999, S. 451, Anm. 23 vorgeschlagene Datum Herbst/Ende 1939.

[408] [Hertz], Rundbrief (NB), London, 21. 2. 1940, S. 2, IISG, NL Hertz, S11, M. T, Nr. 10. In Übereinstimmung mit der Sopade lehnte Neu Beginnen nun jede Zusammenarbeit mit den Kommunisten strikt ab, vgl. Neu Beginnen. Was es will, was es ist und wie es wurde, hg. v. Auslandsbüro Neu Beginnen, London o. J. [1939], S. 38.

[409] [LÖWENTHAL], Klare Fronten 1941, S. 1.

[410] JACQUES [d. i. WALCHER] an Brandt, 27. 12. 1939, AsD-WBA, Allgemeine Korrespondenz 1939.

Im Ringen um eine gemeinsame Linie einigte man sich im Dezember 1939 auf das Dokument „Unsere Stellung zum jetzigen Krieg", in dem einerseits die Wende in der sowjetischen Außenpolitik scharf kritisiert und zu einer Frontstellung gegen die UdSSR aufgerufen, andererseits jedoch der Versuch unternommen wurde, in das Verhalten Stalins eine weitblickende sozialistische Zielsetzung hineinzulesen[411]. Das Dokument zeichnet sich durch einen unüberwindlichen Spagat zwischen dogmatischer Orthodoxie und pragmatischer Kompromißbereitschaft aus. Unverändert verstand man sich im Klassenkampf als unerbittlicher Gegner des kapitalistischen Westens, obwohl man gleichzeitig dessen Hilfe im Kampf gegen die Endstufe des Kapitalismus, den Nationalsozialismus, in Anspruch nahm. Daraus resultierte ein weiterer, politischer Spagat, denn entgegen der weiterhin erwarteten Schlüsselposition der deutschen Arbeiterklasse für die sozialistische Revolution zeigte man sich zugleich überzeugt, daß die Bedingungen für den Klassen- und Freiheitskampf der Massen in Großbritannien und Frankreich „unvergleichlich viel besser sind als in Hitler-Deutschland"[412].

Im Gegensatz zu Walcher sahen sich andere SAP-Mitglieder wie Eugen Brehm veranlaßt, sich endgültig von der bisherigen sowjetfreundlichen, den Stalinismus als vorübergehendes Phänomen betrachtenden Einstellung zu verabschieden und näherten sich so der strikt antikommunistischen Position der Sopade: „Wer eine höhere Auffassung vom Sozialismus hat [...], der wird radikal Schluß machen müssen mit dem Stalinismus und allen seinen ideologischen Spielarten."[413] Als Vorstandsmitglied der Volkssozialistischen Bewegung hielt Brehm der SAP vor, ihr erstarrtes Marxismusverständnis habe „dem Ansturm des Lebens nicht standgehalten" und sowohl 1933 als auch im Exil versagt[414]. Nachdrücklich warnte der Publizist vor einem „bolschewistische[n] Chaos", dem die Errichtung einer „volkssozialistische[n] Ordnung" zuvorkommen müsse[415]. Aus der seit August 1939 evidenten Doppelgefahr von Nationalsozialismus und Bolschewismus schloß Brehm auf den ideologischen Charakter des Krieges, der primär um der europäischen Einigung willen geführt werden müsse[416]. Europa habe

411 [Auslandsvertretung der SAP], Unsere Stellung zum jetzigen Krieg, Dezember 1939, insb. S. 4–6.
412 Ibid. S. 8.
413 HERB [d. i. Brehm], Der Krieg, in: SW, 14. Jg., H. 39 (13. 10. 1939), S. 928–931 (930). Zur wiederholten Absage der Sozialdemokraten an Kommunismus und Marxismus vgl. F. ST[AMPFER], Die Internationale und der Krieg. Einigkeit und Verwirrung, in: NV, Nr. 330 (15. 10. 1939), S. 2.
414 [BREHM], Thesen der Deutschen Volkssozialisten, in: Volkssozialistische Blätter, Nr. 1 (November 1939), 5. These, S. 14f. (14).
415 Ibid.
416 Nahezu wortgleich kam August Siemsen im lateinamerikanischen Exil zu derselben Einsicht, vgl. SIEMSEN, Vaterland Europa, in: La Otra Alemania. Das Andere Deutschland (1. 1. 1940), wieder abgedruckt in: DERS., Die Tragödie Deutschlands 1947, S. 98–101 (98).

sogar die Pflicht, sich dauerhaft zu vereinigen, um gemeinsam den Bolschewismus abzuwehren[417].

Für die Sopade, die aus der traditionellen Auseinandersetzung mit den Kommunisten um die Führerschaft in der Arbeiterbewegung ohnehin eine antikommunistische Haltung eingenommen hatte, bewies der Hitler-Stalin-Pakt die Unzuverlässigkeit der Sowjetunion als antifaschistischer Bündnispartner und die Offensichtlichkeit ihrer ideologisch verbrämten Zielsetzungen. Betont lakonisch kommentierte Hilferding den Pakt: „Es ist scheußlich, es ist infam [...] wir sind nicht überrascht".[418]

Ebensowenig zeigte sich die Sopade vom Ausbruch des Krieges überrascht und bemühte sich auffällig, der Öffentlichkeit die konsequente Haltung der sozialdemokratischen Politik vor Augen zu führen, indem der Vorstand einen Aufruf vom 14. September 1938 ein Jahr später nahezu unverändert publizieren ließ[419]. Symptomatisch für die zunächst selbstgefällige, dann taktisch begründete Zurückhaltung des Sopade-Vorstandes in der vermeintlich schon seit dem Heidelberger Parteitag geklärten Europafrage obsiegte hier nicht zum ersten Mal zunächst das parteipolitische Kalkül über den europapolitischen Planungsbedarf. Mit der griffigen Formel von der „Krönung des Verrats"[420] versuchte der Parteivorstand der Sopade, die zahlreichen linkssozialistischen Exilgruppen in den Schoß der Sozialdemokratie zurückzuführen. Er nutzte die Chance, allen Bestrebungen einer Volksfront unter Einschluß der Kommunisten endgültig einen Riegel vorzuschieben und erneut seinen Führungsanspruch als offiziöser Stellvertreter des „Anderen Deutschland" im Exil zu bekunden: „Angesichts der jetzt durch den Verrat Stalins geschaffenen internationalen Situation" weigere man sich, „in irgendeine Verbindung mit der Kommunistischen Partei Deutschlands zu treten"[421]. In

[417] BREHM, Die Stellung der deutschen Volkssozialisten im Kriege, in: Volkssozialistische Blätter, Nr. 1 (November 1939), S. 17.

[418] KERN [d. i. Hilferding], Die Krönung des Verrats. Stalin als militärischer Bundesgenosse Hitlers, in: NV, Nr. 327 (24. 09. 1939), S. 4.

[419] Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, An das deutsche Volk! Mit einem verbrecherischen Angriff Hitlers hat der Krieg begonnen, in: NV, Nr. 325 (10. 9. 1939), S. 1.

[420] Ibid. Der Vorwurf des Verrats findet sich auch in Verlautbarungen des IGB zum Hitler-Stalin-Pakt, vgl. etwa: Der Hitlerkrieg, in: Neue Gewerkschaftszeitung, Nr. 9 (September 1939), S. 249–253 (251).

[421] [Parteivorstand der Sopade], Zum Hitler-Stalin-Pakt. Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands und der deutsch-russische Nichtangriffspakt, in: NV, Nr. 325 (10. 9. 1939), S. 3. Ultimativ erwartete der Parteivorstand „von allen Mitgliedern der Partei, daß sie im gleichen Sinne handeln", ibid. Die breitangelegte Offensive der Sopade gegen den Kommunismus und die KPD fand in zahlreichen Aufsätzen ihren Niederschlag, vgl. z.B. SCHWARZ [d. i. Reinbold], Der Weg zum deutsch-russischen Pakt, in: SW, 14. Jg., H. 36 (15. 9. 1939), S. 861–867; DERS., Kommunisten und der deutsch-russische Pakt, in: SW, 14. Jg., H. 37 (29. 9. 1939), S. 882–885. GEYER, Die russische Machtpolitik, in: NV, Nr. 328 (1. 10. 1939), S. 1–2 (2) brachte es auf den populistischen Nenner: „Wir wollen jedenfalls in einem neuen, anderen, besseren, freieren Deutschland nicht russisch reden!"

einer an die französische Öffentlichkeit gerichteten Erklärung verkündeten die Sozialdemokraten stolz: „Nous avons reconnu le danger de guerre! Nous avons résisté aux séductions de Moscou! Nous avons déclaré la guerre à la dictature hitlérienne! Et nous la mènerons jusqu'à la chute de celle-ci!"[422]

Für konstruktive Vorschläge einer künftigen Neuordnung fand sich im Augenblick des Triumphes jedoch kein Raum, sieht man von der pauschalen Phrase von der „Schaffung eines freien Europa" ab[423]. Jedenfalls blieb diese Zurückhaltung bis Ende 1939 für die sozialdemokratischen Beiträge zum Europadiskurs charakteristisch, nur trat an die Stelle der traditionsbewußten Überlegenheit zunehmend die latent schon früher entwickelte Skepsis gegenüber dem realpolitischen Sinn visionärer Europakonzeptionen. In diesem Zusammenhang ist eine private Äußerung des Vorstandsmitglieds Erich Ollenhauer in einem Brief an ein befreundetes Ehepaar kennzeichnend: „Denn wir wissen nicht, unter welchen Bedingungen die neue deutsche Arbeiterbewegung in Deutschland erstehen wird und welche Aufgabe wir Emigranten dabei erfüllen können. Das ist auch nich[t] wesentlich. Jetzt haben wir nichts anderes zu tun als unsere Pflicht zu erfüllen[,] so gut wie wir es vermögen."[424]

Dennoch war diese Linie nicht völlig unumstritten. So bemerkte Rinner in einem Brief an Erich Brost, man könne zur Frage der europäischen Nachkriegsordnung nicht schweigen: „Wir würden die große Geschichte der Partei verleugnen, wenn wir bei allem realpolitischem Skeptizismus doch nicht immer wieder neuen Glauben in die Idee und in den Fortschritt der Gesellschaftsorganisation aufbringen würden. Aber bevor wir uns in irgendeiner Form dazu erklären, müssen wir natürlich die Dinge sehr sorgfältig durchberaten, und das wird vielleicht noch einige Zeit beanspruchen."[425] Tatsächlich waren solcherlei Beratungen nur wenige Tage zuvor mit unveränderter Skepsis im Parteivorstand aufgenommen worden, ohne daß im Ergebnis eine offizielle Stellungnahme der Sopade zur europäischen Frage vorgelegt wurde[426].

Noch kurz vor dem erzwungenen Ende des kontinentaleuropäischen Exils durch die deutsche Besetzung Frankreichs war die Sopade mehr mit ihrer

[422] Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Connaissance claire des faits – but clair. La Lutte de la socialdémocratie allemande contre le régime hitlérien, o. D. [Okt. 1939], S. 2, AsD, Bestand PV-Emigration Sopade, M. 188.

[423] [Parteivorstand der Sopade], Zum Hitler-Stalin-Pakt, in: NV, Nr. 325 (10. 9. 1939), S. 3.

[424] Ollenhauer an „Lieber Edgar, liebe Anni", 19. 11. 1939, ANF, F$^{7}$ 14716.

[425] Rinner an Brost, 20. 2. 1940, S. 3, AsD, Bestand PV-Emigration Sopade, Rinner-Korrespondenz, M. 4.

[426] Auch Brost hatte sich in seiner Antwort gegen die Aufstellung „solcher Dinge wie ‚Vereinigte Staaten von Europa', ‚Aufhebung der Zollgrenzen' und dergleichen" als realpolitische Programmpunkte verwahrt und wollte die offiziellen Stellungnahmen der Partei auf bloße Andeutungen der außenpolitischen Tendenz beschränkt wissen; vgl. Brost an Rinner, 26. 2. 1940, S. 3, AsD, Bestand PV-Emigration Sopade/Rinner-Korrespondenz, M. 4.

eigenen Rolle im deutschen Exil beschäftigt als mit der Gestaltung von Zukunftsplänen. Man scheute sich nicht, auf die national und international „vielleicht entscheidende Rolle" der deutschen Sozialdemokraten nach dem Zusammenbruch des nationalsozialistischen Regimes zu verweisen und empfahl sich gegenüber dem amerikanischen Diplomaten Sumner Welles als Regierungsmannschaft für ein neues Deutschland[427]. Abgesehen von Stampfers europapolitischem Engagement in den USA nahm sich der seit Mitte 1940 durch den Atlantik zerrissene Parteivorstand bis Mitte 1943 Zeit, um schließlich mit einem aktualisierten Europaprogramm aufzuwarten, das seine Entstehung hauptsächlich der kompromißbereiten Haltung der Sopade in den Verhandlungen über die Union deutscher sozialistischer Exilgruppen in Großbritannien verdankte. Anders verhielt es sich mit früheren Veröffentlichungen und privaten Stellungnahmen namhafter Sozialdemokraten außerhalb des Parteivorstandes wie Gerhard Kreyssig, Paul Tillich, Paul Hertz, Rudolf Katz und Siegfried Marck, auf deren Bedeutung für den Europadiskurs noch einzugehen sein wird.

Das Trauma vom August 1939 veranlaßte selbst die bewußt allgemeinpolitisch abstinenten Gewerkschaften zu einer unmißverständlich antisowjetischen, ja antikommunistischen Stellungnahme. Typisch für diese Grundhaltung ist die Position von Fritz Tarnow, der in einem „Memorandum über die Aufgaben der Auslandsvertretung der deutschen Gewerkschaften während des Krieges" eine klare Trennung zwischen den klassischen Gewerkschaftsfragen und den allgemeinpolitischen Fragen vollzog, um sich auf die eigentliche Kernkompetenz der Gewerkschaften konzentrieren zu können und auf diese Weise ein ohnehin drohendes Auseinanderbrechen der exilierten Gewerkschaftsbewegung aufgrund politischer Differenzen abzuwenden[428]. Dementsprechend wurde die europäische Frage nicht diskutiert. Statt dessen zog man sich auf konsensfähige Allgemeinplätze zurück, die sich im Vergleich zu den zwischenzeitlich präzisierten Ergebnissen anderer Exilgruppen als Banalitäten ausnahmen. Dies ist nicht weiter verwunderlich, da Tarnow selbst in seinem „Memorandum" auf den restriktiven Aufgabenkreis der

[427] [Parteivorstand der Sopade], Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands und der Krieg. Für ein freies Deutschland in einem freien Europa, o. D. [handschriftlich: Endgültige Fassung April 1940], AsD, Bestand PV-Emigration Sopade, M. 178 sowie [Parteivorstand der Sopade], Memorandum, o. D. [März (handschriftlich:) 1940], AsD, Bestand PV-Emigration Sopade, M. 179; das Zitat ist dem letztgenannten Dokument entnommen, ibid. S. 3.

[428] Vgl. Tarnow, Memorandum über die Aufgaben der Auslandsvertretung der deutschen Gewerkschaften während des Krieges, September 1939, abgedruckt in: MIELKE, FRESE (Bearb.), Gewerkschaften 1999, Dok. Nr. 47, S. 271–279. Ein Brief von Bruno Süß an Fritz Tarnow dokumentiert, daß innerhalb der deutschen Gewerkschaftsbewegung sogar Uneinigkeit über den Schwerpunkt der Exilsarbeit herrschte. Während Süß den Kampf gegen Hitler in den Vordergrund stellen wollte, widmete sich Tarnow vorrangig den Planungen für eine künftige Neuorganisation der Gewerkschaften in Deutschland; vgl. Süß an C. Frederek [d. i. Tarnow], 18. 12. 1939, abgedruckt in: MIELKE, FRESE (Bearb.), Gewerkschaften 1999, Dok. Nr. 48, S. 279–288, insb. S. 279f.

Auslandsvertretung der deutschen Gewerkschaften verwies, wie er in den Leitsätzen vom 26./27. Juli 1935 definiert worden war[429].

Hans Gottfurcht reflektierte im November 1939 pointiert den gewerkschaftlichen Standpunkt zur Auslandsarbeit: „Wir wünschen es klar zu machen, daß [über das Ziel des Sturzes der nationalsozialistischen Diktatur, B. S.] hinaus unsere Arbeit lediglich diktiert wird von den Interessen, für die wir als Sachwalter deutscher freier Gewerkschaftsarbeit zuständig sind."[430] Und Willy Kressmann ergänzte zwei Monate später in einer Aussprache von Gewerkschaftern in London, daß die gewerkschaftliche von der politischen Frage zwar nicht zu trennen sei, man aber keinesfalls beabsichtige, über ausgesprochen politische Fragen zu diskutieren[431]. Einzig die Ausgrenzung der Kommunisten aus der Londoner Auslandsvertretung der deutschen Gewerkschaften erzwang des öfteren eine dezidiert politische Stellungnahme ohne unmittelbar gewerkschaftlichen Hintergrund. So verurteilte Gottfurcht den Hitler-Stalin-Pakt als „eines der größten Verbrechen [...], die jemals begangen wurden" und sprach sich erneut gegen jede Aufnahme von Kommunisten in die Auslandsvertretung der deutschen Gewerkschaften (AdG) aus[432].

Selbst die internationale Gewerkschaftsbewegung wagte sich nicht über eine verschämte Erwähnung „des Rechts, der Freiheit und der Menschlichkeit" als den Grundsätzen einer neuen Ordnung hinaus[433]. Mitunter berief sich der IGB schlicht auf die Sopade und zitierte deren Stellungnahme zum Kriegsausbruch, um sich ihr ohne eigene Stellungnahme anzuschließen[434]. Lediglich die Ablehnung des Kommunismus veranlaßte den IGB, regelmäßig Abgrenzungserklärungen abzugeben. In seiner antikommunistischen Grundhaltung sah sich der IGB durch den Abschluß des deutsch-russischen

[429] Leitsätze für die Gewerkschaftliche Auslandsvertretung Deutschlands (Geade), 26./27. 7. 1935, abgedruckt in: MIELKE, FRESE (Bearb.), Gewerkschaften 1999, Dok. Nr. 27, S. 192ff.

[430] Gottfurcht, Zum Standort und zu den Aufgaben der Londoner Vertretung, 30. 11. 1939, abgedruckt in: MIELKE, FRESE (Bearb.), Gewerkschaften 1999, Dok. Nr. 209, S. 878f. (879).

[431] Neuordnungsvorstellungen der Mitglieder der Londoner Vertretung der freien Arbeiter-, Angestellten- und Beamtengewerkschaften (ADGB-AFA-ADB), 29. 1. 1940, abgedruckt in: MIELKE, FRESE (Bearb.), Gewerkschaften 1999, Dok. Nr. 212, S. 885–888 (886).

[432] Gottfurcht, Bericht über Organisation und Tätigkeit der Londoner Vertretung der freien Arbeiter-, Angestellten- und Beamtengewerkschaften (ADGB-AFA-ADB), 15. 5. 1940, abgedruckt in: MIELKE, FRESE (Bearb.), Gewerkschaften 1999, Dok. Nr. 215, S. 891–896 (894).

[433] Der Hitlerkrieg, in: Neue Gewerkschaftszeitung, Nr. 9 (September 1939), S. 249–253 (253).

[434] Kriegsziele, in: Neue Gewerkschaftszeitung, Nr. 10 (Oktober 1939), S. 289–291 (291).

Nichtangriffspaktes bestätigt, den er als „Hochzeit des Teufels mit Beelzebub" charakterisierte[435].

Für das nichtsozialistische Exil zählte ein dezidierter Antikommunismus in der Regel zum politischen Selbstverständnis. So erstaunt es nicht, daß das Bündnis des Bolschewismus mit dem Nationalsozialismus hier weder Überraschung noch Entsetzen auslöste. Zwar erkannten die nichtsozialistischen Exilgruppierungen den machtpolitischen Gehalt dieses Bündnisses, doch sah man auch die Chance, daß sich der Bolschewismus als Gesellschaftssystem dadurch langfristig selbst diskreditieren würde. Wenige Tage nach Kriegsausbruch formulierte diese Einsicht Hubertus Prinz zu Löwenstein für den politischen Katholizismus: „Der russische Pakt mit Hitler, durch den die Katastrophe ausgelöst wurde, mag für die Zukunft seine guten Seiten haben; der Kommunismus ist jetzt so innig mit dem Nationalsozialismus verflochten, daß der Sturz des letzteren jenem bestimmt nicht die Macht verschaffen wird."[436]

Der liberale Publizist Schwarzschild betonte auf dem Höhepunkt seines erst im Exil schrittweise entwickelten Antibolschewismus, daß die „nazistisch-bolschewistische ‚Nichtangriffs'-Verschwörung"[437] die prinzipielle Unterschiedslosigkeit der beiden nun verbündeten Diktaturen für jeden sichtbar aufgedeckt habe: „Sie sind, mit allem, was sie darstellen, ineinandergeflossen, Nazschewismus, Komfascismus. [...] Gleich abschreckend steht die zwiefache Pest vor den Augen."[438]

Zugleich wurden neue Perspektiven für eine verstärkte Zusammenarbeit innerhalb des deutschen Exils entdeckt, um „alle zur Mitarbeit bereiten und fähigen geistigen und politischen Kräfte des noch in Freiheit lebenden Deutschtums zu sammeln"[439]. Die DFP, die ihren eigenen Standpunkt als prädestiniertes Kompromißprogramm verstand, hielt angesichts der gemeinsamen Ablehnung der Kommunisten[440] insbesondere eine Kooperation mit

[435] Abschied von 1939, in: Neue Gewerkschaftszeitung, Nr. 12 (Dezember 1939), S. 345–351 (346). Zur antibolschewistischen Grundhaltung vgl. auch: Der Fortgang des Hitlerkrieges, in: Neue Gewerkschaftszeitung, Nr. 10 (Oktober 1939), S. 284–288, insb. S. 285.

[436] LÖWENSTEIN, Europas kommender Friede, in: Die Zukunft, II. Jg., Nr. 36 (6. 9. 1939), S. 3.

[437] SCHWARZSCHILD, Das zweite Brest-Litowsk, in: NTB, 7. Jg., H. 35 (26. 8. 1939), S. 825–827 (825).

[438] DERS., Zwischen Krieg und Frieden, in: NTB, 7. Jg., H. 36 (2. 9. 1939), S. 849–851 (851).

[439] Die Aufgaben der Deutschen im Ausland, in: Das Wahre Deutschland (Oktober/Dezember 1939), S. 6–9 (9).

[440] Ibid. S. 7; vgl. auch Strasser, Deutscher Situationsbericht, 10. 9. 1939, S. 2, IfZ, NL Strasser, ED 118/20. In dieser Schrift entwickelte Strasser das Bild einer zweigeteilten politischen Emigration: einerseits die Volksfrontgruppierung, der er die Kommunisten, Linkssozialisten, den linken Flügel der Sopade sowie vereinzelte Intellektuelle wie Georg Bernhard und Heinrich Mann zurechnete, und andererseits die nationale Gruppierung des rechten Flügels der Sopade, der DFP, den politischen Katholizismus, die

den Sozialisten für möglich. Zugleich konstatierte sie eine neue Frontenbildung im Exil, einen „Riß zwischen denen, die nichts hinzulernten, und denen, die neue Wege bejahen“[441]. Ein Umlernen – im Sinne gesteigerter Kompromißbereitschaft, interpretiert als Annäherung an den Standpunkt der DFP – habe sich auf nahezu alle Lager erstreckt, wobei dem sozialistischen Exil durch den Hitler-Stalin-Pakt das bei weitem schwerwiegendste Damaskus beschert worden sei. Allerdings übersah dieser Standpunkt die Tatsache, daß die dem gesamten sozialistischen Exil unterstellte Abkehr vom Internationalismus nur bei den Volkssozialisten und dem konvertierten Volkssozialisten Brehm vorzufinden war[442].

Unverändert rangierte für viele Bürgerliche die deutsche Frage in der Reihenfolge der außenpolitischen Prioritäten weit vor der europäischen. Ausgangspunkt vieler liberaler und konservativer Überlegungen zu Europa war die drohende Zerstückelung Deutschlands[443]. Unmißverständlich wurde das eigentliche Motiv in der Europafrage als ein nationales charakterisiert: „Dann ist unsere nationale Aufgabe nicht mehr, ein Großdeutschland zu schaffen, sondern all unsere Kräfte in den Dienst Europas zu stellen, weil ein gesundes und starkes Europa die Wohlfahrt und Sicherheit Deutschlands beinhaltet.“[444] Man sprach sich also für Europa aus, um Deutschland zu retten. Daher sei das wahre Deutschland europäisch, menschlich und christlich[445].

Volkskonservativen bis zu seiner eigenen Schwarzen Front. Diese Gruppen stünden in grundsätzlicher Opposition zueinander: „Auf jeden Fall muß mit der unversöhnlichen Existenz der beiden erwähnten Gruppen der deutschen Opposition gerechnet werden, da für entscheidende Faktoren der nationalen Gruppe jede Zusammenarbeit mit Kommunisten ausgeschlossen ist und gleichzeitig ein überstarker jüdischer Einfluß nicht anregbar erscheint.“ Durch die Identifizierung der jüdischen Emigration mit der seiner Ansicht nach kommunistisch dominierten Volksfrontgruppierung kehrte Strasser zur nationalsozialistischen Terminologie einer „jüdisch-bolschewistischen Weltverschwörung“ zurück und entlarvte seine früheren Verurteilungen des hitlerschen Antisemitismus als bloße Manöver der tagespolitischen Taktik.

[441] Der Kampf um das künftige Deutschland, in: Das Wahre Deutschland (August 1939), S. 14–16 (14).

[442] Überspitzt sprach ein ungenannter Verfasser von „ehemalige[n] Sozialisten aller Schattierungen, die ohne ihren Idealen untreu zu werden, die gepredigte Vaterlandslosigkeit (genannt ‚Internationalismus‘) als Wegbereiterin des Nationalsozialismus [...] ansehen [...], den historischen Materialismus als eine Sünde wider den Geist, die Begrenzung auf die Arbeiterschaft aber als eine Torheit und als eine Schädigung des sozialistischen Gedankens verurteilen“; Der Kampf um das künftige Deutschland, in: Das Wahre Deutschland (August 1939), S. 16.

[443] In wütender Verzweiflung fragte ein ungenannter Verfasser in einem Beitrag mit dem Titel: Soll Deutschland vernichtet werden?, in: Das Wahre Deutschland (September 1939), S. 3–6 (5): „Das Herzstück Europas soll vernichtet werden, ohne daß die anderen Glieder unseres Erdteiles Schaden nehmen?“

[444] Nicht Großdeutschland, sondern Europa!, in: Das Wahre Deutschland (April 1940), S. 2–4; erneut abgedruckt in: LIPGENS (Hg.), Föderationspläne 1968, Dok. Nr. 142, S. 416f.

[445] Soll Deutschland vernichtet werden?, in: Das Wahre Deutschland (September 1939), S. 3–6 (6).

Auch Strasser bekräftigte, „daß Hitler durch seinen Pakt mit Stalin nicht nur die Zukunft Europas gefährdet, sondern auch die Interessen Deutschlands geschädigt hat"[446]. In Anbetracht dieser Entwicklung sah Strasser sich veranlaßt, die nationale deutsche Opposition im Exil unter dem gemeinsamen Dach eines Nationalrates für ein Freies Deutschland zu vereinen, um so dem Ausland einen Ansprechpartner des „Deutschland von Morgen" zu bieten. Namentlich erwähnte Strasser die dem rechten Parteiflügel angehörenden Sozialdemokraten Sollmann und Jaksch, den ehemaligen Vorsitzenden der Deutschen Staatspartei August Weber, den einstigen Reichskanzler Brüning und dessen Kabinettskollegen Treviranus, den vormaligen national-sozialistischen Senatspräsidenten von Danzig, Hermann Rauschning, sowie sich selbst[447]. Strassers hauptsächliche Befürchtung war eine Bolschewisierung Europas, die nicht nur den Verfall des Abendlandes, sondern darüber hinaus den Verlust der deutschen Großmachtstellung zugunsten der Sowjetunion bedeuten würde[448]. Politischer Scharfsinn kann Strasser nicht abgesprochen werden, behauptete er doch, daß eine Zusammenarbeit dieser Personen viel leichter möglich erscheine und eine viel größere innere Einheit repräsentiere als die Addierung der Parteigruppen, denen sie entstammten[449]. Der bekennende Nationalsozialist hatte eine Entwicklung innerhalb der politischen Emigration beobachtet, die sich mit dem Ende des kontinentaleuropäischen Exils verschärfen sollte: die Individualisierung der politischen Konzepte durch eine nahezu alle Gruppen erfassende Loslösung einzelner aus der Loyalität ihrer jeweiligen Parteilinien[450].

Aufgrund des Vorranges der deutschen Frage und mangels einer internationalistischen Tradition, die die nichtsozialistischen Kreise vehement ablehnten, blieb der Europagedanke – mit einigen Ausnahmen wie Edgar Stern-Rubarth sowie den linkskatholischen Politikern Löwenstein und Thormann – auch 1939/40 oft noch eine leere Worthülse. Selten reichte er über die unverbindliche Umschreibung als Abwesenheit von Krieg oder als Gegnerschaft gegen eine nationalsozialistische Hegemonie hinaus[451]. Ein typisches

[446] Strasser, Lage und Entwicklung, 1. 10. 1939, S. 1, IfZ, NL Strasser, ED 118/20.

[447] Ders., Deutscher Situationsbericht, 10. 9. 1939, S. 2 und 4, IfZ, NL Strasser, ED 118/20. In einem späteren Memorandum über Aufgaben und Möglichkeiten der Deutschen Opposition, o. D. [Oktober 1940], IfZ, NL Strasser, ED 118/20 griff Strasser erneut auf die Idee einer deutschen Exilregierung zurück, wobei Treviranus und Weber nicht mehr erwähnt und Jaksch durch Höltermann ersetzt wurde. Als Kabinettschef sah Strasser Brüning vor, der nach seiner Ansicht „zweifellos der Geeignetste wäre" (S. 3). Brüning selbst lehnte jede Mitarbeit ab. In einem Brief an Löwenstein bezeichnete er Strassers Ansatz als falschen Weg: Brüning an Löwenstein, 7. 4. 1941, BAK, NL Löwenstein, N 1222, Bd. 11.

[448] Strasser, Lage und Entwicklung, 1. 10. 1939, S. 2, IfZ, NL Strasser, ED 118/20.

[449] Vgl. Strasser, Deutscher Situationsbericht, 10. 9. 1939, S. 2, IfZ, NL Strasser, ED 118/20.

[450] Zu diesem Charakteristikum des politischen Exils siehe Kapitel V.2.3.

[451] Z. B. Soll Deutschland vernichtet werden?, in: Das Wahre Deutschland (September 1939), S. 3–6 (insb. S. 5); Nicht Großdeutschland, sondern Europa!, in: Das Wahre

Beispiel ist der Otto Klepper zugeschriebene Beitrag in der *Zukunft*, der unter der vielversprechenden Überschrift „Kriegsziel Europa. Die föderalistische Idee" mit „tiefer Befriedigung" einen nicht näher bezeichneten Zeitungsartikel paraphrasierte, darüber hinaus jedoch nur eine nicht weiter ausgeführte europäische Konföderation andeutete. Am Ende des Beitrags läßt der Verfasser sein wirkliches Anliegen erkennen: „Bleibt Europa [...] das eigentliche Kriegsziel, so wird auch die Lösung der deutschen Frage keine unüberwindlichen Schwierigkeiten machen."[452]

### 2.2.3. Ausfall der Ostoption

Während sich die Westannäherung als europapolitische Option während des Krieges erst allmählich entwickelte, war die Option einer Ostorientierung im Sinne einer an die Sowjetunion gebundenen Gestaltung eines gemeinsamen Europas seit der Oktoberrevolution dogmatisch verankert gewesen. Der plötzliche Wegfall dieser jahrzehntelang als sozialistische Selbstverständlichkeit verstandenen außenpolitischen Orientierung traf das linkssozialistische Exil ins Mark. Nun war eine Zusammenarbeit mit der Sowjetunion nicht nur für die ohnehin antisowjetisch eingestellten bürgerlichen und nationalkonservativen Kreise undenkbar, sondern bis auf weiteres auch für das sozialistische Exil. Die aus linkssozialistischer Sicht schier unglaubliche Tatsache einer Kooperation des sozialistischen und damit erklärtermaßen antifaschistischen Repräsentationsstaates mit dem nationalsozialistischen Feind wurde als Triumph des russischen Nationalismus über den sozialistischen Internationalismus gewertet[453]. Münzenberg resümierte: „Die alte Ideologie, die Prinzipien der kollektiven Sicherheit und die nur als Tarnung mühselig mitgeschleppten sozialistischen und internationalistischen Doktrinen sind in Stalin-Rußland ein für alle Mal tot und begraben."[454] Damit hatte sich die UdSSR vorerst als Bündnispartner eines freiheitlichen Europas diskreditiert, wenngleich die Überzeugung vorherrschte, daß sie im europäischen Sicherheitsgefüge auch weiterhin eine wichtige Funktion wahrnehmen werde. In diesem Sinne ist auch Budzislawskis enttäuschte Bemerkung zu verstehen, es gehöre zur

Deutschland (April 1940), S. 2–4; erneut abgedruckt in: LIPGENS (Hg.), Föderationspläne 1968, Dok. Nr. 142, S. 416f.

[452] Kriegsziel Europa. Die föderalistische Idee, in: Die Zukunft, II. Jg., Nr. 45 (10. 11. 1939), S. 1; abgedruckt in: VOIGT (Hg.), Friedenssicherung 1988, S. 135–137; englischer Abdruck bei LIPGENS (Hg.), Documents II 1986, Dok. Nr. 207, S. 562ff.

[453] Sozialistische Selbstverständigung. Nach dem deutsch-russischen Pakt. – Ein Diskussionsbeitrag, in: SW, 14. Jg., H. 35 (1. 9. 1939), S. 850–852 (852). Vgl. auch Rußlands Schwenkung – und die sozialistische Bewegung, in: SIB, Nr. 49 (Anfang Dezember 1939), S. 27: „Dieses [russische] Regime steht heute außerhalb der sozialistischen Bewegung; es ist der Verbündete ihrer Todfeinde."

[454] MÜNZENBERG, Der russische Dolchstoß, in: Die Zukunft, II. Jg., Nr. 38 (22. 9. 1939), S. 1.

europäischen Tragödie, daß die große Sowjetmacht damit als Faktor zunächst ausgeschieden sei[455].

Mit dem tiefgreifenden Wandel der linkssozialistischen Position ging eine vorsichtige Annäherung der Europakonzepte einher. Sie basierte auf dem von Sozialisten, Liberalen und Konservativen mitgetragenen Minimalkonsens, daß jedenfalls eine vorübergehende taktische Zwecksolidarisierung mit den westlichen Demokratien Frankreich, Großbritannien und den USA der einzig gangbare Weg sei, um gegen die Doppelbedrohung des Nationalsozialismus und des Bolschewismus wirksam anzugehen. Umstritten war aber, welche langfristigen Konsequenzen diese Zwecksolidarisierung mit dem Westen für ein vereinigtes Europa nach sich zöge. Da die künftige Stellung der SU als europäischer und weltpolitischer Machtfaktor kaum mehr verkannt wurde, die Option einer einseitigen Bindung an den Osten jedoch entfiel, blieben im wesentlichen zwei Orientierungsmuster: Entweder würde sich Europa einer einseitigen Westbindung verschreiben, oder es müßte versuchen, sich zu einem unabhängigen Machtblock zwischen Ost und West zu entwickeln.

Notwendigerweise wurde die sich nun aufdrängende Frage nach einer möglichen taktischen oder gar grundsätzlichen Annäherung an den Westen vorrangig im linkssozialistischen Milieu des Exils geführt. Denn hier war der historische Ort, an dem das Trauma vom August 1939 verarbeitet werden mußte, hier setzte eine umfassende Abwendung von der SU als ideologisches Vorbild und damit als Orientierungspunkt eines vereinigten Europas ein. Über die Eigenständigkeit Europas in der Dichotomie des Ost-West-Konflikts aber wurde nicht nur bei den Sozialisten, sondern in allen Gruppen des deutschen Exils engagiert debattiert.

Das linkssozialistische Exil verweigerte sich einer einheitlichen Linie zur weltpolitischen Position Europas. Traf eine taktisch begründete, auf die Überwindung des Nationalsozialismus beschränkte Annäherung an den Westen auf nahezu uneingeschränkte Zustimmung, so wurde die langfristige Perspektive Nachkriegseuropas unterschiedlich skizziert. Ausschlaggebend war die durch den sowjetischen Frontenwechsel erzwungene axiomatische Substitution. Mit dem Wegfall der Sowjetunion als zentralem Bündnispartner war ein baldiger Sieg des Sozialismus in Europa in weite Ferne gerückt. Sollte der Anspruch der Realisierbarkeit aufrechterhalten bleiben, mußten die linkssozialistischen Europamodelle nun von einem Sieg der Westmächte ausgehen, ohne die der Nationalsozialismus nicht zu überwinden war.

Vor dem Hintergrund dieser Zwangslage bemühte sich der marxistische Dogmatiker Jacob Walcher vergeblich um ideologische Konsequenz. Zwar erkannte auch er die Ostoption als momentan unvertretbar, doch verweigerte er sich einer bloß taktisch motivierten Hinwendung zum Westen, dessen ka-

[455] BUDZISLAWSKI, Die europäische Tragödie, in: Die neue Weltbühne, XXXV. Jg., Nr. 35 (31. 8. 1939), S. 1086.

pitalistisch-imperialistisches Wesen er bisher so erbittert bekämpft hatte. Statt dessen erklärte er eine politische Auszeit, bis der richtige Augenblick für den weltrevolutionären Startschuß in Deutschland gekommen sei[456]. Seine theoretische Konsequenz hob Walcher in der Praxis sogleich wieder auf – und emigrierte in die USA, dem Flaggschiff des Kapitalismus.

Dagegen postulierte die nunmehr als Auslandsvertretung der Gesamtpartei auftretende Londoner SAP-Gruppe ihr taktisch „bedingtes Eintreten für die militärische englisch-französische Anti-Hitler-Front"[457]. Doch bestand sie darauf, daß ein später vereinigtes Europa „in voller Selbständigkeit und Unabhängigkeit sowohl vom englisch-französischen, wie russischen Staatsapparat" stehen müsse[458].

Die Position der Londoner SAP war nachhaltig von Neu Beginnen beeinflußt, mit der man in einer Arbeitsgemeinschaft kooperierte. Neu Beginnen hatte schon zuvor die drohende Spaltung des europäischen Kontinents befürchtet und daraus die Konsequenz gezogen, daß Europa nur als eigenständiger Machtfaktor zwischen Ost und West politisch überleben würde. Wie viele Linkssozialisten, betonte auch Neu Beginnen, daß der Kampf gegen den Nationalsozialismus jetzt nur noch auf der Seite der Westmächte geführt werden könne, „weil wir nur mit ihr während des Krieges in einem Hauptpunkt [gemeint ist der Antifaschismus, B. S.] übereinstimmen und weil nur in ihrem Rahmen eine gewisse Manövrierfreiheit und die Möglichkeit gegeben sind, sich auf echte Bundesgenossen aus der Arbeiterbewegung zu stützen"[459].

Damit war die entscheidende Umorientierung vollzogen, mit der sich Neu Beginnen an die Seite des ISK stellte. Durch die Arbeitsgemeinschaft mit Neu Beginnen war auch die SAP gezwungen, diesen Schritt nachzuvollziehen. In Übereinstimmung mit der Auslandsvertretung der SAP bemühte sich die Gruppe zugleich um eine Beschränkung der Zusammenarbeit mit dem Westen auf ein ideologisch vertretbares Maß, mit anderen Worten: auf die Überwindung des Nationalsozialismus. Klarsichtig erkannte man die Gefahr, daß sich Europa und der europäische Sozialismus bei Kriegsende in einer politischen Zwangslage zwischen dem „kapitalistischen Westen und dem stalinistischen Osten" wiederfinden werde und sprach sich für eine unabhängige Balance zwischen den „potentiell feindlichen Machtfaktoren im Westen und Osten" aus[460]. Dahinter stand das Fernziel eines sozialistischen Europas, an

[456] JACQUES [d. i. WALCHER] an Brandt, 27. 12. 1939, AsD-WBA, Allgemeine Korrespondenz 1939.
[457] [Auslandsvertretung der SAP], Unsere Stellung zum jetzigen Krieg, Dezember 1939, S. 8.
[458] Ibid. S. 9.
[459] [Hertz?], Unsere Kriegsziele und ihre Propaganda in der neuen Lage, o. D. [Anfang 1940], S. 2, AsD, NL Schoettle, M. 51.
[460] Ibid. S. 1.

dem man weiterhin festhielt, ohne dessen Realisierung alsbald erwarten zu können.

Für die Übergangsphase stellte sich mithin das Problem einer vorübergehenden Kooperation mit dem kapitalistischen Westen innerhalb einer europäischen Föderation. Waren solche Überlegungen noch vor kurzem als den Interessen der sozialistischen Bewegung widersprechend abgelehnt worden, sah sich Neu Beginnen nach dem sowjetischen Frontenwechsel gezwungen, unter dem Druck der realpolitischen Verhältnisse eine Föderation sozialistischer und kapitalistischer Staaten zu unterstützen. Dies mußte als momentan einziger umsetzbarer Schritt in Richtung einer letztlich sozialistischen Föderation hingenommen werden. Um so wichtiger war den führenden Köpfen von Neu Beginnen, daß die Idee einer europäischen Föderation nur unter bestimmten Bedingungen propagiert werde, „die uns im Fall einer starken revolutionären Bewegung in Mitteleuropa an einen reaktionären Westen nicht bindet"[461]. Auf diese Weise sollte die Unabhängigkeit Europas und die „sozialistische Selbständigkeit"[462] gegenüber Ost und West bewahrt werden, um das Fernziel einer sozialistischen Kontinentalrevolution zu ermöglichen[463].

Eine deutlichere Abgrenzung zum Osten als Negativimplikation einer dauerhaften Westbindung findet man bei dem ehemaligen Kommunisten Willi Münzenberg. Im Kampf um das Überleben seiner Zeitung *Die Zukunft* beschwor er in einem Brief an Edouard Mounier die Rettung Deutschlands vor der Bolschewisierung: „Ce qui importe, c'est la nécessité de concentrer tous les efforts afin qu'au moins l'Ouest et le Sud de l'Allemagne soient sauvés du bolchevisme et que soit maintenue, dans ces territoires au moins, la possibilité de créer un état démocrate."[464] Als zentrale Figur der deutschen

[461] Ibid. S. 3.

[462] Rußland und die deutsche Revolution, o. D. [Mitte 1940], S. 7, IISG, Coll. Neu Beginnen, M. 41.

[463] Vgl. auch Rußlands Schwenkung – und die sozialistische Bewegung, in: SIB, Nr. 49 (Anfang Dezember 1939), S. 31: „Wir kämpfen heute um die selbständige Entwicklung der neuen sozialistischen Bewegung Deutschlands [...]. Wir werden morgen um die selbständige Entwicklung der deutschen und mitteleuropäischen Revolution gegenüber allen Kräften der Intervention kämpfen und damit um die Voraussetzung jenes Wiederaufstiegs der sozialistischen Weltkräfte, der auch die Sowjetunion von den Schlacken der Reaktionsperiode befreien wird." Ein „doppeltes Spiel", wie es BEHRING, Demokratische Außenpolitik 1999, S. 453 der Gruppe Neu Beginnen unterstellt, findet in den Quellen keine hinreichende Stütze. Gerade die oben zitierte Stellungnahme benennt in aller Öffentlichkeit und ohne erkennbare Verdeckungsabsicht die von Neu Beginnen anvisierte Schrittfolge: erst sozialistische Revolution in Deutschland, dann Übergreifen auf die europäische Ebene und schließlich Durchbruch der Weltrevolution.

[464] Münzenberg an „Monsieur Le Ministre" [Emmanuel Mounier], 25. 9. 1939, S. 3, ANF, F7 15124, M. M. In einem Annex („Ma proposition") schlägt Münzenberg vor, einige Männer, „qui sont prêts à risquer le tout", nach Dänemark oder in die Schweiz, wenn nicht gar direkt nach Deutschland ausreisen zu lassen. Offensichtlich sollte diese Aktion der Vorbereitung eines innerdeutschen Aufstandes dienen. Der Annex befindet sich in Mappe P desselben Bestandes. Ein gleichlautender Brief war unter dem Datum des 21. 9. 1939 an Palewski, den Chef de Cabinet du Ministre des Finances, geschickt

Exilpublizistik durchlief Münzenberg einen beachtlichen „parcours politique“[465]: Er wandte dem Kommunismus, für den er sich so lange eingesetzt hatte, den Rücken zu und widmete sein politisches Engagement für die kurze ihm verbleibende Lebenszeit einer umfassenden, auf dem deutsch-französischen Ausgleich basierenden Europaföderation als Bollwerk gegen den kommunistischen Osten. Mit dieser mutigen Kehrtwende nahm er bewußt einen biographischen Bruch in Kauf, der nur auf den ersten Blick als Widerspruch erscheint. Tatsächlich war Münzenbergs Vorstellung vom Kommunismus nie gelebt worden, und die Hoffnung, dies nachzuholen, war mit dem August 1939 gründlich zerstört worden. Treffend beschrieb der Historiker Gilbert Badia die innere Zwangslage, der sich der emigrierte Verleger ausgesetzt gesehen haben muß: „Münzenberg semble bien de nouveau en 1939, avoir découvert les erreurs stratégiques d'un mouvement qui devaient entraîner, à terme, la mort de ce communisme pour lequel il s'était battu sa vie durant.“[466]

Durch die zunehmend konkreten Überlegungen anderer Exilgruppen und sicherlich auch die unverändert proeuropäischen Voten von Stampfer und Geyer[467] sah sich der Parteivorstand der Sopade zu Beginn des Jahres 1940 veranlaßt, sich mit der politischen Rolle Europas in der Welt nach Kriegsende auseinanderzusetzen. Anstoß der parteitaktischen Wende war ein Referat des altgedienten Sozialdemokraten Rudolf Hilferding „über die Frage der Kriegsziele und über das Problem der Vereinigten Staaten von Europa“[468]. Aufbauend auf einer vorab in der Weihnachtsausgabe des *Neuen Vorwärts*

worden; vgl. ANF, F[7] 15129, M. 2. Zu Münzenbergs Korrespondenz mit Palewski siehe PETERSON, „Dieselben Debatten wie zu Hause“? 1988, S. 901.

[465] BADIA, De l'orthodoxie à la rébellion. Esquisse du parcours politique de Willi Münzenberg, in: Bibiothèque Méjanes/Institut de l'Image (Hg.), Willi Münzenberg (1889–1940). Un Homme Contre 1993, S. 23–32.

[466] Ibid. S. 30.

[467] Vgl. C. G[EYER], Kein Hitlerfrieden. Der Krieg für Frieden und Freiheit in Europa, in: NV, Nr. 330 (15. 10. 1939), S. 1f. sowie F. ST[AMPFER], Die Internationale und der Krieg. Einigkeit und Verwirrung, ibid.

[468] Hilferding, Anmerkungen des Genossen Dr. Rudolf Hilferding über die Frage der Kriegsziele und über das Problem der Vereinigten Staaten von Europa (Vorstandssitzung vom 29. 1. 1940), AsD, Bestand PV-Emigration Sopade, M. 3. Das Dokument, das bei VOIGT (Hg.), Friedenssicherung 1988, S. 50–55 abgedruckt ist, wird in der Literatur häufig überbewertet. So kann keine Rede davon sein, daß Hilferdings Referat einen den Europadiskurs des gesamten sozialistischen Exils betreffenden Einschnitt markiere, wie die Darstellung bei VOIGT (Hg.), Friedenssicherung 1988, S. 34f. nahezulegen scheint. Zwar ist dies ein Dokument von zentraler Bedeutung für die Parteigeschichte der Sopade; im Hinblick auf den gesamten Europadiskurs des Exils aber liegt seine Bedeutung nicht in dem europavisionären Gehalt, sondern in der realistischen Skizzierung der internationalen Nachkriegsverhältnisse: Hilferding erkannte früh die spätere Konstellation des Kalten Krieges mit all ihren außenpolitischen Implikationen. Darüber hinaus zeichnet sein Referat eine ebenso realistische Einschätzung der politischen Bedeutung des Exils aus. Der bloße Hinweis auf das andere, bessere Deutschland könne nicht als ernst zu nehmende Friedensgarantie betrachtet werden; ibid. S. 7.

veröffentlichten Skizze[469] trug Hilferding eine aktualisierte Fassung seines schon vor 1933 formulierten Ansatzes vor[470]. So erneuerte er sein Plädoyer für eine enge Zusammenarbeit mit den Westmächten und sprach sich langfristig für eine Resurrektion des Völkerbundes aus. Hilferding brachte ein hohes Maß an fatalistischem Realismus – nicht aber Resignation[471] – auf, wenn er davon ausging, daß eine solche europäische Neuordnung ohnehin nicht unter Einbindung der Emigranten – auch nicht der exilierten Sozialdemokraten –, sondern allein von den Siegern des Krieges vorgenommen werde. Da Rußland sich aber spätestens mit dem Abschluß des Hitler-Stalin-Paktes als „barbarische Großmacht" offenbart habe, sei der Sieg der Westmächte die zentrale Vorbedingung einer europäischen Neuordnung.

In der wichtigen Frage der Behandlung Rußlands als europäischem Machtfaktor begnügte sich Hilferding mit der Feststellung, daß hierzu zweierlei Auffassungen vertreten würden: „Die einen [befürworten] eine Politik, die es vermeidet, Stalin noch mehr an die Seite Hitlers zu drängen, während die anderen, von der Unvermeidlichkeit des Zusammenschlusses überzeugt, Rußland als offenen Gegner anzusehen bereit sind."[472] Für die Teilnahme an einer grundsätzlich erstrebenswerten europäischen Föderation habe sich die Sowjetunion jedenfalls endgültig diskreditiert[473]. Statt dessen betonte Hilferding die Notwendigkeit einer Teilnahme Englands als kriegführender Westmacht an einer späteren Föderation, obwohl dessen Interessen überwiegend außereuropäischer Natur seien. Hilferdings Referat zeichnet sich also weniger durch eine große europäische Vision als vielmehr durch einen realpolitischen Scharfsinn aus, der den Referenten schon Anfang 1940 die Konstellation des Kalten Krieges vorhersehen ließ: „In erster Linie wird [...] am Ende des Krieges die Regelung bestimmter Machtfragen stehen. [...] Der Frieden kann nur garantiert werden, wenn eine überlegene Macht auf der Seite vorhanden ist, die den Willen zum Frieden hat. [...] Die Stärke der Westmächte wird notwendig sein gegenüber den Drohungen, die auch nach dem Krieg in Europa bestehen bleiben und gegenüber der Entwicklung in dem Fernen Osten."[474]

[469] KERN [d. i. Hilferding], Zwischenakt in Genf, in: NV, Nr. 340 (24. 12. 1939), S. 1–2.
[470] Hilferding, Anmerkungen des Genossen Dr. Rudolf Hilferding, 29. 1. 1940, S. 1, AsD, Bestand PV-Emigration Sopade, M. 3 sowie KERN [d. i. Hilferding], Zwischenakt in Genf, in: NV, Nr. 340 (24. 12. 1939), S. 1.
[471] So die nicht weiter begründete Hypothese VOIGTS (Hg.), Friedenssicherung 1988, S. 35.
[472] KERN [d. i. Hilferding], Zwischenakt in Genf, in: NV, Nr. 340 (24. 12. 1939), S. 2.
[473] Hilferding, Anmerkungen des Genossen Dr. Rudolf Hilferding, 29. 1. 1940, S. 3, AsD, Bestand PV-Emigration Sopade, M. 3. LADEMACHER, Voraussetzungen und Probleme 1977, S. 377 weist darauf hin, daß der bisher latente Antikommunismus in weiten Teilen der deutschen Sozialdemokratie mit dem Hitler-Stalin-Pakt zum Durchbruch gelangte und „mit leichter Hand" eine Ost-Westpolarisierung vollzogen wurde, die auch europapolitische Auswirkungen zeitigte.
[474] Ibid. S. 4f.

Hilferding erkannte in einer klaren Westorientierung die einzige realpolitisch sinnvolle Reaktion Europas auf die zu erwartende Machtkonstellation nach Kriegsende[475]. Dies ergibt sich zunächst aus seinem Bekenntnis zum europäischen Wertekatalog, dessen Repräsentanten er unzweifelhaft in den Westmächten sah[476]. Darüber hinaus ging er davon aus, daß die Westmächte als Sieger dann auch die europäische Neuordnung vornehmen würden[477]. Wenngleich Hilferding eine – durchaus wünschenswerte – britisch-französische Kooperation nicht für realistisch hielt, betrachtete er doch die Westmächte, namentlich Großbritannien und die USA, als die bestimmenden Faktoren eines neuen Völkerbundes und damit auch einer europäischen Neuordnung[478].

An der Seite Hilferdings focht Eugen Brehm für eine dauerhafte Ausrichtung an den westlichen Demokratien. Die realpolitischen Mächteverhältnisse diktierten eine nach Kriegsende beizubehaltende Zwecksolidarisierung mit den Westmächten, denn: „Wir haben heute nur die Wahl, entweder impotent beiseite zu stehen, um nachher auch bei der Neugestaltung Europas nicht mitreden zu können, oder Herz und Waffen in die Wagschale jener Mächte zu werfen, die den Barbarismus bekriegen."[479]

Dieses Ansinnen entsprach dem Grundverständnis des linken Katholizismus, dessen Weltbild im deutschen Exil von Hubertus Prinz zu Löwenstein und Werner Thormann aufrechterhalten wurde. Löwenstein und Thormann verfochten nach dem Abschluß des Hitler-Stalin-Paktes, den auch sie als „Katastrophe" empfanden, eine europäische Föderation auf der Basis der sozialistisch-demokratischen Bewegung, wie sie die Weimarer Koalition aus Sozialdemokraten, Zentrum und Deutschen Demokraten repräsentiert habe[480]. Werner Thormann erblickte darin die europäische Aufgabe

[475] Im Ergebnis übereinstimmend BEHRING, Demokratische Außenpolitik 1999, S. 483. Die klare Westorientierung ergibt sich darüber hinaus aus Geyers wiederholter Parole von der „europäischen Demokratie" als auch aus Stampfers dezidiert prowestlichem Plädoyer.

[476] Hilferding, Anmerkungen des Genossen Dr. Rudolf Hilferding, 29. 1. 1940, S. 1, AsD, Bestand PV-Emigration Sopade, M. 3: „Es geht dieses Mal nicht in erster Linie um wirtschaftliche Gegensätze, es geht auch nicht um territoriale Fragen. Im Mittelpunkt dieser Auseinandersetzung steht praktisch der Kampf um all das, was seit der Zeit der Renaissance zum Kulturbesitz der Menschheit geworden ist. Daher ist das allererste und wichtigste Kriegsziel der Sieg der Westmächte. Die Erreichung dieses Ziels ist noch um so wichtiger geworden, nachdem auch die andere barbarische Großmacht, Rußland, auf die Gegenseite getreten ist."

[477] Ibid.: „Teilt man diese [Hilferdings] Vorstellungen, dann muß man den Sieg der Westmächte als das primäre Kriegsziel betrachten und man kann dann über alle anderen Fragen, wie Neuordnung in Europa, Vereinigte Staaten von Europa usw. in Ruhe diskutieren."

[478] Ibid. S. 4.

[479] Ibid. S. 931.

[480] LÖWENSTEIN, Europas kommender Friede, in: Die Zukunft, II. Jg., Nr. 36 (6. 9. 1939), S. 3: „Den Kräften des demokratischen Sozialismus wird schon jetzt große Bedeutung zufallen, denn seine Haltung, sein Evolutionsprogramm und seine gesunde

schlechthin, denn es gehe um die Erhaltung der abendländischen Kulturtradition, die es vor Stalinismus und extremem Nationalismus gleichermaßen zu schützen gelte[481]. Zugleich handle es sich um eine vordringliche Aufgabe des deutschen Exils, denn: „Der abendländische Geist, der auf deutschem Boden die Leistungen hervorbrachte, auf denen die Rechtstitel des ‚anderen Deutschland' beruhen, wird aus dem inneren Exil in die Seele des deutschen Volkes hineinzutragen sein."[482] Den abendländischen Geist aufrechterhalten hieß auch, das Abendland über die kulturellen Gemeinsamkeiten hinaus zu einer moralischen und politischen Einheit zu formen, die der „Entchristlichung des Völkerlebens" ein Ende bereiten müsse[483]. Mit den Westmächten wußten sie sich sowohl in der kurzfristig militärischen als auch in der langfristig ideologischen Zielsetzung einig, denn diese würden weder die Wiedererrichtung eines nationalistischen Deutschlands zulassen noch eine Bolschewisierung Mitteleuropas[484].

### 2.2.4. Profilschärfung in der Föderalismusdebatte

Von nun an stand weniger das Warum einer europäischen Einigung im Vordergrund als vielmehr das Wie. Da nicht nur hinsichtlich der Motivationen für ein vereinigtes Europa, sondern nun auch in der Ablehnung einer europäischen Ostorientierung weitgehende Einigkeit zwischen den Exilgruppen herrschte, bot die Frage der Institutionalisierung, insbesondere die politische Evaluation der nationalen Souveränität, eine willkommene Plattform für die Schärfung des eigenen Europaprofils[485]. Hier war das nach dem Hitler-Stalin-Pakt letzte verbleibende Konzeptionsfeld, auf dem man die eigene Europakonzeption präzisierend von anderen Konzeptionen abgrenzen und sich als überlegener Europavisionär, teilweise auch als geeigneter Außenpolitiker des künftigen Deutschland empfehlen konnte.

*Einschränkung der Souveränität* Trotz des desolaten Zustandes der SAP waren es gerade zwei Mitglieder dieser ihres dogmatischen Fundamentes beraubten Partei, die mit deren europapolitischer Enthaltsamkeit brachen und sich mit auffallend konstruktiven Beiträgen in die Föderalismusdebatte einbrachten. Der junge Journalist Willy Brandt war nach Norwegen geflohen und gehörte dort einem kleinen Zirkel engagierter norwegischer und deut-

Mischung von Weltbürgertum und nationaler Verantwortung, werden dem kommenden Deutschland wohl zu dienen vermögen."

[481] Vgl. THORMANN, Eine europäische Aufgabe. Demokratie und Sozialismus müssen neugedacht werden, in: Die Zukunft, III. Jg., Nr. 18 (3. 5. 1940), S. 1.

[482] Ibid.

[483] LÖWENSTEIN, Europas kommender Friede, in: Die Zukunft, II. Jg., Nr. 36 (6. 9. 1939), S. 3.

[484] THORMANN, Um den Frieden Europas, in: Die Zukunft, II. Jg., Nr. 42 (20. 10. 1939), S. 3.

[485] Zur Föderalismusdebatte im Exil vgl. die vorzügliche Analyse von BECKER, Verfassungspläne 2001.

scher Sozialisten an, bis er Ende April 1940 vor der Wehrmacht flüchten mußte und später die illegale Widerstandstätigkeit in Schweden fortsetzte. Der vier Jahre ältere Eugen Brehm, der schon 1938 einen bis ins Detail ausgearbeiteten europäischen Aufgabenkatalog entworfen hatte, führte seinen individualistischen Kurs fort und sah sich durch die Ereignisse vom August und September 1939 auf dem richtigen Weg.

Brehm begann zu dieser Zeit, sich von der letzten SAP-Position zu verabschieden: dem Prinzip des Internationalismus als außenpolitischer Pfeiler des sozialistischen Ideologiegebäudes. Kurz nach seiner Wahl in den Vorstand der Volkssozialistischen Bewegung sagte er sich los von „der betonten Beziehungslosigkeit zur Nation, dem gekünstelten Internationalismus, der Traditionslosigkeit und dem Materialismus, aus denen schließlich der kulturelle Nihilismus mit allen seinen Begleiterscheinungen erwuchs“[486]. Vorzuziehen sei eine freie Föderation der Staaten Europas, deren Aufgabe gerade die Bewahrung der nationalen Selbständigkeit ihrer Mitglieder und der Schutz der abendländischen Werte sein müsse[487]. Als Beratungsorgan regte der volkssozialistische Pazifist und SAPler ein Europäisches Forum an, das durch ein internationales Schiedsgericht unterstützt werden sollte[488]. Offen ließ Brehm, ob das Europäische Forum aus Vertretern der Mitgliedstaaten oder aus eigens gewählten Volksvertretern zusammenzusetzen sei.

Mit seinem 1940 auf norwegisch erschienenen Buch „Stormaktenes krigsmål og det nye Europa“ legte Brandt ein europapolitisches Dokument ersten Ranges vor, das hinsichtlich der Klarheit des föderalen Bekenntnisses und der logischen Schärfe bis ins Detail mit Brehms „Bemerkungen zur Außenpolitik“ vergleichbar ist. Brandt zeigte auf, daß es nur durch eine föderale Lösung der europäischen Frage möglich sei, größere soziale und wirtschaftliche Freiheit zu gewährleisten. Er pflichtete Eichler bei, daß einem europäischen Machtblock unbedingt die aggressiv-bellizistische Spitze gegen andere kontinentale Zusammenschlüsse genommen werden müsse[489]. In aller Deutlichkeit nannte der junge Emigrant die entscheidende Weichenstellung beim Namen: „Die Europäer stehen vor der Wahl zwischen einer neuen imperialistischen Machtlösung und einer demokratischen, föderativen Neuordnung.“[490]

Eingehender als Brehm beschäftigte sich Brandt mit dem Gedanken des internationalen Rechts, der entscheidend gestärkt und zur Grundlage jedes internationalen Zusammenschlusses erhoben werden müsse. Im Augenblick jedoch stehe das Völkerrecht in der Gefahr, von der europäischen Wirklichkeit des Nationalsozialismus überrollt zu werden.

[486] [BREHM], Thesen der Deutschen Volkssozialisten, in: Volkssozialistische Blätter, Nr. 1 (November 1939), 7. These, S. 14.
[487] Ibid. S. 15ff. (17).
[488] Ibid.
[489] BRANDT, Stormaktenes krigsmål, abgedruckt in: VOIGT (Hg.), Friedenssicherung 1988, S. 56–70 (56f.).
[490] Ibid. S. 57.

In realistischer Einschätzung von Mensch und Staat wandte Brandt gegen die auf ein neues Völkerrecht fokussierten Bestrebungen des ISK ein, daß allein der Respekt vor internationalen Normen nicht ausreiche, um den Frieden dauerhaft zu sichern. Vielmehr sei internationale Politik gleichbedeutend mit dem Zusammenspiel verschiedener Gesellschaften, so daß einer Neuordnung Europas denknotwendig die gesellschaftliche Befreiung von der Profitgier einzelner voranzugehen habe[491]. Erst in einem zweiten, unerläßlichen Schritt müsse statt allgemeiner völkerrechtlicher Prinzipien vorzugsweise ein Grundgesetz der Vereinigten Staaten von Europa verabschiedet werden. Wichtigste Funktion eines solchen Grundgesetzes müsse sein, den Bürgern unabhängig von Sprache, Rasse oder Glaubensbekenntnis gemeinsame Grundrechte zu geben, die allgemeinverbindlich und einklagbar zu gestalten seien[492] – denn „noch schlimmer als Verstöße gegen das Gesetz ist das Fehlen eines Gesetzes"[493].

Eng verbunden mit dem Aspekt der Weiterentwicklung des Völkerrechts war die fortgesetzte Auseinandersetzung um den Stellenwert der nationalen Souveränität. Eichler begann, die alte Forderung des ISK nach einer Beschränkung der nationalen Souveränität zugunsten eines übernationalen Europas schärfer gegen andere Europakonzepte des Exils abzugrenzen. Im Januar 1940 kritisierte er die stereotyp wiederholte Parole Otto Strassers für nationale Freiheit, soziale Gerechtigkeit und europäische Zusammenarbeit als oberflächlich und wenig aussagekräftig. Sarkastisch bemerkte der umtriebige Leiter des ISK, solch ein proeuropäisches Bekenntnis sei „an sich erstaunlich im Munde von Nationalisten, denen das ‚Völkische' eine Idee ist", zumal der Grundgedanke der Solidarität der weißen Rasse einen bellizistischen Nukleus in sich trage[494]. Er wiederholte die vehement verfochtene These, daß ein vereinigtes Europa sinnvoll nur durch einen weitreichenden Souveränitätsverzicht der Mitgliedstaaten erreicht werden könne, da der Aberglaube an die Souveränität jedes wirkliche Völkerrecht unmöglich mache[495].

Demgegenüber mahnte Hilferding einen zwar kritisch-distanzierten, aber für die kulturelle Autonomie von Minderheiten durchaus sinnvollen Rückgriff auf das Selbstbestimmungsrecht an. Da es jedoch für die politische Ordnung des Kontinents nur bedingt geeignet sei, eine den Frieden garantierende Lösung zu finden, solle man „nicht allzu viel" mit dem Selbstbestimmungsrecht der Völker arbeiten[496]. Brandt wurde konkreter: Eine Einschränkung

[491] Ibid. S. 65.
[492] Ibid. S. 67.
[493] Ibid. S. 62.
[494] HART [d. i. Eichler], Zehn Thesen der deutschen Opposition, in: SW, 15. Jg., H. 1 (4. 1. 1940), S. 1–5 (4).
[495] HART [d. i. Eichler], Europa als Aufgabe, in: SW, 14. Jg., H. 42 (23. 11. 1939), S. 985–988 (987).
[496] Hilferding, Anmerkungen des Genossen Dr. Rudolf Hilferding, 29. 1. 1940, S. 7, AsD, Bestand PV-Emigration Sopade, M. 3.

der nationalen Souveränität sei notwendig, dürfe aber zur völligen Aufhebung der nationalen Unabhängigkeit führen[497]. Im Umkehrschluß folgt daraus die Erkenntnis, der sich Brandt keineswegs verschloß, daß eine Einschränkung (nicht Aufhebung) des Selbstbestimmungsrechts denknotwendig auch eine Einschränkung der nationalen Souveränität bedingt. Es ist Brandts Verdienst, auf die Vereinbarkeit des Selbstbestimmungsrechts mit dem Föderationsgedanken aufmerksam gemacht zu haben. Als integraler Bestandteil einer föderativen Rechtsordnung habe das notwendig relativierte Selbstbestimmungsrecht die Aufgabe, die Bevölkerung der einzelnen Staaten sowohl über den Beitritt als auch über einen möglichen Austritt aus der Völkergemeinschaft entscheiden zu lassen[498]. Innerhalb der Föderation werde ein ständiger Ausgleich zwischen der nationalen Unabhängigkeit und den Interessen der Gesamtorganisation erforderlich sein, als dessen effektives Werkzeug der Verfasser das Subsidiaritätsprinzip andeutete: „Dann wird bei Angelegenheiten, die von entscheidender Bedeutung für den Nutzen der Allgemeinheit sind, die nationale Souveränität kein unüberwindliches Hindernis mehr sein."[499]

*(Kon)Föderale Binnenstruktur* Nach der grundsätzlichen Erörterung einer völkerrechtlich legitimierten Einschränkung des Souveränitätsprinzips galt es, die Ausgestaltung der europäischen Binnenstruktur zu konkretisieren und den Umfang der föderativen Integration zu bestimmen. Angesichts eines inflationären Gebrauchs des Föderationsbegriffs für bundesstaatliche, konföderale sowie bloß multilaterale Europakonzeptionen warnte Willy Brandt in Oslo vor einer „imperialistischen Verdrehung des Föderativgedankens" und einer drohenden Beliebigkeit der Begriffe: „Inzwischen besteht die Gefahr, daß die ganze föderative Idee kompromittiert wird. Sie ist dabei, zu einer Zauberformel zu werden, zu einem neuen Schlagwort, dem jeder den Inhalt gibt, der ihm am besten paßt, abgesehen davon, daß viele etwas anderes sagen, als sie eigentlich meinen."[500]

Tatsächlich wurde für die europäische Binnenstruktur oft ein Staatenbund mit zukünftigem Integrationspotential bevorzugt; die sofortige Errichtung eines Bundesstaates im Sinne einer Föderation mit einer starken Zentralgewalt konnten sich bei weitem nicht alle Beteiligten vorstellen. Im Grundsatz aber sah man im Föderalismus das einzig erfolgversprechende Ordnungsprinzip zur Lösung der europäischen Frage. Dies galt um so mehr für die Minderheitenprobleme und Nationalitätenkonflikte, die insbesondere in

[497] Vgl. BRANDT, Stormaktenes krigsmål, abgedruckt in: VOIGT (Hg.), Friedenssicherung 1988, S. 56–70 (63).
[498] Ibid. S. 66. Brandt sprach sich zugleich gegen das Prinzip der unbedingten Neutralität aus, das sich „schwerlich mit den Erfordernissen der europäischen und internationalen Gemeinschaft vereinen" lasse; ibid. S. 63.
[499] Ibid. S. 68.
[500] Ibid. S. 56f.

Ost- und Südosteuropa einer Antwort harrten. Daher beurteilten viele Diskursteilnehmer eine Balkanföderation sowie eine ost- und mitteleuropäische Föderation als vordringliche Aufgabe zur föderativen Befriedung einer von ethnischen Auseinandersetzungen zerrissenen Region[501]. Es liege gerade im Interesse Deutschlands, sein Verhältnis zu den östlichen Nachbarn innerhalb einer mitteleuropäischen Teilföderation zu lösen, um auf diese Weise zugleich die vielfältigen ethnischen Gegensätze in einem größeren Rahmen aufzuheben[502]. Voraussetzung sei jedoch die vorherige Überwindung des deutschen Imperialismus und die Verhinderung einer erneuten deutschen Hegemonie, insbesondere in wirtschaftlicher Hinsicht.

Zwar konnte man sich auf eine weitreichende Wirtschaftsunion einigen, doch schon die in einigen Europakonzepten vorgesehene Währungsunion stieß auf nur verhaltene Zustimmung. Statt dessen wurde ein Währungsleitsystem mit festen Wechselkursen und einem einheitlichen Goldstandard angeboten. Auch über die Erforderlichkeit einer bundeseinheitlichen Außenpolitik wurde kontrovers diskutiert.

Die Auslandsleitung der SAP mußte erkennen, daß der zuletzt praktizierte bequeme Verweis auf die föderative Ordnung der Sowjetunion als Vorbild für ein föderiertes Europa nun endgültig seine Überzeugungskraft eingebüßt hatte[503]. Daher mußte ein eigenes Konzept entwickelt werden, das sich am Ende der internen Debatte als Konföderationsmodell darstellte. Mit Blick auf die Abgrenzungsschwierigkeiten zu anderen Konzepten einer europäischen Föderation, die „in Worten sogar von Chamberlain und anderen kapitalistischen Staatsmännern genannt wird"[504], erhob die SAP die sozialistische Ausrichtung ihres Entwurfes zum wesentlichen Unterscheidungsmerkmal: Es sei klar, daß eine solche Föderation „nur unter sozialistischer Ordnung endgültig durchführbar und lebensfähig sein kann"[505]. War die föderal-sozialistische Position für Neu Beginnen und ISK in den langen Jahren der Emigration zur Selbstverständlichkeit gewachsen[506], mußte sich die SAP, die den

[501] Mit der ost- und/oder mitteleuropäischen Föderation wurde in der Regel an die alte Idee der mitteleuropäischen Donauföderation angeknüpft, die mit Stern-Rubarths „Western Slav Federation" gleichzusetzen ist; vgl. z.B. das einflußreiche Gemeinschaftswerk von Neu Beginnen, SAP und RSÖ: HAGEN [d. i. Frank] et al., Der kommende Weltkrieg 1939, S. 29ff.; des weiteren: Hilferding, Anmerkungen des Genossen Dr. Rudolf Hilferding, 29. 1. 1940, S. 7, AsD, Bestand PV-Emigration Sopade, M. 3; STERN-RUBARTH, Exit Prussia 1940, S. 145–152.

[502] Vgl. BRANDT, Stormaktenes krigsmål, abgedruckt in: VOIGT (Hg.), Friedenssicherung 1988, S. 56–70 (60).

[503] Noch in der gemeinsam mit Neu Beginnen und RSÖ herausgegebenen Broschüre: Der kommende Weltkrieg 1939 (insb. S. 33) wurde die Sowjetunion als Musterföderation gepriesen.

[504] [Auslandsvertretung der SAP], Unsere Stellung zum jetzigen Krieg, Dezember 1939, S. 9, IfZ, Slg. W. Röder, ED 200/2.

[505] Ibid.

[506] Als zeitlich vergleichbares Dokument sei das Bekenntnis von Neu Beginnen zur ge-

Europadiskurs mit Ausnahme von Brehm bisher stets ignoriert hatte, dem föderalen Gedanken erst allmählich nähern.

Sehr weitgehende, nahezu radikal anmutende Binnenföderationspläne wurden insbesondere von Grossmann, Löwenstein und Arnold Brecht präsentiert. Unter dem unmittelbaren Eindruck des Kriegsausbruchs hatte der Pazifist und Sozialdemokrat Kurt Grossmann in den USA beschlossen, auf eigene Faust eine partei- und gruppenübergreifende Interessenvertretung des deutschen Exils zu organisieren, der er den umständlichen, aber programmatischen Namen „Komitee für einen gerechten Frieden, ein demokratisches Deutschland und ein föderatives Europa" gab[507]. Ein Rundschreiben, das er mit Datum vom 6. November 1939 an die Sozialdemokraten Hertz, Aufhäuser, Tillich, Sollmann und Seger ebenso wie an die Linkskatholiken Hubertus Prinz zu Löwenstein und Carl Spiecker sowie namhafte Intellektuelle wie Thomas Mann und Albert Einstein verschickte, wurde nur mäßige Resonanz entgegengebracht[508]. Dennoch erlebte das Grossmann-Komitee neben der Initiierungsphase eine kurze aktive Phase, während der in nicht weniger als fünf Sub-Komitees engagierte Debatten um ein europäisches Zukunftsprogramm geführt wurden. Schon im Herbst 1940 aber schliefen die Aktivitäten ein, bis schließlich die Zusammenarbeit der Gründer wegen interner Zerwürfnisse im März 1941 ein Ende fand[509]. Nach April 1940 ist lediglich ein weiteres Dokument des Komitees aus dem Herbst desselben Jahres überliefert.

Zunächst aber gelang es Grossmann unter erheblichem persönlichen Engagement, am 5. Januar 1940 die erste Sitzung des „Komitees für einen gerechten Frieden, ein demokratisches Deutschland und ein föderatives Europa" einzuberufen. Der Name war Programm: Man wollte Vorschläge

samteuropäischen Föderation genannt: Zur Diskussion über die Kriegsziele, in: SIB, Nr. 48 (Oktober 1939), S. 9–13 (12f.).

[507] Dem von Grossmann initiierten Komitee für einen gerechten Frieden, ein demokratisches Deutschland und ein föderatives Europa hat die Forschung bislang kaum Beachtung beschenkt. Trotz seiner kurzen und im Ergebnis fruchtlosen Arbeitsphase enthält der Nachlaß Grossmann im Münchener Institut für Zeitgeschichte doch einige bemerkenswerte Dokumente zur Geschichte des politischen Exils, insbesondere zum Europadiskurs im Exil.

[508] Vgl. Grossmanns maschinengeschriebenen Verteiler mit handschriftlichen Randbemerkungen über die jeweilige Reaktion des Adressaten; IfZ, ED 201/1, NL Grossmann. Bemerkenswert ist die höflich-reservierte, möglicherweise sarkastisch intendierte Antwort Albert Einsteins an Grossmann vom 6. 12. 1939, IfZ, NL Grossmann, ED 201/1: „Sehr geehrter Herr Grossmann, ich muß die Schaffung der politischen Formen der Zukunft vertrauensvoll Ihnen und Ihren Freunden überlassen, da es mir auf dem Gebiete der Menschen-Beeinflussung – soll ich sagen Gott sei Dank? – an jeglicher Erfahrung fehlt. Freundlich grüßt Sie, Ihr A. Einstein."

[509] Die internen Auseinandersetzungen hatten sich an dem von Gregory Feige (Catholic Association, Washington, D. C.) gegenüber Grossmann geäußerten Plagiatsvorwurf entzündet und gipfelten in einem mit persönlicher Kritik gespickten Brief vom 21. 3. 1941. Dies stellt zugleich das letzte Dokument zur Geschichte des Grossmann-Komitees dar.

entwickeln für eine möglichst umfassende Regelung der europäischen Nachkriegsordnung und der künftigen Rolle Deutschlands. Als Fernziel hatte Grossmann einen Zusammenschluß europäischer Emigranten unterschiedlicher Nationalitäten hinter dem Banner einer gemeinsamen Europavorstellung vorgegeben[510].

Maßgebliche Orientierung verlieh den Diskussionen des Grossmann-Komitees ein Thesenpapier, das Grossmann selbst noch im Dezember 1939 erstellt hatte und das von dem Ko-Initiator Erwin Kraft um die ökonomischen Aspekte ergänzt worden war[511]. Grossmann trat für eine möglichst weitgehende Einschränkung der nationalen Souveränität ein und favorisierte eine starke europäische Föderation: „Die Mitgliedstaaten übertragen der Europäischen Föderation ihre juristische Souveränität in allen Fragen, die die Föderation direkt oder indirekt angehen."[512] Damit hatte auch Grossmann das der katholischen Sozialphilosophie entstammende Subsidiaritätsprinzip umschrieben, demzufolge die Zuständigkeit der nächsthöheren Handlungsebene nur dann begründet ist, wenn ein Eingreifen der unteren Handlungsebene unmöglich oder zumindest unzweckmäßig wäre. Erwin Kraft wurde noch deutlicher: „The ultimate goal of the Federation should be a form of super-national government in which will be vested most of the functions which are now being exercised by the separate national governments."[513]

Wenngleich der Zeitplan für die Kompetenzenübertragung in der Sitzung des Federation Sub-Committees am 8. Februar 1940 kontrovers diskutiert wurde[514], hat doch kaum eine andere Gruppe des deutschen Exils zu diesem relativ frühen Zeitpunkt des Europadiskurses solch ein unzweideutiges Bekenntnis zur supranationalen Struktur und zur weitestgehenden Aufhebung der nationalen Souveränität abgegeben. Vielmehr waren viele Emigranten ge-

[510] Vgl. [Grossmann], Thesen zur Kriegszieldiskussion am 5. 1. 1940, IfZ, NL Grossmann, ED 201/1.

[511] Vgl. [Grossmann], Europäische Föderation, o. D. [November/Dezember 1939], IfZ, NL Grossmann, ED 201/1 sowie Erwin Kraft, Some thoughts on a scheme for a federated Europe, Januar 1940, IfZ, NL Grossmann, ED 201/1. Zur Datierung: Da Grossmann am 6. 11. 1939 mit der Organisation des Komitees begann und Krafts ergänzender Entwurf vom Januar 1940 datiert, muß Grossmanns Thesenpapier im November oder Dezember 1939 erarbeitet worden sein. Die vom Komitee letztlich verabschiedete Version vom Herbst 1940 wich kaum von den Vorschlägen Grossmanns und Krafts ab; vgl. GROSSMANN et al., European Federation. Essay agreed upon by a group of Anti-Nazi German-Americans during the Fall of 1940, Herbst 1940, IfZ, NL Grossmann, ED 201/1. Dieses Dokument wurde am 20. 3. 1941 verschickt. Wie sich aus einem Schreiben Grossmanns an die Catholic Association for International Peace in Washington, D. C. vom 27. 7. 1942 ergibt, wurde diese endgültige Fassung von Veit Valentin, Paul Tillich, Gregory Feige, Erwin Kraft u. Kurt R. Grossmann selbst angefertigt, so daß die nahezu unveränderte Übernahme der beiden Entwürfe nicht verwundert.

[512] Ibid. S. 3.

[513] Kraft, Some thoughts on an scheme for a federated Europe, Januar 1940, S. 1, IfZ, NL Grossmann, ED 201/1.

[514] Vgl. Minutes of the Federation Sub-Committee Meeting, February 8, 1940, IfZ, NL Grossmann, ED 201/1.

genüber einer allzu forschen Integration aus Rücksicht auf die spezifisch deutschen Interessen skeptisch, insbesondere wollte man sich die Festlegung der deutschen Grenzen für die späteren Friedensverhandlungen offenhalten. Man scheute sich, ohne Not die diesbezüglichen Einflußmöglichkeiten aus der Hand zu geben.

Nach Grossmanns Ansicht sollte die föderative Exekutivgewalt vor allem auf ihrer militärischen Überlegenheit gegenüber den Mitgliedstaaten beruhen[515]. Faktisch lief Grossmanns Ansatz auf eine völlige militärische Entmachtung der Nationalstaaten hinaus. Neben der Ausgestaltung der militärischen Binnenstruktur beschäftigte sich Grossmann mit dem Problem der europäischen Minderheiten, für die er einklagbare Rechtspositionen wie uneingeschränkte Kulturautonomie, Wiedergutmachung und Einbürgerung der Staatenlosen verlangte[516].

Grossmanns umfassender Föderalismus stieß bei linkskatholischen Föderalisten wie Löwenstein auf lebhafte Unterstützung. In einer Rede vor dem International Relations Club in San Diego, Kalifornien, skizzierte Löwenstein einen Europäischen Bund, der auf den staatsrechtlichen Prinzipien der Demokratie, des Rechtsstaates und des Bundesstaates fußte und die moralische Weltordnung des Christentums anzuerkennen habe[517]. Nicht die Souveränität der Mitgliedstaaten, sondern die Souveränität der Mitgliedsvölker gelte es zu bewahren, um ihnen „unter der Herrschaft des Bundesprinzips" ein kulturelles Eigenleben zu ermöglichen[518]. In allen wesentlichen politischen Bereichen wollte der ehemalige Leiter katholischer Jugendorganisationen dem Bund eine eigene Kompetenz einräumen. Unklar blieb jedoch, ob er die Bundeskompetenz als ausschließliche, konkurrierende oder parallele Kompetenz neben denjenigen der Mitgliedstaaten verstand. Nur für den Bereich der Außenpolitik erachtete Löwenstein ausdrücklich eine konkurrierende Kompetenzregelung für zweckmäßig[519]. Die Einrichtung von Bundesministerien schlug er namentlich für die Bereiche Außenpolitik, Verteidigung, Finanzen, Justiz, Handel, Arbeit, Wissenschaft und Unterricht vor[520]. Löwenstein verstand das föderale Bundesprinzip als funktionale und zugleich juristische Ordnung. Keinen Zweifel ließ er an der Ernsthaftigkeit seiner bundesstaatlichen Konzeption, die in juristischer Hinsicht durch den Grundsatz „Bundesrecht bricht Staatsrecht" untermauert werden müsse[521].

515 [Grossmann], Europäische Föderation, o. D. [November/Dezember 1939], S. 1, IfZ, NL Grossmann, ED 201/1.
516 Ibid. S. 3.
517 Löwenstein, Die Zukunft Europas. Rede, gehalten am 3. 11. 1939 vor dem „International Relations Club" in San Diego, Kalifornien, ANF, F7 15126, M. 2. Der Hinweis auf die moralische Weltordnung des Christentums findet sich auf S. 8.
518 Ibid. S. 12.
519 Ibid. S. 15.
520 Ibid.
521 Ibid.

In den wesentlichen Elementen stimmte Löwensteins Europabild mit den Gedanken des liberalen Politikprofessors Arnold Brecht überein, der ebenfalls in die USA emigriert war. So wollte auch Brecht eine Föderation im Sinne eines Bundesstaates, scheute sich jedoch vor einer Orientierung an dem weitgehenden amerikanischen Föderalismus, der in Ermangelung einer vergleichbaren Homogenität zwischen den europäischen Staaten nicht übertragen werden könne[522]. Insbesondere ein Verzicht Großbritanniens und Frankreichs auf die nationale Kompetenz in der Außen- und Sicherheitspolitik erschien dem ehemaligen Reichsministerialbeamten als unrealistisch. Andererseits müsse eine starke Bundesgewalt mit gewichtigen politischen Zuständigkeiten geschaffen werden, die zur Sicherung ihrer Effizienz auf das Einstimmigkeitsprinzip zu verzichten habe. Brecht suchte daher nach „something in between the United States and the League models„[523].

Das bürgerlich-konservative Exil tat sich häufig schwer mit einem klaren Bekenntnis zum Föderalismus. Oft erschöpften sich die europaföderalistischen Bekundungen in Lippenbekenntnissen, hinter denen sich tatsächlich konföderalistische Vorstellungen verbargen. Diese orientierten sich meist am Paneuropagedanken, den Coudenhove im Oktober 1939 aus seiner Außenseiterposition heraus dem Exil ins Gedächtnis zurückzurufen versuchte[524]. Wie der Sozialdemokrat Hilferding hofften auch viele bürgerliche Emigranten mitunter auf eine britisch-französische Kernsolidarität, insbesondere in wirtschaftlicher Hinsicht[525].

Unter den konservativen Beiträgen zum Europadiskurs ist Edgar Stern-Rubarths „Exit Prussia" von herausragender Bedeutung. In seinem Anfang 1940 edierten Werk entwarf der Publizist einen genauen Plan zur Auslöschung Preußens, das er als Wurzel deutscher Fehlentwicklungen betrachtete. Herausragend ist Stern-Rubarths Buch deshalb, weil damit ein durchdachter Verfassungsentwurf für eine europäische Föderation vorlag, der zahlreiche Details wie Mehrheitsquoten und juristische Verfahrensfragen enthielt[526]. Stern-Rubarth, der sich regelmäßig in der *Contemporary Review* zu Wort meldete, äußerte sich zur Europafrage zwar relativ selten, aber pointiert. Eine dauerhafte Befriedung des europäischen Brandherdes versprach sich der langjährige Streiter für die deutsch-französische Versöhnung allein von der „creation of political entities sufficiently equivalent to each other to justify such an equal voting right in affairs concerning several or all of

[522] Brecht, Political Basis of a durable peace, Rede vor dem International Institute of Cultural Relations des Wells College in Aurora, N. Y., 26. 4. 1940 (Niederschrift vom 5. 10. 1940), S. 2, BAK, NL Brecht, N 1089, Bd. 111.
[523] Ibid. S. 3.
[524] COUDENHOVE-KALERGI, Europa von morgen, in: NTB, 7. Jg., H. 44 (28. 10. 1939), S. 1016–1020. Es handelt sich dabei um einen teilweise wörtlichen Auszug aus Coudenhoves Schrift Kommen die Vereinigten Staaten von Europa? 1938.
[525] Das europäische Wirtschaftsproblem der Zukunft, in: Das Wahre Deutschland (April 1940), S. 8–12 (insb. S. 11).
[526] STERN-RUBARTH, Exit Prussia 1940.

them"[527]. Um ein in diesem Sinne „well-balanced Europe" zu gewährleisten, sollten den Großmächten Frankreich, Deutschland, Italien und Großbritannien innerhalb eines gesamteuropäischen Zusammenschlusses vier Regionalföderationen – eine Iberische, eine Westslawische, eine Oslo- und eine Balkanföderation – als gleichberechtigte Mitglieder gegenübergestellt werden[528]. Nach Grossmanns Konzept dagegen waren nur Einzelstaaten mitgliedsfähig, nicht aber Föderationen. Die ursprünglich vorgesehene Bestimmung, die innerhalb der bestehenden Europaföderation einen Zusammenschluß mehrerer Mitglieder ermöglichte, hatte Grossmann in seinem Manuskript wieder gestrichen, um den Einigungsprozeß Gesamteuropas nicht durch Teilföderationen zu gefährden[529].

Als ersten Schritt auf dem Weg zu einem europäischen Patriotismus betrachtete Stern-Rubarth die Einführung einer europäischen Staatsangehörigkeit, die zunächst den Soldaten der europäischen Bundesarmee zu verleihen sei[530]. Dies entsprach Stern-Rubarths Ansicht, daß der Patriotismus nicht starr an die Nation gebunden, sondern einem Prozeß stetiger Erweiterung unterworfen sei: „To those who are afraid of having their patriotic loyalty infringed by such new and larger entities, let it be said that patriotism never was, or is, *confined* [Hervorhebung im Original, B. S.] to a limited geographical unit. Our loyalty, our love for the community to which we belong has widened with the times. From the tribe, the town, the duchy, it has expanded to the nation, the empire; and there is no earthly reason why it should stop there."[531]

Im Rückgriff auf Weimarer Diskussionsansätze erwiesen sich die Konzeptionen einer europäischen Wirtschaftsunion als verhältnismäßig konvergent. Erörterungswürdig waren vor allem drei Problemkreise: die ordnungspolitische Gestaltung der Wirtschaftsunion als Plan- oder Marktwirtschaft, die Alternative zwischen Währungsunion und einem festen Wechselkurssystem sowie das Integrationstempo der allgemein geforderten Zollunion.

Für die Errichtung einer europäischen Planwirtschaft nach sozialistischem Modell führte Willy Brandt drei Gründe an[532]: Erstens setze ein dauerhafter Friede die zeitgleiche Lösung der ökonomischen Probleme voraus. Zweitens sei ein Bedürfnis der Völker nach Wirtschaftsplanung im Frieden und „wirtschaftlicher ‚Abrüstung'"[533] nicht zu leugnen. Und drittens müsse der

[527] Ibid. S. 146.
[528] Ibid. S. 145–152 sowie S. 210 (Art. 2/II).
[529] [Grossmann], Europäische Föderation, o. D. [November/Dezember 1939], S. 5, IfZ, NL Grossmann, ED 201/1.
[530] STERN-RUBARTH, Exit Prussia, S. 200f. sowie S. 210 (Art. 2/V c).
[531] Ibid. S. 164. Eben dieser Gedanke wurde auch in der französischen Résistance kolportiert, vgl. etwa LIPGENS (Hg.), Europäische Verfassung 1986, Dok. 20, S. 91: „Die Geschichte lehrt uns eine ständige Ausweitung der Grenzen."
[532] Vgl. BRANDT, Stormaktenes krigsmål, abgedruckt in: VOIGT (Hg.), Friedenssicherung 1988, S. 56–70 (69).
[533] Ibid.

Mensch in den Mittelpunkt rücken, statt die staatlichen Institutionen um ihrer selbst willen aufrecht zu erhalten. Brandt teilte die von Neu Beginnen vertretene Auffassung, daß zunächst auf europäischer Ebene eine Planwirtschaft mit national definierter Arbeitsteilung zu errichten sei, die später dann zu einem weltumfassenden System ausgebaut werden könne[534]. Erste Voraussetzung für eine europäische Planwirtschaft sei der schrittweise Abbau von Trusts. Nach dieser Übergangsphase würde sich die Wirtschaftsunion durch die Beiträge der Mitgliedstaaten finanzieren, die nach Einwohnerzahl, Volkseinkommen und Nationalvermögen zu staffeln seien[535].

Naturgemäß lehnten die liberalen und konservativen Exilanten eine sozialistische Planwirtschaft ab und propagierten statt dessen ein marktwirtschaftlich orientiertes Freihandelsmodell. Angesichts der politischen und militärischen Präsenz der Sowjetunion auf dem europäischen Kontinent befürchteten sie jedoch nur geringe Realisierungschancen der europäischen Wirtschaftsunion, „solange die russische Sphinx als drohender Koloß auf Europa lastet"[536].

In der Frage der Zollunion vertrat eine Minderheit die Ansicht, die Binnenzölle müßten mit Beginn der Föderalisierung Europas beseitigt werden, um von Anfang an eine uneingeschränkte Zollunion zu gewährleisten[537]. Zumindest sollten unverzüglich regionale Zollunionen als Vorstufe einer gesamteuropäischen Zollunion errichtet werden[538].

Dem wurde entgegen gehalten, eine uneingeschränkte Zollunion sei aus politischen und ökonomischen Gründen nur schrittweise zu erreichen. So verfocht Hilferding das Ziel eines möglichst weitgehenden Freihandels innerhalb einer europäischen Zollunion, die auf der Grundlage einer engen britisch-französischen Wirtschaftskooperation errichtet werden sollte und sodann in einer gemeinsamen Schrittfolge und nach einem verbindlichen Plan die Binnenzölle reduzieren müsse[539]. Anschließend könne eine einheitliche Goldwährung eingeführt und schließlich ein grundsätzliches Zollerhöhungsverbot erlassen werden. Auf der letzten Stufe sollte der europäische Freihan-

[534] Resolutionsentwurf für Neubeginnen. Die Friedensziele der deutschen Sozialisten, Dezember 1939, abgedruckt in: VOIGT (Hg.), Friedenssicherung 1988, S. 46–50 (insb. S. 47 u. 50).

[535] Vgl. BRANDT, Stormaktenes krigsmål, abgedruckt in: VOIGT (Hg.), Friedenssicherung 1988, S. 56–70 (68 f.).

[536] Das europäische Wirtschaftsproblem der Zukunft, in: Das Wahre Deutschland (April 1940), S. 11.

[537] STERN-RUBARTH, Exit Prussia 1940, S. 208 f. (Art. 1/V).

[538] So der Resolutionsentwurf für Neubeginnen. Die Friedensziele der deutschen Sozialisten, Dezember 1939, abgedruckt in: VOIGT (Hg.), Friedenssicherung 1988, S. 46–50 (50). Einen weiteren, englischsprachigen Abdruck enthält LIPGENS (Hg.), Documents II 1986, Dok. Nr. 208, S. 564 ff. Das Original befindet sich im IISG, NL Hertz, S9/10, M. J, Nr. 11.

[539] Hilferding, Anmerkungen des Genossen Dr. Rudolf Hilferding, 29. 1. 1940, S. 5 f., AsD, Bestand PV-Emigration Sopade, M. 3.

del einer Meistbegünstigungsklausel unterworfen werden[540]. Ebenso zeigten sich Grossmann und Kraft überzeugt, daß eine uneingeschränkte Zollunion nur schrittweise erreicht werden könne. Kraft schlug daher eine umgehende Senkung der Zölle um ein Viertel oder gar ein Drittel vor, die in den folgenden Jahren mit weiteren 15–20% p. a. fortzusetzen sei[541].

Einer die Wirtschaftsföderation begleitenden Währungsunion standen einige Emigranten skeptisch, aber in der Regel nicht ablehnend gegenüber. Während Stern-Rubarth ein gemeinsames Währungssystem auf der Grundlage eines einheitlichen, nicht weiter spezifizierten Standards mit festen Wechselkursen für ausreichend hielt[542], bekannten sich sowohl Sozialdemokraten als auch Linkskatholiken zum Fernziel einer einheitlichen europäischen Währung. Hilferding sprach sich für eine gemeinsame Goldwährung aus, und der Kreis um Grossmann dachte an die Errichtung kleinerer Währungsunionen, etwa in Skandinavien oder zwischen den Ländern des Balkan[543]. Auch Löwenstein trat für ein einheitliches Zoll- und Wirtschaftsgebiet mit allgemeingültiger Währung ein[544].

*Europäische Gewaltenteilung* Seit das Schreckensszenario eines unter dem Hakenkreuz vereinigten Kontinentaleuropas Wirklichkeit geworden war, bemühten sich die politischen Flüchtlinge sichtbar um Abgrenzung und Konkretisierung ihrer alternativen Europakonzeptionen. Zu erkennen ist der Konkretisierungsbedarf auch an der nun aufgenommenen Debatte um wichtige Detailfragen der institutionellen Ausgestaltung eines föderativen Europas. Seit 1940 äußerte sich das Exil vermehrt zur Zusammensetzung föderaler Organe, zu Wahl- und Abstimmungsmodi in gemeinsamen Gremien. Während sich viele föderalistische Exilanten auf den Ausbau einer effizienten Exekutive konzentrierten, setzten diejenigen, die einem umfassenden Föderalismus das Wort redeten – etwa Kurt Grossmann, Willy Brandt oder Hubertus Prinz zu Löwenstein – den Schwerpunkt ihrer institutionellen Erörterungen nicht nur auf eine starke Exekutive, sondern ebenso auf die effektive Gestaltung der Judikative und einer demokratisch legitimierten Legislative. Essentielle Basis solcher Überlegungen war das Prinzip der Gewaltenteilung auf europäischer Ebene, flankiert und ergänzt durch die Grundsätze der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit[545].

[540] Ibid. S. 6.

[541] Kraft, Some thoughts on an scheme for a federated Europe, Januar 1940, S. 3, IfZ, NL Grossmann, ED 201/1.

[542] STERN-RUBARTH, Exit Prussia 1940, S. 208f. (Art. 1/V).

[543] Kraft, Some thoughts on an scheme for a federated Europe, Januar 1940, S. 3f., IfZ, NL Grossmann, ED 201/1.

[544] Löwenstein, Die Zukunft Europas, 3. 11. 1939, ANF, F7 15126, M. 2, S. 14.

[545] Solch ein weites Föderalismusverständnis vertrat auch der Schriftsteller Emil Ludwig, der sich Anfang 1940 mit einem eigenen Verfassungsentwurf für ein föderiertes Europa zu Wort meldete; vgl. LUDWIG, Die Vereinigten Staaten von Europa. Entwurf einer Verfassung, in: NTB, 8. Jg., H. 3 (20. 1. 1940), S. 66–71. Ein ergänzender Nachtrag

Übereinstimmend teilte das politische Exil die Ansicht, daß die Verankerung einer starken Bundesexekutive unabdingbar sei für den inneren Frieden und die Gewährleistung einer stabilen Binnenstruktur des künftigen Europas. Der konservative Publizist Stern-Rubarth macht sich Gedanken über die erforderlichen Mehrheitsquoten[546]: Rechtsverbindliche Beschlüsse sollten einer Zweidrittelmehrheit bedürfen, Grenzänderungen der Einstimmigkeit. Bei Konflikt zwischen zwei Mitgliedern sollten die Betroffenen selbst kein Stimmrecht haben. Stern-Rubarth kam den frühen Erörterungen von Neu Beginnen aus dem Jahre 1934 recht nahe, indem er die nationale Polizeistärke auf das notwendige Minimum reduzieren wollte und für die Entscheidung über einen Einsatz der statt dessen einzurichtenden Bundespolizei eine stabile Dreiviertelmehrheit vorschlug[547]. Alle drei Jahre sollte die Stärke der Bundesarmee überprüft und einstimmig neu festgelegt werden. Die nationalen Luftwaffen und U-Boot-Flotten würden von der Föderation konfisziert und in den kleinen, über die vier Regionalföderationen nur mittelbar dem gesamteuropäischen Verband angehörenden Staaten deponiert werden[548]. Für die gemeinsame Außenpolitik schlug Stern-Rubarth die Einrichtung eines ständigen obersten Organs vor, das proportional zu Bevölkerung und Regierungen der Mitglieder zusammengesetzt sein müsse[549].

Aus der verbreiteten Kritik am Völkerbund, ihm fehle eine starke Exekutive, zogen viele Emigranten die Konsequenz, daß gegen die Umsetzungsverweigerung von Föderations- oder Gerichtsbeschlüssen der Gemeinschaft ein bestimmter Sanktionskatalog beschlossen werden müsse. Über die allgemein als unzureichend empfundene Option der Verhängung von Wirtschaftssanktionen hinaus sollte sich das Instrumentarium repressiver Zwangsmittel nach Stern-Rubarths Ansicht über das Einfrieren von Bankkonten und die Unterbrechung der Kommunikation bis zur *ultima ratio* des Einsatzes der Bundespolizei steigern lassen[550].

In der Diskussion um eine europäische Judikative war schon in den 1920er Jahren vielfach der Ruf nach einem internationalen Schiedsgericht laut geworden. Aufbauend auf der Idee der Schiedsgerichtsbarkeit, wurden nun

findet sich in: Krieg gegen Preußen (II), in: NTB, 8. Jg., H. 7 (17. 2. 1940), S. 164–168. Ludwigs Entwurf gerät allzu idealistisch, realitätsfern und gespickt mit sarkastischen Spitzen gegen allgemeinpolitische Erscheinungen seiner Zeit. Dies rechtfertigt aber noch keine pauschale Verurteilung des Beitrags als pure „Ansammlung von Kuriositäten", wie sie VOIGT (Hg.), Friedenssicherung 1988, S. 128 vornimmt.

546 STERN-RUBARTH, Exit Prussia 1940, S. 211 (Art. 2/IV).

547 Ibid. S. 213 (Art. 2/V d und 2/VI).

548 Ibid. S. 212 (Art. 2/V b).

549 Ibid. S. 208f. (Art. 1/V).

550 Ibid. S. 212 (Art. 2/V d). Brandt bezeichnete bloße Wirtschaftssanktionen ebenfalls als ungenügend, beließ es jedoch bei einem Verweis auf den von Neu Beginnen und ISK schon früh erörterten Vorschlag einer internationalen Militärmacht oder Polizeitruppe als Vollstreckungsorgan; vgl. BRANDT, Stormaktenes krigsmål, abgedruckt in: VOIGT (Hg.), Friedenssicherung 1988, S. 56–70 (64).

weitergehende Kompetenzen eines ständigen europäischen Gerichts angeregt, das nach überwiegender Auffassung möglichst alle Streitigkeiten von Mitgliedstaaten untereinander sowie zwischen einzelnen Mitgliedstaaten und dem Bund regeln sollte[551]. Löwenstein legte darüber hinaus die Zuständigkeit des Obersten Bundesgerichts für die Prüfung der Vereinbarkeit von Mitgliedstaatenrecht mit Bundesrecht nahe. Sein Konzept sah insoweit sogar die Möglichkeit einer Individualklage für diejenigen Bundesbürger vor, die in den gesetzlich zu definierenden gemischtsprachigen Gebieten ansässig seien[552]. Im Vordergrund der Entwürfe stand regelmäßig das gerichtliche Entscheidungsmonopol, die Verbindlichkeit der Beschlüsse und Urteile sowie deren zuverlässige Vollstreckung.

Die beiden Publizisten Grossmann und Stern-Rubarth widmeten sich eingehender dem Gerichtsverfahren, wobei sie insbesondere die Notwendigkeit einer Appellationsinstanz uneinheitlich beurteilten. Während Grossmanns Entwurf eine Berufungsmöglichkeit jedenfalls in den Fällen vorsah, die das „Leben und Lebensgrundsätze der Europäischen Föderation" berührten[553], konzipierte Stern-Rubarth die erstinstanzlichen Gerichtsurteile als abschließende Entscheidungen[554]. Der Mitgründer des Europäischen Zoll-Vereins wies auch auf die Möglichkeit einer pragmatischen Institutionalisierung des Bundesgerichts hin: Die schon bestehende Europakammer des Ständigen IGH könne zu einem Europäischen Gericht mit acht Richtern (entspr. Mitgliedern) umfunktioniert werden, wobei die Anzahl der Richter der Anzahl der Mitglieder – Einzelstaaten und Teilföderationen – entsprach[555].

Im Gegensatz zu den Bereichen einer europäischen Exekutive und Judikative war die Einrichtung einer bundeseigenen Legislative umstritten. Abhängig war dies zunächst von der föderalen oder konföderalen Ausgestaltung der europäischen Binnenstruktur, denn einem Staatenbund kann *per definitionem* keine Gesetzgebungskompetenz gegenüber Mitgliedstaaten zustehen. Radikale Föderalisten wie Löwenstein und Grossmann fochten für ein unabhängiges, durch unmittelbare Wahlen legitimiertes Europaparlament als Vertretung der Völker statt der Regierungen[556]. Im Sinne einer gegenseitigen demokratischen Kontrolle und einem sinnvollen Ausgleich der Interessen

[551] Vgl. etwa Resolutionsentwurf für Neubeginnen. Die Friedensziele der deutschen Sozialisten, Dezember 1939, abgedruckt in: VOIGT (Hg.), Friedenssicherung 1988, S. 46–50 (50); STERN-RUBARTH, Exit Prussia 1940, S. 208f. (Art. 1/V).

[552] Löwenstein, Die Zukunft Europas, 3. 11. 1939, ANF, F[7] 15126, M. 2, S. 15.

[553] [Grossmann], Europäische Föderation, o. D. [November/Dezember 1939], S. 4, IfZ, NL Grossmann, ED 201/1.

[554] STERN-RUBARTH, Exit Prussia 1940, S. 208f. (Art. 1/V).

[555] In Art. 2/V c seines Europaplanes regte Stern-Rubarth die für die Rechtsstaatlichkeit bedeutsame Regelung der Wiederaufnahme des Verfahrens an, soweit neue Tatsachen vorlägen oder ein entsprechender Beschluß der Föderation einstimmig gefaßt worden sei.

[556] Löwenstein, Die Zukunft Europas, 3. 11. 1939, ANF, F[7] 15126, M. 2, S. 14; [Grossmann], Europäische Föderation, Typoskript, S. 5, IfZ, NL Grossmann, ED 201/1.

zwischen Regierungen und Volksvertretern beabsichtigte Löwenstein zusätzlich die Einberufung eines Bundesrates als Vertretung der Mitgliedstaaten, dem sowohl in Verwaltungsangelegenheiten als auch im Gesetzgebungsverfahren Mitwirkungsrechte zustünden. Grossmanns Entwurf sah vor, daß die Föderationsregierung sogar aus der Mitte des Parlamentes gewählt werde[557]. Da er anders als Löwenstein ein Zweikammersystem ablehnte, kam der Zusammensetzung des europäischen Parlamentes eine gesteigerte Bedeutung zu. Hier wollte Grossmann die Zahl der auf einen Mitgliedstaat entfallenden Delegierten in Abhängigkeit von der Bevölkerungszahl und dem Pro-Kopf-Durchschnittseinkommen des jeweiligen Mitgliedstaates fixieren.

In gewissem Kontrast zu Löwensteins und Grossmanns Ausführungen steht das Konzept Arnold Brechts, der in einer Rede vom April 1940 das Problem einer europäischen Legislative eingehend analysierte[558]. Er entwickelte ein „Minimum Program of Common Principles", in dem er Vorstellungen eines Zweikammersystems als unrealistisch ablehnte und aus Gründen der politischen Praktikabilität zunächst ein der Völkerbundsversammlung vergleichbares Gremium nationaler Regierungsvertreter mit imperativem Mandat vorschlug. Im Gegensatz zum Völkerbund sei für alle Abstimmungen das Mehrheitsprinzip festzulegen. Brecht bedachte auch das Problem der Stimmenverteilung vor dem Hintergrund erheblich divergierender Bevölkerungszahlen, das er durch einen zweifachen Wahlmodus zu lösen versuchte: Im ersten Wahlgang sollte jedes Land für eine Million europäischer Einwohner je eine Stimme erhalten, während im zweiten Wahlgang jedem Land ungeachtet seiner Größe eine einzige gleichwertige Stimme zustehe.

Als zusammenfassendes Beispiel für den institutionellen Forderungskatalog vieler Europaföderalisten im Exil sei Heinrich Georg Ritzels Aufsatz „Wir müssen nicht untergehen!" erwähnt, der viele der zentralen Elemente wirklich föderalistischer Europapläne in sich vereint. Ritzel, der sich engagiert um eine Perspektive für die europäische Zukunft bemühte, forderte die Niederlassungsfreiheit, das europäische Bürgerrecht und die verbindliche Beachtung der Menschenrechte als konstitutive Elemente eines neuen Europas ein. 1935 aus dem Saarland über Lothringen in die Schweiz emigriert, war Ritzel zum Generalsekretär der Schweizer Europa-Union avanciert und entfaltete in dieser Funktion eine rege Publikationstätigkeit. Zusammen mit Wilhelm Hoegner hatte er die Leitlinien der Europa-Union vom 4. Februar 1940 in die Form einer europäischen Verfassung gegossen[559], die er in einer

[557] [Grossmann], ibid.

[558] Brecht, Political Basis of a durable peace, 26. 4. 1940, BAK, NL Brecht, N 1089, Bd. 111. Die folgenden Zitate finden sich auf S. 7 des Dokumentes.

[559] Europa-Union Schweiz (Hg.), Entwurf zur Verfassung der Vereinigten Staaten von Europa, abgedruckt in: LIPGENS (Hg.), Europäische Verfassung 1986, Dok. Nr. 22, S. 94–102. Es handelt sich um die maßgeblich von Ritzel und Hoegner geprägte Ausarbeitung des Verfassungsausschusses der Europa-Union.

gemeinsam mit Hans Bauer veröffentlichten Schrift kommentierte[560]. Der Kommentar liest sich wie ein Katalog der wesentlichen Forderungen europäischer Föderalisten: Ziel war ein an der schweizerischen Eidgenossenschaft orientierter europäischer Bundesstaat[561] ohne Austrittsoption für die Mitgliedstaaten. Als oberste Bundesorgane sah der Entwurf ein Zweikammerparlament, eine Bundesregierung und ein Schiedsgericht vor. Darüber hinaus sollte für Fragen des Kulturlebens und der Wirtschaft je ein weiteres Bundesorgan geschaffen werden. Kernkompetenzen des Bundes sollten in der gemeinsamen Außen-, Zoll-, Wirtschafts- und Währungspolitik mit einer einheitlichen Währung und einer bundeseigenen Finanzhoheit liegen. Eine Bundesarmee würde als starke Bundesexekutive den Schiedsurteilen zur Durchsetzung verhelfen und sämtliche internen Konflikte zwischen Mitgliedstaaten unterbinden.

*Außenverhältnis zum Völkerbund* Neben der Frage der föderativen Binnenstruktur wurde die Föderalismusdebatte 1939/40 von der Erörterung des europäischen Verhältnisses zu einer umfassenderen Weltorganisation bestimmt. Während eine Minderheit einen europäischen Bund ohne ergänzende Weltorganisation oder einen Völkerbund ohne europäische Regionalföderation bevorzugte, trat die deutliche Mehrheit für eine Eingliederung des europäischen Zusammenschlusses in einen weltweiten Völkerbund ein.

Auch die Linkssozialisten favorisierten nun mehrheitlich das Modell einer europäischen Föderation oder Konföderation innerhalb des Völkerbundes[562]. Vorausgegangen war eine taktische Kurskorrektur der SAP und von Neu Beginnen. Die SAP stellte nach dem deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakt die sofortige Inszenierung der sozialistischen Weltrevolution zugunsten des Zwischenschritts einer europäischen Föderation zurück und glich ihr Revolutionskonzept insofern anderen linkssozialistischen Visionen an. Neu Beginnen hatte schon zuvor einer europäischen Föderation das Wort

560 RITZEL, Wir müssen nicht untergehen!, in: DERS., BAUER, Von der eidgenössischen zur europäischen Föderation 1940, S. 81–156. Daraus (insb. S. 142–149) die folgenden Zitate.

561 Ritzel nimmt allerdings eine falsche Zuordnung der juristischen Begrifflichkeiten vor, wenn er den Bundesstaat mit der Konföderation und den Staatenbund mit der Föderation gleichsetzt; vgl. ibid. S. 142.

562 In [Hertz?], Unsere Kriegsziele und ihre Propaganda in der neuen Lage, o. D. [Anfang 1940], S. 7, AsD, NL Schoettle, M. 51 findet sich die sachlich unzutreffende Behauptung, Souveränitätsaufgabe sei gleichbedeutend mit dem juristischen Begriff der Föderation im Sinne eines Bundesstaates, während mit einer Konföderation die bloße Beschränkung der Souveränität im Sinne eines Staatenbundes gemeint sei. Vielmehr unterscheidet sich die Föderation von der Konföderation durch eine gemeinsame Exekutive mit Weisungsrecht gegenüber den Mitgliedstaaten und einer eigenen Völkerrechtssubjektivität. Der Konföderation dagegen fehlt eine solche zentrale Gewalt. Eine Beschränkung der Souveränität setzen beiden Formen des Zusammenschlusses voraus; die völlige Aufgabe der nationalen Souveränität aber würde die Errichtung eines gemeinsamen Einheitsstaates ohne föderative Untergliederungen bedeuten.

geredet, aber eine Teilnahme kapitalistischer Staaten kategorisch ausgeschlossen. Diese Grundposition mußte angesichts der strategischen Abhängigkeit von den westlichen Mächten zumindest interimistisch revidiert werden.

Dem Leitbild einer europäischen Föderation im Rahmen eines weltweiten Völkerbundes schlossen sich zahlreiche Stimmen der linkskatholischen, liberalen und konservativen Emigration an. Löwensteins Konzept eines Europäischen Bundes enthielt das Bekenntnis zum Gedanken eines universalen Völkerbundes[563]. Brecht hielt zwar eine Ausdehnung der europäischen Föderation auf außereuropäische Staaten für inopportun, befürwortete aber ebenfalls die parallele Existenz eines Weltvölkerbundes, dem Europa entweder als europäische Föderation oder über ihre einzelnen Mitglieder angehören sollte[564]. Stern-Rubarth stimmte mit der linkssozialistischen Mehrheitsposition insofern überein, als er die von ihm entworfene achtköpfige Föderation als erste Instanz für europäische Angelegenheiten in den Völkerbund integrieren wollte[565]. Und selbst Strasser hatte sich mittlerweile durchgerungen, seine in diesem Punkt bisher unklare Position zugunsten einer Europäischen Föderation innerhalb eines erneuerten Welt-Völkerbundes aufzugeben[566].

Dagegen klingt bei Grossmann eine Abschottung der europäischen Föderation gegen Nichtmitglieder an, die eine Einbindung in den größeren Verband des Völkerbundes ausschließen. Grossmann schweigt sich über diesen Punkt jedoch aus: „Die Europäische Föderation wird gegen diejenigen Staaten, die ihr nicht angehören, präventiv alle jene militärischen oder wirtschaftlichen Maßnahmen ergreifen, die eine Gefahr der Lebensfähigkeit der Europäischen Föderation von vorneherein ausschließen."[567] Auch in Krafts ergänzender Ausarbeitung erscheint die Europaföderation als Substitut, nicht aber als Supplement des Völkerbundes: „The League [of Nations] was chiefly an organization to outlaw the aggressor, whereas the Federation should have as its first aim an arrangement of Europe under which aggression should be generally recognized to be both useless and purposeless."[568] Nach mehreren engagierten Diskussionen in den verschiedenen Unterkomitees hieß es in einer gemeinsamen Verlautbarung der Gruppe vom Frühjahr 1940 in paneuropäischer Einfärbung: „Wenn wir uns die Entwicklung der Welt etwa so vorstellen, wie wir sie nach dem Krieg haben werden: 1. die Panamerikani-

563 Löwenstein, Die Zukunft Europas, 3. 11. 1939, ANF, F⁷ 15126, M. 2, S. 15.
564 Brecht, Political Basis of a durable peace, 26. 4. 1940, S. 8, BAK, NL Brecht, N 1089, Bd. 111.
565 STERN-RUBARTH, Exit Prussia 1940, S. 210 (Art. 2/I).
566 Strasser, Deutscher Situationsbericht, 10. 9. 1939, S. 3, IfZ, NL Strasser, ED 118/20.
567 [Grossmann], Europäische Föderation, o. D. [November/Dezember 1939], S. 6, IfZ, NL Grossmann, ED 201/1.
568 Kraft, Some thoughts on an scheme for a federated Europe, Januar 1940, S. 4, IfZ, NL Grossmann, ED 201/1.

sche Union, 2. die Europäische Föderation, 3. ein noch nicht ablesbares Gebilde der mongolischen Welt, 4. die englischen Dominions mit Indien, 5. das gesamte Rußland [...], so hätten wir fünf große Gruppen, die nun den sogenannten Völkerbund als höchste Einheit der Völkerkooperation bilden könnten."[569]

Die Sopade war in der Frage einer europäischen Regionalföderation uneinig. Während Stampfer sich seit jeher für eine europäische Föderation innerhalb eines weltweiten Völkerbundes eingesetzt hatte, lehnte Hilferding einen Völkerbund allein für Europa strikt ab und nannte gegen dieses Modell zwei Gründe: Erstens sei England keine rein europäische Macht, müsse aber dennoch unter allen Umständen einer Föderation angehören, und zweitens müsse es das Ziel jeder auswärtigen Politik bleiben, die Vereinigten Staaten von Amerika zur Mitarbeit heranzuziehen[570].

Somit sprach sich Hilferding gegen die im sozialistischen Exil vorherrschende Tendenz für einen modifizierten Völkerbund ohne eine eigene europäische Untergliederung aus und reagierte damit unmittelbar auf einen Artikel von Siegfried Marck, der in der sozialdemokratisch dominierten *Neuen Volkszeitung* für einen rein europäischen Völkerbund geworben hatte[571]. Zentrum dieses Europabundes sollte nach Marcks Ansicht ein enger Schulterschluß Deutschlands, Frankreichs, Italiens und Großbritanniens sein. Jede der vier Großmächte würde Regierungsvertreter in ein Direktorium entsenden, das als Bundesexekutivorgan fungieren sollte. Um dieses Zentrum würden sich sodann die kleineren europäischen Staaten gruppieren. Marcks Vorstellung einer binären Struktur widersprach der Linie des Parteivorstandes, der sich für eine unbedingte Gleichstellung aller Mitgliedstaaten verwandte: „Wir vertreten die Sache der Freiheit, und die Sache der Freiheit ist immer die Sache der Kleineren und Schwächeren und der Aufstrebenden."[572] Als Wilhelm Sollmann zwei Monate später an Rinner schrieb, Deutschland müsse erhalten bleiben, nahm er auch auf Marcks Ansatz eines Viererbundes Bezug: In einem gemeinsamen Europa sei es unmöglich, Deutschland zu ignorieren, „ob das ein Dreibund oder Vierbund der westlichen Mächte einschließlich England wird, ob es eine europäische Föderation gibt oder was immer"[573]. Im Ergebnis konnten sich weder Marck noch Hilferding im Parteivorstand durchsetzen. Ein Memorandum, das dem US-amerikanischen Unterstaatssekretär im Außenministerium Sumner Welles anläßlich dessen Besuchs in

[569] Europa-Komitee: Europäische Föderation oder demokratische Union?, o. D. [Feb./März 1940], S. 2. Zur Datierung: Das Papier wurde vermutlich auf dem folgenden Meeting des Federation Sub-Committees am 5. 3. 1940 diskutiert.
[570] Hilferding, Anmerkungen des Genossen Dr. Rudolf Hilferding, 29. 1. 1940, S. 4, AsD, Bestand PV-Emigration Sopade, M. 3.
[571] MARCK, Vom alten zu einem neuen Genf, in: NVZ, 9. Jg., Nr. 1 (6. 1. 1940), S. 1.
[572] C. G[EYER], Was Deutschland gebührt, in: NV, Nr. 282 (13. 11. 1938), S. 1.
[573] Sollmann an Rinner vom 8. 3. 1940, S. 2, AsD, Bestand PV-Emigration Sopade, Rinner-Korrespondenz, M. 34.

Paris im März 1940 überreicht werden sollte, griff zwar Hilferdings Vorschlag für eine enge britisch-französische Kooperation als Grundstein einer europäischen Neuordnung auf. Im übrigen aber machte man sich das mehrheitsfähige, im Parteivorstand vor allem von Stampfer vertretene Modell einer europäischen Föderation innerhalb eines weltweiten Völkerbundes zu eigen[574].

### *2.3. „Wir müssen nicht untergehen!" – Flucht aus der „Festung Europa" (1940/41)*

Mit der Besetzung Frankreichs und dem Fall von Paris, der heimlichen Hauptstadt des deutschen Exils, am 14. Juni 1940 wurde ein neuer Abschnitt sowohl für das Leben der Emigranten und Exilgruppen als auch für den Europadiskurs eingeläutet. Die Unterzeichnung des deutsch-französischen Waffenstillstandsabkommens in dem bekannten Salonwagen im Wald von Compiègne stieß im Exil auf Verzweiflung und Fassungslosigkeit: „Der Moloch hat ein weiteres Land verschlungen."[575]

Vor dem Hintergrund der traumatisierenden Ereignisse des Jahres 1940 erhält Heinrich Georg Ritzels Appell aus dem gleichen Jahr eine besonders dramatische Note: „Wir müssen nicht untergehen!", rief er den Europäern zu und erinnerte daran, daß die Not „die große Lehrmeisterin der Völker" sei[576]. Aus dem puren Selbsterhaltungstrieb heraus werde sich der europäische Kulturkreis zu den Vereinigten Staaten von Europa zusammenfinden[577].

Für den Europadiskurs des deutschen Exils, zu dessen Zentrum sich bis 1940 die Stadt an der Seine entwickelt hatte, war die Besetzung Frankreichs in dreierlei Hinsicht bedeutsam: Erstens veränderten sich schlagartig die Lebensbedingungen in der Emigration, und mit dem Ende des kontinentaleuropäischen Exils wurde ein nachhaltiger Individualisierungsprozeß ausgelöst. Zweitens war durch die veränderte machtpolitische Situation ein faktisch geeintes Kontinentaleuropa entstanden, das in Verbindung mit der pervertierten Europaidee der Nationalsozialisten politische und programmatische Ab-

574 [Parteivorstand der Sopade], Memorandum, o. D. [März 1940], S. 2, AsD, Bestand PV-Emigration Sopade, M. 179. Ausweislich des im Annex befindlichen Begleitbriefs sollte das Memorandum einem amerikanischen Politiker überreicht werden, der sich 1940 in Paris aufhielt. Somit muß das Dokument noch im Pariser Exil vor der Flucht des (Rumpf)Vorstandes nach London verfaßt worden sein. Im März 1940 weilte Sumner Welles im Auftrag Roosevelts in Paris und hatte am 9. 3. 1940 dem französischen Ministerpräsidenten Paul Reynaud die amerikanischen Vorstellungen für eine internationale Nachkriegswirtschaft erläutert. Daraus ergibt sich die Datierung der Quelle auf März 1940. Zur Bewertung des US-Vorschlages aus der Sicht des bürgerlich-liberalen Exils vgl. SCHWARZSCHILD, Zukunftsthesen des amerikanischen Besuchers, in: NTB, 8. Jg., 11. H. (16. 3. 1940), S. 249–251.

575 Die Festung der Freiheit, in: Das Wahre Deutschland (Juli 1940), S. 1–4 (1).

576 RITZEL, Wir müssen nicht untergehen!, in: DERS., BAUER, Von der eidgenössischen zur europäischen Föderation 1940, S. 105.

577 Ibid. S. 106.

grenzungsschwierigkeiten aufwarf. Drittens begann zunächst zaghaft die Suche nach einer außereuropäischen Antwort auf die europäische Frage. Die allmähliche Erkenntnis um den schleichenden, doch seit längerem schon evidenten Bedeutungsverlust Europas hatte mit Verzögerung nun auch das deutsche Exil erreicht.

Die Exilpublizistik des Zeitraums zwischen Juni 1940 und Juni 1941 ist quantitativ zwangsläufig eingeengt, so daß verstärkt auf unveröffentlichte Dokumente zurückzugreifen ist. Die Ursachen liegen auf der Hand: Die vorrangigen Sorgen der Emigranten galten zunächst der Organisation der neuerlichen Flucht, der häufig völligen Mittellosigkeit, der Unterkunft und dem täglichen Lebensunterhalt im neuen Exilland sowie der permanenten Gefahr der Entdeckung, Internierung oder gar Auslieferung. Zudem widmeten sich die meisten Exilgruppen in dieser Zeit hauptsächlich der Flüchtlingshilfe, besorgten Ausreisepapiere oder Einreisegenehmigungen und arrangierten die Unterstützung durch internationale Hilfswerke oder persönliche Fürsprache, so daß die Arbeit an den politischen Programmen zeitweise zurücktrat.

### 2.3.1. Individualisierungsprozeß des politischen Exils

Abgesehen von den Zufluchtsorten in der Schweiz und in Schweden hatte die Niederlage Frankreichs und die Kapitulation von Paris die Zeit des kontinentaleuropäischen Exils brutal beendet. Aus Paris als der bisherigen Hochburg des deutschen Exils flohen die Emigranten zumeist über Lissabon nach Großbritannien, in die USA und nach Lateinamerika. Für die nicht rechtzeitig Geflohenen erwies sich der weitere Aufenthalt in den nunmehr von den Deutschen besetzten Exilländern bald als akute Lebensbedrohung: Gemäß Artikel 19 des deutsch-französischen Waffenstillstandsvertrages vom 22. Juni 1940 war Frankreich zur Auslieferung an Deutschland verpflichtet[578].

Durch die weltweite Verstreuung der deutschen Emigration erhöhten sich die ohnehin bestehenden Organisations- und Kommunikationsschwierigkeiten auch innerhalb der Gruppen. Auf diese Weise entwickelte sich in der Gesamtschau der Diskurssplitter ein buntes Kaleidoskop an Neuordnungsansätzen, sowohl hinsichtlich der Axiome im allgemeinen als auch bezüglich der Implementierungsvorschläge im einzelnen. Charakteristisch ist dabei die zunehmende Individualisierung der politischen Konzeptionen infolge einer schleichenden Aufweichung, teilweise sogar Auflösung der parteiinternen Kommunikationsstrukturen. Der Gedanke der parteipolitischen Solidarität büßte an Integrationskraft ein, je länger sich das Exil hinzog.

Strasser hatte diese Entwicklung frühzeitig erkannt und versucht, daraus Kapital zu schlagen. Wie gezeigt, appellierte er an den individualistischen Geist bestimmter Politiker, die er für einen Deutschen Nationalrat im Exil

[578] Zur Auslieferungspflicht nach dem deutsch-französischen Waffenstillstandsvertrag, insbesondere zu dem genauen Hergang der Auslieferung Breitscheids und Hilferdings vgl. DELACOR, „Auslieferung auf Verlangen"? 1999.

auserkoren hatte, und äußerte die Auffassung, daß diese Einzelpersönlichkeiten eher zu einer Kooperation fänden als ihre Parteien[579]. Beispielhaft ist die Individualisierungstendenz an der Organisationsgeschichte der SAP im Exil abzulesen. Ebenso wie die Auslandsleitung in London schon in der Arbeitsgemeinschaft mit Neu Beginnen an Profil verlor und schließlich in der Union deutscher sozialistischer Organisationen in Großbritannien aufging, definierte sich die SAP-Gruppe in Schweden zunehmend über das Engagement einzelner wie Willy Brandt und löste sich als Partei faktisch im Stockholmer Kreis internationaler Sozialisten auf, bis im Oktober 1944 der Beitritt zur SPD erklärt wurde. In ähnlicher Weise übernahmen ab 1940 im Parteivorstand der Sopade einzelne Emigranten die intellektuelle Führung und vernachlässigten den parteiinternen Solidaritätskonsens.

Für das liberale und konservative Exil war der Individualismus von Beginn an charakteristisch gewesen, denn es war nie gelungen, im Exil eine gemeinsame Plattform zu schaffen, zumal die DFP an dieser Aufgabe gescheitert war. Erst recht gilt dies für das nationalkonservative Lager, da Strasser mal offen, mal kaschiert für das Führerprinzip eintrat, als dessen geborenen Führer er sich selbst zu stilisieren versuchte. Doch bleibt festzuhalten, daß viele Exilorganisationen durch die erneute Flucht nach Großbritannien oder in außereuropäische Länder häufig bis in das Jahr 1941 hinein mit dem Neuaufbau ihrer Kommunikationsstrukturen beschäftigt waren und weder die Kraft noch die Zeit hatten, den Faden des Europadiskurses wieder aufzunehmen.

Durch die nach der Niederlage Frankreichs einsetzende Teilung des sozialdemokratischen Exils in eine US-amerikanische und eine britische Gruppe spielte der Individualisierungsprozeß für die politische Grundlinie der Sopade eine besondere Rolle. Erste sichtbare Auswirkung dieser Entwicklung war das deutlich gestiegene Interesse an Lösungsmodellen für die europäische Zukunft, das hauptsächlich von den in die USA emigrierten Sopade-Mitgliedern getragen wurde. Bemerkenswerterweise entwickelte sich seit der Teilung des Sopade-Vorstandes Friedrich Stampfer gegenüber Curt Geyer zu dem aktiveren der beiden Europapolitiker. Geyer hingegen entfremdete sich zusehends von seiner Partei, bis er 1942 im Zusammenhang mit der *Fight Freedom*-Affäre aus dem Parteivorstand ausschied und *posterior* aus der Partei ausgeschlossen wurde.

Eine wachsende Entfremdung der beiden sozialdemokratischen Exilgruppen, die auch grundlegende Fragen nicht ausschloß, war unübersehbar. Dies war sicherlich auch dadurch bedingt, daß der nach London geflüchtete Rumpfvorstand einerseits und die in die USA emigrierten Vorstandsmitglieder andererseits sich völlig unterschiedlichen Umfeldern ausgesetzt sahen und sich persönlichkeitsbedingt unterschiedlichen Aufgaben widmeten.

[579] Strasser, Deutscher Situationsbericht, 10. 9. 1939, S. 2, IfZ, NL Strasser, ED 118/20. In diesem späteren Dokument nannte Strasser die Namen Sollmann, Jaksch, Weber, Brüning, Treviranus, Rauschning und Strasser.

Während Vogels und Ollenhauers Herz eher der Innenpolitik gehörte und sie sich deshalb erfolgreich der Rückführung der verlorenen linkssozialistischen Söhne in den Schoß der Sozialdemokratie zuwandten, hatte sich vor allem Stampfer in den USA der außenpolitischen Thematik verschrieben und bemühte sich um die Aufrechterhaltung einer außenpolitischen Kontinuität der Partei.

Wie grundlegend unterschiedlich die sozialdemokratische Grundtendenz in den USA gegenüber der Londoner Situation war, beweist das Unverständnis der amerikanischen Emigranten gegenüber der Gründung einer Union mit Linkssozialisten, insbesondere mit Neu Beginnen und SAP. Stellvertretend für die in die USA emigrierte Sozialdemokratie schloß Rudolf Katz ein vergleichbares Vorgehen in den USA aus und konstatierte: „Außerordentlich gewundert, ja befremdet, hat uns der Beschluß der Koalition mit den sog. Splittergruppen. Wie erklärt sich das? [...] Mit Leuten, mit denen man keine praktische Politik treiben kann, sich in offiziellen Koalitionsgruppen zusammenzutun, erscheint uns in keiner Weise sinnvoll."[580]

Auf den nach Großbritannien geflüchteten Teil der Sopade wirkte sich der Individualisierungsprozeß in besonderer Weise ambivalent aus. Einerseits trat eine zunehmende Diskrepanz zu führenden Mitgliedern wie Geyer, Menne oder Loeb auf, die sich bald auch in grundsätzlichen Angelegenheiten wie der Frage nach den künftigen deutschen Staatsgrenzen, der gleichberechtigten Einordnung Deutschlands in der europäischen Neuordnung und der Aufgabe der Emigration überhaupt niederschlugen[581]. Andererseits fand der Londoner Rumpfvorstand gerade in dieser Zeit bedeutsame Anknüpfungspunkte mit den linkssozialistischen Gruppen, mit denen im März 1941 die Union deutscher sozialistischer Organisationen in Großbritannien gegründet wurde.

### 2.3.2. Nationalsozialistische Usurpation der Europaidee

Mit der Niederlage Frankreichs hatte Hitler Kontinentaleuropa unter dem deutschen Hegemonieanspruch zur „Einheit" gezwungen. Deutlicher denn je stand den Emigranten nun die Alternative vor Augen: „Adolf Hitler Kaiser von Europa und damit Mitherrscher, wenn nicht gar übermorgen *Be*herrscher [Hervorhebung im Original, B. S.] des Planeten – oder die Zerstörung seines Regimes"[582]. Für den Europadiskurs erwiesen sich zwei Momente der neuen Lage von herausragender Bedeutung: der Zusammenbruch des euro-

[580] Katz an Ollenhauer zur Bildung der Union deutscher sozialistischer Organisationen in Großbritannien, 25. 5. 1941, abgedruckt in: MIELKE, FRESE (Bearb.), Gewerkschaften 1999, Dok. Nr. 27, S. 1012.

[581] Vgl. die von persönlichen Spannungen überlagerte Diskussion im Anschluß an Ollenhauers Grundsatzreferat auf der SPD-Konferenz vom 10./11. 5. 1941, abgedruckt in: EIBER (Hg.), Union 1998, Dok. Nr. 210, S. 499–513.

[582] HILLER, Die Zukunft des Erdteils, Rede vom 18. Januar 1941, in: DERS., Ratioaktiv 1966, S. 116–34 (119f.).

päischen Nationalstaatensystems unter dem Ansturm des Nationalsozialismus[583] und die erzwungene Einigung Kontinentaleuropas unter dem Hakenkreuz[584]. Der realpolitischen Vereinheitlichung Europas zu einem nationalsozialistischen Machtblock ließ das Hitler-Regime noch im selben Jahr eine Europaideologie folgen, die gezielt den Europabegriff, ja die Europaidee usurpierte. Auf ausdrücklichen Wunsch der Deutschen wurde die Neuordnung Europas in den ebenfalls noch 1940 abgeschlossenen Dreimächtepakt aufgenommen. Damit wurden die Europaplanungen des politischen Exils mit der Konkurrenz der real existierenden nationalsozialistischen „Festung Europa" konfrontiert. Auf die dadurch verursachten schwerwiegenden Abgrenzungsprobleme des emigrierten Widerstandes durch Planung ist bereits hingewiesen worden[585].

Aus der neuen Machtkonstellation ergaben sich für den Europadiskurs des deutschen Exils zwei aktuelle Herausforderungen: Einerseits mußten die eigenen Europakonzepte von dem Realität gewordenen NS-Konzept deutlich abgegrenzt und die grundlegenden Unterschiede aufgedeckt werden, andererseits stellte sich die Frage, ob eine spätere Anknüpfung an die von Hitler geschaffenen Einigungsansätze zulässig sei.

Zunächst wurden nun weitere Konkretisierungen notwendig, um der Abgrenzungsaufgabe ebenso gerecht zu werden wie dem Anspruch eigener Glaubwürdigkeit als das ernst zu nehmende „andere Deutschland". Knoeringen faßte es in die selbstkritische Mahnung: „Um mehr als Mode zu sein, muß dieser Gedanke [d. i. der Europagedanke, B. S.] so konkretisiert werden, daß er den wirtschaftlichen und nationalen Problemen Rechnung trägt. Ohne solche inhaltliche Konkretisierung bleibt die schönste Europaverfassung leeres formales Gerede."[586] Knoeringens Ruf nach einer Konkretisierung des antifaschistischen Europamodells fand Widerhall in den Reden und Kriegszielerklärungen führender westlicher Entscheidungsträger. Insbesondere in der britischen und US-amerikanischen Politik hatte die europäische Einigung in den ersten Kriegsjahren einen hohen Stellenwert[587]. Dies ver-

[583] Vgl. dazu auch LOTH, Sozialismus und Internationalismus 1977, S. 11.

[584] In einem unveröffentlichten Manuskript vom September 1940, das v. Knoeringen zuzuschreiben ist, heißt es: „Hitler hat die Einheit des europäischen Kontinents in Form der Militärdespotie hergestellt. [...] Der allgemeine Kriegsverlauf hat gezeigt, daß das Zeitalter der souveränen Nationalstaaten [...] vorbei ist."; [Knoeringen], Sinn und Grenzen europäischer Zielpropaganda, September 1940, S. 1, AsD, NL Knoeringen, M. 137.

[585] Siehe dazu das Kapitel IV.1.

[586] [Knoeringen], Sinn und Grenzen europäischer Zielpropaganda, September 1940, S. 1, AsD, NL Knoeringen, M. 137. Zustimmend Paul Hertz, der in einem ungezeichneten Beitrag auf die Notwendigkeit eines konkreten außenpolitischen Programms hinweist, das den inhaltlosen Pazifismus weit hinter sich lasse und die Schaffung der europäischen Föderation anvisiere; [Hertz], Zwei Linien. Demokratische Revolution in Deutschland, o. D. [1940], S. 3, IISG, NL Hertz, S7/8, M. B, Nr. 4.

[587] Vgl. dazu LIPGENS (Hg.), Föderationspläne 1968, S. 19–26 sowie die Dokumente Nr. 139–176, S. 405–521.

leitete den Linkskatholiken Spiecker zu der hoffnungsvollen Bemerkung: „Europa wird wieder als Aufgabe erkannt."[588]

Neben der konzeptionellen Abgrenzung stellte sich die essentielle Frage, ob eine Anknüpfung an das NS-Europa überhaupt zulässig sei. Schon die Fragestellung beweist, daß der Europadiskurs der politischen Emigration seit 1940 wesentlich an der Reibung mit der erdrückenden Wirklichkeit der Hitlerschen „Festung Europa" wuchs. Je deutlicher sich die NS-Expansionspolitik manifestierte, je erfolgreicher das nationalsozialistische Deutschland Europa Landstrich für Landstrich, Staat für Staat unter das Hakenkreuz zwang, desto mehr wuchs der Druck auf die politischen Emigranten, brauchbare Gegenentwürfe vorzulegen: Gegenentwürfe für eine Frieden sichernde Gestaltung des europäischen Kontinents, um den alle Widerstände rücksichtslos einreißenden Politpanzer zum Stillstand zu bringen und seine Wiederkehr zu verhindern. Die europäische Orientierung der politischen Emigration wuchs also an den außenpolitischen Erfolgen des „Dritten Reichs" und verdankte ihnen mittelbar entscheidende Konkretisierungsimpulse.

Selbst die KPD sah sich gezwungen, aus dem Abseits des politischen Exils gegen den von Hitler angekündigten Neuaufbau Europas zu Felde zu ziehen, ohne jedoch eine Alternativkonzeption vorzulegen[589]. Man hatte den Sprengstoff der Europaidee erkannt, auch wenn man sie sich nicht zu eigen machen wollte. Gegen die wachsende politische Überzeugungskraft eines vereinigten Europas, wie es sich unter der nationalsozialistischen Hegemonie entfaltet hatte, mußten daher auch die Kommunisten Stellung beziehen.

Grundsätzlich aber hielt die KPD entsprechend den Vorgaben der Komintern an der absoluten staatlichen Unabhängigkeit auf der Grundlage des uneingeschränkten Selbstbestimmungsrechts fest. Sie lehnte jede europaspezifische Konstruktion ab und beschränkte im Sinne der von Ulbricht eingeleiteten parteipolitischen Wende von 1939 ihr gesamtes außenpolitisches Programm auf die „Verstärkung und Vertiefung der Freundschaft zwischen dem deutschen Volke und dem Sowjetvolke und allen anderen Völkern", wobei man sich mit dem „mächtigen Sowjetvolk [...] aufs engste verbunden" fühlte[590]. Im übrigen beließ es die Auslandsleitung der KPD bei den gewohnten Angriffen auf die „chauvinistisch verseuchten, im Dienste des britischen Imperialismus stehenden Führern der II. Internationale", forderte die nationale und soziale Befreiung der europäischen Völker und verwies auf den pro-

[588] [SPIECKER], Die gemeinsame Aufgabe, in: Das Wahre Deutschland (August 1940), S. 1–5 (4).

[589] Vgl. z.B. die Erklärung der KPD zum deutsch-französischen Waffenstillstandsabkommen: Gegen das Diktat von Compiègne. Erklärung der KPD von Anfang Juli 1940, BAB, RY 1/I 2/707/80, Bl. 82–86. Auch die Berliner KPD verteilte etwa zur gleichen Zeit ein Flugblatt mit der Überschrift: Das Freie Wort! Die Deutschen marschieren siegreich durch Europa!, Juni 1940, Faksimiledruck in: PIKARSKI, UEBEL (Hg.), Widerstandskampf der KPD 1978, Dok. Nr. 142.

[590] Wir wollen Frieden!, September 1940, 21seitiges Typoskript, BAB, RY 1/I 2/707/80, Bl. 23–43 (43).

letarischen Internationalismus als weltweit Frieden stiftendes Prinzip[591]. Bezeichnend für das verzweifelte Ringen der KPD um politische Aufmerksamkeit in den westlichen Exilländern ist die ausführliche Kritik an den Europaplänen anderer Gruppierungen, ohne ein eigenes Konzept anzubieten. Viel zu sehr mit der Suche nach dem eigenen Selbstverständnis beschäftigt, verfiel das ZK-Mitglied der KPD Herbert Wehner 1940 in einer 21seitigen Denkschrift zur „Politik der Sozialdemokratie im europäischen Krieg" erneut in die Terminologie der These vom Sozialfaschismus[592]. Seit die Komintern auf Grund des Hitler-Stalin-Paktes Hoffnung geschöpft hatte, innerhalb Deutschlands wieder eine legale Parteistruktur aufbauen zu können, war der bisherige Referent für deutsche und mitteleuropäische Fragen in der Presseabteilung der Komintern als künftiger Inlandsleiter der KPD vorgesehen. Vor dem Hintergrund einer solchen biographischen Perspektive überrascht es nicht, daß Wehner in der erwähnten Denkschrift unverändert auf die Parole vom Hitler-Stalin-Pakt als wahrer Friedenspolitik der Sowjetunion zurückgriff und den Sozialdemokraten entgegenhielt: „Wer diesen Krieg, der ein imperialistischer Krieg ist, dadurch maskieren hilft, daß er ihn als ‚Krieg gegen den Hitlerismus' und ‚Krieg zur Verteidigung der Demokratie' ausgibt, arbeitet der Bourgeoisie in die Hände und leistet ihr Hilfsdienste auf Kosten der Werktätigen und der unterdrückten und mißbrauchten Kolonialvölker."[593]

Auch sozialdemokratische Stimmen wandten sich gegen eine Anknüpfung an die von Hitler geschaffene Einheit Europas. Der Weg zu Freiheit und Rechtsgleichheit führe statt dessen über den *status quo ante*[594].

Eine andere gruppenübergreifende Tendenz erkannte in dem Zusammenschluß Europas unter dem Hakenkreuz eine im Ergebnis positive Errungenschaft, die lediglich von ihrem nationalsozialistischen Gepräge als „Einheit der Knechtung und des Todes"[595] befreit und einem freiheitlichen Selbstverständnis zugeführt werden müsse. Stellvertretend für diese Ansicht brachte Spiecker den Beschleunigungseffekt zur Sprache, den der faschistische Vormarsch auf die Renaissance der Europaidee ausgeübt habe: „Was in normaler, gleichmäßiger Entwicklung vielleicht noch Jahrzehnte erfordert hätte, ist durch Hitlers unbezähmbaren Machtdrang fast über Nacht der Entscheidung zugeführt worden, allerdings einer Entscheidung auf Tod und Le-

[591] [KPD], Gegen das Diktat von Compiègne, Anfang Juli 1940, BAB, RY 1/I 2/707/80, Bl. 85.
[592] Vgl. Funk [d. i. Wehner], Die Politik der Sozialdemokratie im europäischen Krieg, 1940, BAB, RY 1/I 2/707/59, Bl. 266–294.
[593] Ibid. Bl. 274.
[594] GEYER, [Skizze über den kommenden Frieden], S. 1, AsD, Bestand PV-Emigration Sopade, M. 44. Die Skizze befindet sich im Annex eines Briefes an Erich Ollenhauer vom 21. 4. 1941.
[595] So TILLICH in einer Radioansprache vom September 1942, Die Welt nach dem Krieg, in: DERS., An meine deutschen Freunde 1973, S. 104–108 (106).

ben."[596] Waldemar von Knoeringen plädierte für die Anknüpfung an die von Hitler geschaffene europäische Einheit bei gleichzeitiger Zerstörung der faschistischen Elemente[597]. Dem Neu Beginnen-Mitglied erschien dies nur deshalb möglich, weil Hitler bislang allein die militärische Einheit Europas geschaffen habe, die wirtschaftliche und soziale Einheit aber im wesentlichen noch ausstehe.

Ein möglicherweise von Erwin Schoettle verfaßtes Memorandum forderte „eine andere gesamteuropäische Lösung anstelle der Hitlerschen ‚Neuordnung'" und appellierte an die Solidarität der von Hitler unterdrückten Völker als gemeinsamer Ausgangsposition für eine friedliche Zukunftsgestaltung[598]. Sarkastisch spekulierte ein Verfasser im *Wahren Deutschland*, Hitler sei das Werkzeug der Vorsehung, das erst alles Morsche und Faule in Europa hinwegzufegen habe, damit eine neue und bessere Welt entstehen könne[599].

Im Tenor erinnert diese Interpretation der historischen Gegebenheiten an Strassers Terminologie der „Männer von Morgen", die Europa von einem morschen System befreien würden. So verwundert es kaum, daß Strasser die europäische Einheit durch Hitler verwirklicht sah – nur sei sie in ein neues Ordnungssystem umzuwandeln. Folglich verzichtete Strasser nach dem Sommer 1940 auf die bisher typischen kritischen Ermahnungen zur europäischen Einigung. Es fällt auf, daß Strasser weder in den nach Juni 1940 verfaßten Grundsatzmemoranden noch in seinem Buch „Germany Tomorrow" auf die bisher so eindringlich penetrierte Parole von der europäischen Zusammenarbeit als Gipfel seines programmatischen Dreiklanges einging[600]. Einzig der Entwurf für eine Broschüre der Frei-Deutschland-Bewegung nimmt zum Programmpunkt der Europäischen Föderation Stellung und offenbart Strassers Schwierigkeiten, sich gegen Hitlers Nationalsozialismus abzugrenzen, gleichzeitig aber den von Hitler herbeigeführten Zusammenschluß Europas grundsätzlich zu begrüßen: „Hitlers Schlagwort von der ‚Neuen Ordnung in Europa' kommt einer allgemeinen Empfindung der europäischen Völker entgegen – nur kann diese Neuordnung nicht basiert sein auf

[596] [SPIECKER], Die gemeinsame Aufgabe, in: Das Wahre Deutschland (August 1940), S. 4.

[597] [Knoeringen], Sinn und Grenzen europäischer Zielpropaganda, September 1940, S. 2, AsD, NL Knoeringen, M. 137.

[598] Vgl. [Schoettle?], Deutsche und europäische Revolution. Eine Diskussionsgrundlage, o. D. [Sommer 1940–Sommer 1941], S. 1, AsD, NL Schoettle, M. 64.

[599] Deutschlands europäische Aufgabe, in: Das Wahre Deutschland (September 1940), S. 1–4 (2).

[600] Vgl. etwa Strasser, Memorandum über Aufgaben und Möglichkeiten der deutschen Opposition, o. D. [Oktober 1940]. Die Datierung dieses Dokumentes geht ausdrücklich aus Strassers Memorandum Nr. 3 hervor, das als Ergänzung dieses Dokumentes und eines weiteren Memorandums bezeichnet wird (IfZ, NL Strasser, ED 118/20). Vgl. auch Strasser, „2. Versailles" heißt „3. Weltkrieg", o. D. [März/April 1941], IfZ, NL Strasser, ED 118/20 sowie die Veröffentlichung *Germany Tomorrow* 1940, die sich im Anhang mit einer unkommentierten Wiedergabe der „European Collaboration" begnügt (S. 254).

der Herrschaft eines einzigen Volkes über die anderen, wie es das Ziel des Nazismus ist."[601]

### 2.3.3. Außereuropäische Lösung der europäischen Frage?

„Frankreich ist tot – es lebe Frankreich!" titelte die sozialdemokratische *Neue Volks-Zeitung* und versicherte, daß die Ideen von 1789 nie untergehen würden[602]. Tatsächlich setzte mit der Niederlage Frankreichs im Sommer 1940 der letzte Prozeßabschnitt des spätestens seit 1917/18 zu beobachtenden Bedeutungsverlustes Europas auf dem globalen Parkett ein. Mit Blick auf die bisher passive Rolle der USA stellte der nach New York emigrierte Rechtsanwalt Rudolf Katz im Juni 1940 nüchtern fest: „Der Krieg rückt näher."[603]

Die Änderung der außenpolitischen Koordinaten wirkte sich axiomatisch auf die Neuordnungspläne des Exils aus und setzte einen Erkenntnisprozeß in Gang, der sich mit dem Einschwenken der Sowjetunion in die Reihen der Anti-Hitler-Koalition, dem Kriegseintritt der USA und schließlich der Konferenz von Teheran fortsetzte. Immer klarer wurde den deutschen Emigranten, daß nicht nur die bisher erörterten Motive einer europäischen Einigung für die Konzeptionalisierung eines vereinigten Europas ausschlaggebend waren, sondern die rasanten Änderungen des weltpolitischen Szenarios sich unvermeidlich in den Vordergrund der Europadiskussionen drängten. Strategische und machtpolitische Momente gewannen gegenüber ideologischen Wertvorstellungen innerhalb des Europadiskurses an Gewicht.

Die Ereignisse von 1940 setzten das politische Exil einer von nun an bestimmenden Zwangslage aus: einerseits Konzeptionen für ein eigenständiges, vereinigtes Europa, andererseits mußte dem die Befreiung Europas vorangehen. Hitler mußte so schnell wie möglich vernichtend geschlagen werden – der verträumten Hoffnung auf eine alles beendende innerdeutsche Revolution wollte sich kaum mehr jemand hingeben. Es drängte sich die Frage auf, wem man nun die Führung im Kampf gegen Hitler zutraute. Für das deutsche Exil hatte diese Frage, die machtpolitisch nur die drei Optionen Großbritannien, USA und UdSSR zuließ, eine entscheidende grundsatzpolitische Dimension. Bekannte man sich zu den USA als Anführer der Anti-Hitler-Koalition, war damit zugleich eine Erklärung für den westlichen Kapitalismus und für eine außereuropäische Macht abgegeben. Demgegenüber stand die UdSSR in den Augen einiger Sozialisten noch immer für den verwirklich-

[601] Strasser, Was will die Frei-Deutschland-Bewegung?, o. D. [Februar–Juni 1941], IfZ, NL Strasser, ED 118/20. Zur Datierung: Das Dokument muß verfaßt worden sein nach dem im Text erwähnten 30. 1. 1941, aber vor dem deutschen Angriff auf die Sowjetunion, da Strasser dieses herausragende Ereignis – im Gegensatz zu nahezu allen folgenden Stellungnahmen – mit keinem Wort erwähnt.

[602] MARCK, Frankreich ist tot – es lebe Frankreich!, in: NVZ, 9. Jg., Nr. 28 (13. 7. 1940), S. 1.

[603] KATZ, Der Krieg rückt näher, in: NVZ, 9. Jg., Nr. 24 (15. 6. 1940), S. 4.

ten Sozialismus, wenngleich die Ostoption selbst für die Linkssozialisten vorerst nicht mehr in Betracht kam und darüber hinaus auch die UdSSR als überwiegend außereuropäischer Staat angesehen wurde.

Das politische Wohlwollen des deutschen Exils galt nun Großbritannien. Das Land schien einen Kompromiß zu bieten: ein im Kern europäisches Land von beachtlicher militärischer Stärke, das zwar kapitalistisch geführt, aber demokratisch organisiert war und über eine gewichtige sozialistische Arbeiterbewegung verfügte. Des weiteren lag Großbritannien durch seine Insellage in einer strategisch günstigen Position für einen im ureigensten Interesse des Inselvolkes liegenden Abwehrkampf gegen die potentielle deutsche Weltmacht. Der sozialistische Schriftsteller Hiller schilderte die Wahrnehmung des europäischen Hoffnungsträgers Großbritannien in der Retrospektive in heroischen Worten: „Großbritannien in prachtvoll harter, aber reiner Defensivstellung, auf die deutsche Invasion (die dann nicht kam) wohlvorbereitet"[604]. Vor allem symbolisierte Großbritannien die letzte Chance einer europäischen Selbstbefreiung, denn jedenfalls das Mutterland des Commonwealth gehörte traditionell dem abendländischen Kulturkreis an. Viele Emigranten setzten ihre Hoffnungen daher auf Großbritannien als die letzte verbliebene Großmacht Europas. An der „Festung der Freiheit" werde die Barbarei zerschellen[605]. In der Folge richtete sich der Fokus des Europadiskurses auf Großbritanniens europäisches Führungspotential sowohl in der militärstrategisch bestimmten Gegenwart als auch in der politischen Zukunft: „Heute ist das europäische Festland der Naziherrschaft unterworfen. Ein einziges einsames Bollwerk ist übriggeblieben, in dem noch offen von der Sehnsucht nach einem freien und geeinten Europa gesprochen werden darf, das britische Inselreich."[606] Dementsprechend bedurfte es eines konzeptionellen Umdenkens insbesondere derjenigen, die bisher Großbritannien von der künftigen Gestaltung Europas ausgeschlossen hatten.

Dennoch darf die allseitige Konzentration auf Großbritannien als rettende Hand in ihrer europapolitischen Dimension nicht überbewertet werden. Sicherlich sahen einige Exilgruppen, wie Neu Beginnen, in Großbritannien tatsächlich primär den Kopf einer innereuropäischen Selbstrettung. Viele andere probritische Stellungnahmen resultierten aber schlicht aus der momentanen Kriegssituation heraus, in der die USA noch nicht in den Krieg eingetreten waren, die UdSSR sich durch den Hitler-Stalin-Pakt gebunden hatte

[604] HILLER, Die Zukunft des Erdteils, Rede vom 18. Januar 1941. Nachwort, in: DERS., Ratioaktiv 1966, S. 116–34 (133).

[605] Die Festung der Freiheit, in: Das Wahre Deutschland (Juli 1940), S. 1–4 (4).

[606] [SPIECKER], Die gemeinsame Aufgabe, in: Das Wahre Deutschland (August 1940), S. 2. Das Dokument, als dessen Verfasser in der Tat Carl Spiecker vermutet werden darf, findet sich auch in der kleinen Quellensammlung von VOIGT (Hg.), Friedenssicherung 1988, S. 184–187. Für die Verfasserschaft des Linkskatholiken spricht nicht nur seine Stellung als Herausgeber von *Das Wahre Deutschland*, sondern auch das typische Bekenntnis zur Notwendigkeit einer reinigenden europäischen Revolution (ibid. S. 2).

und allein Großbritannien als verbleibende Großmacht aktiv gegen das faschistische Deutschland kämpfte. Vielfach ahnte man, daß sich Europa nicht mehr aus eigener Kraft würde befreien können, obwohl die politischen Emigranten die längst vollzogene Ablösung Großbritanniens durch die USA als führender westlicher Weltmacht 1940/41 noch nicht in ihrer Totalität erkannt hatten. Also begann allmählich die Suche nach einer nur vordergründig paradox anmutenden außereuropäischen Antwort auf die europäische Frage. Als außereuropäische Befreier des europäischen Kontinents kamen nur die beiden neuen Weltmächte USA und UdSSR in Betracht, von denen letztere sich durch den Abschluß des Ribbentrop-Molotow-Vertrages für die Aufgabe der antifaschistischen Abwehr vorerst diskreditiert hatte. Übrigblieben damit die USA. Naheliegend war dieser Gedankengang auch deshalb, weil die USA zwar noch nicht aktiv in den Krieg eingetreten waren, aber Großbritannien ebenso wie die UdSSR finanziell unterstützten. Überlegungen zur Rettung Europas mit Hilfe der UdSSR wurden hingegen vertagt und erst nach dem deutschen Angriff auf die Sowjetunion wieder zur Diskussion gestellt.

In den Erörterungen einer möglicherweise außereuropäischen Hilfestellung zugleich ein größtmögliches Maß an europäischer Autonomie gegenüber Ost und West zu erhalten[607] stellte sich für die meisten Emigranten als eine Gratwanderung dar, deren Bewältigung sich durch das Einschwenken der UdSSR in die Anti-Hitler-Koalition und den Kriegseintritt der USA 1941 noch schwieriger gestaltete, bis schließlich die schlimmsten Befürchtungen für die Zukunft eines vereinigten Gesamteuropas nach den Konferenzen von Moskau und Teheran bestätigt wurden. Die Position Europas zwischen Ost und West entwickelte sich zu einer der entscheidenden Grundsatzfragen jedes Europamodells und stellte sich in der letzten Diskursphase 1944/45 gar als Überlebensfrage eines selbständigen Gesamteuropas dar. Diese fatale Entwicklung zu erkennen und zur richtigen Zeit mit jeweils adäquaten Lösungsvorschlägen zu begleiten sollte von nun an die zentrale Aufgabe des Europadiskurses im Exil sein.

All diese neuen Aspekte, die durch das Zerrbild einer nationalsozialistisch pervertierten europäischen Einheit provoziert worden waren, mußten nun in die Europakonzeptionen des Exils eingearbeitet werden. In diesem Zusammenhang von Bindungen an den Osten oder Westen zu sprechen, entspräche nicht dem tatsächlichen Anliegen der Emigranten. Wohl aber können die grundlegenden Änderungen als Ost- oder Westorientierung bezeichnet werden. Flexibler als die feste Bindung, meint Orientierung eine eher den einen oder anderen Pol als politisches Entscheidungsfeld akzeptierende Ausrichtung, die jedoch weder mit blindem Gehorsam noch mit übereifrigem Integrationswillen gleichzusetzen ist. Demnach läßt sich die außenpolitische Orientierung definieren als die jeweils gewählte Option eines Gesellschafts-

[607] Vgl. auch LOTH, Sozialismus und Internationalismus 1977, S. 11.

musters, dessen staatlichem Träger folglich auch ein Mehr an politischer Entscheidungsgewalt zugedacht wurde.

Erwartungsgemäß und unverändert empfahl die KPD als einzige deutsche Exilgruppe eine prosowjetische Nibelungentreue und wandte sich gegen eine europäische Struktur unter der Führung kapitalistischer Demokratien, denn: „Sind nicht die in so bunten Farben angepriesenen ‚Vereinigten Staaten von Europa' nur eine verschlimmerte Neuauflage des unter englischer Vorherrschaft stehenden ‚Völkerbundes'?"[608] Auf dem linken Auge blind, aber dennoch *cum grano salis* blickte Wehner in die Zukunft: „Es läßt sich nicht leugnen, daß hinter diesen ‚ideellen' Kriegszielen [der Westmächte und der Sozialdemokratie, B. S.] höchst materielle Beweggründe stecken. Die kapitalistischen Staaten wollen den Kampf um die Vorherrschaft in der Welt, den Kampf um Einflußsphären und koloniale Ausbeutungsplätze, den sie während des ersten imperialistischen Weltkrieges 1914–1918 führten, jetzt in einem zweiten Waffengang zu Ende führen."[609]

Im Verlaufe des Frühjahrs aber kamen angesichts umfangreicher Truppenbewegungen an der deutschen Ostgrenze ernste Zweifel an der Bündnistreue des nationalsozialistischen Regimes auf, und die Kommunisten versuchten, möglicherweise zu erwartende Widersprüche in der sowjetischen Außenpolitik schon im Vorfeld zu erklären: Das „Licht im Osten"[610], das positive Vorbild der sowjetischen Gesellschaft schüre den Neid der kapitalistischen Staaten, so daß ständig die Gefahr eines Angriffs auf die Sowjetunion drohe. Daher: „Tretet ein für die Einhaltung des Nichtangriffspakts mit der Sowjetunion. Wir fordern Ausbau der Freundschaft mit den Völkern der Sowjetunion. [...] Keinen Schuß gegen die Rote Armee, keine Granate, kein Flugzeug gegen die 193 Millionen Völker der Sowjetunion. Dann lautet die Parole: ‚Waffen herum' [...]. Hände weg von der Sowjetunion!"[611] Es bedarf kaum einer Erwähnung, daß nach dem Schockerlebnis des Hitler-Stalin-Paktes eine so unkritisch prosowjetische Haltung allein bei den Kommunisten vorzufinden war. An diesem Grundtatbestand hatten auch die Ereignisse von 1940 nichts geändert.

Eine intensive und zielgerichtete Westkooperation betrachtete der extreme Individualist Kurt Hiller als strategisch geboten, mit Blick auf die umfassendere Idee eines Weltbundes gar für unerläßlich. Doch war Hiller nicht an einem eigenständigen Europa als dritter Machtkomponente zwischen Ost und West interessiert, sondern verfolgte das Ziel einer kontinental geglieder-

608 Funk [d. i. Wehner], Die Politik der Sozialdemokratie, 1940, BAB RY 1/I 2/707/59, Bl. 293.
609 Ibid.
610 So die Umschreibung Kurt Hillers für die bedingungslose Unterwerfung der KPD unter die Parameter sowjetischer Politik: HILLER, Die Zukunft des Erdteils, 18. 1. 1941, in: DERS., Ratioaktiv 1966, S. 118.
611 Achtung! Achtung! Hände weg von der Sowjetunion!, 5. 5. 1941, Faksimiledruck bei: PIKARSKI, UEBEL (Hg.), Widerstandskampf der KPD 1978, Dok. Nr. 146.

ten Weltstaatenföderation, für die eine enge Westkooperation die erste wichtige Voraussetzung darstelle. Aus der momentanen Kriegssituation zu Beginn des Jahres 1941 folgerte er die Abwehr des deutschen Angriffs als Englands große strategische Aufgabe – die größere strategische Aufgabe aber sei die Europäische Revolution des freiheitlichen Sozialismus, für die ein multinationaler Generalstab unter britischer Führung eingerichtet werden müsse[612]. Dabei dachte er an eine zentral gelenkte Résistance der unterdrückten Völker Europas gegen die nationalsozialistische Tyrannei. Das ideale Fundament für die Verwirklichung des freiheitlichen Sozialismus in Europa bot seiner Ansicht nach die Paneuropaidee, deren Schöpfer für ihn der „Meister, der genialste, am meisten erleuchtende Verkünder, der Klassiker des paneuropäischen Gedankens" war[613]. Allerdings bedürfe Coudenhoves Ansatz einer Erweiterung um den „Erdstaatsgedanken": Notwendig sei ein alle kontinentalen Gruppen umfassender Weltbund, der im bewußten Gegensatz zum Völkerbund universal zu organisieren, kontinental zu gliedern und mit einer machtvollen Exekutive zu versehen sei[614]. Für die Verwirklichung dieses Erdstaates betrachtete Hiller einen engen Zusammenschluß des Britischen Empires mit den USA und dem künftigen paneuropäischen Bund als einzig erfolgversprechenden Weg. Denn angesichts einer solchen Westkooperation wäre der Gegenspieler Rußland möglicherweise eher geneigt, „sich mit der Westwelt zu verständigen" und sich gesellschaftlich zu liberalisieren, ohne dem Kapitalismus anheim fallen zu müssen[615]. Den bevölkerungsreichen Staaten Asiens und Vorderasiens sowie den afrikanischen Völkern bleibe die Wahl: Ob sie sich letztlich dem Sowjetstaat oder dem Westblock anschlössen oder die kontinentale Eigenständigkeit bevorzugten, bleibe abzuwarten.

Hillers Bedeutung für den Europadiskurs des Exils liegt vor allem in seiner schon 1921 entwickelten „Logokratie", der Theorie von der Herrschaft des Geistes als intellektuelles und moralisches Prinzip, in dem er ab 1940/41 das gedankliche Verbindungselement zwischen dem Europagedanken und der Idee des freiheitlichen Sozialismus sah[616]. So bemühte sich der „eigenwillige Verkünder eines revolutionären Pazifismus"[617] um eine politiktheoretische Legitimation der Symbiose zwischen dem Europagedanken und der Idee des

612 HILLER, Die Zukunft des Erdteils, Rede vom 18. Januar 1941, in: DERS., Ratioaktiv 1966, S. 120f.

613 Ibid. S. 124. Zum Erdstaatsgedanken erläuterte Hiller, ibid.: „Natürlich hört der föderative Gedanke bei Europa nicht auf; wie er die Völker eines Kontinents zu einer lebendigen und friedlichen Einheit zusammenschließen will, so will er auch die Kontinente zusammenschließen – zu einem die Erde umspannenden, die ganze Menschheit umfassenden Friedensstaat."

614 Ibid. S. 125.

615 Ibid.

616 Ibid.: „Der paneuropäische und Erdstaatsgedanke geht Hand in Hand mit dem Gedanken eines freiheitlichen Sozialismus."

617 Vgl. VOIGT (Hg.), Friedenssicherung 1988, S. 126.

freiheitlichen Sozialismus. In einem „Abriß eines Systems der gesollten Zukunft" bekannte er sich zur logokratischen Durchbrechung des absoluten Souveränitätsprinzips, um Europa in zollpolitischer, währungspolitischer, produktionspolitischer, militärischer und rechtlich-moralischer Hinsicht unter der Gesetzgebung des Geistes zu vereinen[618].

Angesichts ihrer antisowjetischen Grundhaltung sah die Sopade keine Notwendigkeit, auf ihre Befürwortung einer Kooperation mit dem Westen erneut hinzuweisen. Dies um so mehr als man die ausführlichere Debatte um eine Aktualisierung und Konzeptionalisierung der Europavorstellungen erst Anfang 1940 aufgenommen hatte. So wirken die verhältnismäßig wenigen Ausarbeitungen des sozialdemokratischen Parteivorstandes zur veränderten Lage nach „Frankreichs Katastrophe"[619] farblos. In nur neun Stichworten skizzierte Erich Rinner Ende 1940 das europapolitische Programm seiner Partei[620] und bediente sich dabei offenkundig der Vorlagen des Heidelberger Parteiprogramms sowie des Memorandums an Sumner Welles vom März 1940[621]. Diese Vorgehensweise machte sich auch der Innenpolitiker Ollenhauer zu eigen, als er auf der Londoner Parteikonferenz vom Mai 1941 ein nicht minder blasses Grundsatzreferat zum Thema „Der kommende Friede und das kommende Deutschland" hielt[622]. Rinners Sammelsurium unverbindlich zeitloser Parolen erwähnt mit keinem Wort die veränderte strategische Situation Europas und stieß in den eigenen Reihen auf Widerspruch, so insbesondere von Curt Geyer, Albert Grzesinski und Karl Höltermann. Die teilweise konfusen Aufzeichnungen des nach Großbritannien geflüchteten Höltermann lassen jedoch kaum ein Mehr an konzeptioneller Vorstellungskraft erkennen. Unter der Bezeichnung Free German Committee hatte Höltermann im Februar 1941 in England lebende deutsche Parlamentarier als

618 HILLER, Die Zukunft des Erdteils, 18. 1. 1941, in: DERS., Ratioaktiv 1966, S. 123 und 127 f.

619 KATZ, Frankreichs Katastrophe und die U.S.A., in: NVZ, 9. Jg., Nr. 25 (22. 6. 1940), S. 4.

620 [Rinner], Beitrag zur Diskussion über die Friedensziele. Entwurf zu einem Katalog der Probleme, o. D. [1940/41], AsD, Bestand PV-Emigration Sopade, M. 179, insb. S. 3.

621 [Parteivorstand der Sopade], Memorandum, o. D. [März 1940], S. 2, AsD, Bestand PV-Emigration Sopade, M. 179.

622 Dies trifft ebenso auf Ollenhauers frühere Rede über die Aufgaben der Union vom 4. 4. 1941 zu, abgedruckt in: EIBER (Hg.), Union 1998, Dok. Nr. 10, S. 26–29. Ollenhauer, der sich in der außenpolitischen Dimension seines Vortrages vom Mai 1941 auf wenige Sätze beschränkte, versuchte gar nicht erst, den Anschein der Originalität zu erwecken: „Ich habe nicht das Amt, eine bestimmte Auffassung zu vertreten. [...] Als Grundlage für meine Vorlage dienen die früheren Veröffentlichungen des PV." Dies veranlaßte Walter Loeb zu der Bemerkung, die geistigen Probleme seien in Ollenhauers Vortrag in den Hintergrund getreten, und der Konferenzleiter Hans Vogel resümierte am Ende der Sitzung: „Die Aussprache hat sich größtenteils in luftleerem Raume bewegt."; Protokoll der SPD-Konferenz „Der kommende Friede und das kommende Deutschland" am 10./11. 5. 1941, abgedruckt in: EIBER (Hg.) Union 1998, Dok. Nr. 210, S. 499–513 (500, 506 und 511).

Kern einer „Repräsentativen Körperschaft" des deutschen Exils, mithin einer Art Exilregierung um sich gesammelt[623]. Man warb in Übereinstimmung mit dem in den USA exilierten Sollmann für ein Europa unter britischer Führung und amerikanischer Tolerierung[624] und begnügte sich im übrigen mit dem pauschalen Seufzer: „Es wird sehr schwer sein, eine neue Karte von Europa zu planen."[625] Karten und Grenzen waren für Höltermanns politisches Grundverständnis von außerordentlicher Bedeutung. Für den Verbandsfunktionär war Politik „Denken in Grenzen, wie Mathematik ein Denken in Maßen und Zahlen"[626]. Mit diesen Axiomen war eine verbindliche Rechtsordnung in einem föderativen Europa schlicht unvorstellbar, so daß auf konkretere Erfahrungshorizonte zurückgegriffen werden mußte: „Zu den Spielregeln für Fußball gehören die Linien auf dem Spielfeld. Zum Internationalen Recht gehört ein System von Staatengrenzen. [...] Wir bedürfen der Linienkonstruktionen auf dem Fußballfeld und der Staatengrenzen auf dem Kontinent, um überhaupt Regeln oder Gesetze anwenden zu können."[627]

Albert Grzesinski dagegen sah sich zu einer ausführlicheren Auseinandersetzung mit der Friedensproblematik der Nachkriegszeit veranlaßt und entwarf Richtlinien für einen Bund demokratischer Nationen als Nachfolgeorganisation des Völkerbundes. Mit der europäischen Frage beschäftigte sich der ehemalige Polizeipräsident von Berlin bewußt nur im Rahmen einer weltweiten Neuordnung, um sich nicht dem Vorwurf der Inkompatibilität mit den Nachkriegsplänen der Alliierten aussetzen zu müssen. Insgesamt finden sich in Grzesinskis Richtlinienentwurf viele Gedanken aus Hilferdings Referat von Anfang 1940 wieder, insbesondere hinsichtlich der ökonomischen Ausgestaltung. Doch bleibt das Dokument hinter den recht detaillierten Institutionalisierungsplänen anderer Emigranten aus dieser Diskursphase weit zurück[628]. Auch Curt Geyer, den Rinner in seinem Manuskript mit

623 Der Gruppe gehörten nach Höltermanns eigenen Angaben an: Arthur Arzt, Max Braun, August Weber, der bayrische Landtagsabgeordnete Franz Aenderl sowie die sächsischen MdL Paul Heide, Hans Geisser und Curt Weckel. Als ständige Mitarbeiter waren daneben Otto Lehmann-Russbueldt und der Jurist Heinz Braun benannt; vgl. [Karl Höltermann], Memorandum über die künftigen Grenzen Deutschlands, z. Hd. des Herrn Präsidenten der Republik Czechoslovakia, 18. 3. 1941, S. 1, AsD, NL Höltermann, M. 1.

624 Ibid. Zu Sollmanns parallelem Vorschlag einer europäischen Einigung unter dem anglo-amerikanischen Schutzschild vgl. seinen Brief an Stampfer vom 3. 4. 1941, AsD, NL Stampfer, M. 13.

625 [Höltermann], Europa – ohne Hitler (Entwurf), o. D., AsD, NL Höltermann, M. 7.

626 [Ders.], Grenzen 4, Manuskript, o. D., AsD, NL Höltermann, M. 7.

627 [Ders.], Staatengrenzen und Internationales Recht, o. D., AsD, NL Höltermann, M. 7. Ein besonders hartes Urteil über Höltermann als Mensch und Politiker findet sich in einem privaten Brief Löwensteins an Hermann Rauschning vom Karfreitag 1941, BAK, NL Löwenstein, N 1222, Bd. 11: „Höltermann, den ich recht gut kenne, halte ich für einen der unfähigsten Männer überhaupt, halbgebildet, arrogant und hohl. Das ist natürlich vertraulich."

628 Grzesinski, Gedanken über die Zusammenarbeit der Nationen nach dem Siege der

zahlreichen abweichenden Voten erwähnt, fertigte im April 1941 eine eigene Skizze über den kommenden Frieden an und ließ sie Ollenhauer in London zukommen[629]. In einigen zentralen Punkten erwies sich Geyer zwar als der überlegene Außenpolitiker und Europavisionär, stieß gerade damit aber auf Widerstand im Londoner Rumpfvorstand[630]. So erteilte der langjährige außenpolitische Vordenker des exilierten Parteivorstands den linkssozialistischen Vorstellungen einer europäischen Planwirtschaft eine Absage, weil die Aufstellung des Planes nur auf diktatorischem Wege dekretiert werden könne[631]. Darüber hinaus definierte Geyer den freien Personen- und Warenverkehr, die ungehinderte Wanderung und Niederlassung als die vier elementaren europäischen Grundfreiheiten, die allein mit Zustimmung des modifizierten Völkerbundes eingeschränkt werden könnten[632]. Damit nahm Geyer gedanklich die vier justiziablen Grundfreiheiten der Europäischen Gemeinschaft vorweg und redete im Vergleich zu den zurückhaltenderen Anmerkungen Hilferdings vom Januar 1940 einer stärker interventionistischen Zentralgewalt das Wort.

Für den in die USA emigrierten Teil der Sopade sprach sich Rudolf Katz zugunsten einer Militärintervention seines Gastlandes aus: „Es ist eine Ironie der Geschichte, daß gerade das Land, das durch Tradition, Erziehung, geographische Lage und Machtposition sozusagen von der Vorsehung dazu berufen ist, zum Retter der bedrohten großen Menschheitsideen der Freiheit und der Demokratie zu werden, im Augenblick durch seine demokratischen Einrichtungen selbst, durch die bevorstehende Präsidentenwahl, aktionsunfähig gemacht wird."[633] Ähnliche Ansichten, wenngleich häufig auf Großbritannien bezogen, finden sich in linkskatholischen und liberalen Stellungnahmen. Eine Ostoption war in diesen politischen Kreisen gar nicht erst erörtert worden. Ganz im Gegenteil zeigte man sich bemüht, die drohende Degradierung Europas zu einem bloßen Annex des sowjetischen Macht-

demokratischen Mächte, 2. 3. 1941, IfZ, Slg. Kurt Glaser, ED 202/1. Die Quelle ist abgedruckt bei VOIGT (Hg.), Friedenssicherung 1988, S. 70–73 sowie auf englisch bei LIPGENS (Hg.), Documents II 1986, Dok. Nr. 212, S. 572–575. In institutioneller Hinsicht dachte Grzesinski insbesondere an ein europäisches Bundesgericht für Personalangelegenheiten der Föderation sowie ein Schiedsgericht für internationale Streitigkeiten.

[629] Geyer an Ollenhauer, 21. 4. 1941 mit Annex: [Skizze über den kommenden Frieden], AsD, Bestand PV-Emigration Sopade, M. 44.

[630] Geyer an Ollenhauer, 22. 5. 1941, AsD, Bestand PV-Emigration Sopade, M. 44: „Daß Ihr nicht mit allen Punkten meiner Skizze einverstanden seid, verstehe ich ganz gut – das sind eben die Punkte, über die ernstlich diskutiert und beraten werden muß."

[631] Geyer an Ollenhauer, 21. 4. 1941, AsD, Bestand PV-Emigration Sopade, M. 44.

[632] Geyer, [Skizze über den kommenden Frieden], 21. 4. 1941, S. 2, AsD, Bestand PV-Emigration Sopade, M. 44. Bemerkenswert ist der innenpolitische Vorschlag Geyers, zum Schutz der neuen freiheitlichen Verfassung Deutschlands öffentliche Ämter nur an „grundsätzliche Anhänger der neuen Verfassungsgrundsätze" zu übertragen, vgl. ibid.

[633] KATZ, Frankreichs Katastrophe und die U.S.A., in: NVZ, 9. Jg., Nr. 25 (22. 6. 1940), S. 4. Die angesprochene Präsidentenwahl ist die erste Wiederwahl F. D. Roosevelts zum Präsidenten der Vereinigten Staaten.

blocks gerade durch die Einigung Europas zu verhindern. Leitlinie war die Solidarität des christlichen Abendlandes: „Jetzt endlich muß die große europäische Idee sich verwirklichen und zur Reife gelangen, die Idee der schicksalhaften Verbundenheit der europäischen Völker, der tief reichenden Verwurzeltheit in gemeinsamem Erleben, in gemeinsamem Leid und gemeinsamer Hoffnung, die Idee des christlichen Abendlandes im Gewand des zwanzigsten Jahrhunderts."[634]

Unverdrossen erhob Neu Beginnen zugunsten einer europäischen Eigenständigkeit zwischen Ost und West seine Stimme. Hierfür war in der momentanen Situation eine strategische Einbindung in den Westen unvermeidbar, um unter der kritisch beäugten, aber aus taktischen Erwägungen geduldeten Observanz des britischen Kapitalismus Europa als west-östlichen Diwan des Weltfriedens zu konzipieren.

Mehr denn je zeigte man sich überzeugt, daß die virulente Gefahr einer Teilung Europas in konträre weltpolitische Einflußbereiche das zentrale Problem sei, als das es sich in der Tat schon bald erweisen sollte: „Die Wahl steht zwischen dem Weg zur sozialistischen Föderation und dem Untergang. Und der ungeheure Druck dieser Alternative bietet die einzige Chance, daß die Schwierigkeiten einer jahrzehntelangen Fehlentwicklung noch überwunden werden."[635]

Mit der abschreckenden Umwandlung Europas in einen einheitlichen nationalsozialistischen Herrschaftsraum sah man sich gezwungen, auf Großbritannien als die einzig verbliebene europäische Karte zu setzen, wollte man Europa in den späteren Verhandlungen über seine Zukunft ein Stimmrecht erhalten. In einer rasch vollzogenen Abkehr von der antibritischen Position der Jahre 1938/39 fand sich Großbritannien seit der Niederlage Frankreichs als militärpolitischer Grundstein der Europakonzeption von Neu Beginnen wieder[636]. Dies zeigt nicht nur das ernsthafte Bemühen der Gruppe um ein selbständiges Europa als dritte Kraft in der Ost-West-Konfrontation, sondern auch das Einschätzungsvermögen des politisch Machbaren. Die Grundeinstellung förderte den Verzicht auf einen europäischen Weltführungsanspruch ebenso wie den Verzicht auf die sozialistische Weltrevolution, um das politisch machbare Projekt eines sozialistischen Europas nicht zu gefährden[637].

Um dem überlieferten Mißtrauen gegen den englischen Imperialismus aber dennoch Rechnung tragen zu können, schloß man Großbritannien von

[634] [SPIECKER], Die gemeinsame Aufgabe, in: Das Wahre Deutschland (August 1940), S. 2.
[635] [Schoettle?], Deutsche und europäische Revolution, o. D. [Sommer 1940–Sommer 1941], S. 11, AsD, NL Schoettle, M. 64.
[636] Rußland und die deutsche Revolution, o. D. [Mitte 1940], S. 8, IISG, Coll. Neu Beginnen, M. 41.
[637] [Schoettle?], Deutsche und europäische Revolution, o. D. [Sommer 1940–Sommer 1941], S. 10, AsD, NL Schoettle, M. 64.

allen weiteren Integrationsschritten wie der wirtschaftlichen und allgemein politischen Föderation aus, zumal es kein wirklich europäisches Land sei. Dogmatisches Fernziel war unverändert ein sozialistisches Gesamteuropa. In realistischer Einschätzung der tatsächlichen Machtverhältnisse aber begnügte man sich vorerst mit der Schaffung eines selbständigen nichtsozialistischen Europas, das in sicherheitspolitischer Hinsicht mit den Flügelmächten Großbritannien und UdSSR verbündet sein sollte, nach innen aber eine rein binneneuropäische Föderation zu entwickeln habe[638]. Für den Aufbau der letztlich sozialistischen Binnenstruktur wurde eine gelungene Verbindung der sozialen Revolution mit der allgemeinen Friedenssehnsucht als erfolgversprechend angesehen[639]. In diesem Zusammenhang verwies Waldemar von Knoeringen auf das unterschiedlich gewichtete soziale Revolutionspotential in Europa. Im Gegensatz zum industriellen Nordwesteuropa stehe im agrarischen Südosten auf Grund der ungelösten Nationalitätenprobleme die soziale Revolution nunmehr auf der Tagesordnung; zentrales Anliegen jeder Europakonstruktion müsse daher die schrittweise Angleichung dieser Unterschiede sein[640].

Die Differenzierung zwischen einem sicherheitspolitisch definierten äußeren Kreis und einem umfassend föderalistisch orientierten inneren Kreis bot den Vorteil, daß ein nach außen militärisch abgesichertes Kontinentaleuropa mit Bedacht eine erst föderative, dann sozialistische Binnenstruktur aufbauen könnte, ohne die Mißgunst der ehemals gefährlichen Flügelmächte fürchten zu müssen. Somit barg das Konzept von Neu Beginnen ein konzentrisches Europamodell mit einem stärker föderal orientierten inneren Kreis und einem auf die Sicherheitspolitik beschränkten, intergouvernementalen äußeren Kreis, der über Großbritannien indirekt auch die USA umfassen würde[641]. Auf diese Weise würde selbst ein sicherheitspolitisch erweitertes Europa seine Unabhängigkeit bewahren, bevor es sich nach sozialistischem Muster organisieren würde: „Wir sehen die Sicherung gegen den Stalinismus und die Befriedigung der englischen Interessen in der Bildung eines Sicherheitssystems des revolutionären Europas unter englischer Führung, die Sicherung gegen den kapitalistischen Interventionismus und die Befriedigung der russischen Interessen in der Anerkennung der russischen Territorialgewinne [...], in der rein defensiven Gestaltung des Sicherheitssystems und in der Sicherung dieses defensiven Charakters durch den sozialistischen Einfluß auf dem Kontinent, durch den Einfluß der englischen Arbeiterpartei und durch intensiven Austausch des neuen europäischen Wirtschaftsgebiets mit

638 Ibid. S. 8ff.
639 Ibid. S. 6.
640 [Knoeringen], Sinn und Grenzen europäischer Zielpropaganda, September 1940, S. 2f., AsD, NL Knoeringen, M. 137.
641 [Schoettle?], Deutsche und europäische Revolution, o. D. [Sommer 1940–Sommer 1941], S. 9, AsD, NL Schoettle, M. 64.

Rußland."[642] Damit ging Neu Beginnen deutlich über die vage Kompromißformel im Gründungskommuniqué der Union deutscher sozialistischer Organisationen in Großbritannien vom 19. 3. 1941 hinaus. Dort hatte man ursprünglich statt einer Stellungnahme zur europäischen Frage eine Abgrenzung zu anderen Exilgruppen und Emigranten vorgesehen. Erst nach mehrfacher Intervention aller linkssozialistischen Gruppen, die in jeder der vier Vorbesprechungen auf die Bedeutung der europäischen Dimension für einen dauerhaften Frieden hinwiesen, wurde auf Schoettles Vorschlag noch am Tag der Veröffentlichung des Kommuniqués ein Satz ergänzt[643]: „[Die beteiligten Organisationen, B. S.] werden sich gleichzeitig bemühen, an der Vorbereitung eines demokratischen Friedens mitzuwirken, der einem neuen Deutschland die Möglichkeit gibt, als freies Glied der europäischen Völkergemeinschaft seinen Beitrag zum Wiederaufbau Europas zu leisten."[644]

Entgegen der allgemeinen Tendenz in der politischen Emigration, die jedenfalls 1940/41 noch von der Realisierbarkeit eines gesamteuropäischen Integrationsprozesses ausging, waren vereinzelt kritische Stimmen zu vernehmen, die zwar dem Projekt Europa wohlwollend gegenüberstanden, an der baldigen Umsetzung aber machtpolitisch begründete Zweifel hegten. Zu den Kritikern zählt auch der ehemalige sozialdemokratische Finanzsenator der Freien Stadt Danzig, Bernhard Kamnitzer, der im Rahmen seiner Mitarbeit in Grossmanns Komitee für einen gerechten Frieden, ein demokratisches Deutschland und ein föderatives Europa ein Thesenpapier zur europäischen Frage erarbeitete. Einer Verwirklichung der europäischen Idee standen seiner Ansicht nach vorerst sechs wesentliche Hindernisse entgegen: Sowohl Großbritannien als auch die Sowjetunion müßten als nur teilweise europäische Mächte ausgeschlossen bleiben. Dies aber würde ihre machtpolitische Stellung auf dem europäischen Kontinent nachhaltig schwächen, so daß sie einer europäischen Föderation keinesfalls ihr Plazet erteilen würden. Auch seien die monarchistischen und kolonialistischen Gegenkräfte in Europa selbst

[642] Rußland und die deutsche Revolution, o. D. [Mitte 1940], S. 7, IISG, Coll. Neu Beginnen, M. 41. Zur Föderalstruktur des Sicherheitssystems vgl. [Schoettle?], Deutsche und europäische Revolution, o. D. [Sommer 1940–Sommer 1941], S. 6, AsD, NL Schoettle, M. 64. Die Idee eines europäischen Militärbündnisses auf der Grundlage eines anglo-russischen Nukleus wurde 1942 erneut aufgegriffen, vgl. Draft Statement on Peace Guarantees, o. D. [Herbst 1942], IISG, Coll. Neu Beginnen, M. 42.

[643] Eichler wandte sich in der ersten Vorbesprechung am 25. 2. 1941 gegen eine allzu vage Formulierung zur europäischen Dimension des antifaschistischen Kampfes und beantragte eine entsprechende Änderung der Gründungserklärung. In der letzten Vorsprechung am 19. 3. 1941 intervenierte der neu ernannte SAP-Vertreter Schuricht gegen die nur geringfügig geänderte Fassung und verlangte eine Ergänzung der Erklärung, um der europäischen Frage einen eigenen Satz zu widmen. Daraufhin schlug Schoettle als Vertreter von Neu Beginnen die letztlich einstimmig beschlossene Formulierung vor; EIBER (Hg.), Union 1998, Dok. Nr. 1, S. 3–7 (7) sowie Dok. Nr. 5, S. 16f. (16).

[644] Gemeinsame Erklärung über die Gründung der Union deutscher sozialistischer Organisationen in Großbritannien vom 19. 3. 1941, abgedruckt in: EIBER (Hg.), Union 1998, Dok. Nr. 6, S. 18f. (19).

nicht zu unterschätzen. Des weiteren sei nach Kriegsende mit einem stark ausgeprägten Haß auf Deutschland und die Deutschen zu rechnen, der die für einen dauerhaften Frieden notwendige Beteiligung Deutschlands unmöglich erscheinen lassen werde. Schließlich stünde die europäische Vielfalt in Sprache, Kultur und Geschichte einer übereilten Föderation entgegen[645].

Trotz allem hielt Kamnitzer am Fernziel einer europäischen Föderation fest und schlug für die schrittweise Annäherung an dieses Ziel die Bildung von vier ethnisch-sprachhistorisch definierten Staatengruppen vor, die im Idealfall als Bundesstaaten zu konzipieren seien und nur bei vehementem Widerstand gegen den Föderationsgedanken auf die Konstruktion des Staatenbundes zurückgreifen sollten. Die Föderationen zeichneten sich durch ein einheitliches Zollgebiet, eine einheitliche Wirtschafts- und Geldpolitik mit einer gemeinsamen Währung sowie eine einheitliche Außenpolitik aus. Um eine wirtschaftliche Übermacht Deutschlands auszuschließen, kreierte Kamnitzer eine deutsche Staatengruppe, die lediglich aus Deutschland und Österreich bestehen sollte[646].

### *2.4. „Klare Fronten"? – Europa zwischen West und Ost (1941–1943)*

Hitlers unerwarteter Angriff auf die UdSSR am 22. Juni 1941 leitete im Zusammenspiel mit der Verkündung der Atlantikcharta vom 14. August 1941 und dem Kriegseintritt der USA Anfang Dezember desselben Jahres eine neue Phase des Europadiskurses ein. Die Sowjetunion meldete sich gezwungenermaßen als aktiver Faktor im europäischen Machtpoker zurück und wurde in den Nachkriegskonzeptionen des deutschen Exils verstärkt berücksichtigt.

Für Richard Löwenthal und einige andere Linkssozialisten bedeutete die Eingliederung der Sowjetunion in die Reihen der antifaschistischen Kriegsgegner die Restauration weltpolitisch „klare[r] Fronten" zwischen Faschisten und Antifaschisten[647]. Tatsächlich aber bewirkte die Änderung der machtpolitischen Situation eine andere, für das gesamte politische Exil bedeutsame Front: den Interessenkonflikt zwischen West und Ost auf europäischem Boden. Die politische und konzeptionelle Handhabung dieser Konfrontation war längst nicht so klar wie das gemeinsame Kriegsziel der Überwindung des Nationalsozialismus. In den Worten des Historikers Walter Lipgens spiegelt sich die übergeordnete Bedeutung des Ost-West-Konfliktes[648] für den Europadiskurs auch der deutschen Exilgruppen wider: „[Die

[645] Kamnitzer, Europa nach dem Kriege. Ein Vorschlag, 11. 1. 1941, S. 1f., IfZ, Slg. Glaser, ED 202/1.
[646] Ibid. S. 2f.
[647] [LÖWENTHAL], Klare Fronten 1941.
[648] Der Verfasser ist der Ansicht, daß die konkreten Umstände des Ost-West-Konflikts, die die weltpolitische, europäische und deutsche Nachkriegsgeschichte bestimmten, tatsächlich erst seit 1941 mit dem Kriegseintritt der beiden Weltmächte des

deutsche Form des Faschismus] erzwang unter Zusammenbruch aller anderen kontinentalen Staaten erstmals eine effektive wirtschaftliche und militärische Einigung des Kontinents, jedoch mit solcher Diktatur, daß alle restlichen europäischen Lebenskräfte und Überzeugungen dagegen in Widerstand traten, das Regime selbst aber nicht mehr durch europäische Koalitionen, sondern nur noch durch den diesmal endgültigen Einmarsch der beiden neuen Weltmächte besiegt werden konnte."[649] Seit der französischen Niederlage im Juni 1940 hatte die Wahrscheinlichkeit einer europäischen Selbstrettung schrittweise abgenommen. Die einzige Hoffnung der deutschen Exilanten hatte auf Großbritannien geruht, obwohl man die starken außereuropäischen Interessen und die daraus resultierende Zurückhaltung der Briten in der Konzipierung einer rein europäischen Lösung durchaus gesehen hatte. Ohnmächtig hatten die deutschen Emigranten mit ansehen müssen, wie zunehmend außereuropäische Einflußfaktoren den Kriegsverlauf und damit auch die Nachkriegsüberlegungen bestimmten. Nun, nach Hitlers überraschendem Angriff auf die UdSSR am 22. Juni 1941, drohte die spezifisch europäische Frage endgültig ihre bisher zentrale Position in den Neuordnungsplänen der kriegführenden Regierungen zu verlieren. Bedingt und beschleunigt durch die weltweite Ausdehnung des Krieges, geriet zusehends die Alternative einer ebenfalls weltweiten Lösung der Nachkriegsproblematik in den Blick der Alliierten.

Auch in der Konstellation der Kriegsgegner Deutschlands zeichnete sich eine Verlagerung der Interessen auf die globale Ebene ab. 1941 provozierte Hitlers Vertragsbruch und Angriff auf die UdSSR das russische Bündnis mit Großbritannien, das am 12. Juli 1941 vertraglich fixiert wurde. Dadurch wurde die Perspektive der gegen Deutschland kämpfenden Front nun sichtbar von der europäischen auf die weltweite Ebene verlagert. Dies implizierte andere, von den rein europäischen Problemen losgelöste Überlegungen, zumal die UdSSR mit dem nur vorübergehend unterdrückten russisch-japanischen Konflikt eine asiatische Dimension in die strategischen Erörterungen des Bündnisses einfließen ließ. Es ging längst nicht mehr nur um den Krisenherd Europa, sondern um die Neuverteilung der weltweiten Machtinteressen. Noch einmal verstärkt wurde diese Entwicklung durch den aktiven Eintritt der USA in den Krieg am 8. Dezember 1941, womit das außereuropäische Gewicht und die globale Interessenlage der nunmehr verwirklichten Anti-Hitler-Koalition erneut erhöht und zum bestimmenden Maßstab der alliierten Nachkriegsplanungen erhoben wurde.

20. Jahrhunderts politisch virulent wurden; vgl. dazu die Studie von LOTH, Teilung der Welt $^{7}$1989, S. 13 et passim (DÜLFFER, Jalta $^{2}$1999, S. 238 et passim setzt den Beginn des Ost-West-Konflikts erst mit der Konferenz von Jalta an). Dabei soll jedoch keineswegs bestritten werden, daß die Ost-West-Konfrontation ihre politisch-ideologischen Wurzeln bereits in der Oktoberrevolution und dem Eintritt der USA in den Ersten Weltkrieg 1917 hat.

649 LIPGENS, Anfänge 1977, S. 6.

Gleichzeitig wurde den Emigranten mehr und mehr einsichtig, daß ihre Einflußmöglichkeiten auf die Regierungen der Anti-Hitler-Koalition als verschwindend gering bis nicht existent bezeichnet werden mußten. Bis Ende 1943 reifte allmählich die Erkenntnis heran, daß weder eine deutsche oder gar europaweite sozialistische Revolution noch eine andersartige innereuropäische Integrationskraft über die Zukunft Europas entscheiden werde[650], und daß eine Rettung Europas aus eigener Kraft in den Überlegungen der Alliierten überhaupt nicht mehr vorkam. Die eher der Verzweiflung als einem realpolitischen Verständnis entsprungene Hoffnung auf eine europazentrische Schwerpunktverlagerung der britischen Politik zu Lasten ihrer außereuropäischen Interessen war zerschellt. Die drei Großmächte England, Rußland und Amerika zeigten kaum ernsthaftes Interesse an einer Erörterung der europäischen Zukunft mit den betroffenen Ländern oder gar den Emigranten.

Wenngleich die über den unmittelbaren militärischen Sieg hinausgehenden Friedensziele der Alliierten bis zur Moskauer Außenministerkonferenz vom Oktober 1943 unklar blieben, kam bald die Befürchtung auf, daß die konventionelle Machtpolitik fortgesetzt und das der Selbsthilfe unfähige Europa als Ganzes dem machtpolitisch geleiteten Einfluß der außereuropäischen Großmächte ausgesetzt werde[651].

In dieser Situation begannen die Emigranten, erbittert um jede verbliebene Chance einer europäischen Lösung zu ringen und den Bedeutungsverlust Europas als die weltpolitischen Geschicke lenkenden Machtfaktor doch noch aufzuhalten. Denn durch den Kriegseintritt der USA war dieser Bedeutungsverlust faktisch manifestiert und durch die Teheraner Konferenz schließlich offen ausgesprochen worden. Das Ringen um eine europäische Lösung erschien gerade denjenigen Exilanten als zwingend notwendig, die das bedrohliche Szenario eines zwischen dem sowjetisch dominierten Osten und dem anglo-amerikanischen Westen zerrissenen Europas vorausahnten. Folglich stand seit dem durch Hitler provozierten russisch-britischen Kriegsbündnis das Ziel der europäischen Eigenständigkeit Europas als wirtschaftlicher, politischer und kultureller Einheit in der aufziehenden Dichotomie der Weltpolitik im Vordergrund des Europadiskurses.

Am ehesten versprach der Ansatz eines europäischen Föderativmodells dem Ziel deutscher Befriedung und europäischer Eigenständigkeit zu entsprechen. Da vor dem Hintergrund der weltpolitischen Situation alternative, vergleichbar erfolgversprechende Lösungen nicht in Sicht waren, erreichte die Föderalismusdebatte bald einen Punkt, an dem – ungeachtet zahlreicher Differenzen in den Einzelheiten – mehrheitlich die Idee einer souveränitätsbeschränkenden Europaföderation als einzige Möglichkeit angesehen wurde,

650 Vgl. z. B. STAMPFER, Weder Hitler noch Stalin!, in: NVZ, 10. Jg., Nr. 26 (28. 6. 1941), S. 1.

651 So Willi Eichlers Befürchtung in dem von ihm verfaßten Rundschreiben des Bundesvorstandes an die ISK-Funktionäre vom Januar 1943, auszugsweise abgedruckt in: EIBER (Hg.), Union 1998, Dok. Nr. 310, S. 759–765 (762).

Europa vor der endgültigen Bedeutungslosigkeit zu bewahren und dem Kontinent langfristig wieder zu einem globalen Mitbestimmungsrecht zu verhelfen. Nun ging es nicht mehr um die Frage, ob die Föderation überhaupt die zukunftsweisende Form Europas sei. Erörtert wurde vielmehr die Frage, unter welchen Konditionen eine europäische Föderation in der Lage wäre, den Frieden langfristig zu sichern, ohne Deutschland in zehn oder zwanzig Kleinstaaten zerlegen und den europäischen Kontinent in weltpolitisch definierte Einflußsphären der Alliierten auseinanderfallen zu lassen. Darüber hinaus bot eine europäische Föderation die einzige überzeugende Chance, einer seit 1941 vermehrt diskutierten politischen Zerstückelung und wirtschaftlichen Entmachtung Deutschlands die konstruktive Alternative der Einbindung Deutschlands in einen größeren internationalen Zusammenhang entgegenzusetzen.

Den erfolgversprechendsten Ansatz, das ehrgeizige Ziel einer europäischen Föderation möglichst zügig und homogen umzusetzen, sahen die politischen Flüchtlinge in einer nunmehr konkret zu konzipierenden Wirtschaftsunion als erstem Integrationsschritt. Daher können zwischen 1941 und 1943 intensive Auseinandersetzungen mit den Voraussetzungen und Gestaltungsoptionen eines ökonomischen Zusammenschlusses Kontinentaleuropas beobachtet werden. Durchgängig wurde der wirtschaftliche Zusammenschluß unter dem übergeordneten Ziel der langfristigen Friedenssicherung durch Entschärfung des politischen und sozialen Konfliktpotentials betrachtet.

### 2.4.1. Rückkehr der Sowjetunion

Die Rückkehr der Sowjetunion in die Phalanx der antifaschistischen Mächte stieß bei der KPD auf große Erleichterung, vermochte die durch den Hitler-Stalin-Pakt verursachte politische Isolierung jedoch nicht aufzuheben. Diejenigen linkssozialistischen Stimmen, die das Ereignis zum Anlaß nahmen, einer ideologischen und politischen Wiederannäherung an die Sowjetunion das Wort zu reden, befanden sich letztlich in der Minderheit. Als selbstverständlich betrachtete es aber auch die Minderheit, daß zwischen der Sowjetunion als sozialistischem Vorbildstaat einerseits und den kommunistischen Machtapparaten, namentlich der Komintern und der KPD, andererseits unterschieden werden müsse. Eichler sprach in diesem Zusammenhang von einem „unüberbrückbaren Gegensatz" und stellte klar: „Nur klare Trennung kann hier die Parole sein."[652]

Für den SAP-Vertreter im Exekutivkomitee der Londoner Union, Paul Walter, war klar, daß der Krieg mit dem Überfall auf die Sowjetunion ein neues Stadium erreicht habe, da es der einzigen neutralen Großmacht Europas allen Bemühungen zum Trotz nicht gelungen sei, von den Verwüstungen

652 Rußland und die Komintern 1943, S. 55. Vgl. auch die SAP-Veröffentlichung: Sozialistische Revolution gegen Nazi-Imperialismus 1943, S. 34.

des zweiten Weltkrieges verschont zu bleiben[653]. Getreu der marxistischen Tradition der Partei hielt die Londoner SAP-Auslandsleitung an der doktrinären Zielsetzung eines europäischen Sozialismus marxistischer Prägung fest[654] und propagierte nach Hitlers Überfall auf die UdSSR eine kritische Wiederannäherung an die Sowjetunion als Quelle sozialistischer Kampfkraft. Zwar sei die „sklavische Kritiklosigkeit der Kominternanhänger" zu vermeiden, doch müsse die Kritik an der Sowjetunion hinter dem Respekt für ihre revolutionären Leistungen zurückstehen, zumal in diesem Krieg auch mit Ideen gekämpft werde[655]. Man war überzeugt: „Seit dem Überfall der Naziheere auf die SU hat der russische Staat der Arbeiter und Bauern wieder die Sympathien der Arbeiter der ganzen Welt."[656]

Ähnlich sowjetfreundlich äußerte sich ein Arbeitskreis Internationaler Sozialisten in Stockholm, der unter dem beherrschenden Einfluß der SAP-Mitglieder Brandt, Szende und dem Ehepaar Enderle stand. Man bewunderte den „heldenhaften Kampf der Roten Armee und des russischen Volkes"[657] und war gewillt, der Sowjetunion volle Unterstützung für den sozialen Neuaufbau zuteil werden zu lassen[658].

Die Rückkehr der Londoner SAP zu einer positiven Grundeinschätzung der Sowjetunion als revolutionärer Kraft des internationalen Sozialismus stieß im Exekutivkomitee der Union auf ein differenziertes Echo[659]. Während sich Neu Beginnen – wenn auch in abgeschwächter Form – der sowjetfreundlichen Kehrtwende der SAP anschloß, begrüßten ISK und Sopade lediglich den militärischen Aspekt des britisch-russischen Bündnisses und behielten im übrigen ihre antisowjetische Grundhaltung bei.

Der Neu Beginnen-Theoretiker Richard Löwenthal verfaßte im August 1941 für das Auslandsbüro Neu Beginnen die programmatische Schrift „Klare Fronten". Darin begrüßte er die Klarstellung der weltpolitischen Konfliktlinien: „Auf der einen Seite die angelsächsischen Demokratien, die Sowjetunion und China, unterstützt von den unterdrückten Nationen Europas [...], auf der anderen Seite Hitlerdeutschland mit seinen faschistischen und halbfaschistischen Trabanten."[660] Die akute Bedrohung der UdSSR durch den nationalsozialistischen Imperialismus verlange von jedem Soziali-

653 Walter, Vorschlag für eine Stellungnahme im *Newsletter* zum deutschen Angriff auf die Sowjetunion vom 8. 7. 1941, abgedruckt in: EIBER (Hg.), Union 1998, Dok. Nr. 33, S. 77 f.
654 Sozialistische Revolution gegen Nazi-Imperialismus 1943, S. 29.
655 Ibid. S. 32 f.
656 Ibid. S. 29.
657 [Arbeitskreis Internationaler Sozialisten in Stockholm], Friedensziele der demokratischen Sozialisten, März 1943, S. 6, AsD, Bestand PV-Emigration Sopade, M. 180.
658 Ibid.
659 Vgl. das Protokoll der Exekutivkomiteesitzung vom 17. 7. 1941, abgedruckt in: EIBER (Hg.), Union 1998, Dok. Nr. 37, S. 85 f.
660 [LÖWENTHAL], Klare Fronten 1941, S. 1.

sten die Rückbesinnung auf die einmaligen Leistungen der Sowjetunion[661], die Wiederaufnahme des solidarischen Verteidigungskampfes und den rückhaltlosen Einsatz für die Überwindung der russischen Isolation nach dem Sieg über Hitler[662]. Löwenthal ging sogar so weit, den Hitler-Stalin-Pakt in der Retrospektive als bloße Sicherheitsmaßnahme „zum Schutz der zarten Pflanze des russischen Sozialismus" zu relativieren[663] und die sowjetische Außenpolitik von weltpolitischen Ambitionen freizusprechen[664]. An dieser Einschätzung hielt er prinzipiell fest[665], wenngleich er wie Eichler strikt zwischen dem förderungswürdigen Rußland einerseits und einer abzulehnenden Kooperation mit den Kommunisten andererseits unterschied: „The important thing is Russia and not the Communists."[666]

Zurückhaltender als Löwenthal gaben sich die Neu Beginnen-Mitglieder Schoettle in London und Frank in den USA, gingen aber ebenfalls von geklärten Fronten aus. Schoettle beschränkte sich im übrigen auf parteitaktische Schlußfolgerungen. Entscheidend sei nun die Ausnutzung der wieder erwachenden Rußland-Sympathien für eine revolutionär-demokratische Bewegung der deutschen Arbeiterschaft. Die Voraussetzungen hierfür seien nun günstig, wenn man vergleichbaren Bestrebungen der Kommunisten zuvorkomme[667]. Karl Frank, der sich ab 1942/43 intensiver in die Europadebatte einbrachte, teilte die Einschätzung, daß mit der russischen Eingliederung in die antifaschistische Front „der Nazi-Überfall [...] eine prinzipielle Wendung der Lage und der Politik erzwungen" habe[668]. Auf diese Weise sei

661 Ibid. S. 9: „Der Gedanke, daß diese materiellen Voraussetzungen [gemeint ist das erreichte technische Niveau von Landwirtschaft, Industrie und Transportsystem der SU als kriegswichtige Wirtschaftsbereiche, B. S.] in nur zwei Jahrzehnten, auf rückständigster Grundlage und unter den unerhörten Schwierigkeiten der Isolierung von einem Staat ohne Kapitalisten geschaffen worden sind, muß jeden Sozialisten mit Stolz erfüllen."

662 Ibid. S. 12.

663 Ibid. S. 11.

664 Ibid. S. 2.

665 Sering [d. i. Löwenthal], Unsere Taktik gegenüber den Kommunisten, 6. 6. 1942, S. 2, IISG, Coll. Neu Beginnen, M. 40: „Wir müssen, wo irgend möglich, in praktischen Gegenwartsfragen und nicht nur in prinzipiellen Diskussionen unser Interesse an der Verteidigung der Sowjetunion aktiv zum Ausdruck bringen."

666 Löwenthal an Frank, 28. 10. 1942, abgedruckt in: EIBER (Hg.), Union 1998, Dok. Nr. 322, S. 822–827 (825).

667 Schoettle, Vorschlag für eine Stellungnahme im „New Letter" zum deutschen Angriff auf die Sowjetunion, vorgelegt am 8. 7. 1941, abgedruckt in: EIBER (Hg.), Union 1998, Dok. Nr. 31, S. 70–73.

668 Hagen [d. i. Frank], Entwurf: Die Sowjetunion im Kriege [Januar 1942], S. 14, IfZ, NL Frank, ED 213/3. Bei der handschriftlich vermerkten Datierung „Januar 1941" (die ursprüngliche Monatsbezeichnung „April" ist durchgestrichen) handelt es sich sicherlich um einen Schreibfehler Franks. Gemeint ist wohl Januar 1942, denn Frank bezieht sich unmißverständlich auf den deutschen Angriff auf die Sowjetunion vom 22. 6. 1941. Dafür spricht auch die Datierung eines zweiten Exemplars in Franks Nachlaß im IfZ, ED 213/2, das von November 1942 datiert.

die UdSSR erneut zu einem bedeutenden fortschrittlichen Faktor der gegenwärtigen Welt geworden[669]. Hinsichtlich der künftigen Position der Sowjetunion im weltpolitischen Machtgefüge aber wollte sich Frank vorerst nicht festlegen, da dies vom Ausgang des Krieges abhängig sei[670].

Eindeutig fiel dagegen Eichlers Votum aus. Der Vorsitzende des ISK legte Wert auf die Feststellung, daß nun alle in den Kampf eintreten müßten – England, Rußland und auch Amerika. Dabei war Eichler der russische Verbündete ausschließlich aus strategischen Gesichtspunkten willkommen. Eine ideologisch-moralische Auseinandersetzung hielt er zu diesem Zeitpunkt für überflüssig: „Wer lieber der Illusion huldigt, ein Arbeiterstaat sei in Gefahr und er möchte deshalb zu Aktionen kommen, sollte sein Steckenpferd nicht zerstört bekommen. Man sollte über den ‚Arbeiterstaat' also möglichst gar nichts sagen, sondern sich darauf beschränken, den blindgläubigen Huldigern Moskaus zu sagen: Also auch Euer Vaterland ist nun in Gefahr."[671]

Während sich der Londoner Rumpfvorstand der Sopade mit der blassen Formel begnügte, der unersättliche Machtwille Hitlers habe Rußland in die Front zurückgezwungen, in der es einst gestanden habe[672], nahmen die Vertreter des amerikanischen Zweiges der Sopade eine härtere Abwehrhaltung gegenüber jeder das notwendige Maß überschreitenden Zusammenarbeit mit der Sowjetunion ein. Ungeachtet früherer Aussagen als führendes Mitglied der oppositionellen SPD-Gruppe Paris titelte Siegfried Marck unmittelbar nach dem deutschen Überfall auf die Sowjetunion: „Keine ‚Appeasement'-Politik gegenüber dem Stalinismus – Keine Wiederbelebung der ‚Volksfront'-Ideologie!"[673] Solange Rußland selbst nicht zu den sozialen Demokratien gezählt werden könne, sei eine – langfristig wünschenswerte – Eingliederung Rußlands in eine Föderation der Weltdemokratien nicht denkbar[674]. Auch Rudolf Katz fürchtete die Neubelebung vergangener Debatten.

669 Ibid. S. 15.

670 Ibid. S. 23.

671 Eichler, Vorschlag für eine Stellungnahme im „New Letter" zum deutschen Angriff auf die Sowjetunion vom 1. 7. 1941, abgedruckt in: EIBER (Hg.), Union 1998, Dok. Nr. 32, S. 74ff.

672 Ollenhauer, Vogel, Vorschlag für eine Stellungnahme im „New Letter" zum deutschen Angriff auf die Sowjetunion vom 10. 7. 1941, abgedruckt in: EIBER (Hg.), Union 1998, Dok. Nr. 34, S. 79f. (79).

673 MARCK, Einheitsfront oder Zweck-Allianz?, in: NVZ, 10. Jg., Nr. 26 (28. 6. 1941), S. 1.

674 Ibid. Die Hoffnung auf einen innerrussischen Demokratisierungsprozeß teilten viele Sozialisten. So äußerte der Gewerkschafter Hans Gottfurcht die Ansicht, daß die Sowjetunion als Partner der westlichen Demokratien im Kampf gegen Hitler jede erdenkliche militärische Hilfe verdiene, obwohl sie selbst eine diktatorische Struktur aufweise. Ob diese militärische Zusammenarbeit im Kampf für demokratische Werte innenpolitische Wirkung in der UdSSR selbst zeitigen werde, hänge von der Einsichtsfähigkeit der sowjetischen Führung in ihre Fehler ab (Gottfurcht, Vorschlag für eine Stellungnahme im „News Letter" zum deutschen Angriff auf die Sowjetunion, vorgelegt am 8. Juli 1941, abgedruckt in: EIBER (Hg.), Union 1998, Dok. Nr. 29, S. 65f.).

Er warnte vor falschem Optimismus über den Ausgang und die Auswirkungen des Ostkrieges und prophezeite einen nachhaltigen Einfluß der deutsch-sowjetischen Auseinandersetzung auf den Kriegsausgang – „und zwar, worüber man sich nicht täuschen darf, sicherlich nicht nur zugunsten der [westlichen] Demokratien"[675]. In dieselbe Richtung argumentierte Stampfer, der im Juli 1942 vor dem ideologischen Imperialismus der Sowjetunion warnte und in der Ausdehnung des russischen Einflußbereichs eine unmittelbare Gefahr für Deutschland und Europa sah[676].

Allein Paul Tillich wich von der Linie der in den USA ansässigen deutschen Sozialdemokraten ab. Ebenfalls auf eine Demokratisierung der russischen Binnenstrukturen hoffend, kam Tillich zu dem Schluß, daß seit dem deutsch-russischen Krieg die Frage nach der Teilnahme Rußlands an einer europäischen Föderation positiver beantwortet werden könne[677]. So befand sich Tillich in krassem Gegensatz zu Stampfer, Katz und Marck, wenn er die Emigration aufforderte, „die Glut der antirussischen Propaganda [zu] dämpfen", zumal sie den europäischen Untergrundbewegungen eine ungeheure Ermutigung bedeute[678].

Kaum verwunderlich ist die extreme Position Otto Strassers, der selbst eine militärische Allianz mit Rußland strikt ablehnte. Der Rechtsextremist bemängelte, daß das Militärbündnis mit dem Bolschewismus die geistige Auseinandersetzung im demokratischen Gesamtlager wieder getrübt habe. „Es war ganz erstaunlich und oft peinlich zu beobachten, mit welch charakterlicher Schnelligkeit sich sogenannte Verteidiger für Christentum und Demokratie plötzlich dem roten Bundesgenossen an den Hals warfen, wobei sie in übergroßer Nächstenliebe vergaßen, daß der gesamte Krieg Hitlers überhaupt nur möglich geworden war durch die aktive Beihilfe des bolschewistischen Rußland."[679] Es bleibe aber der Trost, daß sich die beiden Todfeinde der kommenden europäischen Neuordnung gegenseitig in die Haare geraten seien[680]. Strasser hoffte in dieser Auseinandersetzung zunächst auf eine möglichst zügige Vernichtung des Bolschewismus und eine damit einhergehende entscheidende Schwächung des Nationalsozialismus[681]. Warnend skizzierte

675 KATZ, Hitlers Feldzug gegen Rußland, in: NVZ, 10. Jg., Nr. 26 (28. 6. 1941), S. 4.
676 Stampfer, What Labor can do to win the war and the peace. From a German point of view, Rede vom 6. 7. 1942, abgedruckt in: MATTHIAS (Hg.), Mit dem Gesicht nach Deutschland 1968, Dok. Nr. 131, S. 554ff. (555): „There can be no doubt that Moscow will make every effort to extend its ideological predominance over Germany and the whole old continent."
677 TILLICH, Wessen Kriegsziele?, Herbst 1941, in: DERS., Impressionen und Reflexionen 1972, S. 264–269 (266).
678 Ibid. S. 268.
679 Strasser, FDB-Rundschreiben Nr. 3/Juli 1941, S. 1, IfZ, NL Strasser, ED 118/20.
680 Ibid.
681 Die damit zusammenhängenden militärischen Spekulationen legte Strasser in einem eigenen Rundschreiben dar: Die Frei Deutschland Bewegung zur Rußland-Frage, o. D. [Juli/August 1941], IfZ, NL Strasser, ED 118/20.

der überzeugte Antikommunist das Szenario eines „Russian peace for Europe" und umschrieb damit die Ängste nicht nur des nationalkonservativen Exils vor einer politischen Bolschewisierung Europas auf der Grundlage der sich stetig ausweitenden militärischen Dominanz Rußlands in Osteuropa[682]. Sein bekanntes Gegenkonzept definierte Strasser 1942/43 als „European Federation, born in the spirit of Christianity and the conception of the unity of all European culture"[683].

2.4.2. Relativierung der europäischen Frage

Die Einschätzung der Sowjetunion nach Hitlers Militäroperation vom 22. Juni 1941 sowie der wenige Monate später vollzogene Kriegseintritt der USA führten den Emigranten vor Augen, daß immer stärker außereuropäische Interessen den weiteren Kriegsverlauf und damit auch die alliierten Nachkriegspläne bestimmten. Ohnmächtig mußten sie beobachten, daß nicht nur eine europäische Selbstrettung höchst unwahrscheinlich geworden war, sondern darüber hinaus die gesamte europäische Frage ihre bisher absolut beherrschende Stellung verlor und durch die weltpolitischen Interessengegensätze innerhalb der Anti-Hitler-Koalition relativiert wurde. Die Chancen für eine eigens europäische Lösung verdüsterten sich. Um so dringlicher hoffte man auf eine alliierte Europapolitik, die dem Kontinent freiwillig seine Eigenständigkeit beließ und den Integrationsprozeß in Gang setzte.

Von diesem allgemeinen Trend des politischen Exils nahm sich die KPD erwartungsgemäß aus. Ihrer Überzeugung nach erübrigte sich auch in den Jahren 1941 bis 1943 ein gesondertes Europakonzept. Der Wunsch nach dauerhaftem Frieden und wirtschaftlicher Blüte für Europa werde schließlich durch die kommunistische Weltordnung auf der Grundlage nationaler Gerechtigkeit erfüllt[684]. Im Vordergrund europapolitischer Erörterungen stand gemäß der antiföderalen, ja antiintegrativen Grundeinstellung die künftige deutsche Außenpolitik, die Paul Merker gemäß der Sprachregelung vom Dezember 1942 auf „den Frieden und die internationale Zusammenarbeit der Völker und Staaten" unter Anerkennung der vollen nationalen Selbständigkeit angelegt wissen wollte[685]. Naturgemäß wurden sowohl die von der Sowjetunion am 14. September 1941 unterschriebene Atlantikcharta als auch der britisch-russische Bündnisvertrag regelmäßig positiv erwähnt, ohne wei-

[682] Strasser, A Russian Peace for Europe?, o. D. [1942/43], IfZ, NL Strasser, ED 118/23.1.

[683] Ibid. S. 8.

[684] [KPD-ZK], Wahrheit über den „Deutschen Sozialismus", hektographiertes Typoskript, 1941/42, S. 23, BAB RY 1/I 2/707/80, Bl. 201 und 204.

[685] Friedensmanifest der westdeutschen Beratung der nationalen Friedensbewegung, 6. 12. 1942, abgedruckt in: LASCHITZA, VIETZKE, Arbeiterbewegung 1964, S. 389–395 (394). MERKER griff das Zehn-Punkte-Programm der Friedensbewegung nur wenige Monate später in seinem Buch: Was wird aus Deutschland? 1943, S. 55f. uneingeschränkt auf.

tergehende Rückschlüsse auf die Entwicklung der europäischen Nachkriegsordnung zu ziehen[686].

Um so wortreicher fiel die Polemik gegen die nationalsozialistische „Neue Ordnung" Europas aus. Mangels eigener Alternativkonzepte ist das Verhalten der KPD primär als propagandistisch motivierte Reaktion auf die öffentlichen Exildebatten über das Nachkriegseuropa zu werten, die nicht länger ignoriert werden konnten[687]. Bezeichnenderweise erfuhr die europäische Neuordnung selbst auf der Gründungskonferenz der gruppenübergreifend gedachten, faktisch kommunistisch beherrschten Freien Deutschen Bewegung in Großbritannien am 25. September 1943 keinerlei Erwähnung[688]. Lediglich das Schlagwort der Unabhängigkeit wurde dem öffentlichen Diskurs entliehen, um es auf die nationale Ebene zu begrenzen und den Köder der „Unabhängigkeit des Reiches" den Wehrmachtssoldaten als Zielgruppe der Bewegung Freies Deutschland für den Westen hinzuhalten[689].

Hatten die Kommunisten von Anfang an eine Fremdbefreiung des europäischen Kontinents durch die Sowjetunion mit dem Ziel struktureller Ostorientierung angestrebt, wurde vielen nichtkommunistischen Emigranten nach Hitlers „Unternehmen Barbarossa" und der deutschen Kriegserklärung an die USA die Befürchtung einer Fremdbestimmung Europas zur bitteren Gewißheit.

In der konzeptionellen Verarbeitung des Kriegseintritts der beiden neuen Weltmächte können drei Tendenzen unterschieden werden. Eine kleine Gruppe klammerte sich verzweifelt an die Option einer kraftvollen europäischen Eigendynamik. Der weitaus größere Teil des Exils sah sich jedoch gezwungen, die willenlose Ohnmacht Europas als weltpolitisches Faktum zu akzeptieren und appellierte an die Alliierten, konstruktiv zusammenzuarbeiten und eine am Wohl des Kontinents orientierte, speziell auf Europa zugeschnittene Nachkriegsordnung zu entwickeln. Dabei kann wiederum differenziert werden zwischen denjenigen, die mit dem Herzen in Moskau waren und mit dem Verstand die USA mitzuerfassen suchten, sodann denjenigen Emigranten, die sich politisch und kulturell stärker dem Westen verbunden

686 MERKER, Was wird aus Deutschland? 1943, S. 55. Wortgleich äußerte sich der KPD-Funktionär Wilhelm Koenen in einem Interview mit Heinrich Fraenkel, in: FRAENKEL (Hg.), Der Weg zu einem neuen Deutschland 1943, S. 23f. (23).

687 [KPD-ZK], Wahrheit über den „Deutschen Sozialismus", hektographiertes Typoskript, 1941/42, S. 26f., BAB RY 1/I 2/707/80, Bl. 204f.: „Denn das ‚neue Europa' ist in Wirklichkeit das alte kapitalistische Europa der Unterdrückung und Ausbeutung – so alt und verblichen, daß es schon in den letzten Atemzügen liegt. [...] Wirtschaftlich reduziert sich das ‚neue Europa' auf die rücksichtslose Ausplünderung der besetzten Länder."

688 Freie Deutsche Bewegung in Großbritannien (Hg.), Konferenzbericht, September 1943. An der Konferenz beteiligten sich u.a. der ehemalige Fraktionsvorsitzende der Deutschen Staatspartei, August Weber, und der Mitgründer der Deutschen Volkssozialistischen Bewegung, Arthur Arzt.

689 Das freie Deutschland formiert sich, in: Volk und Vaterland, Nr. 1 (Oktober 1943), S. 2.

fühlten und sich aus strategischen Gründen bemühten, den sowjetischen Machtfaktor mit zu berücksichtigen, sowie den Befürwortern einer gleichgewichtigen Ost-West-Kooperation. Da alle drei Untergruppen auf ein am Wohl Europas orientiertes alliiertes Nachkriegskonzept hofften, bewiesen sie mehr Idealismus als es auf den ersten Blick erscheint, denn letztlich verlangten sie von den Alliierten den Verzicht auf die Fortsetzung der konventionellen Machtpolitik.

Eine dritte Gruppe schließlich konnte in der Entwicklung detaillierter Europapläne keinen Sinn mehr erkennen und fokussierte sich auf die Neuordnung der Welt und die Sicherung des Weltfriedens.

Unter den wenigen Emigranten, die weiterhin auf eine europäische Eigendynamik warteten, befanden sich der Sozialdemokrat Arno Seidel und der überzeugte Europäer Willi Eichler. Seidel, der innerhalb der Sopade eine Minderheit vertrat, hoffte auf ein neues Gleichgewicht der Kräfte in Europa. Zwar verkannte auch er nicht die unverzichtbare Mitwirkung Großbritanniens und der UdSSR im Rahmen ihrer explizit europäischen Verpflichtungen, doch „der Hauptanteil an den europäischen Aufgaben fällt [...] den Völkern dieses Erdteils selbst zu."[690]

Konkreter äußerte sich Eichler, der zu der Erkenntnis gelangt war, daß die USA, Großbritannien und die Sowjetunion keinerlei Interesse an einem selbständig organisierten Europa hätten[691]. Auf einer Veranstaltung der britischen Schwesterorganisation des ISK, der Socialist Vanguard Group, bäumte sich Eichler vergebens gegen die sich allmählich abzeichnende drohende Spaltung des Kontinents in Einflußsphären auf: Europa müsse die Chance gewährt werden, sich selbst zu organisieren[692]. Unmißverständlich lehnte der ISK-Vorsitzende jede einseitige Bindung an Großbritannien, die USA oder die Sowjetunion ab und propagierte statt dessen den dritten Weg für ein eigenständiges Europa: „In their dealings with all forces, even those of good

690 UHLMANN [d. i. Seidel], Vorstellungen über die soziale Demokratie 1943, S. 8. Seidels Studie stellte innerhalb der Sopade eine Mindermeinung dar. Dies läßt sich unmittelbar an der deutlichen Distanzierung der Sopade in dem eigens für diesen Zweck vorangestellten Vorwort des Herausgebers ablesen.

691 Eichler, in: Towards European Unity 1943, S. 12–19 (17). Die Broschüre diente der Veröffentlichung der auf der Veranstaltung vom 12. 12. 1942 gehaltenen Reden. Eichler bemerkte in seiner Rede: „Whence can we expect help and inspiration for this [European] revolution? From the non-continental powers? I must admit that I cannot see many signs of help forthcoming from these quarters."

692 Eichler, in: Calling All Europe 1942, S. 8–13 (8). Das Dokument ist auszugsweise erneut abgedruckt in: LIPGENS (Hg.), Föderationspläne 1968, Dok. Nr. 154, S. 456 f. sowie in englisch bei LIPGENS (Hg.), Documents II 1986, Dok. Nr. 243, S. 666–672. Die Broschüre umfaßt die Reden des ersten Sitzungstages der Osterkonferenz 1942 der britischen Socialist Vanguard Group, der dem Thema Europa gewidmet war. Vgl. auch das von Eichler verfaßte Rundschreiben des Bundesvorstandes an die Funktionäre vom Januar 1943, auszugsweise abgedruckt in: EIBER (Hg.), Union 1998, Dok. Nr. 310, S. 759–765 (762): „Ich halte insbesondere jede Lösung in Europa für falsch, die in irgendeiner Weise eine Verteilung nach Einflußsphären begünstigt."

will in the victorious states, the united European people must put forward their own European representation and their own European plans."[693] Dahinter stand Eichlers axiomatische Erwartung, daß eine europäische Föderation selbstverständlich nicht von außereuropäischen Kräften errichtet würde[694], sondern durch das Revolutionspotential der französischen Arbeiterbewegung[695]. Ohnehin brachte Eichler dem europäischen Sozialismus noch mehr Vertrauen entgegen als andere Linkssozialisten und rief die europäischen Sozialisten zur Solidarität auf: „Es ist gewiß weise, nicht mit dem Kopf gegen die Wand zu rennen. Aber es ist töricht, nicht zu sehen, daß die Zusammenarbeit der europäischen Sozialisten die Wand der Vorurteile [gegenüber dem Föderativgedanken, B. S.] oder der Vorrechte wirklich niederreißen könnte. Aber nur wenige bedenken, daß das Schicksal Europas und der Welt von der Aktivität oder der Trägheit der Sozialisten mit abhängt."[696] Dennoch zeigten sich die Teilnehmer des internationalen ISK-Symposiums *Calling All Europe* in dem neun Punkte umfassenden Abschlußkommuniqué mehrheitlich überzeugt, daß Großbritannien, Amerika und Rußland einen entscheidenden Einfluß auf die europäische Nachkriegsordnung ausüben würden[697].

Überwiegend aber hatte man die Hoffnung auf die Eigendynamik Europas fahren lassen und erwartete eine von den Alliierten mehr oder weniger oktroyierte europäische Nachkriegsordnung. Dabei rechnete man neben den beiden seit Juli 1941 verbündeten Flügelmächten Europas auch die USA hinzu, die sowohl Großbritannien als auch die UdSSR nach Kräften unterstützte, bevor sie schließlich selbst am Ende dieses ereignisreichen Jahres in den Krieg gezogen wurde.

Stellvertretend für viele Emigranten dieser Gruppe konstatierte Stefan Szende resigniert: „Europa hat für lange Zeit, vielleicht für immer, die führende Stellung in der Wirtschaft und in der Weltpolitik verloren."[698] Szende mahnte daher dringend eine aktive Beteiligung des deutschen Exils an der Neuordnungsdebatte an, denn die allgemeine Desorientierung zwinge zur Stellungnahme, auch wenn die Entwürfe noch nicht formvollendet seien[699].

In vergleichbarer Enttäuschung notierte Hubertus Prinz zu Löwenstein nach dem 22. Juni 1941, daß die bisherige Kriegsperiode eine Periode der verpaßten Chancen gewesen sei, da die Westmächte mehrere Möglichkeiten einer Überwindung des Nationalsozialismus hätten verstreichen lassen. Nun

693 Eichler, in: Calling All Europe 1942, S. 10f.
694 Eichler, in: Towards European Unity 1943, S. 19: „A federated Europe will certainly not be created by forces from without."
695 EICHLER, in: Towards European Unity 1943, S. 17.
696 Rußland und die Komintern 1943, S. 62.
697 Calling All Europe 1942, S. 29.
698 SZENDE, Europäische Revolution 1945, S. 10. Das Dokument ist sowohl bei VOIGT (Hg.), Friedenssicherung 1988, S. 78–86 abgedruckt als auch bei LIPGENS (Hg.), Documents II 1986, Dok. Nr. 216, S. 583f.
699 Ibid. S. 12.

bedürfe die politische Geographie Europas einer um so sorgfältigeren Betrachtung[700]. Doch könne man nur einen Appell zu vorausschauendem Handeln an die künftigen Siegermächte richten, denn allein diese Mächte würden bei Kriegsende den Frieden in ihren Händen halten[701].

Unter den Emigranten und Exilgruppen, die ihre Blicke nun auf eine alliierte Nachkriegsplanung für Europa richteten und hierfür möglichst realistische Vorschläge zu unterbreiten suchten, wiesen insbesondere die Londoner SAP und der Neu Beginnen-Vordenker Löwenthal eine gewisse Osttendenz auf, die die Freundschaft mit der Sowjetunion in den Mittelpunkt der außenpolitischen Betrachtungen stellte. Daher überrascht auf den ersten Blick der Aufruf der Londoner SAP an die Sozialisten deutscher Sprache, in allen mit den USA zusammenhängenden Fragen vordringlich zu einer Klärung zu kommen: „Wir zweifeln nicht daran, daß sie möglich ist. Sie ist vordringlich und notwendig, weil von ihr viel, wenn nicht alles abhängt."[702] Auf den zweiten Blick jedoch erweist sich der Aufruf der marxistischen Linkssozialisten als Einsicht in die realen Gegebenheiten der Weltpolitik. Zwar sah man sich noch außerstande, die langfristige europapolitische Bedeutung des Kriegseintritts der USA zu überblicken, aber man war überzeugt, daß das enorme wirtschaftliche Potential der westlichen Weltmacht sowie ihre militärische und politische Dominanz nachhaltig die europäische Neuordnung beeinflussen würde[703]. Ungeachtet der Einsicht in die Notwendigkeit einer Westverständigung blieb für die Londoner Vertretung der SAP die kritische Freundschaft eines sozialistischen Deutschlands mit der Sowjetunion das Leitbild künftiger Außen- und Europapolitik[704]. Dies um so mehr, als nach Hitlers Vertragsbruch vom 22. Juni 1941 der intellektuelle Spagat zwischen der Bewunderung für das Land des verwirklichten Sozialismus einerseits und der politisch-moralischen Verwerfung der ideologischen Inkonsequenzen andererseits entfallen war.

Innerhalb von Neu Beginnen warb Richard Löwenthal für eine enge Ost-West-Kooperation und engagierte sich mehr als andere für eine Rehabilitierung der UdSSR im Lichte ihrer neuen Rolle als Opfer des nationalsozialistischen Imperialismus. Ungeheuer viel hänge davon ab, „daß in England und Amerika rechtzeitig alle Vorurteile und Hemmungen überwunden werden, die der maximalen möglichen Hilfeleistung an die Sowjetunion im Wege stehen."[705] Während Neu Beginnen in einem Rundschreiben weiterhin davon

[700] Löwenstein, Europe Tomorrow. The shape of things to come, [2. Jahreshälfte] 1941, S. 2 und 4, BAK, NL Löwenstein, N 1222, Bd. 42.
[701] Löwenstein, Is peace possible in Europe. An address delivered at the Institute of Arts and Sciences of Columbia University, N. Y., 7. 4. 1943, S. 18, BAK, NL Löwenstein, N 1222, Bd. 40.
[702] Sozialistische Revolution gegen Nazi-Imperialismus 1943, S. 39.
[703] Ibid. S. 37f.
[704] Ibid. S. 34.
[705] [LÖWENTHAL], Klare Fronten 1941, S. 7.

ausging, daß der Krieg im Westen entschieden werde, hielt Löwenthal diese Position für überholt[706]. Für Europa werde die rechtzeitige Verständigung zwischen Ost und West der bestimmende Faktor der Zukunftsgestaltung sein. Für eine solche Verständigung der Alliierten über die europäische Neuordnung sah Löwenthal gute Chancen, denn durch das britisch-russische Bündnis sei die Gefahr einer Ost-West-Konfrontation vorerst gebannt, so daß nun ein dauerhaftes Friedensszenario entwickelt werden könne. Er forderte die strukturelle Einbindung der Sowjetunion in die europäische Nachkriegspolitik, um auf diesem Wege die drohende „anglo-amerikanische Herrschaft über Europa" zu verhindern[707]. Damit wandte er sich vor allem gegen die aus seiner Sicht übertriebene Furcht vor einer russischen Vereinnahmung Europas, die seit dem Hitler-Stalin-Pakt viele Linkssozialisten veranlaßt hatte, ihre Nachkriegsvorstellungen allein oder vorrangig auf den bestimmenden Einfluß der westlichen Demokratien zu stützen. Löwenthal sollte sich angesichts der sowjetischen Polenpolitik, die auf der Teheraner Konferenz eingehend erörtert wurde, ab Ende 1943 jedoch wieder von der UdSSR als europäischem Impulsgeber abwenden und sich endgültig für eine enge Zusammenarbeit mit den westlichen Arbeiterbewegungen aussprechen.

Zu der Emigrantengruppe, die von den Alliierten eine tendenziell westorientierte Nachkriegskonzeption für Europa erhofften, zählte neben dem Hauptvertreter dieser Ansicht, Friedrich Stampfer, zunächst auch das Auslandsbüro von Neu Beginnen, wenngleich Richard Löwenthal als der maßgebliche Außenpolitiker der Gruppe in den Jahren 1941 bis 1943 in eine andere Richtung tendierte. In ihrer Einschätzung der strategischen Lage nach dem Juni 1941 kam die Auslandsleitung der Organisation zu dem Schluß, daß nicht der sowjetische, sondern der amerikanische Kriegseintritt den Krieg entscheiden werde und deshalb die Entschlossenheit der anglo-amerikanischen Kräfte um so wichtiger sei[708]. Für das sozialistische Nachkriegsdeutschland bedeute dies die notwendige Zusammenarbeit mit West und Ost, ohne daß man „sich einseitig an Rußland anlehnen oder eine Haltung des revolutionären Messianismus gegenüber der westlichen Welt einnehmen" würde[709]. Mit der größeren historischen Distanz des Jahres 1942 wurde diese Einstellung zugunsten eines internationalen Sicherheitssystems auf der Grundlage des anglo-russischen Militärpotentials korrigiert[710].

[706] Ibid.
[707] Ibid. S. 14.
[708] Rundschreiben [NB], 15. 7. 1941, S. 6, IISG, NL Hertz, S. 9, M. E, Nr. 4.
[709] Entwicklungsbedingungen der deutschen Revolution, o. D. [August 1941], S. 10, AsD, NL Knoeringen, M. 137.
[710] Draft Statement on Peace Guarantees, o. D. [Herbst 1942], IISG, Coll. Neu Beginnen, M. 42. Hinsichtlich der Datierung verweist BEHRING, Demokratische Außenpolitik 1999, S. 465 zutreffend auf den handschriftlichen Vermerk „Herbst 1942" auf einem Zweitexemplar im Nachlaß Eberhard, IfZ, ED 117/8a. Für Behrings Datierung spricht auch der enge zeitliche Zusammenhang mit den Anmerkungen zur Diskussion der Friedensziele vom November/Dezember 1942.

Friedrich Stampfer hatte sich seit Beginn des Exils konsequent für eine am Westen ausgerichtete, antibolschewistisch motivierte Europakonzeption eingesetzt. Daran hatte das britisch-sowjetische Militärbündnis vom Juli 1941 nichts geändert, nur war Stampfers Vorhersage einer gefährlichen Ohnmacht Europas zur bitteren Gewißheit geworden: „Bei alledem sind wir uns dessen bewußt, daß in diesem Augenblick unser Wille nicht zu den ausschlaggebenden Faktoren der Weltgeschichte gehört. Wir sind nicht stark und bedürfen der Hilfe. Wir hoffen sie nun erst recht und in erhöhtem Maße zu finden bei der britischen und bei der amerikanischen Arbeiterbewegung, die in ihrem Bekenntnis zur Demokratie und in ihrer grundsätzlichen Ablehnung des Bolschewismus mit uns übereinstimmen."[711]

Stampfer hatte durchaus erkannt, daß eine Rettung Europas aus eigener Kraft schon lange nicht mehr realistisch war. Einigten sich die Alliierten auf eine schlichte Fortsetzung traditioneller Machtpolitik, würde dies das Ende des politischen Europas bedeuten[712]. Einen Ausweg sah Stampfer in einem anglo-amerikanisch geführten Europabund und suchte deshalb Großbritannien und vor allem sein Gastland zu bewegen, sich als Geburtshelfer einer Europaorganisation zur Verfügung zu stellen. In einem umfangreichen Manuskript zum „Kampf um Deutschland" modifizierte der Sozialdemokrat des rechten Parteiflügels sein bekanntes Konzept einer Europaföderation als Unterorganisation des zu überarbeitenden Völkerbundes und unterstellte es dem direkten Vorsitz der beiden westlichen Großmächte[713]. Basierend auf dem Axiom der Kulturgemeinschaft Europas mit den USA wünschte sich Stampfer die verantwortliche Inkorporation der Vereinigten Staaten nicht nur in die Weltorganisation, sondern auch in die europäische Föderation. Indem er die USA in den Dienst der europäischen Einheit stellte, hoffte er, die Eigenständigkeit Europas bewahren zu können. Er glaubte, daß jedenfalls die Legitimation eines angloamerikanischen Europabundes als eines die Sowjetunion respektierenden und zugleich in Schach haltenden Partners die Amerikaner überzeugen müsse[714]. Gerade vor diesem Hintergrund sei eine Beteiligung Rußlands an dem Europabund wünschenswert, wenn auch nicht notwendig[715].

Die Befürworter einer gleichberechtigten Ost-West-Kooperation strebten nach einem dauerhaften Ausgleich zwischen den westlichen Demokratien und der Sowjetunion zum Wohle beider Seiten sowie des zwischen ihnen liegenden europäischen Puffers. Dabei setzte Willy Brandt auf allmähliche strukturelle Veränderungen der drei Großmächte, deren Rückkopplungen

711 STAMPFER, Weder Hitler noch Stalin!, in: NVZ, 10. Jg., Nr. 26 (28. 6. 1941), S. 1.
712 Ibid.
713 Stampfer, Kampf um Deutschland (o. D.) [1943], S. 204 f., AsD, NL Stampfer, Box 9, M. 44. Stampfer selbst sprach von dem Europabund als dem „Council of Europe", ibid. passim.
714 Ibid. S. 206.
715 Ibid. S. 205.

die europäische Nachkriegsordnung positiv beeinflussen würden. Von den west-östlichen Wechselwirkungen erhoffte er sich einerseits eine Demokratisierung der Sowjetunion und andererseits die Ergänzung der westlichen Demokratien um eine soziale Komponente[716]. Im Gegensatz zur Londoner Vertretung seiner Partei war der junge SAP-Funktionär überzeugt, daß weder die Westmächte noch die UdSSR allein entscheidend sein würden, sondern eine lange Übergangsperiode mit zahlreichen „inneren Umbrüchen" in den kriegsbeteiligten Ländern zu erwarten sei[717]. Gerade deshalb erachtete er die konstruktive Kooperation zwischen West und Ost als elementar, ohne die Augen vor der andernfalls drohenden Gefahr einer Teilung Europas zu verschließen: „Aber wir können auch nicht davon absehen, daß die Sowjetunion eine stärkere Anziehungskraft auf [...] Ost- und Südosteuropa, besonders die slawischen Völker ausüben wird."[718]

Hoffnungsfroher klingen die Worte Erwin Schoettles, der gerade in einem von Großbritannien, den USA und der UdSSR gemeinsam durchgeführten Wiederaufbau nach dem Krieg eine reelle Chance erblickte, dem demokratischen Sozialismus in Europa zum Durchbruch zu verhelfen und der europäischen Stimme dadurch ihr Eigengewicht zu bewahren[719]. Schoettle betonte, daß der demokratische Sozialismus als dritter Weg zwischen britischem Kapitalismus und sowjetischem Totalitarismus im Falle einer Ost-West-Konfrontation niemals zu realisieren gewesen wäre. Nun aber, mit dem Einschwenken der Sowjetunion in die antifaschistische Phalanx, stehe Europa die Option des dritten Weges offen[720].

Angesichts der schwindenden Hoffnung auf eine gesonderte Lösung der europäischen Frage vollzogen einige Emigranten frühzeitig eine Kehrtwende und widmeten sich von nun an nahezu ausschließlich der Neuordnung der Welt. Klarsichtiger als andere umriß der Neu Beginnen-Repräsentant in den Vereinigten Staaten, Karl Frank, 1943 den west-östlichen Wettlauf um den

[716] Brandt an den außenpolitischen Berater des norwegischen Außenministers, Ording, 11. 3. 1942, abgedruckt in: GREBING, SCHÖLLGEN, WINKLER (Hg.), Berliner Ausgabe 2000, Dok. Nr. 3, S. 72–82 (73).

[717] Brandt an den außenpolitischen Berater des norwegischen Außenministers, Ording, 27. 12. 1941, abgedruckt in: GREBING, SCHÖLLGEN, WINKLER (Hg.), Berliner Ausgabe 2000, Dok. Nr. 2, S. 64–72 (69).

[718] Brandt an den außenpolitischen Berater des norwegischen Außenministers, Ording, 11. 3. 1942, abgedruckt in: GREBING, SCHÖLLGEN, WINKLER (Hg.), Berliner Ausgabe 2000, Dok. Nr. 3, S. 73.

[719] Schoettle, Vorschlag für eine Stellungnahme im *Newsletter* zum deutschen Angriff auf die Sowjetunion, vorgelegt am 8. 7. 1941, abgedruckt in: EIBER (Hg.), Union 1998, Dok. Nr. 31, S. 70–73.

[720] Auf Schoettles Vorschlag hin wurde der Verweis auf den demokratischen Sozialismus als drittem Weg in ein von Eichler verfaßtes Kompromißpapier der Londoner Union aufgenommen, das zur Veröffentlichung im *News Letter* bestimmt war: Eichler, Entwurf für eine Stellungnahme im „News Letter" zum deutschen Angriff auf die Sowjetunion unter Berücksichtigung der bisherigen Vorschläge vom 15. 7. 1941, abgedruckt in: EIBER (Hg.), Union 1998, Dok. Nr. 36, S. 83f. (84).

vorherrschenden Einfluß in Europa. Die Leistungen der russischen Revolution und des praktizierten Sozialismus einerseits und die wirtschaftliche Wiederaufbauhilfe sowie der demokratische Impetus der USA andererseits würden sich bald reiben und einen Kräftekonflikt in der Einwirkung auf das neue Europa auslösen[721]. Frank ging davon aus, daß dieser weltmachtpolitische Wettlauf auf europäischem Boden das politische Europa für lange Zeit prägen würde und spezifisch europäischen Befindlichkeiten keinen Raum ließe: „Nothing else will be."[722]

In der Absicht, einen gemeinsamen Entwurf der internationalen Sozialisten für die künftige Neuordnung der Welt zu erarbeiten, konstituierte sich 1941 an der New Yorker Rand School of Social Research eine Gruppe amerikanischer, russischer, österreichischer und deutscher Sozialisten, die Wert auf die Feststellung legten, daß sie sich als demokratische Sozialisten der internationalen sozialistischen Bewegung verbunden fühlten. Von deutscher Seite waren mit Grzesinski, Katz, Ernst Hamburger und Hedwig Wachenheim ausschließlich Parteimitglieder der Sopade vertreten, und auch die übrigen Teilnehmer gehörten überwiegend sozialdemokratischen Parteien an[723]. Insbesondere Albert Grzesinski konnte in diesem Forum seine im März 1941 niedergeschriebenen, global ausgerichteten „Gedanken über die Zusammenarbeit der Nationen nach dem Siege der demokratischen Mächte" einbringen und in wesentlichen Grundzügen durchsetzen[724]. Die von der Gruppe Anfang August 1941 veröffentlichten Kriegs- und Friedensziele decken sich in weiten Teilen mit den Positionen von Grzesinski und Katz[725]. Die neue Weltordnung müsse auf Freiheit, sozialem Fortschritt und wirtschaftlichem Aufbau begründet sein und bedürfe einer Weltorganisation mit sozial- und wirtschaftspolitischen Befugnissen zur Sicherung des Friedens und der De-

721 Hagen [d. i. Frank], Entwurf: Die Sowjetunion im Kriege [Januar 1942], S. 25, IfZ, NL Frank, ED 213/3.

722 Hagen [d. i. Frank], What to do with Germany after the war?, [Januar] 1943, S. 32, IfZ, NL Frank, ED 213/3.

723 Die am 1. 7. 1941 veröffentlichte Broschüre „War aims, peace terms, and the world after the war" nennt als weitere Unterzeichner den österreichischen Sozialdemokraten Alfred Braunthal, die russischen Sozialdemokraten Peter Garvy und Boris Nicolaevsky, die amerikanischen Sozialdemokraten John L. Afros, William E. Bohn, Sergius M. Ingerman, Herman Kobbe, Algernon Lee und Bela Low sowie die russischen Revolutionären Sozialisten N. Avxentieff, S. Soloveitchik und Mark Vishniak. Angesichts dieser Zusammensetzung ist die Feststellung von VOIGT (Hg.), Friedenssicherung 1988, S. 204, das Manifest der Gruppe sei von sozialdemokratischem Gedankengut geprägt, kaum verwunderlich.

724 Grzesinski, Gedanken über die Zusammenarbeit der Nationen nach dem Siege der demokratischen Mächte, 2. 3. 1941, IfZ, Slg. Glaser, ED 202/1.

725 Unsere Kriegs- und Friedensziele, in: NVZ, 10. Jg., Nr. 31 (2. 8. 1941), S. 1f. und Nr. 32 (9. 8. 1941), S. 1f. Das zweiteilige Dokument ist auch abgedruckt in: VOIGT (Hg.), Friedenssicherung 1988, S. 217–222 und auf englisch bei LIPGENS (Hg.), Documents II 1986, Dok. Nr. 242, S. 663ff.

mokratie[726]. Im Prinzip dachte man wie gehabt an eine Neuauflage des Völkerbundes, der dieses Mal unbedingt die Vereinigten Staaten einbinden müsse. Mit einer unverkennbaren Spitze gegen die Sowjetunion verlangte die Gruppe eine internationale Polizeigewalt, die von den beiden Westalliierten zu stellen sei und als Exekutivorgan mit „echten Machtmitteln" ausgestattet werden müsse. Wirtschaftlich wurde das Bild durch ein System internationaler Arbeitsteilung, die Beseitigung der Zollschranken, freien Austausch der Arbeitskräfte, freien Zugang zu den internationalen Verkehrswegen und zu den globalen Rohstoffreserven abgerundet[727].

Im wesentlichen trugen die internationalen Sozialisten die zuvor in der Europadebatte sowie in der damit zumeist verbundenen Völkerbundsdebatte erarbeiteten Forderungen zusammen. Dies gilt für den beschränkten Souveränitätsverzicht für Rüstungsindustrie und Waffenhandel ebenso wie für die Gewährleistung und den Schutz verbindlicher Grundrechte, und die Einrichtung eines Weltgerichtshofes als Schiedsgericht und erkennende Instanz. Auch die Idee eines im Rahmen des Völkerbundes regional eigenständig organisierten Europas[728] war im politischen Exil längst Gemeingut, so daß dem Dokument inhaltlich kaum neue Impulse entnommen werden konnten. Dennoch spielte es eine nicht unerhebliche Rolle als eine der ersten Zusammenstellungen eines kompromißfähigen sozialistischen Forderungskataloges, so daß in der Folgezeit recht häufig auf die „Kriegs- und Friedensziele" verwiesen wurde.

### 2.4.3. Im Zeichen des Ost-West-Konflikts: Föderation statt Division

Ob alliierte Nachkriegsplanung oder europäische Eigendynamik – das Ziel all der Überlegungen zur europäischen Neuordnung war die Bewahrung der europäischen Selbständigkeit zwischen den Weltmächten des Ostens und des Westens. Einig war man sich auch, daß die kontinentale Selbständigkeit ein ungeteiltes Gesamteuropa voraussetzte. Denn die Teilung Europas in ein anglo-amerikanisch beeinflußtes Westeuropa und ein sowjetisch dominiertes Osteuropa würde es den Europäern unmöglich machen, mit einer Stimme zu sprechen und sich in der Dichotomie der Weltpolitik als unabhängige Kraft zu behaupten[729]. Nachdrücklich warnte der Sozialdemokrat Gerhard Kreys-

[726] Unsere Kriegs- und Friedensziele, in: NVZ, 10. Jg., Nr. 31 (2. 8. 1941), S. 1. Daraus die folgenden Zitate.
[727] Unsere Kriegs- und Friedensziele, in: NVZ, 10. Jg., Nr. 32 (9. 8. 1941), S. 2.
[728] Ibid. S. 1.
[729] Besonders eindringlich Kreyssig, Memorandum zu Problemen und Aufgaben des Nachkriegs-Europa, 15. 7. 1942, S. 50, AsD, NL Kreyssig, M. 20: „Die Gefahr besteht und ist nicht von der Hand zu weisen, daß die Großmächte (USSR, England und USA) sich auf europäischem Gebiet ‚Einflußsphären' schaffen könnten oder wollten, also eine Art wirtschaftliche Dominions, mit deren Errichtung die wirtschaftliche und politische Bevormundung der Sphären parallel laufen würden. Ich sehe eine der hervorragendsten Aufgaben der europäischen Gewerkschaftsbewegung darin, solche Pläne und Absichten rechtzeitig zu bekämpfen und sich dagegen zur Wehr zu setzen."

sig ebenso wie der Linkskatholik Löwenstein vor einer Kolonisierung Europas zugunsten der Siegermächte, die mit der Teilung des Kontinents in Einflußsphären unweigerlich verbunden wäre[730].

Das deutsche Exil war sich weitgehend einig, daß sich als einzige Alternative zu diesem Szenario eines geteilten Europas ein möglichst enger Verbund der europäischen Staaten anbot. Ein solcher Verbund müßte stark genug sein, sich als Puffer oder Brücke, als Vermittler zwischen Ost und West behaupten zu können. Unter diesem Blickwinkel erfuhr die Föderalismusdebatte eine neue Dimension. Mit der Einsicht, nur durch eine europäische Föderation Europa als eigenständigen Macht- und Wirtschaftsblock erhalten zu können und an der eigenen Nachkriegsordnung mitwirken zu dürfen, erhielt der Gedanke der Föderation eine deutliche Aufwertung als propagandistisches Mittel und politische Waffe des Exils gegen tatsächliche Teilungspläne und unterstellte Teilungsabsichten in den alliierten Staaten[731]. Die mehrfach vorgeschlagene Errichtung europäischer Teilföderationen stieß nun öfter auf Ablehnung, da man die besondere Anfälligkeit solcher Konstruktionen für politische Einflußnahmen stärkerer Nachbarn erkannt hatte. Die UdSSR würde sich solcher Regionalföderationen in Ost- und Südosteuropa ebenso annehmen wie Großbritannien und die USA westeuropäische Teileinheiten in ihren politischen Bann ziehen würden[732].

Für das deutsche Exil sprach ein weiteres zentrales Argument für eine europäische Föderation: die Verhinderung einer Teilung Deutschlands. Je offener auf den Konferenzen der Alliierten seit 1941 eine Teilung Deutschlands in mehrere Kleinstaaten oder eine endgültige Entmachtung Deutschlands durch seine völlige Agrarisierung erwogen wurde, desto verzweifelter klammerte sich das deutsche Exil an die Idee einer europäischen Föderation unter Einbindung eines entmilitarisierten Deutschlands, die doch im Ergebnis ebenso effektiv den europäischen Frieden zu gewährleisten versprach. Mit besonderer Dringlichkeit wurde diese Aufgabe an die in London versammelten Vertreter des deutschen Exils herangetragen, da dort der diplomatische Chefberater der britischen Regierung, Lord Robert Gilbert Vansittart, eine seit Karl dem Großen historisch nachweisbare Anfälligkeit des deutschen

730 Vgl. z. B. Kreyssig an Rimsberger, 22. 8. 1942, S. 3, AsD, NL Kreyssig, N. 59: „Wer vorzieht, sich einer westlichen oder östlichen ‚Einflußsphäre' einzugliedern, dürfte wohl klar darüber sein, daß er sich damit in freiwillige Kolonisierung gibt." Zustimmend auch Löwenstein, Is peace possible in Europe, 7. 4. 1943, S. 2f., BAK, NL Löwenstein, N 1222, Bd. 40.

731 Eine der wenigen Ausnahmen bildet das Wiederaufbauprogramm der deutschen Sozialisten in der Schweiz, das zunächst die bloße Förderung und Mitarbeit Deutschlands bei allen Bestrebungen zu internationaler Zusammenarbeit als ausreichend ansah und die wirtschaftliche, kulturelle und politische Föderation als Fernziel einstufte: Wiederaufbauprogramm der deutschen Sozialisten in der Schweiz, 16. 10. 1943, IfZ, Slg. Hoegner, ED 120/15.

732 Vgl. etwa Kreyssig, Memorandum zu Problemen und Aufgaben des Nachkriegs-Europa, 15. 7. 1942, S. 50, AsD, NL Kreyssig, M. 20.

Volkscharakters für aggressiven Nationalismus und Militarismus behauptete[733]. In mehreren Rundfunk- und Oberhausreden erläuterte Vansittart seit Anfang 1941 seine Grundthese, daß das deutsche Volk in seiner überwiegenden Mehrheit mit dem Nationalsozialismus als geistiger Strömung konform gehe. Deshalb müsse es für die Verbrechen seiner Führer zur Verantwortung gezogen werden. Auch die deutsche Arbeiterbewegung blicke auf eine lange „nationalistische und militaristische Tradition" zurück, zumal die Revolution von 1918 lediglich eine „Revolte gegen die Verlierer des Krieges"[734] gewesen sei. Im Fahrwasser der bald als „Vansittartismus" bezeichneten Bewegung fanden auch extrem deutschfeindliche Tendenzen Zugang zu einer breiteren Öffentlichkeit[735]. Deren Nachkriegsvorstellungen beruhten auf der endgültigen Zerschlagung Deutschlands in kleinere regionale Einheiten und die möglichst langfristige Ausschaltung jedes militärischen Einflusses Deutschlands.

Auf dem weiten Weg zu einer europäischen Föderation als Garant der kontinentalen Selbständigkeit bedurfte es machtvoller Unterstützung und hoher Geschwindigkeit, da die Zeit gegen die Europäer arbeitete. Je länger man zuwartete, je länger sich der Krieg hinzog, desto wahrscheinlicher würden die bestimmenden Mächte der außereuropäisch orientierten Anti-Hitler-Koalition ohne Rücksicht auf europäische Stimmen eine an ihren jeweiligen nationalen Interessen ausgerichtete Nachkriegsordnung favorisieren, die einen schnellen Frieden bei bestmöglicher Sicherung des eigenen weltpolitischen Einflusses versprach. Dies aber würde auf eine Fortsetzung der Machtpolitik alten Stils hinauslaufen, die für eine europäische Föderation weder Raum noch Verständnis aufböte. Es galt also, der politischen Entwicklung zuvorzukommen und diejenigen Kräfte, die bei Kriegsende die Nachkriegsordnung für Deutschland, Europa und die Welt festlegen würden, so zügig und nachhaltig wie möglich für die Idee einer europäischen Föderation einzunehmen. Zwei Faktoren waren nun entscheidend und sollten dem Europadiskurs zwischen 1941 und Ende 1943 unverkennbar prägen: Soweit man nicht auf eine europäische Eigendynamik vertraute, mußte zumindest eine der alliierten Großmächte als starker Partner für eine europäische Föderation

[733] Zum Verhältnis des deutschen Exils zum Vansittartismus vgl. RADKAU, Exil-Ideologie 1970 sowie RÖDER, Sozialistische Exilgruppen ²1973, S. 143–146. Der Vansittartismus erreichte 1942 auch die USA und fand in dem Schriftsteller Emil Ludwig, unter dessen Vorsitz sich Ende 1943 die Society for the Prevention of World War III konstituierte, einen wortgewaltigen Fürsprecher. Doch war dem amerikanischen Vansittartismus ein weitaus geringeres Echo in der Öffentlichkeit beschieden, so daß sich das deutsche Exil in den USA eher mit dem britischen Original auseinandersetzte als mit Ludwigs Organisation.

[734] Zit. n. RÖDER, Sozialistische Exilgruppen ²1973, S. 144.

[735] Nach JAEGER, Vansittart and Vansittartism, in: Wiener Library Bulletin, Bd. 11 (1957), Nr. 1/2, S. 14f. wurde der Begriff „vansittartistisch" zuerst von Gottfurcht in einem Beitrag für die Zeitschrift *Die Arbeit*, Nr. 1 (März 1941) in die Diskussion eingeführt.

gewonnen werden. Zugleich mußte ein überzeugendes Föderativkonzept vorgelegt werden. Überzeugen konnte ein Europakonzept aber nur, wenn es imstande war aufzuzeigen, daß und inwieweit ein föderativer Zusammenschluß der europäischen Staaten auch im Interesse Großbritanniens, der USA und der UdSSR lag und wenn das Konzept eine stringente, zügige Umsetzung versprach[736].

Auf der Suche nach einem starken Partner der Europaföderalisten ruhten die Hoffnungen vorrangig auf Franklin D. Roosevelt. Präsident eines föderalen Staates und Förderer der Panamerikanischen Union schien er als Fürsprecher einer europäischen Union geradezu prädestiniert. Man hoffte, in ihm einen machtvollen Mitstreiter für das europäische Föderationsmodell zu haben, zumal die amerikanische Debatte eine föderationsfreundliche Tendenz aufwies und sich zahlreiche Intellektuelle fanden, die das Modell der Vereinigten Staaten von Europa begrüßten. Viele deutsche Emigranten erinnerten sich in diesen Tagen an Woodrow Wilsons weitsichtige, vielleicht sogar idealistische Friedenspolitik in Versailles und waren nur allzu gern bereit, darin eine Tradition US-amerikanischer Europapolitik zu sehen. Hinzu kam, daß Roosevelt selbst einer föderativen Lösung anfangs nicht abgeneigt war. In diesem Sinne wurde auch sein Freiheitsbekenntnis gewertet, das er im Januar 1941 mit den bekannten „Vier Freiheiten" umschrieben hatte: Meinungsfreiheit, Gewissensfreiheit, Freiheit von Not und Freiheit von Furcht. Aufbauend auf diesen „Vier Freiheiten" hatten sich Churchill und Roosevelt am 14. August 1941 auf die Atlantikcharta geeinigt, die in acht Punkten die Konturen einer Nachkriegsordnung der Welt zeichnete. Für die europäischen Widerstandskämpfer war vor allem die Garantie des Selbstbestimmungsrechts bedeutsam, die von den deutschen Emigranten dahingehend interpretiert wurde, daß sowohl Deutschland als auch dem europäischen Kontinent das Recht zur selbstverantwortlichen Neuordnung nach dem Kriege zugestanden werden sollte[737]. So ging man von einem kontinentalen Selbstbestimmungsrecht Europas aus, das zumindest Großbritannien als auch die USA zu unterstützen schienen. Dabei wurde zumeist übersehen, daß die Atlantikcharta nicht viel mehr bot als eine politische Absichtserklärung, die auch für die Kriegspropaganda bestimmt war. Keinesfalls war damit eine verbindliche Zusicherung gemeint, erst recht nicht für den Kriegsgegner Deutschland. Dessen ungeachtet dachten sich die Exilanten bis zu den Konferenzen von Moskau und Teheran 1943 in grundsätzlicher Übereinstim-

[736] In diesem Zusammenhang stellte schon der Zeitgenosse SZENDE, Europäische Revolution 1945, S. 11, für den Europadiskurs des linkssozialistischen Exils fest: „Die Diskussionen über den Verlauf der europäischen Revolution und über ihre durch einzelne und ganze Menschengruppen beeinflußte Gestalt werden einerseits zwar immer leidenschaftlicher. Sie werden seit einiger Zeit aber auch immer sachlicher und realistischer."

[737] Vgl. etwa Stampfer, Erklärung „Die acht Punkte", 24. 8. 1941, abgedruckt in: MATTHIAS (Hg.), Mit dem Gesicht nach Deutschland 1968, Dok. Nr. 117, S. 512f.

mung mit Großbritannien und den USA. Tatsächlich aber wandte sich die US-Regierung seit dem Washington-Pakt vom 1. Januar 1942 zusehends der Idee einer Weltorganisation zu, die sie als substituierende Alternative eines Europabundes betrachtete. Entscheidend für den amerikanischen Sinneswandel war letztlich der erhebliche Druck Stalins, der sich erfolgreich gegen jeden europäischen Sonderweg wehrte und statt dessen die Nationalstaaten von 1918/19 wiedererrichten wollte. Stalin gab sich kaum Mühe, seine territorialen und machtpolitischen Interessen in bezug auf Ost- und Südosteuropa zu kaschieren. Zudem war der an einigen internationalen Kriegskonferenzen beteiligte Tschiang Kai Tschek als Vertreter Chinas kaum an rein europäischen Lösungsmodellen interessiert, und auch der US-japanische Konflikt hatte mit den europäischen Befindlichkeiten wenig zu tun. Trotz der widrigen Umstände bemühte sich das politische Exil um Europakonzepte, die hinreichend realistisch waren, um die Alliierten möglicherweise überzeugen zu können, wobei ihnen als ständiges Damoklesschwert die Teilung ihres Kontinents in Einflußsphären vor Augen war.

Um die Erarbeitung eines überzeugenden Föderativkonzepts des deutschen Exils bemühte sich eine Gruppe deutscher Sozialisten um den Gewerkschafter Walter Auerbach. 1943 publizierten sie die programmatische Schrift „The Next Germany", die ausweislich des Untertitels als Diskussionsgrundlage zum europäischen Frieden zu verstehen war[738]. Darin beschäftigten sich die Verfasser vorrangig mit der sozialistischen Revolution in Deutschland, von der sie sich unverändert eine Initialwirkung für den gesamten Kontinent erhofften, und den Chancen einer europäischen Integration. Europa sei eine Schicksalsgemeinschaft, die der Nationalsozialismus nicht nur in wirtschaftlicher und technischer Hinsicht geeint habe, sondern auch in der gemeinsamen Ablehnung von Ausbeutung, Imperialismus und Aggression[739].

Schon aus diesem Grund hielt das sozialistische und sozialdemokratische Exil die Föderierung Europas für dringend geboten, denn andernfalls befürchtete man einen Rückfall in die Fehler von Versailles, also der europäischen Kleinstaaterei und der Verabsolutierung des Souveränitätsgedankens[740]. Tillich sah darin die „größte Gefahr einer Teilung des Kontinents, und dies wäre gleichbedeutend mit dem endgültige[n] Todesurteil für Europa"[741]. Sein Aufsatz „Nicht Nation, sondern Föderation" war aufrüttelnd gemeint und sollte den exilierten Sozialisten den unmittelbaren Zusammenhang zwischen sozialistischer Revolution und europäischem Föderalis-

738 AUERBACH et al., The Next Germany 1943.
739 Ibid. S. 113.
740 TILLICH, Nicht Nation, sondern Föderation. Radioansprache an deutsche Hörer über „Die Stimme Amerikas", 17. 7. 1942, in: DERS., An meine deutschen Freunde 1973, S. 69–73.
741 DERS., Wessen Kriegsziele?, Herbst 1941, in: DERS., Impressionen und Reflexionen 1972, S. 265 f.

mus in Erinnerung rufen. Der Föderalgedanke sei der revolutionäre Ansatz, der sich gegen die konventionell bürgerliche Auffassung von der uneingeschränkten nationalen Souveränität durchsetzen müsse[742]. Tillich versuchte auf diese Weise, den Sozialisten die Europaföderation als ureigenes Projekt des europäischen Sozialismus zu präsentieren. Darüber hinaus sei die Errichtung der Vereinigten Staaten von Europa die einzige verbleibende Chance, der kontinentalen Zersplitterung und damit auch der Zersplitterung der europäischen Arbeiterbewegung zu entgehen. Tillichs Ziel war deshalb eine militärische und politische Föderation als „tätige, ausgleichende Mitte" zwischen Ost und West: „Nur als solche kann Europa leben."[743] Im Gegensatz zur allgemeinen Einschätzung des sozialistischen Exils betrachtete der Theologieprofessor aber eine sofortige Einigung Europas im Herbst 1941 für verfehlt: „Sie würde Europa in einen westlichen und östlichen Teil spalten und den westlichen Teil der angelsächsischen Kontrolle unterwerfen, während der östliche dem Zerfall und dem Übergang in die Barbarei überlassen bliebe."[744]

Anders als Tillich prophezeiten die beiden nach Amerika emigrierten Sozialdemokraten Gerhart Seger und Siegfried Marck eine Teilung des europäischen Kontinents nicht in zwei, sondern in drei Blöcke: den englisch(-französischen) Block mit Nord- und Westeuropa, den Mitteleuropablock zwischen Rußland und Deutschland und den Balkanblock mit Österreich[745]. Dahinter vermuteten Seger und Marck die europäische Basis der Auseinandersetzungen zwischen dem Westen und der ebenbürtigen Sowjetunion in der Nachkriegszeit[746]. Zur Lösung dieses konfliktträchtigen Kräftefeldes schlugen die Sozialdemokraten vor, den vorhersehbaren Ost-West-Konflikt dadurch zu relativieren, daß unter Hintanstellung antikommunistischer Empfindungen Deutschland als Brücke zwischen Ost und West installiert werden sollte[747]. Als unerläßliche Voraussetzung für eine solche weltpolitische Funktion betrachteten die Sozialdemokraten die gleichzeitige Einbindung Deutschlands in ein System europäischer Kooperation, da sich andernfalls jede Irritation zwischen dem Westen und dem Osten schicksalhaft auf die innerdeutschen Verhältnisse auswirken würde. Wichtig sei daher die Befriedung der Ost-West-Konfrontationen durch eine Befriedung Deutschlands[748].

[742] DERS., Nicht Nation, sondern Föderation, 17. 7. 1942, in: DERS., An meine deutschen Freunde 1973, S. 69.
[743] DERS., Die Bedingungen für eine europäische Einigung. Radioansprache, 11. 5. 1943, in: DERS., An meine deutschen Freunde 1973, S. 194–202 (201).
[744] DERS., Wessen Kriegsziele?, Herbst 1941, in: DERS., Impressionen und Reflexionen 1972, S. 266.
[745] SEGER, MARCK, Germany: To be or not to be? 1943, S. 132.
[746] Ibid. S. 132.
[747] Ibid. S. 137.
[748] Ibid.: „Germany's inner tensions will be supplied, once the battle between the East and the West is settled within her own soul."

Auch Karl Franks hauptsächliches Anliegen war die künftige Einbettung Deutschlands in ein neues Europa. In seinem Memorandum „What to do with Germany after the war?" näherte sich Frank mit Rücksicht auf sein Gastland dem Thema einer europäischen Föderation auf deduktive Weise und stellte zunächst einen Weltrat in Aussicht, der aus der britisch-russisch-amerikanischen Koalition, im Idealfall möglichst noch um den Bündnispartner China ergänzt, entstehen sollte. Unter dem Schutz und der Kontrolle dieses Weltrates würde sodann eine europäische Föderation zu bilden sein, um den Wiederaufbau der Alten Welt zu bewerkstelligen[749]. Auf der Basis der nationalen Souveränität würde die Föderation, die Frank aus realpolitischen Gründen als Konföderation skizzierte[750], Deutschland als gleichberechtigtes Mitglied aufnehmen und es damit der gemeinsamen Kontrolle der europäischen Staaten unterwerfen[751]. Dahinter stand der Gedanke, den deutschen Widerstandskämpfern im In- und Ausland ein Mitspracherecht bei der Neugestaltung Deutschlands zu sichern. Nähere Angaben verweigerte Frank jedoch bewußt, um dieses erste unabdingbare Zwischenziel der Inkorporation Deutschlands in ein vereinigtes Europa nicht durch Fernzielproklamationen zu gefährden und ihm das angemessene Gewicht beizumessen[752].

Doch schon im Mai 1943 äußerte der amerikanische Vertreter von Neu Beginnen ernste Zweifel an der Realisierungschance einer europäischen oder gar weltweiten Föderation: „Aber obgleich eine solche Föderation die vernünftige und natürliche Lösung des Krieges wäre, und obgleich wir sie anstreben müssen, wäre es illusionär, sie zu erwarten. Es gibt zu starke Kräfte gegen die europäische Föderation und gegen eine Weltföderation."[753] Um so mehr, als die zukünftigen Siegermächte Grund hätten, eine europäische Föderation aus Eigeninteresse und Selbstschutz heraus abzulehnen. Die Sowjetunion und Großbritannien seien auf Grund ihrer „zentrifugalen Tendenzen" nur mittelbar an einer europäischen Föderation interessiert, während die USA in einem enger verbundenen Europa möglicherweise einen zu starken

[749] Hagen [d. i. Frank], What to do with Germany after the war?, [Januar] 1943, S. 30, IfZ, NL Frank, ED 213/3.

[750] Hagen [d. i. Frank], Deutschland nach Hitler. Um die Vollendung der demokratischen Revolution, Mai 1943, i. A. abgedruckt in: VOIGT (Hg.), Friedenssicherung 1988, S. 86–89 (87).

[751] Hagen [d. i. Frank], What to do with Germany after the war?, [Januar] 1943, S. 31, IfZ, NL Frank, ED 213/3; erneut in: DERS., What are the principles that will guarantee security?, in: New Europe and World Reconstruction III, Nr. 7–8 (Juli/August 1943), S. 10f. (11).

[752] So formulierte Frank in dem Artikel: What are the principles that will guarantee security?, in: New Europe and World Reconstruction III, Nr. 7–8 (Juli/August 1943), S. 10f. (11): „Without the emergence of a vital and militant democratic regime in Germany, there is no lasting security for Europe. It seems to us premature to discuss details so long as this basic principle has not been established."

[753] Hagen [d. i. Frank], Deutschland nach Hitler, Mai 1943, i. A. abgedruckt in: VOIGT (Hg.), Friedenssicherung 1988, S. 87.

und damit gefährlichen Konkurrenten auf dem Weltmarkt, vielleicht sogar in der Weltpolitik sehen könnten[754].

Zum selben Zeitpunkt, als Frank erste Zweifel an der Realisierbarkeit des europäischen Projektes äußerte, beschäftigte sich der Sopade-Vorsitzende Hans Vogel erstmals explizit mit der europäischen Neuordnung im Sinne einer demokratischen Föderation, deren sinnfälligste Gestaltung auch er auf dem wirtschaftlichen Sektor sah[755]. Dabei stützte er sich unverändert auf Hilferdings Referat von Anfang 1940, ohne erkennbare Anpassungen an die aktuelle Situation vorzunehmen. Zuvor hatte sich Vogel mehrfach zur Notwendigkeit eines modifizierten Völkerbundes geäußert, doch hatte er sich auch insoweit auf bereits bekanntes sozialdemokratisches Gedankengut beschränkt. Neu war lediglich sein Appell, daß „die Politik der Zukunft und die des Völkerbundes im besonderen stärker als bisher mit ethisch-rechtlichen Erwägungen durchdrungen" werde. Darin sah der Vorsitzende der Londoner Union eine Möglichkeit, den Antiföderalisten das Argument aus der Hand zu schlagen, die Übertragung staatlicher Souveränität auf eine übergeordnete Organisation könne von niemandem erwartet werden, solange nicht deren rechtlicher Charakter geklärt sei[756].

Wie Frank beurteilten auch die ISK-Vertreter in London, Willi Eichler und Mary Saran, die Chancen für eine Weltföderation bei Kriegsende äußerst skeptisch und setzten sich damit in diametralen Gegensatz zu Vogels pauschalem Verweis auf die Notwendigkeit eines modifizierten Völkerbundes[757]. Dagegen bewies der ISK hinsichtlich der Europaföderation mehr Optimismus als der amerikanische Neu Beginnen-Vertreter. Ein eigenständiges Europa als Scharnier zwischen Ost und West wäre zugleich Antriebskraft eines stabilen Weltsicherheitssystems[758]. Während Saran jedoch einen strikt gesamteuropäischen Ansatz verfocht und folgerichtig jegliche europäische Regionalföderation wegen der kontinentalen Zersplitterungsgefahr ablehnte[759], hielt Eichler solche Teilföderationen innerhalb einer umfassenderen europäischen Gesamtföderation für empfehlenswert, soweit dadurch der Integrationsprozeß beschleunigt werden könne[760].

Eichler und Saran legten Wert auf die supranationale Struktur der Föderation unter strenger Beachtung des Subsidiaritätsprinzips[761]. In dem vermut-

754 Ibid.

755 VOGEL, Deutschlands Zukunft in der Weltmeinung von heute, in: SM, Nr. 51 (Juli 1943), S. 1–14 (8f.). Hierbei handelt es sich um die Zusammenfassung einer Rede, die Vogel am 18. 6. 1943 vor der Londoner Gruppe deutscher Sozialdemokraten gehalten hatte.

756 Vogel, Die Zukunft der Demokratie, o. D. [Mitte Oktober 1941], S. 11, AsD, Bestand PV-Emigration Sopade, M. 140.

757 Eichler, Zum Problem Europa, o. D. [1943], S. 1, AsD, Bestand IJB/ISK, Box 50.

758 SARAN, The Future Europe 1942, S. 27.

759 Ibid. S. 6–9.

760 Eichler, Zum Problem Europa, o. D. [1943], S. 1, AsD, Bestand IJB/ISK, Box 50.

761 Ibid. S. 2; SARAN, The Future Europe 1942, S. 25.

lich von Eichler verfaßten[762] allgemeinpolitischen Teil des Buches von Walter Fliess, „Die Wirtschaft im neuen Europa", wurde das Subsidiaritätsverständnis des ISK erläutert: „Überall, wo solche Rechte und Pflichten einzelner und der einzelnen Völker in Frage stehen, die die internationale Organisation der Gesellschaft unmittelbar berühren, da soll eine internationale Organisation mit eigener Regierungsvollmacht eingreifen können. Wo das nicht notwendig ist, da soll den Einzelstaaten die Freiheit gelassen werden, zu tun, was ihnen gut und richtig erscheint."[763] In einer europäischen Verfassung müßten die Bundesaufgaben abschließend geregelt werden[764].

Die unterschiedlichen Entwicklungsstufen der sozialdemokratischen und sozialistischen Exilgruppen in der europäischen Frage lassen die zum Teil harten Verhandlungen erkennen, die innerhalb der Londoner Union um jedes einzelne Dokument geführt wurden. Insofern erklärt sich die Tatsache, daß die Union bis 1945 lediglich eine einzige Stellungnahme zur außenpolitischen Programmatik vorlegen konnte. Als typisches Kompromißpapier blieb die Erklärung vom 23. Oktober 1943 „Über die internationale Politik deutscher Sozialisten" weit hinter dem damaligen Stand des Europadiskurses zurück[765]. Einig waren sich die in London versammelten deutschen Sozialisten in der plakativen Forderung einer „Föderation aller europäischen Völker", da die uneingeschränkte Souveränität der Nationalstaaten nicht länger mit den wirtschaftlichen und politischen Existenzbedingungen in Europa vereinbar sei[766]. Gerade dieser Passus sollte in einer späteren Aussprache mit Vertretern der europäischen Arbeiterparteien über die Erklärung der deutschen Sozialisten auf vehemente Kritik des belgischen Sozialisten Louis de Brouckère stoßen. De Brouckère erklärte sich zwar mit der Errichtung einer internationalen Organisation einverstanden, lehnte die parallele Gründung einer europäischen Föderation jedoch ab. Sein eigentliches Motiv war wohl nicht die vorgeschobene weltwirtschaftliche Verflechtung Europas, sondern das

762 Vgl. etwa den Passus über die „vier Gruppen von Menschen", S. 26–30, der wörtlich Eichlers Rede in: Towards European Unity 1943, S. 12–17 entspricht.

763 FLIESS, Wirtschaft im neuen Europa 1943, S. 25.

764 Ibid. S. 35. An anderer Stelle nannte Eichler als alleinige Bundeskompetenzen jedenfalls Außenpolitik, Verteidigung des Bundesgebietes nach außen, Zollpolitik, Außenhandel, fiskalische Abgaben, Münzrecht, Anleihewesen, Verkehr (Bahn-, Wasser-, Luftverkehr) und Telekommunikation (Post, Telegraph, Telefon): Eichler, Zum Problem Europa, o. D. [1943], S. 2, AsD, Bestand IJB/ISK, Box 50.

765 Erklärung der Union deutscher sozialistischer Organisationen in Großbritannien über die Internationale Politik deutscher Sozialisten vom 23. 10. 1943, in: SM, Nr. 55/56 (Mitte November 1943), S. 1 f.; erneut veröffentlicht in: Zur Politik deutscher Sozialisten 1945. Die Quelle ist auch abgedruckt in: EIBER (Hg.), Union 1998, Dok. Nr. 127, S. 296–298 sowie bei VOIGT (Hg.), Friedenssicherung 1988, S. 105–107 und bei LIPGENS (Hg.), Europäische Verfassung 1986, Dok. Nr. 33, S. 144 f. Eine englische Übersetzung findet sich bei LIPGENS (Hg.), Documents II 1986, Dok. Nr. 224, S. 602 f.

766 Ibid. Die Erklärung traf auf die uneingeschränkte Zustimmung Stampfers in den USA, die er öffentlichkeitswirksam unter der Schlagzeile „Das andere Deutschland spricht" in der NVZ, 12. Jg., Nr. 48 (27. 11. 1943), S. 1 bekundete.

befürchtete politische Übergewicht der europäischen Großmächte zu Lasten kleinerer Staaten wie Belgien[767].

Erneut wurde neben der europäischen Föderation ein weltumfassendes System kollektiver Sicherheit mit einer eigenen starken Exekutivgewalt und weitreichenden Schiedsbefugnissen eingefordert[768]. Bemerkenswert ist dabei die These, der Frieden Europas sei essentiell auf die konstruktive Kooperation mit dem britischen Commonwealth, den USA und der Sowjetunion angewiesen: „Nur in der freundschaftlichen Zusammenarbeit mit allen diesen Mächten, nicht in Anlehnung nur an eine oder die andere Seite, kann sich ein einiges und freiheitliches Europa entwickeln."[769] Die Erkenntnis basierte weniger auf einer gemeinsamen Zielvorstellung der beteiligten Exilgruppen als vielmehr auf den indirekten Vorgaben der Moskauer Außenministerkonferenz, die im Oktober 1943 die Errichtung einer Weltorganisation auf der Grundlage der anglo-amerikanisch-sowjetischen Zusammenarbeit angedacht hatte. Dies belegt die Tatsache, daß in dem gemeinsamen Erklärungsentwurf von Eichler und Vogel mit Eingangsdatum vom 6. August 1943, also vor der Moskauer Konferenz, das Verhältnis zu den drei Staaten überhaupt nicht erwähnt worden war[770]. Der stärker innenpolitisch geprägte Entwurf hatte sich zwar ebenfalls für eine europäische Föderation als Teil einer Weltorganisation ausgesprochen, sich aber mit keinem Wort mit der europäischen Eigenständigkeit zwischen den drei alliierten Großmächten beschäftigt. Daraus kann jedoch nicht der Schluß gezogen werden, die gesamte Erklärung sei als Antwort auf das Außenministertreffen konzipiert worden[771], denn die übrigen zentralen Gedanken wurden von Eichler und Vogel schon vor Moskau festgehalten.

Wiederholt und unabhängig voneinander wiesen Richard Löwenthal für die Londoner NB-Gruppe und Stefan Szende für die schwedische SAP-Vertretung auf die Hebelwirkung des europäischen Sozialismus für eine freiheitliche Zukunft Europas zwischen den beiden Machtblöcken hin. Löwenthal erwartete, „daß sich der Wiederaufbau Europas in der doppelten Abhängigkeit von der Wirtschaftsmacht und Luftmacht der Westmächte und von der

[767] Vgl. die Einlassung Louis de Brouckères, in: Protokoll der Aussprache mit Vertretern europäischer Arbeiterparteien über die Erklärung „Zur internationalen Politik deutscher Sozialisten" am 16. 11. 1943, abgedruckt in: EIBER (Hg.), Union 1998, Dok. Nr. 131, S. 302ff.

[768] Erklärung der Union deutscher sozialistischer Organisationen in Großbritannien über die Internationale Politik deutscher Sozialisten vom 23. 10. 1943, in: SM, Nr. 55/56 (Mitte November 1943), S. 2.

[769] Ibid. S. 1.

[770] Eichler, Vogel, Vorschlag für die Programmberatung über die internationale Politik, eingegangen am 6. 8. 1943, abgedruckt in: EIBER (Hg.), Union 1998, Dok. Nr. 117, S. 275f.; erneut abgedruckt in: VOIGT (Hg.), Friedenssicherung 1988, S. 89f. und bei RÖDER, Sozialistische Exilgruppen ²1973, S. 271 sowie auf englisch bei LIPGENS (Hg.), Documents II 1986, Dok. Nr. 221, S. 594ff.

[771] So aber VOIGT (Hg.), Friedenssicherung 1988, S. 44.

Militärmacht der Sowjetunion vollziehen" werde[772]. Darum dürften die Europäer nicht davon ablassen, auch im Interesse der eigenen politischen Stabilität eine neue Qualität der Zusammenarbeit zu entwickeln, die in freundschaftlicher Distanz zum demokratischen Kapitalismus sowie zur kommunistischen Parteidiktatur den Aufbau eines freiheitlich europäischen Sozialismus ermögliche[773]. Mit Blick auf die bei Löwenthal zeitweilig vertretene Osttendenz kann gesagt werden, daß der NB-Theoretiker der gesellschaftssystematischen Distanz zur westlichen Welt sicherlich größeres Gewicht beimaß als der nur die stalinistische Interpretation des Sozialismus betreffenden Distanz zur Sowjetunion. Als zentrale Kraft des europäischen Befreiungsprozesses erachtete Löwenthal weiterhin die europäische Arbeiterbewegung[774]. Löwenthals Konzept des europäischen Sozialismus, zu dem er sich im Juni 1942 erneut bekannte, wurde von der Mehrheit von Neu Beginnen durchgängig mitgetragen[775].

Von dem SAP-Mitglied Szende stammte der Hinweis, daß im Sinne des europäischen Sozialismus eine gemeinsame Identität Europas sozial zu definieren sei. Darin sah der nach Schweden geflüchtete ehemalige Leiter des Prager Auslandsbüros die einzige Möglichkeit, sich zwischen West und Ost zu behaupten[776]. In diesem Rahmen setzte er sich für die Auflösung der identifikationsstiftenden Symbiose von Nation und Staat zugunsten des nationslosen Staates ein und umschrieb diesen Prozeß als „Entnationalisierung" der Staaten[777]. Nur so sei die endgültige Abkehr vom nationalen Selbstbestimmungsrecht gewährleistet. Für die europäische Föderation beabsichtigte Szende eine Substitution des nationalstaatlichen Prinzips durch umfangreiche Föderationen und Staatengemeinschaften, die aus gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Rechtsorganisationen bestehen sollten[778]. Ergänzend definierte er das europäische Erziehungsideal der Loyalität gegenüber dem nationalen Föderativstaat, der europäischen Föderation und einer Weltgemeinschaft als gemeinsamen Wertekonsens, der aktiv gefördert werden müsse[779].

772 [LÖWENTHAL], Klare Fronten 1941, S. 12f.
773 Ibid. S. 12.
774 Ibid. S. 15.
775 Sering [d. i. Löwenthal], Unsere Taktik gegenüber den Kommunisten, 6. 6. 1942, S. 1, IISG, Coll. Neu Beginnen, M. 40. Daß diese Einschätzung innerhalb der Gruppe mehrheitsfähig war, beweist eine Zuschrift an Paul Hertz im Rahmen einer Diskussion über die Aktualisierung der 1939 verabschiedeten Friedensziele der deutschen Arbeiterbewegung, November/Dezember 1942, IISG, NL Hertz, S8, M. C, Nr. 4: Die zu erwartende Besatzungszeit in Deutschland müsse positiv auch für den Aufbau einer europäischen Föderation genutzt werden, dessen Erfolg jedoch „vom Grade des Einverständnisses zwischen den Vereinigten Staaten, England und Rußland abhängig" sei.
776 SZENDE, Europäische Revolution 1945, S. 365.
777 Ibid. S. 361–375.
778 Ibid. S. 374.
779 Ibid. S. 375.

Szendes Gedanken fanden ansatzweise Eingang in die Schrift „Friedensziele der demokratischen Sozialisten" vom März 1943, für die der Arbeitskreis Internationaler Sozialisten in Stockholm verantwortlich zeichnete[780]. Die Gruppe aus 60 Sozialisten aus zwölf Ländern[781] hatte das Dokument als internationale Diskussionsgrundlage an alle der SAI angehörenden deutschen Gruppen verschickt. Kompromißformeln nötigten auch die schwedische Gruppe zu eher vagen Aussagen[782], die im Vergleich zu anderen Dokumenten dieser Diskursphase durch fehlenden Pragmatismus und nur geringe Konkretisierungsdichte auffallen, insbesondere mit Blick auf Willy Brandts eigene Schriften. Doch sollte nicht unberücksichtigt bleiben, daß der Arbeitskreis im Gegensatz zur Londoner Union kein Abschlußkommuniqué, sondern eine erste Grundlage für weiterführende Diskussionen vorlegen wollte. Tendenziell dogmatischer veranlagt, wurzelten die „Friedensziele der demokratischen Sozialisten" noch spürbar in den alten Grabenkämpfen der internationalen Arbeiterbewegung.

Entlang der acht Punkte der Atlantikcharta skizzierten die Sozialisten ein System internationaler Zusammenarbeit auf europäischer und globaler Ebene und konzipierten den Internationalen Gerichtshof als höchste streitschlichtende Instanz und weltumfassende Rechtsorganisation[783]. Während man für den Weltfrieden an einen Ausbau des englisch-russischen Bündnisses dachte[784], wurde für Europa ein Föderativsystem, namentlich für den militärischen und ökonomischen Bereich[785], zur unabdingbaren Voraussetzung des europäischen Friedens erklärt.

Vor dem Hintergrund öffentlich diskutierter Pläne zur Aufteilung Deutschlands als Mittel des Friedens und der kollektiven Sicherheit betonten die Sozialisten ebenso wie die bürgerlichen Emigranten immer wieder, daß Deutschlands Abrüstung eine viel bessere Friedensgarantie darstelle als

780 [Arbeitskreis Internationaler Sozialisten in Stockholm], Friedensziele der demokratischen Sozialisten, März 1943, AsD, Bestand PV-Emigration Sopade, M. 180. Dieses bedeutendste politische Dokument des schwedischen Exils ist abgedruckt in: VOIGT (Hg.), Friedenssicherung 1988, S. 222–235 und auf englisch auszugsweise bei LIPGENS (Hg.), Documents II 1986, Dok. Nr. 245, S. 677–680. Vorsitzender des Arbeitskreises war der sudetendeutsche Sozialdemokrat Ernst Paul, die Aufgabe des Sekretärs hatte Willy Brandt übernommen. Zum inneren Kreis zählten ferner Stefan Szende, Fritz Tarnow, der österreichische Sozialist Bruno Kreisky und zahlreiche Schweden und Norweger. Zur Geschichte des Arbeitskreises vgl. BRANDT, Links und frei 1982, S. 336–346 sowie MISGELD, Die „Internationale Gruppe demokratischer Sozialisten" in Stockholm 1976.

781 Vgl. LIPGENS (Hg.), Documents II 1986, S. 677.

782 Zustimmend MISGELD, Die „Internationale Gruppe demokratischer Sozialisten" in Stockholm 1976, S. 65, 67.

783 [Arbeitskreis Internationaler Sozialisten in Stockholm], Friedensziele der demokratischen Sozialisten, März 1943, S. 5f., AsD, Bestand PV-Emigration Sopade, M. 180.

784 Ibid. S. 6.

785 Ibid. S. 5.

Deutschlands Zerstückelung[786]. Dabei wurde Deutschlands einverständliche Entwaffnung in der Regel als *do ut des* für die Integration Deutschlands in eine demokratische europäische Staatenunion angesehen[787]. Stampfer behauptete sogar, daß die Idee einer Zerstückelung Deutschlands in viele kleine Territorien schon dadurch obsolet werde, „daß keine Macht der Sieger imstande wäre, eine Kleinstaaterei aufrechtzuerhalten, die niemand will und eine Wiedervereinigung zu verhindern, die alle wollen."[788] Als Alternative zur Zerstückelung Deutschlands bot sich nach allgemeiner Ansicht der Sozialisten wiederum die Europaföderation an, in die Deutschland möglichst von Beginn an eingebunden werden müsse. Immer deutlicher wurde in Veröffentlichungen zur Europafrage die Einschätzung unterstrichen, daß das mildere Mittel der Abrüstung Deutschlands und seiner internationalen Einbindung ebenso effektiv den europäischen Frieden sichern könne wie die Teilung Deutschlands. Im Oktober 1943 schließlich wurde die deutsche Mitwirkung am Wiederaufbau Europas gar als „Ehrenpflicht" und die „sofortige militärische Abrüstung Deutschlands" als erster Beitrag des neuen, demokratischen Deutschlands bezeichnet[789].

Nicht ohne Einfluß auf die zentrale Betonung der deutschen Frage innerhalb der Londoner Union dürfte die nationale Fokussierung ihres Vorsitzenden, des Sopade-Vorsitzenden Hans Vogel, gewesen sein, für den die Verhinderung der deutschen Teilung allerhöchste Priorität hatte. Insofern war Vogels außenpolitischer Blick merklich innenpolitisch gelenkt. Sein Hauptinteresse galt fraglos der Bewahrung eines einheitlichen Deutschlands, auf die er in all seinen programmatischen Reden in der Regel recht zügig zu sprechen kam. Für weitergehende Überlegungen hinsichtlich der Konzeption einer europäischen Föderation im einzelnen ließ Vogel selten Raum, sondern beließ es vorzugsweise bei althergebrachten Schlagworten, ohne auf die aktuellen Veränderungen der weltpolitischen Lage einzugehen[790]. Als Beispiel mag ein Manuskript dienen, das Vogel mit Datum vom 12. 10. 1941 Yates zur

[786] So stellvertretend die Gruppe internationaler Sozialisten an der Rand School of Social Research, Unsere Kriegs- und Friedensziele, in: NVZ, 10. Jg., Nr. 31 (2. 8. 1941), S. 2.

[787] Vgl. stellvertretend für viele SIEMSEN, Deutschland und Frankreich, in: La Otra Alemania. Das Andere Deutschland (1. 8. 1943); erneut abgedruckt in: DERS., Die Tragödie Deutschlands 1947, S. 106–112 (111).

[788] Stampfer, Kampf um Deutschland, o. D. [1943], S. 211, AsD, NL Stampfer, Box 9, M. 44.

[789] Erklärung der Union deutscher sozialistischer Organisationen in Großbritannien über die Internationale Politik deutscher Sozialisten vom 23. 10. 1943, in: SM, Nr. 55/56 (Mitte November 1943), S. 2. Dieser Passus ist nahezu wortgleich der gemeinsamen Entschließung der Union und der Landesgruppe deutscher Gewerkschafter in Großbritannien vom 16. 12. 1941 entlehnt; vgl. Die deutschen Sozialisten und Gewerkschafter und die Überwindung der Nazidiktatur, Entschließung der Union, angenommen am 16. 12. 1941, abgedruckt in: EIBER (Hg.), Union 1998, Dok. Nr. 54, S. 116ff.

[790] VOGEL, Deutschlands Zukunft in der Weltmeinung von heute, in: SM, Nr. 51 (Juli 1943), S. 1–14.

Korrektur zukommen ließ: „Der Streit beim Friedensschlusse darf deshalb nicht darum gehen, einige Länder größer und andere kleiner zu machen, als sie vor dem Kriege waren. Je weniger Stacheldraht, Hochschutzzölle und Paßrevisionen es in Zukunft gibt und je mehr sich die Lebensverhältnisse der einzelnen Länder angleichen, eine desto geringere Rolle wird es spielen, wie die Ländergrenzen laufen. Das Primäre bei der Neuordnung der Welt muß sein, in allen Ländern den Geist des Friedens zu stärken und den Ungeist des Krieges auszurotten."[791] Vogel bediente sich hier aus dem politischen Schlagwort-Repertoire von Geyer und Hilferding, ohne sich um eine Differenzierung zwischen der europäischen und der globalen Ebene zu bemühen, und stellte den Überlegungen erneut die verklausulierte Ablehnung der deutschen Teilung voran. In der innenpolitischen Präferenz wußte sich Vogel mit Ollenhauer einig, der das Schwergewicht seiner unermüdlichen politischen Arbeit ebenfalls auf die Regierungsfähigkeit der in Gründung befindlichen einheitlichen sozialistischen Partei legte[792].

Als entschiedener Gegner einer politischen Fremdbestimmung Deutschlands und Europas präsentierte sich der Volkssozialist und Pazifist Eugen Brehm. Bei Kriegsende müsse schnellstmöglichst eine handlungsfähige deutsche Bewegung die Führung übernehmen und augenblicklich eine neue Außenpolitik für Deutschland deklarieren. Andernfalls werde das außenpolitische Schicksal Deutschlands von der Machtpolitik der siegreichen Alliierten fremdbestimmt, und das gelte es als Patrioten und Weltbürger zu vermeiden[793]. Brehm knüpfte an seine detaillierten Überlegungen aus dem Jahr 1938 an und beschrieb das künftige Europa als Wertegemeinschaft auf der doppelten Basis der Atlantikcharta und einer modernen Formel des Freiheitsbekenntnisses von 1789[794]. Hinsichtlich der Verwirklichung der europäischen Gemeinschaft zeigte sich Brehm recht flexibel. Falls eine gesamteuropäische Föderation im west-östlichen Spannungsfeld zunächst nicht zu realisieren sei, dann sollten seiner Ansicht nach jedenfalls temporäre Regionalföderationen geschaffen werden[795]. Und wenn eine Beteiligung Deutschlands am organisierten Europa zunächst nicht erwünscht sei, sollte zumindest eine Ring-

[791] Vogel, Die Zukunft der Demokratie, o. D. [Mitte Oktober 1941], S. 11, AsD, Bestand PV-Emigration Sopade, M. 140.

[792] In einem Grundsatzreferat zu: Möglichkeiten und Aufgaben einer geeinten sozialistischen Partei in Deutschland, das Ollenhauer am 6. 12. 1942 vor der Mitgliederversammlung der Union in London hielt, beschränkte er sich im wesentlichen auf die außenpolitische Bemerkung, daß mit dem Übergang Deutschlands vom faschistischen zum demokratischen System der Weg für die Eingliederung in die Gemeinschaft der europäischen demokratischen Völker wieder frei werde; Ollenhauer, Möglichkeiten und Aufgaben einer geeinten sozialistischen Partei in Deutschland, Referat gehalten am 6. 12. 1942 in einer Mitgliederversammlung der Union in London, abgedruckt in: DOWE, KLOTZBACH (Hg.), Programmatische Dokumente ³1990, S. 227–243 (236).

[793] BREHM, Principles of a constructive German foreign policy, in: DERS., Towards a new German Policy o. D. [1943], S. 1–6 (1).

[794] Ibid. S. 5.

[795] Ibid. S. 1.

föderation um Deutschland herum gebildet werden, um den Frieden zu gewährleisten[796]. Die weitere Ausgestaltung der europäischen Föderation überließ Brehm bewußt den Alliierten, deren Aufgabe als Sieger des Krieges es sein werde, die Nachkriegsordnung festzulegen[797].

Im bürgerlichen Exil nahm Arnold Brecht die Entstehung des russischen Kraftfeldes im Lager der Hitlergegner zum Anlaß, sich ausführlich mit den Voraussetzungen einer europäischen Föderation als von den Siegermächten unabhängiger demokratischer Alternative zu beschäftigen. In einem Artikel für die *Harvard Law Review*, den Brecht im September/Oktober 1941 ausarbeitete, stellte er ein strikt am tatsächlich Machbaren orientiertes Minimalprogramm für eine „föderative Rechtsgemeinschaft mit entsprechenden Institutionen" auf[798]. Kern seiner Überlegungen war das Konstrukt einer losen Föderation mit zumindest einem ständigen Legislativorgan, einem obersten Föderationsgericht und einem mit weitreichenden Vollstreckungsbefugnissen ausgestatteten Exekutivausschuß. Da die Forderung des an sich wünschenswerten Maximums gleich zu Beginn unrealistisch, ein Minimum dagegen nicht nur wünschenswert, sondern auch unentbehrlich sei, verzichtete Brecht vorläufig auf eine in allen Einzelheiten bundesstaatliche Struktur im Sinne eines „Super-Staats" und bemühte sich um die Beschreibung des unbedingt Notwendigen[799].

Anders als Stampfer, der auch die USA in die europäische Föderation einbinden wollte, legte Brecht in Artikel 5.2 seines Minimalprogramms fest, daß außereuropäische Länder nur ausnahmsweise der Föderation beitreten dürften, wenn sie „angemessene Erfahrung innerhalb der europäischen Grenzen gesammelt" hätten[800]. Offensichtlich zielte diese Formulierung auf die europäische Weltmacht Großbritannien ab, nicht aber auf die andere europäische Flügelmacht UdSSR, denn dem kommunistischen Totalitarismus erklärte Brecht eine unmißverständliche Absage[801]. Die Tatsache, daß sich Brecht in Artikel 5 explizit mit dem Verhältnis der Föderation zu außereuropäischen Ländern auseinandersetzte, beweist, daß er sich der Gefahr eines bipolaren

796 Ibid. S. 6.

797 BREHM, Germany and the small states, in: DERS., Towards a new German Policy o. D. [1943], S. 7–13 (12).

798 BRECHT, European Federation – The Democratic Alternative, in: Harvard Law Review, 55, Nr. 4 (Februar 1942), S. 561–595; in deutscher Übersetzung auszugsweise abgedruckt in: VOIGT (Hg.), Friedenssicherung 1988, S. 137–146. Kleinere Auszüge finden sich auch bei LIPGENS (Hg.), Europäische Verfassung 1986, Dok. Nr. 16, S. 82–84 und DERS. (Hg.), Documents II 1986, Dok. Nr. 214, S. 578–581. Die folgenden Zitate sind Voigts deutscher Übersetzung entnommen, hier: S. 137. Daß Brecht den Artikel schon im September/Oktober 1941 konzipiert haben muß, beweist ein am 20. 10. 1941 verfaßtes Manuskript: Rights of Individuals under a federal world government, BAK, NL Brecht, N 1089, Bd. 93, das mehrfach auf den zu erwartenden Artikel in der *Harvard Law Review* verweist (z. B. S. 2 ff.).

799 Ibid. S. 138, 142.

800 Ibid. S. 140.

801 Ibid.

Spannungsfeldes in Europa durchaus bewußt war. Fand er für die notwendige Ausschaltung des sowjetischen Einflusses in den europäischen Nachkriegsdemokratien deutlichere Worte als bezüglich des Westeinflusses[802], so impliziert der Ausschluß außereuropäischer Staaten doch den Willen des Verfassers, die Föderation ebenso von anglo-amerikanischer Dominanz freizuhalten.

Unabhängig von der Debatte um eine Europaorganisation sollte nach Brecht die Diskussion um die Reform des Völkerbundes, der grundsätzlich weiterbestehen sollte, wieder aufgenommen werden[803]. Doch enthielt er sich jedes weiteren Kommentars zum Verhältnis zwischen der europäischen und der globalen Ebene. Offenbar empfand Brecht diese Lücke schon bald als ein Manko seines Konzepts, denn im Oktober 1941 verfaßte er ein Manuskript, das sich unverkennbar mit dem bisher fehlenden Konnex zur globalen Ebene befaßte und viele der Kerngedanken aus dem europazentrierten *Harvard*-Artikel schlicht übertrug[804]. Ausdrücklich bekannte sich der Autor zu seinen persönlichen und politischen Präferenzen und bemerkte, daß die europäische Einigung in jedem Fall der Erörterung einer Weltorganisation voranzugehen habe[805].

Der ehemalige geschäftsführende Vizepräsident des Deutschen Komitees der Paneuropa-Bewegung, Erich Koch-Weser, stand in regem Briefkontakt zu Brecht und ließ sich durch dessen Aufsatz in der *Harvard Law Review* zu einem eigenen Nachkriegskonzept inspirieren. Bereits in einem Brief an Brecht vom 21. Mai 1942 konnte Koch-Weser die weitgehende Übereinstimmung seiner Überzeugungen mit Brechts Ansatz einer entwicklungsfähigen losen Föderation feststellen, die er anschließend in mehreren Manuskripten weiterentwickelte[806]. Die Unterschiede zu Brechts Entwurf beschränkten sich im wesentlichen auf graduelle Schwerpunktverschiebungen in der institutionellen Gestaltung der Föderation. So betrachtete Koch-Weser die Einrichtung einer zentralen Bundesarmee als unerläßlich, um Bundesentscheidungen gegenüber den Mitgliedstaaten durchsetzen zu können[807], und sah

802 Ibid.

803 Ibid.

804 Brecht, Rights of Individuals under a federal world government, 20. 10. 1941, BAK, NL Brecht, N 1089, Bd. 93.

805 Ibid. S. 4.

806 Koch-Weser, Satzung des Europabundes, o. D. [Herbst 1942–Frühjahr 1943], abgedruckt in: VOIGT (Hg.), Friedenssicherung 1988, S. 149–155, auf englisch auszugsweise bei LIPGENS (Hg.), Documents II 1986, Dok. Nr. 217, S. 585–589. Eine Art Satzungskommentar findet sich in dem Manuskript Paneuropa, o. D. [Sommer 1943], BAK, NL Koch-Weser, N 1012, fiche 65.1, das posthum in den Deutschen Blättern, 3. Jg., H. 25 (Mai–Juni 1945), S. 26–34 abgedruckt wurde. Die Veröffentlichung entsprach Koch-Wesers Wunsch, den er Arnold Brecht gegenüber in einem Brief vom 3. 8. 1944 äußerte: „Aber mindestens das über Paneuropa Geschriebene ist vielleicht noch irgendwie und teilweise die Veröffentlichung durch ein Buch oder in Zeitschriften wert." (S. 2, BAK, NL Brecht, N 1089, Bd. 11).

807 So bereits in seinem Brief an Brecht, 21. 5. 1942, S. 6f., BAK, NL Koch-Weser, N 1012, fiche 64.2.

für die Konstituierung des föderativen Mindeststandards eine Frist von drei Jahren vor[808]. Im übrigen sprach sich auch Koch-Weser für eine möglichst starke Exekutive aus und war sich mit Brecht jedenfalls in der prinzipiellen Ablehnung eines Austrittsrechts einig: „Wenn jeder, wie bei einer Kindergesellschaft, beleidigt seine Sachen zusammenpacken oder auch nur mit seinem Fortlaufen drohen kann, ist jede konsequente Zusammenarbeit unmöglich."[809] Stärker als Brecht betonte Koch-Weser die Bedeutung des Präsidenten der Föderation, der Unabhängigkeit mit Hingebung für Europa vereinen müsse und von dessen Persönlichkeit die Macht und Durchsetzungskraft der Bundesexekutive wesentlich abhängen werde[810].

Koch-Weser war die Unabhängigkeit Europas im bipolaren Weltmachtgefüge ein zentrales Anliegen. Die Entscheidung europäischer Fragen durch Nichteuropäer sei fast unmöglich[811]. Doch war auch ihm bewußt, daß die Entscheidungsbefugnis über Europas Zukunft nicht mehr bei den Europäern lag, denn „Europa, das einst die Welt regierte, muß sich heute durch die Welt regieren lassen."[812] Eine erneute Unterwerfung, diesmal unter ein Protektorat der Weltmächte, sei den europäischen Staaten nach der nationalsozialistischen Tyrannei jedoch nicht zuzumuten. Die Entscheidung über die europäische Nachkriegsordnung müsse vielmehr von der „am Frieden interessierten Gesamtheit der Staaten, das heißt einem autonomen Völkerbund oder einem näher beteiligten Europabund" vorgenommen werden[813]. Ob England und der Sowjetunion ein Beitrittsrecht zur europäischen Föderation einzuräumen sei, überließ der ehemalige DDP-Vorsitzende der Weltpolitik, deutete jedoch an, daß er lediglich Großbritannien als „Bollwerk Europas in der Welt" integriert sehen wollte[814]. Einer Einbindung Rußlands hingegen stand der liberale Jurist skeptisch gegenüber, da dann eine klare Grenzziehung zwischen dem europäischen und dem asiatischen Kontinent unmöglich würde[815].

Auch die nun häufiger ventilierte Teilung Deutschlands lehnten Koch-Weser und Brecht rigoros ab und hofften, sie durch die Gründung des Europa-

[808] Koch-Weser, Satzung des Europabundes, o. D. [Herbst 1942–Frühjahr 1943], abgedruckt in:
VOIGT (Hg.), Friedenssicherung 1988, S. 149–155 (154).
[809] Koch-Weser an Brecht, 21. 5. 1942, S. 3, BAK, NL Koch-Weser, N 1012, fiche 64.2. Während Brecht jedoch den Austritt aus dem Bund kategorisch verbieten wollte, schwankte Koch-Weser zwischen einem absoluten Verbot einerseits (so in Art. 2 seiner Europabund-Satzung und auf S. 3 seines Briefes an Brecht vom 21. 5. 1942) und einem Austrittsrecht bei Zustimmung von der Stimmen andererseits (so in: Paneuropa, o. D. [Sommer 1943], S. 10, BAK, NL Koch-Weser, N 1012, fiche 65.1).
[810] Koch-Weser an Brecht, 21. 5. 1942, S. 5, BAK, NL Koch-Weser, N 1012, fiche 64.2.
[811] Ibid. S. 3.
[812] Koch-Weser, Paneuropa, o. D. [Sommer 1943], S. 1, BAK, NL Koch-Weser, N 1012, fiche 65.1.
[813] Ibid. S. 3.
[814] Ibid. S. 9f.
[815] Ibid. S. 9.

bundes obsolet erscheinen zu lassen. Koch-Wesers Argumentation stellte vor allem auf den historischen Aspekt ab, daß die deutsche Einheit gerade nicht von den konservativ-militaristischen Kreisen, sondern von den demokratischen und liberalen Gruppen erkämpft worden sei und dieser Kampf sich von vornherein als ein Kampf um die Freiheit dargestellt habe[816]. Eine Zerstückelung Deutschlands würde folglich diejenigen um die Frucht ihrer historisch-politischen Leistung bringen, die sich auch nun wieder auf der Seite der Freiheit wiederfänden. Darüber hinaus wäre in einem geteilten Deutschland die europäische Idee nicht mehr vermittelbar[817]. Schließlich sprach für Koch-Weser auch das übergeordnete Sicherheitsbedürfnis für die Einbindung Deutschlands: „Man kontrolliert und erzieht die Schuldigen besser, wenn sie im Bunde mitarbeiten, als wenn sie beiseite stehen."[818]

In Anbetracht kursierender Pläne einer Teilung des Kontinents in Einflußsphären oder eine von der Sowjetunion favorisierte Wiederherstellung der kleinen Nationalstaaten in Ost- und Südosteuropa hielt Hubertus Prinz zu Löwenstein die rasche Vorlage konkreter Europapläne für unbedingt erforderlich, um antiföderalen Nachkriegsvorstellungen außereuropäischer Mächte frühzeitig die Grundlage zu entziehen: „We have no time to lose, for if we hesitate the initiative will be taken over by entirely different concepts."[819] Andernfalls drohe die Kolonisierung Europas zugunsten der Siegerstaaten[820]. Dies sei ebensowenig geeignet, Frieden zu stiften, wie eine militärische Besetzung des Kontinents oder der Ausbau zu einem antikommunistischen Bollwerk[821]. Vielmehr wollte Löwenstein das künftige Europa von der befreiten europäischen Bevölkerung selbst regiert sehen[822]. Es gelte deshalb, sich die historische Einheit Europas als abendländischer Kulturkreis in Erinnerung zu rufen und nach diesem Vorbild den Kontinent nicht nur als lose Konföderation, sondern als eigenständigen, supranationalen „European Commonwealth" neu zu gestalten[823]. Für Löwenstein war dieser Verbund ohne Deutschland schlicht nicht vorstellbar, da die deutsche Frage untrenn-

816 Koch-Weser an Brecht, 21. 5. 1942, S. 8, BAK, NL Koch-Weser, N 1012, fiche 64.2.
817 Ibid.
818 Koch-Weser, Paneuropa, o. D. [Sommer 1943], S. 10, BAK, NL Koch-Weser, N 1012, fiche 65.1.
819 Löwenstein, Is peace possible in Europe, 7. 4. 1943, S. 11, BAK, NL Löwenstein, N 1222, Bd. 40.
820 Ibid. S. 2f. Löwenstein bezog sich auf die bekannt gewordenen Pläne deutscher Reparationszahlungen in Form von industrieller Demontage, die sich seiner Ansicht nach nicht auf Deutschland beschränken, sondern bald die gesamte europäische Industrie in Mitleidenschaft ziehen werde.
821 Ibid. S. 3.
822 Ibid.: „Peace cannot come if the attempt should be made after the war to rule Europe by foreign Gauleiters. Instead, it must be ruled by the liberated people of Europe themselves."
823 Ibid. S. 5. Auf der folgenden Seite findet sich der terminus technicus der „supranational organs".

bar mit der europäischen Frage gekoppelt sei[824]. In Anerkennung der Tatsache, daß die beiden entscheidenden außereuropäischen Alliierten in solchen rein europäischen Nachkriegsplänen ihre nationalen Interessen kaum würden wiedererkennen können, bemühte sich Löwenstein um eine komplementäre globale Perspektive. Der europäische Commonwealth müsse mit den anderen Kontinentalunionen einer organischen Weltrepublik beitreten, die auf dem Prinzip globaler Gerechtigkeit zu fußen habe[825].

Nach dem deutschen Angriff auf die Sowjetunion war der emigrierte Nationalsozialist Strasser anfänglich in einen erneuten ideologischen Konflikt geraten, da er Hitlers „Kreuzzug gegen den Bolschewismus" zwar als propagandistische Tarnung entlarvte, im Ergebnis jedoch völlig übereinstimmte[826]. Doch besann er sich rechtzeitig auf die alte Formel der dritten Front zwischen Nationalsozialismus und Bolschewismus, für die allein Großbritannien die Federführung übernehmen könne. Mithin hielt er an dem Konzept einer britisch geführten Europaföderation fest. Dies setze die Ergänzung der militärischen Kriegsführung Englands um eine politische Komponente voraus, deren innerdeutsche Öffentlichkeitsarbeit Strassers Frei Deutschland Bewegung zu übernehmen gedachte: „England kann den europäischen Völkern – einschließlich des deutschen und italienischen Volkes – viel mehr bieten als Hitler!"[827]

Das auch von der Sopade propagierte Schlagwort vom „unteilbaren Frieden"[828] griff 1943 der bekannte Völkerrechtler Hans Wehberg auf und verlieh seiner Überzeugung Ausdruck, daß eine künftige Organisation nur dann die Gewähr des Bestandes in sich trage, wenn sie im Sinne wahrhafter Universalität alle Staaten der Erde umfasse[829]. Dies folge aus der mittlerweile dominierenden Kriegsbeteiligung außereuropäischer Mächte[830]. Dementsprechend überging der Hochschullehrer und Mitherausgeber des Kommentars der Völkerbundssatzung die europäische Frage nahezu völlig und widmete

[824] Ibid. S. 9.
[825] Ibid. S. 4, 8 und 19 sowie DERS., Europe Tomorrow. The shape of things to come, [2. Jahreshälfte] 1941, S. 5, BAK, NL Löwenstein, N 1222, Bd. 42.
[826] Strasser, Memorandum, Mitte Juli 1941, S. 2, IfZ, NL Strasser, ED 118/20: „Hitler zeigte sich hierin wiederum als überaus geschickt in jener Mischung von militärischen und politischen Gesichtspunkten, die seiner Kriegsführung von Anfang an einen revolutionären Charakter gegeben hat."
[827] Ibid. S. 5.
[828] Ollenhauer, Vogel, Vorschlag für eine Stellungnahme im *Newsletter* zum deutschen Angriff auf die Sowjetunion vom 10. 7. 1941, abgedruckt in: EIBER (Hg.), Union 1998, Dok. Nr. 34, S. 80.
[829] H. WEHBERG, Zum gegenwärtigen Stande des Problems einer künftigen Weltorganisation. Die zentrale Frage der Schaffung einer internationalen Autorität, in: Die Friedens-Warte, 43. Jg., Nr. 5 ([September] 1943), S. 205–220 (211); erneut abgedruckt in: VOIGT (Hg.), Friedenssicherung 1988, S. 157–169 und auf englisch bei LIPGENS (Hg.), Documents II 1986, Dok. Nr. 222, S. 597ff.
[830] Ibid. S. 211.

sich um so eingehender den Anforderungen an eine Weltorganisation, wie sie seitens der Alliierten angedacht wurde.

Da Wehberg axiomatisch von der Unteilbarkeit der internationalen Sicherheit ausging, konnte es für ihn allein um die Gründung eines Weltbundes gehen, der „den Frieden in der Welt mit starker Hand aufrechtzuerhalten" vermochte und möglichst alle Staaten der Welt einbinde[831]. Solch eine weltumspannende Einigung bedürfe der Zustimmung und des Mitspracherechts aller Völker, auch der Kriegsverlierer. Diese Grundvoraussetzung sah Wehberg einen Monat vor der Moskauer Konferenz der alliierten Außenminister durch die drohende Omnipräsenz und politische Dominanz der künftigen Siegermächte gefährdet: „Wenn sich die in diesem Kriege siegreichen Mächte nicht als Diener einer neuen internationalen Ordnung betrachten, dann haben sie den Krieg in Wahrheit verloren."[832] Unter Rückgriff auf ältere Reformideen für den Völkerbund, die zum Teil von ihm selbst entwickelt worden waren, stellte Wehberg das Erfordernis einer starken internationalen Autorität in den Vordergrund seiner Betrachtungen. Dabei müsse es sich um eine Zentralgewalt handeln, „die nicht nur auf dem Papiere steht, sondern die Zügel der internationalen Politik zur Aufrechterhaltung des Friedens auf der Basis der Gerechtigkeit und der Menschlichkeit fest in der Hand hält."[833] Damit sprach sich der Völkerrechtsexperte gegen den bisherigen Vermittlungsgrundsatz und für eine autoritäre Regelung aus. Eine starke Autorität erfordere den Ausbau einer internationalen Regierung, die der demokratischen Kontrolle eines zumindest teilweise direkt zu wählenden Zweikammerparlamentes zu unterwerfen sei[834]. Entscheidungen seien mit qualifizierter Mehrheit zu treffen. Konflikte juristischer sowie politischer Art und den Menschen seien vor dem Internationalen Gerichtshof auszutragen, der verbindliche Urteile zu fällen befugt sein und sich dabei auf einen verbindlichen Katalog der Rechte und Pflichten der Menschen berufen müsse. Für die Lösung spezifisch kontinentaler Konflikte dachte Wehberg an die Einrichtung kontinentaler Ad-hoc-Gremien.

Der eigenwillige Radikalpazifist Friedrich Wilhelm Foerster äußerte sich in der europäischen Frage seit 1943 ausgesprochen resignativ, ja fatalistisch. In einem Brief an Paul Hagen [d. i. Karl Frank] sprach sich Foerster, der 1937 noch eine Föderation des christlichen Abendlandes als einzige Rettung vor dem Niedergang Europas bezeichnet hatte, nun ausdrücklich gegen die Idee einer Europaföderation aus, sei sie nun sozialistisch oder bürgerlich-liberal inspiriert. Verbittert meinte der Pädagoge den „geistigen Bankrott der modernen Menschheit" zu erkennen[835]: Weder die „Sowjet-Maske" des Sozialismus noch der westliche Liberalismus noch die christliche Kirche hätten

831 Ibid. S. 207.
832 Ibid. S. 215.
833 Ibid. S. 212.
834 Ibid. S. 216–220.
835 Foerster an Hagen [d. i. Frank], 10. 2. 1943, S. 2, IISG, NL Hertz, S. 9, M. G.

bisher auch nur den Ansatz einer wirklichen Lösung der politischen Probleme gefunden. Insbesondere die verkürzende „Klassenkampfweisheit" des Sozialismus werde sich nach dem Krieg als völlig ungeeignet erweisen, Frieden zu schaffen, denn: „Aus Rußland selber und aus dem gesamten Asien werden neue Geisteskräfte kommen, die Fragen lösen werden, die mit keinem Klassenkampfschema oder anderen menschenfeindlichen Schemen zu lösen sind."[836] Doch sei der von vielen propagierte Lösungsansatz einer europäischen Föderation auch in der bürgerlich-liberalen Variante schon im Prinzip abzulehnen. Mit der gleichberechtigten Einbindung Deutschlands in einen solchen Staatenverband wäre man gezwungen, die historische Schuld der Deutschen schlicht zu ignorieren, „als sei irgendwo in Sachsenhausen ein kleines Eisenbahnunglück passiert, wobei zwei Kälber umkamen"[837]. Fern jeder Realität liege die Annahme, die europäischen Staaten würden bei Kriegsende gerade mit dem Volk föderieren wollen, das sie jahrelang gefoltert habe. Denn dies liefe auf eine „Föderation der Gangster mit der Polizei und mit den Opfern"[838] hinaus. Foerster erklärte sich statt dessen solidarisch mit den Vansittartisten in London und sprach sich dafür aus, während einer möglicherweise lange andauernden Periode Deutschland unter internationale Kontrolle zu stellen. Das für den neuerlichen Kriegsausbruch verantwortliche Deutschland solle in jeder Hinsicht politisch entmündigt werden, bis es die notwendige Reife erlangt habe, einer internationalen Gemeinschaft als gleichberechtigtes Mitglied beizutreten[839]. Als weiteres Sicherungsinstrument schlug er die Umformung Deutschlands in einen losen Staatenbund voneinander unabhängiger Kleinstaaten vor, die an keinerlei zentrale Autorität gebunden sein durften[840].

1943 unternahm der nach Chile emigrierte Rechtsanwalt Udo Rukser in mehreren Beiträgen für die von ihm mit herausgegebenen *Deutschen Blätter* den Versuch, zwischen Foersters fatalistischer Auffassung und den Befürwortern einer Europaföderation zu vermitteln. Rukser, der in engem Kontakt zu Koch-Weser stand, befürwortete im Grundsatz den politischen Ansatz der föderativen Selbstverwaltung, da dieser allein imstande sei, die beiden wichtigsten Problemkreise Europas, nämlich die deutsche Frage und die

836 Ibid.
837 Ibid.
838 Ibid. Einige Monate später benutzte Foerster diese bildhafte Umschreibung auch öffentlich. In New Europe and World Reconstruction III, Nr. 7–8 (Juli/August 1943), S. 5–9 (7) mit dem Titel: Germany and the coming peace fragte er rhetorisch: „But who has ever heard [of] a federation between gangsters and police and the victims proposed after a successful police raid on a gangster mob and its accomplices?"
839 FOERSTER, Germany and the coming peace, in: New Europe and World Reconstruction III, Nr. 7–8 (Juli/August 1943), S. 6 sowie ders. an Hagen [d. i. Frank], 10. 2. 1943, S. 2f., IISG, NL Hertz, S. 9, M. G.
840 FOERSTER, Germany and the coming peace, in: New Europe and World Reconstruction III, Nr. 7–8 (Juli/August 1943), S. 9.

osteuropäischen Nationalitätenkonflikte, befriedigend zu lösen[841]. Für die deutsche Frage schlug er die Integration eines nach dem Vorbild des Norddeutschen Bundes dezentralisierten Deutschlands in eine europäische Konzeption vor[842]. Ergänzt um eine stabile Donauföderation versprach sich der konservative Publizist davon die langfristige Sicherung des Friedens.

Unabhängig von der Notwendigkeit eines europäischen Staatenverbundes räumte Rukser dessen tatsächlicher Errichtung bei Kriegsende nur vage Realisierungschancen ein. Europa selbst sei zur Erfüllung dieser großen Aufgabe momentan nicht in der Lage. Die Initiative für eine europäische Föderativordnung müsse statt dessen von Großbritannien und der bald vielleicht „größte[n] Macht des Erdballs[843], der UdSSR, ausgehen, die als Sieger des Krieges „die Möglichkeit dazu erkämpft haben und den Neubau künftig zu verteidigen haben werden"[844]. Inhaltlich würde man sich an Churchills Vorstellungen zur europäischen Neuordnung zu orientieren haben, wie er sie in seiner Rede vom 21. März 1943 skizziert habe[845]. Gleichwohl werde eine von den Alliierten wohlwollend oktroyierte Föderation voraussichtlich an der Uneinigkeit der Anti-Hitler-Koalition scheitern[846]. Rukser erwartete daher eine recht lange Übergangszeit, innerhalb derer sich zunächst kleinere Staatengruppen zu Interessengemeinschaften zusammenfinden würden, um in unbestimmter Zukunft vielleicht einen europaweiten Bund einzugehen[847]. Bei Kriegsende müsse aber jedenfalls der bisherige Konsens in einer *magna carta europea* fixiert werden, um ihn einem späteren Zusammenschluß zugrunde zu legen. Für die Zeit des Übergangs forderte der Publizist unter der Parole „Weltordnung erfordert Weltinformation!" einen vom Völkerbund unabhängigen „International Information Service", der die öffentliche Weltmeinung zu einer moralischen Kraft erstarken lassen sollte, die „den widerstrebenden Völkern und auch den Großmächten das Gesetz der internationalen Solidarität" aufzuerlegen habe[848]. Die fundierte Unterrichtung der Weltöffentlichkeit unter Vermeidung jeder Geheimdiplomatie hielt Rukser für ein geeignetes Mittel zur Überwachung der internationalen Politik und hoffte, auf diesem Wege Kriege künftig vermeiden zu können.

[841] RUKSER, Europäische Phantasien, in: Deutsche Blätter, 1. Jg., H. 5 (Mai 1943), S. 3–8 (6).
[842] Ibid. S. 7.
[843] Ibid. S. 5.
[844] RUKSER, Neue Methoden! I. Souveränität und Weltordnung, in: Deutsche Blätter, 1. Jg., H. 8 (August 1943), S. 8–11 (11).
[845] Vgl. Churchill, Radiobotschaft über die künftige Friedens-Organisation, 21. 3. 1943, abgedruckt in: LIPGENS (Hg.), Föderationspläne 1968, Dok. Nr. 164, S. 474–477.
[846] RUKSER, Europäische Phantasien, in: Deutsche Blätter, 1. Jg., H. 5 (Mai 1943), S. 3.
[847] Ibid. S. 4.
[848] RUKSER, Neue Methoden! II. Weltordnung erfordert Weltinformation!, in: Deutsche Blätter, 1. Jg., H. 9 (September 1943), S. 12.

### 2.4.4. Wirtschaftsföderation als supranationaler Auftakt

Als vorrangig geeignetes Feld für einen supranationalen Auftakt eines europäischen Einigungsprozesses wurde der Wirtschaftsbereich angesehen, da insoweit die Notwendigkeit eines engeren europäischen Zusammenschlusses allseits anerkannt wurde. Darüber hinaus versprach die Anknüpfung an die vom Nationalsozialismus geschaffenen strukturellen Voraussetzungen eine vergleichsweise zügige Umsetzung des Einigungsprozesses, zumal es den Konzeptionalisten des Exils auch um die Schaffung möglichst unumkehrbarer Fakten ging, um nicht im Machtpoker zwischen West und Ost unterzugehen und Europa zu einem unselbständigen Spielball der weltpolitischen Dichotomie degradiert sehen zu müssen. Um jeden Zeitverzug bei Kriegsende zu verhindern, wurde nunmehr von sozialistischen Wirtschaftsföderalisten wie Walter Fliess, Gerhard Kreyssig und Hilda Monte ebenso wie von bürgerlichen Ökonomen wie August Weber oder Wilhelm Röpke mehrheitlich die Anknüpfung an das NS-Wirtschaftssystem bei gleichzeitiger Ausrichtung auf eine gleichberechtigte, integrative Binnenstruktur als sinnvoll erachtet. Die Wirtschaftstheoretiker des deutschen Exils hatten bald das politische Potential des wirtschaftsföderalen Projektes erkannt und beschäftigten sich seit 1941/42 intensiver mit den Einzelheiten, insbesondere der institutionellen Ausgestaltung. Dies um so mehr, als wegen der größeren Überzeugungskraft bloße Absichtsbekundungen oder die Formulierung wirtschaftspolitischer Selbstverständlichkeiten nun nicht mehr ausreichten, um auf die Stimmen des deutschen Exils aufmerksam zu machen und gegenüber den Alliierten die Fahne der europäischen Einigung hochzuhalten.

Im bürgerlichen Lager wurde das Verhältnis von politischer und ökonomischer Vereinigung nicht einheitlich beurteilt. Lehnte man die für die sozialistische Sicht charakteristische Fokussierung auf den ökonomischen Faktor ab[849], sah man gleichwohl in der ökonomischen Föderation überwiegend eine notwendige Ergänzung und Absicherung der politischen Einigung[850]. Der in Genf ansässige Nationalökonom Wilhelm Röpke faßte diese nunmehr von vielen politischen Emigranten geteilte Erkenntnis in die eine Selbstverständlichkeit suggerierenden Worte: „Es ist klar, daß eine solche föderative Vereinigung nach allen bisherigen Erfahrungen und gemäß allen Überlegungen eine entsprechende wirtschaftliche Vereinigung voraussetzt, da ihr sonst eines der allerwichtigsten Bindemittel fehlen würde."[851] Entgegen den weni-

[849] Vgl. z.B. RÖPKE, Wirtschaftsverfassung und politische Weltordnung, in: Die Friedens-Warte, 43. Jg., Nr. 1 (1943), S. 24–35 (25): „Wir haben uns vor einem einseitigen Ökonomismus zu hüten, indem wir das Wirtschaftliche zur alleinigen oder auch nur zur überragenden Ursache eines kriegerischen oder friedlichen Charakters der Völkerbeziehungen machen."

[850] Vgl. etwa Koch-Weser, Paneuropa, o. D. [Sommer 1943], S. 4, BAK, NL Koch-Weser, N 1012, fiche 65.1 und BRECHT, Europäische Föderation – Die demokratische Alternative, in: VOIGT (Hg.), Friedenssicherung 1988, S. 137–146 (138).

[851] RÖPKE, Wirtschaftsverfassung und politische Weltordnung, in: Die Friedens-Warte,

gen Stimmen, die der politischen Einigung sogar eine Vorrangstellung gegenüber dem wirtschaftlichen Zusammenschluß einräumten[852], rechnete Röpke für die nähere Zukunft mit einem wirtschaftsideologischen Dualismus zwischen Liberalismus und Kollektivismus. Obsiegen müsse letztlich dasjenige Wirtschaftskonzept, das den friedlichen Ausgleich nach innen und außen ermögliche[853]. Der Wirtschaftsprofessor ließ keinen Zweifel daran aufkommen, daß diese Aufgabe allein der Liberalismus erfüllen könne, den Röpke im Sinne eines Wirtschaftshumanismus verstand. Dies sei der tragische Irrtum der Sozialisten, die „im Namen des Friedens und der internationalen Gerechtigkeit die Marktwirtschaft verdammen und den Kollektivismus preisen"[854]. Tatsächlich führe ein kollektivistisches Wirtschaftssystem unweigerlich zur Sprengung der Föderation, entweder durch Zentralisation von oben oder durch regionalen Interventionismus und Zerfall von unten[855]. Diese Erkenntnis über das Verhältnis von Föderalismus und Kollektivismus transferierte Röpke unverändert von der nationalen auf die internationale Ebene und lehnte den kollektivistischen Ansatz für eine europäische Föderation kategorisch ab[856].

Für die sozialistischen Emigranten stellte die Herbeiführung der wirtschaftlichen Einheit Europas eine ideologisch unerläßliche Voraussetzung für das Gelingen des politischen Föderationsprojektes dar[857]. Repräsentativ für das Ideal einer sozialistischen Wirtschaftsföderation sind – unbesehen der Divergenzen im einzelnen – die zwischen 1941 und 1943 entstandenen Konzeptionen von Hilda Monte[858], Gerhard Kreyssig[859] und Walter Fliess[860].

43. Jg., Nr. 1 (1943), S. 33. Im gleichen Sinne antwortete August Weber auf die Frage, wie er zu politischer und wirtschaftlicher Demokratie stehe: „Ich betone das Wort ‚wirtschaftlich': denn es gibt in Zukunft keine wirkliche politische Demokratie, wenn nicht ein gut Teil Wirtschaftsdemokratie fest darin verankert ist."; A. Weber, Interview, in: FRAENKEL (Hg.), Der Weg zu einem neuen Deutschland 1943, S. 48f. (49).

852 So etwa STERN-RUBARTH, Germany defeated – What then?, in: Cont. Rev., Nr. 929 (Mai 1943), S. 265–270 (268).

853 Vgl. z.B. RÖPKE, Wirtschaftsverfassung und politische Weltordnung, in: Die Friedens-Warte, 43. Jg., Nr. 1 (1943), S. 25.

854 Ibid. S. 29.

855 Ibid. S. 34.

856 Ibid. S. 35.

857 Vgl. etwa BREHM, Germany and the small states, in: DERS., Towards a new German Policy o. D. [1943], S. 12: „The recovery of Europe is not a political *or* an economic *or* a strategic problem [Hervorhebungen im Original, B. S.]." In diesem Sinne auch die im folgenden näher erläuterten Konzeptionen von Kreyssig, Fliess und Monte, wobei Kreyssig zunächst ausschließlich die Schaffung der Wirtschaftseinheit und erst später eine politische Föderation anregte (Memorandum, S. 34).

858 MONTE, Unity of Europe 1943, S. 27. Das Werk ist auszugsweise erneut abgedruckt in: VOIGT (Hg.), Friedenssicherung 1988, S. 110–120 sowie bei LIPGENS (Hg.), Föderationspläne 1968, Dok. Nr. 168, S. 492–498, auf englisch auch bei LIPGENS (Hg.), Documents II 1986, Dok. Nr. 226, S. 605–609.

859 Kreyssig, Memorandum zu Problemen und Aufgaben des Nachkriegs-Europa,

Kreyssigs Entwurf einer sozialistischen Wirtschaftsgemeinschaft Europa basierte ebenso wie die Ausarbeitungen von Monte und Fliess auf dem Wunsch nach Friedenssicherung durch wirtschaftliche Gleichberechtigung, Vollbeschäftigung, friedliche Arbeitsteilung und die Sicherung eines gehobenen Lebensstandards für alle Völker[861]. Als vorrangiges Problem erwiesen sich auch in wirtschaftlicher Hinsicht die Bewahrung einer selbständigen Position Gesamteuropas zwischen den Weltmächten USA und UdSSR sowie die Verhinderung einer kontinentalen Teilung: „Europa muß um den Preis seines Unterganges oder seiner Verarmung (was nur der Anfang des Unterganges wäre) diesmal so solidarisch nach Kriegsende zusammenhalten, wie es – gegen seinen Willen – heute unter der Diktatur der Hitlerschen ‚Festung Europa' zusammengehalten wird."[862] Auf keinen Fall dürfe man dem „Souveränitätsfimmel" nachgeben und die Fehler von 1918/19 wiederholen. Der Leiter der wirtschaftspolitischen Abteilung des IGB erkannte in Hitlers Zwangsvereinheitlichung der europäischen Rüstungsindustrien die Chance, die Schicksalsverbundenheit der vom Nationalsozialismus unterdrückten Völker „durch freien Entschluß umzuwandeln in eine freiwillig gewollte echte Wirtschaftszusammenarbeit auf demokratischer Basis"[863].

Souveränitätsbeschränkung auf dem Wirtschaftsgebiet müsse zunächst die Enteignung der Monopolkräfte bedeuten, denn der Faschismus sei nichts anderes als die politische Ausdrucksform des Monopolkapitalismus[864]. Um aber einen gegeneinander gerichteten Wettlauf der nationalen Wirtschaftsplanungen zu verhindern, sei ein weiterer Schritt unverzichtbar: die „europäische Kollaboration auf entnationalisierter Grundlage", also die Europäisierung der Monopolpositionen in den kriegswichtigen Bereichen Kohle, Eisen/Stahl und Transportwesen[865]. Folglich strebte Kreyssig auf der europäischen Ebene eine supranationale Koordination in allen wichtigen und entscheidenden Wirtschaftsfragen an. Etwa zeitgleich beschäftigte sich Willi Eichler mit einem vergleichbaren Enteignungsplan zugunsten des Bundes-

15. 7. 1942 sowie ders., Europäisches Waren-Clearing durch eine Europäische Handels-Korporation, 10. 11. 1942, beide AsD, NL Kreyssig, M. 20.

860 FLIESS, Wirtschaft im neuen Europa 1943, S. 11. Das Dokument findet sich in Auszügen erneut abgedruckt in: VOIGT (Hg.), Friedenssicherung 1988, S. 91–105 sowie auf englisch bei LIPGENS (Hg.), Documents II 1986, Dok. Nr. 223, S. 599ff.

861 Vgl. auch Kreyssig, Vorschlag für die Programmberatung über Wirtschaftsfragen, eingegangen am 6. 5. 1943, abgedruckt in: EIBER (Hg.), Union 1998, Dok. Nr. 99, S. 217f. Die Gemeinsamkeiten dieser drei sozialistischen Entwürfe hat REGIN, Wirtschaft im neuen Europa 1996, S. 69f. herausgearbeitet.

862 Kreyssig an Rimsberger, 22. 8. 1942, S. 2, AsD, NL Kreyssig, N. 59.

863 Kreyssig, Memorandum, 15. 7. 1942, S. 7, AsD, NL Kreyssig, M. 20 sowie ders., Europaeisches Waren-Clearing, 10. 11. 1942, S. 14, AsD, NL Kreyssig, M. 20. Zur Anknüpfung an die nationalsozialistische Wirtschaftsordnung Europas vgl. auch REGIN, Wirtschaft im neuen Europa 1996, S. 67f.

864 Ders., Memorandum, 15. 7. 1942, S. 33 und 36, AsD, NL Kreyssig, M. 20.

865 Ibid. S. 35f.

eigentums[866]. Danach sollte ein „European Economic Board" zunächst die „Europäisierung" der Hermann-Göring-Werke, der Schwerindustrie und der Chemie als Basis für eine planwirtschaftliche Gestaltung Europas betreiben und in einem zweiten Schritt die Banken und Versicherungen, das Verkehrswesen und andere zentrale Bereiche in das Eigentum der Föderation übertragen[867].

Für die supranationale Koordination schlug Kreyssig die Gründung spezifischer Europagemeinschaften vor, von denen der „Europa-Gemeinschaft Eisen und Stahl" und der separaten „Europa-Gemeinschaft Kohle" eine zentrale Funktion zukam. Gegenüber dem außereuropäischen Markt würde die jeweilige supranationale Europagemeinschaft folgerichtig als alleiniger Handelspartner auftreten. Für die ausgleichende Versorgung mit Rohstoffen und anderen Waren sei eine – von Kreyssig in einem gesonderten Manuskript[868] eingehend erläuterte – Europäische Handelskorporation einzurichten, die über ein zentrales innereuropäisches Warenclearing Angebot und Nachfrage in ein für die Gemeinschaft möglichst optimales Verhältnis setzen würde.

Am Beispiel der Eisen- und Stahlindustrie sei Kreyssigs Wirtschaftskonzept der europäisierten Monopolpositionen kurz erläutert[869]. Nach den Vorstellungen des IGB-Funktionärs müßten zunächst auf nationaler Ebene sämtliche Eisen- und Stahlwerke enteignet werden. Sodann sollte jeder Staat die enteignete Schwereisenindustrie der zu gründenden „Europagemeinschaft Eisen und Stahl" übertragen. Ein allein entscheidungsbefugter Europäischer Eisen- und Stahlrat würde als oberste europäische Planungsbehörde für die Schaffung, Erweiterung und Verteilung der europäischen Kapazitäten sorgen. Innerhalb des Europäischen Eisen- und Stahlrates hielt Kreyssig die Festlegung der Stimmrechtsverteilung aufgrund des nationalen Anteils an der Gesamtproduktion zuzüglich des Anteils an der Erzgewinnung für sinnvoll, da dadurch das ohnehin gegebene Übergewicht Deutschlands am wirkungsvollsten relativiert werden könne[870]. Die kapazitätskonforme Rohstoffversorgung würde der Rat in Zusammenarbeit mit der Europäischen Handelskorporation durchführen. Dabei würden durch ein innereuropäisches Clea-

[866] Zuerst in: Towards European Unity 1943, S. 16, später konkretisiert in: Eichler, Zum Problem Europa, o. D. [1943], S. 3, AsD, Bestand IJB/ISK, Box 50.
[867] Eichler, Zum Problem Europa, o. D. [1943], S. 3, AsD, Bestand IJB/ISK, Box 50.
[868] Kreyssig, Europaeisches Waren-Clearing, 10. 11. 1942, AsD, NL Kreyssig, M. 20.
[869] Ders., Memorandum, 15. 7. 1942, S. 39–48, AsD, NL Kreyssig, M. 20. Daraus die folgenden Zitate.
[870] Dies ergab sich für Kreyssig aus einer Gegenüberstellung zweier Berechnungsmodelle: Eine Stimmrechts- und Mitentscheidungsquote, die sich unter Zugrundelegung nur der jeweils eingebrachten Produktionskraft errechne, ergäbe eine überproportional starke Stellung Deutschlands mit 38 Mio. Tonnen gegenüber 43 Mio. Tonnen aller anderen Länder (ohne Großbritannien). Unter zusätzlicher Berücksichtigung auch des nationalen Anteils an der Erzgewinnung, die insbesondere den Abstand zwischen der zweitplazierten französischen und der erstplazierten deutschen Position deutlich verringern würde, ergäbe sich ein relativiertes deutsches Gewicht von 38 Mio. Tonnen gegenüber 70 Mio. Tonnen aller anderen Länder (Memorandum, S. 40).

ring von Angebot und Nachfrage die günstigsten Versorgungsmöglichkeiten festgesetzt sowie Gesamtimport und Gesamtexport einheitlich geregelt. Zugleich könnte das zentrale Clearingverfahren das wirtschaftliche Ungleichgewicht zwischen den beteiligten Staaten, das im Zuge der internationalen Arbeitsteilung und der unterschiedlichen Kapazitätenzuteilung notwendig entstünde, durch eine Gewinn- und Verlustpoolung ausgleichen[871].

Kreyssigs Ansicht zufolge bot die Europäisierung der Monopolindustrien vor allem drei wichtige Vorteile: die Industrialisierung der rückständigen europäischen Länder, die Verhinderung künftiger Kriege durch eine vollumfängliche supranationale Rüstungskontrolle und die Gewährleistung wirtschaftlicher Gerechtigkeit, die möglicherweise durch das zusätzliche Instrument eines grenzüberschreitend ausgleichenden Lohnpools optimiert werden könnte[872]. Darüber hinaus böte sich die Chance, den Europäischen Eisen- und Stahlrat als Hebel einer sozialistischen Revolution zu nutzen, wenngleich Kreyssig diese Möglichkeit als unrealistisch einschätzte[873]. Jedenfalls aber wäre der Weg frei für eine europäische Sozialpolitik, die die „Überprofite" dem Ausbau der europäischen Binnenstruktur und der Erfüllung dringender sozialer Aufgaben widmen würde[874].

Neben den Europäischen Eisen- und Stahlrat sollte nach Kreyssigs Vorstellungen ein Europäischer Wirtschaftsrat als oberstes Organ der zentralen Clearingstelle, der Europäischen Handelskorporation treten. Dessen Aufgabe wäre der innereuropäische Ausgleich von Bedarf und Überschuß in allen anderen Handelsbereichen außerhalb der Schwerindustrie[875]. Dies beinhalte sowohl die Regulierung und damit Stabilisierung des Preisniveaus als auch eine am Gesamtwohl orientierte Vorratspolitik. Durch solche zentralen Maßnahmen wollte Kreyssig Spekulationen verhindern und die unterschiedlichen Industrialisierungsgrade in Ost- und Westeuropa nivellieren. Damit setzte sich der IGB-Funktionär bewußt in Gegensatz zu den in den 20er Jahren vielfachen Bestrebungen der deutschen Wirtschaft, die Überlegenheit der am weitesten fortgeschrittenen Länder zu stabilisieren[876]. Entsprechend der supranationalen Position des Europäischen Eisen- und Stahlrates sollte auch

[871] Kreyssig dachte dabei an die Errichtung einer „Rekonstruktions- und Ausbaukasse", in die jeder Staat einen individuell zugeteilten Prozentsatz des einheitlichen Marktpreises einzuzahlen hätte. Erst danach würde der gemeinsame Gewinn ermittelt und nach einem Erzeugungsschlüssel an die Werke verteilt. Die weitere Verwendung dieses werkspezifischen Reingewinns sollte den einzelnen Werken überlassen bleiben (Memorandum, S. 43).

[872] Kreyssig, Memorandum, 15. 7. 1942, S. 44f. sowie S. 47, AsD, NL Kreyssig, M. 20.

[873] Ibid. S. 46.

[874] Ibid. S. 48f.

[875] Kreyssig, Europäisches Waren-Clearing, 10. 11. 1942, S. 20, AsD, NL Kreyssig, M. 20.

[876] Vgl. dazu KRÜGER, Ansätze zu einer europäischen Wirtschaftsgemeinschaft 1984, S. 153.

der Europäische Wirtschaftsrat auf den außereuropäischen Märkten als alleiniger Handelspartner auftreten[877].

Obwohl der Sozialdemokrat und Gewerkschafter im Grundsatz von einer europäischen Planwirtschaft ausging, ist sein Konzept doch differenzierter als andere sozialistische Modelle, denn Kreyssig legte Wert darauf, in jeder Einzelfrage gesondert zu prüfen, „ob und inwieweit die Freizügigkeit einschränkende Kollektivmaßnahmen Platz greifen sollen"[878]. Hierin ähnelte sein Konzept dem Vorschlag des ISK-Mitglieds Walter Fliess, der der Öffentlichkeit im folgenden Jahr ein vergleichbar ausführliches Wirtschaftsmodell vorstellte.

Fliess, der im September 1943 die ISK-Broschüre „Die Wirtschaft im neuen Europa" fertigstellte, formulierte eine Zielverschmelzung von Frieden, wirtschaftlicher Gerechtigkeit und individueller Freiheit: „Es geht dahin, jedem die gleiche Möglichkeit zu geben, zu Wohlstand und Bildung zu gelangen – und ihm die Freiheit nur soweit zu beschränken, wie sich das dazu als nötig erweist."[879] Wie Kreyssig empfahl auch Fliess die Übernahme der nationalsozialistischen Wirtschaftsstrukturen als „Aktivposten" des neuen Europas. „Außerdem wäre es vielleicht töricht, alle von den Nazis beseitigten Zollschranken wieder auf den Stand von 1933 zu bringen. Im übrigen aber verdient Hitlers ‚Neue Ordnung' nur schnellste Beseitigung."[880] Dieser letzte Satz kann als politisches Lippenbekenntnis eingestuft werden, um sich nicht mit der Forderung einer ungeschminkten Übernahme des nationalsozialistischen Wirtschaftserbes selbst zu kompromittieren. Faktisch hielt Fliess eine weitgehende Anknüpfung für sinnvoll.

Doch bedürfe eine starke Föderation auch dauerhafter Institutionen[881]. Insoweit schlug der ISK-Vertreter im Hauptteil seines Werkes neun europäische Ämter und Körperschaften vor, die im Wege verwaltungstechnischer Arbeitsteilung die europäische Wirtschaftsplanung durchzuführen hätten. Die drei wichtigsten Institutionen waren die Europäische Wirtschaftskommission als europäisches „Wirtschaftsministerium" mit Beratendem Mitgliederausschuß[882], das Europäische Monopolamt als Kartell- und Aufsichtsbehörde der europäischen Industrie- und Handelsunternehmen[883] sowie das Europäische Montanamt als Eigentümer und Verwalter aller europäischen Kohlen- und Erzgruben sowie Eisen- und Stahlproduktion[884]. In seiner Konzeption des Europäischen Montanamtes übersah Fliess den juristisch

[877] Kreyssig, Europäisches Waren-Clearing, S. 29.
[878] Ibid. S. 15.
[879] FLIESS, Wirtschaft im neuen Europa 1943, S. 73. Vgl. auch Bennemann, Fliess, Vorschlag für die Programmberatung über Wirtschaftsfragen, eingegangen am 11. 6. 1943, abgedruckt in: EIBER (Hg.), Union 1998, Dok. Nr. 106, S. 241–244 (241).
[880] Ibid. S. 21 f.
[881] Ibid. S. 37–73.
[882] Ibid. S. 36 f.
[883] Ibid. S. 44 f.
[884] Ibid. S. 39 ff.

entscheidenden Aspekt der staats- und völkerrechtlichen Rechtsunfähigkeit eines einzelnen Amtes. Rechtsfähig im Sinne des Völkerrechts können neben Staaten nur Internationale Organisationen sein, nicht aber *eo ipso* deren Ämter.

Ergänzt wurden die drei führenden Ämter durch ein Aufsichtsamt für alle Körperschaften der Grundversorgung[885] sowie eine öffentliche Körperschaft für die Rüstungskontrolle, also die zentrale Überwachung und das Management der zu entnationalisierenden europäischen Chemie-Industrie[886], der Schwerindustrie und der Flugzeugbauindustrie[887]. Schließlich sollte das Europäische Patentamt ein einheitliches Patentrecht erarbeiten und durchsetzen[888].

Die zentrale Lenkung des internationalen Handels in Europa gedachte Fliess drei weiteren Institutionen zu übertragen. Zunächst würde eine Europäische Zentralbank die Wechselkurse fixieren, um zu einem späteren Zeitpunkt eine europäische Hilfswährung einzuführen[889]. In enger Kooperation mit der Zentralbank würde ein Europäisches Zentralkreditinstitut als Aufsichtsbehörde über das gesamte Kreditwesen fungieren und über eine eigene Kreditvergabekompetenz verfügen[890]. Den Verrechnungsverkehr des innereuropäischen Handels und die Koordination des außereuropäischen Handels schließlich sollte eine Warenclearing- und Außenhandelsstelle übernehmen, die in ihrer Konzeption der Kreyssigschen Europäischen Handelskorporation entsprach. Nach der Einführung der europäischen Hilfswährung wollte Fliess die Verrechnungsstelle für die zweckmäßige Ausnutzung der europäischen Produktionskräfte in Anspruch nehmen[891].

Als dritter bedeutender Wirtschaftsentwurf ist Hilda Montes „The Unity of Europe" anzuführen, das im Herbst 1943 erschien. Monte hatte zwar ihre Mitgliedschaft im ISK aufgegeben, doch beweist die Nähe ihres Konzeptes zu demjenigen von Walter Fliess, daß sie gedanklich eng mit dem ISK verbunden blieb[892]. Im Alter von nur 28 Jahren präsentierte Monte einen stringenten Vorschlag für eine dezentralisierte Wirtschaftsplanung in Europa, wobei ihr Hauptaugenmerk der Überwindung der ökonomisch-sozialen Gegensätze zwischen den industrialisierten Staaten und den agrarischen Staaten Europas galt.

Auch für Monte sollte die Wirtschaftsföderation primär Frieden und Sicherheit dienen. Darüber hinaus aber nannte sie das bemerkenswerte Motiv der moralisch-historischen Verantwortung der Überlebenden: „And the mo-

885 Ibid. S. 41f.
886 Ibid. S. 42f. Gemeint waren die Betriebe der ehemaligen IG-Farben.
887 Ibid. S. 46f.
888 Ibid. S. 45f.
889 Ibid. S. 54–58.
890 Ibid. S. 58.
891 Ibid. S. 63–66.
892 Vgl. dazu auch LINK, IJB/ISK 1964, S. 280, Anm. 36.

ral reason is that the price paid by millions in two world wars imposes the obligation on those who survive, to insist on achieving a peace which is more than a temporary makeshift for the period between the end of this and the beginning of the next world war."[893] Wie Fliess und Kreyssig befürwortete Monte die Übernahme der nationalsozialistischen Wirtschaftsstrukturen, um das ehemalige NS-Europa in ein sozialistisches Europa zu verwandeln[894]. Charakteristisches Axiom ihres Entwurfes war ein dem Neu Beginnen-Ansatz ähnliches Europa der konzentrischen Kreise, das sie als Ausgangssituation definierte. Doch unterteilte sie Europa nicht in West und Ost, sondern in ein industrialisiertes, reiches „Inner Europe" und ein agrarisch strukturiertes, unterentwickeltes „Outer Europe". Auf Grund der ökonomischen Ungleichverteilung sei die Hauptaufgabe der Wirtschaftsföderation der wirtschaftliche Ausgleich zwischen diesen beiden Teilen Europas[895]. Montes Bezeichnungen der beiden Wirtschaftsgebiete rühren von ihrer – nach eigener Einschätzung schematischen und daher im einzelnen ungenauen – Vorstellung, daß der industrialisierte Part im wesentlichen von einem Ring agrarischer Länder umschlossen sei. Dabei ging die junge Sozialistin davon aus, daß sich die Armut in den industrialisierten Ländern durch eine gerechtere Verteilung des Einkommens bewältigen lasse. In den agrarischen Staaten dagegen sei mangels hinreichenden Industriepotentials allein eine Erhöhung des Pro-Kopf-Einkommens geeignet, die Armut zu überwinden. Diese wiederum könne nur durch eine gerechtere Verteilung des Vermögens zwischen dem inneren und dem äußeren Europa erreicht werden. Helfe die sozialistische Revolutionstheorie im Kern Europas entschieden weiter, gelte dies nicht für den agrarischen Staatenring, der selbst im Falle einer sozialistischen Revolution nicht über die notwendigen ökonomischen Mittel verfügen würde, den Lebensstandard seiner Bürger zu heben[896]. Sozialismus müsse also auf der gesamteuropäischen Ebene ansetzen, um die Klassendifferenzen zwischen „Inner Europe" und „Outer Europe" zu beseitigen. Das Ziel sei letztlich ein „socialist commonwealth of Europe"[897], dessen Exekutive sich im wesentlichen auf eine „European Central Authority" als übergeordneter Planungsbehörde mit weitreichenden Befugnissen insbesondere in der Finanz- und Arbeitspolitik sowie ein „European Investment Board" für die zentralisierte Investitionspolitik an außereuropäischen Börsen stützen würde[898].

In einem separaten Kapitel setzte sich die junge Emigrantin mit möglichen Alternativen zu ihrer Konzeption eines von Beginn an gesamteuropäischen

[893] MONTE, Unity of Europe 1943, S. 36.
[894] Ibid. S. 130.
[895] Ibid. S. 39 et passim. Zu den industrialisierten Ländern zählte Monte Großbritannien, Irland, Schweden, Norwegen, Dänemark, Niederlande, Belgien, Frankreich, Schweiz, Italien, Deutschland, Österreich und die Tschechoslowakei.
[896] Ibid. S. 48 und 51 f.
[897] Ibid. S. 128.
[898] Ibid. S. 138 ff.

Föderationsprojektes auseinander[899]. Dabei erteilte sie regionalen Teilföderationen in Europa wie der Balkanföderation eine klare Absage. Denn erstens würde eine südosteuropäische Regionalföderation in ökonomischer Hinsicht nicht den von Monte als zwingend angesehenen Ausgleich zwischen dem industrialisierten und dem agrarischen Teil Europas fördern, und zweitens würde eine solche Vorgehensweise kaum der Stabilisierung des europäischen Friedens dienen können[900].

### *2.5. „... und ganz Europa schwebt auf der Hängebrücke" – Reaktionen auf Teheran (1944/45)*

Wenige Wochen nach dem Ende des Krieges in Europa resümierte Gerhard Kreyssig in einem Brief an einen Freund: „Vorläufig ist allenthalben wenig geschehen, um eine Gesamtlösung zu finden, ohne die sowieso nichts erreicht werden kann. Und das Golden Gate von San Francisco geht z. Zt. über den Abgrund San Fiasco, und ganz Europa schwebt auf der Hängebrücke."[901] Damit hatte der eigenwillige Sozialdemokrat und Gewerkschafter einige Eindrücke von der weltpolitischen Entwicklung vermittelt, wie sie sich unter dem Spannungsbogen der alliierten Konferenzen von Moskau, Teheran, Jalta und San Francisco für das deutsche politische Exil darstellte. Die Bemühungen um eine gesamteuropäische Lösung mußten als gescheitert betrachtet werden, die statt dessen von den Alliierten in San Francisco gegründete Weltorganisation entsprach in kaum einem Punkt den Vorstellungen des politischen Exils, und Europa drohte jeden Moment in den Abgrund nationalistischer Anachronismen und weltpolitischer Bedeutungslosigkeit gestürzt zu werden. Mochte sich dem düsteren Résumée Kreyssigs nicht jeder Emigrant ohne weiteres anschließen, so wurden seine Beobachtungen und Interpretationen des Weltgeschehens in den letzten anderthalb Kriegsjahren doch von vielen Schicksalsgenossen geteilt. Angesichts der seit den Konferenzen von Moskau und Teheran unübersehbaren Bestrebungen der Alliierten, auf den ausgetretenen Pfaden konventioneller Machtpolitik die Welt erneut in Interessensphären aufzuteilen, drängte sich den Exilierten die bittere Erkenntnis auf, daß ihre föderalen Europakonzepte der Politik der Entscheidungsträger diametral entgegenstanden. Selbst die zwischen 1941 und 1943 vermehrt aufgestellten Weltföderationspläne erwiesen sich schnell als unvereinbar mit den Interessen der „Großen Drei". In der Folge ging das politische Exil in den Jahren 1944/45 dazu über, die inner- und außereuropäischen Widerstände gegen einen Zusammenschluß Europas zu benennen und zu analysieren – eine Aufgabe, die schon zu einem früheren Zeitpunkt hätte wahrgenommen werden können. Dabei wurde erwartungsgemäß der künftigen

[899] Ibid. S. 173–190.
[900] Ibid. S. 174f.
[901] Kreyssig an Rimsberger, 30. 5. 1945, AsD, NL Gerhard Kreyssig, Mappe 59.

Rolle Deutschlands in Europa gesteigertes Interesse entgegengebracht und in diesem Zusammenhang nahezu einhellig eine Teilung Deutschlands im nationalen, europäischen und weltpolitischen Interesse abgelehnt. Zugleich konnte man sich einer Beurteilung der neuen Weltorganisation, wie sie die Alliierten nach Teheran auf den Konferenzen von Dumbarton Oaks und San Francisco entwickelt hatten, nicht entziehen, zumal sich diese Weltorganisation bereits in der Verhandlungsphase als kleinster gemeinsamer Nenner der widerstreitenden machtpolitischen Interessen in der Anti-Hitler-Koalition präsentierte.

In Teheran hatten sich Anfang Dezember 1943 die beiden kriegsentscheidenden Weltmächte, die USA und die UdSSR, geeinigt, daß Europa in den alliierten Neuordnungsplänen keine aktive Rolle mehr zugedacht werden sollte und folgerichtig die vielfach diskutierte Europaföderation schlicht abgelehnt. Statt dessen bewegte man sich gemäß dem Vorschlag Roosevelts auf eine umfassendere Weltorganisation auf der Grundlage einer mit individuellem Vetorecht bewehrten Kooperation der „Großen Drei" und Chinas zu. Schockiert zeigte sich das deutsche Exil aber weniger über die Ablehnung der föderalen Idee als vielmehr über die in Teheran offenbar gewordene Teilung des europäischen Kontinents in einen Ost- und einen Westteil. Stalin, dessen Stimme in der Anti-Hitler-Koalition seit der Abwehrschlacht von Stalingrad an politischem Gewicht gewonnen hatte[902], weigerte sich kategorisch, Churchills Pläne einer europäischen Föderation mitzutragen. Er beabsichtigte die Restauration der europäischen Nationalstaaten mit uneingeschränkter Souveränität, insbesondere in Ost- und Mitteleuropa. Diese Absicht hatte er zuvor in den „Kriegzielen der Sowjetunion" vom 6. November 1943 bekanntgegeben[903]. Mit dem Zugeständnis der Verschiebung der polnischen Westgrenze an die Curzon-Linie hatte Stalin sich zudem die infolge des Hitler-Stalin-Paktes annektierten Gebiete gesichert und der militärischen Dominanz der Sowjetunion in Osteuropa den Weg geebnet. Damit war die von einigen Emigranten vorausgesagte Aufteilung Europas in eine östliche und eine westliche Einflußsphäre manifest geworden. Gefördert wurde diese bipolare Entwicklung durch die Aufteilung der Kriegsführung in Ost und West und den Verzicht auf eine Sicherung des zwischen Großbritannien und der Sowjetunion umstrittenen Balkan. Zwar war die Anerkennung der militärischen Zuständigkeit Stalins für Osteuropa keineswegs als Zugeständnis seiner politischen Hegemonie in Osteuropa intendiert gewesen, doch wirkte sich die Stärkung der russischen Position in Teheran faktisch so aus.

Damit war das tatsächliche Mächteverhältnis der „Großen Drei" nun evident. Die britischen Alternativpläne einer gesamteuropäischen Föderation mit dem Ziel, den sowjetischen Einfluß in Europa zurückzudrängen, konn-

[902] Vgl. DÜLFFER, Jalta ²1999, S. 125.
[903] Die Kriegsziele sind abgedruckt in: MISGELD, Die „Internationale Gruppe demokratischer Sozialisten" in Stockholm 1976, S. 34.

ten auf Grund der geschwächten Position der faktisch entthronten Weltmacht Großbritannien nicht durchgesetzt werden. Hierzu wäre die Unterstützung des amerikanischen Präsidenten erforderlich gewesen. Roosevelt hatte noch bis zum Sommer 1943 gemeinsam mit Churchill einen intensiven Gedankenaustausch über kontinentale Regionalföderationen als Glieder einer Weltorganisation betrieben. Auch das zu dieser Frage eingerichtete amerikanische Advisory Committee hatte in zwei Stellungnahmen vom Mai 1940 und Frühjahr 1943 die Unterstützung einer europäischen Föderation befürwortet[904]. Im Sommer 1943 aber hatte Stalin alle Hebel der Diplomatie in Bewegung gesetzt, um vehement gegen den angloamerikanischen Gedanken einer europäischen Föderation zu protestieren, und war sogar so weit gegangen, die sowjetischen Botschafter in London und Washington abzuziehen. Seitdem war Roosevelt um eine Verständigung mit Stalin bemüht. Für Roosevelt war die Idee einer europäischen Föderation ohnehin keine Frage der inneren Überzeugung gewesen, sondern eine mögliche Antwort auf die Frage nach dem politisch Notwendigen und dem Vorteil Amerikas. Persönlich war Roosevelt ganz der konventionellen Machtpolitik verhaftet und hatte daher keinerlei Schwierigkeiten, sich nach der Abwendung vom föderativen Ansatz auf die Idee der vier „Weltpolizisten" im Sinne klassischer Großmachtpolitik zu besinnen. Zudem hatte er in Außenminister Hull einen vehementen Gegner jeder angeblich hinderlichen Kontinentalföderation und einen ebenso engagierten Verfechter einer alleinigen Weltorganisation[905]. Doch bedarf auch das immer wieder bemühte Bild von Churchill als dem Protektor der Vereinigten Staaten von Europa einer Korrektur. Denn Churchill war nicht vorrangig Europaenthusiast, sondern ebenfalls ein taktierender Machtpolitiker. Seine Unterstützung einer europäischen Föderation galt in erster Linie der Abwehr des übermächtig werdenden Einflusses der Sowjetunion in Europa. Und hinsichtlich des umstrittenen Balkangebietes hatte Churchill keine Skrupel gehabt, sich mit Stalin in einem Geheimabkommen über die prozentuale Aufteilung des Balkans in Einflußsphären zu verständigen[906].

In den der Teheraner Konferenz folgenden Stellungnahmen des politischen Exils fand zunächst die „tiefe Sorge über die jüngste Entwicklung der alliierten Politik"[907] Ausdruck, und zwar sowohl mit Blick auf die dezimierten Chancen einer europäischen Föderation als auch hinsichtlich der vereinbarten Teilung Deutschlands. Udo Rukser faßte den „gewaltige[n] Szenenwechsel auf der Weltbühne" in seiner europäischen Dimension treffend

[904] Vgl. LIPGENS (Hg.), Föderationspläne 1968, S. 20f.
[905] Vgl. DERS. (Hg.), Europäische Verfassung 1986, S. 29 sowie DERS. (Hg.), Föderationspläne 1968, S. 22f.; LOTH, Teilung der Welt ⁷1989, S. 85.
[906] Vgl. ibid. S. 56 sowie die weiterführenden Verweise in Anm. 8.
[907] Vogel, Brief an die Exekutive der Labour Party, 25. 4. 1944, unter dem Titel: Stellungnahme zur Nachkriegspolitik der Alliierten gegenüber Deutschland abgedruckt in: Zur Politik deutscher Sozialisten 1945, S. 31f. (31).

zusammen: Europa habe in rasantem Tempo seine weltpolitische Bedeutung nahezu völlig eingebüßt und sei nun eher ein Krankheitsherd als ein politischer Faktor[908]. In unwissentlicher Übereinstimmung mit dem Sozialdemokraten Kreyssig kritisierte Rukser die Passivität sowohl der Europäer selbst als auch der Alliierten bezüglich einer Lösung der europäischen Frage und konstatierte: „Alles arbeitet leidenschaftlich gegeneinander."[909]

Diese Beobachtung veranlaßte viele Emigranten zu der naheliegenden Schlußfolgerung, daß die von den Alliierten angestrebte Konzeption der Nachkriegsordnung wohl eher eine rein machtpolitische Orientierung aufweisen werde[910]. Einzig die KPD und die ihr eng verbundenen Exilorganisationen wie die Freie Deutsche Bewegung in Großbritannien kamen zu einer positiven Beurteilung der alliierten Planungen. Man hob den kriegsverkürzenden Effekt der Konferenz von Teheran hervor[911] und betonte erneut das Ziel der Freiheit und Unabhängigkeit der Nationen[912]. Zudem bot Teheran als das erste Treffen der „Großen Drei" die willkommene Gelegenheit, die Wandlungen der sowjetischen Außenpolitik im Nachhinein zu exkulpieren, d. h. zu ideologisieren. So wurde der offensichtliche Widerspruch der früheren Moskauer Polemik gegen den imperialistischen Krieg einerseits und der aktiven Teilnahme an diesem imperialistischen Krieg andererseits damit erklärt, daß erst und allein durch Hitlers Überfall auf die Sowjetunion der Krieg seines imperialistischen Charakters enthoben und zu einem gerechten Krieg geworden sei. Somit lehre die Kriegsentwicklung erneut die Richtigkeit der Leninschen Differenzierung zwischen ungerechten Eroberungskriegen und gerechten Befreiungskriegen[913].

Nach den Dreier-Konferenzen von Moskau und Teheran stand jedenfalls fest, daß neben der UdSSR auch die USA europäische Föderationspläne nicht

[908] RUKSER, Das neue Weltbild (Juni 1944), in: Deutsche Blätter, Reprint 1970, Bd. 2, S. 86–89 (86).
[909] Ibid. S. 87.
[910] Vogel, Brief an die Exekutive der Labour Party, 25. 4. 1944, unter dem Titel: Stellungnahme zur Nachkriegspolitik der Alliierten gegenüber Deutschland abgedruckt in: Zur Politik deutscher Sozialisten 1945, S. 31.
[911] [Georg], Kurze Disposition zum Referat über: Die Entwicklung des Krieges und die Rolle der Partei, gehalten auf der KPD-Parteikonferenz vom 26. 11. 1944, S. 4, HistArch KPD, BAB/SAPMO, RY 61/V232/1, M. I, Bl. 2–5 (5). Ebenso die Stellungnahme der Freien Deutschen Bewegung in Großbritannien zu den Ergebnissen von Teheran, 12. 12. 1943, BAB/SAPMO, SgY 13/V 239/9/46, M. III, Bl. 201.
[912] [Georg], Kurze Disposition, 26. 11. 1944, S. 4, HistArch KPD, BAB/SAPMO, RY 61/V232/1, M. I, Bl. 2–5 (5).
[913] Über den Charakter des Krieges, 19. 12. 1944, Bestand Emigration Frankreich 1939–1945, BAB/SAPMO, SgY 9/V 231/1/1, M. I, Bl. 41–50 (49f.). Vgl. auch den KPD-Schulungsvortrag auf dem Politischen Schulungstag der KPD: Der Sieg des Faschismus in Deutschland und seine Lehren für unseren Kampf, 11. 6. 1945, BAB/SAPMO, SgY 13/V 239/5/55, Bl. 9 sowie die Entschließung der Parteikonferenz der KPD in Frankreich (Paris, am 12. und 13. Mai 1945), S. 1, Bestand Emigration Frankreich 1939–1945, BAB/SAPMO, SgY 9/V 231/1/1, Bl. 1f. (1).

unterstützen wollten und Großbritannien, dessen Premierminister sich für die Vereinigten Staaten von Europa unter britischer Führung eingesetzt hatte, zu schwach war, um ein solches Vorhaben gegen den erklärten Widerstand der beiden Hauptverbündeten durchzusetzen. Gerade deshalb versuchten viele politische Flüchtlinge in den letzten anderthalb Kriegsjahren, die Alliierten in einer letzten verzweifelten Anstrengung an die Atlantikcharta zu erinnern, aus der sie den Anspruch auf eine europäische Föderation herauslesen zu können glaubten. Daß diese Föderation aber auf Initiative der Alliierten zumindest im Rahmen der geplanten Weltorganisation implementiert würde, mußte nach den Ergebnissen von Teheran als äußerst unwahrscheinlich erscheinen. Selbst das bisher als selbstverständlich angesehene Axiom, daß nur Gesamteuropa Gegenstand einer sinnvollen Nachkriegsordnung sein könne, wurde durch die faktische Teilung des Kontinents in Interessensphären in sein Gegenteil verkehrt. Zwar hatte man schon seit dem Kriegseintritt der Sowjetunion beobachten müssen, daß die befürchtete Spaltung Europas zwischen Ost und West zur Gewißheit wurde, doch gingen die Alliierten in Teheran nun noch einen Schritt weiter: Sie leiteten die institutionelle Zementierung der europäischen Ohnmacht ein, indem sie dem Kontinent eine eigene Friedensorganisation verwehrten und statt dessen eine ganz unter dem Einfluß der vier Weltmächte USA, Großbritannien, UdSSR und China stehende Weltorganisation zu errichten gedachten. Gebunden an eine völkerrechtlich verbindliche Satzung, die für europäische Stimmen kaum Raum bot, würde Europa auf lange Sicht keine Chance erhalten, sich mit der Idee einer eigenen Kontinentalföderation durchzusetzen.

Die in Teheran beschlossene institutionelle Zementierung der europäischen Ohnmacht war es, die dem Europadiskurs des politischen Exils einen letzten Wendepunkt verschaffte. Kennzeichnend für die letzte Diskursphase 1944/45 war ein analytischer Prozeß, im Zuge dessen die in den vergangenen Jahren gewonnenen Erkenntnisse über die Zukunft Europas zusammengefaßt, die Widerstände gegen den Föderationsgedanken benannt und die aus der Ost-West-Konfrontation resultierende Gefahr eines dritten Weltkrieges auf europäischem Boden analysiert wurden.

In aller Kürze und Prägnanz ließ Hans Jaeger einige zentrale Erkenntnisse des Europadiskurses im Exil Revue passieren. Jaeger erinnerte daran, daß die Idee des europäischen Zusammenschlusses in zweierlei Weise belastet sei: Zum einen mit der Diskreditierung durch Hitler und zum anderen mit dem durch die nationalsozialistische Tyrannei gestärkten Willen zur Erhaltung der nationalen Souveränität[914]. Dennoch sei man überzeugt, „daß die Schaf-

[914] Jaeger, Was wollen die Deutschen Volkssozialisten? Konzeption und Programm einer neuen deutschen Bewegung, o. D. [März 1945], S. 20f., IfZ, NL Jaeger, ED 210/10a. Eine englische Version des Manuskriptes findet sich in der ebenfalls im IfZ archivierten Sammlung Röder, ED 200/1. Die Ansicht der Diskreditierung der Europaidee durch Hitler äußerte JAEGER erneut in seinem Beitrag: A New Form of Democracy, in: HILLER (Hg.), After Nazism – Democracy? 1945, S. 129–165 (155).

fung übernationaler, transnationaler Einheit das Fernziel der Menschheit ist"[915]. Und Brehm ergänzte Jaegers Ausführungen um den Hinweis, daß der bloße Gebrauch von Schlagworten wie „Freiheit", „Sozialismus" oder „Demokratie" schon lange nicht mehr ausreiche, um dem politischen Willen Ausdruck zu verleihen. Durch demagogischen Mißbrauch seien diese Schlagworte ihrer präzisen Bedeutung enthoben worden, so daß jede politische Gruppe ihr individuelles Verständnis dieser Begrifflichkeiten vorab zu definieren habe, um eine Kommunikation zu ermöglichen[916].

Als wesentliche Widerstände gegen eine europäische Föderation benannte das Exil neben den entgegenstehenden Interessen der Alliierten die historischen Gegensätze der europäischen Staaten den europäischen Nationalismus und die fehlende Bereitschaft der von Hitler unterdrückten Völker, gerade mit Deutschland einen engen Bund einzugehen. Ohne eine zumindest langfristige Beteiligung Deutschlands aber konnte nach der Überzeugung nahezu aller politischen Emigranten ein europäisches Friedenskonzept nicht erfolgreich sein. Nahezu einstimmig plädierte das deutsche Exil gegen eine konfliktträchtige Teilung Deutschlands und für seine Integration in einen europäischen Staatenverbund, wobei nun mehrheitlich mit einer notwendigen Übergangszeit gerechnet wurde, während der Deutschland aus Regenerationszwecken ausgeschlossen bleiben müsse. Ergänzt um die sozialistische Kritik an der kapitalistischen Grundausrichtung der europäischen Staaten fand die Auflistung der antiföderalen Tendenzen ihren Abschluß in dem Hinweis, daß „Hitlers Gangsterpolitik des ‚neuen Europas' [...] den Gedanken einer gesamteuropäischen Lösung schwer kompromittiert" habe[917]. Damit schloß sich der Kreis zu Jaegers Ausführungen, die ebenfalls die Diskriminierung der europäischen Idee durch Hitlers Europapropaganda als schwere Hypothek nannten. Angesichts solch fundamentaler antiföderaler Widerstände rechneten viele exilierte Europaföderalisten vorerst nicht mit einer baldigen Verwirklichung, betrachteten aber gerade deshalb die Ausarbeitung eines „Föderationsprogramms" für unerläßlich[918], um das Ziel nicht aus den Augen zu verlieren. Dabei wurde in der Regel die parallele Einigung Europas in wirtschaftlicher und politischer Hinsicht für sinnvoll erachtet und nur bisweilen der kulturellen Einigung der Vorzug gegenüber der politischen Föderation gegeben[919]

Die mittlerweile offensichtlichen interalliierten Differenzen schürten die

[915] Jaeger, Was wollen die Deutschen Volkssozialisten?, o. D. [März 1945], S. 21, IfZ, NL Jaeger, ED 210/10a.

[916] E. B[REHM], Ideas of yesterday, in: Problems of Reconstruction, Rundschreiben der DVB (April 1945), S. 7–10 (8).

[917] BEHM et al., Zur Nachkriegspolitik der deutschen Sozialisten 1944, S. 36.

[918] Ibid.

[919] Nur wenige Gruppierungen sprachen sich für eine ausschließlich wirtschaftliche Einigung aus, so etwa die Gruppe deutscher Sozialisten in Frankreich in ihrem Statut vom 18. 12. 1944: Groupe de Socialistes Allemands en France, Statuts, 18. 12. 1944, BAB/SAPMO, HistArch KPD, RY 61/V232/13, M. II, 87f. (87).

Angst vor einem dritten Weltkrieg als Folge der Ost-West-Konfrontation auf europäischem Boden. Vor dem Hintergrund dieser neuartigen weltpolitischen Dimension der europäischen Frage zeichnete sich der Europadiskurs nach der Konferenz von Teheran durch drei Hauptanliegen aus:

Zunächst zeigte man sich mit Blick auf die europäische Zukunft einig in dem Aufruf zu einer kontinuierlichen Zusammenarbeit Großbritanniens, der USA und der UdSSR über das Kriegsende hinaus. Doch erfuhren die Verwirklichungschancen dieses Aufrufes eine recht unterschiedliche Bewertung: Während einige auf die interalliierte Kooperation der „Großen Drei" als dem einzigen momentan realisierbaren Sicherheitskonzept vertrauten, zweifelten andere sehr an der Fähigkeit der Alliierten zur dauerhaften Zusammenarbeit und setzten ihre Hoffnungen in einen langfristigen Prozeß europäischer Selbstbefreiung. Für das letztere Konzept kann plakativ Stampfers oppositionelle Formel von den „Anderen Drei" herangezogen werden, wenngleich die teilweise beträchtlichen Differenzen innerhalb dieser zweiten Gruppe nicht nivelliert werden dürfen. Stampfer und andere vertraten den elitären Ansatz eines europäischen Neuaufbaus unter der verantwortlichen Führung Frankreichs, Italiens und Deutschlands als den „Anderen Drei". Eine Variante dieser Konzeption favorisierte die Alleinverantwortung Frankreichs als dem einzigen nichtfaschistischen der drei kontinentaleuropäischen Staaten. Dagegen lehnten Heinrich Ritzel und andere jede Übertragung einer europäischen Führungsrolle auf einen einzelnen Staat ab und befürworteten einen egalitären Ansatz unter strikter Beachtung des völkerrechtlichen Grundsatzes der Gleichheit aller Staaten.

Neben den Diskussionen um die „Großen Drei" und die „Anderen Drei" trat als drittes Hauptanliegen des späten Europadiskurses die Perzeption der alliierten Weltorganisationspläne, die nicht nur auf Roosevelts „Vier Freiheiten", sondern ebenso auf dem Konzept der „Vier Weltpolizisten" beruhten.

### 2.5.1. Die „Großen Drei"

Viele Emigranten hielten den weltpolitischen Bedeutungsverlust Europas 1944 für längst vollzogen und vorerst unumkehrbar. Europa sei nun einmal durch eigenes Verschulden zum bloßen Spielball im west-östlichen Konfliktfeld degradiert worden. Daher wählte man in diesem Umfeld die beständige Kooperation der „Großen Drei" als Grundlage der europäischen Friedenskonzepte, ohne auf eine eigene Stimme Europas zu bauen. Im Vordergrund stand die Befriedung Europas um des Weltfriedens willen und damit die Verhinderung einer militärischen Ost-West-Konfrontation auf europäischem Boden. Udo Rukser meldete sich aus dem südamerikanischen Exil mit der bitteren Bemerkung, daß Europa nur noch „Objekt der Politik" sei, während das Schicksal der Welt in amerikanischen und sowjetischen Händen liege[920].

[920] RUKSER, Das neue Weltbild, Juni 1944, in: Deutsche Blätter, Reprint 1970, Bd. 2, S. 86–89 (88).

Als Kampfplatz außerkontinentaler Interessen aber wollte sich Rukser das künftige Europa nicht vorstellen, zumal die meisten europäischen Staaten als bloße „Anhängsel westlicher oder östlicher Gebilde" nicht überlebensfähig wären[921]. Da einer gesamteuropäischen Lösung momentan die „tiefe Verstörtheit der europäischen Bevölkerung" entgegenstehe, sei ein organisiertes Europa nur mit der aktiven und konzeptionellen Unterstützung der Alliierten möglich[922].

Die faktische Auslieferung der europäischen Idee an außereuropäische Mächte ließ einige Emigranten wie den Sozialdemokraten Siegfried Marck in der europäischen Frage ebenso wie in der deutschen Frage resignieren. Marck sah keinen Sinn mehr darin, für Auffassungen zu kämpfen, die der Politik des allmächtigen „Welt-Direktoriums" widersprachen und schlug dem politischen Exil vor, sich von nun an auf die Unterstützung der deutschen Bevölkerung in Fragen der Grundversorgung zu beschränken[923]. Marcks Plädoyer für ein Ende der politischen Aufgabe des Exils rief die sofortige Distanzierung der Genossen in der NVZ-Redaktion hervor, für die Gerhart Seger unmittelbar anschließend an Marcks Artikel eine kontradiktorische Replik verfaßte[924]. Widerspruch provozierte vor allem Marcks Schlußfolgerung, gegenüber der Sowjetunion sei – im Gegensatz zu dem bisherigen strikt antisowjetischen Kurs der NVZ – nunmehr eine vorsichtige und taktvolle Einstellung angebracht, da die Sowjetunion nun einmal zu den entscheidenden Weltmächten zähle, die das Schicksal der europäischen und deutschen Bevölkerung in Händen hielten[925]. Seger entgegnete empört, „ein Kampf um die Verwirklichung einer Anschauung [wird] doch nicht dadurch beendet, daß eine Konferenz von einem demokratischen, einem ultrakonservativen und einem diktatorialen Staatsoberhaupt ihre Politik festlegen"[926].

Während Marck das Ende des politischen Exils einläutete, besann sich der Sopade-Vorsitzende Hans Vogel nach der Landung der Alliierten erstmals seit 1933 zu der „Pflicht [...], unseren Beitrag zu den internationalen Diskussionen über die Nachkriegsgestaltung Deutschlands und Europas zu leisten"[927]. Vogel glaubte 1944 noch an die Möglichkeit eines europäischen Mitspracherechts an den alliierten Nachkriegsdiskussionen[928]. Doch hielt er im Gegensatz zu Stampfer unverändert an der Selbstüberschätzung fest, die sich in der Sopade von Beginn des Exils an besonders ausgeprägt offenbart hatte:

[921] Ibid. S. 89.
[922] Ibid.
[923] MARCK, Nach der Konferenz von Yalta, in: NVZ, 14. Jg., Nr. 8 (24. 2. 1945), S. 3.
[924] SEGER, Müssen wir aufgeben?, in: NVZ, 14. Jg., Nr. 8 (24. 2. 1945), S. 3.
[925] MARCK, Nach der Konferenz von Yalta, in: NVZ, 14. Jg., Nr. 8 (24. 2. 1945), S. 3.
[926] SEGER, Müssen wir aufgeben?, in: NVZ, 14. Jg., Nr. 8 (24. 2. 1945), S. 3.
[927] VOGEL, Deutschland und Europa in der Nachkriegswelt, in: SM, Nr. 63/64 (Juni/Juli 1944), S. 1–9 (1). Eine Zusammenfassung der Rede, die Vogel am 16. 6. 1944 gehalten hatte, erschien auch in der NVZ, 13. Jg., Nr. 32 (5. 8. 1944), S. 1f.
[928] Vogel, Deutschland und Europa in der Nachkriegswelt, in: SM, Nr. 63/64 (Juni/Juli 1944), S. 1–9 (3).

„Wir deutschen im Exil lebenden Sozialisten sind uns [...] der großen Verantwortung, die auf uns zukommt, durchaus bewußt. Wir können nur immer wieder unsere Entschlossenheit zum Ausdruck bringen, in einem vom Hitlerismus und Militarismus befreiten Nachkriegsdeutschland und im Rahmen einer europäischen und internationalen Friedenspolitik mit allen Kräften an der Sicherung eines künftigen Dauerfriedens mitzuarbeiten."[929] Schon ein dreiviertel Jahr später mußte Ollenhauer in einer Rede vor den Mitgliedern der Londoner Union Vogels Einschätzung korrigieren und bezeichnete die deutschlandbezogenen Entscheidungen der Siegermächte als die bis auf weiteres bestimmenden Faktoren der Zukunft Deutschlands und Europas[930]. Bemerkenswerterweise äußerte Ollenhauer die Vermutung, daß anstelle der Europaföderation die sowjetische Hegemonie in Osteuropa das Erbe der nationalsozialistischen Neuordnung Europas antreten werde[931]. Auch aus diesem Grund war für Ollenhauer der Bestand der Anti-Hitler-Koalition von zentraler Bedeutung für den Erhalt des Friedens[932], zumal die einzige Alternative einer sozialistisch-föderalistischen Neuordnung zur Zeit nicht durchzusetzen war und von der bevorstehenden Konferenz in San Francisco kaum wesentliche Veränderungen zu erwarten waren[933].

Der sozialdemokratische Einzelgänger Arno Seidel glaubte zwar nicht an den dauerhaften Bestand der Anti-Hitler-Koalition, erwartete aber dennoch einen bestimmenden Einfluß der Ost-West-Konfrontation auf Europas Schicksal. In Übereinstimmung mit Rukser räumte Seidel der europäischen Selbstfindung keine Chancen ein, sondern prophezeite ebenfalls eine Degradierung Europas zum politischen Spielball der Weltmächte[934]. Seine Schlußfolgerung: „Internationale, völkerrechtliche Übereinkommen, Einrichtungen und Institutionen werden nur dann von realer Bedeutung sein, wenn hinter ihnen die gesamte militärische und wirtschaftliche Macht der drei siegrei-

[929] Ibid. S. 9.

[930] Ollenhauer, Zwischen Yalta und San Francisco, o. D. [17. 3. 1945], S. 3, AsD, Bestand PV-Emigration Sopade, M. 156.

[931] Ibid. S. 5. Ausweislich eines Veranstaltungshinweises in den *Sozialistischen Mitteilungen*, Nr. 72 (März 1945) hielt Ollenhauer diese Rede vor der Mitgliederversammlung der Union in London am 17. 3. 1945. Der möglicherweise erst im Archiv angebrachte handschriftliche Datierungsvermerk „Ollenhauer 1944" ist offensichtlich unzutreffend, da der in Betracht kommende Datierungszeitraum durch Ollenhauers Titel vorgegeben ist: Die Konferenz von Jalta fand vom 4. bis zum 11. 2. 1945 statt, und die Konferenz von San Francisco dauerte von April bis Juni 1945.

[932] Ibid. S. 11. Diesem im gesamten politischen Exil mehrheitsfähigen Urteil schloß sich auch die Auslandsvertretung der deutschen Gewerkschaften in: GOTTFURCHT, Welt-Gewerkschaftskonferenz in London, 6.–17. Februar 1945, S. 8.

[933] Vogel an ISK/Eichler, 20. 3. 1945, S. 1, AsD, Bestand IJB/ISK, Box 55. Die in Teilen nahezu wortgetreue Anlehnung an die Rede, die Ollenhauer nur drei Tage zuvor gehalten hatte, legt den Schluß nahe, daß dieser Brief Vogels – wie ohnehin die gesamte offizielle Korrespondenz – von Ollenhauer verfaßt wurde.

[934] A. S[eidel], Gedanken zur Neuordnung, 21. 7. 1944, S. 4, AsD, Bestand PV-Emigration Sopade, M. 166.

chen Großmächte steht."[935] In diesem Rahmen werde sich das west-östliche Ringen um die politische und wirtschaftliche Vereinnahmung des „Zwischenraums" Europa entfalten und möglicherweise in einer erneuten militärischen Auseinandersetzung enden, die das bewegungsunfähige Europa endgültig zwischen Ost und West zerreißen und der einen oder der anderen Seite einverleiben würde[936].

Seidels einseitig den Konflikt fokussierende Prognose wurde im Umfeld des 1944 von Paul Tillich gegründeten Council for a Democratic Germany (CDG)[937] nur ansatzweise geteilt. Tillich verschloß sich nicht der realen Gefahr einer militärischen Auseinandersetzung zwischen der Sowjetunion und den Westmächten, der nach der Auffassung des gesamten Councils mit einer einseitigen Ausrichtung des neuen Europas nach Osten oder Westen unvermeidbar wäre[938]. Daran erinnerten im Frühsommer 1945 auch die verschiedenen Entwürfe für eine Erklärung des Councils zum Kriegsende[939]. Dennoch hielten die außenpolitischen Programmatiker des Councils den fortgesetzten Bestand der Anti-Hitler-Koalition nicht nur für möglich, sondern für dringend erforderlich[940]. Und Tillich selbst hoffte sogar auf eine den Siegermächten implementierte, „von beiden Seiten unabhängige europäische Föderation mit einem ungeteilten Deutschland und einer ökonomischen, europäischen Einheit"[941]. Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges aber mußte der Theologe eingestehen, daß Europa nun ein abhängiger Erdteil und ein unabhängiges vereinigtes Europa momentan „keine mögliche Lösung" sei[942].

[935] Ibid.

[936] Ibid.

[937] Vgl. grundsätzlich zum Council for a Democratic Germany die ausführliche Dokumentation von LANGKAU-ALEX, RUPRECHT (Hg.), Was soll aus Deutschland werden? 1995 sowie den instruktiven Aufsatz von BAHR, Paul Tillich und das Problem einer deutschen Exilregierung 1985.

[938] Gründungserklärung des Council for a Democratic Germany, 3. 5. 1944, abgedruckt in: VOIGT (Hg.), Friedenssicherung 1988, S. 199–201 (199). Die englische Version datiert bereits von April 1944 und ist u. a. zu finden im IfZ, Slg. Glaser, ED 202/2. Veröffentlichungen der englischen Fassung enthalten MATTHIAS, Mit dem Gesicht nach Deutschland 1968, Dok. Nr. 163, S. 649–654 und LIPGENS (Hg.), Documents II 1986, Dok. Nr. 227, S. 610f. Die Gründungserklärung des CDG wurde von Exilpolitikern wie Aufhäuser, Baerwald, Budzislawski, Glaser, Grzesinski, Frank, Walcher und Hertz ebenso unterzeichnet wie von Repräsentanten des exilierten Geisteslebens wie Heinrich Mann, Bertholt Brecht, Ernst Bloch, Lion Feuchtwanger, Emil J. Gumbel, Veit Valentin und Alfred Kantorowicz; vgl. die Liste der Unterzeichner im Anhang des englischen Dokumentes, IfZ, Slg. Glaser, ED 202/2.

[939] Aufhäuser, Budzislawski, Entwurf einer Erklärung, o. D. [Mai /Juni 1945], S. 1, IfZ, Slg. Glaser, ED 202/2; Tillich, Entwurf einer Erklärung des Councils, o. D. [Mai /Juni 1945], IfZ, Slg. Glaser, ED 202/2.

[940] Aufhäuser, Budzislawski, Entwurf einer Erklärung, o. D. [Mai /Juni 1945], S. 3, IfZ, Slg. Glaser, ED 202/2.

[941] Tillich an Löwenstein, 2. 3. 1944, BAK, NL Löwenstein, N 1222, Bd. 25a.

[942] Tillich, Die christlichen Kirchen und die Aufkommende Gesellschaftsordnung in Europa. Vortrag vor der Divinity Church der Yale-University in New Haven im Sommer 1945, in: DERS., Impressionen und Reflexionen 1972, S. 291–295 (292f.).

### 2.5.2. Die „Anderen Drei"

Ein Teil der Emigration hatte die Hoffnung auf ein selbständiges Europa, das sich aus eigener Kraft zwischen Ost und West werde behaupten können, noch nicht aufgegeben. So unterschiedliche Charaktere wie Stampfer, Siemsen, Eichler, Röpke und Weber weigerten sich, die Endgültigkeit des weltpolitischen Bedeutungsverlustes Europas hinzunehmen und engagierten sich unermüdlich für eine europäische Föderation als politisches Gegengewicht zum dominierenden Einfluß der „Großen Drei". Neben den vier Säulen der Weltmacht dürfe Europa nicht als Trümmerhaufen liegenbleiben. „Eine demokratische Föderation europäischer Demokratien ist als fünfte Säule einer wirklichen Organisation des Weltfriedens unentbehrlich."[943]

Doch war man realistisch genug, um zu erkennen, daß ohne die Hilfestellung der Alliierten ein selbständig organisiertes Europa nicht mehr denkbar war. Deshalb wurde in der Regel der Wille zur Kooperation mit den Alliierten, zumeist den Westalliierten, betont, von denen man sich eine wohlwollend begleitende Unterstützung bei der selbstbewußten Neugestaltung Europas erhoffte. Innerhalb dieses Teils der politischen Emigration sind wiederum zwei verschiedene europäische Leitbilder zu unterscheiden: das elitäre Konzept der „Anderen Drei", das heißt Frankreichs, Italiens und Deutschlands als europäische Führungsmächte, und das egalitäre Konzept einer von Beginn an gleichberechtigten Föderierung Europas ohne Führungsrolle eines einzelnen Staates.

Unter den europapolitischen Optimisten, die weiterhin an einen eigenständigen Kontinent Europa glaubten, war die namentlich von Friedrich Stampfer propagierte Konstruktion der „Anderen Drei" recht populär. Entgegen den Friedenskonzepten, die eine dauerhafte Kooperation der „Großen Drei" voraussetzten, sollte unter dem Schutz der westlichen Alliierten ein Triumvirat aus Frankreich, Italien und Deutschland mit der Umsetzung einer eigenen Nachkriegskonzeption der Europäer beauftragt werden. Dabei war in der Regel die aktive Einbindung der faschistischen Staaten Deutschland und Italien erst nach einer unterschiedlich bemessenen Übergangszeit vorgesehen, so daß die europäische Führungsrolle zunächst Frankreich allein zufiele. Eine Variante dieser elitären Konzeption übertrug die Führungsposition nur einem Staat, wobei hauptsächlich an Frankreich gedacht war.

Zentrale Figur der deutschen Sozialdemokraten im US-Exil war unverändert der mittlerweile 70jährige Friedrich Stampfer, der seit der Konferenz von Teheran in der *NVZ* eine „regelrechte europaföderalistische Kampagne"[944] inszeniert hatte. Hauptmotiv Stampfers war die Verhinderung des in Teheran beschlossenen Besatzungssystems für Deutschland, ohne daß er dies explizit erwähnte. Doch sollte Stampfers europapolitische Motivation nicht

[943] STAMPFER, Für die Vereinigten Staaten von Europa: Der Stalin-Benesch-Pakt – und was weiter?, in: NVZ, 12. Jg., Nr. 52 (25. 12. 1943), S. 1.
[944] VOIGT (Hg.), Friedenssicherung 1988, S. 37.

unterschätzt werden. Der vormalige Chefredakteur des *Vorwärts*, der sich seit seinen Weimarer Tagen für die Idee einer europäischen Föderation eingesetzt hatte und frühzeitig der Paneuropa-Bewegung Coudenhove-Kalergis beigetreten war, nahm die aus seiner Sicht katastrophalen Konferenzergebnisse von Teheran zum Anlaß, der in der letzten Zeit häufig vorgeschlagenen Zusammenarbeit mit den „Großen Drei" den Rücken zu kehren. Von nun an konzentrierte er sich auf die USA, die er sich als mehr oder weniger altruistischen Förderer einer europäischen Renaissance wünschte. Der trüben Aussicht auf eine von den „Großen Drei" oktroyierten Nachkriegsordnung für Europa setzte er die „Anderen Drei" entgegen: Frankreich, Deutschland und Italien als die drei führenden Repräsentanten europäischer Kultur sollten Stampfer zufolge den Wiederaufbau Europas in kooperativer Verantwortung in die Hand nehmen[945]. Da Deutschland und Italien auf Grund ihrer faschistischen jüngsten Vergangenheit momentan nur eingeschränkt zur Verfügung stehen könnten, käme vorerst allein Frankreich als *primus inter partes* in Betracht[946]. Einen älteren Ansatz aus den Jahren 1938/39 wiederaufgreifend, unterstrich Stampfer die Kraft der revolutionären Tradition und der europäischen Idee in Frankreich.

Die Unabhängigkeit und Einheit Europas sah der altgediente Sozialdemokrat kaum durch den anglo-amerikanischen Westen, sondern vor allem durch den russischen Osten massiv bedroht. Dagegen gelte es ein Bündnis mit den Westmächten einzugehen, unter dessen Schutzschirm sich Europa eigenständig entfalten könne[947]. Folglich appellierte Stampfer an das „wohlwollende Verständnis der angelsächsischen Welt"[948]. Noch in Unkenntnis der Konferenzergebnisse von Teheran dachte er dabei an die USA, da er die Sowjetunion aus einem tief empfundenen Antibolschewismus und in Kenntnis der grundsätzlichen sowjetischen Vorbehalte gegenüber einer Europaorganisation ablehnte und Großbritannien der Vorherrschaft Amerikas zurechnete. Allein die USA seien in der Lage, „dem französischen Volk in seinem gegen-

[945] STAMPFER, Die anderen Drei. Europas Rettung: Eine europäische Föderation. – Die Mission Frankreichs, in: NVZ, 12. Jg., Nr. 49 (4. 12. 1943), S. 1. Die Fundstelle ist bei VOIGT (Hg.), Friedenssicherung 1988, S. 37, Anm. 21 irrtümlich mit Nr. 52 (25. 12. 1943) angegeben.

[946] Einige Wochen später sah sich Stampfer durch einen Artikel Lord Vansittarts in der *New York Times* bestätigt, der gleichfalls Frankreich als Führungsmacht des europäischen Wiederaufbaus vorschlug; vgl. STAMPFER, Für die Vereinigten Staaten von Europa: Vive la France!, in: NVZ, 13. Jg., Nr. 2 (8. 1. 1944), S. 1. Zustimmung erfuhr Stampfer auch seitens der Londoner Genossen, sowohl innerhalb des dortigen Rumpfvorstandes als auch von Einzelgängern wie Gerhard Kreyssig, vgl. Kreyssig an Rimsberger, 30. 5. 1945, AsD, NL Kreyssig, M. 59. Zum Londoner Sopade-Vorstand vgl. Ollenhauer, Zwischen Yalta und San Francisco, o. D. [17. 3. 1945], S. 5, AsD, Bestand PV-Emigration Sopade, M. 156.

[947] STAMPFER, Realistische Europa-Politik! Zerstörte Illusionen, in: NVZ, 13. Jg., Nr. 4 (22. 1. 1944), S. 1.

[948] DERS., Die anderen Drei. Europas Rettung: Eine europäische Föderation. – Die Mission Frankreichs, in: NVZ, 12. Jg., Nr. 49 (4. 12. 1943), S. 1.

wärtigen traurigen Zustand den Mut zu geben, an so große Aufgaben zu denken und sich auf sie vorzubereiten"[949].

Im August 1944 ließ Stampfer erstmals seit langer Zeit erkennen, daß er trotz der betont prowestlichen Stellungnahmen für einen dritten Weg Europas zwischen den „russisch-bolschewistischen Methoden" und dem „amerikanischen Evangelium der kapitalistischen Privatinitiative" kämpfte, also den europäischen Sozialismus als gelungene Synthese aus „wirtschaftlichem Kollektivismus und politischer Freiheit" favorisierte[950]. Darin sah er nicht nur die vorrangige Aufgabe Frankreichs, sondern vor allem der französischen Sozialisten. Der im Vergleich zu früheren Äußerungen deutlich sozialistisch-solidarische Unterton ist möglicherweise darauf zurückzuführen, daß sich Stampfer angesichts der mittlerweile begonnenen Konferenz von Dumbarton Oaks an seine eigenen Worte vom Januar 1944 erinnerte: „Im Kanonendonner muß man laut reden."[951]

Euphorisch begrüßte der Sozialdemokrat die Anerkennung der Regierung de Gaulle durch die Alliierten und deren Integration in die Nachkriegsverhandlungen der Anti-Hitler-Koalition. Seiner Ansicht nach legitimierte dies erst recht die herausgehobene Position, die er Frankreich beim Wiederaufbau Europas zuzubilligen gedachte. Damit war endlich die vermißte und ersehnte Stimme Europas in den Konferenzräumen der Alliierten vertreten[952]. In der politischen Aufwertung Frankreichs sah Friedrich Stampfer die letzte Chance, Europa vor einer Teilung in Einflußsphären zu retten und zugleich die deutsch-französische Verständigung als Nukleus einer neuen europäischen Sicherheitsarchitektur herbeizuführen[953]. Dabei dachte er insbesondere an eine intensive Kooperation der französischen Sozialisten als linkes Korrektiv zu General de Gaulle mit dem deutschen Volk. Unter dem Einfluß seiner regelmäßigen Korrespondenz mit Hubertus Prinz zu Löwenstein, den er als Mensch und Politiker achtete und mit dem ihn gewisse gemeinsame Grundanschauungen verbanden, bezeichnete der rechte Sozialdemokrat eine Koalition aus Sozialdemokratie und politischem Katholizismus als richtigen Ansprechpartner der Franzosen[954]. Sollte Frankreich jedoch seine europäische Mission verkennen, werde Europa unweigerlich zum „bloßen Objekt im Streit der Weltmächte" herabsinken und tatsächlich in zwei Einflußsphären zerrissen. Auch Frankreich selbst wäre dann dem Untergang geweiht, denn es würde zum „Prellbock bei einem neuen, noch fürchterlicheren Zusammenstoß" wer-

[949] Ibid.
[950] STAMPFER, Gruß nach Frankreich. Die europäische Mission der französischen Sozialisten, in: NVZ, 13. Jg., Nr. 34 (19. 8. 1944), S. 1.
[951] DERS., Roosevelts Weihnachts-Ansprache: Keine Versklavung Deutschlands, in: NVZ, 13. Jg., Nr. 1 (1. 1. 1944), S. 1.
[952] DERS., Gute Nachbar-Politik in Europa: De Gaulle am Kreuzweg, in: NVZ, 13. Jg., Nr. 44 (28. 10. 1944), S. 1.
[953] Ibid.
[954] Ibid.

den[955]. Stampfer wünschte sich daher dringend den „Tag der deutsch-französischen Völkerversöhnung im Lichte gemeinsamer Freiheit"[956] herbei.

Die frankophile Färbung seiner zahlreichen Beiträge darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß Stampfers außenpolitischer Blick stets von deutschen Interessen geleitet war. In der Betonung der französischen Führungsaufgabe sah er die einzige Möglichkeit, der Idee der Vereinigten Staaten von Europa in den USA Öffentlichkeit zu verschaffen. Dementsprechend versuchte er, mit einer hervorgehobenen Frankophilie die Befürchtungen um eine erneute deutsche Hegemonie auf dem europäischen Kontinent zu verdrängen und auf die antibolschewistische Zielrichtung seines Europakonzeptes zu lenken. Weniger aus Verbundenheit mit der Paneuropa-Bewegung als aus vergleichbar taktischen Erwägungen hatte Stampfer den Begriff der Vereinigten Staaten von Europa als Aufhänger seines Konzeptes der „Anderen Drei" gewählt. Diese publizistische Strategie legte er in einem Brief an den Sopade-Vorsitzenden Vogel in London offen: „Wir haben dem russischen Herrschaftsanspruch die Parole der ‚Vereinigten Staaten von Europa' entgegengestellt, die hier ungeheuer populär ist wegen ihres Gleichklangs mit dem Namen des eigenen Landes, und propagieren eine kontinentale Föderation unter Führung Frankreichs (um die hysterische Angst vor ‚verkapptem Pangermanismus' zu beruhigen)."[957]

Wie eng sich der gelernte Journalist am Interesse der amerikanischen Öffentlichkeit orientierte, beweist auch der Versuch, ab Sommer 1944 die nunmehr unumstößlichen US-Pläne für eine neue Weltorganisation mit seinem Europakonzept zu verbinden. Stampfers anfänglich nur verhaltene Kritik an der antiföderalen Position der amerikanischen Europapolitik[958] schlug angesichts der Polenkrise Ende des Jahres 1944 in offenen Widerspruch um. Es gebe eine im Niedergang befindliche nazistische Europapolitik in Berlin und eine im Aufstieg befindliche bolschewistische Europapolitik. „Aber von einer demokratischen Europapolitik, deren Sitz in Washington, London und Paris sein könnte, ist so gut wie nichts zu bemerken."[959]

Stampfers Konzept der „Anderen Drei" fand bei dem Mitgliedern der schwedischen SAP-Gruppe um Brandt und Szende großen Anklang. Mit der

[955] Ibid.

[956] Vgl. etwa STAMPFER, „Keine Annexionen": Neuer Geist in Frankreich, in: NVZ, 13. Jg., Nr. 47 (18. 11. 1944), S. 1: „Eine fruchtbare Völkerbundpolitik wird darauf ausgehen müssen, Zweckgemeinschaften jeder Art unter den Staaten Europas zu fördern. Die großen Ideale der Menschenliebe und Völkerverbrüderung hängen noch in den Wolken. Aber gegen Massenarbeitslosigkeit, Hungersnot und Epidemien werden die Regierungen Europas gemeinsame Maßnahmen treffen müssen – nicht aus Liebe zu den andern, sondern aus Liebe zu sich selbst."

[957] Stampfer an Vogel, 12. 1. 1944, S. 2, AsD, Bestand PV-Emigration Sopade, M. 132.

[958] STAMPFER, Für die Wiederauferstehung des Völkerbundes: Zurück zu Wilson!, in: NVZ, 13. Jg., Nr. 26 (24. 6. 1944), S. 1.

[959] DERS., Die Tragödie der europäischen Demokratie: Polenkrise – Europakrise!, in: NVZ, 13. Jg., Nr. 49 (2. 12. 1944), S. 1.

Schrift „Zur Nachkriegspolitik der deutschen Sozialisten“[960], deren außenpolitischen Teil Willy Brandt verfaßt hatte[961], legte die Stockholmer Gruppe im Juli 1944 eine Zusammenfassung ihrer politischen Überzeugungen vor. Man teilte die Auffassung, daß für die innereuropäische Befriedung der deutsch-französische Ausgleich ausschlaggebend sein werde, und plädierte für eine zügige Erweiterung auf Italien als den dritten Staat im Bunde[962]. Im Unterschied zu Stampfers axiomatischem Antibolschewismus aber betonten die Stockholmer Emigranten, daß eine Europäische Föderation nicht in Frontstellung gegen die Sowjetunion geschaffen werden dürfe[963], der man sich weiterhin in besonderer Weise verbunden fühlte[964]. Daher propagierte man die aktive Einbindung sowohl der Sowjetunion als auch Großbritanniens in das künftige Sicherheitssystem Europas. Auch mit der eigentlich naheliegenden Ablehnung einer Beteiligung der USA, die „aus geographischen Gründen gegenstandslos“ sei[965], trat der sozialistische Kreis den unveröffentlichten Überlegungen Stampfers aus dem Jahre 1943 entgegen[966].

Einig war man sich mit dem Sopade-Vorstandsmitglied ebenso wie mit dem ISK, daß eine europäische Föderation in einen neuen Völkerbund zu integrieren sei. Diesen neuen Völkerbund stellten sich die Sozialisten als eine Erweiterung des Kreises der Alliierten durch die Einbeziehung sowohl der Neutralen als auch der Besiegten vor[967]. Die in diesem Zusammenhang wiederholte Forderung nach einer „internationalen Rechtsorganisation“ und der Ausarbeitung eines „vollständigeren Völkerrechts“ verrät die Handschrift Willy Brandts[968].

August Siemsen zeigte sich sehr kritisch gegenüber einer fortdauernden Einigung der „Großen Drei“ als Basis des europäischen Friedens[969]. Sarkastisch bemerkte er, daß er nicht zu denen zähle, „die von der Weisheit und Einigkeit der Sieger so tief überzeugt sind, daß sie glauben, das Schicksal Europas liege bei [den drei Großmächten] in den besten Händen“[970]. Eine Einigung der „Großen Drei“ konnte Siemsen nicht im Ansatz erkennen. Ohnehin würde es sich dabei notwendig um einen Kompromiß handeln müssen, bei dem Europa der Leidtragende wäre[971]. Denn von den Alliierten habe man

960 BEHM et al., Zur Nachkriegspolitik der deutschen Sozialisten 1944.
961 Vgl. BRANDT, Links und frei 1982, S. 361.
962 BEHM et al., Zur Nachkriegspolitik der deutschen Sozialisten 1944, S. 37.
963 Ibid. S. 36f.
964 Ibid. S. 38.
965 Ibid.
966 Stampfer, Kampf um Deutschland, o. D. [1943], S. 204f., AsD, NL Stampfer, Box 9, M. 44.
967 BEHM et al., Zur Nachkriegspolitik der deutschen Sozialisten 1944, S. 35.
968 Ibid.
969 SIEMSEN, Kampf um Europa, in: La Otra Alemania. Das Andere Deutschland, März 1944, wieder abgedruckt in: DERS., Tragödie Deutschlands 1947, S. 112–117 (114).
970 Ibid.
971 Ibid. S. 115.

keine konstruktiven Ideen für den europäischen Wiederaufbau gehört, zumal die Interessen unterschiedlich gelagert seien[972].

Da eine erneute „Fehllösung des europäischen Problems"[973] die Grundlage für einen dritten Weltkrieg schaffen würde, bezeichnete Siemsen die Errichtung einer eigenständigen Europaorganisation mehrfach als politische Hauptforderung und stimmte darin mit Stampfer und den SAPlern in Stockholm überein: „Es wäre verhängnisvoll, wollte das aus tausend Wunden blutende Europa darauf warten, daß die Sieger [...] neue Wege bei der Neuordnung Europas beschreiten würden. Die leidenden Massen Europas selbst müssen auf den Plan treten, um aus ihrem Glauben heraus zur Tat zu schreiten, um aus einem Objekt fremder Interessen endlich zum Subjekt bei der Gestaltung ihres eigenen Schicksals zu werden."[974]

Ungeachtet der äußeren Übereinstimmung in der Zielbeschreibung stand Siemsen ebenso wie die Stockholmer SAP-Gruppe einer dezidiert antibolschewistischen Europaföderation, wie sie Stampfer verfocht, ablehnend gegenüber. Anders als Stampfer, der wie Siemsen für sein Konzept das Schlagwort der Vereinigten Staaten von Europa in Anspruch nahm, beabsichtigte der später ausgetretene Mitgründer der SAP die aktive Beteiligung der UdSSR an der Restrukturierung Europas, da andernfalls dies die west-östlichen Spannungen noch erhöhen würde statt sie zu reduzieren[975]. Siemsens Kritik an einer überzogen antibolschewistischen Zieldefinition des neuen Europas richtete sich unmittelbar gegen Churchills Konzept der Vereinigten Staaten von Europa, obgleich der sozialistische Emigrant selbst in der europäischen Einheit eine Möglichkeit sah, das europäische Chaos der sowjetischen Dominanz zu entziehen[976]. Für Siemsen war Churchill ein Reaktionär, der „rettungslos dem überlebten Alten verhaftet" sei, und dem „jegliches Verständnis für die Kräfte des Neuen, für den Willen der Massen und für die Notwendigkeit des Sozialismus fehlt"[977]. Vor diesem Hintergrund betrachtete er Churchills Inanspruchnahme der Idee der Vereinigten Staaten von Europa als Diskreditierung des Europagedankens, da Churchill mit dieser Formel im Prinzip lediglich an das traditionelle britische Kalkül des europäischen Gleichgewichts zugunsten der englischen Machtpolitik anknüpfe[978].

Auch Willi Eichler hatte sich durch die schwindenden Chancen einer von den Alliierten implementierten Europaföderation nicht entmutigen lassen und setzte sich nach Teheran erst recht für einen eigenen Nachkriegsplan der Europäer ein. Doch verfolgte er nicht das Ziel eines Europas der „Anderen

[972] Ibid. S. 114.
[973] Ibid. S. 115.
[974] Ibid. S. 116.
[975] SIEMSEN, England, die Sowjetunion und die Vereinigten Staaten Europas [Herbst/Winter 1945], in: DERS., Tragödie Deutschlands 1947, S. 117–122 (120).
[976] Ibid.
[977] Ibid. S. 118.
[978] Ibid.

Drei", sondern wollte die europäische Leitfunktion entsprechend der traditionellen Position des ISK allein Frankreich übertragen. Hinsichtlich der deutschen Beteiligung an der europäischen Neuordnung begnügte sich Eichler mit der Feststellung, daß die Idee der Föderation nicht als bloßes Mittel zum Schutz gegen einen deutschen Angriff betrachtet werden dürfe, sondern darüber hinaus die positive Zweckbestimmung impliziere, die Früchte einer gelungenen Organisation von Frieden, Kultur und Wirtschaft möglichst allen zu Gute kommen zu lassen[979].

Zugleich trat der ISK-Vorsitzende der Furcht vieler Europaföderalisten entgegen, „den herrschenden Mächten durch einen Plan mit eigener Konzeption zu nahe zu treten"[980]. Eichler dachte dabei insbesondere an die drohend ablehnende Haltung der Russen gegenüber einem „neuen europäischen Koloß"[981]. Diese Furcht der Föderalisten gelte es vor allen Dingen zu entkräften, um eine prinzipielle Rekonstruktion Europas zu ermöglichen, „statt hier und da etwas herumzuflicken"[982].

Ähnlich dem ISK setzte sich der ehemalige Fraktionsvorsitzende der Deutschen Staatspartei, August Weber, für eine „League of European States" unter französischer Führung ein[983]. Sein in institutioneller Hinsicht restriktives Konzept beschränkte sich auf ein Parlament der Nationen, dessen Abgeordnete von den Regierungen der Mitgliedstaaten ernannt werden sollten[984]. Damit widersprach Weber seiner eigenen Forderung, eine Neuauflage des Völkerbundes unter allen Umständen zu verhindern[985], denn gerade der Charakter der Völkerbundsversammlung als Forum von Regierungsvertretern hatte seit jeher im Zentrum der Völkerbundskritik gestanden. Andererseits entsprach der wenig progressive Entwurf der konservativen Einstellung Webers, der im Gegensatz zu Willy Brandt und anderen Emigranten auch auf die häufig geforderte Schaffung einer internationalen Rechtsorganisation verzichtete. Erst späteren Generationen wollte der ehemalige Reichstagsabgeordnete es überlassen, einen internationalen Rechtscode gegen Friedensbrecher, ein verständliches Strafrecht und den internationalen Schutz der Eigentumsrechte zu vereinbaren[986]. Dahinter stand die Überzeugung, daß die Diktatoren, namentlich Hitler und Mussolini, vom eigenen Volk zu richten seien[987].

Als Weber im Oktober 1944 das Manuskript zu seinem Buch „A New Germany in a New Europe" abschloß, ging er noch von der aktiven Unter-

979 Eichler an Spinelli, 5. 4. 1945, S. 2, AsD, Bestand IJB/ISK, Box 56.
980 Eichler an Spinelli, 23. 3. 1945, S. 1, AsD, Bestand IJB/ISK, Box 56.
981 Ibid.
982 Ibid.
983 WEBER, A new Germany 1945, S. 170f.; Auszüge sind abgedruckt in: LIPGENS (Hg.), Documents II 1986, Dok. Nr. 229, S. 614ff.
984 Ibid. S. 192.
985 Ibid.
986 Ibid. S. 187f.
987 Ibid. S. 187.

stützung der drei Großmächte für einen europäischen Einigungsprozeß aus. Dies sei um so bedeutender, als sich nach seiner Einschätzung die Sowjetunion als die entscheidende Kraft auf dem europäischen Kontinent erweisen würde[988]. Inwiefern Weber die drei Großmächte in die europäische Sicherheitsarchitektur einzubinden gedachte, wird letztlich nicht deutlich. Einerseits betrachtete er sie als politisch außerhalb stehend[989], andererseits jedoch sollten sie wirtschaftlich und währungstechnisch vollumfänglich integriert werden[990]. Dieses konzeptionelle Manko wirkt sich in Webers Europaentwurf um so gravierender aus, als der „Großmandarin der Staatspartei im britischen Exil"[991] eine Einbindung der künftigen Europaorganisation in die Weltorganisation der Alliierten vorerst nicht für notwendig hielt[992].

Ein weiterer Repräsentant des elitären Ansatzes war Hubertus Prinz zu Löwenstein, der letztlich allerdings an der deutschen Schlüsselfunktion für die Zukunft Europas nie ernsthaft gezweifelt hatte und insofern eine eigene Variante des elitären Ansatzes vertrat. Er bekannte sich zum europäischen Leitbild der abendländischen Föderation, die seines Erachtens „dem geschichtlichen, römisch-deutschen, übernationalen Erbe in moderner Form" entspreche[993]. Erwartungsgemäß wollte Löwenstein den Begriff der Ost-West-Orientierung nicht als Auflösung der europäischen Eigenständigkeit verstanden wissen[994], und warnte, wie viele Emigranten, vor einem allzu antisowjetischen Selbstverständnis Europas, wie es insbesondere von Stampfer, aber auch von Churchill verfochten wurde. Ungeachtet dieser Einsicht in die europäischen Machtverhältnisse zählte Löwenstein nach wie vor zu den erklärten Antikommunisten. Mit bemerkenswerter Präzision sah er die Entstehung eines kommunistischen ostdeutschen Staates unter sowjetischem Einfluß voraus, falls den Russen eine eigene Besatzungszone zugebilligt werden sollte: „Within a few months after the elimination of all opponents, just as it was done in Eastern Poland and the Baltic States, the provinces under Red Army rule would declare themselves ‚Soviet Germany'."[995] Eine solche Entwicklung würde die westlichen Gebiete Deutschlands unter erheblichen Druck setzen und sie vor die Wahl stellen, entweder Widerstand zu leisten und damit den dritten Weltkrieg zu provozieren oder sich zurückzuziehen und damit das gesamte Deutschland der unmittelbaren Sowjetisierung zu

[988] Ibid. S. 170f.
[989] Ibid. S. 185.
[990] Ibid. S. 181.
[991] So die sarkastische Beschreibung von HILLER, Zwischen TIMESdemokrat und Nietzschepapst (Antikritische Phantasie, London 1945), in: DERS., Ratioaktiv 1966, S. 138–161 (160, Anm. 2).
[992] WEBER, A new Germany 1945, S. 169.
[993] Löwenstein an Tillich, 27. 4. 1944, BAK, NL Löwenstein, N 1222, Bd. 25a.
[994] Ibid.
[995] Löwenstein, As Germany goes, so goes Europe, Typoskript, 1944, S. 11, BAK, NL Löwenstein, N. 1222, Bd. 40.

öffnen[996]. Löwensteins Gegenkonzept beinhaltete die zügige Schaffung eines vereinigten Europas auf der Grundlage des päpstlichen Friedensplanes[997], mit einem starken und ebenfalls ungeteilten Deutschland in seiner Mitte[998]. Unter solchen Umständen wäre Europa ebenso wie Deutschland in der Lage, sich vor einem Übergreifen des sowjetischen Einflusses zu bewahren und dennoch friedliche Beziehungen zu Rußland zu unterhalten.

Einer der bedeutendsten Repräsentanten des egalitären Ansatzes war Heinrich Ritzel. Ritzels Credo besagte, daß die Zukunft Europas nur europäisch im besten Sinne des Wortes sein könne – nämlich als Einheit in Freiheit[999]. Daraus folgerte der Generalsekretär der Europa-Union Schweiz zweierlei: Zum einen wandte er sich gegen alle Vorschläge, einem bestimmten Land eine europäische Leitfunktion zuzuerkennen, und zum anderen verweigerte er sich jedweder Anlehnung an eine der außereuropäischen Großmächte[1000]. Folgerichtig widersprach Ritzel Wehbergs Plädoyer für eine Weltorganisation anstelle einer Europaorganisation und nannte hierfür vier tragende Gründe: Der Entwicklungsstand der Welt sei zu verschieden, die kleinen europäischen Staaten würden in einer vielfach von außereuropäischen Interessen geleiteten Weltunion im Schatten der großen Wirtschaftsmächte untergehen[1001], und im übrigen wäre Europa mit zusätzlichen außereuropäischen Angelegenheiten schlicht überfordert[1002]. Vor allem aber habe Europa „das Recht auf Selbstverwaltung, die für jede Gemeinde in der wahren Demokratie als selbstverständlich angesehen wird"[1003]. Angesichts der Tatsache, daß sich die Sowjetunion zu einem ernst zu nehmenden „osteuropäischen Faktor"[1004] entwickelt habe, formulierte Ritzel ein Konzept der distanzierten Nachbarschaft, die sich in erster Linie über die wirtschaftlichen Beziehungen zu definieren habe[1005].

Ritzels eingängiges Credo von der europäischen Zukunft Europas fand bei dem ehemaligen Zentrumspolitiker Friedrich Baerwald großen An-

[996] Ibid. S. 12.

[997] Löwenstein bezog sich auf die Fünf-Punkte-Erklärung Papst Pius' XII. in der Weihnachtsansprache vom 24. 12. 1940, erneuert am 24. 12. 1941, in dem der Papst den fünffachen Sieg über den Haß und das Mißtrauen zwischen den Völkern, über den Vorrang der Macht vor dem Recht, über das Konfliktpotential des weltwirtschaftlichen Ungleichgewichts und über den nationalen Egoismus zu Lasten der Freiheit des einzelnen forderte. Die beiden Weihnachtsansprachen Papst Pius' XII. sind abgedruckt in: LIPGENS (Hg.), Documents II 1986, S. 710–713 und S. 716ff.

[998] Löwenstein, As Germany goes, so goes Europe, Typoskript, 1944, S. 13, BAK, NL Löwenstein, N. 1222, Bd. 40.

[999] RITZEL, Kampf um Europa 1945, S. 63. Das Dokument ist auszugsweise abgedruckt in: LIPGENS, Documents II 1986, Dok. 230, S. 616–618.

[1000] Ibid.

[1001] Ibid. S. 64f.

[1002] Ibid. S. 65.

[1003] Ibid. S. 74.

[1004] Ibid. S. 76.

[1005] Ibid. S. 77.

klang[1006]. Auch Baerwald war überzeugt, daß die „Vier Weltpolizisten" allein nicht für die Sicherheit in Europa garantieren könnten. Deshalb müsse Europa innerhalb eines anglo-sowjetischen Rahmens eine neue „political solidarity" auf der Basis seiner historischen Einheit finden. Baerwald ging von einem langsamen Integrationsprozeß aus[1007], der jedoch unvermeidlich sei, um Europa nicht gänzlich zum Spielball der Weltmächte verkommen zu lassen und die internationale Gefahr eines dritten Weltkrieges durch die Auflösung des politischen Vakuums in Europa zu minimieren[1008].

Das Schreckensszenario eines dritten Weltkrieges stellte auch das bestimmende Thema in den letzten größeren Exilpublikationen des radikalpazifistischen Sozialisten Kurt Hiller dar, der in einer Teilung Europas den endgültigen Verlust der kontinentalen Selbstbestimmung in wirtschaftlicher, politischer und letztlich auch in kultureller Hinsicht prophezeite. Für Hiller nahm die Idee der europäischen Föderation daher die Funktion des ganz Europa einigenden Bandes wahr, auf das die Idealkonzeption eines Weltstaates nicht verzichten könne[1009]. Man dürfe sich also weder in eine „absurd-exklusivistische ‚West-Orientierung'" noch in eine Ostorientierung hineintreiben lassen, sondern müsse sich „eine west-östliche, eine internationalistische, eine europäische und planetarische Orientierung" geben[1010]. Dies setzte auch nach Hillers Einschätzung die Fortsetzung der Anti-Hitler-Koalition nach der Beendigung des Krieges voraus. Keinesfalls dürfe das vereinte Europa eine dezidiert antisowjetische Tendenz aufweisen[1011]. Hiller hatte sich entschlossen, statt eines realpolitischen Minimalprogramms weiterhin das Ideal einer umfassenden Integration zu propagieren. So forderte er noch im Mai 1945 in Kenntnis der entgegengesetzten alliierten Planungen unbeirrt den weitgehenden Souveränitätsverzicht der Nationalstaaten zugunsten einer europäischen Föderation als Zollunion, Währungsunion, Industrieunion, Militärunion und politischen Union[1012] sowie das verbindliche Bekenntnis zu den gemeinsamen Menschenrechten[1013].

[1006] BAERWALD, The Future of Europe, in: Thought. Fordham University Quarterly, Bd. 19, Nr. 74 (September 1944), S. 407–420 (411) formulierte nahezu wortgleich: „From now on the future of Europe will be neither German nor French. It will be European."

[1007] Ibid. S. 420.

[1008] Ibid. S. 416.

[1009] HILLER, The Problem of Constitution, in: DERS. (Hg.), After Nazism – Democracy? 1945, S. 9–77 (29).

[1010] Hiller an Englich, 30. 5. 1944, S. 2, AsD, Slg. Hiller/Englich, Box 1, M. 1944.

[1011] In dem privaten Brief an Kurt Englich, ibid., zeigte Hiller die innenpolitische Konsequenz dieser Prämisse in drastischen Worten auf: „Daher müssen wir auch unser Nein zu dem Scheißhaufen, der sich im Exil KPD zu nennen wagt, säuberlich trennen von unsrer Stellungnahme zur SU als Staat."

[1012] Hierin unterschied sich Hiller von seinem FDS-Partner Walter D. Schultz, der in derselben Publikation eine Beschränkung auf die Wirtschaftsföderation Europas favorisierte, weil er hoffte, daß sich die politische Einheit aus der Wirtschaftsintegration heraus entwickeln werde. Dem lag die sozialistische Überzeugung zugrunde, daß der

Deutlicher als Ritzel und Baerwald hob Wilhelm Röpke die Notwendigkeit eines europäischen Bewußtseins hervor, das „eine gewisse Einzäunung gegenüber den ‚anderen'"[1014] bedinge. Diese Abgrenzungsfunktion des europäischen Wir-Gefühls bezog der Nationalökonom primär auf das Verhältnis zu den außereuropäischen Großmächten USA, UdSSR und Großbritannien: „Gerade in dem Maße, wie sich die außereuropäischen Großmächte – zu denen wir auch Sowjetrußland trotz aller Hochachtung vor der russischen Kultur rechnen müssen – erheben und die Zivilisationen anderer Kontinente uns mit herablassendem Selbstbewußtsein zu begegnen beginnen, wird es ebenso notwendig wie natürlich sein, daß das geistig-moralische Zusammengehörigkeitsgefühl der Europäer mächtig anschwillt."[1015] Durch das gestärkte Zusammengehörigkeitsgefühl glaubte Röpke zugleich der Gefahr des Totalitarismus wirksam begegnen zu können[1016]. Doch stellte sich ihm angesichts der Konstellation der Anti-Hitler-Koalition ein (ideo)logisches Problem. Denn im Gegensatz zu Löwenthals Formulierung der klaren Fronten aus dem Jahre 1941 hatte für Röpke der Ausbruch des deutsch-russischen Krieges das Ende der bis dahin klaren Front gegen die Totalitarismen des Hitler-Stalin-Paktes bedeutet. Mit Blick auf das seitdem bestehende Bündnis der Westalliierten mit dem stalinistischen Totalitarismus konstatierte der Hochschullehrer für Volkswirtschaft einen logischen Bruch in seiner eigenen Argumentation für einen antitotalitären Konsens der Europäer. Eine gewisse Verwirrung konnte er nicht verhehlen und befürchtete, daß diese Verwirrung der Fronten gegenüber dem Totalitarismus Europa schlimmer als je auseinander reißen werde[1017]. Denn eine europäische Einigung konnte sich der liberale Wirtschaftsexperte nur als einen Zusammenschluß liberaler Demokratien vorstellen, in deren Reihen sich ein totalitäres Rußland als Fremdkörper ausnehmen würde[1018].

Röpke, der mit Blick auf die Verhandlungsergebnisse von San Francisco eine Weltföderation für unrealistisch hielt[1019], zeigte sich bedingt zuversichtlich, daß eine europäische Einigung demnächst verwirklicht werden könnte[1020]. Um das Endziel, einem europäischen Kollektivbewußtsein Ent-

politische Konflikt unmittelbar aus sozialen Differenzen resultiere; SCHULTZ, Democracy, Freedom, Socialism, in: HILLER (Hg.), After Nazism – Democracy? 1945, S. 78–128 (81).

[1013] HILLER, The Problem of Constitution, in: DERS. (Hg.), After Nazism – Democracy? 1945, S. 28.

[1014] RÖPKE, Internationale Ordnung 1945, auszugsweise abgedruckt in: VOIGT (Hg.), Friedenssicherung 1988, S. 170–179 (Zitat auf S. 173) sowie bei LIPGENS, Documents II 1986, Dok. Nr. 232, S. 620ff.

[1015] RÖPKE, ibid. S. 174.

[1016] Ibid. S. 176.

[1017] Ibid.

[1018] Ibid. S. 178. Dabei definierte Röpke den Begriff „liberal" vorbehaltlich ausführlicherer Erörterungen zunächst einmal als nichtkollektivistisch (S. 179).

[1019] Ibid. S. 172.

[1020] Ibid. S. 173.

faltungsraum zuzubilligen, nicht zu gefährden, müsse ein allmählicher Entwicklungsprozeß in Kauf genommen werden, der hauptsächlich zwei Gefahren ausgesetzt sein würde: Erstens berge der an sich sinnvolle und naheliegende Ansatz, den Integrationsprozeß mit kleineren Einheiten im Sinne von Regionalföderationen zu beginnen, die Gefahr einer weiteren Vertiefung der kontinentalen Zersplitterung. Hierfür bot sich nach Röpkes Überzeugung die Lösung einer von Anfang an zu errichtenden gesamteuropäischen Föderation als übergeordneter Kategorie an, innerhalb derer sich die einzelnen Regionalföderationen schrittweise annähern könnten[1021]. Zweitens sei ein Vorgehen in zeitlichen Etappen unumgänglich, auch wenn dies zu erheblichen Verzögerungen führen werde[1022]. Denn die Ablösung des Nationalismus durch einen „europäischen Patriotismus" werde einen langen Zeitraum in Anspruch nehmen[1023].

Gleich Röpke vertrat auch der christlich-konservative Rechtsgelehrte Friedrich Darmstaedter die Auffassung, daß das primäre Ziel jedes europäischen Einigungsprozesses die Schaffung eines identitätsstiftenden Europabewußtseins sein müsse, daß der Dozent der London School of Economics and Political Science an dem pädagogisch-gesellschaftlichen Leitbild des „guten Europäers" auszurichten gedachte[1024]. In seinen weiteren Ausführungen ließ sich Darmstaedter jedoch durch sein Interesse an einem strikt egalitären Europabund zu der abstrusen Zielvorstellung einer umfassenden Nivellierung der europäischen Staaten verleiten. Der optimale Europabund setzte sich ihm zufolge aus Mitgliedstaaten zusammen, die ausnahmslos auf eine vergleichbare Größe und Einwohnerzahl zugeschnitten seien und über vergleichbaren wirtschaftlichen Reichtum verfügten[1025]. Für den Fall, daß das politische Optimum einer völligen Nivellierung nicht durchzusetzen sei, hielt Darmstaedter eine weniger weitgehende Alternative bereit, die Ähnlichkeiten mit den Überlegungen Heinrich Ritzels in der Schweiz aufwies: Entweder solle jeder Staat mit einem identischen Stimmengewicht ausgestattet oder der Europabund aus gleich großen Regionalgruppen zusammengesetzt werden[1026]. Parallel zu der politischen Struktur empfahl Darmstaedter, der nach einem zweijährigen Exil in Rom 1939 nach London emigriert war, die Gründung einer alle christlichen Gruppierungen vereinigenden „all-European church"[1027]. Da eine solche Wiedervereinigung der christlichen Kirchen angesichts der geringen Erfolge der ökumenischen Bewegung aber kaum zu er-

[1021] Ibid. S. 178.
[1022] Ibid. S. 177.
[1023] Ibid. S. 174. Ohne Röpkes Beitrag zum Europadiskurs der späten Kriegsjahre zu schmälern, bleibt doch fraglich, inwiefern der Nationalökonom tatsächlich Gedanken äußerte, die „dem deutschen Exil sonst im allgemeinen fern lagen", wie VOIGT (Hg.), Friedenssicherung 1988, S. 132 behauptet.
[1024] DARMSTAEDTER, Germany and Europe 1945, S. 207.
[1025] Ibid. S. 209.
[1026] Ibid. S. 208.
[1027] Ibid. S. 211 f.

warten sei, wollte der bekennende Christ zumindest eine gemeinsame europäische Kirchenorganisation zur gemeinsamen Wahrnehmung der sozialen Aufgaben ins Leben rufen und regte die Schaffung eines „Chamber of the Churches" als Europäischen Kirchenrat an[1028]. Darmstaedters Vision stand nicht nur hinsichtlich ihrer dezidiert christlichen Komponente der beispielsweise von Ritzel vertretenen Konzeption von der Einheit in Vielfalt also diametral entgegen, obschon beide in der gemeinsamen Zieldefinition eines antihegemonialen Europabundes übereinstimmten.

### 2.5.3. „Vier Weltpolizisten"

Nicht nur in der Hoffnung auf eine föderale Lösung der europäischen Krisensituation, sondern auch in der Erwartung eines neuen, starken Völkerbundes hatte Roosevelt viele deutsche Emigranten enttäuscht – um so mehr, als nicht wenige Emigranten gerade dem amerikanischen Präsidenten eine weitsichtige, über die unmittelbaren Interessen des eigenen Staates hinausreichende Politik zugetraut hatten. Statt dessen war es Roosevelt, der in Teheran das Gespräch mit Stalin suchte, um ihn für seine Idee einer Weltorganisation zu gewinnen und auf diese Weise Churchills Widerstand zu brechen. Zwar hatten sich Churchill und Roosevelt in Quebec im August 1943 über eine neue internationale Organisation, einen verbesserten Völkerbund verständigt und wollten diese Überlegungen Stalin in Teheran vorstellen. Jedoch hatte Roosevelt in Teheran einen eigenen Vorschlag im Gepäck, der sich von der Quebec-Skizze vor allem dadurch unterschied, daß er den neuen Völkerbund gerade nicht auf Kontinentalföderationen stützte. Diese regionale Untergliederung der neuen Weltorganisation in kontinentale Föderationen, insbesondere eine europäische Föderation war ein zentrales Anliegen des britischen Premiers. Roosevelt unterbreitete Stalin in einem Gespräch unter vier Augen den Vorschlag einer Weltorganisation ohne regionale Untergliederung, weil er zu Recht annahm, daß Stalin jedem versteckten Hinweis auf die Errichtung einer europäischen Föderation härtesten Widerstand entgegenbringen würde. Jedenfalls entsprach Roosevelts Entwurf in allen entscheidenden Punkten dem genauen Gegenteil dessen, was das politische Exil seit 1933 für einen modifizierten Völkerbund gefordert hatte[1029]. Nach den amerikanischen Vorstellungen, die sich letztlich auf den Konferenzen von Dumbarton Oaks und San Francisco durchsetzen sollten, würde es sich bei der neuen Weltorganisation gerade nicht um einen modifizierten Völkerbund, sondern um eine gänzlich neue Institution handeln. Statt einer starken Exekutive, die die Emigranten immer wieder als dringendsten Reformbedarf bezeichnet hatten, sollte der Exekutivrat lediglich Empfehlungen abgeben können. Auch sollte die Welt-

[1028] Ibid.

[1029] Vgl. die Aufzeichnung über die Unterredung Stalins mit Roosevelt im Rahmen der Konferenz von Teheran am 29. 11. 1943, abgedruckt in: Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR (Hg.), Die Sowjetunion auf internationalen Konferenzen 1986, Dok. Nr. 56, S. 94–98, insb. S. 95.

organisation über keinerlei militärische Befugnisse verfügen, so daß weder die im deutschen Exil seit 1941 in den Vordergrund gestellte internationale Abrüstung noch die damit zusammenhängende Rüstungskontrolle hätten realisiert werden können. Und schließlich wurde als völkerrechtliche Grundlage zwar die Atlantikcharta benannt, doch sollte sie entgegen der hoffnungsfrohen Interpretation des deutschen Exils gerade nicht auf den Kriegsgegner Deutschland anwendbar sein, dessen Territorium nach der Teheraner Übereinkunft der „Großen Drei" geteilt werden sollte. Auch die Gedanken der Demokratie und der Gleichberechtigung aller Staaten, die Vertreter des deutschen Exils als Grundsätze eines weiterentwickelten Völkerrechts verankert sehen wollten, fanden in Roosevelts Vorstellungen keinen Raum. Gedacht war vielmehr an ein Exekutivkomitee unter dem dominierenden Einfluß der USA, der Sowjetunion, Großbritanniens und Chinas. Diese vier Großmächte sollten darüber hinaus ein sogenanntes Polizeikomitee zur Vermeidung künftiger Aggressionen bilden. Als drittes Organ war eine Art Völkerparlament vorgesehen, in dem in Roosevelts Worten „jedes Land so viel, wie es will, sprechen kann und in dem kleine Länder ihre Meinung zum Ausdruck bringen können"[1030] – ohne wirklichen Einfluß auszuüben.

Als im Verlaufe des Jahres 1944 nähere Einzelheiten der alliierten Weltorganisationspläne ruchbar wurden, trafen sie auf die gruppenübergreifende Ablehnung der deutschen Exilgruppen. Überwiegend beurteilte man die Idee der „Vier Weltpolizisten" als einen Rückschritt in der Entwicklung des modernen Völkerrechts. Sozialisten, Sozialdemokraten und Liberale stimmten darin überein, daß die Nachkriegskonzeption der Alliierten nicht nur den Fehler aufwies, die europäische Ebene völlig auszublenden, sondern ebenso wenig geeignet war, neue Maßstäbe der globalen Friedenssicherung zu setzen. Erich Koch-Weser brachte es gegenüber Arnold Brecht auf den Punkt, indem er bereits zu Beginn der Konferenz von Dumbarton Oaks feststellte: „Es ist betrüblich, daß der Europabund jetzt hinter den Plänen einer weltweiten Kooperation und – noch schlimmer – einer Welthegemonie der vier Mächte so in den Hintergrund tritt."[1031] Er empfahl einen restriktiven Aufgabenkatalog der Weltorganisation, die entsprechend seines Satzungsentwurfs für einen Europabund die Hauptverantwortung in der internationalen Konfliktprävention auf der kontinentalen Ebene der „fortgeschrittenen und schon jetzt ausgeglichenen Regionen wie Europa" belassen sollte[1032].

Hatten viele Emigranten zwischen 1941 und 1943 die Errichtung einer Weltföderation oder gar einer „Weltregierung" unter der Führung der USA und Großbritanniens, möglicherweise auch der Sowjetunion als Ersatz der von den Alliierten abgelehnten Europaföderation betrachtet, so wurden diese Hoffnungen durch die Konferenzergebnisse von Teheran, Dumbarton

[1030] Ibid. S. 96.
[1031] Koch-Weser an Brecht, 3. 8. 1944, S. 1, BAK, NL Brecht, N 1089, Bd. 11.
[1032] Ibid.

Oaks und San Francisco zerstört. Das alliierte Nachkriegskonzept der „Vier Weltpolizisten" bot keinerlei Raum für einen föderalen Zusammenschluß[1033], erst recht nicht für einen starken Weltbund mit einer supranationalen Regierung, wie sie dem ehemaligen Fraktionsvorsitzenden der Deutschen Staatspartei, August Weber, vorschwebte[1034]. Weber nannte mehrere Gründe, warum eine anglo-amerikanische Weltregierung, die er sich als Fortentwicklung der von den Alliierten beabsichtigten Weltorganisation vorstellte, vorerst keine Verwirklichungschancen besaß: Zunächst stimmte er mit der Einschätzung überein, daß die Einheit der „Großen Drei" nach Kriegsende nicht aufrechterhalten werden könne. Darüber hinaus argumentierte Weber, daß Asien und Afrika einer Weltföderation der Demokratien nicht angehören könnten, solange sie ihre undemokratischen Herrschaftsstrukturen nicht überwunden hätten. Schließlich vermutete er, daß Südamerika sich nicht ohne weiteres unter die Führung der USA begeben wollen würde[1035]. Dennoch weigerte sich Weber, die Hoffnung auf eine weltweite Einigung endgültig fahren lassen und plädierte für die Einberufung einer Weltkonferenz mit dem langfristigen Ziel einer Weltregierung.

Während Weber, Koch-Weser und die schwedische SAP-Gruppe frühzeitig erkannt hatten, daß von den Alliierten keine progressive Weltorganisation zu erwarten war, suchte Stampfer bis zur Konferenz von San Francisco vergeblich nach einem Hoffnungsschimmer. Getrieben von der drohenden Isolation Deutschlands auch im Rahmen der künftigen Weltorganisation, mahnte er die Wiederauferstehung des Völkerbundes an und appellierte an die amerikanische Politik, sich auf die völkerrechtlich progressive Linie Wilsons zu besinnen[1036]. Stampfers Appell an die politische Vernunft, die er kaum von Europa, aber um so eher von den Vereinigten Staaten erwartete, sollte nicht nur dem deutschen Exil mehr Beachtung verschaffen und die Seele seines Gastlandes streicheln, sondern entsprach seiner außenpolitischen Grundüberzeugung, daß allein die USA imstande seien, der Welt eine neue Ordnung zu geben und zugleich die Gefahr eines sowjetisch dominierten Europas abzuwenden.

Erst nach der Konferenz von San Francisco mußte der Föderalist Stampfer einsehen, daß die dort geschaffene Organisation der Vereinten Nationen in keiner Weise dem modifizierten Völkerbund à la Wilson entsprach, den Stampfer sich gewünscht hatte: Die Entscheidung zwischen dem Prinzip des Völkerbundes und dem der neuen Organisation ist mit der Entscheidung in der Vetofrage gefallen."[1037] Das neue System funktioniere nur, solange sich

[1033] BEHM et al., Zur Nachkriegspolitik der deutschen Sozialisten 1944, S. 36.
[1034] WEBER, A new Germany 1945, S. 167f.
[1035] Ibid.
[1036] STAMPFER, Für die Wiederauferstehung des Völkerbundes: Zurück zu Wilson!, in: NVZ, 13. Jg., Nr. 26 (24. 6. 1944), S. 1.
[1037] DERS., Vom Völkerbund zur Großen Allianz: Das neue Welt-Statut, in: NVZ, 14. Jg., Nr. 26 (30. 6. 1945), S. 1.

die USA und die UdSSR einig seien. Fehle diese Übereinstimmung, bleibe es bei der altbekannten Alternative: diplomatischer Ausgleich oder Krieg. Unter Aufgabe der bisherigen Zurückhaltung geißelte der wortgewandte Journalist die neuen Vereinten Nationen als systematisierte Machtpolitik alten Stils, die die Großmächte auf Kosten der kleineren Staaten bevorzuge[1038]. Gerade die Konflikte zwischen den Großmächten aber seien für das internationale Unheil verantwortlich gewesen. Hierin stimmte ihm Oda Olberg zu, die ihrer Überzeugung Ausdruck verlieh, daß „der heute international anerkannte Grundsatz der Nicht-Intervention bisher weder einen kleinen Staat geschützt, noch einen Krieg verhindert hat"[1039]. Daher maß sie der Anerkennung eines Rechts internationaler Einmischung größte Bedeutung für die Verhütung weiterer Kriege zu[1040]. Trotz aller Enttäuschung hatte sich der Realpolitiker Stampfer schnell mit der Organisation von San Francisco als dem kleinsten gemeinsamen Nenner abgefunden: „Das Höchsterreichbare ist die Errichtung eines Notgerüstes, das durch eine solidere Konstruktion zu ersetzen künftiger Staatsmannskunst vorbehalten bleibt."[1041]

Einer der wenigen Befürworter einer prioritären Weltorganisation war der in der Schweiz lehrende Völkerrechtsexperte Hans Wehberg. Hatte sich der Professor für Völkerrecht schon 1943 eine auf Europa beschränkte Staatenföderation mit dem Hinweis auf die Unteilbarkeit internationaler Sicherheit abgelehnt[1042], so holte er nun die Begründung nach. Eine ausschließlich europäische Organisation sei aus drei Gründen zwecklos[1043]: Erstens sei die Beteiligung der großen außereuropäischen Mächte unabdingbar, da das zerrissene Europa nicht in der Lage sei, sich selbst zu organisieren und zu befrieden. Zweitens werde nach Kriegsende ohnehin eine stärkere Zusammenarbeit mit der Sowjetunion notwendig sein. Die dadurch hervorgerufenen neuen Probleme könnten ebenfalls nur unter Mitwirkung der nichteuropäischen Staaten gelöst werden[1044]. Und drittens seien die wirtschaftlichen Beziehungen aller Völker so ineinander verflochten, „daß die Regelung der ent-

[1038] So schon der Verdacht VOGELS, Deutschland und Europa in der Nachkriegswelt, in: SM, Nr. 63/64 (Juni/Juli 1944), S. 1–9 (4).
[1039] OLBERG, Intervention – Nichtintervention, in: NVZ, 13. Jg., Nr. 35 (26. 8. 1944), S. 1 f. (1).
[1040] Ibid.
[1041] STAMPFER, Vom Völkerbund zur Großen Allianz: Das neue Welt-Statut, in: NVZ, 14. Jg., Nr. 26 (30. 6. 1945), S. 1.
[1042] WEHBERG, Zum gegenwärtigen Stande des Problems einer künftigen Weltorganisation, in: Die Friedens-Warte, 43. Jg., Nr. 5 ([September] 1943), S. 207.
[1043] DERS., Die Organisation der Staatengemeinschaft nach dem Kriege. Das Problem einer wahren Repräsentation der Völker, in: Die Friedens-Warte, 44. Jg., Nr. 2/3 (1944), S. 49–74 (56 f.).
[1044] Klarsichtig bemerkte Wehberg, ibid. S. 57: „Oft tauchte im Laufe der Geschichte der Idee der ‚Vereinigten Staaten von Europa' der Gedanke auf, Rußland auszuschließen. Heute liegt das Problem wesentlich anders, da es sich nur noch darum handeln kann, die künftige Zusammenarbeit mit Sowjetrußland zu erleichtern."

scheidenden wirtschaftlichen Probleme ohne eine weltumspannende Organisation nicht gut möglich ist"[1045].

In mehreren Vorlesungen und Vorträgen beschäftigte sich der Jurist mit den Stärken und Schwächen der alliierten Weltorganisation und verknüpfte seine Kritik mit der Darstellung seines Ideals eines Weltbundes mit einer starken Weltregierung und einem unmittelbar demokratisch legitimierten Weltparlament. Noch während der Konferenz von Teheran hielt Wehberg einen Vortrag vor Studenten, in dem er davor warnte, allzu hohe Erwartungen an die amerikanische Außenpolitik zu stellen. Dabei verwies er auf den bedeutsamen Umstand, daß Roosevelt „nicht etwa von den Grundlagen einer neu zu schaffenden internationalen Organisation gesprochen, sondern sich darauf beschränkt hat, die Durchsetzung von vier notwendigen menschlichen Freiheiten zu fordern"[1046]. In dieser Selbstbeschränkung des amerikanischen Präsidenten sah Wehberg eine verpaßte Chance, den von ihm favorisierten Weltbundesstaat zu errichten. Zwar bezeichnete er die in Dumbarton Oaks vereinbarte alleinige Zuständigkeit des künftigen Weltsicherheitsrates für alle Angelegenheiten des Friedens als „durchaus annehmbar"[1047], doch kam er letztlich zu einer überwiegend negativen Bewertung an der alliierten Konzeption. Mit Friedrich Stampfer kritisierte er das Einstimmigkeitsprinzip im Sicherheitsrat, das die Weltorganisation ihrer Handlungsfähigkeit beraube, sobald sich die Mitglieder des Sicherheitsrates nicht einig seien. Zudem sah sich Wehberg nach der Konferenz von Dumbarton Oaks in seiner Befürchtung einer „Kollektivhegemonie" der Siegermächte bestätigt, die „an sich stets das Zeichen der Schwäche in sich trägt"[1048]. Statt einer solchen kollektivhegemonial geprägten, notwendig brüchigeren Allianz solle ein wirklicher Völkerbund geschaffen werden[1049]. Um zumindest die seiner Ansicht nach größte Strukturschwäche der neuen Weltorganisation, die „Überspannung des Hegemonieprinzips" zu verhindern, empfahl der Kommentator der Völkerbundsatzung vier konkrete Modifikationen des neuen Statuts[1050]. Zunächst sollte auf das Vetorecht im Sicherheitsrat ebenso verzichtet werden wie dies für die Generalversammlung vereinbart worden war. Darüber hinaus müsse dem IGH das Auslegungsmonopol für die juristische Interpreta-

[1045] Ibid. S. 57.

[1046] Ibid. S. 54. Der Aufsatz basiert auf einem Vortrag, den Wehberg am 1. 12. 1943 vor Studenten der rechts- und staatswissenschaftlichen Fakultät der Universität Zürich gehalten hatte.

[1047] DERS., Historische und grundsätzliche Betrachtungen zur Völkerbundfrage. Zugleich ein Beitrag zur Struktur und Fortbildung der Empfehlungen von Dumbarton Oaks, in: Die Friedens-Warte, 45. Jg., Nr. 1/2 (1945), S. 1–29 (20).

[1048] Ibid. S. 25.

[1049] Die terminologische Differenzierung zwischen einer „voraussichtlich kurzfristigen" Allianz und einem wirklichen Völkerbund, der dem allgemeinen Interesse der Staatengemeinschaft in höherem Maße entspreche, ist eine Konstituante der Arbeiten Wehbergs; vgl. auch ibid. S. 24, Anm. 37.

[1050] Ibid. S. 26.

tion der UN-Satzung eingeräumt werden. Als Gegengewicht zur politischen Dominanz der Großmächte schlug Wehberg die Einrichtung unabhängiger Sachverständigenausschüsse vor, die dem Sicherheitsrat in allen entscheidenden Fragen zur Seite stehen sollten. Als letzten Punkt griff Wehberg eine Idee auf, die Erich Koch-Weser zu einem zentralen Element seiner Europabundsatzung erhoben hatte: die Stärkung der Stellung des Generalsekretärs, der die Interessen der gesamten Organisation gegenüber dem Einfluß der Großmächte wahrzunehmen habe. Auf diese Weise hoffte der Völkerrechtler, in die alliierte Konzeption zumindest einige karge Ansätze einer späteren Weltföderation zu implementieren, deren Verwirklichung er gleich Stampfer künftigen Generationen zu überlassen gedachte.

Wehbergs Ideal einer Weltorganisation war eine konzeptionelle Fortentwicklung des Völkerbundes mit einem starken, demokratisch legitimierten Weltparlament[1051]. Wichtig war ihm nach wie vor eine internationale Autorität mit Befehlsgewalt gegenüber den Mitgliedstaaten[1052]. Diese starke internationale Autorität dachte er sich in institutioneller Hinsicht als eine Kombination aus Weltregierung und Weltparlament. Für die demokratische Legitimation des Weltparlaments sei entscheidend, daß die Abgeordneten nicht von den Staaten ernannt, sondern von den Völkern gewählt würden, so daß das Parlament ein gleichberechtigtes Pendant des Staatenrates sei. Während dem Parlament zentrale Befugnisse wie das Bundeshaushaltsrecht, die völkerrechtliche Gesetzgebung und die Ernennung der Weltregierung übertragen werden sollten, kam dem Staatenrat in Wehbergs Entwurf die Funktion einer zweiten Kammer zu, in der jeder Staat nur eine einzige Stimme haben dürfe[1053]. Dies entsprach Wehbergs Anliegen, die hervorgehobene Stellung der Großmächte in beiden Kammern so weit wie möglich zu beschneiden[1054]. Zweifellos zählte Wehberg zu den profiliertesten Kritikern der alliierten Nachkriegskonzeption, der sich um konstruktive Mitarbeit bemühte. In diesem Sinne betonte er wiederholt, daß die Schaffung des von ihm und anderen geforderten Weltparlaments nicht notwendig die Konstituierung eines Weltbundesstaates bedeuten müsse, wenngleich dies sicherlich das politische Optimum gewesen wäre. Angesichts der eher antiföderalen Grundtendenz der alliierten Großmächte konnte sich der Völkerrechtler mit der Begründung eines universellen „Friedens-Zweckverbandes"[1055] zufriedengeben, wenn im Statut der neuen Weltorganisation jedenfalls die Option auf eine spätere Weiterentwicklung angelegt werde.

1051 Ibid. S. 57.
1052 DERS., Die Organisation der Staatengemeinschaft nach dem Kriege, in: Die Friedens-Warte, 44. Jg., Nr. 2/3 (1944), S. 57.
1053 Ibid. S. 72.
1054 Ibid. S. 72.
1055 Ibid. S. 70.

## 3. Zum Europagedanken im innerdeutschen Widerstand: ein Vergleich

Als die ersten Nachrichten über das mißlungene Attentat vom 20. Juli 1944 den Atlantik überquert hatten, urteilte der Sozialdemokrat Rudolf Katz: „Es handelt sich nicht um eine aktuelle Revolte, nicht um einen Putsch-Versuch einer größeren Machtgruppe. Es handelt sich vielmehr um eine ‚Purge'"[1056], eine gezielt herbeigeführte Reinigungsaktion des Hitler-Regimes. Sicherlich unterschätzte Katz die weitverzweigten Verflechtungen der mit dem 20. Juli 1944 mehr oder weniger in Verbindung stehenden Widerstandsgruppen innerhalb Deutschlands. Eines aber lassen Katz' Worte deutlich erkennen: das tief verwurzelte Mißtrauen der Emigranten gegenüber dem innerdeutschen Widerstand, soweit er nicht unmittelbar in den Bevölkerungsgruppen wurzelte, die mit dem Exil in organisatorischer Verbindung standen. Die Widerstandsgruppen, die mit dem Attentat des Obersten von Stauffenberg in Verbindung standen, rekrutierten sich jedoch vorwiegend aus den alten Eliten eines Teils der Militärführung, des diplomatischen Korps, der Verwaltung und der Kirchen. Deren „Verbindung zu der großen Welt"[1057] erschöpfte sich in unregelmäßigen Bemühungen, mit Vertretern der alliierten Regierungen ins Gespräch zu kommen und ihnen Denkschriften zur künftigen Rolle Deutschlands und Europas zu übermitteln. Über organisatorische Verbindungen zum Ausland oder gar zum deutschen Exil verfügten diese Gruppen nicht. Selbst die an den Kreisen um Moltke und Goerdeler beteiligten Sozialdemokraten wie Carlo Mierendorff, Adolf Reichwein, Theodor Haubach, Julius Leber oder Wilhelm Leuschner standen in eher losem Kontakt zum Exilvorstand der Sopade. Der spärliche Kontakt zwischen den genannten Sozialdemokraten und der Exilvertretung ihrer Partei ist nicht zuletzt auf die bis 1938 erfolgte gründliche Zerschlagung der grenzüberschreitenden illegalen Kommunikationsstrukturen durch die Gestapo sowie zu einem nicht geringen Anteil auf die Eigenwilligkeit dieser sozialdemokratischen Individualisten zurückzuführen. Ohnehin hatte es selbst zwischen den sozialdemokratischen und sozialistischen Exilvertretungen und ihren innerdeutschen Verbindungsgruppen zu keinem Zeitpunkt ein tatsächliches „Anleitungsverhältnis"[1058] gegeben.

Mithin kann festgehalten werden, daß sich die zwei von Beginn an ungleichen Seiten der deutschen Widerstandsmedaille, der innerdeutsche Widerstand einerseits und das deutsche Exil andererseits, im Kriegsverlauf weiter entfremdeten, so daß im Jahre 1944 schließlich für die jeweils andere Seite

[1056] KATZ, Der zwanzigste Juli. Putschversuch oder Purge?, in: NVZ, 13. Jg., Nr. 31 (29. 7. 1944), S. 4.
[1057] So der Titel einer Abhandlung von KLEMPERER, „Verbindung zu der großen Welt" 1990.
[1058] MEHRINGER, Anmerkungen zum Verhältnis von Exil und innerdeutschem Widerstand 1998, S. 106.

nur noch Mißtrauen aufgebracht wurde. Während das Exil, soweit es überhaupt über Aktivitäten des innerdeutschen Widerstandes unterrichtet war, die Verflechtungen der überwiegend bürgerlichen Widerstandskämpfer mit dem nationalsozialistischen System kritisch bis ablehnend beurteilte, war für die große Mehrheit der inneren Widerstandsgruppen schon der Entschluß zur Emigration unverständlich: „Besser ‚Talleyrandsche Methoden' anwenden, seine wahre Gesinnung also tarnen, sich demütigen lassen und ein Doppelspiel treiben, aber heimlich Widerstand leisten, statt zu emigrieren – so lautete selten einmütig die Auffassung der Verschwörer des 20. Juli."[1059] Insofern verwundert es nicht, daß sich Exil und innerer Widerstand als zwei voneinander völlig unabhängige Handlungsebenen erwiesen, die sich durch „jeweils eigenständige Interessen, Kampfformen, Bewußtseinslagen und politisch-intellektuelle Leistungen"[1060] auszeichneten.

Im folgenden kann es nicht darum gehen, einen ausführlichen Vergleich des Europadiskurses im Exil mit dem Europadiskurs im innerdeutschen oder gar europäischen Widerstand anzustellen, denn dieser umfassenden Fragestellung kann nur monographisch angemessen begegnet werden. Vielmehr soll ein kursorischer Überblick über zentrale Forderungen in den Europadebatten des innerdeutschen Widerstands die Unterschiede und Gemeinsamkeiten mit dem deutschen Exil hervorheben. So wird der Europadiskurs des Exils in den historischen Zusammenhang der gesamten deutschen Widerstandsbewegung eingeordnet und zugleich die trotz vielfältiger Irrtümer und Mißverständnisse nicht zu leugnende Leistung des Exils als bedeutendem Teil des aktiven Widerstandes offenbart.

Ungeachtet der recht großen Zahl an Widerstandsgruppen innerhalb des nationalsozialistischen Deutschlands reduziert sich die Auseinandersetzung mit programmatischen Fragestellungen der Außenpolitik auf nur wenige Gruppen des bürgerlichen Widerstandes. Die sozialistischen und sozialdemokratischen Widerstandsgruppen konzentrierten sich auf die äußert schwierige Organisation des täglichen illegalen Widerstandes vor Ort und in den Betrieben und überließen den programmatischen Teil der Widerstandsarbeit ihren Leitungsgremien im Ausland. Der anfangs starke und weit verzweigte kommunistische Widerstand innerhalb Deutschlands zeigte wenig Interesse an außenpolitischen Überlegungen und richtete sich – trotz divergierender Ansichten einzelner – nach den Vorgaben aus Moskau. Auch der heterogene Kreis um Arvid Harnack und Harro Schulze-Boysen, der von der Gestapo dem europäischen Widerstandsnetz der Roten Kapelle zugerechnet worden war, widmete sich nicht explizit der Europaproblematik.

Unter den innerdeutschen Widerstandsgruppen, die sich ausführliche Erörterungen der außenpolitischen Rahmenbedingungen und Zukunftssze-

[1059] EHLERS, Technik und Moral 1964, S. 28.
[1060] MEHRINGER, Anmerkungen zum Verhältnis von Exil und innerdeutschem Widerstand 1998, S. 106.

narien leisteten, ragen zwei Repräsentanten des zivilen bürgerlichen Widerstandes besonders hervor: die sogenannte Honoratiorengruppe um den ehemaligen Leipziger Oberbürgermeister Carl Goerdeler und der Kreisauer Kreis um Helmuth von Moltke und Peter Yorck von Wartenburg.

Die Honoratiorengruppe, deren zentrale Figur, der Nationalliberale Carl Goerdeler, als „Magnet und Motor" der Opposition bezeichnet worden ist[1061], setzte sich vorwiegend aus ehemaligen und im Amt verbliebenen Verantwortungsträgern aus Verwaltung und Politik zusammen. Zu den prominenten Mitgliedern zählten der ehemalige Botschafter Ulrich von Hassell sowie die beiden ursprünglich begeisterten Nationalsozialisten Johannes Popitz, preußischer Finanzminister, und der Staatsrechtler Jens Jessen. Die Arbeiterbewegung war durch den christlichen Gewerkschafter Jakob Kaiser und den sozialdemokratischen Gewerkschafter Wilhelm Leuschner vertreten. Auch der ehemalige Chef des Generalstabs des Heeres, Ludwig Beck, kann zum Goerdeler-Kreis gezählt werden. Goerdeler selbst war 1940 aus Protest gegen die Entfernung des Leipziger Mendelssohn-Denkmals zurückgetreten. Nicht nur das antisemitische Motiv, sondern vor allem das eigenmächtige Handeln der örtlichen NSDAP-Führer während seiner dienstlich bedingten Abwesenheit hatten Goerdeler gegen die Partei in Stellung gebracht, zumal ihm als überzeugtem Kommunalpolitiker die Eigenständigkeit des Bürgermeisters gegenüber der Partei viel bedeutete[1062].

Der Kreisauer Kreis rekrutierte sich ebenfalls aus den Reihen der alten Eliten, repräsentierte jedoch deren jüngere Generation[1063]. Neben dem „Herzen"[1064] des Kreises, Peter Yorck von Wartenburg, und dem als „Beweger"[1065] titulierten Helmuth von Moltke, den George F. Kennan als „eine[n] der wenigen protestantischen Märtyrer unserer Tage" bezeichnete[1066], gehörten zu dieser bedeutenden Widerstandsgruppe die Diplomaten Adam v. Trott zu Solz und Hans-Bernd v. Haeften, die höheren Verwaltungsbeamten Horst von Einsiedel und Carl Dietrich von Trotha, der sozialdemokratische Reformpädagoge Adolf Reichwein, die Hofgeismarer Carlo Mierendorff und Theodor Haubach, Kardinal Faulhaber, der Jesuitenpater Alfred Delp und die protestantischen Theologen Harald Poelchau und Eugen Gerstenmaier.

Während der Goerdeler-Kreis seine geistigen Wurzeln recht homogen im nationalkonservativen Denken des 19. Jahrhunderts fand und sich in bestimmten Punkten mit den Ansichten des Staatsrechtlers Carl Schmitt einig wußte, liefen im Kreisauer Kreis „vielfältige geistesgeschichtliche und bio-

[1061] Vgl. FEST, Staatsstreich 1994, S. 148.
[1062] Vgl. ROON, Widerstand 1979, S. 140.
[1063] Vgl. MEHRINGER, Widerstand und Emigration 1997, S. 193.
[1064] Vgl. FEST, Staatsstreich 1994, S. 158.
[1065] Ibid.
[1066] KENNAN, Memoiren 1971, S. 128ff.

graphische Entwicklungslinien ineinander"[1067]. In seiner Studie über „Widerstand und Emigration" nennt Mehringer vier bestimmende Entwicklungslinien[1068]: die Reformpädagogik mit den Bildungsidealen der Jugendbewegung, den religiösen Sozialismus nach Paul Tillich[1069], die katholisch geprägten sozialreformerischen Traditionen und die sozialistische Tradition.

Lange Zeit arbeiteten der Kreisauer Kreis und der Goerdeler-Kreis trotz individueller Kontakte getrennt voneinander, bis sie sich am 8. Januar 1943 zu einem ersten Gedankenaustausch trafen. Wenngleich die Vertreter des Kreisauer Kreises jedenfalls in einer Personalie einlenkten und Goerdeler für den Posten des künftigen Reichskanzlers akzeptierten, traten bei dem Treffen viele Bruchlinien offen zutage, die man auch in der nachfolgenden Zeit nicht auszuräumen vermochte.

Während Goerdeler mit dem militärischen Widerstand in enger Verbindung stand, waren die Kontakte zwischen dem Militär und dem Kreisauer Kreis, der zumindest in Teilen ein fundamental anderes, strikt gewaltloses Widerstandsverständnis hatte[1070], weniger ausgeprägt. Erst die prozessuale Zusammenlegung in den Volksgerichtshofsprozessen nach dem Attentatsversuch vom 20. Juli 1944 stellte den Goerdeler-Kreis, den Kreisauer Kreis und den militärischen Widerstand unzutreffend als eine einheitliche Widerstandsbewegung dar. Doch entsprach dies auch der Wahrnehmung Hitlers, der nach Einsichtnahme in die aufgefundenen Tagebücher von Admiral Canaris seine ursprüngliche, in der Radiorede vom 21. Juli 1944 veröffentlichte These von einigen wenigen Verschwörern widerlegt zu sehen meinte. Daraufhin gab er in einem Zustand gesteigerten Verfolgungswahns den Befehl zur Aburteilung der inhaftierten Verdächtigen, die sogleich unter gröbster Mißachtung selbst der NS-Strafgesetze von Standgerichten zum in der Regel sofort vollstreckten Tod durch den Strang verurteilt wurden. Helmuth v. Moltke, den der amerikanische Diplomat George F. Kennan als „tiefreligiöse[n] Mann von ungewöhnlichem moralischem Mut" charakterisierte, bedauerte zutiefst die unterschiedlose Vermischung des Kreisauer Kreises und seiner eigenen Person mit dem „Goerdeler-Mist" und dem gewaltsamen Vorgehen Stauffenbergs[1071].

In ihrer europapolitischen Programmatik standen sich die Kreisauer und die „Honoratioren" nahezu diametral gegenüber. Moltke, Trott und andere forderten einen souveränen europäischen Bundesstaat, während die Honoratiorengruppe offen für ein Europa unter deutscher Hegemonie warb. Erst als Goerdeler begann, den deutschen Führungsanspruch sukzessive durch die

[1067] Vgl. MEHRINGER, Widerstand und Emigration 1997, S. 193.
[1068] Ibid.S. 193f.
[1069] Die Ideen des religiösen Sozialismus wurden primär durch den protestantischen Gefängnispfarrer Harald Poelchau in den Kreis eingebracht; vgl. ibid. S. 194.
[1070] Zu diesem tragenden Unterschied zwischen der Goerdeler-Gruppe und dem Kreisauer Kreis vgl. FEST, Staatsstreich 1994, S. 163.
[1071] Zit. n. FEST, Staatstreich 1994, S. 315.

Vision eines europäischen Friedensbundes ohne Hegemonialmacht zu ersetzen, kamen sich Moltke und Goerdeler in der Europafrage ein wenig näher.

Für die europäischen Neuordnungspläne des Kreisauer Kreises sind vor allem die Denkschriften und Notizen von Moltke und Trott zu Solz sowie die Ergebnisse der drei Haupttagungen vom Mai 1942, Oktober 1942 und Juni 1943 ausschlaggebend. Konzipiert als Alternative zum totalen Machtanspruch des „Dritten Reiches"[1072], hatten die Kreisauer Europadebatten keineswegs zum Ziel, ein konsensorientiertes Minimalprogramm zu entwickeln. Vielmehr bemühte man sich um einen christlich-sozialistischen Idealentwurf[1073], der sich im Vergleich zu den Überlegungen der Honoratiorengruppe insgesamt als differenzierter und sensibler erwies[1074].

Bestimmendes Motiv der Kreisauer Europavorstellungen war „die verpflichtende Besinnung des Menschen auf die göttliche Ordnung, die sein inneres und äußeres Dasein trägt"[1075]. Daraus folgte die zentrale politische Forderung, die den Kreisauer Kreis von den meisten innerdeutschen Widerstandsgruppen unterscheidet[1076]: die Überwindung des übersteigerten Nationalismus zugunsten einer einheitlichen Souveränität für Europa[1077]. Moltke, der ohne Wehmut und Bedauern Deutschlands „totale[m] Zusammenbruch als nationale Einheit"[1078] gelassen entgegensah, erhoffte sich von einem vereinigten Europa das Ende des Nationalismus, der Gewaltpolitik und des Rassegedankens sowie der Gewalt des Staates über den einzelnen[1079]. In Übereinstimmung mit den Europakonzepten des deutschen Exils begrüßten die Kreisauer die Möglichkeit, innerhalb eines europäischen Bundesstaates die zahlreichen Minderheitenfragen friedlich zu lösen und die vielfältigen Kriegsherde endgültig zu beseitigen. Das Programm war darauf ausgelegt, strukturelle Bedingungen für einen nachhaltigen Frieden in Europa zu schaffen und zugleich die gemeinsame Aufbauarbeit nach dem Krieg als Chance für eine weitergehende Kooperation zu begreifen[1080]. Dies setzte jedenfalls nach der Überzeugung des inneren Kreises eine sichtbare Einschränkung der nationalstaatlichen Souveränität durch eine wirksame internatio-

[1072] MOMMSEN, Künftige Neuordnung 1994, S. 246; siehe auch DERS., Alternative zu Hitler 2000, S. 207–229.
[1073] FEST, Staatsstreich 1994, S. 160 sieht darin sogar einen „stark utopische[n] Zug".
[1074] Vgl. MEHRINGER, Widerstand und Emigration 1997, S. 193.
[1075] Grundsätze für die Neuordnung, 9. 8. 1943, abgedruckt in: LIPGENS, Föderationspläne 1968, S. 153ff. (153).
[1076] Vgl. ROON, Neuordnung im Widerstand 1967, S. 452.
[1077] Moltke, Ausgangslage, Ziele und Aufgaben, 24. 4. 1941, abgedruckt in: ROON, Neuordnung im Widerstand 1967, S. 507–517 (512). Das Dokument findet sich auch in der Quellensammlung von LIPGENS, Föderationspläne 1968, S. 111–117.
[1078] Moltke an Lionel Curtis, [Mitte Mai?]1942, abgedruckt in: LIPGENS, Föderationspläne 1968, S. 128–130 (129).
[1079] Moltke, Ausgangslage, Ziele und Aufgaben, 24. 4. 1941, abgedruckt in: ROON, Neuordnung im Widerstand 1967, S. 510.
[1080] ROON, Neuordnung im Widerstand 1967, S. 454.

nale Instanz voraus, die soziale Gerechtigkeit und „Ordnung bei einem Maximum von Freiheit" gewährleisten müsse[1081].

Wie viele Emigranten hatten insbesondere Moltke und die Kreisauer Sozialdemokraten die Dringlichkeit einer Europäisierung des Bewußtseins erkannt. Sie forderten die Schaffung einer gemeinsamen christlich-humanistisch-sozialistischen Grundauffassung[1082], denn: „Es hat nun gar keinen Sinn, die einheitliche Souveränität herzustellen, wenn es nicht gelingt, dem europäischen Staatsvolk die einheitliche Grundauffassung wiederzugeben, die Jahrhunderte lang verschüttet gewesen ist."[1083] Moltke dachte dabei an eine Rückbesinnung auf die gemeinsame gesamteuropäische Kultur und Tradition. In diesem Zusammenhang stehen seine berühmten Worte aus einem Brief an Lionel Curtis: „Für uns ist Europa nach dem Kriege weniger eine Frage von Grenzen und Soldaten, von komplizierten Organisationen oder großen Plänen. Europa nach dem Kriege ist die Frage: Wie kann das Bild des Menschen in den Herzen unserer Mitbürger aufgerichtet werden."[1084]

Charakteristisches Kernelement des „europäischen Internationalismus"[1085] der Kreisauer war zweifellos die weitreichende Souveränität, die man dem europäischen Bundesstaat zugestehen wollte. In diesem Punkt wurden selbst die Konzepte einiger überzeugter Europaföderalisten des Exils übertroffen. Gleichwohl darf nicht übersehen werden, daß der Grad der Einschränkung nationalstaatlicher Souveränität innerhalb des Kreisauer Kreises umstritten war. Am weitesten ging Moltke, dessen Konzept der kleinen Gemeinschaften zur Wiederherstellung und Stärkung des individuellen Verantwortungsgefühls[1086] im Exil nur bei Friedrich Darmstaedter wiederzufinden ist[1087]. Moltke forderte wie Darmstaedter die Zerschlagung der Nationalstaaten und die Neueinteilung des europäischen Kontinents – ohne Großbritannien und die Sowjetunion[1088] – in historisch gewachsene, nicht souveräne

[1081] Zit. n. ROON, Neuordnung im Widerstand 1967, S. 469. Nach Mommsens Einschätzung verstanden sich deshalb zumindest die Angehörigen des inneren Kreises als Revolutionäre; vgl. MOMMSEN, Künftige Neuordnung 1994, S. 260.

[1082] Vgl. ROON, Neuordnung im Widerstand 1967, S. 456.

[1083] Moltke, zit. n. ROON, Neuordnung im Widerstand 1967, S. 455.

[1084] Moltke an Curtis, [Mitte Mai?] 1942, abgedruckt in: LIPGENS, Föderationspläne 1968, S. 130.

[1085] GRAML, Außenpolitische Vorstellungen 1984, S. 117.

[1086] Moltke, Ausgangslage, Ziele und Aufgaben, 24. 4. 1941, abgedruckt in: ROON, Neuordnung im Widerstand 1967, S. 510.

[1087] Vgl. dazu das Kapitel IV.2.5.

[1088] Die Beteiligung Großbritanniens und der Sowjetunion wurde jedoch lebhaft diskutiert. So sprach sich Moltke wegen der britischen Verpflichtungen gegenüber dem Empire gegen eine Einbindung Großbritanniens aus, während Trott dafür war. Eine Einbindung der Sowjetunion dagegen wurde allgemein abgelehnt, auch wenn die Notwendigkeit freundschaftlicher Zusammenarbeit angesichts der zu erwartenden starken Position Rußlands auf dem europäischen Kontinent unterstrichen wurde, vgl. ROON, Neuordnung im Widerstand 1967, S. 460f. Es sei allerdings hingewiesen auf Moltkes vor dem 22. 6. 1941 geäußerte Idee einer Integration des europäischen Teils der Sowjet-

Selbstverwaltungseinheiten etwa vergleichbarer Größe[1089]. Damit könnten die nationalen Egoismen endgültig überwunden, das deutsch-französische Übergewicht gebrochen und die Entstehung neuer Hegemonien verhindert werden[1090]. In der Konsequenz bedeutete dies die völlige Aufhebung der nationalstaatlichen Souveränität und die Schaffung einer einheitlichen europäischen Souveränität „von Portugal bis zu einem möglichst weit nach Osten vorgeschobenen Punkt, bei Aufteilung des ganzen Festlandes in kleinere nicht-souveräne Staatsgebilde, die unter sich Verflechtungen politischer Art haben"[1091].

Moltkes weitgehende Neuordnungsvorstellungen stießen bei den meisten Kreisauern allerdings auf Ablehnung, wenngleich man sich einig war, daß die dominierende Stellung der europäischen Großmächte gebrochen und absolute Souveränität der Nationalstaaten relativiert werden müsse. Stellvertretend für die Mehrheit der Kreisauer umschrieb der Mitarbeiter des Auswärtigen Amtes, Adam von Trott zu Solz, die gestufte Einschränkung der nationalstaatlichen Souveränität mit der Forderung nach „Zusammenlegungen der administrativen Souveränität auf Teilgebieten des Lebens"[1092]. Dem lag die Idee eines „europäische[n] Föderalismus innerhalb Deutschlands"[1093] zugrunde, der sich mit dem auch in den Exilplänen häufig anzutreffenden doppelten Föderalismus in Deutschland und Europa deckte[1094]. Konnte Moltke seine Idee der fundamentalen Neuordnung des Kontinents nicht durchsetzen, so bleibt doch das eindrucksvolle Bekenntnis aller Kreisauer zum gesamteuropäischen Bundesstaat, das als Überzeugung des gesamten Kreises erstmals in den „Grundsätzen für die Neuordnung" vom August 1943 Ausdruck fand[1095]. In sozialdemokratischer Diktion beschrieb Theodor Steltzer

union bis zum Ural als „Schutzbefohlene" ohne mitgliedschaftliches Vollrecht: Moltke, Ausgangslage und Aufgaben, 9. 6. 1941, abgedruckt in: LIPGENS, Föderationspläne 1968, 117–121 (118).

[1089] Moltke, Ausgangslage, Ziele und Aufgaben, 24. 4. 1941, abgedruckt in: ROON, Neuordnung im Widerstand 1967, S. 513.

[1090] Ibid.

[1091] Ibid. S. 512.

[1092] Trott, handschriftliche Notizen in den USA, Winter 1939/40, abgedruckt in: LIPGENS, Föderationspläne 1968, S. 105f. (106).

[1093] Trott, Denkschrift für Sir Stafford Cripps, Ende April 1942, abgedruckt in: LIPGENS, Föderationspläne 1968, S. 125–128 (127).

[1094] In Verkennung des Initiativpotentials idealistischer Programmatik urteilt GRAML, Die außenpolitischen Vorstellungen 1966, S. 52f.: „Eben weil er sie als ‚notwendige Einrichtungen' ansah, verstand Trott auch besser als Moltke, daß die Existenz und die Souveränität der Staaten Realitäten sind, die man höchstens benutzen, nicht aber einfach liquidieren kann."

[1095] Die Kreisauer „Grundsätze für die Neuordnung", 9. 8. 1943, abgedruckt in: LIPGENS, Föderationspläne 1968, S. 153ff.: „Die freie und friedliche Entfaltung nationaler Kultur ist mit der Aufrechterhaltung absoluter einzelstaatlicher Souveränität nicht mehr zu vereinbaren. Der Friede erfordert die Schaffung einer die einzelnen Staaten umfassenden Ordnung. Sobald die freie Zustimmung aller beteiligten Völker gewährleistet ist, muß den Trägern dieser Ordnung das Recht zustehen, auch von jedem einzel-

fünf Tage vor Stauffenbergs Attentat auf Hitler den europäischen Bundesstaat als Ausdruck des Genossenschaftsgedankens: „Wir müssen jetzt lernen, von einer realistischen Beurteilung der Wirklichkeit auszugehen. Ihre Konsequenz kann nur die Erkenntnis sein, daß Deutschland in Zukunft gar nicht mehr die Möglichkeit hat, machtmäßig und rohstoffmäßig als souveräner Einzelstaat weiter zu existieren und seine Stellung und Sicherung nur als genossenschaftliches Mitglied einer größeren Völkerorganisation finden kann."[1096]

In institutioneller Hinsicht präferierte der Kreisauer Kreis gemäß Moltkes dem Subsidiaritätsgedanken entlehnten Verdikt der kleinen Gemeinschaften einen Aufbau von unten mit möglichst umfangreichen Zuständigkeiten der nicht souveränen Selbstverwaltungseinheiten[1097]. In Moltkes Europaplan verfügte der europäische Bundesstaat über eine starke Exekutive in der Gestalt einer europäischen Regierung mit mindestens fünf Mitgliedern: dem Ministerpräsidenten und je einem Ressortleiter für Außenpolitik, Wehrangelegenheiten, Inneres und Wirtschaft. Unterstützung würde das europäische Kabinett durch ein gesamteuropäisches ständiges Sekretariat sowie eine gesamteuropäische Planwirtschaftsbehörde erhalten[1098]. Deren Kontrolle sollte einem gesamteuropäischen höchsten Gericht als Judikative und einer zweigeteilten Legislative übertragen werden. Moltke befürwortete ein Zweikammersystem mit einer direkt gewählten europäischen Völkervertretung und einem Gesandtentag der europäischen Staaten[1099]. Dem Gesandtentag würden Vertreter der Länderregierungen angehören, denen lediglich eine beratende Funktion zukommen sollte[1100].

Bis 1943 ging Moltke von einer europäischen Eigendynamik aus, die die Kriegsgegner in allen europäischen Staaten an die Spitze bringen würde. Diese würden sich dann untereinander auf einen „wahrhaft europäischen Friedensschluß" einigen[1101]. Zu dieser Zeit erwartete Moltke, der das ordnungspolitische Machtpotential Großbritanniens lange überschätzte, eine „Fusion" des britischen Empire mit den USA, wodurch die „unbestrittene und unbestreitbare Vorherrschaft" wieder aufgerichtet würde, die die Voraussetzung für einen stabilen Frieden sei[1102]. Darin spiegelt sich die ausge-

nen Gehorsam, Ehrfurcht, notfalls auch den Einsatz von Leben und Eigentum für die höchste politische Autorität der Völkergemeinschaft zu fordern."

[1096] Steltzer, Denkschrift an englische Freunde, 15. 7. 1944, abgedruckt in: LIPGENS, Föderationspläne 1968, S. 168–170 (169f.).

[1097] Vgl. die o. g. Zitate zur Einschränkung der Souveränität sowie ROON, Neuordnung im Widerstand 1967, S. 455.

[1098] Moltke, Ausgangslage, Ziele und Aufgaben, 24. 4. 1941, abgedruckt in: ROON, Neuordnung im Widerstand 1967, S. 517.

[1099] Ibid.

[1100] Ibid. S. 513.

[1101] Zit. n. MOMMSEN, Künftige Neuordnung 1994, S. 253.

[1102] Brief Moltkes an seine Frau, 6. 11. 1940, zit. n. ROON, Neuordnung im Widerstand 1967, S. 464. In seiner Denkschrift sprach Moltke von einer „angelsächsische[n]

prägte Westorientierung, die der Kreisauer Kreis als nahezu einzige Widerstandsgruppe des innerdeutschen Widerstandes verfocht[1103], während der übrige bürgerliche Widerstand der Idee eines „dritten Weges" Deutschlands zwischen Ost und West nachhing[1104]. Bezeichnenderweise setzten sich die Kreisauer auch intensiver als andere innerdeutsche Widerstandsgruppen mit dem Freiheitsbegriff auseinander[1105].

Als sich aber im Verlaufe des Jahres 1943 der Sieg der Alliierten unter dem beherrschenden Einfluß der außereuropäischen Großmächte abzeichnete, erkannte Moltke das west-östliche Spannungsfeld und plädierte noch im Frühjahr 1943 für einen deutschen Entspannungsbeitrag „zur Verhinderung einer organisatorischen Vergewaltigung des europäischen Lebens"[1106]. Damit entsprach er Trotts Vorstellung von einer Brücke zwischen dem „Realprinzip des Ostens" und dem „Personalprinzip des Westens"[1107]. Nachdem Großbritannien sichtbar von den beiden außereuropäischen Partnern faktisch entmachtet worden war und die wesentlichen Entscheidungen nunmehr allein zwischen Stalin und Roosevelt gefällt wurden, blieb dem Widerstandskämpfer nur die Hoffnung, daß die Sieger zumindest von dem „einsetzenden Neuordnungsimpuls" erfaßt würden[1108].

Auch mit der Frage einer Weltorganisation beschäftigte sich der Kreisauer Kreis verschiedentlich. Grundsätzlich war man der Auffassung, daß die europäische Neuordnung einer neuen Weltordnung zeitlich voranzugehen habe[1109]. Insbesondere in wirtschaftlicher Hinsicht betrachtete man diese zeitliche Reihenfolge als unabdingbar: „Die wirtschaftliche Ordnung Europas ist die Voraussetzung für eine wirtschaftliche Friedensordnung der Welt, in die sich Europa durch Beteiligung am Welthandel eingliedert."[1110] Unmittelbar vor der Teheraner Konferenz warnte von Trott zu Solz davor, in den sich abzeichnenden Plänen der Alliierten für eine Weltorganisation ein omnipotentes Allheilmittel zu sehen[1111]. Trott kritisierte vor allem die einseitige

Union" mit wirtschaftlichem Schwerpunkt in den USA: Moltke, Ausgangslage, Ziele und Aufgaben, 24. 4. 1941, abgedruckt in: ROON, Neuordnung im Widerstand 1967, S. 512.

[1103] Vgl. MEHRINGER, Widerstand und Emigration 1997, S. 193.

[1104] Vgl. zu dieser typisch konservativen Denkfigur HAMMERSEN, Politisches Denken im Widerstand 1993, S. 91 ff.

[1105] Ibid. S. 110–114.

[1106] Denkschrift „Außen- und Innenpolitik", zit. n. MOMMSEN, Künftige Neuordnung 1994, S. 253.

[1107] Zit. n. MOMMSEN, Künftige Neuordnung 1994, S. 258.

[1108] Ibid. S. 253.

[1109] ROON, Neuordnung im Widerstand 1967, S. 467.

[1110] Moltke, Fragestellung zur Wirtschaftspolitik in ihrer Beziehung zur Außenpolitik, abgedruckt in: ROON, Neuordnung im Widerstand 1967, S. 552 f. (552). Ein weiterer Abdruck ist enthalten in: LIPGENS, Föderationspläne 1968, S. 150–152.

[1111] Trott, Bemerkungen zum Friedensprogramm der amerikanischen Kirchen, November 1943, abgedruckt in: ROON, Neuordnung im Widerstand 1967, S. 578–582

Fokussierung auf Weltpolizei und Rüstungsbeschränkung, die er als die „negativen Mittel der Friedenssicherung" bezeichnete. Damit machte der Diplomat auf die strikt repressive Ausrichtung des Konzeptes der „Vier Weltpolizisten" aufmerksam und mahnte eine Ergänzung um die Instrumente präventiver Konfliktverhütung an. Hierzu zählte Trott in erster Linie „die ständige Betätigung praktischer und konstruktiver Zusammenarbeit zwischen den Nationen"[1112], die er zu Recht in der alliierten Konzeption vermißte.

Im Gegensatz zum Kreisauer Kreis vertrat der Goerdeler-Kreis unverhohlen die Positionen einer großdeutschen Machtstaatspolitik. Innenpolitisch favorisierte man zumindest für eine Übergangszeit ein autoritäres Regime[1113]. Da die „Honoratioren" das Deutsche Reich als europäische Ordnungsmacht *par excellence* ansahen, konnten und wollten sie sich Europa nur unter deutscher Hegemonie vorstellen. Mit dem deutschen Sieg über Frankreich wurde die nationalkonservative Tendenz noch einmal gestärkt[1114]. So formulierte Goerdeler selbst in einer an den britischen Außenminister gerichteten Denkschrift über die „Grundsätze für Friedenswirtschaft" vom Oktober 1940: „Genau wie einst Preußen im preußischen Zollverein und im Norddeutschen Bunde muß heute Deutschland im neuen Europa den sichtbaren Vorteil der neuen Ordnung als Anziehungskraft auf die freie Entschließung der Völker wirken lassen, um sie für diese Ordnung und für eine deutsche Führung [sic!] zu gewinnen."[1115]

Anders fiel Goerdelers Beurteilung einer wirtschaftlichen Hegemonie Deutschlands aus. Hier erkannte er das immense Konfliktpotential einer von Berlin aus gelenkten europäischen Wirtschaft, „weil sie auf die in der Seele der Völker verankerten nationalen Empfindungen stoßen müßte"[1116]. Es bleibt offen, welche Gründe Goerdeler daran gehindert haben, diese realistische Einschätzung der Vorbehalte gegen ein deutsch dominiertes Europa von der ökonomischen auf die politische Ebene zu übertragen[1117]. Jedenfalls entwickelte Goerdeler bis 1943 das Konzept eines „nur" politisch von Deutschland dominierten Wirtschaftsraumes Europa, der nach und nach zu einem

(581). Das Dokument ist auch abgedruckt in: LIPGENS, Föderationspläne 1968, S. 162–165.

1112 Ibid.

1113 Fragwürdig erscheint die These KLEMPERERS, „Verbindung zu der großen Welt" 1990, S. 10, der deutsche Widerstand habe die Forderung nach einem autoritären Regime nach Hitler lediglich aus Rücksicht auf die seiner Ansicht nach unverzichtbare Mitwirkung der zögernden Generäle erhoben. Jedenfalls bei Goerdeler dürfte dahinter ein tatsächlicher Glaube an die Organisationskraft des Autoritären gestanden haben.

1114 FEST, Staatsstreich 1994, S. 166, spricht von „tief im Bewußtsein verankerten Vormachtreflexe[n]".

1115 Goerdeler, Grundsätze für Friedenswirtschaft, Oktober 1940, abgedruckt in: LIPGENS, Föderationspläne 1968, S. 109ff. (110).

1116 Ibid. S. 110f.

1117 LIPGENS, Föderationspläne 1968, S. 109 verweist auf Goerdelers Balkanreise 1938, die ihn bewogen haben soll, sich in ökonomischer Hinsicht für einen europäischen Zusammenschluß auszusprechen.

Militärbund erweitert werden sollte. In der Denkschrift „Das Ziel" vertrat der ehemalige Kommunalpolitiker diese Positionen letztmalig in uneingeschränktem Umfang und verstieg sich zu der Behauptung, „daß bei rechtzeitigem Handeln, d.h. Abbruch des Krieges zugunsten eines sinnvollen politischen Systems, der europäische Staatenbund unter deutscher Führung in 10 bis 20 Jahren Tatsache sein wird"[1118]. Ebenso dachte der 1938 zurückgetretene Chef des Generalstabs des Heeres, Ludwig Beck, an einen europäischen Wirtschaftszusammenschluß, blieb darüber hinaus jedoch ebenso im konventionellen Nationalstaatsdenken verhaftet wie Goerdeler zu dieser Zeit[1119].

Goerdelers strikt nationalstaatliches Denken erfuhr durch die deutschen Niederlagen des Jahres 1942 und sicherlich auch durch die wachsende Einsicht in den logischen Bruch zwischen seinem außenpolitischen und dem außenwirtschaftlichen Konzept eine grundlegende Umorientierung, die sich schrittweise vollzog. In einer „Erklärung zur Atlantik-Charta" vom 13. Dezember 1942 verzichtete Goerdeler erstmals auf den deutschen Führungsanspruch in Europa, beharrte jedoch weiterhin auf der uneingeschränkten Souveränität der Nationalstaaten[1120]. Ausgehend von den vorhandenen nationalen Organisationen sollte schrittweise die wirtschaftliche, geistige und kulturelle Annäherung der europäischen Staaten betrieben werden[1121]. Obwohl Goerdeler die Errichtung neuer Organisationen grundsätzlich ablehnte, schlug er die Schaffung eines ständig tagenden europäischen Wirtschaftsrates vor, dessen Aufgaben in der Vereinfachung des Grenzverkehrs, dem allmählichen Abbau der Zollschranken, der Anbahnung einheitlicher Bestimmungen für Verkehr und Telekommunikation sowie der Rechtsangleichung im Handelsrecht, Wechselrecht und Bürgerlichem Recht bestehen sollten[1122]. Statt der seines Erachtens zu hoch gesteckten Ziele des alten Völkerbundes sprach sich der ehemalige Oberbürgermeister von Leipzig für die Minimalversion einer intergouvernemental strukturierten Weltorganisation aus, die er sich als „ein ständig arbeitendes kleines Büro" vorstellte mit der einzigen Aufgabe, Zusammenarbeit und Vertrauen unter den Völkern zu fördern[1123]. An die Bildung einer Völkerbundsexekutive sei erst zu denken, „wenn in Europa eine gewisse Stufe der Zusammenarbeit erreicht und für Europa eine europäische Polizeigewalt stabilisiert ist"[1124].

Mitte 1943 – möglicherweise beschleunigt durch das Treffen mit dem dezi-

[1118] Goerdeler, Das Ziel, abgedruckt in: LIPGENS, Föderationspläne 1968, S. 123ff. (125).
[1119] Beck, Voraussetzungen und Grundsätze, Juni 1942, abgedruckt in: LIPGENS, Föderationspläne 1968, S. 136f.
[1120] Goerdeler, Erklärung zur Atlantik-Charta, 13. 12. 1942, abgedruckt in: LIPGENS, Föderationspläne 1968, S. 143–146 (144).
[1121] Ibid. S. 145.
[1122] Ibid.
[1123] Ibid.
[1124] Ibid. S. 145f.

diert europaföderalistischen Kreisauer Kreis vom 8. Januar 1943[1125] – wandte sich Goerdeler ausdrücklich vom deutschen Hegemonialanspruch ab und propagierte nunmehr das Ziel einer europäischen Föderation gleichberechtigter Mitgliedstaaten: Europa müsse sich „zu einem ewigen Friedensbund zusammenfinden, in dem weder Deutschland noch eine andere Macht Vorherrschaft beansprucht"[1126]. Dabei betrachtete er den europäischen Zusammenschluß auch als „Sicherung gegen [die] russische Übermacht"[1127], optimalerweise garantiert durch eine natürliche Interessengemeinschaft Deutschlands und Großbritanniens, denn: „Man wird damit rechnen müssen, daß Amerika nicht immer die Sicherung Europas gegenüber Rußland mit übernimmt."[1128] Nun erfuhr auch die Idee des ursprünglich intergouvernementalen europäischen Wirtschaftsrates eine bedeutende Weiterentwicklung zu einem europäischen Wirtschaftsministerium. Mit dem Vorschlag, dem gemeinsamen Wirtschaftsministerium ein europäisches Außenministerium zur Seite zu geben und eine europäische Wehrmacht aufzustellen[1129], befreite sich Goerdeler von den Fesseln nationalstaatlicher Blickfeldverengung. Gutgläubig ging er davon aus, daß man sich über Einzelheiten unschwer werde verständigen können[1130].

Mit dem Anfang 1944 formulierten uneingeschränkten Europabekenntnis hatte Goerdelers beachtlicher Erkenntnisprozeß vom ehemals großdeutschhegemonialen Ansatz bis zur antihegemonialen Europaföderation schließlich seinen Abschluß gefunden. Goerdeler war nun überzeugt, daß nur „die entschlossene Anbahnung einer inneren und lebendigen Einheit Europas" dem Kontinent ermöglichen werde, nach innen Frieden zu schaffen und sich nach außen als Machtfaktor neben den „großen neuen Weltgebilde[n]" Amerika und Rußland zu behaupten. Mit Nachdruck verwies er auf die Notwendigkeit, „endgültig die Grenzen in Europa niederzureißen und ein ebenbürtiges Gebilde zu schaffen"[1131]. Ähnlich dem Kreisauer Konzept der kleinen Gemeinschaften forderte Goerdeler, den europäischen Aufbau nach dem Subsidiaritätsprinzip zu organisieren[1132]. An der Spitze sollte ein europäischer Verwaltungsausschuß mit Spezialkommissionen bestehen, dessen Aufgabenumschreibung an das heutige Diktum von der Europäischen Kommission als dem Motor der Integration erinnert: Der sachverständige Verwaltungsausschuß sollte „durch die Jahre hindurch, wenn Streit, Kleinmut und Bedenken die große Idee dieser Tat mindern wollen, das heilige Feuer wachhalten, gu-

[1125] So jedenfalls FEST, Staatsstreich 1994, S. 168.
[1126] Goerdeler, Friedensplan, [Spätsommer/Herbst] 1943, abgedruckt in: LIPGENS, Föderationspläne 1968, S. 156.
[1127] Ibid.
[1128] Ibid.
[1129] Ibid. S. 157.
[1130] Ibid.
[1131] Goerdeler, Praktische Maßnahmen zur Umgestaltung Europas, [Anfang 1944], auszugsweise abgedruckt in: LIPGENS, Föderationspläne 1968, S. 165 ff. (166).
[1132] Ibid.

ten Willen stärken, Kleinmütige ermuntern, Böswillige durch Bloßstellung strafen."[1133]

Zusammenfassend kann festgehalten werden, daß schon ein kursorischer Überblick über die Europavorstellungen des innerdeutschen Widerstandes wichtige Anhaltspunkte für einen Vergleich mit dem Europadiskurs des deutschen Exils bietet. Sicherlich ist weder das politische noch das soziale Umfeld des Exils mit den Umständen des innerdeutschen Widerstandes vergleichbar. Die Emigranten konnten sich – abgesehen von den nicht zu unterschätzenden Erschwernissen und Enttäuschungen eines Lebens im Exil – relativ frei bewegen, sich außerhalb der Zensur ungehindert austauschen und erlebten in der Regel die tägliche Praxis einer funktionierenden Demokratie mit den Grundrechten der Meinungs- und Informationsfreiheit sowie der Versammlungsfreiheit aus eigener Anschauung. Die innerdeutschen Widerstandskämpfer dagegen waren der permanenten Gefahr der Beobachtung, der Denunziation und Entdeckung ausgesetzt. Selbst das Gespräch unter Freunden bedurfte unter diesen Umständen höchster Wachsamkeit. Auch waren die Kontakte zu demokratischen Lebensformen eher sporadischer Art und beschränkten sich zumeist auf wenige Auslandsreisen. Zugleich sollte jedoch nicht vergessen werden, daß der überwiegende Teil der bürgerlichen Widerstandsgruppen in Deutschland die nationalsozialistische Innen- und Außenpolitik oft sehr lange und aktiv als Angehörige des Auswärtigen Dienstes, des Militärs oder einzelner Reichsministerien mitgetragen hat, sofern der einzelne nicht schon 1938/39 zum konspirativen Widerstand übergegangen war. Schließlich wird ein Vergleich zwischen den Europavorstellungen des inneren und des äußeren Widerstandes gegen das Hitler-Regime dadurch relativiert, daß der Europadiskurs des Exils ungleich mehr Teilnehmer unterschiedlichster politischer Provenienz kannte als die vergleichsweise spärlichen Äußerungen des inneren Widerstandes, die sich in der Sache auf die Kreise um Moltke und Goerdeler beschränken. Dies umso mehr als das Exil ja gerade kein einheitliches Europakonzept erarbeitet hatte, sondern sich durch eine Vielfalt an Ideen und Entwürfen auszeichnete. So finden sich die Charakteristika der nationalkonservativen Europaentwürfe aus dem Goerdeler-Kreis wie der großdeutsch-revisionistische Ansatz, das Denken in traditionellen Autoritätskategorien und der deutsche Führungsanspruch nicht nur bei Otto Strasser oder Hermann Rauschning wieder, sondern auch bei gemäßigten Emigranten. Die Schlüsselposition Deutschlands im künftigen Europa, die häufig nicht weit vom deutschen Hegemonialdenken entfernt war, wurde selbst in sozialistischen Kreisen lange Zeit hochgehalten, und der Erhalt des nationalstaatlichen Ordnungsprinzips in Europa unter Verzicht auf jedes supranationale Element hatte in nahezu allen politischen Exilgruppen Anhänger, die bis 1943 – von Ausnahmen wie dem ISK abgesehen – sogar die Mehrheit stellten.

[1133] Ibid. S. 167.

Gemeinsam war dem mit der Zukunft Europas beschäftigten deutschen Widerstand im Inland und Ausland nicht nur der Wunsch, der Welt die Existenz des „Anderen Deutschland" zu beweisen. Vielmehr waren Exil und innerdeutscher Widerstand nahezu unabhängig voneinander einem Prozeß der innereuropäischen Rückbesinnung ausgesetzt, an dessen Ende häufig die Überzeugung stand, daß nur eine europäische Föderation den Frieden in Europa retten könne[1134]. Diese parallele Entwicklung war auch bedingt durch die gleichartigen Motivbündel, die zur Auseinandersetzung mit der europäischen Zukunft antrieben. Friedenssicherung, wirtschaftliche Prosperität, antibolschewistische Schutzmechanismen und die Bewahrung des abendländischen Kulturraumes spielten in beiden Ausprägungen des deutschen Widerstandes eine zentrale Rolle. Mit der zunehmenden Entscheidungsgewalt außereuropäischer Staaten über die Zukunft Europas trat der Aspekt der europäischen Unabhängigkeit im sich anbahnenden Ost-West-Konflikt in den Vordergrund der Erörterungen. Zugleich war man im In- und Ausland gezwungen, sich mit den alliierten Plänen einer Weltorganisation und deren Verhältnis zu einer in der Regel gleichzeitig angestrebten europäischen Föderation auseinanderzusetzen. Zum Kriegsende hin kam schließlich verstärkt die Sorge um den Erhalt Deutschlands als einem einheitlichen Staatsgebilde hinzu.

Legt man die betont föderalistischen Europapläne des Kreisauer Kreises zugrunde, ergeben sich weitergehende Parallelen zu vielen Entwürfen des Exils. So traf die zentrale Forderung nach einem europäischen Bundesstaat jedenfalls nach der Teheraner Konferenz in nahezu allen Exilgruppen auf lebhafte Zustimmung, auch wenn in vielen Kreisen des Exils ein langer Denkprozeß vorangegangen war. Auch der dezidierte Antinationalismus, der eng mit der Frage einer europäischen Souveränität verknüpft war, findet sich als grundlegendes Motiv und wegweisende Erkenntnis in den Debatten des Exils wieder. Schließlich stimmten die Kreisauer in ihrem Ruf nach Schaffung eines europäischen Kollektivbewußtseins auf der Grundlage der gemeinsamen Werttraditionen mit einer Vielzahl von Europakonzeptionen des Exils überein. Nicht nur die sozialistischen Gruppen erinnerten an die gemeinsamen europäischen Wurzeln und die gemeinsame Interessenlage der Zukunft. Auch bürgerliche Emigranten wie Wilhelm Röpke, der ein „geistig-moralisches Zusammengehörigkeitsgefühl der Europäer"[1135] forderte, oder Edgar Stern-Rubarth, der an den europäischen Patriotismus appellierte[1136], mahnten eine Änderung der ordnungspolitischen Identifikation an.

Stern-Rubarths Appell an einen neuen, europäischen Patriotismus, der sich von der Nation als Identifikationsobjekt lösen müsse, ist zugleich ein lehrreiches Beispiel für die oft frappierenden Parallelen zwischen dem Euro-

[1134] Zu einem ähnlichen Ergebnis kommt KLEMPERER, „Verbindung zu der großen Welt" 1990, S. 19.
[1135] Röpke, in: VOIGT, Friedenssicherung 1988, S. 174.
[1136] STERN-RUBARTH, Exit Prussia 1940, S. 164.

padiskurs des deutschen Exils und den Europadiskursen des übrigen europäischen Widerstandes in den vom Nationalsozialismus unterdrückten Ländern. Stern-Rubarth hatte in diesem Zusammenhang daran erinnert, daß sich der geographische Raum des Patriotismus ständig vergrößert habe[1137]. Nahezu gleichlautend ließ sich die französische *Résistance* vernehmen: „Die Geschichte lehrt uns eine ständige Ausweitung der Grenzen."[1138] Solche parallelen Erkenntnisprozesse waren weder zufällig noch hatten sie Ausnahmecharakter. Henri Frenay sprach wohl zu Recht von der „Internationale des Widerstandes" – und meinte damit das verbindende Element des „Europas des Schmerzes, das den Tag in Angst beginnt, in jenem Untergrund-Europa des Maquis und der falschen Papiere, in jenem blutenden Europa, das geschlagen wird und Schlag zurückgibt"[1139].

Der engagierte Europaföderalist Willi Eichler bemerkte in einem Rundschreiben an die Funktionäre des ISK im August 1943: „Gerade in den letzten Wochen haben beinahe sämtliche illegale Bewegungen Europas ihre grundsätzliche Stellungnahme zu einer Reihe wichtiger politischer Fragen veröffentlicht, darunter selbstverständlich jedes Mal auch eine Stellungnahme zu der Frage einer Regelung europäischer Probleme und zu der Frage, was man nach dem Kriege mit Deutschland tun solle. [...] Die sind alle der Meinung, daß Europa irgendwie vereinheitlicht werden muß, daß es darin Gleichberechtigung und möglichst große Freiheit geben muß und daß man sich selbstverständlich vor weiteren deutschen Angriffen unter allen Umständen schützen muß, daß aber die freiheitlichen Kräfte Deutschlands gestützt werden sollten, um aus Deutschland einen freiheitlichen Staat zu machen, der im Rahmen einer europäischen Völkergemeinschaft einen ernsthaften Platz einzunehmen hat."[1140] Damit hatte Eichler die wesentlichen Übereinstimmungen des europäischen Widerstandes umschrieben, auch wenn sein Blick auf die sozialistischen Gesinnungsgenossen Europas verengt war. Die Überzeugungen weitblickender Widerstandskämpfer wie Altiero Spinelli in Italien, Léon Blum und Henri Frenay für die französische *Résistance*, Ronald Mackay in Großbritannien und dem Generalsekretär des Weltkirchenrates in Genf, Willem Visser't Hooft, trafen sich in vielen Details, vor allem aber in der gemeinsamen Einsicht, daß eine europäische Föderation das geeignetste Mittel sei, den Frieden in Europa langfristig zu sichern[1141]. Daß

[1137] Ibid.

[1138] LIPGENS, Europäische Verfassung 1986, Dok. Nr. 20, S. 91.

[1139] FRENAY, in: Combat, Nr. 53 (Dezember 1943), wiedergegeben in: LIPGENS, Föderationspläne 1968, S. 229f., Anm. 3.

[1140] [Eichler], Rundschreiben des Bundesvorstandes an die Funktionäre, August 1943, abgedruckt in: EIBER, Union 1998, Dok. Nr. 312, S. 770–778 (771).

[1141] Die folgenden Ausführungen können exemplarisch an sechs Dokumenten des europäischen Widerstandes nachgewiesen werden: Altiero Spinelli, Das Manifest von Ventotene, Juli 1941, abgedruckt in: LIPGENS, Föderationspläne 1968, S. 36–44; Léon Blum, À l'échelle humaine, Juli 1941, abgedruckt in: LIPGENS, ibid. S. 185–190; [Comité Général d'Études], Frankreich im Europa von morgen, Januar 1944, abgedruckt in: LIP-

ein vereinigtes Europa zugleich die innere Freiheit der Demokratie und die äußere Freiheit des Kontinents von außereuropäischen Einflüssen am ehesten garantieren könne, davon waren sie alle überzeugt. Und selbst in der Frage, wie Europa vor künftigen Aggressionen Deutschlands zu schützen sei, erfuhren die deutschen Emigranten internationale Zustimmung in ihrer mehrheitlich vertretenen Position, daß Deutschland im europäischen Interesse möglichst bald in einen Europabund integriert werden müsse. Die europäischen Widerstandsgruppen wurden getragen durch den gemeinsamen Willen, aus den Schwächen des Völkerbundes zu lernen. Geeint durch den „ewige[n] Wert des kritischen Geistes"[1142], teilten sie die Erkenntnis, daß das Versagen des nationalstaatlichen Ordnungsprinzips durch den überzogenen Nationalismus endgültig sichtbar geworden war und durch eine übernationale Identität abgelöst werden mußte. Schließlich waren sich die europäischen Widerstandskämpfer einig, daß der seit 1918 als Notwendigkeit erkannte wirtschaftliche Zusammenschluß nun endlich verwirklicht werden müsse, sei es als Auftakt zu einer politischen Union oder lediglich als Abwehrmechanismus gegen die weltwirtschaftliche Konkurrenz, namentlich der USA.

## 4. Ergebnisse

„Nicht nur gegen Hitler, sondern auch für Europa" – mit der Verknüpfung der beiden Hauptaufgaben der politischen Emigration war der Minimalkonsens im Europadiskurs der deutschen Exilgruppen gefunden: die Überwindung des nationalsozialistischen Regimes und seine Auflösung in einer Neuordnung Europas. Nachdem die deutschen Emigranten in den Jahren von 1933 bis 1937 das Widerstandspotential des Europagedankens entdeckt hatten, bemühten sie sich nach dem Münchner Abkommen um dessen gezielte Einbindung in den Kampf gegen den Nationalsozialismus.

1938 erreichte der Prozeß der innereuropäischen Rückbesinnung eine neue Phase der Konkretisierung und politischen Inanspruchnahme der bis dahin vagen Europaideen des deutschen Exils. Die Motive für einen Zusammenschluß der europäischen Staaten waren bald gefunden: langfristige Sicherung des Friedens in Europa und damit in der Welt, wirtschaftliche Prosperität zur Vermeidung künftiger sozialer Konflikte sowie die von allen Exilgruppen bemühten Schlagworte der Freiheit und der Demokratie als Garanten für die gemeinsame Gestaltung einer friedlichen europäischen Zukunft.

GENS, ibid. S. 231f.; Ronald W. G. Mackay, Entwurf der Verfassung der Vereinigten Staaten von Europa, [Juli] 1940, abgedruckt in: LIPGENS, ibid. S. 423–436 und die beiden Deklarationen der Genfer Konferenz von Widerstandskämpfern um Willem Visser't Hooft vom 20. Mai 1944, abgedruckt in: LIPGENS, ibid. S. 392–398.

[1142] Spinelli, Das Manifest von Ventotene, Juli 1941, abgedruckt in: LIPGENS, Föderationspläne 1968, S. 36–44 (38).

Ergänzt wurde dieses Motivationsbündel ab Herbst 1939 durch das antikommunistische Element, das nach dem Hitler-Stalin-Pakt auch in den linkssozialistischen Gruppen zum Durchbruch gelangte.

Frühzeitig setzte die Debatte um das Verhältnis Europas zu den beiden aufstrebenden Weltmächten USA und UdSSR ein. Als Anknüpfungspunkte einer spezifisch europäischen Positionsbestimmung in der Weltpolitik wählte das Exil im wesentlichen zwei Identifikationsmodelle: den europäischen Sozialismus und den (christlich)abendländischen Kulturkreis. Über den Rahmen bloßer Machtpolitik hinaus berührte diese Debatte die Frage nach den tragenden Grundlagen einer europäischen Wertegemeinschaft in ideologischer Äquidistanz zu dem östlichen und dem westlichen Gesellschaftsentwurf, die trotz der übereinstimmenden Berufung auf die Grundwerte der Freiheit, Demokratie und Gerechtigkeit gezielt als Gegenkonzepte entworfen und verstanden wurden.

Die Intensivierung des Europadiskurses forderte auch eine Debatte über das strukturelle Ordnungsprinzip eines vereinigten Europas. Zunächst galt es, das eigene Nationalverständnis zu klären, wobei eine Schlüsselposition des künftigen, „anderen" Deutschlands in der europäischen Neuordnung anfangs noch als selbstverständlich angesehen wurde. In der kritischen Auseinandersetzung mit der eigenen Nation übte das deutsche Exil eine unterschiedlich weit gefaßte Kritik am Grundsatz des Selbstbestimmungsrechts. Es lassen sich drei Intensitätsgrade der Kritik unterscheiden: eine fundamental antinationalistische Kritik, die vorwiegend in Teilen des linkssozialistischen Exils vertreten wurde; eine demgegenüber abgeschwächte Form einer antinationalsozialistischen Kritik, die sich nicht gegen die Idee der Nation als solche richtete, sondern lediglich gegen das großdeutsche Nationalverständnis der Nationalsozialisten; und die allein gegen die Gefährdung des großdeutschen Ideals durch Hitlers politische Methoden gerichtete Kritik des nationalkonservativen Milieus, die als Antihitlerismus bezeichnet werden kann und sich weder gegen die Idee der Nation als völkerrechtliches Ordnungsprinzip noch gegen den großdeutschen Ansatz des Nationalsozialismus wendete.

Entsprechend den drei Abstufungen der Nationalismuskritik können die Ansichten des deutschen Exils über den Grad der erstrebten Integration in drei Tendenzen festgehalten werden: Grossmann, Löwenstein und Brecht vertraten die radikal föderalistische Auffassung eines modifizierten, auf die europäischen Bedürfnisse anwendbaren Völkerrechts im Sinne einer integrationsstarken Föderation mit konsequenter Beschneidung des nationalen Selbstbestimmungsrechts. Die Mehrheit des politischen Exils dagegen verfocht die gemäßigte Variante einer bloßen Konföderation ohne starke Zentralgewalt, während einige konservative Emigranten die antiföderalistische Position einer strikten Beibehaltung des Selbstbestimmungsrechts und einer Rückkehr zur nationalstaatlichen Machtpolitik einnahmen.

Der deutsch-sowjetische Nichtangriffspakt wirkte sich auf den Europadiskurs des nichtkommunistischen Exils in dreierlei Hinsicht aus. Erstens rück-

ten die Exilgruppen in ihren europapolitischen Grundtendenzen enger zusammen, nachdem sich die Linkssozialisten überwiegend von der Sowjetunion abgewandt hatten und zumindest einer vorübergehenden taktischen Westorientierung den Vorzug gaben. Zweitens entfiel nun auch für die Linkssozialisten die Alternative eines an der Sowjetunion orientierten Neubaus Europas, so daß sich die Möglichkeiten der europäischen Gesamtausrichtung auf die Entscheidung zwischen einer einseitigen Westbindung und einer eigenständigen Position zwischen Ost und West reduzierten. Drittens konzentrierte sich der Europadiskurs nun auf Fragen der Institutionalisierung, zumal nur noch auf diesem Gebiet eine fundamentale Profilschärfung der Europakonzepte möglich war. Dabei zeigten sich immer mehr Emigranten überzeugt, daß allein ein föderal strukturiertes Europa in der Lage sei, die vielfältigen Probleme des Kontinents einer dauerhaften Lösung zuzuführen. In diesem Zusammenhang widmete man sich wieder verstärkt wirtschaftspolitischen Gesichtspunkten, wobei die Grundentscheidungen zwischen Plan- und Marktwirtschaft sowie zwischen Währungsunion und festem Wechselkurssystem und die integrative Geschwindigkeit der allgemein geforderten Zollunion umstritten waren.

Im Verhältnis des vereinigten Europas zum Völkerbund oder einer vergleichbaren Weltorganisation sprach sich das politische Exil mehrheitlich für eine integrative Lösung mit einer europäischen Regionalorganisation des Völkerbundes aus, während eine Minderheit entweder einen europäischen Bund ohne ergänzende Weltorganisation oder einen Völkerbund ohne europäische Regionalföderation bevorzugte.

Mit der Kapitulation Frankreichs vor dem deutschen Faschismus veränderten sich nicht nur die Lebensbedingungen der Exilanten. Vielmehr ließen der Zusammenbruch des europäischen Nationalstaatensystems und die erzwungene Einigung Kontinentaleuropas unter dem Hakenkreuz die Europaplanungen des Exils in Konkurrenz zur pervertierten Europaidee der Nationalsozialisten treten. Dies implizierte tiefgreifende Abgrenzungsschwierigkeiten, zumal das bisherige Verständnis des vereinigten Europas als programmatische Antithese zum Nationalsozialismus seine politische Selbstverständlichkeit eingebüßt hatte. Nun mußten einerseits die eigenen Europakonzepte von dem Realität gewordenen NS-Konzept deutlich abgegrenzt und die grundlegenden Unterschiede aufgedeckt werden, während sich andererseits die Frage stellte, ob eine spätere Anknüpfung an die von Hitler geschaffenen Einigungsansätze zulässig und sinnvoll sei.

Darüber hinaus brach sich auch im deutschen Exil allmählich die Ahnung Bahn, daß Europa sich nicht mehr selbst würde retten können, sondern auf außereuropäische Hilfe angewiesen sein werde. Umso dringlicher schien eine möglichst schnelle Befreiung Europas vom Nationalsozialismus. Für diese Aufgabe setzten viele Emigranten 1940 ihre Hoffnungen auf Großbritannien. Als jedenfalls auch europäisches Land von beachtlicher militärischer Stärke und letztes verbliebenes Bollwerk der Freiheit in Europa bot die bri-

tische Demokratie eine willkommene europäische Alternative zu den beiden Weltmächten USA und UdSSR.

Nach dem deutschen Angriff auf die UdSSR und dem Kriegseintritt der USA 1941 wurde die spezifisch europäische Frage durch Überlegungen zu einer globalen Nachkriegsordnung zusehends an den Rand gedrängt. Folglich stand seit dem durch Hitler provozierten russisch-britischen Kriegsbündnis das Ziel der europäischen Eigenständigkeit Europas als wirtschaftlicher, politischer und kultureller Einheit in der aufziehenden Dichotomie der Weltpolitik im Vordergrund des Europadiskurses.

Aus dieser Entwicklung zog das deutsche Exil in seiner Mehrheit den Schluß, daß nur eine souveränitätsbeschränkende Europaföderation noch in der Lage sei, Europa vor der endgültigen Bedeutungslosigkeit zu bewahren und dem Kontinent langfristig wieder zu einem globalen Mitbestimmungsrecht zu verhelfen. Darüber hinaus bot eine europäische Föderation eine konstruktive Alternative zur drohenden Teilung des Kontinents in Einflußsphären und vermochte der vermehrt diskutierten Zerstückelung Deutschlands die politische, wirtschaftliche und militärische Einbindung des Landes in einen internationalen Zusammenhang entgegenzusetzen. Vor diesem Hintergrund betrachteten die Emigranten einen ökonomischen Zusammenschluß der europäischen Staaten als kürzesten und effektivsten Weg, den europäischen Integrationsprozeß zu initiieren. Daher wurden 1942/1943 mehrere detaillierte Konzepte zur wirtschaftlichen Integration Europas erarbeitet, die einige zentrale Gedanken der späteren Europäischen Gemeinschaften vorwegnahmen.

Viele Emigranten verloren in den Jahren von 1941 bis 1943 die Hoffnung auf eine europäische Eigendynamik und erwarteten eine von den Alliierten mehr oder weniger oktroyierte europäische Nachkriegsordnung. Nur wenige hielten an der Vision der gleichberechtigten Ost-West-Kooperation eines eigenständig agierenden Europas fest und setzten auf langfristige Strukturveränderungen in Ost und West, insbesondere die Demokratisierung der Sowjetunion und die Sozialisierung des westlichen Kapitalismus.

Die letzte Diskursphase 1944/1945 war geprägt durch die Enttäuschung der Emigranten über das Scheitern der europäischen Föderationspläne und die Absage der Alliierten an eine wirklich richtungweisende Modifizierung der Maßstäbe internationaler Politik. Die offen zutage getretenen Differenzen innerhalb der Anti-Hitler-Koalition schürten die Angst vor einem dritten Weltkrieg auf europäischem Boden. Während der überwiegende Teil des deutschen Exils allein in der Fortsetzung der alliierten Koalition über das Kriegsende hinaus die Chance sah, eine ernste Ost-West-Konfrontation zu vermeiden, bezweifelte eine Minderheit die Fähigkeit der Alliierten zur dauerhaften Zusammenarbeit und setzte ihre Hoffnungen in einen langfristigen Prozeß europäischer Selbstbefreiung. Innerhalb der Minderheit war wiederum umstritten, ob die Selbstbefreiung Europas aus der west-östlichen Zwangslage auf die Führung Frankreichs oder eines Dreibundes Frankreich-

Italien-Deutschland angewiesen sei oder sich die europäische Selbstbehauptung unter strikter Wahrung der Gleichberechtigung aller beteiligter Staaten zu vollziehen habe.

Die Hoffnung auf eine langfristige Selbstbefreiung Europas wurde zusehends von der aktuelleren Diskussion um die alliierten Pläne für eine Weltorganisation verdrängt. Doch auch insoweit wurden die Emigranten, die sich mehrheitlich eine deutlich verbesserte Neuauflage des Völkerbundes gewünscht hatten, weitestgehend enttäuscht. Die in San Francisco gegründeten Vereinten Nationen basierten im wesentlichen auf Roosevelts traditionell machtpolitischem Ansatz der „Vier Weltpolizisten". Kaum eine der zentralen Forderungen des deutschen Exils war in der Konzeption der UNO verwirklicht worden.

Statt einer starken Exekutive hatte der Exekutivrat lediglich Konsultativkompetenzen inne. Auch würde die neue Weltorganisation weder über eine eigene Armee verfügen noch militärische Weisungsmacht gegenüber den Mitgliedstaaten ausüben dürfen, so daß die Hoffnungen auf ein effektives System internationaler Rüstungskontrolle zur Einschränkung künftiger Kriegsgefahren zerstört wurden. Statt einer Weiterentwicklung des Völkerrechts um souveränitätsbeschränkende Maßnahmen wurden föderalistische Ansätze auf der globalen Ebene im Keim erstickt, während die Errichtung einer europäischen Regionalföderation bis auf weiteres nicht durchsetzbar schien. Die Gründung der supranationalen Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl nur sechs Jahre nach Kriegsende war vor diesem Hintergrund 1945 kaum vorhersehbar.

# V. SCHLUSSBETRACHTUNG UND AUSBLICK

Widerstand durch Planung – Planung als Widerstand: Dies war die kontinuierliche Motivation der deutschen politischen Emigration, sich in den Jahren von 1933 bis 1945 intensiv dem Europagedanken zu widmen. In der politischen und gesellschaftlichen Isolation des Exils entwickelte sich die Idee eines gemeinsamen Europas nicht nur zu einem in vielerlei Hinsicht konkretisierten Denkmodell für die Zukunft des Kontinents nach der Überwindung des nationalsozialistischen Terrors, sondern geriet für viele politische Flüchtlinge auch zum Fokus einer neuen, der Idee der Nation übergeordneten und sie zugleich überwindenden Identität.

Losgelöst von nationaler Regierungsverantwortung und dem Zwang zu tagespolitischer Rücksichtnahme, losgelöst auch vom Druck der öffentlichen Meinung, konnte das deutsche Exil die Europaidee einer rückhaltlosen und zunehmend entdogmatisierten Praktikabilitätsprüfung unterziehen. In der vagen Formulierung einer unverbindlichen Idee war der Europagedanke bei den exilierten Linkssozialisten, Sozialdemokraten, Liberalen, Katholiken, Konservativen und Nationalkonservativen schnell auf breite Zustimmung gestoßen, die anfangs noch in der kaum differenzierten Europabegeisterung der frühen Weimarer Zeit wurzelte. Bezeichnenderweise stellten die mit dem Münchner Abkommen einsetzenden Kontroversen über Detailfragen die generelle Konsensfähigkeit des Europagedankens nicht in Frage, sondern stärkten – trotz vieler konzeptioneller Divergenzen im einzelnen – die einende Kraft des europäischen Ideals. Dabei wurde der Begriff „Europa", der in den ersten Exiljahren mangels konkreter Europapläne häufig auf seinen geographischen Gehalt reduziert worden war, nun politisch definiert. In dieser politischen Definition war Europa als politisches Zukunftsmodell ebenso enthalten wie als in sich verflochtener Wirtschaftsraum, als historischer Ort, als durch gemeinsame Traditionen verbundener Kulturkreis und nicht zuletzt als kollektiver Erfahrungsraum. Mit der letztgenannten Bedeutung Europas wurde die Schicksalsgemeinschaft des Exils mit den europäischen Widerstandsgruppen und den Bevölkerungen der nationalsozialistisch besetzten Länder angesprochen, die den deutschen Emigranten das Bewußtsein vermittelte, in einen größeren politischen Zusammenhang gestellt zu sein.

Das zentrale Charakteristikum des Europadiskurses im deutschen Exil waren jedoch nicht die divergierenden Definitionen des Begriffs „Europa", sondern die Konzeptionalisierung des Europagedankens als politischer Lösungsansatz für die vielfältigen, spezifisch europäischen Probleme. In ständiger Reibung mit der Realität des nationalsozialistisch beherrschten Europas und des entstehenden Ost-West-Konflikts offenbarte der Europadiskurs eine zunehmend pragmatische Grundausrichtung. Das nichtkommunistische Exil durchlief einen kontinuierlichen Lernprozeß, der sich im wesentlichen auf

zwei Ebenen abspielte: Auf der Erkenntnisebene fand eine allmähliche Europäisierung des politischen Denkens statt, die als innere Rückbesinnung auf die europäischen Gemeinsamkeiten umschrieben werden kann. Auf der Handlungsebene war eine von differenzierten Analysen begleitete Verwandlung des nebulösen Schlagwortes „Europa" in ein konkretes Ordnungskonzept zu beobachten, das im einzelnen unterschiedliche Ausprägungen erhielt. Dabei wurde mehrheitlich die Einordnung des europäischen Staatensystems in einen modifizierten Völkerbund gefordert, so daß die Völkerbundsdiskussion mit dem Europadiskurs untrennbar verbunden war.

Bedingt durch die dramatischen Veränderungen der weltpolitischen Situation, insbesondere die Entstehung des Ost-West-Konflikts, bewegten sich die anfangs weit auseinander liegenden Positionen zur Gestaltung der europäischen Zukunft tendenziell aufeinander zu. Gegen Ende des Zweiten Weltkrieges kann in einigen zentralen Punkten sogar eine von der großen Mehrheit des deutschen Exils getragene Übereinstimmung konstatiert werden. Anders als nach 1918 einte das Exil im Laufe der Jahre die Einsicht, daß nur ein wirtschaftlich und politisch vereinigtes Europa die Fehlentwicklungen der jüngsten Vergangenheit beheben und den vielfältigen Anforderungen der Zukunft mit adäquater Problemlösungskompetenz begegnen könne.

Der Erkenntnisprozeß, der zu dieser Einsicht führte, soll im folgenden anhand der übergeordneten Entwicklungslinien des Europadiskurses kurz skizziert werden. Damit wird zugleich die erkenntnisleitende Frage zusammenfassend beantwortet, bevor die Pläne des Exils – eingeordnet in den historischen Gesamtzusammenhang – auf ihre Tragfähigkeit und ihren Gegenwartsbezug überprüft werden. Eine gewisse Nivellierung der erarbeiteten Divergenzen im Detail ist dabei unumgänglich, um die übergeordneten Entwicklungslinien des Diskurses besser herausstellen zu können.

– Der frühe Europadiskurs der Jahre 1933 bis 1937 vereinte mit Ausnahme der Kommunisten alle Gruppen des deutschen Exils in der gemeinsamen Beschäftigung mit dem Konfliktlösungspotential des Europagedankens, offenbarte das Widerstandspotential des Europabegriffs, förderte das europäische Krisenbewußtsein der deutschen Emigranten und arbeitete in unmittelbarer Anknüpfung an die Europavorstellungen der Weimarer Zeit die Friedenssicherung und die wirtschaftliche Prosperität als zwei wichtige Motive einer europäischen Einigung heraus.

– Das Münchner Abkommen bildete den Auftakt zur Konkretisierungsphase des Europadiskurses, in deren Verlauf der politische Begriff „Europa" zum Leitbild einer neuen Staatenordnung erkoren und konzeptionalisiert wurde.

– Noch bevor der Zweite Weltkrieg ausbrach, waren die wesentlichen Motive einer europäischen Einigung benannt. Als Alternative zur nationalsozialistischen Außenpolitik sollte ein vereinigtes Europa den unterschiedlich interpretierten Prinzipien der Freiheit und Demokratie zum Durchbruch verhelfen und das offenbar gewordene Unvermögen der Nationalstaaten zur

Gewährleistung von Frieden, Sicherheit und Wohlstand ausgleichen. Durch die Überwindung des Nationalismus und des verabsolutierten Souveränitätsverständnisses erhoffte sich das politische Exil zugleich die Lösung der deutschen Frage und die friedliche Regelung der Nationalitätenkonflikte in Europa.

– Die Tabuisierung der Ostoption nach dem Hitler-Stalin-Pakt schuf auch im linkssozialistischen Exil das europäische Motiv der antibolschewistischen Abwehr und leitete die Annäherung der sozialistischen und bürgerlichen Europavorstellungen ein.

– Die seit der Niederlage Frankreichs im Juni 1940 evidente Möglichkeit einer außereuropäischen Lösung der europäischen Frage wurde dem Exil mit dem deutschen Angriff auf die Sowjetunion und dem Kriegseintritt der USA zur Gewißheit. Damit begann eine intensive Debatte um die Selbstbehauptung Europas im aufziehenden Ost-West-Konflikt.

– Als Voraussetzung einer europäischen Selbstbehauptung wurde die Schaffung einer europäischen Identität angesehen. Für das sozialistische Spektrum des Exils handelte es sich dabei um eine primär soziale Identität, die der europäische Sozialismus erst noch schaffen werde, während das bürgerliche Exil an die schon vorhandenen kulturellen Gemeinsamkeiten des christlichen Abendlandes anknüpfen wollte.

– Auf die Verlagerung der alliierten Interessen von der europäischen auf die globale Ebene reagierte das Exil unterschiedlich: Während einige Emigranten weiterhin auf eine kraftvolle europäische Eigendynamik hofften, verzichteten andere auf weitere Europapläne und konzentrierten sich von nun an auf die Neuordnung der Welt. Der weitaus größere Teil des Exils akzeptierte den weltpolitischen Bedeutungsverlust Europas und vertraute auf eine am Wohl des Kontinents orientierte, speziell auf Europa zugeschnittene Nachkriegsordnung der Alliierten. Dabei können wiederum drei Akzentuierungen unterschieden werden: eine dem Westen angenäherte Konzeption, ein eher dem Osten verbundenes Modell und die Position einer strikt äquivalenten Ost-West-Kooperation Europas.

– Die Konferenzergebnisse von Moskau und Teheran zerstörten alle Hoffnungen des Exils auf eine progressive Neuordnung Europas und der Welt. Dem Gedanken einer europäischen Föderation erteilten die „Großen Drei", insbesondere Stalin und Roosevelt, eine Absage. Stattdessen einigten sie sich mit der Anerkennung der sowjetischen Polenpolitik faktisch auf eine Teilung Europas in Einflußsphären. Statt der von vielen Emigranten erhofften Einbindung Deutschlands in ein europäisches Staatensystem sollte Deutschland aufgeteilt werden. Und die Sicherung des Weltfriedens reduzierte sich auf das traditionell machtpolitische Konzept der „Vier Weltpolizisten".

– Die Auseinandersetzung um die institutionelle Ausgestaltung eines vereinigten Europas wurde nach dem Hitler-Stalin-Pakt zu einem Eckstein des Europadiskurses. Die Debatten ließen bald drei Hauptrichtungen erkennen: die radikal föderalistische Auffassung einer konsequenten Beschneidung des

nationalen Selbstbestimmungsrechts und der Schaffung supranationaler Organe, die gemäßigte Variante einer bloßen Konföderation unter Verzicht auf eine starke Zentralgewalt und schließlich die im Kern antiföderalistische Position einer Rückkehr zum Europäischen Konzert unter strikter Beibehaltung des nationalen Selbstbestimmungsrechts.

– Die föderalistischen Europapläne bauten durchweg auf dem Gedanken der Supranationalität auf. Die Einsicht in die Schwäche des Völkerbundes führte zu der Forderung nach einer starken Bundesexekutive mit Sanktionsrecht. Ein internationales Schiedsgericht als europäische Judikative wurde weithin für unverzichtbar erachtet. Als bundeseigene Legislative wurde überwiegend ein Zweikammersystem mit einem Völkerparlament und einem Staatenrat favorisiert.

– Je deutlicher die Emigranten die Gefahr einer Teilung Deutschlands erkannten und je mehr sie von der Notwendigkeit europäischer Selbstbehauptung zwischen West und Ost überzeugt waren, desto vehementer traten sie für eine föderative Neuordnung Europas ein. Ende 1943 war die Mehrheit des deutschen Exils überzeugt, daß eine gesamteuropäische Föderation die einzig sinnvolle Alternative zur Teilung Europas sei und nur sie ein Wiedererstarken der weltpolitischen Bedeutung Europas ermöglichen könne.

– In diesem Zusammenhang ist die zwischen 1941 und 1943 zu beobachtende Reaktivierung der Idee einer europäischen Wirtschaftsunion zu sehen, die als geeigneter Einstieg in eine umfassendere supranationale Gestaltung Europas angesehen wurde. Insbesondere die Linkssozialisten präsentierten nun detaillierte Wirtschaftsföderationspläne. Aus sozialistischer Sicht mußte der europäische Integrationsprozeß notwendig mit der wirtschaftlichen Einigung beginnen, um sodann die soziale Einigung zu ermöglichen.

– Nach der Konferenz von Teheran plädierte ein Teil der deutschen Emigration für eine konstruktive Zusammenarbeit der „Großen Drei" über das Kriegsende hinaus, um auf diese Weise den Frieden in Europa zu garantieren. Andere favorisierten weiterhin das Modell einer eigenständigen Friedensordnung für Europa, entweder unter Führung eines oder mehrerer europäischer Staaten oder als gleichberechtigter Zusammenschluß ohne Führungsmacht.

Vor dem Hintergrund dieser Untersuchungsergebnisse stellt sich nun die Frage nach der Tragfähigkeit der im deutschen Exil entworfenen Europakonzepte: Hatten die deutschen Exilanten die Herausforderungen der Nachkriegszeit erkannt? Boten sie sinnvolle, realisierbare Lösungsmodelle an? Inwieweit nahmen sie Denkprozesse der europäischen Integration nach 1945 voraus? Die Tragfähigkeit der im deutschen Exil entwickelten Europapläne bemißt sich nach dem Grad ihres Problemlösungspotentials, dem mit Blick auf den europäischen Integrationsprozeß nach 1945 nachgegangen werden soll. Die folgende Skizze soll und kann eine noch ausstehende fundierte Untersuchung keineswegs ersetzen. Vielmehr dient sie der historischen Einordnung der Untersuchungsergebnisse.

Zunächst ist festzustellen, daß die Europavorstellungen des deutschen Exils politisch wirkungslos blieben. Weder die Gründungsväter der europäischen Gemeinschaften noch die deutschen Europapolitiker, sofern ihnen in der nicht souveränen Bundesrepublik überhaupt Bedeutung zukam, griffen auf den Ideenreichtum und die zum Teil scharfsinnigen Analysen der Emigranten zurück. Obwohl sich zahlreiche Emigranten in verantwortlichen Positionen der deutschen Nachkriegspolitik und Nachkriegsgesellschaft wiederfanden, konnten nur wenige von ihnen an ihre eigenen Europaideen aus der Zeit des Exils anknüpfen[1]. Dies lag vor allem an der selbst auferlegten und zugleich aufgezwungenen Zurückhaltung vieler Emigranten hinsichtlich der Erinnerungen an das Exil. Man wollte nicht die eigene Reintegration gefährden[2]. Trotz oder gerade wegen der Ressentiments gegen die „Hitlerfrischler" entschieden sich die Remigranten in der Mehrzahl dafür, nach einer gemeinsamen Identität mit den Daheimgebliebenen zu suchen. Diese gemeinsame Identität war in der kollektiven Aufgabe des Wiederaufbaus Westdeutschlands, in der antibolschewistischen Grundstimmung der westdeutschen Nachkriegsgesellschaft und nicht zuletzt in der gemeinsamen Verdrängung der Erinnerungen an den Nationalsozialismus gefunden. Diese „Kontinuität in schweigender Anpassung"[3] wurde sicherlich durch die pauschale Stigmatisierung der Kollektivschuldthese gefördert.

Zwei grundlegende Faktoren bestimmten die europäische Situation im Jahre 1945: einerseits der Niedergang Europas und die Manifestation der globalen Dichotomie, andererseits die innereuropäische Rückbesinnung als Reaktion auf die sichtbar gewordenen nationalstaatlichen Defizite[4]. Da weder die Europäer noch die Alliierten in der Lage gewesen waren, diese beiden Grundfaktoren rechtzeitig aufeinander abzustimmen, offenbarte sich in der Nachkriegsordnung des geteilten Europas ein ordnungspolitisches Vakuum. Während des zwölfjährigen Exils hatten die deutschen politischen Flüchtlinge diese Problematik erkannt und in vielen Detailstudien analysiert. Im Verlaufe des Europadiskurses arbeiteten sie im wesentlichen vier Problemkreise der europäischen Nachkriegszeit heraus, als deren Ursache sie übereinstimmend das diesbezügliche Versagen der Nationalstaaten benannten: die Ablösung des nationalstaatlichen Ordnungsprinzips in Europa durch

[1] Zur politischen Remigration insgesamt vgl. KROHN, ZUR MÜHLEN (Hg.), Rückkehr und Aufbau 1997; FOITZIK, Politische Probleme der Remigration 1991; PAPCKE, Exil und Remigration als öffentliches Ärgernis 1991. Zu den Ausnahmen zählt insbesondere die saarländische Sozialdemokratie, die unmittelbar an Max Brauns Modell des Saarlandes als Ausgangspunkt einer europäischen Föderation anknüpfen konnte. Zu Max Brauns Europavorstellung vgl. PAUL, Max Braun 1988. Zum saarländischen „Emigrantenstaat" unter Josef Hoffmann vgl. PAUL, „Emigrantenstaat" 1997.

[2] Vgl. Rückkehr aus dem Exil und seine Rezeptionsgeschichte. Einleitung, in: KROHN et al., Handbuch der deutschsprachigen Emigration 1998, Sp. 1157–1160 (1159).

[3] LOTH, Verschweigen und Überwinden: Versuch einer Bilanz, in: DERS., RUSINEK (Hg.), Verwandlungspolitik 1998, S. 357.

[4] So auch LIPGENS, Anfänge 1977, S. 18.

eine übernationale Friedens- und Sicherheitsordnung, die Schaffung einer europäischen Wirtschaftsföderation als Antwort auf die grenzüberschreitenden Verflechtungen der europäischen Industrie und Wirtschaft, die Einbindung Deutschlands in eine europäische Sicherheitsarchitektur zur Vermeidung künftiger deutscher Aggressionen sowie die Abwendung des weltpolitischen Bedeutungsverlustes für Europa durch eine eigenständige Position im Ost-West-Konflikt. Diese vier europäischen Herausforderungen deckten sich mit den „Antriebskräften" des europäischen Integrationsprozesses nach 1945[5].

Das deutsche Exil hatte nicht nur die vierfache Problematik der europäischen Nachkriegszeit vorgedacht, sondern auch Lösungsansätze entwickelt, die gegen Ende des Exils ein hohes Problemlösungspotential bis in Detailfragen der Institutionalisierung und Stimmengewichtung hinein erkennen ließen. Dabei handelte es sich überwiegend um umsetzungsfähige Vorschläge, die die analysierten Probleme einer pragmatischen Lösung zuzuführen versprachen.

Die ersten beiden Problemkreise einer neuen Friedens- und Wirtschaftsordnung wollten die meisten politischen Flüchtlinge in den letzten anderthalb Kriegsjahren in einer umfassenden Europaföderation mit einer starken Bundesgewalt aufgelöst sehen. Überwiegend wurde eine Kombination aus wirtschaftlicher und politischer Integration gefordert, zumal ein gemeinsamer Wirtschaftsraum nicht nur den ökonomischen Erfordernissen gerecht würde, sondern auch den innereuropäischen Frieden gewährleisten könne. Waren die Aussichten eines solchen Vorhabens 1945 trüb gewesen, änderte sich dies zwei Jahre später. Nachdem die Sowjetunion eine Beteiligung am Marshall-Plan abgelehnt hatte, war die Teilung Europas in Ost und West evident und kaum mehr zu revidieren. Die USA hatten das wirtschaftliche Potential des europäischen Wiederaufbaus für die amerikanische Wirtschaft erkannt: Hier bot sich die seltene Gelegenheit, sich nicht nur einzelstaatliche Märkte zu erschließen, sondern gleich den gesamten westeuropäischen Wirtschaftsraum für den Absatz US-amerikanischer Produkte zu sichern und auf diese Weise die erhoffte Steigerung des US-Exports herbeizuführen. Folglich fand die Idee einer wirtschaftlichen Föderation Westeuropas nun die Unterstützung Amerikas, und innerhalb von nur elf Monaten reifte der Plan von Monnet und Schuman vom Mai 1950 zum Vertrag über die erste supranationale Wirtschaftsorganisation: die EGKS. 1957 folgte im Rahmen der Römischen Verträge die Gründung der EWG und der EURATOM. Damit war in kürzester Zeit eine beachtliche Integrationsdichte erreicht worden.

Jean Monnets Vorschlag zur Gründung einer europäischen Wirtschaftsföderation in den kriegswichtigen Bereichen Kohle und Stahl war letztlich nicht neu, denn die ihn tragenden Erwägungen waren bis in institutionelle

[5] Vgl. LOTH, Prozeß der europäischen Integration 2000, S. 18ff. sowie DERS., Identity and Statehood 2000, S. 25f.

Details von den europäischen Widerstandsgruppen vorgedacht worden. In der deutschen Emigration hatten insbesondere die Wirtschaftskonzeptionen der Sozialisten Kreyssig, Fliess und Monte die Idee einer Montanunion mit einem übernationalen Verwaltungsapparat vorweggenommen. Wie Monnet hatten auch die deutschen Sozialisten die stille Hoffnung auf einen *spill-over*-Effekt gehegt: das Übergreifen der wirtschaftlichen Integration auf den politischen Bereich. Wie die deutschen Sozialisten, so verfolgten auch Jean Monnet und Robert Schuman neben dem ökonomischen Zweck das Ziel einer Frieden sichernden Funktion der EGKS, indem eine erneute deutsche Hegemonie ausgeschlossen werden sollte. Darüber hinaus verband Monnet mit der EGKS die Hoffnung auf eine langfristige Ausweitung zum Kern einer europäischen Regierung[6]. Der Remigrant Kreyssig hatte die EGKS anfangs als kapitalistisch dominierte Organisation abgelehnt, setzte sich dann aber in dem einmal gegebenen Rahmen für eine sozialistische Europapolitik ein[7]. Als Mitglied des Montanparlamentes und später des Europäischen Parlamentes, zu dessen Vizepräsident er avancierte, setzte Kreyssig überzeugend sein im Exil geprägtes Europabewußtsein um.

Anders als die 1957 gegründeten Schwesterorganisationen EWG und EURATOM war Hauptrechtsetzungsorgan der EGKS nicht der intergouvernemental besetzte Rat, sondern die Hohe Behörde als gemeinsame Behörde. Diese supranationale Position wurde in Art. 9 EGKSV a. F. ausdrücklich verankert und ging mit dem Fusionsvertrag 1965 auf die Kommission über, die nunmehr ein Initiativmonopol inne hat[8]. Herausragendes Kennzeichen der EGKS war somit die Supranationalität, die in Teilen des politischen Exils schon während des Krieges als tragendes Prinzip einer neuen europäischen Ordnung herausgearbeitet worden war. Die Europapläne des deutschen Exils schienen Wirklichkeit geworden zu sein.

Tatsächlich aber sollte sich der europäische Integrationsprozeß schon bald den Einsichten des Exils in zwei zentralen Punkten widersetzen: Erstens

[6] Zu Monnets weitreichenden Intentionen und Hoffnungen vgl. WILKENS, Jean Monnet, Konrad Adenauer und die deutsche Europapolitik 1999, S. 74 f.

[7] Vgl. REGIN, Wirtschaft im neuen Europa 1996, S. 76 f.

[8] THIEMEYER, Supranationalität als Novum 1998, S. 6, irrt in völkerrechtlicher und europarechtlicher Hinsicht, wenn er in seinem ansonsten aufschlußreichen Beitrag behauptet, die „EU" sei „heute die einzige supranationale Organisation". Tatsächlich ist nicht die EU, sondern die inkorporierte, aber rechtlich weiterhin eigenständige EG als Zusammenschluß der drei Gründungsorganisationen EWG, EGKS und EURATOM die einzige supranationale Organisation. Die EU dagegen ist eben nicht supranational, denn sie ist nicht identisch mit der EG, sondern setzt sich zusammen aus der EG und den beiden intergouvernemental strukturierten „Säulen" GASP und ZIJ. Darüber hinaus besitzt die EU nach herrschender Meinung noch nicht einmal Völkerrechtssubjektivität, da eine den Art. 281 EGV, Art. 184 EAGV, Art. 6 EGKSV entsprechende Normierung ihrer Rechtspersönlichkeit fehlt (zum Streitstand in der Rechtswissenschaft vgl. STREINZ, Europarecht [4]1999, Rn. 121b m. w. N.). Im Gegensatz zur EG ist die EU also keine internationale Organisation im Sinne des Völkerrechts und erst recht keine supranationale.

wurde das ehrgeizige Projekt einer politischen Integration sehr früh aufgegeben, und zweitens wurde das Prinzip der Supranationalität durch die Rückkehr der beteiligten Staaten zur herkömmlichen Politik des Minimalkonsenses konterkariert.

Die anfängliche Europabegeisterung, die 1949 die Beratende Versammlung des neu gegründeten Europarates dazu veranlaßt hatte, gleich auf ihrer ersten Sitzung mit großer Mehrheit die Einrichtung einer politischen Autorität für Europa zu beschließen – was schließlich am Widerstand Großbritanniens scheiterte –, wich bald nationalstaatlicher Ernüchterung. Bald nachdem mit der Schaffung der supranationalen EGKS die Enge nationalstaatlichen Denkens in beispielloser Weise überwunden worden war, kehrten die europäischen Staaten zur Tradition nationalstaatlicher Interessenpolitik jenseits übergeordneter Ideale zurück. Mehrere Versuche, eine politische Einigung Europas in die Wege zu leiten, scheiterten regelmäßig an nationalen Vorbehalten, und die mißglückten Bemühungen um die Europäische Verteidigungsgemeinschaft (EVG) und die damit verbundene Europäische Politische Gemeinschaft (EPG) im Jahre 1954 bremsten frühzeitig die Dynamik des Integrationsprozesses. Mit der Einheitlichen Europäischen Akte (EEA) von 1986 und dem Vertrag von Maastricht aus dem Jahre 1992 ist das Projekt einer politischen Integration wieder auf die Tagesordnung gesetzt worden. Doch sind die Handlungsspielräume der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) und der Zusammenarbeit in den Bereichen Inneres und Justiz (ZIJ) unverändert intergouvernemental angelegt und stehen erst am Anfang ihrer Entwicklung zu effektiven Instrumenten der Gemeinschaft.

Die Supranationalität war als allgemeines Ziel des Einigungsprozesses schon mit dem Scheitern der EVG 1954 in Frage gestellt worden. Bezeichnenderweise fehlte in den Römischen Verträgen zur Gründung der EWG und der EURATOM eine dem Art. 9 EGKSV a. F. vergleichbare Regelung des supranationalen Prinzips. Statt dessen wurde in beiden Organisationen dem Rat als Vertretungskörperschaft der Mitgliedstaaten die Rechtsetzungsbefugnis übertragen. Durch die Relativierung des Mehrheitsprinzips im sogenannten Luxemburger Kompromiß von 1966, der den Mitgliedstaaten in Angelegenheiten von vitalem Staatsinteresse ein Vetorecht einräumte, wurde das Prinzip der Supranationalität für die politische Praxis der Europäischen Gemeinschaften faktisch aufgehoben.

Zum drittgenannten Problemkreis, der Lösung der deutschen Frage im europäischen Kontext, hatte das Exil die Abrüstung und Einbindung Deutschlands in eine gemeinsame Sicherheitsstruktur entwickelt, nachdem man sich von der Vorstellung einer europäischen Schlüsselposition Deutschlands hatte verabschieden müssen. Dieses Konzept, das nicht von allen Emigranten mitgetragen wurde, war als Alternativlösung zu der von den Alliierten anvisierten Zerstückelung Deutschlands entworfen worden. Deutschland wurde dennoch in vier Besatzungszonen geteilt, aus denen 1949 zwei deutsche Staaten hervorgingen, doch wurde zumindest Westdeutschland eng in die west-

europäische Gemeinschaft eingebunden. Die Idee der EGKS diente nicht zuletzt dem Ziel, das deutsche Wirtschaftspotential in eine gemeinsame Organisation zu integrieren, um seinen Mißbrauch zu verhindern und den europäischen Frieden zu sichern. Nach der deutschen Vereinigung wurde – von den Emigranten selbstverständlich nicht vorauszusehen – mit Erfolg die friedliche und freiwillige Einbindung Gesamtdeutschlands in ein Europa vollzogen, das sich anschickt, wieder zu Gesamteuropa zusammenzuwachsen. Interessanterweise kommt dem vereinigten, souveränen Deutschland innerhalb der Europäischen Union nun in der Tat eine Schlüsselrolle als wirtschaftlicher und – gemeinsam mit Frankreich – politischer Schrittmacher der Integration zu – eine Schlüsselrolle, die das deutsche Exil angesichts der absehbaren deutschen Niederlage lange vor dem Ende des Zweiten Weltkrieges mehrheitlich *ad acta* gelegt hatte.

Mit dem vierten im Exil analysierten Problemkreis der europäischen Selbstbehauptung zwischen den beiden Weltmächten Sowjetunion und USA hatten die politischen Flüchtlinge die Konzeption der „Dritten Kraft" vorweggenommen, die nach Kriegsende vor allem von der französischen Politik verfolgt wurde. Sicherlich hatten alle Emigranten die frühzeitige Eskalation des Ost-West-Konflikts zum Kalten Krieg sowie die ebenso frühzeitige Zementierung der machtpolitischen Verhältnisse in Europa befürchtet. Das konkrete Ausmaß aber konnten sie kaum vorhersehen. Insbesondere die Reduktion der gesamteuropäischen Integration auf die Integration Westeuropas nur zwei Jahre nach Kriegsende und die damit eng verknüpfte Funktionalisierung des Integrationsprozesses im Systemkonflikt übertraf die meisten Erwartungen. Mit der scheinbar widersprüchlichen Parallelentwicklung der Teilung Europas sowie Deutschlands einerseits und der westeuropäischen Einigung mit der deutsch-französischen Aussöhnung andererseits war eine Situation geschaffen worden, dem das im Exil mehrheitlich verfochtene Konzept einer weltpolitisch eigenständig agierenden Europaföderation nicht mehr gerecht wurde. Denn der westeuropäische Integrationsprozeß stand von Beginn an unter dem Einfluß der USA, die in der 1949 gegründeten Bundesrepublik und dem traditionellen Verbündeten Großbritannien zwei europäische Stützen hatte. Zudem stand Westeuropa wegen der großzügigen Wiederaufbauhilfe in Amerikas moralischer und finanzieller Schuld. Unter diesem Aspekt ist es nicht verwunderlich, daß im Rahmen der Vertragsverhandlungen zu EWG und EURATOM die öffentliche Diskussion kaum zur politischen Funktion der europäischen Organisationen im west-östlichen Spannungsfeld Stellung nahm.

Noch bevor sich Europa gegenüber den USA politisch emanzipieren konnte, zerfiel das Reich der Sowjetunion und mit ihm die Illusion des Staatskommunismus. Damit erübrigte sich eine eigenständige Position Europas im bisherigen Systemkonflikt.

Zusammenfassend läßt sich festhalten, daß das deutsche Exil die vier wesentlichen Problemkreise der europäischen Nachkriegszeit erkannt und

hierzu tragfähige Lösungskonzepte vorgeschlagen hat. Wenngleich bei den Gründungen der drei europäischen Gemeinschaften in keiner Weise auf die Ideen des deutschen Exils zurückgegriffen wurde, fanden doch viele zentrale Forderungen der Emigranten in der Entwicklung des europäischen Integrationsprozesses nach 1945 ihre Bestätigung. Ohne den vielschichtigen Europadiskurs der Jahre 1933 bis 1945 im deutschen Exil und in den europäischen Widerstandsgruppen ist die Entstehungsgeschichte der europäischen Integration nicht angemessen zu erfassen.

Vor dem Hintergrund dieses Befundes stellt sich die Frage nach der bleibenden Wirkungsmacht des Europadiskurses im Exil: Inwiefern kann die Auseinandersetzung mit den Europakonzeptionen des deutschen Exils heute noch sinnvoll sein? Worin liegt der Gegenwartsbezug dieser Europapläne für den heutigen Stand des Integrationsprozesses?

Für die Beantwortung dieser Frage ist es hilfreich, sich zunächst die verschiedenen Funktionen des Europadiskurses im deutschen politischen Exil zu vergegenwärtigen, die im folgenden stichwortartig aufgezählt seien:

– die Kompensationsfunktion: Kompensation für verlorene Illusionen, insbesondere die Vorbildfunktion der Sowjetunion als sozialistischer Vorzeigestaat, das linksrevolutionäre Potential der deutschen Arbeiterbewegung, die Schlüsselrolle Deutschlands für Europa, Deutschland als abendländische Kulturnation sowie die durch Hitlers übersteigerten Nationalismus diskreditierte Idee der Nation als ordnungspolitische Grundkategorie in Europa;

– die Abgrenzungsfunktion des „Anderen Deutschlands" gegenüber dem Nationalsozialismus – Abgrenzung nach außen;

– die Legitimationsfunktion für das Exil als Teil des Widerstandes: der Europadiskurs als Plattform der Widerstandsarbeit, der politischen Gegenentwürfe des „Anderen Deutschlands" – Legitimation nach innen, gegenüber dem eigenen Volk;

– die Individualisierungsfunktion durch gruppenübergreifende Diskussionen, Parteiaustritte und -übertritte sowie neue, zunehmend die Parteilinien ignorierende Gruppengründungen: Auflösung der parteiideologischen Landschaft von Weimar mit der Folge, daß der unabhängig denkende Europäer in den Vordergrund trat;

– die Solidarisierungsfunktion als logische Ergänzung der Individualisierungsfunktion: Der Europadiskurs als Ausdruck eines begrenzten Kollektivbewußtseins des deutschen politischen Exils, verbunden in der gemeinsam erlebten Europäisierung und der Forderung nach Überwindung des Nationalismus. Trotz aller Divergenzen verursachte die gemeinsame Schicksalserfahrung des Exils doch eine gewisse Annäherung des politischen Denkens, insbesondere hinsichtlich des westlichen Demokratieverständnisses, des Antifaschismus und des politischen Selbstverständnisses als Alternative zu Hitler[9];

[9] Vgl. insoweit auch die Selbsteinschätzung des Emigranten LOEWY, Literarische und politische Texte, Bd. 2, 1982, S. 16.

– die Stabilisierungsfunktion: Stabilisierung des Exils als Ort politischer Kultur, demokratischer Übung und freiheitlichen Meinungsaustauschs, mithin als Ort kultureller Selbstvergewisserung angesichts der Barbarisierung Europas durch den Nationalsozialismus;

– die Profilierungsfunktion: Politische Profilschärfung im Exil, insbesondere in der Föderalismusdebatte. Dies bedeutete zugleich die Chance, sich auch in der Heimatlosigkeit als politischer Mensch begreifen zu können.

Diese sieben Funktionen des Europadiskurses verbindet vor allem eines: Sie veranschaulichen die durch die gesellschaftliche und politische Isolation des Exils zwangsläufig hervorgerufene Selbstbezogenheit der deutschen Emigranten. Alle sieben Funktionen unterstreichen letztlich die paradox erscheinende, exiltypische Entwicklung: Die Auseinandersetzung um ein neues Deutschland in einem neuen Europa, die gerade in dem Gefühl deutscher und europäischer Interessensolidarität geführt wurde, warf die Emigranten auf sich selbst zurück, überließ sie dem mehr oder weniger abgekapselten Erfahrungsraum Exil, der weder zum innerdeutschen Widerstand noch zu den Regierungen der kriegführenden Länder Kontakte aufrecht zu erhalten vermochte und der politisch folgenlos blieb.

Umso mehr bot das Leitbild Europa den Emigranten eine neue, positiv besetzte Identität als antifaschistische Europäer. Nach anfänglichem Zögern und Festhalten an der deutschen Nation als Identifikationsobjekt mußten die Emigranten 1938 erkennen, daß sie sich auf eine längere Zeit des Exils und der Heimatlosigkeit einrichten mußten. Die Identifizierung mit Deutschland fiel zunehmend schwerer, und auch die Parteien fielen nach und nach als identitätsstiftende Bezugsobjekte aus. Viele Linkssozialisten hatten anfangs nicht die Nation, sondern den internationalen, sowjetfreundlichen Sozialismus als geistige Heimat angesehen. Doch wurde diese Illusion mit dem Hitler-Stalin-Pakt zerstört. Mit dem Ausfall der Sowjetunion einerseits und der deutschen Nation andererseits begann für die sozialistischen ebenso wie für die bürgerlichen Emigranten die Suche nach einer neuen Identität. Diese Suche führte viele Emigranten über die negative Identifizierung mit allen NS-Gegnern zur positiven Identifizierung mit dem Leitbild eines vom Faschismus befreiten, vereinigten Europas. Mithin entwickelte das Exil wichtige Ansätze einer Verdichtung des seit 1918 virulenten, aber bisher nebulösen Europabewußtseins zu einer europäischen Kollektividentität.

An dieser Stelle wird die Bedeutung der Exildiskussionen für den heutigen Prozeß der Europäisierung deutlich. Denn der Lernprozeß, der dem deutschen Exil schließlich die Einsicht brachte, daß ein wie auch immer geartetes vereinigtes Europa seinen Völkern eine europäische Identität bieten müsse, um sich als politischer Ordnungsrahmen langfristig durchsetzen zu können – diesen Lernprozeß hat die deutsche Nachkriegsgesellschaft bis heute nicht ernsthaft aufgenommen. Die Suche nach einer gemeinsamen europäischen Identität hat gerade erst begonnen. Sie verläuft bis dato hektisch, aber orientierungslos. In dieser Situation kann die Vielfalt des Europadiskurses im Exil

dem heutigen Integrationsprozeß hilfreiche Anhaltspunkte für die gezielte Entwicklung einer europäischen Identität bieten[10].

Diese erste Erkenntnis bedarf der weiteren Konkretisierung, die nun in einem gedanklichen Dreischritt vollzogen werden soll. Zunächst muß in der gebotenen Kürze geklärt werden, ob eine europäische Identität aus heutiger Sicht überhaupt erforderlich ist. Anschließend ist zu fragen, auf welche Weise eine solche Kollektividentität, wenn man sie denn für erforderlich hält, geschaffen werden kann. Erst dann können auf der Basis der Ergebnisse dieser Arbeit die konkreten Ansatzpunkte benannt werden, die sich für einen gedanklichen Rückgriff auf den Europadiskurs des deutschen Exils anbieten.

Der Soziologe Karl W. Deutsch konstatierte 1972 nicht zu Unrecht, daß sich die Wahrnehmung der breiten Bevölkerungsschichten Europas „nur sehr langsam auf die Vorstellung einer europäischen Einheit" zubewege[11]. Zwischenzeitlich hat der Integrationsprozeß mit der intensivierten Debatte um eine europäische Wirtschafts- und Währungsunion das eher unbestimmte Bewußtsein einer Zusammengehörigkeit der europäischen Völker tradiert, in Teilen möglicherweise sogar vertieft, aber nicht zu einer europäischen Identität verdichtet. Warum nicht?

Eine Identität definiert sich als Bewußtseinskategorie und emotionale Kategorie zugleich. Als Kategorie des Bewußtseins kann sich eine kollektive Identität entweder vergangenheitsbezogen auf gemeinsame Leistungen beziehen oder zukunftsgerichtet auf das einende Gefühl einer gemeinsamen Sendung[12]. Für eine europäische Identität kann insoweit auf die abendländischen Traditionen, die gemeinsame Geschichte und ein aus Christentum und Aufklärung komponiertes Wertesystem verwiesen werden. Auf der emotionalen Ebene jedoch ist das Empfinden der Europäer als „Wir-Gruppe" im Sinne eines starken, positiv konnotierten Zusammengehörigkeitsgefühls erforderlich. Ohne diese Gefühlskomponente ist die Entwicklung einer europäischen Identität nicht denkbar. Ernest Renans ebenso berühmter wie treffender Ausspruch über die Nation ist auch auf „Europa" anwendbar: Europa ist ein tägliches Plebiszit, dessen Fundament nur solange trägt, wie die Menschen sich mehrheitlich mit der konkreten Verfaßtheit Europas identifizieren

[10] Für die folgenden Ausführungen wurde auf Einzelnachweise weitgehend verzichtet. Die Gedankengänge sind unter Zuhilfenahme folgender Werke entwickelt worden: KAELBLE, L'Europe „vécue" 1994; KIRSCH, Nationalstaat im Spannungsfeld 1997; LADEMACHER, Kultur – Region – Nation 2001; LOTH, Identity and Statehood 2000; DERS., Prozeß der europäischen Integration 2000; DERS., Die Deutschen und das Projekt der europäischen Einigung 1992; DERS., Weg nach Europa ³1996; MÜNCH, Projekt Europa 1993; THIEMEYER, Supranationalität als Novum 1998.

[11] DEUTSCH, Nationalismus 1972, S. 124.

[12] Vgl. SCHNEIDER, Identität und Identitätswandel 1998, S. 249. DEUTSCH, Nationalismus 1972, S. 106f. überträgt diese Erkenntnis auf jede Art von Föderation: „Für eine Föderation ist entweder Erfahrung in der Vergangenheit oder eine Erwartung in der Zukunft und etwas Erfahrung im wirtschaftlichen Wachstum, zum mindesten in einigen Einheiten nötig."

können und wollen. Europa muß als Zugehörigkeitsstruktur gelebt werden, um als Idee in der Praxis zu bestehen[13].

Der Identifizierung breiter Bevölkerungsschichten mit dem europäischen Integrationsprozeß steht bis heute dessen technokratische Handhabung entgegen[14]. Dies gilt selbst für den Vertrag von Maastricht, der in Frankreich mit denkbar knapper Mehrheit das Plebiszit überstand – ein Balanceakt zwischen *raison d'État* und öffentlicher Meinung. In Deutschland wollte man das epochale Vertragswerk gar nicht erst der Gefahr eines ablehnenden Volksvotums aussetzen und scheute selbst eine unverbindliche Volksbefragung. Mit der Einführung des europäischen Binnenmarktes und dem Euro als gemeinsamer Währung sind die technokratischen Arbeitsziele erreicht worden, ohne daß ein nennenswertes kollektives Zusammengehörigkeitsgefühl damit verbunden gewesen wäre. Einer identitätsstiftenden Wirkung des europäischen Integrationsprozesses und der europäischen Organe fehlte bisher das dahinterstehende übergeordnete Ideal, das der (west)europäischen Bevölkerung als erstrebenswertes Integrationsziel hätte vermittelt werden können.

Die technokratischen Zielsetzungen der EG eignen sich kaum als völkerverbindende Ideale. Als Garant der Friedenssicherung sind bisher die USA angesehen worden. Die Schaffung eines gemeinsamen Wirtschaftsraumes war eine pragmatische Notwendigkeit, aber als völkerverbindendes Ideal ungeeignet. Auch das Ziel der europäischen Eigenständigkeit zwischen Ost und West war, soweit es überhaupt ernsthaft verfolgt wurde, für eine kollektive Vision zu abstrakt und zu wenig emotionsbehaftet. Der Föderativgedanke als Ordnungsprinzip kann ebensowenig überzeugen, da er nicht Selbstzweck ist, sondern nur Mittel zum Zweck sein kann und als Bezugsobjekt eines Wir-Gefühls ebenfalls zu abstrakt ist.

Bis heute wird der Integrationsprozeß nahezu ausschließlich vom rationalen, häufig nationalstaatlich-machtpolitischen Kalkül bestimmt, ohne in den breiten Bevölkerungsschichten emotional verankert zu sein. Nicht einmal die privaten Europa-Initiativen und erst recht nicht die europäischen Intellektuellen haben es vermocht, das Handlungsmonopol der Regierungen bei der Realisierung der Europaidee zu brechen. Dies, obwohl die Europäisierung mit der Übertragung nationaler Teilsouveränität erheblich weiter fortgeschritten ist als je ein anderer Integrationsprozeß. Insoweit ist die begriffliche Differenzierung Guy Kirschs zwischen der durch die Teilübertragung der

[13] Dies betonen die neuesten Studien zur Bewußtseinsgeschichte des europäischen Integrationsprozesses, vgl. stellvertretend KAELBLE, L'Europe „vécue" 1994, S. 27: „L'émergence de la conscience européenne ne suit pas fidèlement et automatiquement l'évolution d'une société européenne ‚vécue' par les Européens, c'est-à-dire comprise par eux; elle dépend aussi d'autres facteurs comme les idéaux européens, les institutions européennes, les concepts politiques sur l'Europe, en somme l'Europe ‚voulue'." Auch LADEMACHER, Kultur – Region – Nation 2001, S. 352 konstatiert eine Konkurrenz zwischen dem Nationalgefühl und dem „neuen, zunächst noch geforderten, aber noch nicht gelebten Gefühl der europäischen Gemeinschaftlichkeit".

[14] Übereinstimmend LOTH, Identity and Statehood 2000, S. 27.

Nationalsouveränität erreichten Suprastaatlichkeit und ihrer Ergänzung durch eine noch ausstehende Supranationalität als kollektives Zusammengehörigkeitsgefühl der Europäer bemerkenswert: „Ehe denn der einzelne *weiß*, daß er ein Deutscher, ein Franzose, ein Italiener oder ein Däne ist, *fühlt* er, daß dem so ist [Hervorhebungen des Verf., B. S.]."[15]

Die Gefahr einer bloßen Suprastaatlichkeit ohne korrelierende Supranationalität liegt primär in den Renationalisierungstendenzen der Mitgliedstaaten. Gerade die Suche nach Identifikationsbezügen kann solchen Renationalisierungstendenzen Vorschub leisten. Denn emotional bindende Identitäten können in den kleineren, besser überschaubaren und aus eigener Lebenspraxis vertrauten Erfahrungsräumen der Nation und der Region eher begründet werden als auf der noch nicht recht faßbaren europäischen Ebene. Für die Glaubwürdigkeit des weiteren Integrationsprozesses und seine Akzeptanz bei den allmählich sensibilisierten Bevölkerungsmassen wird nicht das „Europe pensée" elitärer Diskurse, sondern vor allem die Erfahrung eines „Europe vécue"[16] entscheidend sein. Somit ist die Verdichtung des zweifellos vorhandenen Europabewußtseins zu einer kollektiven Identität der Europäer sowohl für den langfristigen Erfolg des bisher erreichten Integrationsgrades als auch für die Legitimation der fortgesetzten Europäisierung unverzichtbar.

Bejaht man die Notwendigkeit einer europäischen Identität, schließt sich die Frage an, auf welche Weise eine solche Kollektividentität geschaffen werden kann. Ein europäisches Zusammengehörigkeitsgefühl setzt eine möglichst enge Verbindung des Erfahrungsraumes Europa mit dem Alltagsleben der Bürger voraus. Dabei muß klar sein, daß eine europäische Identität die nationalen Identitäten vorerst nur ergänzen, nicht aber ersetzen kann. Denn abgesehen von der momentan deutlich stärkeren Bindungskraft der Nation gegenüber Europa ist die nationale Vielfalt Europas, das unterschiedliche Nationalverständnis und die divergierenden Lebensrhythmen selbst Teil der europäischen Kultur – Ausdruck der so oft beschworenen *discordia concors*. Die fortschreitende Institutionalisierung Europas, die zunehmende europäische Regelungsdichte sowie der gemeinsame Binnenmarkt werden den Europagedanken sicherlich besser vermitteln können als die bloße Symbolik einer Europaflagge oder einer Europahymne. Doch so wichtig diese Entwicklungen für die langfristige Stärkung des Europabewußtseins sind, können sie doch nur identitätsfördernd, nicht aber identitätsstiftend wirken. Hierzu bedarf es einer über den organisatorischen Alltag hinausgehenden Vision, eines

[15] KIRSCH, Nationalstaat im Spannungsfeld 1997, S. 11. Kirschs begriffliche Differenzierung ist bislang weder von der Rechtswissenschaft noch von der Politikwissenschaft aufgegriffen worden. Dies ist umso bedauerlicher als auch die Begriffe „international", „transnational", ja sogar „national" von Grund auf neu überdacht und im Einzelfall auf ihre rationale und emotionale Lebenswirklichkeit überprüft werden müßten.

[16] Vgl. KAELBLE, L'Europe „vécue" 1994.

europäischen Ideals, zu dem die Europäer eine emotionale Bindung aufbauen können.

In der momentanen Diskussion werden im wesentlichen drei konzeptionelle Ansätze vertreten, auf welche Weise eine europäische Identität geschaffen werden kann: der währungspolitische Ansatz, der auf die identitätsstiftende Wirkung der gemeinsamen Währung Euro abstellt, das regionalpolitische Konzept des Europas der Regionen und der soziokulturelle Ansatz einer Identität der politischen Kultur mit dem Fernziel einer europäischen Gesellschaft.

Seit dem 1. Januar 2002 wird in dreizehn Ländern der Europäischen Union mit derselben Währung bezahlt. Fraglos wird der Umgang mit der gemeinsamen Währung zu einer wichtigen kollektiven Alltagserfahrung werden und damit der notwendigen Vertiefung des Europabewußtseins förderlich sein. Als Bezugsobjekt einer tiefgreifenden emotionalen Bindung aber wird die Währungsunion möglicherweise nicht ausreichen. Zur Begründung muß zunächst auf das fehlende Vertrauen der Märkte in den Euro und dessen lange Zeit schwache Position gegenüber dem US-Dollar verwiesen werden. Darüber hinaus muß der Tatsache Rechnung getragen werden, daß dem Euro – anders als der Deutschen Mark – das identitätsstiftende Kollektiverlebnis eines als Gemeinschaftsleistung verstandenen „Wirtschaftswunders" wohl nicht zuteil werden wird. Somit erscheint der Euro als Fixpunkt einer europäischen Identität kaum prädestiniert.

Das Konzept eines Europas der Regionen, das eng mit dem Subsidiaritätsprinzip verbunden ist, bemüht sich um die Initiierung eines europäischen Identifikationsprozesses mittels einer Stärkung der regionalen Bande. Mit der Reaktivierung und Intensivierung der regionalen Bindungen hofft man, zugleich die Zugehörigkeit der Region zu Europa in Erinnerung zu rufen[17]. Für diesen zweigleisigen Identifikationsversuch spricht, daß er die europäische Identität nicht absolut setzt, sondern den Menschen ihre Bindungen vor Ort läßt, diese sogar unterstützt. Der leichter faßbare und bereits emotional gebundene Erfahrungsraum Region soll zugleich zum Vermittler einer europäischen Zugehörigkeit werden. In der politischen Praxis aber sind die Regionen letztlich von machtpolitischem Eigeninteresse geleitet. Dadurch wird das Konzept des Europas der Regionen unter Vernachlässigung der europäischen Identifikationsebene umgesetzt und verkommt oft genug zu einer einseitigen Relokalisierung der Interessen. Solange sich die Regionen aber nicht als primäre, zumindest gleichwertige Multiplikatoren der europäischen Einheit begreifen, ist die Vorgehensweise, über den regionalpolitischen Umweg eine europäische Identität zu schaffen, schon im Ansatz fruchtlos. Zudem ist der Begriff der Region in Europa mit völlig unterschiedlichen Inhalten erfüllt und erfaßt etwa das Baskenland, Korsika und Schottland ebenso wie die

[17] Zum Konzept eines Europas der Regionen vgl. stellvertretend für die umfangreiche Literatur: CLOSTERMEYER, Europa der Regionen 1997.

deutschen Bundesländer. Vor dem Hintergrund seiner europafernen Handhabung ist das Konzept des Europas der Regionen momentan kaum geeignet, eine europäische Identität zu schaffen, sondern führt zu einer jedenfalls verzögernden Umleitung des Identifikationsprozesses über die Regionen.

Erfolgversprechender ist der soziokulturelle Ansatz. Nicht die Nivellierung kultureller Besonderheiten, sondern die Betonung des gemeinsamen Kulturverständnisses auf der Basis eines gemeinsamen Wertekataloges ist am ehesten als Grundlage einer europäischen Identität geeignet. Angestrebt wird also eine europäische Identität als Wissen und Wollen der Zugehörigkeit zu einer gemeinsam definierten Wertegemeinschaft, die geeignet ist, beides zu sein: europäisches Ideal und erlebte Kollektiverfahrung.

Für das soziokulturelle Verständnis der europäischen Identität spricht, daß eine Identitätsbildung immer ein kultureller Prozeß sein muß, weil sie gerade über die bloße *ratio* einer wirtschaftlich oder politisch vernünftigen Integration hinausgeht. Darüber hinaus wäre eine integrative Kulturidentität die logische Fortsetzung des bisherigen Integrationsprozesses: wie die Wirtschaftsintegration zugleich den Keim der – lange hinausgezögerten – politischen Integration war, so trägt die mit GASP und ZIJ vorsichtig begonnene Institutionalisierung einer politischen Integration den Keim einer Kulturintegration in sich. Denn Kultur meint auch politische Kultur, beinhaltet das Bekenntnis zum Verfassungsstaat und zu den demokratischen Umgangsformen. Dazu gehört auch, daß die kulturelle Identität Europas nicht als Abgrenzungsmerkmal gegenüber den nicht zu leugnenden außereuropäischen Einflüssen, also im Sinne einer „Restüberlegenheit der europäischen Kultur"[18] verstanden werden darf, sondern die Einbeziehung und Reflexion der externen Einflüsse zur gegenseitigen Bereicherung anzustreben ist.

Auch sind mit der deutschen Vereinigung und dem Ende des Kalten Krieges gewichtige Gegenargumente entfallen, die zuvor gegen eine kulturelle Identität der Europäer in Stellung gebracht worden waren. Bis zur Vereinigung der beiden deutschen Staaten erschwerte in Deutschland das Fehlen einer nationalen Identität die Suche nach einer übergeordneten europäischen Identität. Die Ersatzidentität der Deutschen Mark konnte dieses gravierende Manko nicht ausgleichen. Dies galt insbesondere gegenüber Großbritannien und Frankreich, die beide über ein ungebrochenes, über Jahrhunderte aufgebautes Nationalbewußtsein verfügen. Dieses Dilemma wurde durch die deutsche Vereinigung 1989/90 nicht ohne weiteres gelöst. Denn einerseits fiel ein Teil der Politik und der Bevölkerung vorübergehend in nationalistische Reflexe zurück, die eine betonte Rückbesinnung auf die nationale Identität forderten und den Blick auf die europäische Idee verstellten. Andererseits können nun auch die Deutschen souveräner mit der Forderung nach einer europäischen Identität umgehen, da ihnen der organische Zwischenschritt der nationalen Identitätsebene wiedergegeben ist.

[18] KAELBLE, Europäer über Europa 2001, S. 147.

Nach dem formalen Ende der europäischen Ost-West-Teilung sind auch die Vorbehalte gegen eine allzu intensive westeuropäische Einigung ohne Einbeziehung der mittel- und osteuropäischen Staaten entfallen. Zugleich hat die dramatische Verringerung der amerikanischen Friedenspräsenzstärke in Europa einer spezifisch europäischen Identitätssuche den Weg geebnet. Eine vorsichtige Emanzipation von den USA in wirtschaftlicher, politischer und gesellschaftlicher Hinsicht erscheint angebracht, ohne sich in eine nur negativ identitätsstiftende Isolation begeben zu müssen.

Anknüpfungspunkt einer europäischen Kulturidentität müßte ein gemeinsames Werteverständnis sein. Hier bietet sich der Wertekanon der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) an, ergänzt um die Grundfreiheiten des Maastricht-Vertrages, ein dem Art. 49 EUV vergleichbares Bekenntnis zu Demokratie, Freiheit und Rechtsstaatlichkeit sowie die verbindliche Anerkennung des Föderalismusprinzips und der Europäischen Sozialcharta. Eine andere Grundlage als diejenige eines als Rechtsanspruch und politisches Bekenntnis artikulierten Wertekataloges ist nicht recht ersichtlich. Das vormals identitätsstiftende Christentum ist heute nicht mehr in der Lage, breiteren Bevölkerungsschichten eine politische Idee gefühlsmäßig nahe zu bringen. Auch ein Appell an die einigende Ausstrahlung der abstrakten „Vernunft" kommt nicht in Betracht, denn die Vision einer europäischen *république des lettres* richtete sich ausschließlich an bestimmte Eliten. Breiteren Bevölkerungsschichten aber wäre dieser Ansatz auch heute nicht vermittelbar.

Für die Entwicklung einer soziokulturellen Identität kann – eher als dem Verwaltungsorgan Kommission – dem Europäischen Gerichtshof (EuGH) eine wichtige Rolle zukommen. Der EuGH nimmt im Integrationsprozeß eine zentrale Funktion ein: Er garantiert die Rechts"staatlichkeit" auf europäischer Ebene, seine Rechtsprechung geht selbst der Rechtsprechung der nationalen Verfassungsgerichte vor. Er überwacht als Judikative die Einhaltung der Verträge, schlichtet Streitigkeiten zwischen Mitgliedstaaten und öffnet seine Säle auch dem einzelnen EU-Bürger. Tatsächlich hat der EuGH über die Auslegung des europäischen Primärrechts hinaus das Gemeinschaftsrecht zu einer Rechtsordnung *sui generis* entwickelt. Zu beachten ist auch, daß mit der wachsenden Integrationsdichte die Hürden der Klagebefugnis vor dem EuGH verringert und damit die Rechtsprechungskompetenz des obersten europäischen Gerichts weiter ausgedehnt werden wird. Institutionelle Abgrenzungsschwierigkeiten, die sich für die Auslegung der EMRK möglicherweise aus der insoweit kongruenten Prüfungskompetenz des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte ergeben könnten, wird die politische Praxis voraussichtlich zugunsten des deutlich einflußreicheren EuGH entscheiden. Dafür spricht auch die divergierende politische Bedeutung der beiden dahinterstehenden Organisationen, der EU einerseits und dem schon frühzeitig entpolitisierten Europarat andererseits. Mithin ist der EuGH ein geeignetes Instrument, die politische Kultur Europas zu festigen und der Entwick-

lung eines europäischen Zusammengehörigkeitsgefühls förderlich zu sein. Vor dem Hintergrund dieser Überlegungen ist es als Integrationsrückschlag zu werten, daß in Nizza die Verabschiedung einer verbindlichen Europäischen Charta der Menschenrechte verschoben wurde und bis dato lediglich ein dürftiger Verweis auf die EMRK in Art. 6 EUV enthalten ist.

Nachdem der soziokulturelle Ansatz einer Identität der politischen Kultur mit dem Fernziel einer europäischen Gesellschaft als erfolgversprechendster Identifikationsversuch vorgestellt worden ist, kann nun die Frage aufgegriffen werden, inwieweit die Auseinandersetzung mit dem Europadiskurs des deutschen Exils bei der Schaffung einer kulturellen Kollektividentität hilfreich sein kann.

Der im Detail äußerst kontroverse Europadiskurs im deutschen Exil kann für die heutige Europadiskussion eine Interpretations- und Orientierungshilfe leisten und dazu beitragen, den Kerngedanken des europäischen Einigungsprozesses offenzulegen: Völkerverständigung und kollektive Friedenssicherung. Dies gilt insbesondere angesichts der heute häufig anzutreffenden Skepsis gegenüber einem mittlerweile institutionalisierten Europa, dessen Rechtsprechung und Verwaltung wachsenden Einfluß auf das Alltagsleben des einzelnen Bürgers ausüben. Die Reaktionen der europäischen Politik auf die Unsicherheit der Bürger weisen häufig Renationalisierungstendenzen auf, und auch der nunmehr unmittelbar betroffene Bürger fragt nach Sinn und Ziel der europäischen Integration, die der bloßen Ideenkiste entronnen und den Kinderschuhen entwachsen ist.

Damit ist die Frage nach der Legitimität des Integrationsprozesses aufgeworfen: Die Einsicht des Exils in die funktionalen Unzulänglichkeiten der Nationalstaaten, die mit den Antriebskräften des Integrationsprozesses nach 1945 übereinstimmten, bilden noch heute die Basis der fortschreitenden Integration. Deshalb ist die Rückbesinnung auf die Vorgeschichte des Einigungsprozesses unerläßlich, um die Legitimation der weiteren Integration auch mit den bisherigen Integrationserfolgen und den sie tragenden Grunderkenntnissen zu intensivieren. Diese Grunderkenntnisse konnten im Exil vorbehaltloser formuliert werden, so daß der Europadiskurs des Exils aufschlußreiche Einsichten für das heutige Integrationsverständnis zu vermitteln vermag.

Darüber hinaus kann die innereuropäische Rückbesinnung des Exils als europäischer Lernprozeß für die heutige Definition einer Identität der politischen Kultur von Bedeutung sein. Auf der Suche nach gemeinsamen europäischen Traditionen, Werten und Interessen konnten sich die deutschen Emigranten im großen und ganzen auf grundlegende Prinzipien der politischen Kultur verständigen: Demokratie, Freiheit, Föderalismus und die Verbindlichkeit der Menschenrechte als Ausdruck der Herrschaft des Rechts. Diese Prinzipien entsprechen dem gemeinsamen Wertekanon, der zu Beginn des 21. Jahrhunderts als Fixpunkt einer soziokulturellen Identität der Europäer anzusehen ist.

Die Auseinandersetzung mit den eingehend erörterten europäischen Beweggründen und Überlegungen des Exils als Teil der europäischen Geschichte ist geeignet, das individuelle Europabewußtsein zu schärfen und ermöglicht die historische Verortung der Anfänge des europäischen Integrationsprozesses.

Auch die ausführlichen Überlegungen des Exils zur europäischen Eigenständigkeit können sich als bedeutungsvoll für die Schaffung einer Identität der politischen Kultur nach dem Ende des Kalten Krieges erweisen. Im Vordergrund steht heute die kulturelle Selbstbehauptung Europas nach außen und die Homogenisierung der Einheit in Vielfalt nach innen. Nach außen wird sich Europa seiner kulturellen Selbstbehauptung zwischen dem amerikanischen, dem arabischen und dem asiatischen Kulturkreis widmen müssen. Nach innen sieht sich das vereinigte Europa nach der Auflösung der weltpolitischen Machtblöcke der schwierigen Aufgabe ausgesetzt, erstmals eigene Ordnungsfunktionen auf dem europäischen Kontinent auszuüben. Mit Blick auf die anstehende Osterweiterung der Europäischen Union wird sich diese Aufgabe als eine wesentlich kulturelle Herausforderung erweisen, die die Entwicklung unterschiedlicher politischer Kulturen diesseits und jenseits des Eisernen Vorhangs wird homogenisieren müssen, ohne der entstehenden europäischen Gesellschaft die nationalen und regionalen Besonderheiten vorzuenthalten.

Schließlich sind die Europakonzeptionen des Exils fraglos ein bedeutender Teil des Fundaments für die weitergehende Europaforschung, zumal sich die Beiträge des deutschen Exils häufig durch hohen Sachverstand und scharfsichtige Analysen auszeichneten. Es ist zu hoffen, daß durch die Beschäftigung mit dem Europadiskurs der Jahre 1933 bis 1945 der europäische Enthusiasmus, die Begeisterung für eine politische Idee auch in unsere Zeit hinüberwirkt. So könnte der heutige Integrationsprozeß von einer erfolgreichen, von der wirtschaftlichen Vernunft diktierten Vergangenheit in eine ebenso erfolgreiche, von einer soziokulturellen Identität der Europäer getragene Zukunft überführt werden.

# VI. ANHANG

## 1. Kurzbiographien der Emigranten

Soweit nicht anders angegeben, sind die biographischen Daten entnommen aus: Werner RÖDER, Herbert A. STRAUSS (Hg.), Biographisches Handbuch der deutschsprachigen Emigration nach 1933, 2. Bde., München, New York 1980–1983.

Arthur *Arzt* (1880–1953), Lehrer. 1918 SPD, 1919–1928 MdL Sachsen, 1923–1927 Bezirksschulrat Dresden, 1928–1933 MdR. 1933 Schweiz, ČSR. 1936 mit Hans Jaeger und Fritz Max Cahen Gründer DVB, 1937 Ausschluß aus DVB. 1939 Flucht aus Prag über Polen nach Großbritannien. 1943/44 zeitweise Annäherung an FDB in Großbritannien. 1946 Rückkehr in die Bundesrepublik.

Walter *Auerbach* (1905–1975), Dr. phil., Sozialpolitiker. 1923 SPD, 1930–1933 Bibliothekar, dann Gewerkschaftssekretär. 1933 Entlassung, kurzfristig Haft, Flucht nach Amsterdam, bis 1946 im Generalsekretariat der ITF. 1939 mit ITF-Zentrale nach London. 1946 Vizepräsident Zentralamt für Arbeit in der BBZ, 1948–1955 und 1957–1969 Staatssekretär im niedersächsischen Arbeitsministerium, 1969–1971 Staatssekretär Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung. Ausschußmitglied beim PV der SPD.

Siegfried *Aufhäuser* (1884–1969), Gewerkschaftsfunktionär. 1912 SPD, 1917 USPD, 1922 SPD, ab 1920 geschäftsführender Vorsitzender Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände (AfA), ab 1921 hauptamtlicher Vorsitz, 1921–1933 MdR. 1933 Rücktritt als AfA-Vorsitzender, Wahl in SPD-PV. Nach wiederholten Verhaftungen Flucht über Saarbrücken nach Paris und Prag, Aufnahme in SPD-Exilvorstand. Mitgründer RSD, 1935 Ausschluß aus Sopade, 1937 Austritt aus RSD. 1938 nach Paris, 1939 nach New York, 1939 Mitglied GLD, 1941 Mitglied Exekutivkomitee German-American Council for the Liberation of Germany und AFG. 1944 Mitglied CDG-Vorbereitungskomitee, Austritt aus GLD. 1951 Rückkehr, ab 1952 Vorsitz DAG-Landesverband Berlin. Mitglied SPD.

Friedrich *Baerwald* (geb. 1900), Dr. jur., Rechtsanwalt, Professor für Volkswirtschaft. 1926–1928 Tätigkeit im Arbeitsministerium. Mitglied der Zentrumspartei; Assistent des MdR Friedrich Dessauer. 1933 aus allen Ämtern entlassen. Dezember 1933 nach Saarbrücken; 1934 USA. 1935–1970 Hochschullehrer an der Fordham University, New York, Mitglied CDG. 1970 Rückkehr in die Bundesrepublik.

Max *Barth* (1896–1970), Journalist, Schriftsteller. Herausgeber Stuttgarter *Sonntags-Zeitung*, Mitglied Revolutionäre Pazifisten, KPD, 1933 Ausschluß aus KPD. Frühjahr 1933 Schweiz, dann Paris, 1934 Spanien. Nach Ausweisung über die Schweiz nach Prag, wurde von Ludwig Quidde unterstützt. 1938 Norwegen, 1940 Schweden, 1941 USA. 1950 Rückkehr in die Bundesrepublik, Tätigkeit als Schriftsteller, 1959–1965 Herausgeber des *Waldkircher Heimatbriefs*.

Ernst *Behm* (geb. 1902), Lehrer. 1921–1928 KPD, 1928 KPDO, 1931 SAPD, ab 1923 Gewerkschaft deutscher Volksschullehrer, 1933 Entlassung aus dem Schuldienst, illegale Tätigkeit für SAPD in Berlin, Flucht nach Kopenhagen, 1935 nach Stockholm abgeschoben, Mitglied SAPD-Landesvorstand, 1935–1939 Mitglied Verein deutscher Lehreremigranten, ab 1938 in schwedischer Gewerkschaft und Landesgruppe deutscher Gewerkschafter, nach 1942 Mitarbeit Internationale Gruppe demokratischer Sozialisten. 1944 Gründungsmitglied FDKB, 1944–1950 Mitglied und ab 1946 im Vorstand SPD-Gruppe Schweden. Vergebliche Rückkehrversuche.

Karl *Böchel* (1884–1946), Politiker, Publizist. 1910 SPD, bis 1933 Mitglied SPD-Reichsparteiausschuß, 1925–1933 StadtVO Chemnitz, 1926–1933 MdL Sachsen. 1933 Wahl in den PV gewählt, Flucht in die ČSR, ab 1933 mit Aufhäuser Mitglied Sopade-Büro Prag, Mitgründer RSD. 1935 aus Sopade ausgeschlossen, 1937 Auflösung der RSD und Anschluß der Gruppe an Sopade. 1938 nach Oslo.

Franz *Bögler* (1902–1976), Parteifunktionär. 1921 SPD, 1926–1932 StadtVO Speyer, 1933 MdL Bayern, geschäftsführender Vorsitzender Arbeiterwohlfahrt Pfalz. 1933 Schutzhaft, Flucht nach Saarbrücken, 1934 Sopade-Grenzsekretär in Trautenau/ČSR. 1938 Frankreich, ab 1939 Gefängnis- und Lagerhaft, 1942 Schweiz, Internierung im Arbeitslager Egetswil bei Zürich. 1943 Mitgründer Union deutscher Sozialisten in der Schweiz, 1945 Generalsekretär Das Demokratische Deutschland. 1946 Rückkehr in die Bundesrepublik. 1946–1961 Vorsitzender SPD-Bezirk Pfalz, ab 1948 Vorsitzender SPD-Landesausschuß Rheinland-Pfalz, 1946 Mitglied Beratende Landesversammlung, 1946–1947 1. Vizepräsident, 1947–1963 MdL Rheinland-Pfalz, 1947 und 1951–1961 1. Landtagsvizepräsident. 1946–1958 Mitglied SPD-Bundesvorstand, 1947–1950 Oberregierungspräsident, 1962 Parteiausschluß.

Julius Moritz *Bonn* (1873–1965), Dr. oec. publ., Volkswirt, Professor für Politikwissenschaft. Hochschullehrer Universität München, 1910–1920 Direktor der Handelshochschule München, verschiedene Gastprofessuren. 1919 Mitglied deutsche Verhandlungsdelegation in Versailles. 1920–1933 Handelshochschule Berlin. 1930–1932 Berater des Reichsfinanzministers; 1932/33 Berater der Deutschen Reichsbank zur Vorbereitung der Weltwirtschaftskonferenz in Genf. 1933 nach Entlassung aus allen Ämtern Emigration nach Großbritannien. 1939–1946 Gastprofessuren in den USA und Kanada.

Willy *Brandt* (1913–1992), Journalist, Politiker. 1930 SPD, 1931 SAP, 1933 Norwegen, Leiter SAP-Gruppe Oslo, 1940 norwegischer Staatsbürger, Flucht nach Schweden. In Stockholm Sekretär Arbeitskreis Internationaler Sozialisten, Herbst 1944 mit SAP-Ortsgruppe Übertritt zur SPD. 1948 Rückkehr in die Bundesrepublik. 1954–1958 stv. Vorsitzender und 1958–1963 Vorsitzender SPD-Landesverband Berlin, ab 1958 SPD-Bundesvorstand, 1962–1964 stv. Parteivorsitzender und 1964–1987 Parteivorsitzender SPD, seit 1987 SPD-Ehrenvorsitzender. 1949–1957, 1961 und ab 1969 MdB, 1950–1969 Mitglied Berliner Abgeordnetenhaus, 1957–1966 Regierender Bürgermeister von Berlin, 1961 und 1965 SPD-Kanzlerkandidat, 1966–1969 Bundesaußenminister, 1969–1974 Bundeskanzler. 1971 Friedensnobelpreis.

Max *Braun* (1892–1945) Journalist, Politiker. 1925–1935 Vorsitzender SPD/Saarland. Nach 1933 Flucht nach Forbach/Lothringen, 1935 Mitbegründer Beratungsstelle für Saarflüchtlinge, später Präsident Office Sarrois in Paris. 1938 Organisator und Gründer Landesverband deutscher Sozialdemokraten in Frankreich, 1941 Anschluß an Gruppe der Parlamentarier um Karl Höltermann. Erlag kurz vor seiner Rückkehr nach Deutschland in London einem Herzanfall. Vgl. auch PAUL, Max Braun ²1987.

Arnold *Brecht* (1884–1977), Dr. jur., Ministerialbeamter, Hochschullehrer, ab 1919 Geheimer Regierungsrat, Ministerialrat, 1921–1927 Ministerialdirektor im RMI, 1927 Übertritt ins Preußische Staatsministerium, Hauptbevollmächtigter im Reichsrat, 1928 Mitglied des Verfassungsausschusses der Länderkonferenz, 1932 Vertreter der preußischen Regierung vor dem Staatsgerichtshof, 1933 Rede im Reichstag, Appell an Hitler zur Wahrung der Verfassung, ab 1928 Dozent für Politik an der Hochschule, 1933 kurzfristig in Haft, Entlassung aus dem Amt, Emigration nach New York. Als Professor für Politische Wissenschaften an der New School for Social Research, 1942 Vorsitzender Social Science Research Council, 1946 Vizepräsident, ab 1954 Gastprofessur in Heidelberg.

Eugen *Brehm* (geb. 1909), Publizist. 1930 Gründungsmitglied SAP, Mitglied Reichsleitung, Mitglied Gruppe revolutionärer Pazifisten, 1933 Schutzhaft, illegale Tätigkeit für

SAP-Reichsleitung, 1934 Verhaftung, 1935 Flucht nach Prag. Mitglied SAP-Exilgruppe, 1939 London, DVB-Vorstandsmitglied. Ab 1939 BBC-Mitarbeiter, 1971 Assistent Head of Reception Department.

Rudolf *Breitscheid* (1874–1944), Dr. phil., Journalist. 1912 SPD, 1917–1922 USPD, 1920–1933 MdR. Außenpolitischer Sprecher und seit 1928 einer der Vorsitzenden der SPD-Reichstagsfraktion, 1926–1930 SPD-Vertreter bei der deutschen Delegation zum Völkerbund. 1933 Paris, 1940 Südfrankreich, 1941. Auslieferung an das Deutsche Reich. Umgekommen im Konzentrationslager Buchenwald.

Erich *Brost* (1903–1995), Buchhändler. 1921 SPD/Danzig, Mitglied SPD-Landesvorstand Danzig, 1935/36 Mitglied Danziger Volkstag. 1936 Polen, 1939 Schweden, 1940 Finnland, 1942 Schweden, 1943 Großbritannien. In London BBC-Mitarbeiter. 1945 Rückkehr nach Westdeutschland, 1947 Vertreter des SPD-PV in Berlin, ab 1948 Herausgeber und Verleger der Westdeutschen Allgemeinen Zeitung.

Heinrich *Brüning* (1885–1970), Politiker. 1920–1930 Geschäftsführer Deutscher Gewerkschaftsbund, 1924–1932 MdR Zentrumspartei, ab 1929 Fraktionsführer, 1928 MdL Preußen, März 1930 Reichskanzler, Bildung des sog. „Hindenburg-Kabinetts", Mai 1932 Rücktritt der Regierung Brünings. 1934 Niederlande. 1935 USA, 1939 Lehrstuhl für Staatswissenschaften Universität Harvard, 1951–1955 Universität Köln, 1955 Rückkehr in die USA.

Hermann *Budzislawski* (1901–1978), Dr. rer. pol., Journalist, Hochschullehrer. 1929 SPD, März 1933 Zürich, 1934–1939 Herausgeber und Chefredakteur *Die neue Weltbühne* Prag und Paris, 1938 Paris, 1940 USA, 1944 Mitgründer CDG, 1948 Rückkehr, SED, 1948–1962 Professor für Zeitungswissenschaften Universität Leipzig, 1949–1950 MdProvis. VK, ab 1958 MdVK und 1971, ab 1967 Herausgeber *Weltbühne*, Mitglied Bundesvorstand FDGB, Präsidiumsmitglied UNESCO-Kommission der DDR, ab 1969 Vizepräsident Weltföderation der Wissenschaftler.

Fritz Max *Cahén* (1891–1966), Journalist. 1928 DDP, 1930 Wahlkampfleiter DSP, 1931 Übersiedlung nach Monte Carlo, anschließend ČSR, März 1932 Gründung der bürgerlichen Widerstandsorganisation Deutscher Vortrupp (The German Vanguard) gegen Nationalsozialisten, 1933 Emigration nach Prag. Februar 1936 in Prag Gründung Volkssozialistische Bewegung, 1937 USA, November 1939 Verbot sämtlicher Schriften in Deutschland.

Richard *Coudenhove-Kalergi* (1894–1972), Dr. phil., Schriftsteller, Politiker. 1923 Gründung Paneuropa-Union (PEU), ab 1924 Herausgeber und Redakteur *Paneuropa*, Herbst 1926 erster Paneuropäischer Kongress, Wahl zum Präsidenten PEU, März 1938 Flucht über CSR, Ungarn, Jugoslawien und Italien in die Schweiz. Neues PEU-Zentrum in Bern, später Genf und Paris 1940 nach New York. Ab 1941 Lehrauftrag New York University, März 1943 5. Paneuropa-Kongreß in New York. Ab Herbst 1944 Professor für Geschichtswissenschaft in New York. 1946 Reise nach Europa, ab 1947 Wohnsitz Schweiz, Gründer und Generalsekretär Europäische Parlamentarier-Union (EPU), 1954 als einziger Nichtparlamentarier Mitglied auf Lebenszeit im Parlamentarischen Rat der Europäischen Bewegung. 1952–1954 Reorganisation der PEU, Sitz in Basel, ab 1965 in Brüssel.

Franz *Dahlem* (geb. 1892), Politiker. 1911 Gewerkschaft, 1913 SAJ und SPD, 1917 USPD, 1919 Mitglied ZK der USPD, 1920 KPD, 1921–1924 MdL Preußen. Ab 1929 MdR, April 1933 Emigration nach Prag, Aufbau KPD-Auslandsleitung in Paris und Prag. 1942 Auslieferung nach Deutschland, Gestapo-Haft in Berlin, ab 1943 KL Mauthausen, nach Befreiung 1945 von Roter Armee nach Moskau gebracht, Rückkehr nach Berlin, Leiter Kader- und Organisationsabteilung des ZK der KPD. 1949–1950 MdProv. VK, 1950–1953 MdVK, 1950 Mitglied ZK und Politisches Büro der SED, 1954 Verbot der Parteiarbeit, 1956 Rehabilitierung, ab 1957 Mitglied ZK der SED, ab

1963 MdVK. Ab 1965 Mitglied Präsidium, ab 1967 stellvertretender Minister für Hoch- und Fachschulwesen.

Friedrich *Darmstaedter* (1883–1957), D. Ph., Professor für Rechtswissenschaft. Staatsanwalt, Amtsrichter, Landgerichtsrat in Mannheim. 1930 Privatdozent für Rechtsphilosophie an der Universität Heidelberg; 1935 aus allen Ämtern entlassen. 1937 Emigration nach Italien, Lehrauftrag Universität Rom. 1939 Großbritannien, Lehrauftrag Cambridge, 1942–1953 an der London School of Economics. 1948/49 Gastprofessor, 1939 Honorarprofessor, 1950–1957 Lehrauftrag an der Universität Heidelberg.

Willi *Eichler* (1896–1971), Journalist, Politiker. 1919 SPD, 1923–1927 Privatsekretär von Leonard Nelson, 1927 Vorsitzender des ISK. 1933 Frankreich, Aufbau der ISK-Auslandszentrale, April 1938 Ausweisung aus Frankreich wegen politischer Betätigung, bis 1939 in Luxemburg, dann London. 1941 Beitritt des ISK zur Union deutscher sozialistischer Organisationen in Großbritannien, Mitglied der Exekutive der Union, leitete im August 1945 Einigung des ISK mit SPD ein. 1945 Rückkehr in die Bundesrepublik, führend beim Aufbau der rheinischen SPD, 1947–1948 MdL NRW, 1949–1953 MdB, Mitglied Europarat.

August *Enderle* (1887–1959), verheiratet mit Irmgard Enderle, Parteifunktionär, Journalist. 1904 Mitglied SPD, 1918 USPD, Spartakusbund und KPD, 1928 Mitgründer KPDO, Ausschluß aus KPD, 1932 SAP. 1933 Holland, nach Ausweisung bis 1934 in Brüssel, Mitglied SAP-Auslandsleitung, Emigration Schweden. 1944 Vorstandsmitglied Landesgruppe deutscher Gewerkschafter in Schweden. 1945 illegal nach Deutschland, in Bremen am Aufbau der Gewerkschaft und SPD beteiligt.

Irmgard *Enderle* (geb. 1895), Parteifunktionärin, Journalistin. 1918 Spartakusbund, KPD-Mitglied, Anfang 1929 aktiv in KPDO. 1932 SAP. 1933 vorübergehende Festnahme durch Gestapo, danach Polizeiaufsicht, Flucht nach Holland, weiterer Emigrationsweg wie bei August Enderle. 1944 FDKB-Vorstand, Mitarbeiterin schwedischer Gewerkschaftsbund, SPD-Mitglied, 1945 Rückkehr in die Bundesrepublik.

Walter *Fliess* (1901–1985), Maschinenbau-Ingenieur. IJB, ISK-Gebietsobmann Köln. 1933 Niederlande, 1934 Großbritannien. Leitete in London vegetarische Gaststätte, Mitarbeit in der Union und in der Landesgruppe deutscher Gewerkschafter in Großbritannien, ISK-Sprecher für Wirtschaftsfragen. Blieb nach dem Krieg in England, 1947 britischer Staatsbürger, 1947–1950 für die britische Militärverwaltung und das Foreign Office in der Deutschlandpolitik tätig, Mitglied in der Labour Party, 1963–1970 in deren Vorstand.

Friedrich Wilhelm *Foerster* (1869–1966), Dr. phil., Professor für Pädagogik und Philosophie, Journalist. Nach Gefängnisstrafe wegen Majestätsbeleidigung Übersiedlung in die Schweiz, Privatdozent Universität Zürich, 1913 Professor Universität Wien, 1914–1920 Universität München. Während des Ersten Weltkriegs aktiver Pazifist und Gegner der deutschen Kriegspolitik. 1921 erneute Übersiedlung in die Schweiz, 1926 Paris. 1929–1933 Herausgeber *Die Zeit*, Berlin. 1933 Paris. 1940 Portugal, anschließend USA. 1963 Rückkehr, Sanatorium in Kilchberg (Schweiz).

Karl *Frank* (1893–1969), Dr. phil., Psychologe, Publizist. 1919 KPÖ, PV-Mitglied KPÖ, Ende 1920 Übersiedlung nach Berlin, Mitglied KPD, 1923 bei illegaler Arbeit verhaftet, Abschiebung nach Österreich. 1924 KPÖ-Parteileitung, 1929 Übertritt in die KPDO, Reichsleitung, März 1932 SAPD, PV-Mitglied und Reichsleitung, Ende 1932 SAPD-Ausschluß, Eintritt in SPD. Juni 1935 führender Vertreter von NB, 1939 Großbritannien, NB-Auslandsleitung in London. 1944 Mitgründer CDG, Rückkehr nach Deutschland war politisch unerwünscht. Bis zu seinem Tod Psychoanalytiker in den USA.

Paul *Frölich* (1884–1953), Parteipolitiker, Publizist. 1902 SPD, 1918/1919 KPD/Spartakusbund, 1921–1924 und 1928–1930 MdR, 1928 Mitgründer KPDO, Ausschluß aus

KPD, Mitglied KPDO-Reichsleitung. 1931 Niederlegung des Mandats, 1932 Ausschluß aus KPDO, Mitglied SAP-Parteileitung, 1933 Wahl in SAP-Vorstand. Verhaftung, Konzentrationslager Lichtenberg, nach Entlassung Flucht in die ČSR, 1934 Frankreich. Mitglied SAPD-Auslandsleitung, 1941 New York. Ende 1950 Rückkehr in die Bundesrepublik, SPD.

Hellmut von *Gerlach* (1866–1935), Journalist, Politiker. Mitglied Freisinnige Vereinigung, 1903–1907 MdR, 1908 mit Rudolf Breitscheid Gründer Demokratische Vereinigung, führender Vertreter des deutschen Pazifismus. Mitgründer und bis 1922 Mitglied der DDP, Mitgründer und ab 1926 Vorsitzender DLM. Ab Mai 1932 Redakteur *Weltbühne*, 1933 Flucht nach Paris, Vorsitzender der Landesgruppe Frankreich der DLM.

Curt *Geyer* (1891–1967), Dr. phil., Journalist. SPD, 1917 USPD, 1920 KPD, 1922 über die USPD zurück zur SPD, 1920–1924 MdR, 1925–1933 innenpolitischer Redakteur des *Vorwärts*. 1933 Prag, Ende 1937 Paris, 1940 Südfrankreich, 1941 über Portugal nach London. 1935–1940 Chefredakteur des *NV*, 1938 Mitglied Sopade-PV. 1942 PV-Austritt und Parteiausschluß, 1947–1963 als britischer Staatsbürger Korrespondent für die *Süddeutsche Zeitung* in London.

Hans *Gottfurcht* (geb. 1896), Gewerkschaftsfunktionär. 1913 SPD, ab 1919 Gewerkschaftsangestellter, zuletzt Gauleiter, 1938 Emigration nach London. Ab 1938 Mitglied Labour Party und britische Gewerkschaften. Ab 1941 Vorsitzender der Landesgruppe deutscher Gewerkschafter in Großbritannien (LG). 1950–1952 Leiter Bildungsabteilung. Anschließend bis 1960 stellvertretender Generalsekretär IBFG in Brüssel, 1961 Schweiz.

Kurt R. *Grossmann* (1897–1972), Publizist. 1926 Generalsekretär DLM, Mitglied SPD. 1933 Flucht in die ČSR, Leiter der Demokratischen Flüchtlingsfürsorge. 1938 Paris, 1939 USA. 1943 jüdischer Weltkongreß, mit europäischer Flüchtlingsfrage beauftragt. Trat nach 1945 aktiv für deutsch-jüdische Aussöhnung ein.

Albert *Grzesinski* (1879–1941), Politiker. 1897 DMV, 1898 SPD, ab 1903 SPD-Funktionär, 1921–1933 MdL Preußen, 1922–1924 Präsident Preußisches Landespolizeiamt, anschließend MdI Preußen, 1925–1926 Polizeipräsident Berlin, 1926–1930 Preußischer Innenminister, anschließend bis Juli 1932 Polizeipräsident Berlin. 1933 Emigration Schweiz, dann Paris, 1937 über Peru in die USA. Ab März 1939 Vorsitzender GLD, Anfang 1944 Mitgründer CDG. Grzesinski starb kurz vor der Rückkehr nach Deutschland.

Paul *Hertz* (1888–1961), Dr. rer. pol., Politiker. 1905 SPD, während des Krieges USPD, 1922 SPD, 1920–1933 MdR. Ab 1922 Fraktionssekretär SPD-Reichstagsfraktion, ab 1933 besoldetes Mitglied Sopade, ab 1935 Annäherung an NB. Ab 1938 zunehmender Konflikt mit Sopade, verließ sie freiwillig Ende 1938, Identifizierung mit NB, Ende 1939 USA. Bis Herbst 1945 Mitglied CDG, in USA als Wirtschaftsprüfer tätig. 1949 Rückkehr nach West-Berlin, dort 1951–1953 Senator für Marshall-Plan und Kreditwesen, ab 1955 bis zu seinem Tod Senator für Wirtschaft und Kredit.

Rudolf *Hilferding* (1877–1941), Dr. med., Politiker. 1917 USPD, 1922–1933 Mitglied SPD-PV, 1920–1925 Mitglied Reichswirtschaftsrat, 1924–1933 MdR, Aug.–Okt. 1923 Reichsfinanzminister im Kabinett Stresemann, Juni 1928–Dez. 1929 im Kabinett Müller. 1933 Dänemark, dann Schweiz. Enger Mitarbeiter der Sopade, ab 1938 Paris, 1941 Auslieferung an die Gestapo, Oktober 1941 angeblicher Freitod im Pariser Gefängnis „Santé".

Kurt *Hiller* (1885–1972), Dr. jur., Schriftsteller. 1926 Gründer und Präsident Gruppe revolutionärer Pazifisten. 1933 nach schweren Mißhandlungen Flucht nach Holland, nach Rückkehr bis April 1934 KL Oranienburg, September 1934 Emigration nach Prag, 1938 London. Ende 1939 Gründung Freiheitsbund deutscher Sozialisten (FDS),

1939–1946 Vorsitzender Gruppe unabhängiger deutscher Autoren (GUDA), 1955 Rückkehr in die Bundesrepublik.

Wilhelm *Hoegner* (1887–1980), Dr. jur., Jurist, Landgerichtsrat. 1919 SPD, 1924–1932 und 1933 MdL Bayern, 1930–1933 MdR. 1933 Österreich, 1934 Schweiz. 1945 Führungsmitglied der Arbeitsgemeinschaft Das Demokratische Deutschland und der Union Deutscher Sozialisten in der Schweiz. Juni 1945 Rückkehr nach München. 1945–1946 und 1954–1957 bayerischer Ministerpräsident, 1946–1970 MdL Bayern; Honorarprofessor, Generalstaatsanwalt.

Karl *Höltermann* (1894–1955), Schriftsetzer. SPD, 1920 Redakteur Magdeburger Volksstimme, 1924 Mitgründer Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, 1932 Bundesführer Reichsbanner, 1932–1933 MdR. 1933 Niederlande, 1935 Großbritannien. Bemühte sich 1939/40 um Anerkennung als Vertreter des SPD-PV in Großbritannien, gründete 1941 mit Max Braun und einigen anderen ehemaligen Abgeordneten unabhängig vom PV eine kurzlebige Gruppe der Parlamentarier. 1942 Rückzug aus der Exilpolitik. Blieb nach dem Krieg in Großbritannien.

Hans *Jaeger* (1899–1975), Publizist. 1918 Spartakusbund, dann KPD, bis 1929 Leiter Marx-Engels-Verlag in Frankfurt am Main, aktiv beim ZK der KPD, ab 1931 führend in der Abteilung für Intellektuellenarbeit. 1933 Dänemark, in Deutschland zur Fahndung ausgeschrieben, Emigration nach Prag. 1935 KPD-Austritt und Parteiausschluß durch Komintern. Februar 1936 Mitgründer Deutsche Volkssozialistische Bewegung (DVB). 1939 Polen, später London, gegen Kriegsende Annäherung an SPD. Ab 1971 Mitglied Labour-Party.

Bernhard *Kamnitzer* (1890–1959), Dr. jur., Rechtsanwalt, Politiker. SPD, 1924–1928 Danziger Volkstag, ab 1929 parlamentarischer Senator, bis 1939 Finanzsenator, nach 1930 vor allem rechtliche Auseinandersetzungen mit den Nationalsozialisten, Vorstandsmitglied Centralverein Danziger Staatsbürger jüdischen Glaubens. Berufsverbot, kurzfristig Haft. 1938 New York, nach 1945 Vertreter der Wiedergutmachungsansprüche der Danzig-Emigration.

Rudolf *Katz* (1895–1961), Dr. jur., Rechtsanwalt. SPD, 1929–1933 StadtVO Altona. 1933 China, 1935 USA. 1939 Mitbegründer GLD, 1941 US-Staatsbürgerschaft, 1946 Rückkehr nach Deutschland. 1947–1950 Justizminister Schleswig-Holstein, 1948–1949 Mitglied des Parlamentarischen Rates. Seit 1951 Richter am Bundesverfassungsgericht, dessen Vizepräsident er wurde.

Otto *Klepper* (1888–1957), Jurist, Politiker. 1924 DNVP, später DDP/DSP, 1931–1932 Preußischer Finanzminister. 1933 auf Einladung der finnischen Regierung nach Helsinki, Weiteremigration nach Schweden und Paris, 1940 Internierung, 1942 Flucht nach Mexiko, Teilhaber einer Rechtsanwaltspraxis. Ab Mitte 1947 Rechtsanwalt und Notar in Frankfurt a. M., später Geschäftsführer *Frankfurter Allgemeine Zeitung.*

Waldemar von *Knoeringen* (1906–1971), Politiker. 1926 SPD, März 1933 Österreich, 1934 Sopade-Grenzsekretär in Budweis; Anschluß an NB. 1936 Prag, 1938 Paris. Sommer 1939 mit NB-Exilzentrale nach London. Ende 1940–1942 leitender Mitarbeiter Sender Europäische Revolution, 1943 BBC-Mitarbeiter. 1946 Rückkehr nach München; Mitglied Verfassunggebende Versammlung Bayern. 1946–1962 SPD-Fraktionsvorsitzender LT Bayern, 1947–1963 Vorsitzender SPD-Landesverband Bayern. 1949–1951 MdB, 1958–1962 stv. Bundesvorsitzender SPD, maßgebliche Beteiligung am Godesberger Programm. Mitglied Rat der Europäischen Bewegung.

Erich *Koch-Weser* (1875–1944), Jurist, Politiker. 1913–1918 Mitglied Preußisches Herrenhaus, Mitgründer DDP, 1919–1921 Reichsminister des Innern, 1920 Vizekanzler, 1920–1930 MdR, 1921–1928 Rechtsanwalt und Notar. 1924–1930 Vorsitzender DDP, 1928–1929 Reichsminister der Justiz, 1928–1930 geschäftsführender Vizepräsident Deutsches Komitee der Paneuropa-Bewegung, Vorstandsmitglied Verband für euro-

päische Verständigung. Rücktritt von Parteivorsitz und Reichstagsmandat. Nach Schließung seiner Anwaltspraxis durch die Nationalsozialisten 1933 Brasilien, Aufbau einer Kaffeeplantage.

Wilhelm *Koenen* (1886–1963), Partei- und Staatsfunktionär. 1903 SPD, 1917 USPD, 1919–1920 StadtVO, MdNV, Sekretär ZK der USPD, 1920–1932 MdR, ab 1924 Fraktionsvorstand, KPD. 1926–1932 StadtVO Berlin, 1929–1932 Preußischer Staatsrat, ab April 1932 MdL Preußen. 1933 Paris, ab 1935 Leiter KPD-Emigration in der ČSR. 1938 Großbritannien, nach 1942 politischer Leiter Landesgruppe Großbritannien, Dezember 1945 Rückkehr. 1946–1949 Landesvorsitzender KPD bzw. SED, 1946–1963 Mitglied PV bzw. ZK der SED.

Willy *Kressmann* (geb. 1907), Schriftsetzer. SPD, 1931 Mitbegründer der SAPD, 1933 Emigration in die ČSR, 1939 Großbritannien, Wiedereintritt in die SPD, 1945 Rückkehr nach Berlin, 1949–1962 Bürgermeister von Kreuzberg, 1963 Austritt aus der SPD.

Gerhard *Kreyssig* (geb. 1899), Dr. rer. pol., Journalist, Wirtschaftspolitiker. 1922 USPD, 1931–1945 Leiter wirtschaftspolitische Abteilung IGB Berlin, Paris und London, 1933 nach Verlegung der IGB-Zentrale über die Schweiz nach Paris. Bis März 1934 Vorstandsmitglied Pariser Gruppe der SPD, 1941 mit IGB nach London, ab 1942 Mitglied Programmkommission für Wirtschaftsfragen der Union. Ende 1945 als Journalist nach München, 1951–1965 MdB, ab 1952 Mitglied Gemeinsame Versammlung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl, 1958–1965 Mitglied Europäisches Parlament.

Heinz *Kühn* (geb. 1912), Journalist, Politiker. 1930 SPD, 1933 illegale Tätigkeit, Haft, im Parteiauftrag an die Saar, Emigration in die ČSR. Ab 1936 in Antwerpen und Brüssel, 1937–1939 Kontakte zum ISK. Ab 1940 im Untergrund in Gent, Ende 1945 illegal nach Köln. Ab 1946 Redakteur *Rheinische Zeitung*, später Chefredakteur. Ab 1954 Mitglied SPD-Bundesvorstand, Mitglied Parteipräsidium, 1962–1973 SPD-Landesvorsitzender, ab 1966 Nordrhein-westfälischer Ministerpräsident. 1973 als Nachfolger von Herbert Wehner zum stellvertretenden Parteivorsitzenden gewählt.

Otto *Lehmann-Russbueldt* (1873–1964), Schriftsteller. 1914 Mitgründer Bund Neues Vaterland, aus dem 1922 DLM hervorging, bis 1926 Generalsekretär DLM. 1933 nach Haft über Holland nach Großbritannien, Vertreter der DLM in Großbritannien. 1941–1948 Herausgeber *Rundbriefe des Flüchtlings*. 1951 Rückkehr nach Berlin, Ehrenpräsident DLM, 1954 Austritt aus Protest gegen DLM-Propaganda in der DDR.

Walter *Loewenheim* (1896–1977), Politiker, Kaufmann. 1918 Spartakusbund, ab 1919 KPD, 1927 Bruch mit der Partei, 1929 SPD. Gründer und bis 1934 Führer der LO, 1933 Leiter Auslandssekretariat der LO in Prag, Veröffentlichung der Programmschrift *Neu Beginnen!* 1935 endgültige Emigration in die ČSR, 1936 London, Direktor einer Ingenieurfirma. Im Exil politisch nicht mehr aktiv.

Hubertus Prinz zu *Löwenstein-Wertheim-Freudenberg* (geb. 1906), Dr. jur., Schriftsteller, Politiker. 1930 Zentrumspartei, Reichsbanner, Gründer und Führer Jugendorganisation Reichsbanner, 1933 nach Brixlegg/Tirol, 1935 USA, 1937–1946 Gastprofessuren in den USA und Kanada im Auftrag der Carnegie-Stiftung. 1940–1941 Mitwirkung an Rettung von Emigranten in Westeuropa, 1944 kurzfristig Mitarbeiter des CDG. 1946 Rückkehr nach Bremen, 1957 Dozent Universität Heidelberg, 1952 FDP, 1953–1957 MdB, Mitglied Deutscher Rat der Europäischen Bewegung, seit 1958 CDU, 1959–1971 Sonderberater, 1971–1973 freier Mitarbeiter des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung.

Richard *Löwenthal* (geb. 1908), Dr. phil., Hochschullehrer, Publizist. KPD, 1929 Parteiausschluß, 1929–1931 KPDO, 1932 LO, nach 1933 am Aufbau illegaler Elite-Kader der Gruppe Neu Beginnen beteiligt. Juli 1935 innerdeutsche NB-Leitung, August 1935 ČSR, NB-Auslandsbüro, 1938 Paris, 1939 Großbritannien, Mitarbeiter Sender der Europäischen Revolution. Nach dem Krieg Verbleib in Großbritannien. 1961 Rück-

kehr nach West-Berlin, tätig am Osteuropa-Institut der FU Berlin, verschiedene Gastprofessuren. Seit 1945 SPD, in den 60er Jahren Berater SPD-Parteiführung. Nach Emeritierung freier Journalist.

Heinrich *Mann* (1871–1950), Schriftsteller. 1918 Mitglied im Politischen Rat geistiger Arbeiter, 1931 Präsident Sektion Dichtkunst der Preußischen Akademie der Künste. Anfang 1933 zum Rücktritt gezwungen, Berufsverbot, Emigration nach Frankreich. 1934 Präsident Deutsche Freiheitsbibliothek, Vorstandsmitglied Internationale Vereinigung der Schriftsteller zur Verteidigung der Kultur; führende Mitarbeit im Lutetia-Kreis zur Vorbereitung einer deutschen Volksfront. 1940 USA, 1940/41 Drehbuchautor, danach arbeitslos. 1944 Mitarbeit in CDG. 1949 Berufung zum Präsidenten der Deutschen Akademie der Künste (Ost-Berlin), starb kurz vor der geplanten Übersiedlung in die DDR.

Thomas *Mann* (1875–1955), Schriftsteller. Nach NS-Machtübernahme 1933 Vorlesung in München über „Leiden und Größe Richard Wagners", die einen Eklat provozierte. September 1933 Übersiedlung nach Küsnacht (Schweiz), 1936 tschechoslowakische Staatsbürgerschaft. 1937 Vortragsreise USA, Wahl zum Präsidenten der American Guild of Cultural Freedom; Mai 1938 Flucht in die USA. 1938–1940 Dozent an der Princeton University. Seit Oktober 1940 wöchentliche Radioansprachen über BBC nach Europa. 1944 US-amerikanische Staatsbürgerschaft. August 1945 Antwort an Walter von Molo „Warum ich nicht nach Deutschland zurückgehe", die eine Kontroverse über das Verhältnis von innerer und äußerer Emigration auslöste. 1952 Rückkehr nach Europa (Kilchberg, Schweiz).

Siegfried *Marck* (1889–1957), Dr. phil., Hochschullehrer. 1917 Habilitation, 1918 SPD, 1930 Lehrstuhlinhaber für Philosophie Universität Breslau. 1933 Entlassung als Hochschullehrer, Emigration nach Frankreich, 1939 USA. Seit 1934 Gastprofessor in Dijon, aktiv in der Volksfrontbewegung. Seit 1949 Professor für Philosophie in Chicago, aktiv in AFG, GLD und CDG. Kehrte nicht nach Deutschland zurück.

Paul *Merker* (1894–1969), Parteifunktionär. 1918 USPD, 1920 KPD, 1929–1930 Reichsleitung RGO, 1930 nach Moskau. Lenin-Schule der Komintern, 1931 Präsidiumsmitglied der RGO, 1931–1933 in die USA. Ab März 1934 illegale Tätigkeit in Deutschland, 1935 Moskau, dann Paris. ZK und Politisches Büro, 1940 Flucht nach Marseille, 1942 Mexiko, Politischer Leiter der KPD-Landesgruppe. 1946 in Abwesenheit Wahl in SED-PV, Rückkehr nach Berlin, 1946–1950 MdL Brandenburg, 1949/50 Staatssekretär Ministerium für Land- und Forstwirtschaft der DDR, Aug. 1950 Ämterverlust und Parteiausschluß, 1952 Zuchthausstrafe, 1956 vorzeitig entlassen, später gerichtlich rehabilitiert.

Hilda *Monte* (1914–1945), Schriftstellerin. Ab 1924 aktiv im ISK, ab 1934 als Studentin in London, Fluchthilfe, Herbst 1939 Trennung vom ISK, Vorbereitung eines Attentats auf Hitler. 1941 vergebliche Versuche der Einreise nach Deutschland. Gegen Kriegsende Wiederannäherung an ISK-Gruppe in Großbritannien, 1944 Schweiz, Festnahme bei illegalem Grenzübertritt, bei anschließendem Fluchtversuch tödlich verletzt.

Willi *Münzenberg* (1889–1940), Parteifunktionär, Politiker. 1919 KPD, bis 1933 IAH-Generalsekretär, Leiter eines umfassenden kommunistischen Medienunternehmens. Ab 1924 Mitglied des ZK der KPD, 1924–1933 MdR, 1933 über das Saargebiet nach Frankreich, Initiative zur Schaffung einer deutschen Volksfront, 1935 Hauptorganisator der drei Konferenzen des Lutetia-Kreises, 1937 Parteiausschluß, Anschluß an DFP, 1939 Internierung, auf ungeklärte Weise umgekommen.

Oda *Olberg-Lerda* (1872–1955), Journalistin. Frühzeitig in deutscher sozialdemokratischer Bewegung aktiv, 1896 aus gesundheitlichen Gründen nach Italien. Nach Machtantritt des italienischen Faschismus Repressalien ausgesetzt, 1926 nach Wien. 1934 nach

Buenos Aires, kehrte nicht nach Österreich zurück. Nach 1945 gelegentliche Mitarbeiterin *Arbeiter-Zeitung* Wien.

Erich *Ollenhauer* (1901–1963), Parteifunktionär, Politiker. 1918 SPD, 1928–1933 SAJ-Vorsitz, 1933 von PV ins Ausland entsandt, Emigration nach Saarbrücken, dann Prag, Sopade-PV. 1938 mit Sopade nach Paris, 1940 über Spanien nach Lissabon, 1941 London. 1946 Rückkehr in die Bundesrepublik, stv. Parteivorsitzender SPD, Mitglied Parlamentarischer Rat, ab 1949 MdB, 1952 Parteivorsitzender SPD, 1953 und 1957 SPD-Kanzlerkandidat.

Karl Otto *Paetel* (1906–1975), Journalist, Schriftsteller. Nach nationalsozialistischer Machtübernahme mehrmals in Haft, Schreibverbot, illegale Tätigkeit. 1935 Flucht in die ČSR, illegal über Deutschland und Dänemark nach Stockholm, politische Tätigkeit, nach Intervention der deutschen Vertretung ausgewiesen. 1937 über Polen zurück in die ČSR, über Brüssel nach Paris, Verbindung zu NB und ISK. 1940 Flucht nach Südfrankreich, Auslieferungsbegehren der deutschen Behörden, 1941 mit Notvisum nach New York. 1944 Beteiligung am CDG, 1949 erster Deutschlandbesuch, 1953 endgültige Niederlassung in den USA.

Wilhelm *Pieck* (1876–1960), Parteifunktionär. 1895 SPD, 1906–1910 hauptamtlicher SPD-Sekretär in Bremen 1918 Spartakusgruppe, 1919–1946 KPD-Zentrale, 1921–1928 und 1932–1933 MdL Preußen, ab 1926 Mitglied Politbüro, ab 1928 MdR, 1928 Mitglied EKKI-Präsidium. 1933 Emigration ČSR, dann Paris, Bildung der KPD-Auslandsleitung. 1945 nach Deutschland. 1946–1954 SED-Vorsitzender gemeinsam mit Otto Grotewohl, 1949 Staatspräsident der DDR, Wiederwahl 1953 und 1957, gleichzeitig MdVK.

Ludwig *Quidde* (1858–1941), Dr. phil., Historiker, Politiker. 1889–1895 Herausgeber *Deutsche Zeitschrift für Geschichtswissenschaft*. 1893 DVP, 1894 Gründer und Vorsitzender Münchner Friedensgesellschaft, 1896 Vorsitzender DVP-Landesverband Bayern. 1901 Internationales Friedensbureau Genf, 1907 Präsident Weltfriedenskongreß München. Ab 1902 Vorstandsmitglied, 1914–1929 Vorsitzender Deutsche Friedensgesellschaft. 1918 DDP, MdNV; Vorsitzender Deutsches Friedenskartell, 1927 Friedensnobelpreis. 1933 Emigration nach Genf.

Hermann *Rauschning* (geb. 1887), Dr. phil., Politiker. 1931 NSDAP, 1932 SS-Standartenführer, nach NSDAP-Wahlsieg Senatspräsident Freie Stadt Danzig, 1934 Rücktritt, 1935 Parteiausschluß. 1936 Flucht nach Polen, 1937 Schweiz, 1938 Paris. 1938/39 Zusammenarbeit mit DFP, Mitglied Union Franco-Allemande, 1939 London, 1941 USA. Ab 1948 Farmer in Portland/Oregon.

Georg *Reinbold* (1885–1946), Parteifunktionär, Politiker. 1908 SPD, Stadtverordneter, 1923–1933 Vorsitzender SPD Baden, 1925–1933 MdL Baden; 1928 Fraktionsvorstand, 1931 1. Vizepräsident des Landtages. 1933 Flucht ins Saargebiet, Sopade-Grenzsekretär in Hanweiler. 1935 Buchhändler in Straßburg, später Luxemburg. 1940 Südfrankreich, 1941 New York.

Erich *Rinner* (geb. 1902), Dr. rer. pol., Parteifunktionär, Wirtschaftsexperte. ADGB, Sekretär SPD-Reichstagsfraktion. 1933 ČSR, Mitglied Sopade-Programmkommission. Gründer und Redakteur der monatlichen Deutschland-Berichte der Sopade. 1938 mit Verlegung des PV nach Paris. 1940 Internierung, Flucht nach New York. Mitglied GLD, 1941 Vorstandsmitglied German-American Council for the Liberation of Germany from nazism. Nach 1945 Wirtschaftsexperte bei New Yorker Privatbank.

Heinrich *Ritzel* (1893–1971), Beamter, Politiker. SPD, 1919–1929 hauptamtlicher Bürgermeister Michelstadt/Odenwald, 1930 Oberregierungsrat Provinzdirektion Oberhessen, 1924–1930 MdL Hessen. 1930–1933 MdR. 1933 Entlassung und Verhaftung; Flucht aus der Haft, Emigration ins Saargebiet; nach Saarabstimmung in die Schweiz. 1939 Generalsekretär Europa-Union Schweiz; politische Zusammenarbeit mit anderen

Emigranten. 1945 Mitgründer Das Demokratische Deutschland; Mitgründer Gemeinschaft deutscher Demokraten in der Schweiz. 1947 Rückkehr in die Bundesrepublik, Vorsitzender des Kreistages Michelstadt. 1949–1965 MdB; 1950–1957 Delegierter im Europarat.

Wilhelm *Röpke* (1899–1966), Dr. rer. pol., Soziologe, Professor. 1929–1934 Professor der Politikwissenschaften an der Universität Marburg, 1934 Arbeitsverbot, Emigration in die Türkei, Professor an der Universität Istanbul, 1937 Schweiz, bis zu seinem Tod Professor am Institut des Hautes Études Internationales, Genf. Berater Bundeskanzler Adenauers.

Udo *Rukser* (1892–1971), Dr. jur., Rechtsanwalt, Publizist. Ab 1926 Rechtsanwalt in Berlin. 1933 aus Protest gegen Verbot jüdischer Mitarbeit Rücktritt als Herausgeber einer Zeitschrift; Landwirt am Bodensee. 1938 Emigration nach Chile, Landwirt. 1944 zusammen mit Thomas Mann Überlegungen zur Bildung einer deutschen Exilregierung. Nach 1946 Organisation von Hilfsaktionen für Deutschland; Schriftsteller und Landwirt in Chile.

Mary *Saran* (geb. 1897), Publizistin. 1918 USPD, später SPD. Mitglied IJB, 1925 Reichsleitung Jungsozialisten. 1933 Frankreich, dann über London nach Dänemark und zurück nach London, ISK-Gruppe London. Ab Ende 1945 Nachfolge Eichlers und Heidorns als Herausgeber von *Europe Speaks*. UNESCO-Mitarbeiterin in Frauenfragen. Ab 1974 an Londoner Schule tätig.

Alexander *Schif(f)rin* (1901–1950), Publizist. Anfang der 20er Jahre SPD, Mitarbeiter Rudolf Hilferdings; einer der führenden Theoretiker der sozialdemokratischen Linken in der Weimarer Republik. 1933 Frankreich, Vorstandsmitglied RSD; Mitglied Landesverband deutscher Sozialdemokraten in Frankreich. 1939 Mitglied Union Franco-Allemande. 1939 USA; militärpolitischer Publizist, politische Vortragsreisen.

Erwin *Schoettle* (1899–1976), Politiker, Verleger. 1919 SPD, 1931–1933 als SPD-Parteisekretär Stuttgart enger Mitarbeiter von Kurt Schumacher. Mai 1933 Schweiz. Sopade-Grenzsekretär in St. Gallen, 1934 Anschluß an Neu Beginnen. 1938 mit NB-Auslandsleitung nach London, Leiter Londoner Gruppe und Sekretär NB-Auslandsleitung. 1941–1945 Mitglied Exekutivkomitee Union deutscher sozialistischer Organisationen in Großbritannien, zugleich Arbeitsausschuß Landesgruppe deutscher Gewerkschafter in Großbritannien. Ständiger BBC-Mitarbeiter. 1946 Rückkehr nach Stuttgart, Geschäftsführer und Gesellschafter *Stuttgarter Nachrichten*. 1947–1949 MdL Württemberg-Baden, 1947–1962 SPD-Landesvorsitzender Baden-Württemberg; Fraktionsvorsitzender Bizonen-Wirtschaftsrat. 1948–1968 Mitglied SPD-Bundesvorstand, 1949–1972 MdB; 1949–1969 Vorsitzender Haushaltsausschuß, 1961–1969 Bundestagsvizepräsident.

Walther *Schücking* (1875–1935), Dr. jur., Hochschullehrer, Politiker. Professor in Breslau, Marburg, Berlin und Kiel, Mitglied Ständiger Internationaler Gerichtshof Den Haag. 1919 Hauptbevollmächtigter bei Friedensverhandlungen von Versailles. Mitglied DDP, 1920–1928 MdR. Mitglied Ehrenpräsidium Deutsche Liga für Völkerbund, Ehrenvorsitzender Deutsches Komitee für europäische Kooperation. 1933 Entlassung aus Hochschuldienst, Emigration nach Den Haag.

Walter Detlef *Schultz* (1910–1964), Journalist. 1925 SPD und DGB. 1930 Austritt aus SPD, später KPD. 1933 Verhaftung, KL Mohringen, Oranienburg, Lichtenberg. Nach Entlassung politischer Untergrund Hamburg; 1934 Prag. 1938 Ausschluß aus KPD, Flucht nach London. 1941 BBC-Mitarbeiter. 1948 Rückkehr in die Bundesrepublik; Abteilungsleiter in Rundfunkanstalten.

Leopold *Schwarzschild* (1891–1950), Publizist. 1920 Mitherausgeber *Das Tage-Buch*, führende Rolle in der DLM. März 1933 Wien, danach Paris. 1933–1940 Herausgeber

*Das Neue Tage-Buch*, 1940 New York. Dort freier Journalist und Schriftsteller, Kommentator bei *Voices from America.*

Gerhart *Seger* (1896–1967), Journalist. SPD, 1923–1928 Generalsekretär Deutsche Friedensgesellschaft. 1933 Verhaftung, Gefängnis, dann KL Oranienburg. Ende 1933 Flucht aus KL nach Prag, Vortragsreisen für Sopade. 1934 Niederlassung in New York, 1936–1949 Chefredakteur NVZ. Ab 1939 GLD, 1941 Vorstand German-American Council for the Liberation of Germany from Nazism, Mitglied AFG. Zeuge vor alliiertem Militärtribunal in Nürnberg, 1948 Mitarbeiter OMGUS. 1953 Gastprofessor Univ. New Mexico, Albuquerque, Berater deutsche Botschaft in Washington, D. C.

Max *Seydewitz* (geb. 1892), Journalist, Parteifunktionär. 1910 SPD, 1919 Chefredakteur *Volksstimme*, 1920–1931 Chefredakteur *Sächsisches Volksblatt*; SPD-Landesleitung Sachsen, 1924–1932 MdR, 1932 Parteiausschluß; Mitgründer und Mitvorsitzender der SAPD. Nach Auflösungsbeschluß 1933 SPD; Emigration nach Prag, Mitgründer RSD, 1937 Ausschluß. 1938 Norwegen, 1940 Schweden. Vorstandsmitglied FDKB. Dezember 1945 illegale Rückkehr nach Berlin, 1947–1952 Ministerpräsident Sachsen und Landessekretariat SED, ab 1949 Vorsitzender Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft, ab 1950 MdVK; zahlreiche weitere Vorstandsposten staatlicher Kulturgesellschaften.

Anna *Siemsen* (1882–1952), Dr. phil., Hochschullehrerin, Publizistin. 1918/19 USPD, 1922 SPD. 1923 Honorarprofessorin für Pädagogik Universität Jena. 1928–1930 MdR, Vorstandsmitglied Liga für Menschenrechte und Frauenliga für Friede und Freiheit. 1931 SAP, 1933 Parteiaustritt, Emigration Schweiz. Mitglied Union Franco-Allemande und Union deutscher Lehrer-Emigranten. 1946 Rückkehr in die Bundesrepublik als Leiterin des Instituts für Lehrerbildung in Hamburg. Dozentin für Literatur und Pädagogik Universität Hamburg, Bildungsarbeit in sozialistischer Jugendarbeit, Mitglied Deutscher Rat der Europäischen Bewegung.

August *Siemsen* (1884–1958), Dr. phil., Pädagoge, Politiker. 1915 SPD, Schriftleiter sozialdemokratischer Zeitschriften. 1930–1932 MdR, 1931 Mitgründer SAP, Vorstand, 1933 Parteiaustritt. April 1933 Schweiz, Mitglied Union deutscher Lehrer-Emigranten. 1936 Argentinien, Lehrer in Buenos Aires. 1937 Mitgründer der Bewegung Das Andere Deutschland (DAD), Landesvorsitzender Argentinien, Herausgeber der gleichnamigen Zeitschrift. 1943 Präsidiumsmitglied Kongreß antifaschistischer Organisationen in Montevideo. 1952 Rückkehr in die Bundesrepublik, 1955 Übersiedlung in DDR, Mitglied SED.

Wilhelm *Sollmann* (1881–1951), Journalist, Politiker, Hochschullehrer. 1903 SPD, 1920–1933 Chefredakteur *Rheinischen Zeitung*, Köln. 1919 Mitglied deutsche Delegation bei Versailler Friedensverhandlungen, 1919–1933 MdNV und MdR. 1923 Innenminister im Kabinett Stresemann. 1919 Mitgründer Universität Köln, Präsidiumsmitglied Bund für europäische Verständigung. März 1933 von SA schwer mißhandelt, Schutzhaft. April in Abwesenheit Wahl in SPD-PV, nach Entlassung Flucht nach Saarbrücken. 1935 Luxemburg, 1937 USA. Bis 1950 Dozent für politische Wissenschaft und internationale Politik am Quaker-College Pendle Hill, Wallingford/Pa., zahlreiche Vorträge und Gastdozenturen in USA. 1939–1941 GLD, 1943 US-amerikanische Staatsbürgerschaft, seitdem Rückzug aus Exilpolitik. OSS-Berater, Gastprofessor Universität Köln, OMGUS-Berater.

Carl *Spiecker* (1888–1953), Dr. phil., Politiker. 1923–1925 Leiter Presseabteilung der Reichsregierung, danach AA. 1930/31 unter J. Wirth Sonderbeauftragter für die Bekämpfung des Nationalsozialismus, Vorstandsmitglied Reichsbanner. 1933 Frankreich, 1937/38 Initiator DFP. 1940 Großbritannien, DFP-Leitung mit H.-A. Kluthe und A. Weber, 1941 Kanada. 1945 Rückkehr in die Bundesrepublik. 1946 Mitgründer Zentrum, ab 1948 Vorsitzender. 1947 MdL Nordrhein-Westfalen, Wirtschaftsrat in Frank-

furt am Main, Vertreter Nordrhein-Westfalens im Länderrat der Bizone. 1949 Übertritt zur CDU, Minister ohne Geschäftsbereich, Vertreter des Landes Nordrhein-Westfalen im Bundesrat.

Friedrich *Stampfer* (1874–1957), Journalist, Politiker. Seit 1916 Chefredakteur *Vorwärts.* 1919 Delegationsmitglied bei Versailler Friedensverhandlungen. 1920–1933 MdR und SPD-Fraktionsvorstand, ab 1925 PV-Mitglied. 1933 durch PV-Beschluß ins Ausland entsandt, Mitglied Sopade-PV. 1933–1935 Chefredakteur *NV.* 1940 USA, Mitglied GLD. 1948 Rückkehr in die Bundesrepublik als Dozent an der Akademie der Arbeit, Frankfurt a. M.

Fritz *Sternberg* (1895–1963), Dr. rer. oec., Publizist. 1931 SAP, 1933 Mitglied illegale Inlandsleitung, Untergrund, Flucht nach Prag, Wien, Basel, Paris. 1936–1939 Mitglied SAP-Auslandsleitung. 1939 USA, Mitarbeit CDG. Nach Kriegsende Rückkehr in die Bundesrepublik.

Edgar *Stern-Rubarth* (1883–1972), Dr. phil., Publizist. Ab 1920 Lehrauftrag Deutsche Hochschule für Politik, 1924 Mitgründer und Präsident Europäischer Zoll-Verein, Generalsekretär Deutsch-Französische Gesellschaft, Vorstandsmitglied Fédération Internationale des Journalistes. 1933 während Vortragsreise in USA Kündigung durch Nachrichtenagentur, freier Journalist. 1936 Großbritannien, ab 1938 Mitarbeiter britischer Nachrichtenagentur, ab 1940 Propagandaberater britischer Stellen, Mitarbeiter der englischen und amerikanischen Presse. Mitglied Deutscher PEN-Club London. Nach dem Krieg vorübergehende Aufenthalte in Bundesrepublik, u.a. als Gastdozent und Korrespondent; pressepolitische Mitarbeit bei deutscher Botschaft in London.

Otto *Strasser* (1897–1974), Dr. jur. et rer. pol., Politiker, Publizist. 1919 kurzzeitig SPD. 1925 NSDAP, mit Bruder Gregor führender Vertreter der Parteilinken. 1930 Parteiaustritt nach Konflikt mit Hitler. Gründer und Führer Kampfgemeinschaft Revolutionärer Nationalsozialisten, 1931 Gründer Schwarze Front. 1933 Flucht nach Wien, dann Prag. 1938 Straßburg, Paris. 1940 Flucht aus Internierung auf Bermudas. 1941 Kanada (nach Verweigerung eines US-Einreisevisums). Januar 1941 Initiator und Präsident Frei-Deutschland-Bewegung (FDB). Nach erfolglosen Rückkehrbemühungen 1954 Zuerkennung der deutschen Staatsbürgerschaft durch Bundesverwaltungsgerichtsurteil, 1955 Rückkehr in die Bundesrepublik. 1956 Gründung Deutsch-Soziale Union (DSU), die sich nach Bundestagswahl 1961 auflöste.

Heinrich *Ströbel* (1869–1944), Publizist, Parteifunktionär. Mitglied SPD, 1910–1916 Redakteur *Vorwärts*, ab 1908 MdL Preußen, 1917 Mitglied der USPD, 1919 Rückkehr zur SPD, 1924–1932 MdR, aktiv in Friedensbewegung, 1931 Wahl in den PV, Mitglied SAPD, später Vorsitz. Nach drei Monaten Parteiaustritt, zurück zur SPD, 1933 Emigration in die Schweiz.

Stefan *Szende* (geb. 1901), Dr. rer. pol. et phil., Publizist. 1930 KPDO, 1932 SAP. 1933 Mitglied illegale SAP-Inlandsleitung, Verhaftung. Ende 1935 Entlassung, Ausweisung in Tschechoslowakei. Leiter SAP-Auslandsbüro Prag. 1937 Schweden, Führungskreis schwedische SAP-Gruppe, innerer Führungskreis der Internationalen Gruppe demokratischer Sozialisten. 1947/49–1968 Gründer, Chefredakteur und Inhaber der Agence Européenne de Presse in Stockholm.

Fritz *Tarnow* (1880–1951), Gewerkschaftsfunktionär, Politiker. 1903 SPD, 1906 Gewerkschaftssekretär, ab 1920 Internationale Union der Holzarbeiter. 1928 Vorstand ADGB, MdR. 1933 mehrmonatige Haft, Emigration nach Kopenhagen. 1936 AdG-Vertreter für Skandinavien, ab 1938 Leitungsmitglied AdG. 1940 Stockholm, Mitarbeit in dortiger SPD-Gruppe. 1941 Leiter Stockholmer Arbeitskreis deutscher Sozialdemokraten, 1942 Mitarbeit in Internationaler Gruppe demokratischer Sozialisten. 1946 Rückkehr in am. Besatzungszone, Sekretär der dortigen Gewerkschaften, Generalse-

kretär des bizonalen Gewerkschaftsrates. Mitglied Parlamentarischer Rat, Dozent Akademie für Arbeit, Frankfurt am Main.

Werner *Thormann* (geb. 1894), Dr., Journalist. Mitglied Zentrum und Friedensbund deutscher Katholiken, Sekretär Josef Wirths, Chefredakteur *Deutsche Republik*. 1933 Frankreich, ab 1936 Pressemitarbeiter österreichische Botschaft in Paris. 1939 Ernennung zum conseiller technique des Service Germanique und des Service Catholique des französischen Informationsministeriums. 1940 USA. 1941 Vorstandsmitglied German-American Council for the Liberation of Germany from Nazism.

Paul *Tillich* (1886–1965), Dr. phil., Dr. theol., Hochschullehrer. 1912 ev. Pastor, Hilfsprediger, Feldgeistlicher. 1919 Habilitation, 1920 Gründer des Tillich-Kreises zur Aufarbeitung des religiösen Sozialismus. 1924 ao. Professor Marburg, 1925 ord. Professor für Religionswissenschaften und Sozialphilosophie TH Dresden, ab 1929 Philosophie in Frankfurt a. M. 1929 SPD, 1933 Entlassung aus dem Hochschuldienst, Emigration USA. 1933–1955 Prof. für Theologie und Philosophie (ab 1940 philosophische Theologie) am Union Theological Seminary, New York. 1942 Erster Präsident der Immigrants' Conference; Rundfunkansprachen nach Deutschland. 1944 Gründer des Council for a Democratic Germany. 1955–1962 Harvard University.

Walter *Ulbricht* (1893–1973), Parteifunktionär, Politiker. 1912 SPD, Spartakusgruppe, 1919 Mitgründer KPD, 1923 KPD-Zentrale. 1926–1928 MdL Sachsen; ab 1927 ZK-Mitglied und Vorsitzender Agitations- und Propagandakommission des ZK, 1928 MdR, 1929 Politbüro des ZK der KPD. Oktober 1933 Paris; Ende 1934 EKKI-Auftrag der operativen KPD-Leitung (zusammen mit Franz Dahlem), Leiter des Pariser ZK-Sekretariats. April 1945 Rückkehr nach Berlin als Leiter der ersten KPD-Initiativgruppe, maßgebliche Beteiligung an Gründung von SED und FDGB. 1946–1950 stv. ZK-Vorsitzender, 1949–1973 Politbüro der SED, 1950–1953 Generalsekretär der SED, 1953–1971 Erster Sekretär des ZK, 1971–1973 Ehrenvorsitzender der SED. 1950–1973 MdVK, 1949–1955 stv. Ministerpräsident, 1955–1960 1. stv. Vorsitzender Ministerrat, 1960–1973 Vorsitzender Staatsrat der DDR.

Hans *Vogel* (1881–1945), Parteifunktionär, Politiker. SPD, 1912–1918 MdL Bayern, 1919/20 MdNV. 1920–1933 MdR, ab 1927 Parteivorstand, ab 1931 mit Wels und Crispien Parteivorsitzender. Mai 1933 vorübergehende Delegierung ins Ausland mit Paul Hertz und Erich Ollenhauer; versuchte mit Stampfer zusammen, die Zustimmung der Reichstagsfraktion zu Hitlers „Friedensresolution" zu verhindern. 2. Vorsitzender Prager Exilvorstand, Sommer 1939 Paris, seit September 1939 Vorsitzender Sopade-PV. 1940 London, Vorsitzender Rumpfparteivorstand in London. Vogel starb kurz vor der geplanten Rückkehr nach Deutschland im Oktober 1945.

Jacob *Walcher* (1887–1970), Dreher, Partei- und Gewerkschaftsfunktionär. 1906 SPD, 1918 Mitgründer KPD Stuttgart, ab 1921 Gewerkschaftsreferent im ZK. 1924–1926 Moskau, 1928 Parteiausschluß; Mitgründer KPDO, Mitglied engere Reichsleitung. 1931 Mandatsniederlegung, 1932 Parteiausschluß, SAP, Mitglied SAP-Vorstand. 1933 Frankreich, Aufbau SAP-Auslandsleitung. 1941 nach New York, Mitglied CDG. 1946 Rückkehr nach Berlin; KPD bzw. SED sowie FDGB. 1951 Parteiausschluß und Arbeitsplatzverlust, 1956 Wiederaufnahme in SED.

Hans *Wehberg* (1885–1962), Dr. jur., Hochschullehrer, Publizist. 1912–1914 Mitherausgeber *Zeitschrift für Völkerrecht*, während des Krieges Beitritt zum Bund Neues Vaterland. 1919 Deutsche Liga für Völkerrecht, 1923 Rat des Internationalen Friedensbureaus, Genf. Seit 1923 alleiniger Herausgeber der *Friedens-Warte*; bis 1929 Mitglied Geschäftsleitung der Deutschen Friedensgesellschaft. Seit 1928 ordentlicher Professor für Völkerrecht am Institut Universitaire des Hautes Études Internationales in Genf, Vize-Präsident des Institut de Droit International; vgl. W. BENZ, H. GRAML, Biographisches Lexikon zur Weimarer Republik 1988, S. 360. Obwohl Wehberg schon 1928 aus beruf-

lichen Gründen nach Genf umgesiedelt war, wird er hier in Anlehnung an W. Lipgens, Doc. II, S. 597 zum politischen Exil gezählt, da er im Falle des Verbleibens in Deutschland mit dem Verlust des Lehrstuhls und dem Zwang zur Emigration hätte rechnen müssen.

Herbert *Wehner* (1906–1990), Industriekaufmann, Politiker. 1927 KPD, 1930/31 MdL, stellvertretender Fraktionsvorsitzender, 1931/32 Sekretär Politbüro. Februar 1935 Festnahme in ČSR, Abschiebung in die UdSSR, Wahl ins ZK. 1935/36 Reorganisation der Inlandsarbeit in Westdeutschland, Anleitung KPD-Exilgruppen in Benelux. 1937 Moskau, u. a. Referent für deutsche und mitteleuropäische Fragen in Presseabteilung der Komintern. 1941 Stockholm, Februar 1942 Festnahme, Verurteilung wegen Spionage. Entlassung Sommer 1945, Abkehr von KPD. 1946 Rückkehr in die Bundesrepublik, SPD. Seit 1949 MdB und SPD-PV; bis 1957 Mitglied Gemeinsame Versammlung der EGKS. Einer der Väter des Godesberger Programms; 1966–1969 Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen, ab 1969 Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion.

Joseph *Wirth* (1879–1956), Dr. phil., Politiker. 1905 Zentrum, 1913 MdL Baden, 1914–1918 MdR. Mitglied Verfassungsgebende Versammlung Baden, 1919/20 badischer Finanzminister; Mitglied Weimarer Nationalversammlung, 1920–1933 MdR. 1920/21 Reichsfinanzminister, Mai 1921–November 1922 Reichskanzler, zeitweise zugleich Außenminister. April 1929–März 1930 Reichsminister für die besetzten Gebiete, März 1930–Oktober 1931 Reichsinnenminister. April 1933 Schweiz. Mitgründer der Vorläuferorganisation des Arbeitskreises Das Demokratische Deutschland. Sommer 1945 Gründung Badische Christlich-Soziale Volkspartei, 1952 Gründung Deutsche Sammlung (bis Mai 1953).

# 2. Verzeichnis der Abkürzungen

| | |
|---|---|
| AA | Auswärtiges Amt |
| a. a. O. | am angegebenen Ort |
| ADAP | Akten zur Deutschen Auswärtigen Politik |
| AdG | Auslandsvertretung der deutschen Gewerkschaften |
| a. F. | alte Fassung |
| AFL | American Federation of Labor |
| AFG | Association of Free Germans |
| ANF | Archives nationales de France |
| Anm. | Anmerkung |
| APuZ | Aus Politik und Zeitgeschichte |
| Art. | Artikel |
| AsD | Archiv der sozialen Demokratie |
| BAB | Bundesarchiv Berlin |
| BDO | Bund Deutscher Offiziere |
| Bearb. | Bearbeiter |
| BHB | Biographisches Handbuch der deutschsprachigen Emigration I–III |
| Bl. | Blatt |
| CDG | Council for a Democratic Germany |
| Coll. | Collection |
| Cont. Rev. | Contemporary Review |
| DAD | Das Andere Deutschland |
| DDD | Das Demokratische Deutschland |
| DDP | Deutsche Demokratische Partei |
| ders. | derselbe |
| DFG | Deutsche Friedensgesellschaft |
| DFP | Deutsche Freiheitspartei |
| DLM | Deutsche Liga für Menschenrechte |
| DNVP | Deutschnationale Volkspartei |
| Dok. Nr. | Dokument Nummer |
| DStP | Deutsche Staatspartei |
| DVB | Deutsche Volkssozialistische Bewegung |
| DVE | Deutsches Volks-Echo |
| d. Verf. | des Verfassers |
| DVP | Deutsche Volkspartei |
| DVZ | Deutsche Volks-Zeitung |
| EAGV | Vertrag über die Europäische Atomgemeinschaft |
| EG | Europäische Gemeinschaften |
| EGKS | Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl |
| EGKSV | Vertrag über die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl |
| EGV | Vertrag über die Europäischen Gemeinschaften |
| EKKI | Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale |
| et al. | et alii |
| EU | Europäische Union |
| EuGH | Europäischer Gerichtshof |
| EURATOM | Europäische Atomgemeinschaft |
| EUV | Vertrag über die Europäische Union |
| EWG | Europäische Wirtschaftsgemeinschaft |
| FDB | Frei-Deutschland-Bewegung |
| FDGB | Freier Deutscher Gewerkschaftsbund |
| FDKB | Freier Deutscher Kulturbund |
| FDS | Freiheitsbund Deutscher Sozialisten |

| | |
|---|---|
| GASP | Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik |
| GLD | German Labor Delegation |
| GUDA | Gruppe Unabhängiger Deutscher Autoren |
| GuG | Geschichte und Gegenwart |
| GWU | Geschichte in Wissenschaft und Unterricht |
| Hg. | Herausgeber |
| hg. v. | herausgegeben von |
| hg. u. komm. v. | herausgegeben und kommentiert von |
| HJb | Historisches Jahrbuch |
| HMRG | Historische Mitteilungen der Ranke-Gesellschaft |
| HZ | Historische Zeitschrift |
| ibid. | ibidem |
| IfZ | Institut für Zeitgeschichte, München |
| IGB | Internationaler Gewerkschaftsbund |
| IISG | Internationaal Instituut voor sociale Geschiedenis |
| IJB | Internationaler Jugendbund |
| ISK | Internationaler Sozialistischer Kampfbund |
| ITF | Internationale Transportarbeiter-Föderation |
| IWK | Internationale wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der Arbeiterbewegung |
| JEIH | Journal of European Integration History |
| JfEG | Jahrbuch für Europäische Geschichte |
| JfG | Jahrbuch für Geschichte |
| KI | Kommunistische Internationale |
| KJVD | Kommunistischer Jugendverband Deutschlands |
| KL | Konzentrationslager |
| Komintern | Kommunistische Internationale |
| KPD | Kommunistische Partei Deutschlands |
| KP(D)O | Kommunistische Partei (Deutschlands) – Opposition |
| LO | Leninistische Organisation |
| MdB | Mitglied des Bundestages |
| MdL | Mitglied des Landtages |
| MdR | Mitglied des Reichstages |
| MdVK | Mitglied der Volkskammer |
| MT | Marxistische Tribüne |
| m.w.N. | mit weiteren Nachweisen |
| NB | Gruppe Neu Beginnen |
| NG/FH | Die Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte |
| NKFD | Nationalkomitee Freies Deutschland |
| NL | Nachlass |
| NS- | nationalsozialistisch |
| NSDAP | Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei |
| NsM | Nationalsozialistische Monatshefte |
| NTB | Das Neue Tage-Buch |
| NV | Neuer Vorwärts |
| NVZ | Neue Volkszeitung |
| o. D. | ohne Datum |
| o. J. | ohne Jahresangabe |
| o. O. | ohne Ortsangabe |
| ORG | Leninistische Organisation |
| o. T. | ohne Titel |
| o. V. | ohne Verfasser |
| PV | Parteivorstand |

| | |
|---|---|
| RGBl. | Reichsgesetzblatt |
| Rn. | Randnummer |
| RS | Rückseite |
| RSD | Revolutionäre Sozialisten Deutschlands |
| RSHA | Reichssicherheitshauptamt |
| SAI | Sozialistische Arbeiter-Internationale |
| SAJ | Sozialistische Arbeiterjugend |
| SAP(D) | Sozialistische Arbeiterpartei (Deutschlands) |
| SAPMO/BAB | Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen in der DDR im Bundesarchiv Berlin |
| SF | Schwarze Front |
| SIB | Sozialdemokratischer Informationsbrief |
| Slg. | Sammlung |
| SM | Sozialistische Mitteilungen |
| Sopade | Sozialdemokratische Partei Deutschlands (Exilvorstand) |
| SozAk | Sozialistische Aktion |
| SozMon | Sozialistische Monatshefte |
| Sp. | Spalte |
| SPD | Sozialdemokratische Partei Deutschlands |
| SW | Sozialistische Warte |
| teilw. | teilweise |
| USPD | Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands |
| VfZG | Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte |
| VO | Verordneter |
| VS | Vorderseite |
| VV | Versailler Vertrag |
| VVDStRL | Veröffentlichungen der Vereinigung der Deutschen Staatsrechtslehrer |
| ZfG | Zeitschrift für Geschichtswissenschaft |
| ZfS | Zeitschrift für Sozialismus |
| ZIJ | Zusammenarbeit in den Bereichen Inneres und Justiz |
| zit. n. | zitiert nach |
| ZK | Zentralkomitee |

## 3. Verzeichnis der Pseudonyme und Tarnnamen

| | |
|---|---|
| Albin, Felix | Kurt Hager |
| Antonius | August Enderle |
| Bartz, Walter | Wolfgang Bretholz |
| Bredt, Ernst | Eugen Brehm |
| Conrad, Peter | Hans Uhlig |
| Dierksen, M. W[alter] | Walter Auerbach |
| Direktion | Exilvorstand der SPD (NB-Tarnbezeichnung) |
| Erich | Erwin Schoettle |
| Faustballer | SAP (NB-Tarnbezeichnung) |
| Frans, Hendrik H. | Heinz Kühn |
| Franz | Franz Dahlem |
| Frederek, C. | Fritz Tarnow |
| Frei, Heinrich | Friedrich Heymann |
| Fridén, Otto | Otto Friedländer |
| Friesius, Ernst | Willi Eichler |
| Fuchs, Martin | Paul Merker |
| Funk, Kurt | Herbert Wehner |
| Gross, Feliks | Oskar Pollak |
| Hagen, Paul | Karl Frank |
| Hart, Martin | Willi Eichler |
| Heidorn, Wilhelm | Werner Hansen |
| Helfand | Rudolf Hilferding |
| Herb, Max | Eugen Brehm |
| Holz, Walter | Willi Eichler |
| Jacques | Jacob Walcher |
| Jean | Franz Dahlem |
| Karl | Willy Brandt |
| Kern, Richard | Rudolf Hilferding |
| Klinger, Max | Curt Geyer |
| Michel | Waldemar v. Knoeringen |
| Miles | Walter Loewenheim |
| Nagel | Waldemar v. Knoeringen |
| Pretzel, Raimund | Sebastian Haffner |
| Rauschenplat, Hellmut von | Fritz Eberhard |
| Richard | Wilhelm Pieck |
| Richter, Karl | Josef Buttlinger |
| Schwab, Jim | Jacob Walcher |
| Schwarz, Salomon | Georg Reinbold |
| Seidel, Arno | Arno Uhlmann |
| Sering, Paul | Richard Löwenthal |
| Uhlmann, Arno | Arno Seidel |
| Wagner | Otto Wels (NB-Tarnbezeichnung) |
| Walter | Walter Ulbricht |
| Wassersportler | KPD (NB-Tarnbezeichnung) |
| Werner, Max | Alexander Schifrin |
| Westen, Gerd | Gerhard Kreyssig |

# 4. Quellenverzeichnis

## *4.1. Archivalien*

Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn (AsD):
Bestand PV-Emigration Sopade
Bestand PV-Emigration Sopade/Rinner-Korrespondenz
Bestand IJB/ISK
SAP-Archiv (Mikrofilmkopie; Original im Archiv der norwegischen Arbeiterbewegung)
Willy-Brandt-Archiv: A 5 (Politisches Exil und Nachkriegszeit 1933–1946)
Nachlaß Walter Auerbach
Nachlaß Willy Eichler
Nachlaß Walter Fliess
Nachlaß Karl Frank
Nachlaß Hans Gottfurcht
Sammlung Kurt Hiller/Kurt Englich
Nachlaß Karl Höltermann
Nachlaß Gerhard Kreyssig
Nachlaß Waldemar von Knoeringen
Nachlaß Erwin Schoettle
Nachlaß Friedrich Stampfer

Archiv des Internationaal Instituut voor Sociale Geschiedenis, Amsterdam (IISG):
Collection Neu Beginnen
SAI-Archiv
Nachlaß Paul Hertz

Archiv des Instituts für Zeitgeschichte, München (IfZ):
ED 117: Fritz Eberhard (Hellmut von Rauschenplat)
ED 118: Otto Strasser
ED 120: Sammlung Ministerpräsident Wilhelm Hoegner
ED 200: Sammlung Werner Röder
ED 201: Sammlung Kurt R. Grossmann
ED 202: Sammlung Kurt Glaser
ED 210: Hans Jaeger
ED 211: Sammlung K. H. Bergmann
ED 213: Karl Frank [Paul Hagen]
ED 228: Eugen Brehm
F 230: Alfred Kantorowicz

Archives nationales de France, Paris:
Fonds $AJ^{40}$ 552: Archives allemandes de la Seconde Guerre mondiale/divers
Fonds $F^7$ 13423–4: Relations internationales – Europe continentale – activités fascistes et antifascistes. Associations politiques internationales 1934–1935
Fonds $F^7$ 14716: Sûreté nationale – Étrangers
Fonds $F^7$ 14823: Sûreté nationale – Réfugiés
Fonds $F^7$ 15123–15130: Archive du Journal Die Zukunft (1934–1940):
$F^7$ 15123 (Correspondances A–K): Mappen B, D, G, I/J, K
$F^7$ 15124 (Correspondances L–Z): Mappen L, M, P, R
$F^7$ 15126 (Articles, manifestes, brochures): Mappe 2
$F^7$ 15128 (Correspondance à W. Thormann et W. Münzenberg)

F7 15129 (Union Franco-Allemande, membres et manifestes): Mappe 2
F7 15130 (Renseignements provenants de sympathisants du KPD): Mappe 7
Fonds F7 15131–15133: Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) (1934–1939)

Bundesarchiv, Koblenz:
N 1012: Nachlaß Erich Koch-Weser
N 1089: Nachlaß Arnold Brecht
N 1162: Nachlaß Hans Albert Kluthe
N 1212: Nachlaß Ludwig Quidde
N 1222: Nachlaß Hubertus Prinz zu Löwenstein-Wertheim-Freudenberg
N 1342: Nachlaß Joseph Wirth

Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv, Berlin (SAPMO):
R 8045: Redaktion Pariser Tageszeitung
RY 1: KPD-Zentralkomittee, Abteilung Agitation und Propaganda
RY 61/ V 232: Bestand Bewegung „Freies Deutschland für den Westen" (BFDW) – Comité „Allemagne Libre" Pour l'Ouest (CALPO)
SgY 8/ V 230: Bestand Emigration Frankreich 1933–1939
SgY 9/ V 231: Bestand Emigration Frankreich 1939–1945
SgY 13/ V 239: Bestand Emigration England
N 2277: Nachlaß Leopold Schwarzschild

## *4.2. Gedruckte Quellen*

### 4.2.1. Quellensammlungen

Akten zur Deutschen Auswärtigen Politik 1918–1945. Serie D: 1937–1941 und Serie E: 1941–1945, Baden-Baden 1950ff. bzw. Göttingen 1971ff.
–, Berliner Ausgabe, hg. v. Helga GREBING, Gregor SCHÖLLGEN, Heinrich August WINKLER im Auftrag der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung, 2 Bde., Bonn 2000.

BUCHHOLZ, Marlis, ROTHER, Bernd (Bearb.), Der Parteivorstand der SPD im Exil. Protokolle der Sopade 1933–1940 (Archiv für Sozialgeschichte, 15), Bonn 1995.

DAHLEM, Franz, Weg und Ziel des antifaschistischen Kampfes. Ausgewählte Reden und Aufsätze, Berlin ²1952.
DOWE, Dieter, KLOTZBACH, Kurt (Hg.), Programmatische Dokumente der deutschen Sozialdemokratie, Bonn ³1990.

EIBER, Ludwig (Hg.), Die Sozialdemokratie in der Emigration. Die „Union deutscher sozialistischer Organisationen in Großbritannien" 1941–1946 und ihre Mitglieder. Protokolle, Erklärungen, Materialien (Archiv für Sozialgeschichte, 19), Bonn 1998.
ERLER, Peter, LAUDE, Horst, WILKE, Manfred (Hg.), „Nach Hitler kommen wir". Dokumente zur Programmatik der Moskauer KPD-Führung 1944/45 für Nachkriegsdeutschland, Berlin 1994.

FOERSTER, Rolf H. (Hg.), Europa. Geschichte einer politischen Idee. Mit einer Bibliographie von 182 Einigungsplänen aus den Jahren 1306 bis 1945, München 1967.

HILLER, Kurt, Köpfe und Tröpfe. Profile aus einem Vierteljahrhundert, Hamburg, Stuttgart 1950.

–, Ratioaktiv. Reden 1914–1964. Ein Buch der Rechenschaft, Wiesbaden 1966.
–, Leben gegen die Zeit, Band I: Logos, München 1969.

LANGKAU-ALEX, Ursula (Hg.), „Der Kampf für die Demokratie und den Frieden". Die Debatte in der Sozialistischen Arbeiter-Internationale 1938/1939 (IISH Research Papers, 2) Amsterdam ²1992.
–, RUPRECHT, Thomas M. (Hg.), Was soll aus Deutschland werden? Der Council for a Democratic Germany in New York 1944–1945. Aufsätze und Dokumente, Frankfurt am Main, New York 1995.
LASCHITZA, Horst, VIETZKE, Siegfried, Deutschland und die deutsche Arbeiterbewegung 1933–1945, Berlin 1964.
LIPGENS, Walter (Hg.), Europa-Föderationspläne der Widerstandsbewegungen 1940–1945. Eine Dokumentation. Gesammelt und eingeleitet von Walter Lipgens (Schriften des Forschungsinstituts der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik, 26), München 1968.
–, 45 Jahre Ringen um die Europäische Verfassung. Dokumente 1939–1984, Bonn 1986.
–, LOTH, Wilfried (Hg.), Documents on the History of European Integration, 4 Bde., Berlin, New York 1985, 1986, 1988, 1990.
LOEWY, Ernst (Hg.), Exil. Literarische und politische Texte aus dem deutschen Exil 1933–1945, Bd. 2: Erbärmlichkeit und Größe des Exils, Frankfurt am Main 1982.

MANN, Heinrich, Verteidigung der Kultur. Antifaschistische Streitschriften und Essays, Berlin, Weimar ²1973.
–, Die Vollendung des Königs Henri Quatre. Roman (Werkauswahl in 10 Bänden), Gütersloh o. J.
MATTHIAS, Erich (Hg.), Mit dem Gesicht nach Deutschland. Eine Dokumentation über die sozialdemokratische Emigration. Aus dem Nachlaß von Friedrich Stampfer, ergänzt durch andere Überlieferungen, hg. im Auftrag der Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, bearbeitet von W. LINK, Düsseldorf 1968.
MIELKE, Siegfried, FRESE, Matthias (Bearb.), Die Gewerkschaften im Widerstand und in der Emigration 1933–1945 (Quellen zur Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung im 20. Jahrhundert, 5), Frankfurt am Main 1999.
MOMMSEN, Wilhelm, Deutsche Parteiprogramme (Deutsches Handbuch der Politik, 1), München 1960.

PICKER, Henry (Hg.), Hitlers Tischgespräche im Führerhauptquartier 1941–42, Stuttgart 1977.
PIKARSKI, Margot, UEBEL, Günter (Hg.), Der antifaschistische Widerstandskampf der KPD im Spiegel des Flugblattes 1933–1945. 240 Faksimiles und 6 originalgetreue Reproduktionen, Berlin 1978.

TILLICH, Paul, Impressionen und Reflexionen. Ein Lebensbild in Aufsätzen, Reden und Stellungnahmen, Gesammelte Werke, Bd. 13, Stuttgart 1972.
–, An meine deutschen Freunde. Die politischen Reden Paul Tillichs während des Zweiten Weltkriegs über die „Stimme Amerikas", Ergänzungs- und Nachlaßbände zu den gesammelten Werken von Paul Tillich, Bd. 3, Stuttgart 1973.
TUCHOLSKY, Kurt, Zwischen Gestern und Morgen. Eine Auswahl aus seinen Schriften und Gedichten, hg. von Mary GEROLD-TUCHOLSKY, Hamburg 1952.

VOIGT, Klaus (Hg.), Friedenssicherung und europäische Einigung. Ideen des deutschen Exils 1939–1945, Frankfurt am Main 1988.

### 4.2.2. Exilpublizistik

(hinter Exilzeitschriften angegebene Jahreszahlen kennzeichnen die ausgewerteten Jahrgänge)

Arbeitskreis Internationaler Sozialisten, Die Friedensziele der demokratischen Sozialisten, Stockholm 1943.

AUERBACH, Walter et al., The next Germany. A basis of discussion on peace in Europe, Harmondsworth, New York 1943.

Der Aufbau. Sozialistische Wochenzeitung (1937–1940)

Aufruf zum 21. Jahrestag der Großen Sozialistischen Revolution, Flugblatt, o. D. [November 1938].

BARTH, Max, Flucht in die Welt. Exilerinnerungen 1933–1950, hg. und mit einem Nachwort von Manfred Bosch, Waldkirch 1986.

BEHM, Ernst et al., Zur Nachkriegspolitik der deutschen Sozialisten, Stockholm 1944.

BERNSTEIN, Eduard, Völkerbund oder Staatenbund, Berlin ²1919.

BIENSTOCK, Gregor, Europa und die Weltpolitik. Die Zonen der Kriegsgefahr, Karlsbad 1936.

BRANDT, Willy, Links und frei. Mein Weg 1930–1950, Hamburg 1982.

BREHM, Eugen, Towards a new German Policy. Two Addresses by Eugen Brehm, London o. D. [1943].

–, A Democratic Foreign Policy, in: HILLER, Kurt (Hg.), After Nazism – Democracy? 1945, S. 166–199.

Cahiers d'Europe. Europäische Monatshefte. Revue mensuelle critique et littéraire (1939)

Calling All Europe. A Symposium of Speeches on the Future Order of Europe. Delivered by Jef Rens (Belgium), Willi Eichler (Germany), Bernard Drzewieski (Poland), Louis Levy (France), Paolo Treves (Italy), George Green (England), published on behalf of the Socialist Vanguard Group, London 1942.

The Contemporary Review (1941–1944)

COUDENHOVE-KALERGI, Richard, Kommen die Vereinigten Staaten von Europa?, Glarus 1938.

–, Europe must unite, Plymouth 1939.

DAHLEM, Franz, Am Vorabend des zweiten Weltkrieges, 2 Bde., Berlin 1977.

DARMSTAEDTER, Friedrich, Germany and Europe. Political Tendencies from Frederick the Great to Hitler, London 1945.

Deutsche Freiheitsbriefe (1937–1939)

Die Deutsche Revolution. Europäische Blätter der dritten Front (1934–1937)

Deutsche Blätter (1943–1945)

Deutsches Volks-Echo (Das Volks-Echo). L'Écho-allemand (1938–1939)

Deutsche Volkszeitung. La Voix du peuple allemand (1938–1939)

Die Dichtung im kommenden Europa. Weimarer Reden 1941, Hamburg 1942.

Der Europäer. Organ der Europa-Union (1935–1940)

Europe Speaks (1942–1945)

FLIESS, Walter, Die Wirtschaft im neuen Europa, hg. im Auftrag des ISK, London 1943.

FOERSTER, Friedrich W., Europa und die deutsche Frage. Eine Deutung und ein Ausblick, Luzern 1937.

FRAENKEL, Heinrich, Der Weg zu einem neuen Deutschland. Gesehen von einem Sozialdemokraten, Kommunisten, Liberalen, Wissenschaftler, Pastor und einer Frau.

Beiträge von Victor Schiff, Wilhelm Koenen, August Weber, Arthur Liebert und einem Pastor der Bekennenden Kirche, London 1943.
Free Europe (1941–1945)
Freie Deutsche Bewegung in Großbritannien (Hg.), Konferenzbericht, London, September 1943.
Freie Tribüne. Freie deutsche Jugend (1943–1945)
Die Friedens-Warte. Blätter für internationale Verständigung und zwischenstaatliche Organisation (1941–1945)

Germany Speaks (1940–1942)
GEYER, Curt, Die Partei der Freiheit, Paris 1939.
GOTTFURCHT, Hans, Welt-Gewerkschaftskonferenz in London, 6.–17. Februar 1945.

HAGEN, Paul [d. i. Karl Frank] et al., Der kommende Weltkrieg. Aufgaben und Ziele des deutschen Sozialismus. Eine Diskussionsgrundlage, Paris 1939.
Das Heidelberger Programm. Grundsätze und Forderungen der Sozialdemokratie, Berlin [1925].
HILLER, Kurt (Hg.), After Nazism–Democracy?, London 1945.
HILLER, Kurt, Zwischen TIMESdemokrat und Nietzschepapst (Antikritische Phantasie, London 1945), in: DERS., Ratioaktiv 1966, S. 138–161.

JAEGER, Hans, No more German nationalism. Two addresses by Hans Jaeger, London o. D. [1944].
Jahrbuch der Weltpolitik, Berlin 1942.
JAKSCH, Wenzel, Volk und Arbeiter. Deutschlands europäische Sendung, Bratislava 1936.
JOOS, Josef, Die politische Ideenwelt des Zentrums, Karlsruhe 1928.

KELSEN, Hans, Das Problem der Souveränität und die Theorie des Völkerrechts, Tübingen 1920.
Die Kommunistische Internationale. (L'Internationale Communiste). Zeitschrift des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale (1926; 1938–1941)
KREYSSIG, Gerhard, Wirtschaftliche Organisation oder Untergang Europas, Offenbach am Main 1947.
Kulturkampf. Berichte aus dem Dritten Reich (1936–1939)

LEHMANN-RUSSBUELDT, Otto, Wer rettet Europa? Die Aufgabe der kleinen Staaten, Zürich 1936.
–, Europa den Europäern, Hamburg 1948.
[LÖWENTHAL, Richard], Klare Fronten. Die deutschen Sozialisten und die neue Kriegsfront, London 1941.

Marxistische Tribüne (1935–1937)
MERKER, Paul, Was wird aus Deutschland? Das Hitler-Regime auf dem Wege zum Abgrund, Mexico City 1945.
MILES [d. i. Walter Loewenheim], Neu beginnen! Faschismus und Sozialismus. Als Diskussionsgrundlage der Sozialisten Deutschlands, Karlsbad 1933.
MONTE, Hilda, The Unity of Europe, London 1943.

NELSON, Leonard, Die Rechtswissenschaft ohne Recht. Kritische Betrachtungen über die Grundlagen des Staats- und Völkerrechts, insbesondere über die Lehre der Souveränität, Leipzig 1917.
–, Vom Staatenbund. Schlußvorlesung, gehalten am 31. Juli 1914, Berlin 1918.

Neu Beginnen. Was es will, was es ist und wie es wurde, hg. v. Auslandsbüro Neu-Beginnen, London o. D. [1939].
Die Neue Front. Front Nouveau. Organ für proletarisch-revolutionäre Sammlung (1935–1939)
Neue Gewerkschaftszeitung. Betrachtungen zur sozial-ökonomischen und politischen Entwicklung Deutschlands (1939–1940)
Neuer Vorwärts. Sozialdemokratisches Wochenblatt (1936–1940)
Das Neue Tage-Buch (1935–1940)
Neue Volkszeitung (1938–1945)
Der neue Weg zum gemeinsamen Kampfe aller Werktätigen für den Sturz der Hitler-Diktatur. Resolution der Brüsseler Parteikonferenz der KPD im Oktober 1935 (Tarnaufdruck: Wie unsere Kakteen richtig gepflegt werden müssen).
Die Neue Weltbühne. Wochenschrift für Politik, Kunst, Wirtschaft (1936–1939)
New Europe and World Reconstruction. Monthly Review of International Affairs (1943)
Nieder mit Hitlers Verbrechen an der Tschechoslowakei! Deutsche Männer und Frauen, deutsche Jugend!, Flugblatt, o. D. [Ende März 1939].

La Otra Alemania. Das Andere Deutschland (1940–1944)

Pariser Tageblatt. Le quotidien de Paris en langue allemande (Paris-Journal) (1934–1935)
Pariser Tageszeitung (1937–1940)
Die Politik der Sowjet-Union ist die Politik des Friedens! Der Nichtangriffspakt ist kein Bündnis und kein Beistandspakt!, Flugblatt, o. D. [25. 8. 1939].
Postwar European Federation. Contributions of the Research Seminar for Postwar European Federation, Graduate School of Arts and Science, New York University, New York City 1943.

RAUSCHNING, Hermann, Die Revolution des Nihilismus. Kulisse und Wirklichkeit im Dritten Reich, Zürich, New York ²1939.
REGLER, Gustav, Das Ohr des Malchus. Eine Lebensgeschichte, Köln, Berlin 1958.
RITZEL, Wir müssen nicht untergehen!, in: DERS., Hans BAUER (Hg.) Von der eidgenössischen zur europäischen Föderation 1940, S. 81–156.
RITZEL, Heinrich G., Kampf um Europa. Von der Schweiz aus gesehen, Zürich, New York 1945.
RITZEL, Hans G., BAUER, Hans (Hg.), Von der eidgenössischen zur europäischen Föderation, Zürich, New York 1940.
Rundschreiben der DVB [= Deutsche Volkssozialistische Bewegung]
Rußland und die Komintern. Gedanken für einen internationalen sozialistischen Neuaufbau, hg. v. ISK, Welwyn Garden City 1943.

SAPD (Hg.), Was kommt nach Hitler? Probleme der deutschen Revolution, Brüssel o. D. [1937].
SARAN, Mary, The Future Europe. Peace or Power Politics?, London 1942.
SCHMITT, Carl, Völkerrechtliche Großraumordnung mit Interventionsverbot für raumfremde Mächte, Berlin, Wien 1939.
SEGER, Gerhart H., MARCK, Siegfried, Germany: To be or not to be?, New York 1943.
SEYDEWITZ, Max, Hakenkreuz über Europa?, Paris 1940.
SIEMSEN, Anna (Hg.), Preußen. Die Gefahr Europas, Paris 1937.
SIEMSEN, August, Die Tragödie Deutschlands und die Zukunft der Welt. Aufsätze und Reden, Hamburg 1947.

SIX, Franz Alfred, Das Reich und die Grundlegung Europas, in: Jahrbuch der Weltpolitik, 1942, S. 13–35.
Sozialdemokratischer Informationsbrief (1936–1939)
Sozialdemokratischer Parteitag 1925 in Heidelberg. Protokoll mit dem Bericht der Frauenkonferenz, Berlin 1925.
Sozialistische Aktion. Organ der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (1937–1938)
Sozialistische Mitteilungen (1940–1945)
Sozialistische Monatshefte (1933)
Die Sozialistische Republik. Das Programm des ISK, London 1937.
Sozialistische Revolution gegen Nazi-Imperialismus. Zur Politik der Sozialistischen Arbeiter-Partei, hg. v. d. SAP-Ortsgruppe London, London 1943.
Sozialistische Warte. Blätter für kritisch-aktiven Sozialismus (1937–1940)
STERN-RUBARTH, Edgar, Exit Prussia. A Plan for Europe, London 1940.
STRASSER, Otto, Europäische Föderation. Die Schweiz als Vorbild Europas, Zürich 1936.
–, Masaryk, der Führer eines neuen Europa. Mit einem Vorwort von Wenzel Jaksch, Zürich 1938.
–, Germany Tomorrow, London 1940.
SZENDE, Stefan, Europäische Revolution, Zürich, New York 1945.

Towards European Unity. French-German Relations discussed by Henry Hauck (France), Willi Eichler (Germany) and other European Representatives, hg. v. ISK, London 1943.

UHLMANN, Arno [d. i. Seidel, Arno], Vorstellungen über die soziale Demokratie in Deutschland nach dem Sturz der Hitler-Diktatur. Eine soziale Studie, London 1943.

Volk und Vaterland. Kriegsgefangenen-Zeitung der Bewegung „Freies Deutschland" für den Westen (1943–1945)

Das Wahre Deutschland. Auslandsblätter der Deutschen Freiheitspartei (1938–1940)
WEBER, Alfred, Die Krise des modernen Staatsgedankens in Europa, Stuttgart 1925.
WEBER, August, A new Germany in a new Europe, London 1945.
WERNER, Max [d.i. Alexander Schifrin], Sozialismus, Krieg und Europa, Straßburg 1938.
WIRTH, Joseph K. et al., Das Demokratische Deutschland. Grundsätze und Richtlinien für den deutschen Wiederaufbau im demokratischen, republikanischen, föderalistischen und genossenschaftlichen Sinne, hg. v. Hauptvorstand der Arbeitsgemeinschaft „Das Demokratische Deutschland", Bern, Leipzig 1945.
–, Zur Politik deutscher Sozialisten, London 1945.

Zeitschrift für Sozialismus. Monatsschrift für die Probleme des Sozialismus (1933–1936)
Zeitschrift für Völkerrecht (1920)
Die Zeitung. Londoner deutsches Wochenblatt (1941–1945)
Die Zukunft. Organe de l'Union Franco-Allemande (1938–1940)

### 4.2.3. Quellen zum nationalsozialistischen Europabild

DAITZ, Werner, Neuordnung Europas aus Rasse und Raum, in: Nationalsozialistische Monatshefte, München, H. 11, September 1940, II, S. 529–534.
Die Dichtung im kommenden Europa. Weimarer Reden 1941, Hamburg 1942.

Documents on the History of European Integration, Bd. 1: Continental Plans for European Union 1939–1945, hg. v. Walter Lipgens, Berlin, New York 1985.
DÜSSEL, Carl, Europa und die Achse, in: Nationalsozialistische Monatshefte, München, H. 11, September 1940, II, S. 535–540.

Geschichte in Quellen, Bd. V: Weltkriege und Revolutionen 1914–1945, bearb. v. Günter Schönbrunn, München 1961.

HITLER, Adolf, Mein Kampf, 2 Bde., München 1925/1927.
–, Reden und Proklamationen 1932–1945, hg. v. Max Domarus, Wiesbaden 1973.
Hitlers Tischgespräche im Führerhauptquartier 1941–1942, hg. v. Henry Picker, Stuttgart 1977.
Hitlers Zweites Buch. Ein Dokument aus dem Jahre 1928, eingeleitet und kommentiert von G. L. Weinberg, Stuttgart 1961.

DE LAPOUGE, L'Aryen. Son rôle social, Paris 1898.

Der Nationalsozialismus. Dokumente 1933–1945, hg. u. komm. v. Walther Hofer, Frankfurt am Main 1957.

Der Reichsorganisationsleiter der NSDAP (Hg.), Die europäische Revolution. Schulungs-Unterlage Nr. 27, Berlin o. J.
ROSENBERG, Alfred, Der Mythus des 20. Jahrhunderts. Eine Wertung der seelisch-geistigen Gestaltenkämpfe unserer Zeit, München 111933.
–, Vereinigte Staaten von Europa, in: Völkischer Beobachter (13./14. 09. 1925).
RÜDIGER, Karlheinz, Der Norden und die europäische Mitte, in: Nationalsozialistische Monatshefte, München, H. 11, September 1940, II, S. 541–546.

SANDERS, A., Bemerkungen zur kontinentaleuropäischen Entwicklung, in: Nationalsozialistische Monatshefte, H. 11, September 1940, II, S. 515–540.
SCHMITT, Carl, Völkerrechtliche Großraumordnung mit Interventionsverbot für raumfremde Mächte, Berlin, Wien 1939.
SIX, Franz Alfred, Das Reich und die Grundlegung Europas, in: Jahrbuch der Weltpolitik, Berlin 1942, S. 13–35.
SPENGLER, Oswald, Der Untergang des Abendlandes. Umrisse einer Morphologie der Weltgeschichte, Bd. II: Welthistorische Perspektiven, München 1923 (ND 1959).

Die Weizsäcker-Papiere 1933–1950, hg. v. L. E. Hill, Frankfurt, Berlin, Wien 1974.
Wollt Ihr den totalen Krieg? Die geheimen Goebbels-Konferenzen 1939–1943, hg. v. W. A. Boelcke, München 1969.

Die Zerstörung der deutschen Politik. Dokumente 1871–1933, hg. und kommentiert von Harry Pross, Frankfurt am Main 1959.

## 5. Literaturverzeichnis

ACKER, Detlev, Walther Schücking (1875–1935) (Veröffentlichungen der Historischen Kommission Westfalens, 18), Münster 1970.
ALBRECHT, Richard, Exil-Forschung: Studien zur deutschsprachigen Emigration nach 1933 (Europäische Hochschulschriften, Reihe I: Deutsche Sprache und Literatur, 192), Frankfurt am Main 1988.

– et al. (Hg.), Widerstand und Exil 1933–1945, Frankfurt am Main, New York 1986.
ARNOLD, Heinz Ludwig (Hg.), Deutsche Literatur im Exil 1933–1945, Bd. 2: Materialien, Frankfurt am Main 1974.

BADIA, Gilbert, Les barbelés de l'exil. Études sur l'émigration allemande et autrichienne (1938–1940), Grenoble 1979.
–, Une tentative de Front populaire allemand à Paris (1935–1939). L'opposition antihitlérienne en France, in: Cahiers d'histoire de l'Institut de recherches marxistes 7 (1981), S. 99–121.
– et al., Les bannis de Hitler. Accueil et luttes des exilés allemands en France (1933–1939), Paris 1984.
BADSTÜBNER, Rolf, Friedenssicherung und deutsche Frage. Vom Untergang des „Reiches" bis zur deutschen Zweistaatlichkeit (1943–1949), Berlin 1990.
BAHR, Ehrhard, Paul Tillich und das Problem einer deutschen Exilregierung in den Vereinigten Staaten, in: Exilforschung 3 (1985), S. 31–41.
BARTSCH, Günter, Zwischen drei Stühlen. Otto Strasser: Eine Biographie, Koblenz 1990.
BAUER, Gert, Heinrich Mann im Exil: Standort und Kampf für die Deutsche Volksfront, in: Lutz WINCKLER (Hg.), Antifaschistische Literatur, 1977, S. 53–141.
BAY, Achim, Der nationalsozialistische Gedanke der Großraumwirtschaft und seine ideologischen Grundlagen. Darstellung und Kritik, Köln 1962.
BECHER, Peter, HEUMOS, Peter (Hg.), Drehscheibe Prag. Zur deutschen Emigration in der Tschechoslowakei 1933–1939, München 1992.
BECKER, Josef, Weltmacht oder Untergang. Der Weg von Hitlers Reich in den Zweiten Weltkrieg, in: DERS., Helmut ALTRICHTER (Hg.), Kriegsausbruch 1939, 1989, S. 21–38.
–, ALTRICHTER, Helmut (Hg.), Kriegsausbruch 1939. Beteiligte, Betroffene, Neutrale, München 1989.
BECKER, Winfried, Demokratie, Zentralismus, Bundesstaat und Staatenbund in den Verfassungsplänen von Emigranten, in: Claus-Dieter KROHN, Martin SCHUMACHER (Hg.), Exil und Neuordnung, 2000, S. 33–62.
BEHRING, Rainer, Demokratische Außenpolitik für Deutschland. Die außenpolitischen Vorstellungen deutscher Sozialdemokraten im Exil 1933–1945, Düsseldorf 1999.
BENZ, Wolfgang, Konzeptionen für die Nachkriegsdemokratie. Pläne und Überlegungen im Widerstand, imExil und in der Besatzungszeit, in: Thomas KOEBNER, Gerd SAUTERMEISTER, Sigrid SCHNEIDER, Deutschland nach Hitler, 1987, S. 201–213. – Widerstand im Exil – Exil als Widerstand, Berlin 1991.
–, GRAML, Hermann (Hg.), Biographisches Lexikon zur Weimarer Republik, München 1988.
–, PEHLE, Walter H. (Hg.), Lexikon des deutschen Widerstandes, Frankfurt am Main 1994.
BERDING, Helmut (Hg.), Wirtschaftliche und politische Integration in Europa im 19. und 20. Jahrhundert (Geschichte und Gesellschaft, Sonderheft 10), Göttingen 1984.
BERGMANN, Theodor, „Gegen den Strom". Die Geschichte der Kommunistischen Partei-Opposition, Hamburg 1987.
BERTHOLD, Werner, Exil-Literatur 1933–1945. Ausstellung der Deutschen Bibliothek Frankfurt, Mai bis August 1965, Frankfurt am Main 1965.
–, ECKERT, Brita, WENDE, Frank (Hg.), Deutsche Intellektuelle im Exil. Ihre Akademie und die „American Guild for German Cultural Freedom" – Eine Ausstellung des Deutschen Exilarchivs 1933–1945 der Deutschen Bibliothek Frankfurt am Main, München 1993.

BETHGE, Eberhard, Adam von Trott und der deutsche Widerstand, in: VfZG 11 (1963), S. 213–223.

BEUTIN, Wolfgang, SCHÜTT, Rüdiger (Hg.), „Zu allererst antikonservativ". Kurt Hiller (1885–1972), Hamburg 1998.

Bibiothèque Méjanes, Institut de l'Image (Hg.), Willi Münzenberg (1889–1940). Un Homme Contre. Actes du Colloque International, 26–29 mars 1992, Aix-en-Provence, Marseille 1993.

BLOCH, Charles, Das Dritte Reich und die Welt, Paderborn 1992.

BORGERDING, Albert et al. (Hg.), Widerstand und Exil der deutschen Arbeiterbewegung 1933–1945. Grundlagen und Materialien, Bonn 1982.

BORSDORF, Ulrich, Widerstand und Illegalität, Emigration und Exil: Zur Verwendung von Begriffen in der Geschichte der Gewerkschaften, in: Gewerkschaftliche Monatshefte 33 (1982), S. 486–497.

BOSMANS, Jac (Hg.), Europagedanke, Europabewegung und Europapolitik in den Niederlanden und Deutschland seit dem Ersten Weltkrieg, Münster, Hamburg 1996.

BOUVIER, Beatrix, Die Deutsche Freiheitspartei (DFP). Ein Beitrag zur Geschichte der Opposition gegen den Nationalsozialismus, diss. phil. Frankfurt am Main 1969.

BRACHER, Karl D., Die Krise Europas. Seit 1917 (Propyläen Geschichte Europas, 6), Frankfurt am Main, Berlin $^{2}$1992.

–, FUNKE, Manfred, JACOBSEN, Hans-Adolf (Hg.), Deutschland 1933–1945. Neue Studien zur nationalsozialistischen Herrschaft, Bonn $^{2}$1993.

BREMER, Jörg, Die Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands (SAP). Untergrund und Exil 1933–1945, Frankfurt am Main, New York 1978.

BRIEGEL, Manfred, FRÜHWALD, Wolfgang, Die Erfahrung der Fremde. Kolloquium des Schwerpunktprogramms „Exilforschung" der Deutschen Forschungsgemeinschaft. Forschungsbericht, Weinheim 1988.

BROSZAT, Martin, Resistenz und Widerstand, in: DERS. et al. (Hg.), Bayern in der NS-Zeit, Bd. IV, München 1981, S. 691–709.

BROUSSEAU, Gérard, Das Neue Tage-Buch et l'intégration de l'Allemagne post-hitlérienne à l'Europe démocratique, in: Michel GRUNEWALD, Hans Manfred BOCK (Hg.), Le discours européen (1933–1939), 1999, S. 47–62.

BRUNNER, Otto, CONZE, Werner, KOSELLECK, Reinhart (Hg.), Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland, Stuttgart 1975 (Nachdruck 1979).

BUCK, August (Hg.), Der Europa-Gedanke, Tübingen 1992.

BÜLCK, Hartwig, Föderalismus als internationales Ordnungsprinzip, 1. Bericht, in: VVDStRL 21 (1964), S. 1–65.

BULLOCK, Alan, Hitler. A Study in Tyranny, London $^{2}$1962.

BUERGENTHAL, Thomas et al., Grundzüge des Völkerrechts, Heidelberg $^{2}$2000.

BÜTTNER, Ursula (Hg.), Das Unrechtsregime. Internationale Forschung über den Nationalsozialismus. Festschrift für Werner Jochmann zum 65. Geburtstag, Bd. 2: Verfolgung, Exil, belasteter Neubeginn, Hamburg 1986.

BUSSIÈRE, Éric, Les milieux économiques face à l'Europe au XX$^{e}$ siècle, in: JEIH 3 (1997), Nr. 2, S. 5–21.

–, DUMOULIN, Michel, L'émergence de l'idée économique européenne d'un après-guerre à l'autre, in: René GIRAULT (Hg.), Identité et conscience, 1994, S. 67–105.

CLOSTERMEYER, Claus-Peter, Europa der Regionen: Elemente eines Konzepts, in: Rolf H. HASSE (Hg.), Nationalstaat im Spagat, 1997, S. 207–223.

DELACOR, Regina M., „Auslieferung auf Verlangen"? Die Auslieferung der sozialdemokratischen Exilpolitiker Rudolf Breitscheid und Rudolf Hilferding nach dem deutsch-französischen Waffenstillstandsvertrag 1940, in: VfZG 2 (1999), S. 217–241.

DEUERLEIN, Ernst, Föderalismus, in: APuZ B 34–35 (1971), S. 3ff.
–, Föderalismus. Die historischen und philosophischen Grundlagen des föderativen Prinzips, Bonn 1972.
DEUTSCH, Karl W., Der Nationalismus und seine Alternativen, München 1972.
DRECHSLER, Hanno, Die Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands. Ein Beitrag zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung am Ende der Weimarer Republik, Meisenheim am Glan 1965.
DUCHHARDT, Heinz, Europa-Diskurs und Europa-Forschung. Ein Rückblick auf ein Jahrhundert, in: JfEG 1 (2000) S. 1–14.
DÜDING, Dieter, Heinz Kühn 1912–1992. Eine politische Biographie, Essen 2002.
DÜLFFER, Jost, Deutsche Geschichte 1933–1945. Führerglaube und Vernichtungskrieg, Stuttgart, Berlin, Köln 1992.
–, Jalta 4. Februar 1945. Der Zweite Weltkrieg und die Entstehung der bipolaren Welt, München ²1999.
DUHNKE, Horst, Die KPD von 1933–1945, Köln 1972.
DUMOULIN, Michel (Hg.), Plans des temps de guerre pour l'Europe d'après-guerre 1940–1947. Actes du colloque de Bruxelles, 12–14 mai 1993, Brüssel et al. 1995.
DURAND, Yves, L'Europe des collaborateurs et collaborationnistes, in: Michel DUMOULIN (Hg.), Plans des temps de guerre, 1995, S. 25–46.
DURZAK, Manfred (Hg.), Die deutsche Exilliteratur 1933–1945, Stuttgart 1973.

EDINGER, Lewis J., Sozialdemokratie und Nationalsozialismus. Der Parteivorstand der SPD im Exil 1933–1945, Hannover, Frankfurt am Main 1960.
EHLERS, Dieter, Technik und Moral einer Verschwörung: 20. Juli 1944, Frankfurt am Main, Bonn 1964.
ELVERT, Jürgen, „Germanen" und „Imperialisten". Zwei Europakonzepte aus nationalsozialistischer Zeit, in: HMRG 3 (1992), H. 2, S. 1–25.
ERLER, Peter, WILKE, Manfred, „Nach Hitler kommen wir". Das Konzept der Moskauer KPD-Führung 1944/45 für Nachkriegsdeutschland, in: Exilforschung 15 (1997), S. 102–119.

FABIAN, Ruth, COULMAS, Corinna, Die deutsche Emigration in Frankreich nach 1933, München et al. 1978.
FAHRWINKEL, Heike, Locarno – Impuls europäischer Interessen? Die Haltung des Reichsverbands der Deutschen Industrie zu europäischen Fragen in der Locarno-Ära, in: Jac BOSMANS (Hg.), Europagedanke, 1996, S. 33–50.
FENSKE, Hans, Gleichgewicht, Balance, in: BRUNNER, Otto, CONZE, Werner, KOSELLECK, Reinhart (Hg.), Geschichtliche Grundbegriffe, Bd. 2, 1975, S. 959–996.
–, Politisches Denken im 20. Jahrhundert, in: Hans-Joachim LIEBER (Hg.), Politische Theorien, 21993, S. 802–820.
FEST, Joachim, Staatsstreich. Der lange Weg zum 20. Juli, Berlin 1994.
FLÜGGE, Manfred (Hg.), „Paris ist schwer". Deutsche Lebensläufe in Frankreich, Berlin 1992.
–, Wider Willen im Paradies. Deutsche Schriftsteller im Exil in Sanary-sur-Mer, Berlin 1996.
FOITZIK, Jan, Zwischen den Fronten. Zur Politik, Organisation und Funktion linker politischer Kleinorganisationen im Widerstand 1933 bis 1939/40 unter besonderer Berücksichtigung des Exils, Bonn 1986.
–, Politische Probleme der Remigration, in: Exilforschung 9 (1991), S. 104–114.
FREYBERG, Jutta von, Sozialdemokraten und Kommunisten. Die Revolutionären Sozialisten Deutschlands vor dem Problem der Aktionseinheit 1934–1937, Köln 1973.
FROMMELT, Reinhard, Paneuropa oder Mitteleuropa. Einigungsbestrebungen im Kal-

kül deutscher Wirtschaft und Politik 1925–1933 (Schriftenreihe der Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, 34), Stuttgart 1977.
FRÜHWALD, Wolfgang, SCHIEDER, Wolfgang, Leben im Exil. Probleme der Integration deutscher Flüchtlinge im Ausland 1933–1945, Hamburg 1981.
–, HÜRTEN, Heinz (Hg.), Christliches Exil und christlicher Widerstand: Ein Symposion an der Katholischen Universität Eichstätt 1985 (Eichstätter Beiträge, 22), Regensburg 1987.

Gesellschaft für Exilforschung (Hg.), Exilforschung. Ein internationales Jahrbuch 1983 ff.
GIRAULT, René (Hg.), Identité et conscience européennes au XX^e siècle, Paris 1994.
GLEES, Anthony, Exile Politics during the Second World War. The German Social Democrats in Britain, Oxford 1982.
GRAML, Hermann, Die außenpolitischen Vorstellungen des deutschen Widerstands, in: Walter SCHMITTHENNER, Hans BUCHHEIM (Hg.), Der deutsche Widerstand gegen Hitler, 1966, S. 15–72.
–, Widerstand im Dritten Reich. Probleme, Ereignisse, Gestalten, Frankfurt am Main 1984.
–, Die außenpolitischen Vorstellungen des deutschen Widerstands, in: DERS., Widerstand im Dritten Reich 1984, S. 92–139.
GREBING, Helga, Was wird aus Deutschland nach dem Krieg? Perspektiven linkssozialistischer Emigration für den Neuaufbau Deutschlands nach dem Zusammenbruch der nationalsozialistischen Diktatur, in: Exilforschung 3 (1985), S. 43–58.
–, WICKERT, Christl (Hg.), Das „andere Deutschland" im Widerstand gegen den Nationalsozialismus. Beiträge zur politischen Überwindung der nationalsozialistischen Diktatur im Exil und im Dritten Reich, Essen 1994.
GREWE, Wilhelm G., Epochen der Völkerrechtsgeschichte, Baden-Baden ²1988.
GRUCHMANN, Lothar, Nationalsozialistische Großraumordnung. Die Konstruktion einer „Deutschen Monroe-Doktrin" (VfZG Schriftenreihe, 4), Stuttgart 1962.
GRUNEWALD, Michel, BOCK, Hans Manfred (Hg.), Le discours européen dans les revues allemandes (1918–1933). Der Europadiskurs in den deutschen Zeitschriften (1918–1933), Bern et al. 1997.
–, – (Hg.), Le discours européen dans les revues allemandes (1933–1939). Der Europadiskurs in den deutschen Zeitschriften (1933–1939), Bern et al. 1999.
–, – (Hg.), Le discours européen dans les revues allemandes (1945–1955). Der Europadiskurs in den deutschen Zeitschriften (1945–1955), Bern et al. 2001.
–, TRAPP, Frithjof (Hg.), Autour du „Front Populaire Allemand". Einheitsfront – Volksfront (Contacts Série III – Études et Documents, 9), Bern et al. 1989.
GUTSCHE, Willibald, Mitteleuropaplanungen in der Außenpolitik des deutschen Imperialismus vor 1918, in: ZfG 20 (1972), S. 533–549.

HAHN, Manfred, Heinrich Manns „Henri Quatre" – Antifaschistische Romankunst im französischen Exil, in: Dieter SCHILLER et al., Exil in Frankreich, 1981, S. 464–508.
HAMMERSEN, Nicolai, Politisches Denken im deutschen Widerstand. Ein Beitrag zur Wirkungsgeschichte neokonservativer Ideologien 1914–1944, Berlin 1993.
HAMMERSTEIN, Notker, Heiliges Römisches Reich deutscher Nation und Europa: Übereinstimmung oder Entgegensetzung, in: August BUCK (Hg.), Europa-Gedanke, 1992, S. 132–146.
HASSE, Rolf H. (Hg.), Nationalstaat im Spagat. Zwischen Suprastaatlichkeit und Subsidiarität, Stuttgart 1997.
HATTENHAUER, Hans, Europäische Rechtsgeschichte, Heidelberg 1992.
HEHL, Ulrich von, Nationalsozialistische Herrschaft, München 1996.

HENSEL, Jürgen, NORDBLOM, Pia (Hg.), Hermann Rauschning. Materialien und Beiträge zu einer politischen Biographie, Warschau 2002.
HERLEMANN, Beatrix, Die Emigration als Kampfposten. Die Anleitung des kommunistischen Widerstands in Deutschland aus Frankreich, Belgien und den Niederlanden (Mannheimer Sozialwissenschaftliche Studien, 18), Königstein/Taunus 1982.
HESS, Jürgen C., Europagedanke und nationaler Revisionismus. Überlegungen zu ihrer Verknüpfung in der Weimarer Republik am Beispiel Wilhelm Heiles, in: HZ 225 (1977), S. 572–622.
HILDEBRAND, Klaus, Deutsche Außenpolitik 1933–1945. Kalkül oder Dogma?, Stuttgart et al. $^{4}$1980.
HILLGRUBER, Andreas, Hitlers Strategie. Politik und Kriegführung 1940–1941, Frankfurt am Main 1965.
–, Deutschlands Rolle in der Vorgeschichte der beiden Weltkriege, Göttingen $^{2}$1979.
–, Der Zweite Weltkrieg 1939–1945. Kriegsziele und Strategie der großen Mächte, Stuttgart, Berlin, Köln $^{5}$1989.
HOCHSCHILD, Ulrich, Sozialdemokratie und Völkerbund. Die Haltung der SPD und S.F.I.O. zum Völkerbund von dessen Gründung bis zum deutschen Beitritt (1919–1926), Karlsruhe 1982.
HÖRSTER-PHILIPPS, Ulrike, Nachkriegskonzeptionen deutscher Politiker im Schweizer Exil. Der Wirth-Braun-Hoegner-Kreis, in: Claus-Dieter KROHN, Martin SCHUMACHER (Hg.), Exil und Neuordnung, 2000, S. 87–112.
HOLL, Karl, Europapolitik im Vorfeld der deutschen Regierungspolitik. Zur Tätigkeit proeuropäischer Organisationen in der Weimarer Republik, in: HZ 219 (1974), S. 33–94.
–, Das Europa des pazifistischen deutschen Exils. Wirklichkeit und Zukunftserwartungen, in: Galerie. Revue culturelle et pédagogique 10 (1992), H. 2, S. 273–281.
HÜRTEN, Heinz, Politische Positionen katholischer Exilpublizistik, in: Michel GRUNEWALD, Frithjof TRAPP (Hg.), Autour du „Front Populaire Allemand", 1989, S. 99–109.
HÜTTENBERGER, Peter, Vorüberlegungen zum Widerstandsbegriff, in: Jürgen KOCKA (Hg.), Theorien in der Praxis des Historikers, 1977, S. 117–133.

JÄCKEL, Eberhard, Hitlers Weltanschauung. Entwurf einer Herrschaft, Stuttgart 41991.
JASPER, Willi, Entwürfe einer neuen Demokratie für Deutschland. Ideenpolitische Aspekte der Exildiskussion 1933–1945. Ein Überblick, in: Exilforschung 2 (1984), S. 271–298.

KAELBLE, Hartmut, L'Europe „vécue" et l'Europe „pensée" au XX$^{e}$ siècle: Les spécificités sociales de l'Europe, in: René GIRAULT (Hg.), Identité et conscience, 1994, S. 27–45.
–, Europäer über Europa. Die Entstehung des europäischen Selbstverständnisses im 19. und 20. Jahrhundert, Frankfurt am Main, New York 2001.
KANTOROWICZ, Alfred, Politik und Literatur im Exil. Deutschsprachige Schriftsteller im Kampf gegen den Nationalsozialismus, München 1983.
KEIM, Gerhard F. E., Der Europagedanke Heinrich Manns. Eine Untersuchung seines essayistischen Werks zur Zeit der Weimarer Republik, Diss. St. Louis 1989.
KEINER, Peter, Bürgerlicher Pazifismus und neues Völkerrecht. Hans Wehberg 1885–1962, Freiburg/Breisgau 1976.
KELLER, Thomas, Das rheinisch-revolutionäre Europa. Die Exilzeitschrift Die Zukunft (1938–1940), in: Michel GRUNEWALD, Hans Manfred BOCK (Hg.), Le discours européen (1933–1939), 1999, S. 63–93.
KELSEN, Hans, Das Problem der Souveränität und die Theorie des Völkerrechts, Tübingen 1920

KENNAN, George F., Memoiren eines Diplomaten, 2 Bde., München 1971.
KESTEN, Hermann (Hg.), Deutsche Literatur im Exil. Briefe europäischer Autoren 1933–1945, Wien/München/Basel 1964.
KIRSCH, Guy, Der Nationalstaat im Spannungsfeld von Suprastaatlichkeit und Infranationalität, in: Rolf H. HASSE (Hg.), Nationalstaat im Spagat, 1997, S. 9–37.
KLÄR, Karl-Heinz, Zwei Nelson-Bünde, Internationaler Jugendbund (IJB) und Internationaler Sozialistischer Kampfbund (ISK) im Licht neuer Quellen, in: IWK 18 (1982), S. 310–360.
KLEMPERER, Klemens von, Die ‚Verbindung zu der großen Welt'. Außenbeziehungen des deutschen Widerstands 1938–1945 (Beiträge zum Widerstand 1933–1945, 38), Berlin 1990.
–, Die verlassenen Verschwörer. Der deutsche Widerstand auf der Suche nach Verbündeten 1938–1945, Berlin 1994.
–, Naturrecht und der deutsche Widerstand gegen den Nationalsozialismus. Ein Beitrag zur Frage des deutschen „Sonderwegs", in: Peter STEINBACH, Johannes TUCHEL (Hg.), Lexikon des Widerstandes, 1994, S. 43–53.
KLEPSCH, Thomas, Nationalsozialistische Ideologie. Eine Beschreibung ihrer Struktur vor 1933 (Studien zum Nationalsozialismus, 2), Münster 1990.
KLESSMANN, Christoph, Widerstand gegen den Nationalsozialismus in Deutschland, in: Richard ALBRECHT et al. (Hg.), Widerstand und Exil, 1986, S. 11–38.
KLETZIN, Birgit, Europa aus Rasse und Raum. Die nationalsozialistische Idee der Neuen Ordnung (Region–Nation–Europa, 2), Münster 2000.
KLIEM, Kurt, Der sozialistische Widerstand gegen das Dritte Reich, dargestellt an der Gruppe „Neu Beginnen", Diss. phil. masch. Marburg 1957.
KLOTZ, Johannes, Das „kommende Deutschland". Vorstellungen und Konzeptionen des sozialdemokratischen Parteivorstandes im Exil 1933–1945 zu Staat und Wirtschaft, Köln 1983.
KLUKE, Paul, Nationalsozialistische Europaideologie, in: VfZG 3 (1955), S. 240–275.
KNIPPING, Franz, MÜLLER, Klaus-Jürgen (Hg.), Machtbewusstsein in Deutschland am Vorabend des Zweiten Weltkrieges, Paderborn 1984.
KOCKA, Jürgen (Hg.), Theorien in der Praxis des Historikers, Göttingen 1977.
KOEBNER, Thomas, Das „andere Deutschland". Zur Nationalcharakteristik im Exil, in: Manfred BRIEGEL, FRÜHWALD, Wolfgang (Hg.), Erfahrung der Fremde, 1988, S. 217–238.
–, SAUTERMEISTER, Gerd, SCHNEIDER, Sigrid (Hg.), Deutschland nach Hitler. Zukunftspläne im Exil und aus der Besatzungszeit 1939–1949, Opladen 1987.
KOLB, Eberhard, Die Weimarer Republik, München $^{5}$2000.
KREBS, Gilbert, Gérard SCHNEILIN, Exil et résistance au national-socialisme 1933–1945 (Publications de l'Institut Allemand), Paris 1998.
KROHN, Claus-Dieter, SCHUMACHER, Martin (Hg.), Exil und Neuordnung. Beiträge zur verfassungspolitischen Entwicklung in Deutschland nach 1945 (Dokumente und Texte, 6), Düsseldorf 2000.
–, ZUR MÜHLEN, Patrik von (Hg.), Rückkehr und Aufbau nach 1945. Deutsche Remigranten im öffentlichen Leben Nachkriegsdeutschlands, Marburg 1997.
– et al. (Hg.),Handbuch der deutschsprachigen Emigration 1933–1945, Darmstadt 1998.
KROLL, Frank-Lothar, Geschichte und Politik im Weltbild Hitlers, in: VfZG 44 (1996), S. 327–353.
KRÜGER, Peter, Deutscher Nationalismus und europäische Verständigung: Das Verhältnis Deutschlands zu Frankreich während der Weimarer Republik, in: Francia 11 (1983), S. 509–525.
–, Die Ansätze zu einer europäischen Wirtschaftsgemeinschaft in Deutschland nach

dem Ersten Weltkrieg, in: Helmut BERDING (Hg.), Wirtschaftliche und politische Integration, 1984, S. 149–168.
–, Versailles. Deutsche Außenpolitik zwischen Revisionismus und Friedenssicherung, München 1986.
–, Die Außenpolitik der Republik von Weimar, Darmstadt ²1993.
–, Der Europagedanke in der Weimarer Republik: Locarno als Kristallisationspunkt und Impuls, in: Jac BOSMANS (Hg.), Europagedanke, 1996, S. 15–32.

LACINA, Evelyn, Emigration 1933–1945. Sozialhistorische Darstellung der deutschsprachigen Emigration und einiger ihrer Asylländer aufgrund ausgewählter zeitgenössischer Selbstzeugnisse, Stuttgart 1982.
LADEMACHER, Horst, Voraussetzungen und Probleme der sozialdemokratischen Emigration, in: Frank DEPPE et al. (Hg.), Abendroth-Forum, S. 371–377.
–, Der europäische Nordwesten. Historische Prägungen und Beziehungen. Ausgewählte Aufsätze, hg. v. Nicole Eversdijk et al., Münster et al. 2001.
–, Kultur – Region – Nation. Überlegungen zu den Grundlagen einer grenzüberschreitenden ‚Kultur- und Kulturraumforschung', in: DERS., Der europäische Nordwesten, 2001, S. 351–365.
LANGKAU-ALEX, Ursula, Volksfront für Deutschland? Bd. 1: Vorgeschichte und Gründung des „Ausschusses zur Vorbereitung einer deutschen Volksfront" 1933–1936, Frankfurt am Main 1977.
–, „Es gilt, die Menschen zu verändern...". Zur Politik des Sozialdemokraten Paul Hertz im Exil, in: Exilforschung 8 (1990), S. 142–156.
–, „Der Kampf für die Demokratie und den Frieden". Die Debatte in der Sozialistischen Arbeiter-Internationale 1938/1939 (IISH Research Papers, 2), ²1992.
–, Zweimal Antifaschismus – zweierlei Antifaschismus? Front populaire und deutsche Volksfrontbewegung in Paris, in: Anne SAINT SAUVEUR-HENN (Hg.), Fluchtziel Paris, 2002, S. 114–128.
LEHNERT, Detlef, Vom Widerstand zur Neuordnung? Zukunftsperspektiven des demokratischen Sozialismus im Exil als Kontrastprogramm zur NS-Diktatur, in: Jürgen SCHMÄDEKE, Peter STEINBACH (Hg.), Widerstand gegen den Nationalsozialismus, 1985, S. 497ff.
LICHTENSTEIN, Heiner, ROMBERG, Otto R. (Hg.), Täter – Opfer – Folgen. Der Holocaust in Geschichte und Gegenwart, Bonn 1995.
LIEBER, Hans-Joachim (Hg.), Politische Theorien von der Antike bis zur Gegenwart, Bonn ²1993.
LINK, Werner, Die Geschichte des Internationalen Jugend-Bundes (IJB) und des Internationalen Sozialistischen Kampf-Bundes (ISK). Ein Beitrag zur Geschichte der Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik und im Dritten Reich, Meisenheim am Glan 1964.
LIPGENS, Walter (Hg.), Europäische Einigungsidee 1923–1930 und Briands Europaplan im Urteil der deutschen Akten, in: HZ 203 (1966), S. 46–89 (1. Teil) und S. 316–363 (2. Teil).
–, Die Anfänge der europäischen Einigungspolitik 1945–1950. Erster Teil: 1945–1947. Mit zwei Beiträgen von Wilfried Loth, Stuttgart 1977.
LOEWENHEIM, Walter, Geschichte der Org [Neu Beginnen] 1929–1935. Eine zeitgenössische Analyse, hg. v. Jan Foitzik, Berlin 1995.
LÖWENTHAL, Richard, Widerstand im totalen Staat, in: DERS., Patrik von ZUR MÜHLEN (Hg.), Widerstand und Verweigerung, 1982, S. 11–24.
–, ZUR MÜHLEN, Patrik von (Hg.), Widerstand und Verweigerung in Deutschland 1933–1945, Berlin, Bonn 1982.
LOOCK, Hans-Dietrich, Zur „Großgermanischen Politik" des Dritten Reiches, in: VfZG 8 (1960), S. 37–63.

LORENZ, Einhart, Exil in Norwegen. Lebensbedingungen und Arbeit deutschsprachiger Flüchtlinge 1933–1943, Baden-Baden 1992.
LOTH, Wilfried, Sozialismus und Internationalismus. Die französischen Sozialisten und die Nachkriegsordnung Europas 1940–1950, Stuttgart 1977.
–, Die Teilung der Welt. Geschichte des Kalten Krieges 1941–1955, München [7]1989.
–, Die Anfänge der europäischen Integration 1945–1950, Bonn 1990.
–, Die Deutschen und das Projekt der europäischen Einigung, in: Wolfgang J. MOMMSEN (Hg.), Der lange Weg nach Europa, 1992, S. 39–69.
–, Der Weg nach Europa. Geschichte der europäischen Integration 1939–1957, Göttingen [3]1996.
–, Identity and Statehood in the Process of European Integration, in: JEIH 6 (2000), Nr. 1, S. 19–31.
–, Der Prozeß der europäischen Integration. Antriebskräfte, Entscheidungen und Perspektiven, in: JfEG 1 (2000), S. 17–30.
–, Von Heidelberg nach Godesberg: Europa-Konzepte der deutschen Sozialdemokratie zwischen Utopie und Politik, in: FS Peter Krüger [noch unveröffentlicht]
–, RUSINEK, Bernd-A. (Hg.), Verwandlungspolitik. NS-Eliten in der westdeutschen Nachkriegsgesellschaft, Frankfurt am Main, New York 1998.
LÜTZELER, Paul-Michael, Die Schriftsteller und Europa. Von der Romantik bis zur Gegenwart, München 1992.

MAIER, Hans, Ideen von 1914 – Ideen von 1939? Zweierlei Kriegsanfänge, in: VfZG 38 (1990), S. 525–542.
–, Tyrannislehre und Widerstandsrecht, in: Peter STEINBACH, Johannes TUCHEL (Hg.), Lexikon des Widerstandes, 1994, S. 33–42.
MALETTKE, Klaus, Konzeptionen kollektiver Sicherheit in Europa bei Sully und Richelieu, in: August BUCK (Hg.), Europa-Gedanke, 1992, S. 83–106.
MALLMANN, Klaus-Michael, PAUL, Gerhard, Das zersplitterte Nein. Saarländer gegen Hitler, Bonn 1989.
–, –, Resistenz oder loyale Widerwilligkeit?, in: ZfG 41 (1993), S. 99–116.
MAMMACH, Klaus, Geschichte der deutschen antifaschistischen Widerstandsbewegung im Inland und in der Emigration, Teil I: Widerstand 1933–1939, Berlin 1984 und Teil II: Widerstand 1993–1945, Berlin 1987.
MATTHIAS, Erich, Sozialdemokratie und Nation. Ein Beitrag zur Ideengeschichte der sozialdemokratischen Emigration in der Prager Zeit des Parteivorstands 1933–1938, Stuttgart 1952.
MEHRINGER, Hartmut, Waldemar von Knoeringen. Eine politische Biographie. Der Weg vom revolutionären Sozialismus zur sozialen Demokratie, München et al. 1989.
–, Widerstand und Emigration. Das NS-Regime und seine Gegner, München 1997.
–, Anmerkungen zum Verhältnis von Exil und innerdeutschem Widerstand, in: Exil – Résistance – „Autre Allemagne". L'opposition allemande au 3[e] Reich, Nanterre 1998, S. 93–107.
–, RÖDER, Werner, SCHNEIDER, Dieter M., Zum Anteil ehemaliger Emigranten am politischen Leben der Bundesrepublik Deutschland, der Deutschen Demokratischen Republik und der Republik Österreich, in: Wolfgang FRÜHWALD, Wolfgang SCHIEDER (Hg.), Leben im Exil, 1981, S. 207–222.
MELVILLE, Ralph et al. (Hg.), Deutschland und Europa in der Neuzeit. FS Karl Otmar Freiherr von Aretin zum 65. Geburtstag, 2. Hb., Stuttgart 1988.
MEYER, Katharina, „Keiner will sie haben": Die Exilpolitik in England, Frankreich und den USA zwischen 1933 und 1945 (Europäische Hochschulschriften, Folge 31: Politikwissenschaft, 352), Frankfurt am Main 1998.
MICHALKA, Wolfgang (Hg.), Nationalsozialistische Außenpolitik (Wege der Forschung CCXCVII), Darmstadt 1978.

MILLER, Susanne, Rahmenbedingungen für das politische Wirken im Exil, in: Albert BORGERDING et al. (Hg.), Widerstand und Exil, 1982, S. 451–480.
–, Die Behandlung des Widerstandes Nationalsozialismus in der SPD nach 1945, in: Ursula BÜTTNER (Hg.), Unrechtsregime, 1986, S. 407–420.
MISGELD, Klaus, Die „Internationale Gruppe demokratischer Sozialisten" in Stockholm, 1942–1945. Zur sozialistischen Friedensdiskussion während des Zweiten Weltkrieges (Schriftenreihe des Forschungsinstituts der Friedrich-Ebert-Stiftung, B. Historisch-politische Schriften, 126), Bonn-Bad Godesberg 1976.
MITTENZWEI, Werner, Exil in der Schweiz (Kunst und Literatur im antifaschistischen Exil, 2), Leipzig 1978.
MÖLLER, Horst, Europa zwischen den Weltkriegen, München 1998.
MOMMSEN, Hans, Gesellschaftsbild und Verfassungspläne des deutschen Widerstandes, in: Walter SCHMITTHENNER, Hans BUCHHEIM (Hg.), Der deutsche Widerstand gegen Hitler, 1966, S. 73–167.
–, Die künftige Neuordnung Deutschlands und Europas aus der Sicht des Kreisauer Kreises, in: Peter STEINBACH, Johannes TUCHEL (Hg.), Widerstand, 1994, S. 246–261.
–, Alternative zu Hitler. Studien zur Geschichte des deutschen Widerstandes, München 2000.
MOMMSEN, Wolfgang J. (Hg.), Der lange Weg nach Europa. Historische Betrachtungen aus gegenwärtiger Sicht, Berlin 1992.
MOREAU, Patrick, Nationalsozialismus von links. Die „Kampfgemeinschaft Revolutionärer Nationalsozialisten" und die „Schwarze Front" Otto Strassers, München 1984.
MORSEY, Rudolf, Christliche Demokraten in Emigration und Widerstand 1933–1945, Stuttgart 1985.
MÜLLER, Guido, Pierre Viénot: Schöpfer des Deutsch-Französischen Studienkomitees (1926–1938) und Europäer der ersten Nachkriegszeit, in: JEIH 4 (1998), Nr. 1, S. 5–26.
MÜLLER, Klaus-Jürgen, Die nationalkonservative Opposition 1933–1939. Von der Kooperation zum Widerstand, in: APuZ B50/86 (1986), S. 19–30.
MÜNCH, Richard, Das Projekt Europa. Zwischen Nationalstaat, regionaler Autonomie und Weltgesellschaft, Frankfurt am Main 1993.
Münzenberg, Willi (1889–1940). Un Homme Contre. Actes du Colloque International, organisé par la Bibliothèque Méjanes et l'Institut de l'Image, 26–29 mars 1992, Aix-en-Provence, Marseille 1993.
MÜSSENER, Helmut, Exil in Schweden. Politische und kulturelle Emigration nach 1933, München 1974.

NEULEN, Hans Werner, An deutscher Seite. Internationale Freiwillige von Wehrmacht und Waffen-SS, München 1985.
–, Europa und das Dritte Reich. Einigungsbestrebungen im deutschen Machtbereich 1939–1945, München 1987.
NIEDHART, Gottfried (Hg.), Der Westen und die Sowjetunion. Einstellungen und Politik gegenüber der UdSSR in Europa und in den USA seit 1917, Paderborn 1983.
NITSCHKE, Peter, Europa und Nicht-Europa: Gibt es eine europäische (politische) Kultur?, in: Kulturwissenschaftliches Institut, Jahrbuch 1995, S. 82–93.
NOLTE, Ernst, Zwischen Geschichtslegende und Revisionismus?, in: Historikerstreit. Die Dokumentation der Kontroverse um die Einzigartigkeit der nationalsozialistischen Judenvernichtung, München 1987, S. 13–35.

OEXLE, Otto Gerhard, Utopisches Denken im Mittelalter: Pierre Dubois, in: HZ 224 (1977), S. 293–339.

PAETEL, Karl O., Zum Problem einer deutschen Exilregierung, in: VfZG 4 (1956), S. 286–301.

PAPCKE, Sven, Fragen an die Exilforschung heute, in: Exilforschung 6 (1988), S. 13–27.

–, Exil und Remigration als öffentliches Ärgernis. Zur Soziologie eines Tabus, in: Exilforschung 9 (1991), S. 9–24.

PASSAUER, Paul, Gehört das Exil zum Widerstand?, in: Tribüne 28 (1989), Nr. 110, S. 28–32.

PAUL, Gerhard, Max Braun. Eine politische Biographie, St. Ingbert ²1987.

–, Max Braun. Vorkämpfer der deutsch-französischen Verständigung und früher Europäer, in: Revue d'Allemagne 10 (1988), S. 297–310.

–, Die Zauberformel vom vereinten Europa. Europaideen der deutschen Exil-Sozialdemokratie zwischen patriotischem Kalkül und sozialistischer Träumerei, in: Galerie. Revue culturelle et pédagogique 10 (1992), H. 2, S. 262–272.

–, „Emigrantenstaat" auf tönernen Füßen. Das Saarland nach 1945, in: Claus-Dieter KROHN, Patrik von ZUR MÜHLEN (Hg.), Rückkehr und Aufbau nach 1945, 1997, S. 211–252.

–, Deutschland nach Hitler: Neuordnungspläne im deutschen Exil, in: Claus-Dieter KROHN et al. (Hg.), Handbuch der deutschsprachigen Emigration, 1998, Sp. 638–660.

PECH, Karlheinz, An der Seite der Résistance. Zum Kampf der Bewegung „Freies Deutschland" für den Westen in Frankreich (1943–1945), Berlin 1974.

–, Die deutschen politischen Emigranten in Frankreich 1933–1940: „Dieselben Debatten wie zu Hause"?, in: Ralph MELVILLE et al. (Hg.), Deutschland und Europa in der Neuzeit, 1988, S. 881–905.

PEUKERT, Detlev, Der deutsche Arbeiterwiderstand 1933–1945, in: APuZ B28–29/79 (1979), S. 22–36; wiederabgedruckt in: Karl D. BRACHER, Manfred FUNKE, Hans-Adolph JAKOBSEN (Hg.), Nationalsozialistische Diktatur 1933–1945, Düsseldorf 1983.

PFEIL, Alfred, Der Völkerbund. Literaturbericht und kritische Darstellung seiner Geschichte (Erträge der Forschung, 58), Darmstadt 1976.

PFEIL, Ulrich, Das Pariser Auslandssekretariat der KPD im August/September 1939. Ein neuralgischer Punkt in der Geschichte des deutschen Kommunismus, in: Anne SAINT SAUVEUR-HENN (Hg.), Fluchtziel Paris, 2002, S. 137–152.

POHLE, Fritz, Das mexikanische Exil. Ein Beitrag zur Geschichte der politisch-kulturellen Emigration aus Deutschland, Stuttgart 1986.

PROSS, Helge, Die deutsche akademische Emigration nach den Vereinigten Staaten 1933–1941, Berlin 1955.

RADKAU, Joachim, Die Exil-Ideologie vom „anderen Deutschland" und die Vansittartisten. Eine Untersuchung über die Einstellung der deutschen Emigranten nach 1933 zu Deutschland, in: APuZ B2/70 (1970), S. 31–48.

–, Die deutsche Emigration in den USA. Ihr Einfluß auf die amerikanische Europapolitik 1933–1945, Düsseldorf 1971.

RAGG, Albrecht, The German Socialist Emigration in the United States, 1933 to 1945, Ann Arbor, Michigan 1977.

RASCHHOFER, Hermann, Völkerbund und Münchner Abkommen. Die Staatengesellschaft von 1938 (Berichte und Studien der Hanns-Seidel-Stiftung e.V., 9), München, Wien 1976.

RECKER, Marie-Luise, Die Außenpolitik des Dritten Reiches, München 1990.

REGIN, Cornelia, „Die Wirtschaft im neuen Europa". Pläne der deutschen sozialistischen Emigration für die Gestaltung der europäischen Integration, in: Jac BOSMANS (Hg.), Europagedanke, 1996, S. 51–77.

REICH, Ines, Geteilter Widerstand. Die Tradierung des deutschen Widerstandes in der Bundesrepublik Deutschland und der DDR, in: ZfG 42 (1994), S. 635–644.
REICHHARDT, Hans Joachim, Neu Beginnen. Ein Beitrag zur Geschichte des Widerstandes der Arbeiterbewegung gegen den Nationalsozialismus, Berlin 1963, in: Jahrbuch für die Geschichte Mittel- und Ostdeutschlands 12 (1963), S. 150–188.
REPGEN, Konrad, Katholizismus und Nationalsozialismus: Zeitgeschichtliche Interpretationen und Probleme, Köln 1983.
RIESENBERGER, Dieter, Die katholische Friedensbewegung in der Weimarer Republik, Düsseldorf 1976.
RIEGEL, Paul, VAN RINSUM, Wolfgang, Drittes Reich und Exil 1933–1945 (Deutsche Literaturgeschichte 10), München 2000.
RÖDER, Werner, Deutschlandpläne der sozialdemokratischen Emigration in Großbritannien 1942–1945, in: VfZG 17 (1969), S. 72–86.
–, Die deutschen sozialistischen Exilgruppen in Großbritannien. Ein Beitrag zur Geschichte des Widerstandes gegen den Nationalsozialismus (Schriftenreihe des Forschungsinstituts der Friedrich-Ebert-Stiftung, B. Historisch-politische Schriften, 58), Hannover $^{2}$1973.
–, Deutscher Widerstand im Ausland. Zur Geschichte des politischen Exils 1933–1945, in: APuZ B31/80 (1980), S. 3–22.
–, Zum Verhältnis von Exil und innerdeutschem Widerstand, in: Exilforschung 5 (1987), S. 28–39.
–, Herbert A. STRAUSS (Hg.), Biographisches Handbuch der deutschsprachigen Emigration nach 1933, 2 Bde., München, New York 1980–1983.
ROON, Ger van, Neuordnung im Widerstand. Der Kreisauer Kreis innerhalb der deutschen Widerstandsbewegung, München 1967.
–, Widerstand im Dritten Reich. Ein Überblick, München 1979.
– (Hg.), Europäischer Widerstand im Vergleich. Die Internationalen Konferenzen Amsterdam, Berlin 1985.
ROTHFELS, Hans, Die deutsche Opposition gegen Hitler, München 1958.
ROUSSEL, Hélène, Éditeurs et publications des émigrés allemands (1933–1939), in: Gilbert BADIA et al., Les barbelés de l'exil, 1979, S. 357–417.
–, De l'orthodoxie à la rébellion. Esquisse du parcours politique de Willi Münzenberg, in: Bibiothèque Méjanes, Institut de l'Image (Hg.), Willi Münzenberg, 1993, S. 23–32.
–, MORTIER, Jean (Hg.), Exil-Résistance – „Autre Allemagne". L'opposition allemande au 3$^{e}$ Reich, Nanterre 1998.
ROVAN, Joseph, Die Landung der Allierten in der Normandie war keine Invasion. Französischer Historiker verurteilt Sprachregelung, die das NS-Propagandaministerium herausgab, in: Frankfurter Rundschau (19. 03. 1994).
RUCK, Michael, Arnold Brecht und die Verfassungsentwicklung in Westdeutschland, in: Claus-Dieter KROHN, Martin SCHUMACHER (Hg.), Exil und Neuordnung, 2000, S. 207–229.

SAINT SAUVEUR-HENN, Anne (Hg.), Fluchtziel Paris. Die deutschsprachige Emigration 1933–1940, Berlin 2002.
SALEWSKI, Michael, Ideas of the National Socialist Government and Party, in: Walter LIPGENS (Hg.), Documents on the History of European Integration, 1, 1985, S. 37–178.
SATOR, Klaus, Das kommunistische Exil und der deutsch-sowjetische Nichtangriffspakt, in: Exilforschung 8 (1990), S. 29–45.
–, Der deutsche Widerstand gegen den Nationalsozialismus. Anmerkungen zu einem schwierigen Begriff, in: Exilforschung 15 (1997), S. 150–161.

SCHÄUFELE, Wolf-Friedrich, VINZENT, Markus (Hg.), Theologen im Exil – Theologie des Exils, Cambridge 2002.
SCHAFHEITLIN, Stefan, Gewerkschaften in Widerstand und Exil 1939–1945, Hamburg 1979.
SCHAFRANEK, Hans, Zwischen NKWD und Gestapo. Die Auslieferung deutscher und österreichischer Antifaschisten aus der Sowjetunion an Nazideutschland 1937–1941, Frankfurt am Main 1990.
SCHEER, Friedrich-Karl, Die Deutsche Friedensgesellschaft (1892–1933). Organisation, Ideologie, politische Ziele. Ein Beitrag zur Geschichte des Pazifismus in Deutschland, Frankfurt am Main 1981.
SCHIEDER, Theodor (Hg.), Europa im Zeitalter der Weltmächte (Handbuch der Europäischen Geschichte, 7), Stuttgart 1979.
SCHILDT, Axel, Deutschlands Platz in einem „christlichen Abendland". Konservative Publizisten aus dem tat-Kreis in der Kriegs- und Nachkriegszeit, in: Thomas KOEBNER, Gerd SAUTERMEISTER, Sigrid SCHNEIDER, Deutschland nach Hitler, 1987, S. 344–369.
SCHILLER, Dieter et al., Exil in Frankreich (Kunst und Literatur im antifaschistischen Exil, 7), Leipzig 1981.
–, Die Volksfront und der Europa-Gedanke, in: Galerie. Revue culturelle et pédagogique 10 (1992), H. 2, S. 253–261.
SCHILMAR, Boris, Pariser Positionen. Der außenpolitische Diskurs des deutschen Exils 1938/1939, in: Anne SAINT SAUVEUR-HENN (Hg.), Fluchtziel Paris, 2002, S. 165–180.
SCHLÖR, Joachim, Exil und Rückkehr, in: Heiner LICHTENSTEIN, Otto R. ROMBERG (Hg.), Täter – Opfer – Folgen, 1995, S. 154–169.
SCHMÄDEKE, Jürgen, STEINBACH, Peter (Hg.), Der Widerstand gegen den Nationalsozialismus. Die deutsche Gesellschaft und der Widerstand gegen Hitler, München, Zürich 1985.
SCHMALE, Wolfgang, Geschichte Europas, Wien2001.
SCHMITTHENNER, Walter, BUCHHEIM, Hans (Hg.), Der deutsche Widerstand gegen Hitler. Vier historisch-kritische Studien von Hermann GRAML, Hans MOMMSEN, Hans Joachim REICHHARDT und Ernst WOLF, Köln, Berlin 1966.
SCHMOLLINGER, Annette, „Intra muros et extra": deutsche Literatur im Exil und in der inneren Emigration. Ein exemplarischer Vergleich, Heidelberg Univ. Diss. 1998 (Beiträge zur neueren Literaturgeschichte 3/161, Heidelberg 1999).
SCHNEIDER, Christian, Identität und Identitätswandel der Deutschen nach 1945, in: Wilfried LOTH, Bernd-A. RUSINEK (Hg.), Verwandlungspolitik, 1998, S. 247–258.
SCHNEIDER, Dieter M., Westmächte und Sowjetunion in der Strategiediskussion exilierter politischer Widerstandsgruppen gegen das Dritte Reich (1933–1939), in: Franz KNIPPING, Klaus-Jürgen MÜLLER (Hg.), Machtbewußtsein in Deutschland, 1984, S. 363–374.
SCHÜCKING, Walther, Hans WEHBERG (Hg.), Die Satzung des Völkerbunds. Kommentar, Berlin ²1924.
SCHUMANN, Wolfgang, Die faschistische „Neuordnung" Europas nach den Plänen des deutschen Monopolkapitals, in: ZfG (1971), S. 224–241.
SEEBACHER-BRANDT, Brigitte, Ollenhauer. Biedermann und Patriot, Berlin 1984.
SLUTSCH, Sergej, 17. September 1939: Der Eintritt der Sowjetunion in den Zweiten Weltkrieg. Eine historische und völkerrechtliche Bewertung, in: VfZG 48 (2000), H. 2, S. 219–254.
STAMMEN, Theo, Exil und Emigration – Versuch einer Theoretisierung, in: Exilforschung 5 (1987), S. 11–27.
STEINBACH, Peter (Hg.), Widerstand. Ein Problem zwischen Theorie und Geschichte, Köln 1987.
–, Widerstand gegen den Nationalsozialismus aus dem Exil? Zur politischen und räum-

lichen Struktur der deutschen Emigration 1933–1945, in: GWU 41 (1990), S. 587–606.
–, Der Historikerstreit, in: Heiner LICHTENSTEIN, Otto R. ROMBERG (Hg.), Täter – Opfer – Folgen, 1995, S. 101–113.
–, TUCHEL, Johannes (Hg.), Lexikon des Widerstandes 1933–1945, München 1994.
–, – (Hg.), Widerstand gegen den Nationalsozialismus, Bonn 1994.
STERNFELD, Wilhelm, Die Emigranten-Presse, in: Deutsche Rundschau 76 (1950), S. 250–259.
STREINZ, Rudolf, Europarecht, Heidelberg ⁴1999.
STREIT, Christian, Ostkrieg, Antibolschewismus und „Endlösung", in: GuG 17 (1991), S. 242–255.
STUHLMANN, Andreas, „Ein Wahrheitssucher von unbezweifelbarem Ernst"?. Kurt Hiller im Exil 1934–1955, in: Wolfgang BEUTIN, Rüdiger SCHÜTT (Hg.), „Zu allererstantikonservativ", 1998, S. 36–53.
SYWOTTEK, Arnold, Deutsche Volksdemokratie. Studien zur politischen Konzeption der KPD 1935–1946 (Studien zur modernen Geschichte, 1), Düsseldorf 1971.

THEINER, Peter, „Mitteleuropa"-Pläne im Wilhelminischen Deutschland, in: Helmut BERDING (Hg.), Wirtschaftliche und politische Integration, 1984, S. 128–148.
THIEMEYER, Guido, Supranationalität als Novum in der Geschichte der internationalen Politik der fünfziger Jahre, in: JEIH 4 (1998), Nr. 2, S. 5–21.
TOYNBEE, Arnold, The Realignment of Europe (Survey of International Affairs 1939–1946, 9), London 1955.

ULLRICH, Volker, Die polnische Frage und die deutschen Mitteleuropapläne im Herbst 1915, in: HJb 104 (1984), S. 348–371.

VILLAIN, Jörg, Zur Genesis der Mitteleuropakonzeption Friedrich Naumanns bis zum Jahre 1915, in: JfG 15 (1977), S. 207–215.
VOIGT, Klaus, Europäische Föderation und neuer Völkerbund. Die Diskussion im deutschen Exil zur Gestaltung der internationalen Beziehungen nach dem Krieg, in: Thomas KOEBNER, Gerd SAUTERMEISTER, Sigrid SCHNEIDER, Deutschland nach Hitler, 1987, S. 104–122.
–, Europa-Ideen des deutschen Exils während des Zweiten Weltkriegs, in: Galerie. Revue culturelle et pédagogique 10 (1992), H. 2, S. 233–240.
–, L'Idée européenne chez les émigrés allemands adversaires du national-socialisme, in: Michel DUMOULIN (Hg.), Plans des temps de guerre, 1995, S. 59–80.
VOLKMANN, Hans-Erich (Hg.), Ende des Dritten Reiches – Ende des Zweiten Weltkriegs. Eine perspektivische Rückschau, München, Zürich 1995.
VORHOLT, Udo, Die Gruppe Neu Beginnen im Exil. Richard Löwenthals Bewertung der Politik der Sowjetunion in den dreißiger/vierziger Jahren, in: ZfG 41 (1993), S. 204–220.

WALTER, Hans-Albert, Heinrich Mann im französischen Exil, in: Heinz-Ludwig ARNOLD, Literatur im Exil 2, 1974, S. 214–245.
–, Deutsche Exilliteratur 1933–1950, Bd. 7: Exilpresse 1, Darmstadt 1973; Bd. 4: Exilpresse 2, Stuttgart 1978.
WEBER, August, Die Krise des modernen Staatsgedankens in Europa, Stuttgart 1925.
WEGNER, Bernd, Hitlers politische Soldaten: Die Waffen-SS 1933–1945. Leitbild, Struktur und Funktion einer nationalsozialistischen Elite, Paderborn ⁴1990.
WICHERS, Hermann, Im Kampf gegen Hitler. Deutsche Sozialisten im Schweizer Exil 1933–1940, Zürich 1994.

WILKENS, Andreas (Hg.), Interessen verbinden. Jean Monnet und die europäische Integration der Bundesrepublik Deutschland, Bonn 1999, S. 73–139.
–, Jean Monnet, Konrad Adenauer und die deutsche Europapolitik: Konvergenz und Dissonanzen (1950–1957), in: DERS. (Hg.), Interessen verbinden, 1999, S. 73–139.
WINCKLER, Lutz (Hg.), Antifaschistische Literatur. Programme, Autoren, Werke, Bd. 1, Kronberg 1977.
–, Mythen der Exilforschung?, in: Exilforschung 13 (1995), S. 68–81.

ZMARZLIK, Hans Günther, Der Sozialdarwinismus in Deutschland als geschichtliches Problem, in: VfZG 11 (1963), S. 246–273.
ZUR MÜHLEN, Patrik von, „Schlagt Hitler an der Saar!" Abstimmungskampf, Emigration und Widerstand im Saargebiet 1933–1935, Bonn 1979.
–, Spanien war ihre Hoffnung. Die deutsche Linke im Spanischen Bürgerkrieg 1936–1939, Bonn ²1985.
–, Der „Gegen-Führer" im Exil. Die Otto-Strasser-Bewegung in Lateinamerika, in: Exilforschung 3 (1985), S. 143–157.
–, Fluchtziel Lateinamerika. Die deutsche Emigration 1933–1945. Politische Aktivitäten und soziokulturelle Integration, Bonn 1988.
–, Programmatik und Bündnispolitik deutscher Exilgruppen 1933–1945, in: Michel GRUNEWALD, Frithjof TRAPP (Hg.), Autour du „Front Populaire Allemand", 1989, S. 13–24.
–, Exil und Widerstand, in: Wolfgang BENZ, Walter H. PEHLE (Hg.), Lexikon des Deutschen Widerstandes, 1994, S. 128–140.

# NAMENREGISTER

## Personen, internationale Organisationen, deutsche Parteien und Exilgruppen

Kursiv gedruckte Seitenzahlen geben die Fundstelle der Kurzbiographie an.


AdG s. Auslandsvertretung der deutschen Gewerkschaften
Aenderl, Franz 241
Afros, John L. 262
American Guild for German Cultural Freedom 91
Arbeitskreis Das Demokratische Deutschland s. Das Demokratische Deutschland
Arbeitskreis Internationaler Sozialisten in Stockholm 10f., 250, 274
Arzt, Arthur 83f., 241, 255, *361*
Auerbach, Walter 15, 155, 168, 175, 267, *361*
Aufhäuser, Siegfried 61, 65f., 214, 302, *361*
Auslandsvertretung der deutschen Gewerkschaften 198, 301
Avxentieff, N. 262

Baerwald, Friedrich 302, 312f., *361*
Barth, Max 87, 152, 171, 183, *361*
Bartholet, Hanna 79
Bauer, Hans 224
Bauer, Otto 16
Becher, Johannes R. 8
Beck, Ludwig 323, 331
Behm, Ernst *361*
Bell, Johannes 103
Bellers, John 22
Bernhardt, Georg 62, 199
Bernstein, Eduard 22, 44f.
Bewegung Freies Deutschland für den Westen 255
Bienstock, Gregor 54, 57f.
Bloch, Ernst 302
Blum, Léon 191, 335
Böchel, Karl 61, *362*
Bögler, Franz 60, 73, *362*
Boehm, Max Hildebert 118
Bohn, William E. 262
Bonifaz VIII., Papst 21
Bonn, Julius Moritz 89, *362*
Brandt, Willy 2, 15f., 67–70, 209–212, 218–221, 229, 250, 260, 274, 307, 309, *362*
Braun, Heinz 241
Braun, Max 60, 241, 345, *362*
Braun, Otto 10
Braunthal, Alfred 262
Brecht, Arnold 15, 214, 217, 223, 277ff., 316, 337, *362*
Brecht, Bertholt 302
Brehm, Eugen 37, 68, 80, 84, 87, 89, 143, 146, 161–165, 176ff., 192, 194, 200, 208, 210, 214, 276, 298, *362f.*
Breitscheid, Rudolf 47, 52, 228, *363*
Briand, Aristide de 32
Brost, Erich 196, *363*
Brouckère, Louis de 271f.
Brüning, Heinrich 103, 201, 229, *363*
Buch, Johannes von 109
Budzislawski, Hermann 148, 169, 185, 302, *363*

Cahén, Fritz Max 83–87, *363*
Cambell, Stephen 70
Catholic Association for International Peace 215
CDG s. Council for a Democratic Germany
Chamberlain, Arthur Neville 144, 213
Churchill, Winston 266, 284, 294f., 308, 310, 315
Clemenceau, Georges 27
Comenius 22

Coudenhove-Kalergi, Richard 2, 35f., 39, 47, 56, 58, 66, 86, 95, 121, 138, 178, 181f., 217, 239, 304, *363*
Council for a Democratic Germany 17, 147, 302
Curtis, Lionel 326

DAD s. Das Andere Deutschland
Dahlem, Franz 8, 15, 187ff., *363f.*
Daitz, Werner 121, 132, 134
Daladier, Édouard 144, 184, 191
Darmstaedter, Friedrich 314f., 326, *364*
Das Andere Deutschland 67
Das Demokratische Deutschland 103
DDD s. Das Demokratische Deutschland
DDP s. Deutsche Demokratische Partei
Delbos, Yvon 152
Delp, Alfred 323
Deutsch, Karl W. 352
Deutsche Demokratische Partei 88, 97, 279
Deutsche Freiheitsbibliothek 99
Deutsche Freiheitspartei 11, 87, 96f., 144f., 148, 152, 157, 170, 182, 199, 229
Deutsche Friedensgesellschaft 87f., 90
Deutsche Liga für Menschenrechte 88, 92
Deutsche Liga für den Völkerbund 88
Deutsche Staatspartei 88, 309f., 317
Deutsche Volkssozialistische Bewegung s. Volkssozialistische Bewegung
Deutsch-Französische Union s. Union franco-allemande
DFP s. Deutsche Freiheitspartei
Dietrich, Georg 60
Dirks, Walter 103
Döblin, Alfred 152
Dubois, Pierre 21
Düssel, C. 121
DVB s. Volkssozialistische Bewegung

EG s. Europäische Gemeinschaft
EGKS s. Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl
Eichler, Willi 79ff., 90, 155, 168, 172, 175, 192, 210f., 245, 248f., 251f., 256f., 261, 270ff., 287, 303, 308f., 335, *364*
Einsiedel, Horst von 323
Einstein, Albert 214
Enderle, August 67f., 70, 250, *364*
Enderle, Irmgard 67f., 250, *364*
Englich, Kurt 15, 312
EU s. Europäische Union
EURATOM s. Europäische Atomgemeinschaft
Europäische Atomgemeinschaft 346–349
Europäische Gemeinschaft(en) 242, 339, 347f., 353
Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl 340, 346–349
Europäische Union 347, 355, 357
Europäische Wirtschaftsgemeinschaft 346–349
Europarat 348
Europa-Union Schweiz 223, 311
EWG s. Europäische Wirtschaftsgemeinschaft

FDS s. Freiheitsbund Deutscher Sozialisten
Feige, Gregory 214f.
Ferdinand II. 93f.
Feuchtwanger, Lion 302
Fliess, Walter 15, 79, 271, 285ff., 290ff., 347, *364*
Foerster, Friedrich Wilhelm 87, 90, 93–96, 103, 282, *364*
Fraenkel, Heinrich 255
Frank, Karl 73, 251f., 261f., 269f., 282, 302, *364*
Frantz, Constantin 93
Free German Committee 240
Frei-Deutschland-Bewegung 234, 281
Freie Deutsche Bewegung in Großbritannien 255, 296
Freiheitsbund Deutscher Sozialisten 88, 90, 92, 312
Frenay, Henri 335
Frölich, Paul 67ff., *364f.*

Garvy, Peter 262
Gaulle, Charles de 305
Geisser, Hans 241
Gerlach, Hellmut von 89, *365*
Gerstenmaier, Eugen 323
Geyer, Curt 16, 37, 51, 53–57, 59f., 94, 147, 161, 168f., 178, 206, 208, 229f., 240ff., 276, *365*
Glaser, Kurt 16, 302
Goebbels, Josef 119, 138, 145
Goerdeler, Carl 321f., 324f., 330–333
Gottfurcht, Hans 198, 252, 265, *365*
Grossmann, Kurt R. 16, 87f., 105, 190, 214ff., 218, 220, 222f., 225, 337, *365*
Grotius, Hugo 154

Groupe de Socialistes Allemands en France 298
Gruppe internationaler Sozialisten an der Rand School of Social Research 262, 275
Gruppe revolutionärer Pazifisten 90
Gruppe Sozialistische Nation 37, 84
Gruppe Unabhängiger Deutscher Autoren 90
Grzesinski, Albert 240ff., 262, 302, *365*
GUDA s. Gruppe Unabhängiger Deutscher Autoren
Gumbel, Emil J. 98, 302

Haeften, Hans-Bernd von 323
Halifax, Edward Lord 131
Hamburger, Ernst 262
Harnack, Arvid 322
Hassell, Ulrich von 323
Haubach, Theodor 321, 323
Heide, Paul 241
Heile, Wilhelm 35
Herriot, Edouard M. 191
Hertz, Paul 37, 60, 72f., 75f., 105, 193, 197, 214, 231, 273, 302, *365*
Hilferding, Rudolf 47, 50, 52ff., 56f., 59f., 62, 94, 147, 152, 163f., 169, 175, 179, 195, 206ff., 211, 217, 219f., 226ff., 241f., 270, 276, *365*
Hiller, Kurt 15, 87f., 90ff., 105, 236, 238f., 310, 312, *365f.*
Himmler, Heinrich 121, 127, 136
Hitler, Adolf 1, 37, 40, 42, 52, 54f., 56f., 61, 66f., 74, 89, 93, 100, 105f., 109f., 116, 118, 121–127, 129, 131f., 135–139, 143, 145f., 150, 152, 155, 157ff., 163, 168, 171, 178f., 183, 188, 197, 199, 201, 230, 234, 246f., 250–255, 258, 281, 287, 296ff., 309, 321, 324, 328, 330, 336–339, 350
Hoegner, Wilhelm 16f., 223, *366*
Höltermann, Karl 59f., 84, 92, 148, 201, 240f., *366*
Hugo, Victor 48

IGB s. Internationaler Gewerkschaftsbund
Ingerman, Sergius M. 262
Internationaler Gewerkschaftsbund 14, 54, 195, 198, 287ff.
Internationaler Sozialistischer Kampfbund 10, 13, 15, 53, 77–83, 89f., 143, 152f., 167, 170, 192f., 204, 211, 213, 221, 248, 250, 252, 256f., 270f., 290f., 307, 309, 333, 335
ISK s. Internationaler Sozialistischer Kampfbund

Jaeger, Hans 83f., 90, 92, 297f., *366*
Jaksch, Wenzel 37, 63, 83, 105, 176, 201, 229
Jessen, Jens 323
Juchacz, Marie 60
Jünger, Ernst 118
Jung, Edgar Julius 118

Kaiser, Jakob 323
Kamnitzer, Bernhard 245f., *366*
Kant, Immanuel 22
Kantorowicz, Alfred 302
Karl der Große 264
Katz, Rudolf 197, 230, 235, 242, 252f., 262, 321, *366*
Kautsky, Karl 52
Kennan, George F. 323f.
KJVD s. Kommunistischer Jugendverband Deutschlands
Klepper, Otto 152, 202, *366*
Knoeringen, Waldemar von 10, 15, 60, 73, 231, 234, *366*
Kobbe, Herman 262
Koch-Weser, Erich 35, 278ff., 316f., 320, *366f.*
Koenen, Wilhelm 255, *367*
Komintern s. Kommunistische Internationale
Komitee für einen gerechten Frieden, ein demokratisches Deutschland und ein föderatives Europa 88, 214
Kommunistische Internationale 39f., 42, 186, 189, 232f., 249f.
Kommunistische Partei Deutschlands 3, 10, 14f., 41, 60, 72f., 77, 185–190, 192, 195, 232f., 238, 249, 254f., 296, 312
Kommunistische Partei – Opposition 193
Kommunistischer Jugendverband Deutschlands 74
KPD s. Kommunistische Partei Deutschlands
KPO s. Kommunistische Partei – Opposition
Kraft, Erwin 215, 220, 225
Kreisky, Bruno 274
Kressmann, Willy 198, *367*

Kreyssig, Gerhard 15, 59, 197, 263f., 285–290, 292f., 296, 304, 347, *367*
Kühn, Heinz 169, *367*
Küster, Fritz 90

Landesgruppe deutscher Gewerkschafter in Großbritannien 275
Landesgruppe deutscher Sozialdemokraten in Frankreich 143
Lapouge, Vacher de 125
Leber, Julius 321
Lee, Algernon 262
Lehmann-Russbueldt, Otto 87, 89, 93, 241, *367*
Leibniz, Gottfried Wilhelm 154
Lenin, Wladimir Iljitsch 39f., 48, 167, 185
Leuschner, Wilhelm 321, 323
Liszt, Franz 122
Loeb, Walter 230, 240
Loewenheim, Walter 16, *72*, *367*
Löwenstein(-Wertheim-Freudenberg), Hubertus Prinz zu 16f., 36, 91, 103, 149, 199, 201, 208, 214, 216f., 220, 222f., 225, 241, 246, 257, 264, 280f., 305, 310f., 337, *367*
Löwenthal, Richard 72–75, *77*, 157, 193, 250f., 258f., 272f., 313, *367f.*
Low, Bela 262
Ludwig, Emil 220f., 265
Lutetia-Kreis 62, 101

Mackay, Ronald 335f.
Mann, Heinrich 20f., 97–100, 103, 199, 302, *368*
Mann, Thomas 21, 214, *368*
Marck, Siegfried 147, 197, 226, 252f., 268, 300, *368*
Masaryk, Thomas 105f., 160
Mazzini, Giuseppe 48, 105
Menant, Guy 184
Menne, Bernhard 230
Merker, Paul 8, 15, 254, *368*
Mierendorff, Carlo 49f., 321, 323
Moltke, Helmuth von 321f., 324–329, 333
Monnet, Jean 346f.
Monte, Hilda 79, 285ff., 291f., 347, *368*
Mounier, Edouard 205
Müller(-Franken), Hermann 45–49, 52, 67
Münzenberg, Willi 40, 83, 103, 152f., 189–192, 202, 205f., *368*
Mussolini, Benito 140, 160, 309

Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei 118, 121, 128, 158f.
Naumann, Friedrich
NB s. Neu Beginnen
Nelson, Leonard 77–80, 90, 175
Neu Beginnen 10, 13, 39, 59, 61, 66, 72–77, 105, 115, 144, 148, 151, 157, 161, 163, 165, 167, 171f., 180, 192f., 204f., 213f., 219, 221, 224, 229f., 234, 236, 243ff., 250f., 258f., 261, 269f., 272f., 292
Nicolaevsky, Boris 262
Niekisch, Ernst 118
Nossig, Alfred 35
NSDAP s. Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei

Olberg-Lerda, Oda 318, *368f.*
Olden, Rudolf 91
Ollenhauer, Erich 10, 15, 55, 61, 196, 230, 233, 240, 242, 276, 301, *369*

Paetel, Karl Otto 37, 84, *369*
Paneuropa-Bewegung 40, 47, 56, 88, 178, 181, 278, 304, 306
Paoli-Chagny, François de 22
Paul, Ernst 274
Paul-Boncourt, Jean 152
Penn, William 22
Pepper, John 39
Pieck, Wilhelm 8, 15, 42, 186, *369*
Pius XII. (Papst) 311
Poelchau, Harald 323f.
Popitz, Johannes 323
Proudhon, Pierre Joseph 22f., 93
Pufendorf, Samuel von 154

Quidde, Ludwig 15, 87, 89, *369*

Rand School of Social Research s. Gruppe internationaler Sozialisten an der Rand School of Social Research
Rauschning, Hermann 14, 37, 104, 106, 145f., 152f., 158f., 162, 182, 201, 229, 241, 333, *369*
Regler, Gustav 17, 190
Reichwein, Adolf 321, 323
Rein, Mark 73
Reinbold, Georg 156, *369*
Renan, Ernest 352

Revolutionäre Sozialisten Deutschlands 53, 59, 61 ff., 66
Reynaud, Paul 191, 227
Ribbentrop, Joachim von 119, 122
Richelieu, Armand Jean du Plessis 94
Rinner, Erich 148, 168, 176, 179, 196, 226, 240 f., *369*
Ritzel, Heinrich 223 f., 227, 299, 311 ff., *369 f.*
Röpke, Wilhelm 285 f., 303, 313 f., 334, *370*
Roosevelt, Franklin D. 227, 242, 266, 294 f., 299, 315 f., 319, 329, 340, 343
Rosenberg, Alfred 119–122, 126, 133 f., 136
Rousseau, Jean Jacques 22
RSD s. Revolutionäre Sozialisten Deutschlands
Rüdiger, K. 121
Rukser, Udo 283 f., 296, 300, *370*

SAI s. Sozialistische Arbeiter-Internationale
Saint-Pierre, Jacques Henri Bernardin de 22
Sander, Wilhelm 59, 163
Sanders, A. 121, 133
SAP s. Sozialistische Arbeiterpartei
Saran, Mary 174, 270, *370*
Scelle, George 23
Schif(f)rin, Alexander 1, 53, 61–66, 74, 141, 144, 152, 164, 169, 171 f., 179, *370*
Schmitt, Carl 133, 323
Schoettle, Erwin 15, 60, 73, 193, 234, 245, 251, 261, *370*
Schücking, Walther 29, 87, *370*
Schultz, Walter D. 312, *370*
Schulze-Boysen, Harro 322
Schuman, Robert 346 f.
Schwarze Front 83, 104–107, 110, 145, 159 f., 200
Schwarzschild, Leopold 15, 37, 62, 96 f., 99–103, 144, 169 f., 182, 184, 199, *370 f.*
SED s. Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
Seger, Gerhart 214, 268, 300, *371*
Seidel, Arno 256, 301 f.
Seydewitz, Max 187, *371*
SF s. Schwarze Front
Siemsen, Anna 71, 152, 155 f., 171, 179 f., *371*
Siemsen, August 68, 70 ff., 111 ff., 194, 303, 307 f., *371*
Singer, Kurt 145
Smend, Rudolf 154
Smuts, Jan 29
Society for the Prevention of World War III 265
Sollmann, Wilhelm 60, 84, 179, 201, 214, 226, 229, 241, *371*
Soloveitchik, S. 262
Sopade s. Sozialdemokratische Partei Deutschlands
Sozialdemokratische Partei Deutschlands 13–16, 39, 42 f., 45, 47 f., 50–53, 56 f., 59 ff., 63, 66, 68 f., 73, 76 f., 84, 88, 143, 147 f., 151, 153, 165, 168, 171, 175 f., 178 f., 193, 195, 197, 199, 206, 226, 229 f., 240, 242, 250, 252, 256, 262, 281, 300, 307, 321
Sozialistische Arbeiter-Internationale 44, 49, 54, 156, 274
Sozialistische Arbeiterpartei 10, 13, 15, 67 ff., 71 f., 80 f., 84, 104, 143, 147, 151, 155, 162, 165 f., 169, 176 f., 180, 187, 192 ff., 204, 209 f., 213, 224, 229 f., 245, 249 f., 258, 261, 272 f., 308, 317
Sozialistische Einheitspartei Deutschlands 189
SPD s. Sozialdemokratische Partei Deutschlands
Spengler, Oswald 118
Spiecker, Carl 15, 97, 157, 214, 233, 236, *371 f.*
Spinelli, Altiero 335 f.
Stalin, Josef W. 103, 160, 166 f., 186, 188, 194, 201 f., 267, 294 f., 315, 329, 343
Stampfer, Friedrich 15 f., 53 f., 56 f., 59, 66, 94, 144, 147, 149, 151, 156, 164, 168, 178 f., 182, 197, 206, 229 f., 241, 253, 259 f., 275, 277, 299 f., 303–308, 317, 319, *372*
Stauffenberg, Claus von 321, 328
Steed, Wickham 163
Steltzer, Theodor 327
Sternberg, Fritz 167, *372*
Sternheim, Carl 20 f.
Stern-Rubarth, Edgar 108, 201, 213, 217 f., 221 f., 225, 334 f., *372*
Stöcker, Helene 90
Strasser, Gregor 104, 118
Strasser, Otto 11, 16, 37, 74, 83 f., 104–110, 118, 145, 153, 158 ff., 162 f., 170, 183, 199 ff., 211, 225, 228 f., 234 f., 253 f., 281, 333, *372*
Ströbel, Heinrich 89, *372*

Süß, Bruno 197
Sully, Herzog von 20f.
Szende, Stefan 17, 67f., 250, 257, 272ff., *372*

Tarnow, Fritz 148, 197, 274, *372f.*
Thormann, Werner 83, 103, 147, 149, 152, 187, 201, 208, *373*
Tillich, Paul 147, 151, 197, 214f., 253, 267f., 302, 324, *373*
Treviranus, Gottfried 201, 229
Trotha, Carl Dietrich von 323
Trott zu Solz, Adam von 323–327, 329f.
Tschiang Kai Tschek 267
Tucholsky, Kurt 25

Ulbricht, Walter 8, 42, 186, 188, 190, 192, 232, *373*
Union s. Union deutscher sozialistischer Gruppen in Großbritannien
Union deutscher sozialistischer Gruppen in Großbritannien 17, 67, 73, 142, 197, 229f., 245, 249, 270f., 274f., 301
Union franco-allemande 40, 152f., 191
United Nations (Organisation) 320, 340
UNO s. United Nations Organisation

Valentin, Veit 215, 302
Vansittart, Robert G. 264f., 304
Verband für europäische Verständigung 88
Vereinte Nationen s. United Nations
Viénot, Pierre 152
Vishniak, Mark 262
Visser't Hooft, Willem 79, 335f.
Völkerbund 4, 19, 25ff., 30–34, 36, 39, 44–47, 49, 53, 55f., 58, 70, 77f., 80ff., 88f., 91f., 94, 97–100, 108, 167, 173–180, 207, 223–227, 238, 241, 260, 263, 270, 279, 306f., 315, 317, 320, 331, 336, 338, 340, 342, 344
Vogel, Hans 15, 156, 230, 240, 270, 272, 275f., 278, 284, 300f., 318, *373*
Volkssozialistische Bewegung 83, 86f., 194, 255
Vorläufiger Ausschuß zur Vorbereitung einer deutschen Volksfront 98, 100

Wachenheim, Hedwig 262
Walcher, Jacob 67ff., 165f., 193f., 203f., 302, *373*
Walter, Paul 249
Wartenburg, Peter Yorck von 323
Watson, Seton 163
Weber, August 201, 229, 241, 255, 285f., 303, 309f., 317
Weckel, Curt 241
Wehberg, Hans 10, 29, 87, 281, 311, 318ff., *373f.*
Wehner, Herbert 233, *374*
Weizsäcker, Ernst von 138
Wels, Otto 6
Werfel, Franz 152
Wilson, Woodrow 27ff., 266, 317
Wirth, Joseph 15, 103, *374*
Wolff, Christian von 154

Zentrum, Zentrumspartei 14